

Libanon Der langwierige Volkskrieg hat begonnen S. 24

Arbeiterkampf

Jahrgang 6 Nr. 89 20.9.76

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Am 3. Oktober geht der dümmste und teuerste Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik zuende. Über 300 Millionen Mark wird das Spaktakel bis dahin gekostet haben. Für 55 Millionen Mark davon wird der Steuerzahler direkt zur Kasse gebeten.

Geführt wurde der Wahlk(r)ampf von allen bürgerlichen Parteien vor demselben farblichen Hintergrund (schwarz-rot-gold) und mit denselben Schlagworten ... Hatte die SPD 1972 den Bundeswahlkampf noch mit einem Berg von „Reform"-Versprechungen und sozialer Demagogie geführt, so herrschte diesmal bei den bürgerlichen Parteien einhellig schwarz-rot-goldener Nationalismus („Modell Deutschland") und Reaktion auf der ganzen Linie.

Trotz abgebrochener Reform-Versprechungen auf allen Gebieten, trotz Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, behauptet die SPD selbstgefällig, ihre Bilanz könne sich sehen lassen. Die CDU/CSU hingegen behauptet, alles besser machen zu können – wobei sie wohl darauf rechnete, daß die Folgen von 20 Jahren CDU-Politik in der Bundesrepublik nicht mehr genau in Erinnerung sind.

Die Bilanz der SPD ist eindeutig: Versprochen hatte sie sozialen Fortschritt. Stattdessen kam eine massive „Sparpolitik" auf dem sozialen Sektor, bei Schulen und Kindergärten im Gesundheitswesen usw. Versprochen hatte die SPD, „mehr Demokratie zu wagen". Stattdessen kamen Berufsverbote, Bespitzelung, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Todesschuß usw.

Die SPD rechnet darauf, trotzdem noch von vielen Gegnern ihrer Politik als das „kleinere Übel" gewählt zu werden. Wer die SPD nicht wählt, so wird behauptet, der wählt Strauß – und dann wird alles noch viel schlimmer. Letztlich ist dies **ein plumpes Erpressungsmanöver** – zu wählen zwischen Helmut Schmidt, der uns Polizeiwillkür und Todesschuß beschert hat einerseits, und zwischen Helmut Kohl andererseits, dessen Parteifreund Albrecht zusätzlich noch die Folter für „sittlich geboten" hält.

Tatsache ist, daß die SPD/FDP-Regierung einen Ausbau der Polizei, des „Verfassungsschutzes" und der Bürgerkriegstruppe „Bundesgrenzschutz" geleistet hat, der selbst in den Jahren der CDU/CSU-Herrschaft ohne Beispiel dasteht. Tatsache ist, daß mit Berufsverboten, Einschränkung der Verteidigerrechte, § 130 a usw. ein Abbau politischer Rechte vollzogen wurde, der nur in der Zeit der Adenauer-Regierung in den 50er Jahren Parallelen hat.

Heute dieser Entwicklung Einhalt gebieten zu wollen, indem man den Parteien die Stimme gibt, die in den vergangenen vier Jahren diese Entwicklung vorangetrieben haben, ist unmöglich.

Freiheit, Lebensstandard und Frieden sind heute in der Bundesrepublik durch die Politik des Großkapitals in der Tat aufs höchste gefährdet. Und dabei ist es relativ gleichgültig, ob SPD und FDP den Abbau sozialer Leistungen und politischer Rechte im alten Tempo weiterbetreiben, oder ob eine Regierung Kohl-Strauß vielleicht noch einen Zahn zulegt.

In j e d e m Fall steht die dringende Notwendigkeit, daß sich alle demokratischen Kräfte, auch in den Reihen der Sozialdemokraten und Liberalen, zusammenschließen, um der Rechtsentwicklung (ob nun Helmut Schmidt am Steuer steht oder Helmut Kohl) entgegenzutreten.

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!
Für den Aufbau einer breiten Kampffront gegen die Angriffe des Großkapitals auf demokratische Rechte und Lebenslage des Volkes!

CDU fordert: 'Folter ist sittlich geboten!'

Die Vorliebe der CDU/CSU für die Folter-Dikataturen in aller Welt – Chile, Spanien, Südafrika u.a. – ist seit langem allgemein bekannt.

Um aber offen die Anwendung der Folter auch für die Bundesrepublik zu propagieren, bedarf es noch einer besonderen Kaltschnäuzigkeit. CDU-Ministerpräsident Albrecht (Niedersachsen) hat sich als erster namhafter CDU-Politiker öffentlich für die Anwendung der Folter in die Bresche geworfen. In seinem kürzlich erschienenen Buch *„Der Staat – Idee und Wirklichkeit"* propagiert Albrecht die Ausserkraftsetzung der UN-Menschenrechte (die u.a. die Folter verbieten) und erklärt das Foltern für „sittlich geboten".

Da aus begreiflichen Gründen derart offen faschistische Thesen kaum auf Gegenliebe stoßen würden, hat Albrecht sich mit seiner perversen Phantasie einen Fall konstruiert, in dem die Notwendigkeit des Folterns allgemein erleuchtend erscheinen soll. So schreibt er: **„Wenn es zum Beispiel etabliert (?!) wäre, daß ein bestimmter Kreis von Personen über** moderne Massenvernichtungsmittel verfügt und entschlossen ist, diese

Fortsetzung Seite 2

aus dem Inhalt

Wir trauern um Genossen Mao tse tung



Am Morgen des 9. Septembers, um 0.10 Uhr Ortszeit, starb nach längerer Krankheit der Vorsitzende der KP Chinas, Mao Tse-tung. Er war 83 Jahre. Seit ihrer Gründung im Jahre 1921 kämpfte Mao Tse-tung in den Reihen der Kommunistischen Partei Chinas. Seit 1935 diente er ihr in ununterbrocherner Folge als Vorsitzender.

Mit dem Namen Mao Tse-tung's verbindet sich der beispiellose Sieg des chinesischen Volkes über die innere Reaktion und über die japanischen Aggressoren, verbindet sich die Beseitigung eines Jahrtausende alten Feudalsystems und der folgenreiche Eintritt von heute über 700 Millionen Menschen in die Reihen der sozialistischen Weltrevolution.

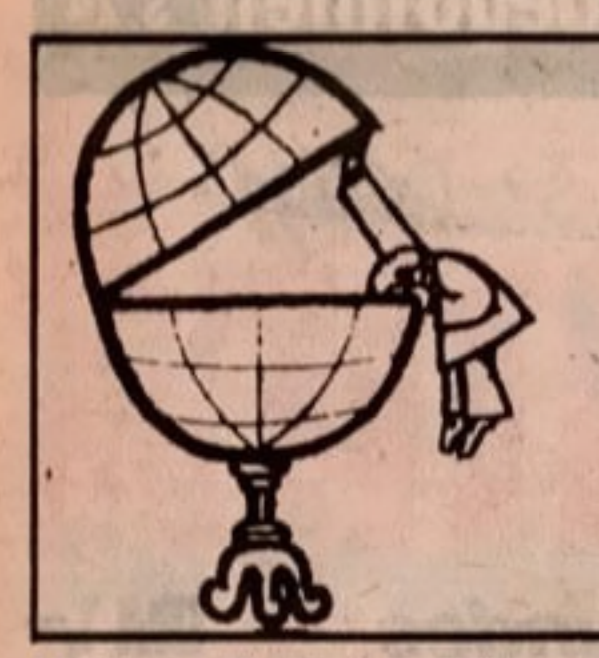
Dieses historische Ereignis, das an Bedeutung der russischen Oktoberrevolution gleichkommt, veränderte nicht nur das globale Kräfteverhältnis zwischen Reaktion und Fortschritt wesentlich, sondern wurde auch zur Ermutigung und zum Beispiel für die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker der Dritten Welt.

Mit dem Namen Mao Tse-tung's verbinden sich die gewaltigen Fortschritte, die das chinesische Volk seit dem Sieg seiner Revolution und der Gründung seiner Volksrepublik 1949 auf allen Gebieten erringen konnte – im sprunghaften wirtschaftlichen Aufbau, in der Beseitigung der furchtbaren Geißel des Hungers, in der Befreiung der chinesischen Frau von ihrer Unterdrückung durch Gesellschaft, Familie und Ehemann, in der Einbeziehung hunderter Millionen von Menschen in die politische Diskussion und die Lenkung ihres Staates.

Mit dem Namen Mao Tse-tung's verbindet sich die historische Erfahrung, daß auch nach dem Sieg der sozialistischen Revolution der Klassenkampf nicht beendet ist und daß das Aufkommen einer „neuen Bourgeoisie" ständig bekämpft werden muß. Konkreter Ausdruck dieser Erfahrung war die Große Proletarische Kulturrevolution (1966 - '68). Mao Tse-tung hat immer wieder betont, daß auch zukünftig weitere Kulturrevolutionen notwendig sein werden und daß weiter der Kampf geführt werden muß, „damit China seine Farbe nicht ändert". Während in den revisionistischen Staaten eine Entpolitisierung betrieben wird, Obrigkeitsdenken verbreitet wird und alle selbstständigen Regungen der Werktätigen abgewürgt werden, entfaltete sich in der Volksrepublik China eine beispiellose „Große Debatte" mit Wandzeitungen, Massendiskussionen usw.

Mit dem Namen Mao Tse-tung's verbindet sich der Kampf, den die KP Chinas in der internationalen Arbeiterbewegung gegen den „modernen Revisionismus" mit der KPdSU als Zentrum führte. Als die KPdSU weltweit den „friedlichen Übergang" predigte und Chruschtschow mit Kennedy ein globales Arrangement anstrebte, stellte sich die Kommunistische Partei Chinas unter Führung Mao Tse-tung's als erste konsequent gegen diesen Strom, verteidigte den

Fortsetzung Seite 3



Blick in die Welt

Kölner Bullen schützten faschistische Provokation!

Am 11. September fand in Köln eine faschistische „Ehrenkundgebung" statt, die von einem Bullenaufgebot mit 15 (!) Mannschaftswagen geschützt wurde. In einer mehrwöchigen Kampagne über die „National-Zeitung" wurden die Faschisten aufgerufen, dem angeblich von französischen Antifaschisten hingerichteten SS-Oberst Peiper zu gedenken, der wegen der Ermordung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen zum Tode verurteilt, später aber begnadigt wurde.

In seitenlangen Artikeln wurde der angeblich tote Peiper zu einem Märtyrer aufgebaut. *„Ein Schlag ins Antlitz war die Mordnacht des diesjährigen 14. Juli, als in dem kleinen französischen Dorf ein einsamer Mann mit Feuer und Blei entleibt wurde, nur weil er sich durch den Namen (!) Jochen Peiper als ein deutscher Kriegsheld höchsten Ranges (!) ausgewiesen hatte"* („National-Zeitung", 10.9.76).

Mit diesem Dreck rufen die Faschisten *„Deutschland, das angerufene Vaterland, ... das bessere Deutschland"* (ebenda) auf, nicht länger zu schweigen.

Der bürgerliche Staat kunkelt mit den Faschisten

Für dieses Spektakel war bereits im August von der „Deutschen Volkunion" ein großer Saal in der Flora von der Stadt Köln angemietet worden.

Erst nach Protesten des DGB, der DKP, der Falken, der DFU, der VVN und einiger Betriebsbelegschaften hat sich die Stadt dann bequemt, den Faschisten den Raum zu kündigen.

Bezeichnend ist dabei die dümmliche Rechtfertigung der Stadt, mit der sie die Vermietung der Räume an die Faschisten nach den Protesten begründete. Der von München angereiste Beauftragte der „Deutschen Volksunion" habe lediglich eine *„normale politische Veranstaltung"* („Kölner Stadt-Anz.", 11.9.76) angemeldet, und gegen „normale" faschistische Veranstaltungen hat die Stadt natürlich nichts einzuwenden.

Einer von den Faschisten angestrengten Einstweiligen Verfügung gegen die Kündigung des Mietvertrages wurde vom Kölner Landgericht nicht stattgegeben, wobei der vorsitzende Richter Diwo den Faschisten zur Seite stand. Einen Anwalt, der die deutschen SS-Soldaten als „diese Leute" bezeichnete, wies er schroff ab.

Angesichts der Proteste gegen die faschistische Veranstaltung stellte die bürgerliche Presse erfreut fest, daß mit der Raumkündigung der von den Faschisten gelegte „Sprengsatz" („Kölner Stadt-Anz.", 11.9.) entfernt sei.

Die Kumpanei zwischen dem bürgerlichen Staat und den Faschisten war nicht mehr so offensichtlich. Dazu wurde auch prompt ein Telegramm herangezogen, in dem Frey angeblich die ganze Sache abgeblasen hat. In der Öffentlichkeit wurde damit der Eindruck erweckt, die Stadt habe mit ihrer Entscheidung das Faschistenspektakel verhindert, während sie tatsächlich daran ging, den Schutz für diese Veranstaltung zu organisieren. Dazu bot sie 15 Mannschaftswagen der Polizei auf. Die Bullen selbst waren in Kampfanzügen zum Schutz der 300 mit Bussen herangekarrten Faschisten angetreten, die mit Lederzeug und Koppel ca. 100 anwesende Antifaschisten provozierten und hämisch auf den Bullenschutz hinwiesen. Frey, der angeblich die Veranstaltung abgeblasen hat, brachte zu der „Helden-Ehrung" eigens einen grossen Kranz mit.

Unter dem Schutz der Bullen wurden die ganzen Typen dann an einen Ort gebracht, wo sie ungestört ihren Rummel durchziehen konnten.

KB-Sympathisanten aus Köln

CDU fordert: 'Folter ist sittlich geboten!'

Fortsetzung von Seite 1

Mittel innerhalb kürzester Frist zu verbrecherischen Zwecken einzusetzen, und angenommen, dieses Vorhaben könnte nur vereitelt werden, wenn es gelingt, rechtzeitig den Aufenthaltsort dieser Personen zu erfahren, so kann es sittlich geboten sein, diese Informationen von einem Mitglied des betreffenden Personenkreises auch durch Folter zu erzwingen, sofern dies wirklich die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern".

Wahrscheinlich war dem Folter-Freund Albrecht dabei ein gewisser James Bond-Film im Kopf, wo ähnlich skurile Vorgänge eine Rolle spielen. Nun weiß ja hierzulande jeder, daß es in der BRD nur e i n e n *„bestimmten Kreis von Personen"* gibt, der reichlich *„über moderne Massenvernichtungsmittel verfügt"*, ständig deren Einsatz probt und zu ihrer Anwendung entschlossen ist: Die Kommandeure der Bundeswehr und der US-Besatzungstruppen! Wir wollen jetzt nicht mit „aber" fein zurecht gemacht, um zu erreichen, daß ihm vielleicht auch sensiblere Gemüter darin zustimmen, daß unter „solchen" Umständen ... und „wenn" es denn wirklich gar keine andere Möglichkeit gibt ..., die Folter vielleicht doch „sittlich geboten" ..., zumindest ein bißchen? ...

Aber wer nachdenkt, kommt schnell darauf, daß im „Ernstfall" gar nicht mehr kontrolliert werden könnte, „ o b " denn nun wirklich die genannten Verbrechen *„innerhalb kürzester Frist"* bevorstehen, „ o b " die Folter dann *„die einzige Möglichkeit"* wäre, und w e n, bitte sehr, man zu diesem Zweck aus „sittlichen" Erwägungen foltern darf. A l l e politischen Gefangenen? Oder nur eine Auswahl von ihnen? Und wer wählt aus? ...

Albrecht selbst weiß natürlich genau, daß seine „theoretischen" Überlegungen mit ihren „wenns" und „abers" Humbug sind und daß es einfach darum geht, a l l g e m e i n eine Lanze für das allzu auch viele „Wenns" und „Abers" gibt, aber in der Praxis halt nur unkontrollierbare Polizei-Willkür.

Liberale und Sozialdemokraten haben auf die Folter-Werbung Albrechts ziemlich negativ reagiert. In der Schlußphase des Wahlkampfs bietet sich das ja auch an. Es möge sich aber niemand täuschen: SPD und FDP, die den „Todesschuß" und ähnliche menschenfeindlichen Regelungen durchgesetzt haben, könnten zukünftig auch durchaus nicht abgeneigt sein, „unter gewissen Bedingungen" die Anwendung der Folter für legitim zu erklären. Denn wenn man schon der Polizei das T ö t e n erlaubt, kann man ja nicht gut das Foltern v e r b i e t e n. Wo bliebe denn da die Logik?! Aber selbstverständlich würden SPD und FDP – ebenso wie auch im Falle des „Todesschusses" – sehr genau darüber wachen, daß die Folter wirklich nur im äußersten Notfall angewendet werden dürfte, und selbstverständlich müßte „jeder Mißbrauch ausgeschlossen" sein. Sozusagen eine



Herrn Albrecht streiten, wieweit diesem potentiellen Täterkreis gegenüber eines Tages wirklich die *„Folter sittlich geboten"* sein könnte ...

Denn sicher ist, daß Albrecht beim Foltern an die politischen Gegner der Bourgeoisie und der Reaktion, an Kommunisten und andere Demokraten denkt. Seine Geschichte hat er sich mit sehr vielen „wenn" und lange verpönte Foltern auch in der Bundesrepublik zu brechen. Daß es nachher Sache der Polizei etc. ist, wie sie die „theoretischen" Darlegungen des Folter-Freunds Albrecht in die P r a x i s umsetzt, ist selbstverständlich. Das geht dann wie beim Telefon-Abhören, beim Briefe-Öffnen oder auch beim Todesschuß, wo es ja in der „Theorie" todsichere Regelung müßte das selbstverständlich sein – übrigens ganz im Sinne des Herrn Albrecht, der ja auch bloß d a n n foltern lassen möchte, wenn's wirklich gar nicht mehr anders geht.

Vorbeugen ist noch alle mal besser als heilen. Darum: Keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Sozialismus statt Faschismus!

Pohle-Prozeß: „Flagrante Einmischung der Deutschen"

Nach dem ersten Urteilsspruch des Areopag, dem höchsten griechischen Gericht, Pohles Auslieferung aufzuschieben und weitere Materialien von der Bundesregierung anzufordern, hat das allgemeine Gekeife der BRD-Presse gegen Griechenland noch zugenommen.

Da flippt der „Spiegel" bei seiner Berichterstattung über den Prozeß schon bei der Beschreibung der Sicherheitsverhältnisse aus: *„Kein Hauch von Stammheim – drei Meter hinter Pohle offene Fenster zur Terrasse, ein Sprung und er wäre auf der völlig ungesicherten belebten Hauptverkehrsstraße. Kein deutscher Sicherheitsexperte, der diese Welt verstünde"* (Diese und die nachfolgenden Zitate aus „Spiegel" Nr. 37, 6.9.76).

Daß gar Rechtsanwalt Ströbele, der in der BRD wegen angeblichen Verdachts der Tatbeteiligung nicht einmal mehr in Stammheim verteidigen darf und eventuell selbst noch von der westdeutschen Terrorgesetzgebung belangt werden soll, vor den höchsten Richtern Griechenlands als *„klassischer Zeuge auftritt und über die politische und rechtliche Situation in der BRD berichtet"* („Spiegel") paßt der ach so „demokratisch-pluralistischen BRD-Presse schon gar nicht ins Weltbild.

Und noch ein symptomatisches Beispiel für den bereits erreichten Stand der Faschisierung in Westdeutschland. Werden in der BRD die Verteidiger der „Terroristen" mit Berufsverboten (Groenewold) belegt oder selbst juristisch belangt, so ist es in dem bürgerlich-demokratischen Griechenland z.Zt. noch möglich, daß der dortige Verteidiger des „Terroristen" Pohle, Jannopulos (Mitglied der linkssozialistischen PA.SO.K.), sich um das Amt des Präsidentenposten beim Athener Anwaltsverein bewirbt.

Betrübt stellt der „Spiegel" fest, *„daß sich das Deutschland-Bild in Griechenland so drastisch verfinstert hat. Der Besuch von Staatssekretär Bölling und Ministerialrat Pötz bei Athener Regierungsstellen und schließlich das Kanzler-Wort an Karamanlis konnten in einem Lande, das seiner Vergangenheit wegen eine besondere Sensibilität für Souveränität und Selbstachtung entwickelt hat, leicht als Eingriffe in die eigenen Angelegenheiten mißverstanden (??) werden"*.

In zwei „Spiegel"-Interviews mit dem griechischen Staatsrechtsprofessor und Mitglied der EdiK (Sozialdemokraten) Tsatsos und mit dem Linkssozialisten-Chef Papandreou, wird sehr deutlich, wieweit selbst rein bürgerlich-demokratische Ansichten in der BRD abgebaut wurden.

Der Sozialdemokrat Tsatsos betont, *„daß der Spruch des Appellationsgerichts bewiesen hat, daß richtige Urteile auch dann gefällt werden können, wenn unglückliche Ministersprüche in die Welt gesetzt werden"* (er spielt hier auf die Einmischung von Bundeskanzler Schmidt und die Stellungnahmen der Karamanlis-Regierung, insbesondere des Justizministers Stefanakis in einem „Spiegel"-Interview vor dem ersten Prozeß an, die allesamt versuchten, Pohle ohne großes Verfahren schnell in die Folterkammer der BRD-Justiz zurückzubringen).

„Gewalt ist längst ein Mittel der Politik, ob uns das paßt oder nicht. Nicht nur die des einzelnen, auch die Gewalt der Mehrheit ist Gewalt" (Tsatsos).

„Schmidt hat alle Illusionen ausgeräumt"

Andreas Papandreou, Vorsitzender der stärksten griechischen Oppositions-Partei, der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PA.SO.K.), erklärte dem „Spiegel" gegenüber, *„daß er nicht die Absicht hat, sich zum Richter über Pohles politische Auffassungen und Taten zu erheben. Tatsache ist, daß seine Aktivitäten politischer Natur sind und daß er damit durch die bestehenden Gesetze nicht ausgeliefert werden darf. Alles, was ich zu respektieren habe, ist die Unabhängigkeit der Justiz in Griechenland und zweitens die Unabhängigkeit Griechenlands gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, eine Unabhängigkeit, die Bonn mit seiner Intervention in flagranter Weise verletzt hat.*

Doch es geht uns nicht allein um Pohle. Gab es nicht unlängst ein Ereignis von geradezu historischer Bedeutung – die unglaubliche Einmischung ihres Bundeskanzlers Schmidt in die inneren Angelegenheiten Italiens und damit ganz Südeuropas? Wenn es bis dahin noch irgendwelche Illusionen hinsichtlich der Rolle gab, die heute die westdeutsche Sozialdemokratie in Europa und die deutsche Regierung im Verhältnis zu den Regierungen anderer Länder spielt, dann wurden solche Illusionen mit dieser Erklärung des Herrn Schmidt restlos ausgeräumt. Im Falle Griechenlands handelt es sich im übrigen nicht nur um Herrn Schmidt, sondern auch um Herrn Strauß, der uns oft besucht, regelmäßige Kontakte zu Junta-Leuten unterhält und Hilfe beim Aufbau einer juntafreundlichen Rechtspartei leistet".

Auf die Frage nach der Unterstützung durch die SPD für die griechischen Demokraten unter der Obristen-Herrschaft, antwortete Papandreou, daß *„die Erklärungen Brandts damals gegenüber der Junta doch sehr vorsichtig und zurückhaltend waren. Zweitens haben die deutschen Sozialdemokraten nur bestimmte Gruppen von griechischen Politikern unterstützt und damit hinter den Kulissen die ihnen genehme Lösung für die Zeit nach der Junta vorbereitet. Genau so wie sie es heute in Portugal, in Spanien tun. In Griechenland unterstützten sie Karamanlis und die sogenannten Neuen Kräfte* (EdiK, Sozialdemokraten um Mavros – AK-Red.), *in Portugal haben sie dem Sozialisten Soares finanziell und technisch geholfen. In Spanien halten sie Kontakt zum Sozialisten Gonzales und bilden spanische Gastarbeiter aus, um die Gewerkschaften zu unterwandern und so die künftige Linie der Partei zu beeinflussen ...*

Es ist richtig, sie (die SPD – Anm. AK-Red.) *haben ein breites Spektrum von griechischen Organisationen unterstützt, auch uns. Mehr freilich bekamen wir von den italienischen Sozialisten und den schwedischen Sozialdemokraten. Die deckten zumindest unsere Bürokosten. Die Hilfe der Deutschen war wenig mehr als ein Almosen: 4.000 DM im Monat etwa drei Jahre lang. Bezeichnend ist, daß diese Hilfe etwa ein Jahr vor dem Sturz der Junta eingestellt wurde. Wir von der PAK* Panhellenische Befreiungs-Bewegung, Vorläufer-Organisation der PA.SO.K. – Anm. AK-Red.) *haben der SPD niemals erlaubt, uns ihren Standpunkt etwa in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Griechenlands, aufzuzwingen, auch nicht die Lösung Karamanlis, wie sie die deutschen Sozialdemokraten gefördert haben ..."*

Die Bundesregierung wies am 6. September die Kritik Papandreous entschieden zurück. Regierungssprecher Bölling erboste sich: *„Papandreou habe seine Urteile über die Verhältnisse in der Bundesrepublik leichtfertig und offenbar in völliger Unkenntnis der deutschen Verhältnisse abgegeben"*. Wirklich?

Man kann nur hoffen, daß die zunehmende Kritik des Auslandes an den undemokratischen Praktiken in Westdeutschland hier von demokratisch gesinnten Menschen noch mehr zur Unterstützung antifaschistischer Arbeit in der BRD genutzt wird.

Griechenland/Türkei-Kommission

(Zur Einschätzung der Politik der PA.SO.K. vergl. jüngste Ausgabe unserer Zeitschrift DIE INTERNATIONALE)

Pohle-Prozeß erneut verschoben

Die kurzfristig für den 18. September angesetzte erneute Verhandlung über die Auslieferung Pohles an die BRD endete nach knapp einer Stunde wieder mit einer Vertagung auf unbestimmte Zeit.

Die vom Areopag angeforderten neuen Unterlagen aus der BRD lagen Pohle nur auf griechisch vor, von daher mußte das Gericht dem Antrag der Verteidigung auf Vertagung zustimmen. Jannopulos, Pohles Verteidiger, legte ein Dutzend griechische Zeitungen auf den Richtertisch, in denen sich gegen eine Auslieferung Pohles ausgesprochen wird. *„Ein griechisches Gericht kann doch nicht gegen die Gefühle des griechischen Volkes entscheiden"*, erklärte Jannopulos.

Griechenland/Türkei-Kommission

Forts. von S. 1

Wir trauern um Genossen Mao tse tung

Marxismus-Leninismus und wurde damit zur Geburtshelferin einer neuen revolutionären Bewegung in der kapitalistischen Welt.

Mit dem Namen Mao Tse-tung's verbindet sich die großartige und selbstlose internationalistische Hilfe, die das chinesische Volk anderen Völkern in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion geleistet hat, von dem Einsatz chinesischer Freiwilliger an der Seite des koreanischen Volkes gegen die US-Aggressoren Anfang der 50er Jahre bis zur umfassenden Hilfe für den Befreiungskampf der Völker Indochinas in den 60er Jahren.

Mit dem Namen Mao Tse-tung's verband sich jedoch in seinen letzten Lebensjahren auch eine für alle Revolutionäre und Freunde des chinesischen Volkes schmerzliche und enttäuschende Rechtswendung der chinesischen Außenpolitik, verband sich die perverse Ermutigung für imperialistische Kriegstreiber vom Schlage eines Franz Josef Strauß und Richard Nixon, verband sich die Unterstützung des imperialistischen NATO-Paktes, verband sich die Unterstützung proimperialistischer Banden gegen den Befreiungskampf des angolanischen Volkes. Wenn heute nicht nur die Revolutionäre der ganzen Welt um den Genossen Mao Tsetung trauern, sondern auch Reaktionäre wie Strauß ihre klebrigen „Nachrufe" verfassen, wenn neben Ländern wie Albanien und Nordkorea auch der Schlächter Pinochet im faschistischen Chile eine „Staatstrauer" anläßlich des Todes von Mao Tse-tung anordnet, dann sind das die makabren Auswirkungen dieser Entwicklung.

Wir behalten den Genossen Mao Tse-tung in Erinnerung als den bedeutendsten Revolutionär unserer Zeit, als unseren Lehrer. Der Genosse Mao Tse-tung gehört nicht der Bourgeoisie und ihren Strauß und Pinochet, er gehört nicht den antikommunistischen Sektierern im „ML"-Gewand, sondern er gehört dem chinesischen Volk, allen unterdrückten Völkern der Welt, allen Revolutionären.

Mao sagte 1939 in einer Rede in Yenan: **„Die Wahrheit des Marxismus mag Tausende von Prinzipien enthalten, aber letzten Endes können sie in einem Satz zusammengefaßt werden: ‚Rebellion ist gerechtfertigt' "**. Dieses Zitat scheint uns am kennzeichnendsten für die Persönlichkeit des Genossen Mao Tse-tung zu sein und wird im Zentrum unserer Erinnerung an ihn bleiben!

Wohin geht China?

Wohin geht China?

Nach dem Tod Mao Tse-tung's war die bürgerliche Presse voll von Spekulationen über „Bürgerkrieg in China", „Nachfolgekämpfe", „innere Unruhe", „Wiederannäherung Pekings an Moskau", „Kampf zwischen utopischen Revolutionären und Pragmatikern", eine „Zeit großer Unsicherheit" usw.

Auf der anderen Seite stand die internationale „ML"-Presse, die mit der ihr eigenen Blauäugigkeit verkündete, an diesen Spekulationen sei überhaupt nichts dran, denn China werde „seine Farbe niemals ändern", und „Machtkämpfe" oder „Fraktionskämpfe" könne es in China sowieso nicht geben.

Unverkennbar ist, daß in China seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die im Sommer 1966 zur Massenbewegung wurde, kaum „Ruhe" eingetreten ist.

Nachdem im März/April 1969 auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas gewissermaßen ein Schlußstrich unter die Massenmobilisierungs-Phase der Kulturrevolution gezogen worden war, folgte im Herbst 1971 die „Affäre Lin Biao": Lin Biao hatte angeblich versucht, gegen Mao und das ZK zu putschen, war nach dem Scheitern seiner Pläne mit dem Flugzeug geflüchtet und war bei dessen Absturz am 12./13. September '71 ums Leben gekommen. Lin Biao hatte bis dahin als **„der engste Kampfgefährte"** Mao Tse-tungs gegolten. Er war Verteidigungsminister, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas, Stellvertretender Parteivorsitzender und vom IX. Parteitag überdies in aller Form zum „Nachfolger" Mao Tse-tung's bestimmt worden. Zusammen mit Lin Biao kamen fünf weitere Mitglieder des Politbüros des ZK der KP Chinas ums Leben.

Etwa ein Jahr vor dem Ende des Genossen Lin Biao war schon ein anderes Mitglied des Politbüros „gestürzt" worden: Tschen Bo-da, der langjährige Vertraute und Privatsekretär Mao Tse-tung's. Über die politischen Hintergründe des „Sturzes" von Tschen Bo-da wurde in der Öffentlichkeit nichts bekannt.

Somit wurde 1970/71 mehr als ein Drittel der auf dem IX. Parteitag der KP Chinas gewählten Politbüro-Mitglieder (19 insgesamt) „entmachtet" bzw. kam ums Leben. **Darunter die beiden langjährigen engsten Mitarbeiter Mao Tse-tung's, Lin Biao und Tschen Bo-da.**

Es folgte 1972/73 eine Phase der Restauration, d. h. des Vormarsches der in der Großen Proletarischen Kulturrevolution zurückgedrängten „kapitalistischen Elemente", auf vielen Gebieten. So gab es Versuche zur Wiedereinführung und Ausweitung des Prämien-Systems, Zurückdrängung der Arbeiter von der Betriebsführung usw. Es begann eine Welle von „Rehabilitierungen" von Funktionären, die während der Kulturrevolution „gestürzt" worden waren.

Der X. Parteitag der KP Chinas (August '73) bedeutete einen gewissen Einschnitt und eine Abschwächung der Restauration. Manchen „kapitalistischen" Erscheinungen, die sich 1972/73 breit gemacht hatten, wurde entgegengetreten. Es begann die Kampagne „Kampf gegen Konfuzius", die bis Ende 1974 andauerte.

Eine gegenläufige Tendenz zeigte sich jedoch am sichtbarsten darin, daß die Rehabilitierung der „gestürzten Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" unvermindert anhielt bzw. sich sogar noch ausweitete. Sichtbarstes Beispiel dafür war der kometenartige Wiederaufstieg Deng Hsiao-ping's.

Während der Großen Proletari-

kometenartige Wiederaufstieg Deng Hsiao-ping's.
Während der Großen Proletari-

schen Kulturrevolution war Deng als „Chinas Chruschtschow Nr. 2" (nach Liu Schao-tschi) und „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg" angegriffen und „gestürzt" worden. Im April 1973, in der Phase der allseitigen Restauration nach dem Tode Lin Biao's, erschien Deng erstmals wieder in der Öffentlichkeit. Auf dem X. Parteitag (August '73) wurde Deng wieder ins ZK der KP Chinas gewählt, auf dem 2. Plenum des X. ZK (1974) auch ins Politbüro des ZK kooptiert. Der IV. Nationale Volkskongreß (Januar 1974) machte Deng zum Ersten Stellvertreter von Ministerpräsident Tschu En-lai. Ende Januar 1975 wurde Deng auch noch zum Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee ernannt. Seit sich die Krankheit Tschu En-lai's verschärft hatte, amtierte Deng Hsiaoping praktisch an dessen Stelle als Ministerpräsident.

Einen neuen Einschnitt bedeutete die Anfang 1976, nach dem Tode Tschu En-lai's einsetzende Kampagne gegen den „Wind von rechts", die sich direkt gegen Deng Hsiao-ping richtete. Deng Hsiao-ping und ungenannten anderen „Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg" wurde vorgeworfen, sie hätten seit dem Frühjahr 1975 „einen Wind von rechts entfacht". So habe sich Deng Hsiao-ping dafür eingesetzt, daß „Experten die Betriebe leiten", er habe im Bildungswesen die alten Zustände vor der Kulturrevolution herstellen wollen, er habe sich beim wirtschaftlichen Aufbau auf das Ausland stützen wollen u. a. m.

Einen gewissen ersten Abschluß dieser Kampagne bedeutete am 7. April der Beschluß des Politbüros des ZK, **„Deng Hsiao-ping aller seiner Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben"** und den seit dem Tode Tschu En-lai's amtierenden Ministerpräsidenten Hua Guofeng förmlich zu bestätigen, sowie ihn zum Ersten Stellvertretenden Parteivorsitzenden zu ernennen.

Seither dauert die Kampagne gegen Deng Hsiao-ping weiter an; es kam auch zu Angriffen gegen einzelne Funktionäre, denen vorgeworfen wurde, sie seien Anhänger der Linie Deng Hsiao-ping's gewesen – jedoch wurden weitere Absetzungen bisher nicht bekannt.

Vorausgegangen waren der Absetzung Deng Hsiao-ping's Demonstrationen und Zusammenstöße in Peking und anderen Städten, die am 31. März begonnen hatten und in Peking am 5. April mit dem „konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz" (wo einige Tausend Menschen Wachposten angegriffen, Fahrzeuge in Brand gesteckt und zerstört, sowie ein Miliz-Gebäude geplündert hatten). Seit den Kämpfen während der Großen Proletarischen Kulturrevolution war dies der erste derartige Zwischenfall.

Wie derzeit die Situation ist, deutet sich an in den gerade jetzt wieder häufig betonten Verboten, die Massen dürften **„keine Bergfestungen errichten, keine Verbindungen herstellen, keine Kampfgruppen bilden"**. Der Begriff „Bergfestungen" bezieht sich dabei auf die relativ autonomen „Rebellen-Organisationen", wie sie während der Kulturrevolution überall von den Massen gebildet worden waren. Der Begriff „Verbindungen herstellen" bezieht sich auf die während der Kulturrevolution verbreitete Praxis, zwischen örtlichen Gruppen Kontakte zum Erfahrungsaustausch aufzunehmen, insbesondere durch „lange Märsche".

Daß diese Appelle heute an die Massen gerichtet werden, zeigt zum einen, daß die herrschenden Kräfte eine relativ spontane, autonome Ent-

Massen gerichtet werden, zeigt zum einen, daß die herrschenden Kräfte eine relativ spontane, autonome Ent-

wicklung der Massenbewegung – wie während der Kulturrevolution – von Anfang an verhindern wollen; es zeigt jedoch zugleich, daß sie davon ausgehen, daß gegenwärtig die „Gefahr" einer solchen Entwicklung besteht.

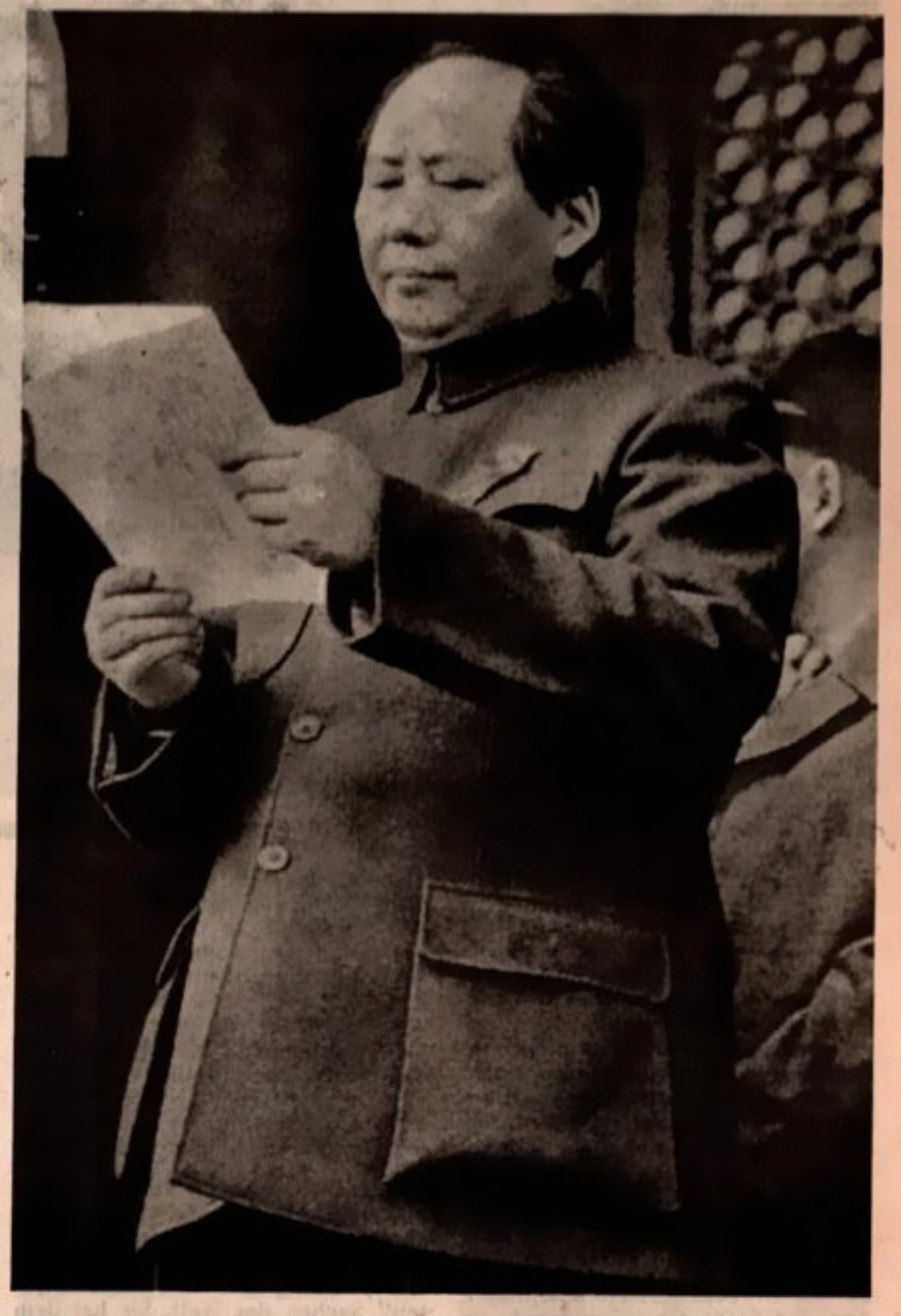
Auffällig ist weiterhin, daß sich zur Zeit Appelle häufen, *„die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren"* und *„voll anzuwenden"*, *„den Sabotage-Aktivitäten der Klassenfeinde entschiedene Schläge zu versetzen"*, *„Klassenfeinde zu unterdrücken, die schlagen, zerstören und plündern"* (auch: rauben), es ist die Rede von *„Klassenfeinden, die Gerüchte ausstreuen, um die Menschen irrezuführen und um Gesetz und Ordnung zu stören"*, es ist die Rede von der *„strengen Bestrafung"* der Schuldigen *„nach dem Gesetz"* usw.

Zweifellos hängen diese Appelle insbesondere mit den Folgen der kürzlichen schweren Erdbeben in verschiedenen Teilen Chinas zusammen. So wird denn auch vielfach direkt gesprochen von *„Klassenfeinden, die*

Fortsetzung Seite 4



Tschu En-lai, Mao Tse-tung und Lin Biao während der Kulturrevolution



Mao Tse-tung gibt die Gründung der Volksrepublik China bekannt (1. Oktober 1949.

Demnächst im Verlag Arbeiterkampf:

Der 5. Band von Mao's „Ausgewählten Werken"!

Aus Anlaß des Todes des Genossen Mao Tse-tung haben wir beschlossen, unsere Vorarbeiten zu intensivieren, um so schnell wie möglich den 5. Band von Mao's ‚Ausgewählten Werken' herauszubringen.

Die vierbändige chinesische Ausgabe der ‚Ausgewählten Werke' (deutsch im Verlag für Fremdsprachige Literatur, Pe-

Ausgabe der ‚Ausgewählten Werke' (deutsch im Verlag für Fremdsprachige Literatur, Pe-

king 1968) umfaßt nur den Zeitraum bis zum September 1949, also bis zur Gründung der Volksrepublik China. Seither sind eine Reihe weiterer Reden und Artikel des Genossen Mao Tse-tung in Einzelveröffentlichungen erschienen; andere sind nur nachträglich und bruchstückhaft zugänglich gemacht worden. Außerdem sind auch einzelne Reden und Artikel aus dem Zeitraum bis 1949, die in den vier Bänden der ‚Ausgewählten Werke' nicht enthalten sind, nachträglich noch veröffentlicht worden.

Seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1966-68) hat es wiederholt Gerüchte und inoffizielle Ankündigungen von chinesischer Seite gegeben, demnächst die in den vier Bänden der ‚Gesammelten Werken' Mao Tse-tungs nicht enthaltenen Reden und Artikel als 5. Band herauszubringen. Dieses Vorhaben wurde bis heute nicht realisiert, und es erscheint fraglich, ob nach dem Tod des Genossen Mao Tse-tung in näherer Zukunft ein 5. Band erscheinen wird.

Wir haben daher schon vor einigen Monaten mit den Vorarbeiten für die Herausgabe eines 5. Bandes begonnen, der so vollständig wie möglich die nicht in den vier Bänden der ‚Ausgewählten Werke' enthaltenen Texte des Genossen Mao Tsetung umfassen soll.

Ein derartiges Projekt stößt auf die Schwierigkeit, daß selbst in China nur ein relativ kleiner Teil davon in kompletten Einzelveröffentlichungen vorliegt. Von den zahlreichen Reden des Genossen Mao Tse-tung sind die meisten nicht offiziell veröffentlicht worden und sind – zum Teil mit großer Verspätung – nur in bruchstückhaften Zitaten greifbar, die sich in Artikeln der chinesischen Presse, in offiziellen Reden chinesischer Politiker, im ‚Kleinen Roten Buch' und anderen Zitaten Sammlungen finden.

Auf diesem Boden blüht eine üppige Industrie von Veröffentlichungen sogenannter „Unveröffentlichter Worte des Vorsitzenden", „Neuer Schriften Mao Tse-tungs's" usw. in der kapita-

öffentlichter Worte des Vorsitzenden", „Neuer Schriften Mao Tse-tungs's" usw. in der kapita-

listischen Welt. Auch von sowjetischer Seite sind zu Propaganda-Zwecken angebliche Sammlungen „bisher unbekannter Zitate" veröffentlicht worden.

Alle diese Machwerke sind ohne Wert, sie dienen der Bereicherung duch primitive Sensationsmache ebenso wie der politischen Manipulation. Im „besten" Fall handelt es sich um Übersetzungen von tatsächlich in der VR China kursierenden inoffiziellen (und höchst fragwürdigen) Veröffentlichungen, wie sie insbesondere während der Großen Proletarischen Kulturrevolution von ‚Roten Garden' ebenso wie von ihren Gegnern verbreitet wurden. Im Allgemeinen ist der Wert derartiger „Unveröffentlichter Worte des Vorsitzenden" aber noch geringer, d.h. es sind einfache Fälschungen interessierter Geheimdienste und Geschäftemacher.

Wie sind bei der Zusammenstellung unserer Ausgabe des 5. Bandes im Gegensatz dazu so vorgegangen, daß wir a u s s c h l i e ß l i c h offizielle Texte und Zitate verwendet haben, wobei wir uns um größtmögliche Vollständigkeit bemüht haben. So sind beispielsweise auch die zahlreichen kurzen „Weisungen" des Genossen Mao Tse-tung zu aktuellen Fragen der Innenpolitik weitgehend von uns zusammengetragen worden.

Eine derartige Zusammenstellung gibt es bisher noch nicht in deutscher Sprache.

Wieweit sämtliche in den letzten Jahren dem Genossen Mao Tse-tung offiziell zugeschriebenen Zitate – beispielsweise aus Gesprächen oder ähnlichen mündlichen Äußerungen – Anspruch auf Echtheit haben, mußte dabei dahingestellt bleiben.



Mao Tse-tung und Lin Biao während des Volkskriegs gegen die japanischen Aggressoren in Jenan

Fortsetzung von Seite 3

aus Naturkatastrophen Vorteil zu ziehen versuchen, um Unruhe zu stiften und Sabotage zu betreiben". In Berichten wird besonders die Rolle der Miliz hervorgehoben, die in den betroffenen Gebieten Tag und Nacht Patrouille ging, *„das Staatseigentum schützte, die öffentliche Ordnung aufrecht hielt und den Klassenfeinden, die Sabotage betrieben, schwere Schläge versetzten".*

Insgesamt sind die Warnungen vor *„Klassenfeinden, die schlagen, zerstören und plündern"* jedoch nicht auf die Erdbebengebiete beschränkt. Aus der Stadt Chekiang wurde im August sogar ein Banküberfall durch eine *„Gruppe bewaffneter Klassenfeinde"* gemeldet, wobei der Bank-Chef getötet wurde (Quelle für diese Angabe und die vorstehenden Zitate ist das „Summary of World Broadcasts", eine Zusammenstellung internationaler Rundfunksendungen, in diesem Fall chinesischer Sender).

Aus den Appellen und Berichten ergibt sich: Zum einen Kampf gegen kriminelle Aktivitäten (die offenbar zugenommen haben, wie sich aus der derzeitigen Häufigkeit solcher Appelle schließen läßt), dann Kampf gegen das Gerüchtewesen (sei es aus Leichtfertigkeit und Aberglaube oder auch mit klarem politischen Hintergrund), schließlich auch Kampf gegen politische „Unruhestifter", wobei unklar bleibt, ob es sich dabei wirklich nur um Konterrevolutionäre handelt.

„Linke" kontra „Pragmatiker"?

„Linke" kontra „Pragmatiker"?

Die Bourgeoisie und ihre Lohnschreiber schlagen die Widersprüche in der Volksrepublik China gewöhnlich über den Leisten eines Kampfes „utopischer linker Revolutionäre" gegen die „Pragmatiker". Die „Linken", als deren Oberhaupt und Schutzpatron Mao Tse-tung dargestellt wurde, wollen angeblich ohne Rücksicht auf den Lebensstandard des chinesischen Volkes ein idealistisches Bild vom „neuen Menschen", ein „utopisches Gleichheitsideal" usw. durchsetzen. Hingegen orientieren sich die sogenannten „Pragmatiker" angeblich an den Bedürfnissen des Volkes, wollen industrielles Wachstum und damit steigenden Lebensstandard – was nach Ansicht der Bourgeoisie und ihrer Lohnschreiber selbstverständlich voraussetzt, daß man solche „idealistischen" Einfälle wie: Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung, Angleichung der Löhne usw. über Bord wirft.

Diese Gegenüberstellung ist in doppelter Hinsicht falsch! Zum einen ist zweifellos die chinesische Revolution unter Führung des Genossen Mao Tse-tung eine der „pragmatischten" Sachen der Welt. Sie hat dem chinesischen Volk einen Lebensstandard gebracht, der mit den kapitalistischen „Entwicklungsmodellen", die die Bourgeoisie den Ländern der Dritten Welt aufzuzwingen versucht (um sie abhängig zu halten und ausplündern zu können!) auch nicht entfernt zu erreichen gewesen wäre. Hinter den bürgerlichen (und revisionistischen!) Lobliedern auf die „Pragmatiker" steckt die Ideologie, daß es mit kapitalistischen Methoden eben doch am besten gehe, daß bei kapitalistischen Methoden der Wirtschaftsführung der Lebensstandard der Massen am günstigsten abschneidet usw.

Die andere Seite ist, daß die Bezeichnung bestimmter führender Funktionäre der KP Chinas als „Linke" höchst zweifelhaft ist. Als solche „Linke" gelten im allgemeinen die Politbüro-Mitglieder Tschiang-tsching (Mao's Witwe), Yao Wenyüan, Wang Hung-wen und Tschang Tschun-tschiao.

yüan, Wang Hung-wen und Tschang Tschun-tschiao.

Diese „Linken" haben zwar in den Kampagnen „gegen Konfuzius", „gegen das bürgerliche Recht", „gegen den Wind von rechts" jedesmal eine wesentliche Rolle gespielt. Es ist also denkbar, daß sie gegenüber anderen Parteiführern i n n e n politisch tatsächlich eine fortschrittlichere Linie vertreten. Überhaupt nicht erkennbar ist dies jedoch auf dem Gebiet der A u ß e n politik, die auch bis heute noch nie Gegenstand öffentlicher Erörterungen oder gar Kritik-Kampagnen war. **Tatsache ist, daß sich auf dem Gebiet der A u ß e n politik u n a b h ä n g i g von den Gängen der Innenpolitik eine kontinuierliche, gradlinige Rechtsentwicklung zeigt, deren Beginn bezeichnenderweise mit dem „Sturz" von Tschen Bo-da und Lin Biao (1970/71) zusammenfällt.**

Diese Rechtsentwicklung hat nach der zweiten Entmachtung von Deng Hsiao-ping entgegen den frommen Wünschen vieler wohlmeinender Freunde Chinas in aller Welt sich nicht nur fortgesetzt, sondern noch verschärft (siehe dazu auch den Artikel „Chinas Außenpolitik – noch weiter nach rechts", in AK 85).

Gegenüber den konterrevolutionären Zügen, die zunehmend zur H a u p t s e i t e der chinesischen Außenpolitik werden, hat die „Linke" in der Parteispitze kaum eine andere Funktion, als hierzulande die Jusos in der SPD. Ihre Rolle als „linkes" Feigenglatt zeigt sich auch darin, daß sie speziell für Kontakte mit den „marxistisch-leninistischen Bruderparteien" sowie sozialistischen Staaten wie Korea und Vietnam eingesetzt werden, während die „Rechten" um Ministerpräsident Hua Guofeng sich die Empfänge für imperialistische und sonstige reaktionäre Politiker vorbehalten.

Es wäre also illusionär, Hoffnungen auf eine relativ rasche Gesundung der chinesischen Außenpolitik durch einen Sieg der „Linken" in der Parteispitze zu hegen. Für eine solche Wendung sind wahrscheinlich die Chancen nach dem Tode Mao Tse-tung's eher noch schlechter geworden. Umgekehrt ist zu befürchten.

Chancen nach dem Tode Mao Tse-tung's eher noch schlechter geworden. Umgekehrt ist zu befürchten,

daß die seit 1971 praktizierte Rechtswendung der Außenpolitik längerfristig auch in der Innenpolitik ihren Niederschlag finden könnte.

Letztlich kann jede Wendung zum Besseren nur von der Masse der chinesischen Arbeiter und Bauern – Parteimitglieder oder nicht – kommen. Dafür sind die Bedingungen sicher besser als beispielsweise in der Sowjetunion, aber auf eine kurzfristige Entwicklung sollte dennoch niemand hoffen.

Irre!

China weist Beileidstelegramme der KPI und KPF zurück

Die chinesische Führung hat bekanntgegeben, daß sie die Beileidstelegramme der revisionistischen Parteien Italiens (PCI) und Frankreichs (PCF) zum Tode Mao Tse-tungs nicht annimmt.

Beide Parteien hatten – im Gegensatz zu Parteien wie der DKP – nach dem Tode Mao Tse-tungs relativ ausführlich dessen unbestreitbare Bedeutung für die Geschichte der kommunistischen Bewegung, für die Revolution und für die Befreiung Chinas gewürdigt. Hierbei spielte offenbar das Bestreben eine Rolle, die eigene Selbständigkeit gegenüber der KPdSU auch auf diesem Gebiet zur Schau zu stellen.

Die italienische „KP" hob sogar in Artikeln nach dem Tode Mao's ausdrücklich hervor, sie sei stets an freundschaftlichen Beziehungen zur KP Chinas interessiert gewesen – nur habe die KP Chinas seit 1965 jeden Kontakt abgelehnt.

Man stelle sich einen Moment lang vor: Eine chinesische Staats- und Parteiführung, die darauf verzichten würde, imperialistischen Politikern gute Ratschläge zur Aufrüstung und zur Schürung von Kriegshysterie zu geben. Und die stattdessen mit Delegationen und revolutionären Vorschlägen auf den Parteitagen der großen revisionistischen Parteien wie PCI und PCF vertreten wäre, die beispielsweise eine Person wie den portugiesischen General Otelo Carvalho oder den antiimperialistischen griechischen Oppositionspolitiker Papandreou in Peking empfangen würde usw. Es ist offensichtlich, welchen ungeheuren positiven Einfluß eine s o l c h e chinesische Außenpolitik auf die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern hätte, und welche Bedeutung andererseits eine solche Politik für einen wirksamen Schutz der chinesischen Volksrepublik vor einer imperialistischen Einkreisung hätte!

Tatsache ist jedoch, daß Chinas Partei- und Staatsführung sich bei den reaktionärsten imperialistischen Politikern anbiedert und gleichzeitig die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern – in ihren gewerkschaftlichen, reformistischen und revisionistischen Formen ebenso wie in ihren revolutionären Keimen – total ignoriert. Die „marxistisch-leninistischen Bruderparteien", die die KP Chinas um sich geschart hat, stellen einen traurigen Zirkus politischer Dilettanten und Provokateure dar. Seit ihren Anfängen in der ersten Hälfte der 60er Jahre, also seit 10-15 Jahren, sind diese Grüppchen über ein Sekten-Dasein jenseits der Arbeiterbewegung nicht hinausgekommen. Die e i n z i g e „ML"-Organisation Westeuropas, die durch eine kluge Politik einen gewissen Einfluß gewinnen konnte, die portugiesische PCP (R), wird prompt von der herrschenden Clique der KP Chinas ebenso ignoriert wie die revolutionäre Linke Westeuropas insgesamt. Stattdessen unterhält die KP Chinas in Portugal „brüderliche" Beziehungen zur halbfaschistischen „PCP/ML", die beispielsweise die Rückkehr des Putschisten Spinola nach Portugal wärmstens begrüßte...

Es ist schon ein Trauerspiel, man darf gar nicht daran denken!

Zur Geschichte eines „Zitats'–

„ML"er gehen gern mit dem schwachsinnigen Schnack hausieren, die Sowjetunion sei heute *„eine Diktatur von der Art Hitlers".* Sie be-

die Sowjetunion sei heute *„eine Diktatur von der Art Hitlers".* Sie be-

haupten, daß sie sich dabei auf den Genossen Mao Tse-tung berufen könnten. Es gibt jedoch einigen Grund, dieser Behauptung mit größter, mit allergrößter Skepsis zu begegnen.

Angeblich soll Mao Tse-tung gesagt haben: *„Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers".* Dieses angebliche Zitat wurde erstmals 1970 publiziert in dem Artikel *„Leninismus oder Sozialimperialismus".* Die Verfasser behaupteten darin, der Genosse Mao habe eine solche Äußerung 1964 (!) in einem Gespräch getan – und sie gaben sogar das exakte Datum an, wann dieses Gespräch stattgefunden habe: am 11. Mai 1964.

Es ergäbe sich also die Schlußfolgerung, daß der Genosse Mao seit 1964 der Meinung war, die Sowjetunion sei faschistisch, aber das aus Gründen der Taktik oder aus welchen Gründen auch immer diese Meinung sechs Jahre lang geheim gehalten wurde, bis sie 1970 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Eine Schlußfolgerung, die kaum motiviert erscheint und die auch niemals öffentlich motiviert wurde.

Im Übrigen paßt es kaum in die historischen Tatsachen, daß Mao Tse-tung und andere chinesische Politiker 1964 bereits die Sowjetunion für *„eine Diktatur von der Art Hitlers"* gehalten haben sollten. Beispielsweise schickte die KP Chinas noch im November 1964 ein auch von Mao Tse-tung unterzeichnetes Grußtelegramm an die KPdSU-Führung, worin es u.a. hieß: *„Das chinesische Volk hofft aufrichtig, daß sich die beiden Parteien, die beiden Länder und die beiden großen Völker Chinas und der Sowjetunion auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ... fest zusammenschließen, um gegen unseren gemeinsamen Feind zu kämpfen und unsere gemeinsame Sache zu fördern"* (5.11. 1964, zit. nach PEKING RUNDSCHAU Nr. 9/1964).

Es fällt weiter auf, daß aus dem
SCHAU Nr. 9/1964).

Es fällt weiter auf, daß aus dem angeblichen Gespräch, das Mao Tse-tung (mit wem? wurde nicht gesagt!) am 11. Mai 1964 geführt haben soll, immer nur dieser eine Satz zitiert wird. Sollte man nicht meinen, der Genosse hätte so eine zumindest zum damaligen Zeitpunkt wohl überraschende These irgendwie inhaltlich begründet? Nichts dergleichen liegt jedoch vor – außer eben dem einen und einzigen seit 1970 „zitierten" Satz.

Es fällt weiter auf, wenn man der Sache nachgeht, daß in k e i n e m der veröffentlichten Artikel des Genossen Mao Tse-tung die Worte Solimperialismus, Sozialfaschismus oder ähnliche Begriffe auftauchen. Es fällt auf, daß sich überhaupt keiner dieser Artikel gegen die Sowjetunion und die KPdSU richtet!

Es fällt außerdem auf, daß die letzte veröffentlichte Rede des Genossen Mao aus dem Jahr 1963 stammt, daß der letzte von ihm veröffentlichte Artikel (der Aufruf *„Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Agressoren und alle Lakaien!"*) aus dem Jahre 1970 stammt. Die Artikel, die von Mao Tse-tung noch in den Jahren 1963-70 veröffentlicht wurden haben a l l e den Kampf der Völker gegen den US-Imperialismus zum Thema.

Das heißt, wenn man der offiziellen Version glaubt: Mao habe sich in seinem Leben nur ein einziges Mal – am 11. Mai 1964 – zur Frage der „Diktatur von der Art Hitlers" geäußert und sonst nie wieder, bzw. jedenfalls nicht in einer sinnvollen Weise, die es wert wäre, zitiert zu werden. Außerdem: Er hätte am 11. Mai 1964 diese Meinung ohne inhaltliche Begründung von sich gegeben, bzw. jedenfalls nicht mit einer Begründung, die es wert gewesen wäre, der Öffentlichkeit bekannt gemacht zu werden.

Dieser offiziellen Version zu glauben, halten wir für eine geistige Zumutung und für eine Verhöhnung Mao Tse-tungs!



Kampf der Spaltung der GEW Westberlin!

Gegen den Ausschluß des gesamten Landesverbandes Westberlin mit seinen 13.000 Mitgliedern aus der GEW-Bund und dem DGB haben zwei Mitglieder eine Einstweilige Verfügung beim Landgericht erwirkt, nach der es dem Bundesvorstand der GEW bei Androhung einer Strafe von 500.000 DM bzw. sechs Monaten Haft untersagt wird,

„1. zu verbreiten, die GEW Berlin sei vom 1. Oktober 1976 an kein Landesverband der GEW mehr,
2. die Berliner GEW-Mitglieder aufzufordern, in die GEW-Bundesorganisation einzutreten,
3. die Berliner GEW-Mitglieder aufzufordern, aus der GEW Berlin auszutreten,
4. in Berlin die Aufnahme von Mitgliedern ... anders als durch den Vorstand ihres Landesverbandes zu vollziehen,
5. ....
6. den Beitragseinzug für Mitglieder der GEW Berlin und die Weitergabe der Beiträge an die GEW Berlin einzustellen."

Damit wurde ein weiteres Mal bestätigt, daß das Vorgehen des Bundesvorstandes selbst von den bürgerlichen Gerichten kaum als legal bezeichnet werden kann.

Auch wenn diese Einstweilige Verfügung nur beschränkten juristischen Wert hat und natürlich nicht die Entscheidung bringt, so öffnet sie den Linken doch die Möglichkeit, der breiten Masse der Mitglieder die Mafiamethoden von Frister und Co. deutlich zu machen und somit den Gegnern der Bundessatzung Luft für die weitere Überzeugungsarbeit zu schaffen.

Der Landesvorstand hatte nach der „Kündigung" zielstrebig darauf hingearbeitet, den von Frister ausgerufenen „neuen" Verband aufzubauen, obwohl sich auf der Vertreterversammlung eine eindeutige Mehrheit gegen die Spaltung ausgesprochen hatte.

Sofort nach Bekanntwerden der Einstweiligen Verfügung forderte er die Mitglieder allerdings dringend auf, *„wegen der ungeklärten Rechtslage unbedingt ihre Mitgliedschaft beizubehalten oder bereits ausgesprochene Austritte rückgängig zu machen"* („Tagesspiegel", 11.9.).

Unzweifelhaft sind Bundes- und Landesvorstand durch diese Einstweilige Verfügung in eine schwierige Lage geraten. Ebensowenig Zweifel können allerdings daran bestehen, daß der Bundesvorstand und wesentliche Teile des Landesvorstandes an dem Spalterkurs festhalten werden. Dies beweist die Bundesvorstandssitzung vom 11./12.9. Obwohl zu diesem Zeitpunkt der Inhalt der EV schon bekannt war (auch dem Bundesvorstand) rief er die Mitglieder dazu auf, *„umgehend ihren Beitritt zur neugegründeten GEW im DGB zu erklären"* (nach „FR", 13.9.). Damit nahm er die letzte Möglichkeit wahr, diesen Aufruf noch einmal (straflos) öffentlich zu machen, denn die EV war dem Vorstand noch nicht offiziell zugegangen. Diesem Beschluß stimmte auch die Westberliner Vorsitzende Kujawa zu (von den Landesvorsitzenden stimmte nur der Hamburger Lemke dagegen).

Damit hat Frau Kujawa ganz bewußt die kriminellen Praktiken von Frister und Co. übernommen. Sie weiterhin als „linke" Sozialdemokratin einzustufen, als die sie sich im Westberliner Landesverband profiliert hat, dürfte sich damit erledigt haben.

Die Entscheidung ist noch offen

Seit der Vertreterversammlung vom 25.8. haben in fast allen Westberliner Bezirken Mitgliederversammlungen stattgefunden. Daran nahmen bisher ca. 10 % der Mitglieder teil. Auf der überwiegenden Mehrheit der Versammlungen wurden Resolutionen verabschiedet, in denen sich gegen einen Übertritt und gegen (!) die Übernahme der Bundessatzung ausgesprochen wurde. Als Grundlage diente die Resolution, die auf der Bezirksversammlung in Kreuzberg verabschiedet wurde (115:30:5), worin es heißt: *„Wir fordern alle Mitglieder auf, geschlossen zu bleiben und die Beitrittsbedingungen* (in den Spalterverband – Anm. AK) *nicht zu akzeptieren und gegen die Beitrittsbedingungen zu kämpfen; wir fordern, daß die Kündigung der Mitgliedschaft der GEW Berlin in GEW-Bund und DGB zurückgenommen wird; wir bleiben dabei: keine Übernahme der Bundessatzung! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Gastrecht für ausgeschlossene Mitglieder! Erhalt der Betriebsgruppen, Mitgliederversammlungen und des Landesverbandes der GEW Berlin."*

Lediglich in Schöneberg wurde eine Resolution verabschiedet, in der Landes- und Bundesvorstand aufgefordert werden, *„Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, die Rücknahme der Kündigung und der Neugründung zu erreichen"*, um dann *„bis zum Jahresende den Vorrang der Bundessatzung in einer Weise zu verankern, die 1. rechtlich einwandfrei ist und 2. dem den anderen Landesverbänden zugestandenen Übernahmeverfahren* (Zweidrittelmehrheit) *entspricht."* Sollte dies vom Vorstand nicht akzeptiert werden, so soll in Verhandlungen wenigstens eine Entschärfung der Übertrittsbedingungen erreicht werden.

Im Wedding beschloß die Mitgliederversammlung einen Antrag zur Einberufung einer Bundesvertreterversammlung, um auf „gewerkschaftlich-demokratischem Weg die Revision des Ausschlusses" herbeizuführen. Diesem Antrag – auf dem Mist des KBW gewachsen – stimmte auch Kujawa zu.

Wachsende Verantwortung für die Linke

Bisher zeichnen sich im Westberliner Landesverband zwei Dinge deutlich ab: einerseits haben bis Mitte September nur ca. 7-900 Mitglieder ihren Austritt bekanntgegeben, wovon sich lediglich 400 (!) zur Aufnahme im „neuen" Verband gemeldet haben. Die Spaltung läuft also für den Bundesvorstand bisher nicht nach Plan. Fristers Hoffnung, schnell „vollendete Tatsachen" schaffen zu können, hat sich bisher nicht erfüllt.

Andererseits sind auf den Mitgliederversammlungen zwar überwiegend Beschlüsse gegen den Übertritt und die Bundessatzung gefaßt worden. Nicht zu übersehen ist allerdings, daß sich die Masse der GEW-Mitglieder bisher a b w a r t e n d verhält. Nur ein relativ kleiner Teil ist bisher für einen a k t i v e n Kampf gegen die Spaltung durch den Bundesvorstand gewonnen worden. Diese Verhältnisse zu ändern muß heute die Hauptaufgabe der Linken im Westberliner Landesverband sein. Dies kann nur durch eine Verbreiterung der Diskussion in den Betriebsgruppen, durch die Mobilisierung für Mitgliederversammlungen, durch die Verabschiedung von Protestresolutionen aller Art gegen die Spaltertätigkeit des Bundesvorstandes, durch die Wahrnehmung jeder Möglichkeit zur Überzeugungsarbeit erreicht werden.

Eine Gefahr liegt darin, daß sich die Linken schon in der ersten Phase der harten Konfrontation mit dem Bundesvorstand isolieren. Zwar wurde der KBW mit seinen der Sozialdemokratie in die Hände arbeitenden Vorstellungen auf einer Veranstaltung des „Koordinationsausschusses" linker Mitglieder, die anfangs von ca. 300 Teilnehmern besucht war, abgebürstet. Aber auch der später bei bereits zusammengeschrumpfter Teilnehmerzahl beschlossene Vorschlag einer Demonstration ist momentan sicher nicht geeignet, den Einfluß der Linken zu verbreitern. Wenn dieser Vorschlag auch zunächst in den GEW-Gremien zur Abstimmung vorgelegt werden soll, muß man sich doch angesichts der bisherigen Teilnehmerzahlen der MV's fragen, wer überhaupt zu einer solchen Aktion mobilisiert werden kann.

Für erheblich wichtiger würden wir es z.B. halten, die nächste Vertreterversammlung so vorzubereiten, daß dort nicht nur eine Sperrminorität sondern eine M e h r h e i t gegen die beabsichtigte Auflösung der GEW erreicht wird. Eine wichtige Aufgabe ist ferner, die Spaltertätigkeit zahlreicher Funktionäre (insbesondere im Landesvorstand) endlich wirksam zu stoppen.

Um die augenblickliche Situation zugunster der Linken zu wenden, ist es notwendig, die breitest mögliche Einheit a l l e r derjenigen anzustreben, die den Ausschluß der GEW-Westberlin und die Spaltung ablehnen. Zur Herstellung dieser Einheit sollte nicht die vollständige Ablehnung der Bundessatzung zur V o r a u s s e t z u n g gemacht werden. Insbesondere ist dabei Standpunkten entgegenzutreten, z.B. die SEW oder „linke" Sozialdemokraten zum „Hauptfeind" zu erklären, wie das von der „KPD" versucht wird. Eine solche Linie steuert nur die Spaltung und Isolierung der Linken an und leistet damit Frister erwünschte Handlangerdienste.

Den Kampf gegen die Bundessatzung in allen Landesverbänden aufnehmen

Die erste positive Auswirkung der Ablehnung der Bundessatzung durch die GEW Westberlin für den gesamten Verband besteht darin, daß dadurch in allen Landesverbänden die Diskussion um die Bundessatzung und ihre Durchsetzung durch die Gewerkschaftsführer neu entfacht werden kann.

Die Solidartät mit dem LV Westberlin darf sich allerdings nicht, soll sie wirklich praktisch wirksam werden, auf papierne Resolutionen beschränken. Vielmehr muß die Bundessatzung vom eigenen Landesverband her angegriffen werden. D.h. es muß aufgedeckt werden, daß die Bundessatzung in allen Landesverbänden auf erpresserische, undemokratische und illegale Weise durchgesetzt wurde, indem bewußt verschwiegen worden war, daß es sich bei der Übernahme der Bundessatzung in jedem Fall um eine A u f l ö s u n g der Landesverbände handelt. Diejenigen, die dieser Satzung nur unter Vorbehalt oder Protest zugestimmt haben, sollten jetzt angesicht der spalterischen Tätigkeiten von Frister und Co. endlich wieder dazu kommen, ihre Ablehnung der Bundessatzung und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse – wenn sie ernst gemeint ist – auf den Tisch zu legen, um die tatsächliche Breite der Gegner konkret zu dokumentieren. Weiterhin muß in den Landesverbänden, in denen die Bundessatzung bisher noch nicht verabschiedet wurde, darangegangen werden, daß die notwendigen Mehrheiten für eine Ablehnung zustande kommen.

Denn eine Auseinandersetzung, die sich nur auf Westberlin beschränkt, hätte in der Tat kaum eine Perspektive. Diese Erkenntnis muß auch in der Westberliner GEW-Linken stärker durchgesetzt werden, da auch von dort noch längst nicht alle Möglichkeiten wahrgenommen worden sind, den Solidarisierungsprozeß in den anderen Landesverbänden selbst mit in Gang zu setzen.

Rücknahme des Ausschlusses der GEW Westberlin aus dem DGB!
Kein Übertritt in Fristers Spaltergewerkschaft!
Für den Erhalt der GEW Berlin als einheitliche Gewerkschaft der Westberliner Lehrer und Erzieher!
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

KB/ Gruppe Westberlin und Bündniskommission,
KB Gruppe Hamburg

So sehen's die anderen

Der Ausschluß der Westberliner GEW aus dem DGB ist in der linken Presse vorrangig behandelt worden (Ausnahmen: Sozialistisches Büro, das es „aufgrund seiner Organisationsstruktur" noch nicht zu einer schriftlichen Stellungnahme gebracht hat, und „Arbeiterbund", dessen Stellungnahme für sich spricht...).
Hier die wichtigsten Publikationen:

KBW: Provos „setzen auf Sieg"

Ein besonders ruhmreiches Kapitel „linker" Gewerkschaftspolitik wird derzeit vom KBW geschrieben.

Der KBW - am rechten Flügel der Liberalen in der GEW anzusiedeln - fordert die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung, um *„das Recht auf Revision"* des Ausschlusses in Anspruch zu nehmen. Mittlerweile sieht sich der KBW genötigt, auf das Argument fast aller anderen Linken einzugehen, dieses Gremium, das die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ohne nennenswerten Widerstand selbst verabschiedet hat, werde die Politik des Bundesvorstands ohnehin nur bestätigen. Er tut das auf geniale Weise:

„Sei dem wie es sei, Frister jedenfalls ist g e g e n eine a.o. Bundesvertreterversammlung" („KVZ-Extra", Fraktion des KBW in der GEW, Westberlin). (Frister hatte GEW-Gremien, die die Forderung nach einer Bundesvertreterversammlung aufgestellt haben, locker geantwortet, eine solche habe bereits einmal einen Beschluß gefaßt, der sein Vorgehen „legitimiert" - was übrigens stimmt). Das konkrete Kräfteverhältnis in diesem (Gewerkschaftsführer-) Gremium braucht vom KBW daher gar nicht erst eingeschätzt zu werden, denn *„die Richtigkeit der Forderung ist zur Hälfte schon damit bewiesen, daß Frister dagegen ist"* (ebenda). Alle Gegner dieses schwachsinnigen Vorgehens werden in der „KVZ" (37/76) freundlicherweise der *„Koalition mit Frister"* beschuldigt. Beweis: Sie seien mit Frister *„gegenseitig fest über die Gegnerschaft zu einer a.o. Bundesvertreterversammlung zusammengeschmolzen"*. Das unterstreicht wieder einmal eindrucksvoll das Niveau der „KVZ".

Gemeinerweise hat die Westberliner Vorsitzende Kujawa scheinbar nicht wie Frister „Angst" vor der BVV. Auf der Mitgliederversammlung des Westberliner Bezirks Wedding war sie sich mit dem KBW in der Forderung nach „Revision" auf einer a.o. BVV einig. Ein teuflisches „Manöver"! Aber da der ansonsten „windige" Erich in diesem Fall durchschaut, daß dieses Manöver vom KBW „durchkreuzt" werden könnte (wie?), beharrt er auf seiner Ablehnung dieser Forderung, und die Welt ist für den KBW wieder in Ordnung.

Während der KBW in keinem anderen Westberliner Bezirk eine bedeutendere Rolle spielen geschweige denn seine Linie durchsetzen konnte (lediglich an der Uni konnte er 100 Stimmen zusammenkriegen), versucht er mit krassem Betrug eine „bundesweite Bewegung" für eine a.o. BVV vorzutäuschen.

Hier einige Kostproben aus der Fälscherwerkstatt („KVZ-Extra" der Westberliner „Fraktion des KBW in der GEW"): Demnach wurde eine Landesvertreterversammlung in Hamburg erzwungen, *„um zu erreichen, daß der Landesverband Hamburg der GEW für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung eintritt..."*

Der KBW hat wirklich keine Hemmungen, sich mit fremden Federn zu schmücken! Im Text der Unterschriftensammlung wird von den Unterzeichnenden eine a.o. LVV gefordert, *„auf der der Hauptvorstand aufgefordert werden soll, die Entscheidung der westberliner Kollegen zu respektieren und alle Maßnahmen zu unterlassen, die eine Auflösung oder Spaltung des Landesverbands bedeuten"* (vollständig abgedruckt in AK 88).

Aber Hamburg steht nicht alleine:
„Die Frankfurter Lehrer (grob geschätzt dürfte es in Frankfurt etwa 10.000 geben -Anm. der Red.), die sich im Kampf mit dem staatlichen Dienstherrn befinden, haben selbstverständlich"(!) die Forderungen des KBW unterstützt. Tatsächlich waren es gerade 280 Kollegen, die am Ende einer Mitgliederversammlung den Antrag für eine a. o. BVV verabschiedeten – wohl weil ihnen überhaupt kein anderer Antrag zu Westberlin vorlag. Tja – die „Massen" wollen zur Bundesvertreterversammlung ...

„KPD": Hauptstoß gegen „Sozialimperialismus"

Durch besondere Idiotie zeichnet sich auch die Stellungnahme der „KPD" aus („Rote Fahne", 37/76). Was die „Rote Fahne" natürlich besonders beschäftigt, ist die Androhung der Gewerkschaftsführer, beim Aufbau ihres Spalterverbands den Unvereinbarkeitsbeschluß auf die SEW auszudehnen. Die „KPD" warnt davor, *„der Ankündigung des GEW-Vorsitzenden Frister Glauben zu schenken, daß er gegen die Revisionisten vorzugehen gedenke; diese Drohung hat vielmehr Alibifunktion, denn allzu offensichtlich ist das Paktieren gerade der „linken" SPD mit den DKP/SEW-Revisionisten"*. Die Zusammenarbeit der SEW mit den DGB-Führern diene aber *„in erster Linie ... ihrem Vordringen in wichtige Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, um den Weltherrschaftsplänen ihrer Oberherren im Moskauer Kreml in unserem Land den Boden vorzubereiten"*. Die „KPD" fordert ihre „Massenorganisation", den „Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher", auf, verstärkt ihre Linie in den Koordinationsausschuß linker GEW-Mitglieder in Westberlin hineinzutragen, z. B. den Kampf *„gegen die sozialfaschistische Unterdrückung in der DDR"*.

Dies ist jedoch keineswegs so zu verstehen, daß die BSLE-Mitglieder jetzt tatsächlich diese Standpunkte, mit denen sie sofort aus jeder Zusammenarbeit mit den Linken herausfliegen würden, in der GEW einbringen würden. Offenbar hat der BSLE aus einer ganzen Reihe von Austritten ehemaliger Mitglieder den Schluß gezogen, lieber eine Art „Doppelstrategie" einzuschlagen: Während in der „Roten Fahne" in punkto Vaterlandsverteidigung geklotzt wird, hält man sich in der GEW opportunistisch zurück, um sich nicht von vornherein jede Aktionsmöglichkeit zu verscherzen. Durch dieses Vorgehen taktiert der BSLE weitaus geschickter als der KBW und konnte z. B. erreichen, daß der Koordinationsausschuß bisher keine scharfe und prinzipielle Abgrenzung von den Vaterlandsverteidigern öffentlich vorgenommen hat. Je länger die Linken jedoch diesen rechten Ballast aus Gutmütigkeit oder Naivität mit sich herumschleppen, desto schwieriger wird es, breitere Sektoren der fortschrittlichen GEW-Mitglieder zusammenzufassen, die natürlich zu Recht auf gar keinen Fall bereit sein werden, mit solchen Vögeln zusammenzuarbeiten.

GIM auf dem Rückzug?

Die GIM hatte in „Was tun" vom 9.9. eine klare Verurteilung des geplanten Spalterverbandes in Westberlin vorgenommen, die Wiederaufnahme der GEW Berlin in DGB und GEW gefordert und die Empfehlung herausgegeben, auf keinen Fall in den „neuen" Verband überzutreten. Dies deckte sich auch weitgehend mit unseren Positionen. Leider dauerte diese angenehme Überraschung nur eine Woche an.

Die nächste Ausgabe von „Was tun" bringt einen „Grundsatzartikel" der GIM zur Spaltung der Westberliner GEW, wo gleich zu Beginn ein Leserbrief abgedruckt wird, der den KB kritisiert, er würde „juristisch und moralisch" argumentieren, ohne daß überhaupt konkret auf unsere Positionen eingegangen wird bzw. ein Beweis für diese Behauptung versucht wird. Vielmehr kritisiert der Verfasser des Leserbriefs den „Was tun"-Artikel der vorherigen Ausgabe, weil darin die Ablehnung der Bundessatzung auf der Westberliner LVV durch eine Sperrminorität begrüßt worden war. Im Zusammenhang mit dem Seitenhieb gegen den KB kann das nur als Vorwurf an die GIM verstanden werden, in dieser Frage KB-Positionen vertreten zu haben.

Die GIM argumentiert in der Antwort zunächst richtig, daß man gar keine andere Wahl gehabt habe, als gegen die Bundessatzung zu stimmen. Man könne nicht, um in der „Einheitsgewerkschaft DGB" zu bleiben, Bedingungen zustimmen, die wie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Wirklichkeit das Prinzip der Einheitsgewerkschaft aufkündigen und in der Tendenz sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften schaffen.

Ein Fehler sei es hingegen gewesen, die erneute Abstimmung über die Bundessatzung (nachdem sie zunächst bereits mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt worden war) vor Gericht zu erzwingen. In dieser Frage geht die GIM absolut konform mit dem KBW: Man dürfe nicht zulassen, daß sich der Staat *„ständig in die Arbeiterorganisationen einmischt"*. Der Staat mache von dieser *„Einladung, die durch die Anrufung der Gerichte ausgesprochen wird, nur zu gerne Gebrauch ..., um seine Kontrolle über die Gewerkschaften zu errichten"*. Diesem Gedankenblitz können wir als normale, nichttrotzkistische Sterbliche allerdings nicht ganz folgen. Einmal abgesehen davon, daß wir eine entsprechende begeisterte Unterstützung etwa der Springerpresse für die Klägergruppe bisher nicht feststellen konnten, fragen wir uns auch, wieso durch die ergangenen Gerichtsurteile k o n k r e t die „Unabhängigkeit der GEW" beeinträchtigt worden, und die Kontrolle des Staates über die Gewerkschaft verschärft worden wäre.

Die GIM selbst verwickelt sich in Widersprüche, wenn sie ein gerichtliches Vorgehen bei kriminellen Akten *„gegenüber einer anderen Organisation, aber nicht innerhalb einer Organisation"* gelten lassen will. Auch dadurch würde man ja die „Einmischung des Staats in die Arbeiterorganisationen" fördern. Noch abstruser wird es, wenn die GIM weiter einschränkt: *„Wenn Frister nach dem Ausschluß der GEW auch noch deren Kasse unterschlägt, ist es diskutabel, das Gericht anzurufen ..."* Soll man vielleicht so lange warten? Das verstehe, wer will!

Des Pudels Kern liegt wohl darin begraben, daß die GIM einerseits zwar nicht darum herum kommt, die Übernahme der Bundessatzung abzulehnen, andererseits darüber jammert, daß es überhaupt noch einmal zu einer solchen Abstimmung gekommen ist.

Die GIM verdächtigt den KB, verantwortlich für diese Entwicklung zu sein. Unter der Zwischenüberschrift *„Keine Konzessionen an RGO-Konzepte"* wird zunächst ausgeführt, daß die RGO-Politik der „ML"er *„momentan weniger gefährlich (ist), weil ihre Absurdität aktuell zu offensichtlich ist."*

Sodann: *„Wichtiger ist die Auffassung, die sich ansatzweise beim Kommunistischen Bund findet, und die sich durch den Fall der Berliner GEW bestätigt sehen könnte. Nämlich, daß ‚rote Gewerkschaften' dadurch entstehen, daß die Bürokratie von rechts spaltet. Wir weisen dieses Konzept zurück. Wir kämpfen da, wo die Masse der Arbeiter organisiert ist ...*

Unser Ziel ist dabei nicht die ‚rote GEW', sondern die Wiederaufnahme der g a n z e n Berliner GEW in den DGB."

Ein waghalsiger Angriff auf den KB – wiederum ohne den Hauch eines Beweises für die aufgestellten Behauptungen. Tatsächlich verteidigt der KB grundsätzlich die innergewerkschaftliche Demokratie, wobei wir auch den Gang vor Gericht nicht scheuen, wenn die Gewerkschaftsführer selbst hinter bürgerliche Rechtsmaßstäbe zurückfallen (und wenn damit eine Mobilisierung der Mitgliedschaft erreicht werden kann, da es letztendlich natürlich nicht auf Gerichtsurteile, sondern auf Mehrheiten in der Gewerkschaft ankommt).

Diese Politik diffamiert die GIM ganz im Stil der Gewerkschaftsführer als (geschickten) Aufbau einer „roten GEW". Dies ist umso übler, als jedermann mühelos im AK und in Flugblättern nachlesen kann, daß wir die ganze Zeit über die bedingungslose Wiederaufnahme der GEW Westberlin in die GEW-Bund und in den DGB propagiert haben. Wir fragen uns, wie es möglich ist, daß die GIM die politische Auseinandersetzung mit dem KB durch Verdächtigungen und unbewiesene Behauptungen ersetzen kann (bezeichnenderweise beruht der betreffende Artikel auf einer ZK-Diskussion der GIM).

Die Forderung, nicht in den Spalterverband überzutreten, taucht in „Was tun" (16.9.) nicht mehr auf, obwohl ihr in der Ausgabe davor zentraler Stellenwert beigemessen worden war. Überhaupt nimmt der Artikel nicht dazu Stellung, was eigentlich konkret zu tun sei. Die Abgrenzung vom KB steht hier offensichtlich für einen prinzipienlosen Schwenk der eigenen Politik. Der GIM dürfte es kaum gelingen, sich weiter um diese Tatsache herumzumogeln.

Solidarität mit der GEW-Westberlin

Hamburg
Auf Antrag von über 600 Kolleginnen und Kollegen wird am 27. September in Hamburg eine a.o. Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW stattfinden, auf der über die „Situation nach der LVV vom 25.8. im Landesverband Berlin" diskutiert werden soll. Damit ist Hamburg der erste Landesverband (LV), in dem die Möglichkeit besteht, sich hinter den LV Westberlin zu stellen, womit ein Signal für die weitere Entwicklung in der GEW gegeben werden kann.

Sofort nach der Bekanntgabe der „Kündigung" des LV Westberlin durch den Bundesvorstand und der Ankündigung, einen Spalterverband aufzubauen, entwickelte sich in der GEW Hamburg ein breiter Protest, der bis in den Vorstand hineinreicht. Dies ist kein Zufall, da der Hamburger LV lange Erfahrung im Kampf gegen die Übernahme der Bundessatzung hat. Auch wird die weitere Entwicklung des LV Westberlin starke Auswirkungen auf die eigene Situation haben.

Der Vorstand, mit dem „linken" Sozialdemokraten Lemke als Vorsitzenden, reagierte mit einer Erklärung an den Bundesvorstand, in der ausgeführt wird, daß *„das Vorgehen des Geschäftsführenden Vorstandes kaum durch den Beschluß der Bundesvertreterversammlung vom 8.3.75 politisch legitimiert"* wird. (Auf dem sogenannten „Kölner Kongreß" der GEW war ein Beschluß gefaßt worden, der den Bundesvorstand beauftragt, gegebenenfalls auf das „Ausscheiden" eines Landesverbands hinzuwirken, falls dieser die Bundessatzung nicht anerkennt. Eine Satzungsregel für einen Ausschluß gibt es jedoch n i c h t .) Im weiteren wird insbesondere Frister scharf angegriffen, dem vorgeworfen wird, die Konflikte bewußt zu verschärfen. Faktisch beinhalten die Formulierungen dieser Erklärung, daß Frister als Bundesvorsitzender der GEW nicht mehr tragbar sei.

Dann allerdings schreckt der Hamburger Vorstand offensichtlich vor soviel gezeigter Courage zurück, denn es heißt am Ende: *„Nachdem in Berlin Fakten geschaffen sind, die nicht mehr korrigiert werden können, muß alles getan werden, um bei der Bildung des neuen* (!) *Verbandes allzu große Reibungsverluste zu vermeiden."* Damit wird das gleiche Ziel verfolgt wie von den „linken" Sozialdemokraten (um Kujawa) des Westberliner LV: Spaltung und Überführung des LV in die GEW-Bund, allerdings ohne die von Frister angestrebte radikale „Säuberung", sondern unter „annehmbaren Bedingungen". Erreicht werden soll dies durch eine *„enge Zusammenarbeit zwischen Hauptvorstand und den eine Integration in GEW und DGB bejahenden Repräsentanten des alten Verbandes"*. Demagogisch wird hier unterstellt, die Gegner der Bundessatzung seien für eine Abspaltung aus dem DGB. Entgegen der von ihnen selbst geäußerten Meinung, daß die „Kündigung" jeder Satzungsgrundlage entbehrt, fordern sie die Mitglieder des Westberliner LV damit auf, in den Spalterverband einzutreten. Anstatt also die Mitglieder gegen die antidemokratischen Machenschaften von Frister und Co. zu mobilisieren, fordern sie diese auf, sich zu beugen, da angeblich nichts mehr zu „korrigieren" sei.

Umso peinlicher muß dieses Vorgehen erscheinen angesichts der tatsächlichen Fakten und nach der erfolgten Einstweiligen Verfügung (siehe Artikel in diesem AK: sie verbietet Frister die „Kündigung", die Auflösung und die Gründung eines „neuen" Verbandes). Denn bis heute sind lediglich 900 von 13.000 (!) Mitgliedern in den Spalterverband übergetreten. Damit haben sich die „linken" Sozialdemokraten an die Spaltung angepaßt, noch b e v o r diese überhaupt von Frister durchgezogen werden kann.

Die neue Situation nach der Einstweiligen Verfügung veranlaßte den Vorstand nun plötzlich, die Westberliner GEW-Mitglieder aufzufordern, *„die Geschlossenheit ihres Verbandes zu erhalten und nicht auszutreten"* (aus einem Antrag an die LVV), allerdings ohne diese Kurskorrektur öffentlich zu begründen. Die Frage eines „neuen" Verbandes wird in diesem Antrag überhaupt nicht mehr erwähnt! Konsequent wäre es nun, den Bundesvorstand aufzufordern, von seinen illegalen Praktiken abzurücken und die Entscheidung des Westberliner LV gegen die Bundessatzung anzuerkennen. Stattdessen empfiehlt der Hamburger Vorstand:

„In Berlin muß nun nach anderen (?) *satzungsrechtlichen und politischen Möglichkeiten gesucht werden, wie der Auftrag* (!) *der Bundesvertreterversammlung vom 8.3.75 erfüllt werden kann".* Gemeint ist damit, daß eine Zweidrittel-Mehrheit zur Übernahme der Bundessatzung als ausreichend anerkannt wird. Hinter dieser „Empfehlung" steht die Sorge, daß mit dem Prozeß, der in Westberlin in Gang gesetzt wurde, auch der „Hamburger Kompromiß" in Gefahr kommt, da er ebenfalls nur eine Zweidrittel-Mehrheit erhielt.

Schizophren ist die Position der „linken" Sozialdemokraten deshalb, weil sie sich weitreichende Gedanken darüber machen, wie heute aus dem Beschluß der Westberliner LVV vom 25.8. eine Übernahme der Bundessatzung „gedreht" werden kann, obwohl sie selbst immer wieder beteuern, G e g n e r der Bundessatzung zu sein. Sowohl Lemke als auch Kujawa haben immer wieder betont, daß sie für eine Veränderung der Bundessatzung eintreten würden. Um dies zu „erkämpfen", empfehlen sie allerdings den Kolleginnen und Kollegen, diese erst einmal zu ü b e r n e h m e n , um sie dann auf der nächsten (übernächsten oder überübernächsten ...) Bundesvertreterversammlung zu Fall zu bringen. Daß dies völlig illusionär ist, wissen sie genausogut wie wir, denn an der Zusammensetzung der nächsten Bundesvertreterversammlungen wird sich kaum etwas ändern.

Nicht eine reale Aussicht auf eine positive Veränderung bewegt sie zu diesem Vorgehen, sondern der Opportunismus gegenüber der Erpressungspolitik des Bundesvorstandes. Kaum hat dieser eine Entscheidung getroffen, so sind für sie *„Fakten geschaffen, die nicht mehr korrigiert werden können".*

Dies führt soweit, daß gegen die Bundessatzung kaum mehr etwas gemacht wird (höchstens in dem Sinn: „wir sind ja auch dagegen"), während die Propaganda für eine Unterwerfung unter den Bundesvorstand („um im DGB zu bleiben") immer stärker in den Vordergrund tritt. Mit Recht muß daher die Glaubwürdigkeit dieser Proteste gegen den Bundesvorstand in Frage gestellt werden.

Der konsequenteste Weg, der Spalterpolitik zu begegnen, kommt in einer Resolution der Fachgruppe der Volks- und Realschullehrer zum Ausdruck, wo es heißt, *„daß der Landesverband Hamburg einzig und allein die GEW Berlin als Landesverband unserer Gewerkschaft und Vertretung der Westberliner Kollegen anerkennt und keinen noch so gearteten Spalterverband".*

Lehrerkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

GEW-Schleswig Holstein:

Die Opposition gegen die Bundessatzung formiert sich

Im November soll nach dem Willen der GEW-Führer auch in Schleswig-Holstein die neue Bundessatzung auf einer Landes-Vertreter-Versammlung übernommen werden. Die GEW-Führung beabsichtigt dabei den gleichen Trick anzuwenden wie in anderen Landesverbänden:

Die Übernahme der Bundessatzung sei angeblich eine einfache Satzungsänderung, für die nur eine Zweidrittel-Mehrheit der Delegierten erforderlich sei.

Tatsächlich ist es so, daß die Übernahme der Bundessatzung in Schleswig-Holstein genauso wie in Westberlin eine Auflösung des Landesverbandes bedeutet (die schleswig-holsteinische Satzung ist in den entscheidenden Punkten völlig identisch mit der Westberliner GEW-Satzung).

Eine Auflösung des Landesverbandes kann in Schleswig-Holstein jedoch nur durch eine U r a b s t i m m u n g mit Dreiviertel-Mehrheit der Mitglieder erfolgen (nach § 35 der Satzung).

Aus sehr durchsichtigen Gründen verschweigt die GEW-Führung jedoch diesen Tatbestand und tut auch nichts, um die GEW-Mitglieder überhaupt erstmal über die Bundessatzung und die damit verbundenen Änderungen zu informieren. Offensichtlich plant man, die Übernahme so reibungslos und geräuschlos wie möglich durchzuziehen. Gegen dieses Vorhaben beginnt sich allerdings auch hier die Opposition zu formieren:

Auf seiner Sitzung am 15.9. beschloß der AjLE Schleswig-Holstein,
schloß der AjLE Schleswig-Holstein,
auf der LVV den Antrag einzubringen, die Bundessatzung abzulehnen.

Gegen diesen Beschluß stimmten nur die der DKP nahestehenden AjLE-Mitglieder. Begründung wie üblich: man sei zwar auch gegen einige Punkte der Bundessatzung, aber man müsse trotzdem dafür stimmen, um nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen zu werden. Außerdem könne man die Bundessatzung auf der Bundesvertreter-Versammlung 1977 ja wieder ändern.

Diese „Argumente" sprechen wohl für sich selbst!

Der AjLE beschloß weiter, am 23.10. in Kiel eine zentrale Informationsveranstaltung zum Thema Bundessatzung und Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchzuführen, wozu auch Westberliner und Hamburger Kollegen eingeladen werden sollen.

Vor dem AjLE-Treffen hatte bereits die Pinneberger Kreisvertreterversammlung beschlossen, auf der LVV den Antrag auf Ablehnung der Bundessatzung einzubringen.

Die Kollegen des AjLE Lübeck haben ein Papier erstellt, um alle GEW-Mitglieder über die undemokratischen Inhalte der Bundessatzung zu informieren.

Die GEW-Studentengruppe an der PH Flensburg hat eine Solidaritätsresolution für die vom Ausschluß betroffenen Westberliner Kollegen (einstimmig) verabschiedet, worin auch die LVV aufgefordert wird, die Bundessatzung abzulehnen. Zur Unterstützung dieser Resolution wird z. Zt. eine Unterschriftensammlung unter den Flensburger GEW-Lehrern durchgeführt. Die GEW-Studentengruppe plant darüberhinaus für den 28.9. eine Informationsveranstaltung mit Westberliner Kollegen durchzuführen.

PH-Zelle
KB/ Gruppe Flensburg



„Meinungsumfrage" statt Urabstimmung:

Mit der Bundesverfassung ist alles möglich

Seit einem Vierteljahr werden die Stimmen in der hessischen GEW nach einem Streik gegen die staatliche Bildungspolitik immer lauter. Schon am 3. Juni konnte man auf einer GEW-Veranstaltung mit 5.000 Teilnehmern die Parole hören: *„Wir sind doch keine Mucker, wir streiken wie die Drucker!"*

Wie in der Folgezeit diese Forderung nach einem Streik der Lehrer vom Landes- und Bundesvorstand mit allen möglichen Satzungstricks abgeblockt wurde, sollte ein Lehrbeispiel für alle diejenigen sein, die immer noch meinen, die GEW müsse sich den „eigentlichen" (ökonomischen) gewerkschaftlichen Zielen zuwenden und Abkehr halten vom „Satzungsstreit" (Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie). Auf dieser Position treffen sich nämlich Sozialdemokraten, DKPler und der KBW.

Am 11. August beriet der Hauptausschuß der GEW Hessen über den von zahlreichen Mitgliederversammlungen und Betriebsgruppen gestellten Antrag, eine Urabstimmung über Streik durchzuführen. Schon auf dieser Sitzung erklärte der Bundesvorsitzende Frister, er werde dem Bundesvorstand, der eine Urabstimmung laut Bundessatzung genehmigen muß (!), mitteilen, daß die hessischen Lehrer „nicht streikbereit" seien. Unverblümt gab er hierfür die Begründung, daß ein Lehrerstreik in einem sozialdemokratisch regierten Land der SPD bei der Bundestagswahl schade!

Der Landesvorstand faßte daraufhin den Beschluß, eine „repräsentative Umfrage" (!) unter den GEW-Mitgliedern der verschiedenen Kreise durchzuführen. Das Ergebnis war für die Gewerkschaftsführer allerdings niederschmetternd: von 2.445 Befragten sprachen sich 1.782 für Streik aus, teilweise lagen die Ergebnisse sogar über 77 %.

Erst daraufhin entschloß sich der Landesvorstand der GEW-Hessen, beim Bundesvorstand eine Urabstimmung zu beantragen, allerdings gleich mit Pferdefüßen: *„Der Hauptausschuß der hessischen GEW beantragt beim Hauptvorstand ... die Durchführung einer Urabstimmung mit dem Ziel, einen eintägigen Warnstreik in Hessen bzw. in einigen* (!) *Bereichen des Hessenlandes durchzuführen".* Aber mit dieser Beschränkung auf „einige Bereiche" war es nicht getan. Der Landesvorsitzende setzte sich in Absprache mit Frister über diesen Beschluß hinweg und beauftragte ein „unabhängiges" Meinungsforschungsinstitut mit der „Erforschung" der Kampfbereitschaft der hessischen Lehrer. Von dem Ergebnis will Frister seine Entscheidung abhängig machen. Kostenpunkt: 86.000 DM, natürlich aus den Mitgliederbeiträgen. Bekannt dürfte sein, daß solche „Umfragen" bis auf wenige Prozent manipulierbar sind, wenn die Fragen nur richtig gestellt werden.

Dieses Vorgehen läuft auf eine vollständige Zerschlagung der Willensbildung innerhalb der Gewerkschaften selbst hinaus und ist damit ein Angriff auf die gewerkschaftliche Organisierung insgesamt.

Gerade die linken Sozialdemokraten in der GEW Hessen haben immer viel darauf gehalten, dem „Satzungsstreit" aus dem Weg gegangen zu sein und stattdessen eine erfolgreiche „progressive Bildungspolitik" betrieben zu haben. Dieser Weg wurde z. B. auch auf dem Anti-Repressionskongreß des SB von Frankfurter Kollegen der GEW-Linken empfohlen.

Noch nach dem Spaltungs-Coup von Frister gegenüber der GEW-Westberlin schreibt der Bezirksvorsitzende der Frankfurter GEW, Klaus Schubert, in „päd-extra" vom 15. September: *„Wo dies geschah* (Konzentrierung auf die Angriffe im Bildungsbereich, Anm. AK) *oder geschieht, ist kein Platz (!) und keine Zeit (!) mehr für Satzungsdiskussionen, sind diese sogar ein direktes Hindernis (!) für die Lehrer, sich mit gewerkschaftlichen Mitteln gegen das Sparprogramm zu wehren!"* Dies gipfelt dann in der Aussage: *„Noch immer gilt die Einsicht, daß die progressiven Teile in der GEW dort am stärksten sind, wo sie sich voll auf die Interessen der Lehrer* (gemeint sind hier allein die ökonomischen, Anm. AK) *stützen können und umgekehrt am schwächsten dort, wo nur (?) die Auseinandersetzung mit der GEW-Führung gesucht wird"* (ebenda).

Offensichtlich werden dabei die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Weder die Westberliner noch die Hamburger GEW-Linke, – die den Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie relativ intensiv führen, brauchen einen Vergleich mit den Aktivitäten anderer Landesverbände zu bildungspolitischen Fragen zu scheuen. Immerhin ist z. B. der Hamburger Landesverband in den letzten Jahren der einzige gewesen, in dem eine Urabstimmung über Streik gegen die Lehrerneubesoldung die erforderlichen 75 % erhielt (1974) und ebensowenig kann behauptet werden, daß es in anderen Landesverbänden etwa größere Demonstrationen o. ä. der GEW gegeben hat als in Hamburg oder Westberlin.

Die Orientierung „weg von den Satzungsdiskussionen" fand immer die Zustimmung von DKP und KBW. Zum einen versuchten beide, damit ihre Vorstellungen von den rein ökonomischen Kämpfen der Gewerkschaften durchzusetzen. Die DKP versuchte dabei insbesondere noch, ihre Politik der „Einheit" mit der Gewerkschaftsführung zu realisieren. Zum anderen ist aus der Praxis hinlänglich bekannt, was diese Gruppen s e l b s t von wirklicher Demokratie halten.

Gerade die Verweigerung einer Urabstimmung in der hessischen GEW durch die Gewerkschaftsführer zeigt doch, wie demagogisch eine Gegenüberstellung von „Bildungsfragen" und „Satzungsfragen" ist – als ob man das eine tun und das andere lassen könne. Die fortschrittlichen GEW-Mitglieder werden jetzt zu einer Auseinandersetzung mit der Bundessatzung gezwungen, und es liegt auf der Hand, daß es günstiger gewesen wäre, in dieser Frage schon früher „vorzubauen", anstatt sie ständig als „hinderlich" für die „eigentliche" Gewerkschaftsarbeit darzustellen. Vielleicht führt diese Erfahrung jedoch dazu, daß sich die hessische GEW-Linke stärker als bisher am Kampf gegen die Bundessatzung beteiligt, und daß unsolidarische Ausfälle wie der des Frankfurter Bezirksvorsitzendes Schubert in der „päd-extra" zurückgewiesen werden.





Frauen



Presseerklärung

Am 3. - 5. September trafen sich in Bonn Vertreterinnen der Beratungsgruppen von Frauenzentren aus 17 Städten aus dem gesamten Bundesgebiet.

Wir haben in den letzten Jahren Tausende von Frauen u. a. über Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung, über Schwangerschaftskonflikte und Abtreibungsmöglichkeiten beraten.

Auf diesem Treffen haben wir die zweimonatigen Erfahrungen mit der Anwendung des neuen § 218 ausgetauscht.

Wir mußten feststellen, daß in den meisten Städten für die Frauen, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch suchen, das Gesetz keine Erleichterung gebracht hat, im Gegenteil, daß durch die irreführende Berichterstattung in der Presse bei den Frauen falsche Hoffnungen geweckt werden.

- Die legitimierten Beratungsstellen sind total überlaufen;
- Meistens heißt Beratung: abraten vom Schwangerschaftsabbruch statt beraten, Schuldgefühle wecken statt erleichtern;
- Die Indikationsstellung hängt von den moralischen Vorstellungen des Arztes und davon ab, was er für die Frauen für zumutbar hält;
- Alle katholischen Krankenhäuser weigern sich grundsätzlich, eine Indikation anzuerkennen;
- Bis auf ganz wenige Ausnahmen wird in anderen Kliniken die soziale Indikation nicht anerkannt, die medizinische nochmals überprüft;
- in einigen Kliniken ist die Durchführung des legalen Schwangerschaftsabbruchs an Bedingungen gebunden, z. B. gleichzeitige Sterilisation;
- Die Durchführung des legalen Schwangerschaftsabbruchs von bereitwilligen Ärzten wird durch die Repression von übergeordneten Stellen zusätzlich erschwert;
- In den meisten Kliniken der BRD wird immer noch nicht die einfachere und schonendere Absaugmethode angewendet;
- Die Erfahrungen haben weiterhin gezeigt, daß die Frauen wegen des bürokratischen Weges, der ihnen aufgezwungen wird, die legalen Möglichkeiten scheuen und nach wie vor ins Ausland fahren.

WIR FORDERN:

Wir fordern die Möglichkeit zu einem beratenden Gespräch, das von den Problemen der Frau ausgeht und ihre selbständige Entscheidung respektiert, und lehnen die Zwangsberatung ab.

JEDE ungewollte Schwangerschaft ist für die Frau eine Notlage und muß als Indikation anerkannt werden.

Es muß in jeder Stadt ausreichende ambulante und stationäre Versorgung gewährleistet sein.

Wir fordern die Anwendung der Absaugmethode!

Solange nicht genügend Einrichtungen vorhanden sind, um Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu können, müssen die Krankenkassen die Kosten für Fahrten ins Ausland übernehmen.

Die Anträge auf eine Indikationsstellung sind anonym zu behandeln, und die Schweigepflicht ist für alle Mitarbeiter verbindlich zu machen.

Wir müssen uns momentan mit unseren Forderungen auf das neue Gesetz einlassen, um den Frauen, die in konkreter Notlage sind, Möglichkeiten und menschenwürdige Bedingungen für einen legalen Schwangerschaftsabbruch zu schaffen. Die Perfektionierung des Gesetzes ist nicht unser Ziel, weil es dem Selbstbestimmungsrecht der Frau, für das wir kämpfen, in jeglicher Weise widerspricht.

NACH WIE VOR BLEIBT UNSER ZIEL DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES § 218!

Die freie Abtreibung muß immer praktisch erkämpft werden, ob gegen einen bestehenden Verbotsparagraphen oder trotz dieser bereits erfolgten Streichung! Die Beratungsgruppen sammeln alle Informationen über die Anwendung des Gesetzes und planen Anfang nächsten Jahres ein großes nationales Tribunal.

Frauengruppe

Aachen	Duisburg	Köln
Bochum	Essen	Mannheim
Bonn	Freiburg	Neu-Isenburg
Braunschweig	Frankfurt	Nürnberg
Darmstadt	Gießen	Tübingen
Dortmund	Hannover	

Redaktionelle Anmerkung

An zwei Artikeln der letzten Zeit ist eine breitere Kritik gekommen – nämlich an dem Artikel zu Alice Schwarzers Buch „Der kleine Unterschied" (AK 87) und dem Artikel über ‚Frauenhäuser' (AK 88).

Zu beiden Artikeln und den Kritiken daran wird die Frauengruppe Hamburg des KB im nächsten AK Stellung nehmen. Wir bitten, vorliegende weitere Kritiken dazu baldmöglichst schriftlich zu formulieren und uns zuzuleiten. Das ist bisher nur sehr dürftig geschehen (es liegen drei schriftliche Kritiken zu dem Schwarzer-Artikel und keine zu dem ‚Frauenhaus'-Artikel vor!).

Nochmals: Zur Frage der Homosexualität

Der Artikel „Polizei gegen lesbische Frauen" (AK 85) hat mehrere Leserbriefe homosexueller Genossinnen und Genossen ausgelöst. Insgesamt sind wir der Meinung, daß sich diese Auseinandersetzung am untauglichen Objekt entzündet hat, da der Artikel in AK 85 nicht im mindesten den Anspruch hatte, etwas zur Problematik der Homosexualität und überhaupt der Sexualität auszusagen, Anspruch hatte, etwas zur Problematik der Homosexualität und überhaupt der Sexualität auszusagen, sondern lediglich einen Aspekt der Faschisierung beleuchten wollte.

Im AK 86 veröffentlichten wir den Leserbrief einer lesbischen Genossin zu dem Artikel aus AK 85 und nahmen dazu Stellung. Zu AK 86 hat es wiederum Leserbriefe gegeben.

So schreibt uns *„mit roten und rosa Grüßen"* ein Genosse, der in der „Homosexuellen Aktion Westberlin" mitarbeitet: *„Den Verdacht, der bürgerliche Staat habe seine Sexualitäts-Ideologie ‚auch noch in Eure Köpfe' hinübergerettet, teile ich mit der lesbischen KB-Genossin. Wärs anders, würds mich wundern und mir Anlaß sein, vor Freude zu hüpfen. Aber Eure verschraubte Ausdrucksweise: ‚Wir sind nicht der Meinung, daß es gilt, die Homosexualität zu bekämpfen', läßt mich doch stark vermuten, Ihr könntet noch nicht sagen: Wir sind der Meinung, Hetero- und Homosexualität sind gleichwertige Ausprägungen menschlicher Sexualität. Ich habe den Eindruck, Ihr wollt Homosexuelle tolerieren, nicht akzeptieren, und darin unterscheidet Ihr Kommunisten Euch nicht von Liberalen und Sozialdemokraten. Eure Toleranz könnt Ihr Euch sonntags an den Hut stecken!"*

Nun, der Genosse kann jetzt ‚vor Freude hüpfen'! Denn wir sind der Meinung, daß es sich bei Hetero- und Homosexualität um „gleichwertige Ausprägungen menschlicher Sexualität" handelt. Die Formulierung, die der Genosse als „geschraubt" bezeichnet, ergab sich einfach daraus, daß uns die lesbische Genossin in ih- die der Genosse als „geschraubt" bezeichnet, ergab sich einfach daraus, daß uns die lesbische Genossin in ih- rem Brief eine entsprechende Frage gestellt hatte.

Umgekehrt lehnen wir auch jede pauschale Diffamierung heterosexueller Beziehungen (beispielsweise durch Alice Schwarzer) ab.

Als Kommunisten stellen wir an j e d e Art von sexueller Beziehung nur das Kriterium, ob sie solidarisch ist oder ob sie zu Lasten anderer geht. Das heißt, eine homosexuelle Beziehung kann gerade so gut solidarisch sein wie eine heterosexuelle; es kann aber in homosexuellen Beziehungen andererseits Unterdrückung ebenso geben wie in heterosexuellen Beziehungen.

„Einige homosexuelle Genossen des KB / Gruppe Hamburg" haben zum AK 86 eine längere Stellungnahme geschrieben, die sich im wesentlichen an der Formulierung entzündet, *„daß es sich bei homosexuellen Beziehungen im K n a s t im allgemeinen nicht um eine freie Entscheidung für diese Form der Sexualität handelt ..."* (AK 86).

Die Genossen legen ihre Ansicht dar, daß man homosexuell generell nicht aus freier Entscheidung wird, sondern daß man letzten Endes eben zwanghaft ‚so ist', und sie schildern die Konflikte und den *„ziemlich starken Schock"*, den *„die meisten Homosexuellen bekommen, wenn in ihnen die Gewißheit aufkommt, homosexuell zu sein"*.

Dazu ist unsererseits zu sagen: Der Begriff der „Entscheidung" ist nicht von uns, sondern von der lesbischen Genossin in ihrer Kritik ins Spiel gebracht worden, die nämlich schrieb: *„Ja, meint ihr denn.* bischen Genossin in ihrer Kritik ins Spiel gebracht worden, die nämlich schrieb: „Ja, meint ihr denn, *das homosexuelle Beziehungen unter Frauen nur Ersatzbeziehungen (in Ermangelung eines ‚Besseren'), nicht aber eine Entscheidung (!) f ü r die Frau sein können?"*

Nun sind wir generell der Meinung, daß auf sexuelle Beziehungen j e d e r Art unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft der Begriff der „freien Entscheidung" nur mit größten Einschränkungen anwendbar ist, daß man aber doch unterscheiden muß zwischen der Homosexualität unter Bedingungen wie im Knast einerseits und „in Freiheit" andererseits.

Nicht beantworten wollten (und wollen) wir die Frage, wieweit Homosexualität „zwanghaft" ist, ob also jemand unabänderlich „eben so ist" oder nicht. Wir sind der Meinung, daß die Erörterung dieser und ähnlicher Fragen (so wesentlich sie sicher für die Betroffenen sind) derzeit den Rahmen einer kommunistischen Zeitung sprengen würde. Unter den Homosexuellen selbst scheint es in dieser Frage durchaus verschiedene Ansichten zu geben.

AK-Redaktion

Kurznachrichten

Nürnberg: Frauen arbeiten für ein Almosen

Hieronymus Raum heißt er. Während seiner Arbeit bei der Stadtverwaltung kam er auf die profitable Idee, sich selbständig zu machen und ein Reinigungsunternehmen zu gründen, das die städtischen WCs sauber hält.

Seine „Firma" zeichnet sich durch folgende Arbeitsbedingungen aus:

Der Kapitalist heuert für die Dreckarbeit alte Frauen an, denen er pro Stunde minimalen „Lohn" zahlt (um eine Mark pro Stunde). Alles andere müssen die Arbeiterinnen von den Klo-Benutzern verlangen, und zwar wiederum von Frauen, d.h. sie müssen sich mit jeder Benutzerin „herumschlagen", die natürlich zu Recht nicht einsieht, warum sie zur Erledigung ihrer dringenden Bedürfnisse etwas zahlen soll. Konkret bedeutet das: Die Arbeiterinnen leben von Almosen, die ihnen die Benutzerinnen geben. Doch das ist noch nicht alles: Die Arbeiterinnen müssen solange arbeiten, wie die Einrichtungen offen sind (z.B. am Tiergarten etwa zwölf Stunden am Tag, von Montag bis Sonntag!!). Das reicht dann aber nicht einmal zum Leben. Eine Arbeiterin erzählte einem Benutzer, daß sie nachts noch etwas stricke, um (über)-leben zu können. Das ist kein Leben mehr, das ist finsterste Sklaverei! Und die Kapitalisten sahnen ab, ohne einen Finger krummzumachen!

Jugendkommission KB/Gruppe Nürnberg

Drohbriefe an Frauen

Drohbriefe an Frauen

Briefe an kranke Kollegen und Kolleginnen zu schicken, ist eine altbekannte Praxis der Kapitalisten, um die Kollegen mit Rausschmißdrohungen dazu zu zwingen, auch noch das letzte herzugeben. Diese Praxis erreichte bei der Grundig AG in Landau kürzlich einen Höhepunkt: Dort erhielten zwei Kolleginnen, eine davon im 6. Monat schwanger, die andere zu 70 % erwerbsgemindert, Briefe mit folgendem Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau ...

unserer Fehlzeitstatistik entnehmen wir, daß Sie häufiger wegen Krankheit an Ihrem Arbeitplatz fehlen. Im einzelnen notierten wir folgende Arbeitsversäumnisse: 1974, 2 Fälle, 15 Tage – 1975, 1 Fall, 9 Tage – 1976, 2 Fälle, 16 Tage.

Wie nachteilig sich derartige Fehlzeiten auf den Betriebsablauf, insbesondere auf die Erledigung der Ihnen übertragenen Arbeiten auswirken, können Sie wohl selbst ermessen.

Im beiderseitigen Interesse dürfen wir hoffen, daß wir in Zukunft Eintragungen der oben geschilderten Art auf Ihrer Personalakte nicht mehr vorzunehmen brauchen. Wir bitten um Kenntnisnahme und zeichnen hochachtungsvoll

GRUNDIG AG, Werk 12, Landau/Isar".

(nach „Metall" 15/76)

KB / Gruppe Hannover

SPD-Wahlkampf: Frauen zum Bund

Die SPD nutzt den Wahlkampf, um nebenbei wieder Propaganda für „Frauenarbeitsplätze" bei der Bundeswehr zu machen. In der SPD-Wahlkampf-Zeitung „Zeitung am Sonntag", erklärte Kriegsminister Leber, daß er die „Möglichkeiten" für weibliche Soldaten über den Sanitätsdienst hinaus auf Arbeitsplätze im Fernmeldedienst und in der Versorgung erweitern will („FR", 13.9.76). Er kündigte an, daß künftig der *„Gesamtkomplex Frauen"* in Angriff genommen werden soll, d. h. auch die Frauen umfassender militaristisch „in den Griff "zu bemen.

KAMPF DER EINBEZIEHUNG DER FRAUEN IN DIE IMPERIALISTISCHE ARMEE!

Selbst eine Schein-„Reform" ist der Reaktion noch zuviel

Baden-Württemberg: Als Mitglieder der Landessynode der Evangelischen Kirche Württembergs haben die Stuttgarter Rechtsanwälte Ewert und Seitter Verfassungsbeschwerde gegen den „neuen" § 218 und *„die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen"* erhoben. Sie wollen *„nicht durch Krankenkassenbeiträge an einer Massenliquidierung ungeborenen Lebens"* beteiligt werden und beantragen, durch eine vorläufige Anordnung die „Reformgesetze" ausser Kraft zu setzen („BNN",7.9.76).

Sie fordern gleichzeitig die baden-württembergische Landesregierung auf, beim Bundesverfassungsgericht ein Normenkontrollverfahren gegen die „Abtreibungsgesetze" einzuleiten. Ministerpräsident Filbinger solle sich hinter die Kreistage, Kreistagsmitglieder und alle Verantwortlichen stellen, die nicht *„Schreibtischtäter"* werden wollten.

Dies alles angesichts der Tatsache, daß selbst die geringfügigen „Verbesserungen", die das Indikationsmodell den Frauen gebracht haben sollte, in Baden-Württemberg sabotiert werden! In mehreren Landkreisen gibt es keinen einzigen Arzt, der einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt. Kreistagsbeschlüsse (z.B. in Biberach, Aalen, Friedrichshaven, Sigmaringen, Ravensburg, Ostalbkreis) v e r b i e t e n den öffentlichen Krankenhäusern, den Schwangerschaftsabbruch aufgrund der im Gesetz vorgesehenen Notlagenindikation vorzunehmen. Im Raum Karlsruhe ist mit Ausnahme der Landesfrauenklinik kein einziger Arzt bekannt, der Abtreibungen nach der sozialen Indikation vornimmt. Aber auch die Landesfrauenklinik nimmt nur Frauen, die eine Bescheinigung von „Pro Familia" haben, und „Pro Familia" hat bislang lediglich 15 (!) Frauen die soziale Indikation bescheinigt. Selbst in diesen Fällen hat sich die Landesfrauenklinik noch vorbehalten, eine Abtreibung zu verweigern, „wenn die Sache" nicht „einwandfrei feststeht". Dazu kommt noch, daß sowohl bei „Pro Familia", wie auch bei der „Beratungsstelle Gesundheitsamt" in Karlsruhe die Frauen, die sich „beraten" lassen, registriert werden.

Auch braucht Baden-Württembergs Ministerpräsident, der Alt-Nazi Filbinger, keineswegs aufgefordert zu werden, sich hinter die frauenfeindlichen und reaktionären Kreistagsbeschlüsse zu stellen. Das hat er nämlich schon längst getan, indem er diese für *„rechtlich völlig in Ordnung"* erklärte („SZ", 19.8.76).

Mit der Verfassungsbeschwerde der „christlichen" Rechtsanwälte erweist sich die Kirche wieder einmal als Stoßtrupp der Reaktion, Hand in Hand mit Filbinger u. Co.

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Gegen Pfaffen, Richter, Staat, hilft nur die entschloß'ne Tat!

Schwedens Sozialdemokraten wollen „Baby-Jahr" verlängern

Mit einem familienpolitischen Wahlkampf-Versprechen versuchen die schwedischen Sozialdemokraten, ihren schwindenden Einfluß zu retten:

„Von 1978 an sollen erwerbstätige Mütter und Väter insgesamt zwölf Monate statt bisher sieben den zu 90 Prozent bezahlten ‚Elternschaftsurlaub' nehmen können. Nicht nur Eltern, die künftig den schwedischen Bevölkerungsreichtum mehren, sollen in den Genuß der neuen Wohltat kommen. Der Zugewinn von 5 Monaten fällt zu gleichen Teilen auch Eltern in den Schoß, deren Kinder seit 1971 geboren wurden. Der ‚Elternschaftsurlaub' kann entweder in einem Stück nach der Geburt genommen oder in Form von zusätzlichen Ferienwochen oder kürzeren Arbeitstagen verteilt werden. Die Kosten – etwa eine Milliarde Kronen pro Jahr – sollen die Arbeitgeber mit den Sozialabgaben entrichten" („Hamburger Abendblatt", 24.8.76).

Jagd auf niederländische Abtreibungsärzte

Durch eine Anfrage an die Bundesregierung ist bekannt geworden, daß nach niederländischen Angaben allein in Baden Württemberg die Staatsanwälte in 500 Fällen wegen „Beihilfe zur Abtreibung" ermitteln. Dr. Wandenberg von der Abtreibungsklinik BEA-Huis in Heemstede bei Haarlem: *„Unsere Anwälte haben uns dringend abgeraten, in die Bundesrepublik zu reisen. Uns drohen Verhöre und sogar Haft"* („Hamburger Morgenpost", 8.9.76).

Die Ausdehnung der Kriminalisierung von Abtreibungs-Ärzten nun auch auf das Ausland, wird das Ziel haben, daß die Niederlande u. U. ihre Grenzen für Abtreibungsfahrten aus der BRD schließen.

Tod der bürgerlichen Familie?!

„Jeder braucht für sich einen Raum, der gegenüber den widersprüchlichen Komplexen und Einflußfeldern des öffentlichen Lebens abgegrenzt ist. Die Familie bietet diese Abgrenzung, diese Schutzzone für den Einzelnen, Mann, Frau, Kind. Sie schafft eine überschaubare Welt". Soweit Professor Neidthardt, seines Amtes Soziologe: schöne heile Welt und trautes Familienglück! Eigentlich müßte aber auch dieser Herr wissen, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht, zumindest für die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Arbeiterfamilien wohnen heute zusammengepfercht in Vorstadtsilos oder rings um die Fabriken. Durch lange Wege zur Arbeitsstätte und Überstunden ist der Arbeiter oft zwölf Stunden von der Familie getrennt. Durch ungünstige Arbeitszeiten (14% aller Arbeiter machen Schichtarbeiten, laut „Neue Zürcher Zeitung" vom 24.3.76) wird ein sogenanntes „Familienleben" unmöglich. Hinzu kommt, daß heute ein Drittel aller Frauen berufstätig ist – davon 94%, weil sie auf das Geld angewiesen sind.

Die Kinder sind bestenfalls im Kindergarten oder bei der Oma oder Tagesmutter untergebracht, oft jedoch während der Arbeitszeit der Eltern sich selbst überlassen. Ist die Familie tatsächlich mal vollzählig versammelt, so treten sich Eltern und Kinder in beengten Wohnverhältnissen auf die Füße. 1961 kamen auf einen Arbeiterhaushalt 2,5 Zimmer, die Zahl dürfte sich kaum verbessert haben.

Die Masse der Bevölkerung wird in unserer Gesellschaft mit dem ständigen Leistungsdruck, der Arbeitshetze und den schlechten Wohn- und Lebensverhältnissen nicht fertig. Geradezu zynisch ist es dann, die Illusion zu verbreiten, der Mensch könnte nach Feierabend „Mensch sein", die Familie könnte seinen Bedürfnissen gerecht werden, während er tagsüber unter unmenschlichen Bedingungen arbeitet und zur Maschine herabgewürdigt wird.

Diese Widersprüchlichkeit trägt natürlich ihre Früchte. Am augenscheinlichsten ist die Zahl der gescheiterten Ehen. So stiegen die Scheidungen seit 1964 von gut 55.000 auf 90.000 in 1973 („Brigitte" 8/76). Anfang dieses Jahres kam auf zwei Eheschließungen eine Scheidung. Der extremste Ausdruck für die Vereinzelung des Menschen ist der massive Anstieg der Alkohol-, Drogen- und

extremste Ausdruck für die Vereinzelung des Menschen ist der massive Anstieg der Alkohol-, Drogen- und

Tablettensucht. Hier liegt die registrierte Zahl bei 2,4 Mio. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15.9.76). Die Brutalität in den Familien steigt, jede dritte Ehefrau wird geprügelt, eine bis 1,6 Millionen Kinder werden jährlich mißhandelt („Päd.-Extra" 4/75), wobei die Dunkelziffer sehr viel höher liegt. In 58 von 100 westdeutschen Haushalten leben Haustiere, in 32 von 100 Haushalten leben Kinder.

Dies ist angeblich ein Ausdruck des „Egoismus" der berufstätigen Frauen, die nicht auf ihre „Karriere" verzichten wollen – der eigentliche Grund liegt jedoch in der zutiefst menschenfeindlichen kapitalistischen Gesellschaft, die es vielen Familien gar nicht erlaubt, Kinder großzuziehen.



Der Kapitalismus selbst hat die bürgerliche Familie zerstört ...

... übriggeblieben ist nur die äußere Form, die Hülle, die mit allen Mitteln aufrechterhalten wird. In der Zeit der einfachen Warenproduktion, in der die Wurzeln der heutigen Familie liegen, sah das anders aus: Produktionsgemeinschaft und Familie waren eine sinnvolle Koppelung – heute sprengen gerade die Produktionsverhältnisse die überkommene Familienform. Damals entsprach die bürgerliche Familie den herrschenden ökonomischen Bedingungen. Wohnung und Arbeitsstätte bildeten eine Einheit, das Arbeitspersonal waren die Familienmitglieder, und wenn es fremde Lehrlinge oder Gesellen gab, wurden sie in die Familie aufgenommen. In erster Linie war die Familie eine Produktionsgemeinschaft, in der jedem Mitglied sein fester Platz zugewiesen war. Oberhaupt dieser Gemeinschaft war der Vater. Sein Herrschaftsanspruch leitete sich aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln ab. Er hatte die Verpflichtung, für den Unterhalt der Familie zu sorgen; dafür waren Frau und Kinder ihm zu absolutem Gehorsam verpflichtet. Um eine gewisse Stabilität und Kontinuität der Eigentumsverhältnisse und der Produktion zu gewährleisten, war die Ehe lebenslang und monogam, zumindest für die Frau. Das Erbrecht schloß uneheliche Kinder aus und ermöglichte es den Eltern, ihre Kinder zu enterben. Die Verpflichtung zum Geschlechtsverkehr innerhalb der Ehe (heute übrigens auch noch gültig) wird verständlich, wenn man bedenkt, welchen „Segen" (billige, zuverlässige Arbeitskräfte) Kinder damals bedeuteten.

In dieser Entwicklungsstufe fand auch die Erziehung der Kinder im wesentlichen innerhalb der Familie statt. Langsam wuchsen sie in die Wirtschaftsgemeinschaft hinein und kamen Stück für Stück mit fast allen damals notwendigen Bildungselementen in Berührung.

Von den damals noch relativ „harmonischen" Arbeitsverhältnissen und Beziehungen in der Familie ist nichts mehr übriggeblieben. Und obwohl die bürgerliche Familie heute keine materielle Existenzgrundlage mehr hat, wird die Form, die leere Hülle einer ehemals sinnvollen Institution mit aller Macht von der Bourgeoisie aufrechterhalten. Ein Instrumentarium dazu sind die ...

Ehe-, Familien- und Erbgesetze

Ehe-, Familien- und Erbgesetze

Gerade in der letzten Zeit wird das neue Ehe- und Familienrecht lautstark als Reform angepriesen: Es soll angeblich dem Schutz der Familie dienen. Da wird gesprochen von mehr Gleichberechtigung, von Fairneß und Partnerschaft. In Wirklichkeit geht es den Parteien jedoch um die Manifestierung der Unauflöslichkeit der Ehe. Für das Gros der Ehepaare, besonders der Frauen, wird die Scheidung nach dem neuen Gesetz durch lange Trennungszeiten mit allen ihren finanziellen Belastungen (zwei Haushalte) e r s c h w e r t. Der CDU ist dieses Gesetz noch zu liberal, sie sieht die grundsätzliche Unauflöslichkeit der Ehe durch die „Fristenautomatik" unterhöhlt. Justizminister Hillermeier sieht die „Gefahr", daß das Zerrüttungsprinzip zu einer *„hemmungslosen Freiheit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Ehegatten führt"* („Frankfurter Rundschau", 31.1.76). Dabei wird die Ehe in dem neuen Gesetz ausdrücklich als „Lebensgemeinschaft auf Lebenszeit" bezeichnet. Daß es keineswegs darum geht, den Ehepartnern die freie Entscheidung zu gewähren, zu heiraten und sich wieder zu trennen, geht aus der Begründung zum neuen Gesetz hervor: *„Aufgabe der Reform ist es, das Recht der Ehescheidung und ihrer Folgen gerechter und sozialer zu gestalten, dadurch den betroffenen Menschen zu helfen sowie das Recht glaubwürdiger zu machen".*

Süßer die Politiker nie säuseln ...

„Der Staat hat keinen direkten Einfluß darauf, wie gut oder wie schlecht eine Ehe geführt wird. Liebe, Treue und gegenseitige Achtung sollten eigentlich selbstverständlich sein; der Staat kann dies nicht durch Gesetze erzwingen. Denn die Ehe gehört zum privaten Lebensbereich. Und hier gilt es, die freien Entscheidungen der Ehepartner zu respektieren: Sie haben es selbst in der Hand, was sie aus ihrer Ehe machen".

Und weiter: *„Die Gesetze stecken nur den äußeren Rahmen der Ehe ab ...".* Dieses süßliche Gesäusel stammt aus einer „Informationsschrift" der Bundesregierung zum neuen Ehe- und Familienrecht. – Fakt ist, daß die Familiengesetze Ehe und Familie bis ins Kleinste reglementieren und ein wirksames Instrument sind, heute Ehe und Familie, zumindest der Form nach, zu erhalten.

Wenn man die Gesetze liest, hat man jeden anderen Eindruck als den, daß es hier um „Familie" (die mit dem Heiligenschein!) und menschliche Beziehungen geht – es geht schlicht um's Geld! Von Zuneigung und Liebe als Voraussetzung zur Ehe ist nirgends die Rede. Z.B. *§ 1300: „Hat eine unbescholtene* (?) *Verlobte ihrem Verlobten die Beiwohnung* (?) *gestattet, so kann sie (...), auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangen".*

Das ist letztlich nichts anderes als Prostitution. Entweder, die Frau „wird geheiratet", dann darf umsonst „beigewohnt" werden; zahlt der Mann nicht den Preis der Ehe, darf die Frau ihn zur Kasse bitten. Weniger eine menschliche als eine Warenbeziehung!

Und wenn man erst einen Blick ins Güterrecht wirft! Da geht es nur

Und wenn man erst einen Blick ins Güterrecht wirft! Da geht es nur noch um das Vermögen des einen oder anderen Ehegatten. Gütertrennung, Gütergemeinschaft, Zugewinngemeinschaft, wer darf welchen Vertrag unterschreiben, mit oder ohne Genehmigung des anderen?

Ganz genau geregelt ist auch die „elterliche Gewalt" über die Kinder. Die Familie wird von der Bourgeoisie als der „natürliche" Erziehungsort für die Kinder dargestellt, Erziehung ist Sache der Eltern, unterliegt ihrer Verantwortung. Aber wehe, die Erziehung eines Kindes zu einem funktionierenden Mitglied der kapitalistischen Gesellschaft ist gefährdet! Dann tritt an die Stelle der so hochgelobten Familienerziehung die zwangsweise öffentliche Erziehung in Heimen und die ständige Kontrolle und Reglementierung der Eltern und Kinder durch die Fürsorge.

Schon die uneheliche Mutter bekommt bei der Geburt ihres Kindes einen Pfleger „an die Seite gestellt", der die Angelegenheiten des Kindes regelt: Feststellung der Vaterschaft, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen und die Regelung von Erb- und Pflichtteilsrechten.

So das Gesetz – in der Realität bedeutet das unzumutbare Kontrolle der Mutter. Nicht zuletzt diese Schnüffelei ist für viele Frauen ein Grund, zu heiraten, wenn ein Kind unterwegs ist. (1972 wurden rund 32% aller erstgeborenen ehelichen Kinder in den ersten sechs Ehemonaten geboren; „NZZ", 24.3.76). – So werden „geregelte Familienverhältnisse" erzwungen.

Die Geld und Besitzverhältnisse sind auch über den Tod hinaus genau geregelt: wer was von wem und wieviel bekommt, damit von dem Vermögen ja nur nichts verlorengeht. Da kann so eine Ehe glatt noch was einbringen! Die Gesetze sprechen eine klare Sprache, es sind die Gesetze der Bourgeoisie, für die Bourgeoisie geschaffen. Wer viel Geld zu verschenken (oder nicht zu verschenken) oder zu vererben hat, für den haben Erbgesetz, Abstammung und Güterrecht eine wichtige Funktion.

Für die Arbeiterfamilie hat meist nur ein Teil der Gesetze Bedeutung – der Teil, in dem es nicht um's Vermögen geht. Wenn z.B. Mann und Frau arbeiten müssen, die Kinder unversorgt sind, weil kein Kindergartenplatz zu bekommen ist. Dann drohen die Kinder zu „verwahrlosen" und die Fürsorge schaltet sich ein. Oder wenn das Ehepaar sich scheiden lassen will, dann spürt es sehr deutlich, wie der bürgerliche Staat die Familie „schützt".

„Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt" (Kommunistisches Manifest). Und im Ehe- und Familiengesetz und im Erbgesetz werden eben diese Geldverhältnisse geregelt.

„Familie" wird verstärkt propagiert

Gesetze allein sind aber sicherlich nicht in der Lage, eine längst überholte Institution abzusichern.

Die Bourgeoisie kann nicht völlig an dem Bedürfnis der Menschen nach befriedigenden Beziehungen, nach Schutz und Geborgenheit, vorbei. Daher schürt sie immer wieder neu die Illusion, daß der Mensch in der Familie das finden kann, was er sonst vergeblich sucht: Liebe, Geborgenheit, Schutz, Selbstverwirklichung – etwa nach dem Motto: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!". –

Helga Wex (CDU) weiß genau um die Funktion der Familie, daher soll sie auch politisch abgesichert werden. Sie fordert gesellschaftspolitische Maßnahmen nach Kriterien, *„unter denen die Familie wieder die Rolle eines ‚Rückgrates der Gesellschaft' spielen kann. An erster Stelle muß dann die Frage stehen, wie die Funktionsfähigkeit der Familie politisch abgesichert werden kann"* („Welt", 26.2.76).

Und was die CDU/CSU für ein Verständnis von Gleichberechtigung hat, wird in einem Kommentar der „Welt" deutlich: *„Mit gutem Grund reden die Amazonen von der CDU lieber von Partnerschaft als von Gleichberechtigung. SPD und FDP haben konsequent dem frauenfeindlichen Irrtum Vorschub geleistet, Gleichberechtigung der Frauen bestehe darin, die Rechte der Männer in Anspruch zu nehmen. Partnerschaft hingegen bedeutet Bindung (!). Sie kann in der Familie als unpathetischer Ersatz für das Wort ‚Liebe' gelten, und in jedem Falle erlaubt sie*

scher Ersatz für das Wort ‚Liebe' gelten, und in jedem Falle erlaubt sie

es, Rollenunterschiede zwischen den Geschlechtern anzuerkennen" !!

„Partnerschaft" bedeutet für die CDU auch, daß die Frau für ihre tägliche Arbeit im Haushalt bezahlt werden soll. An sich eine gute Sache, aber wie denkt sich die CDU die Erfüllung der Forderung nach Hausfrauenlohn? **Der Ehemann soll zur Kasse gebeten werden!** Wie er das von einem durchschnittlichen Lohn von 1.300 DM machen soll, wird nicht gesagt.

Wie beim „Versorgungsausgleich" nach der Scheidung, werden die Ehepartner aufeinander losgehetzt!

Warum die CDU solch ein Interesse an der stabilen Familie hat, wird deutlich, wenn die Wex sagt: *„Ebenso sind die von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zum Ehe- und Familienrecht, zum § 218 und zur elterlichen Sorge Beispiele, welche Bemühungen man unternimmt, um die Familie von ihren eigentlichen Aufgaben zu entlasten. Größere Freiheiten sollten den Familienmitgliedern gewährt werden – schwächere, nicht belastbare Familien werden die Folge sein"* und weiter: *„Eine Gesellschaftspolitik, die allen Bürgern die größtmögliche Entwicklungschance öffnen will, muß sich vor allem der Familie annehmen, die eine überdurchschnittliche Leistung für die Gesellschaft erbringt. Diese Leistung kann einmal in der Erziehungsleistung bestehen, sie kann aber auch dadurch erbracht werden, daß beispielsweise Familienangehörige in dieser Familie leben"* („Welt", 26.2.76).

Dies reiht sich ein in den Abbau der Sozialpolitik und in die Propagierung der Familie als Notgemeinschaft. Presse und andere Massenmedien propagieren eine Familie, in der der Frau wieder der traditionelle Platz der „Hausfrau und Mutter" zugeschoben wird. Der Frau, die zur Berufstätigkeit gezwungen ist, wird permanent ein schlechtes Gewissen eingeimpft, da wegen der Doppelbelastung besonders die Kinder zu kurz kommen würden.

„Rund ein Drittel aller Jugendlichen, die auf Arbeitsfähigkeit untersucht wurden, ist infolge von Entwicklungsstörungen nur eingeschränkt in den Arbeitsprozeß einzugliedern" – und Schuld an allem soll die Familie, die Mutter haben. So sind angeblich auch nicht Leistungsdruck und überfüllte Klassen Ursache für ein „Versagen" der Kinder, sondern die Familien.

Parallel hierzu läuft der Versuch, der Hausfrau ihr isoliertes Dasein schmackhaft zu machen. So schrieb die „FAZ" am 8.11.75 in einem Kommentar: *„Ein Unternehmer namens Hausfrau": „Hausfrau zu sein ist im Grund ein beneidenswerter, vielseitiger Beruf, wer ist schon sonst Einkaufschef, Finanzchef, Produktionschef und Marketingleiter in einer Person?".*

Alles, direkte Maßnahmen ebenso wie die ideologische Beeinflussung der Bevölkerung durch die Bourgeoisie, wird in den Dienst zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft gestellt und dient nicht den Bedürfnissen des Menschen.

Tod der bürgerlichen Familie!

Wenn die Familie als Wirtschaftsgemeinschaft nicht mehr existiert, dann soll sie wenigstens als „Kulturgemeinschaft" bestehen bleiben. Das Interesse des Kapitalismus *„an ‚geordneten Familienverhältnissen', auch beim Proletariat, beruht wesentlich auf dem Umstand, daß die Familie eine unerschöpfliche Produktionsstätte billiger und gefügiger Arbeitskräfte ist"* (Karl Marx, Das Kapital).

Solange die Arbeiterkinder in der Familie aufwachsen, kosten sie den Staat relativ wenig Geld. Durch die in den Familien herrschende Hierarchie – Vater, Mutter und ganz zum Schluß die Kinder – werden sie frühzeitig zu Gehorsam und Unterordnung erzogen. Durch diese täglich erlebte Spaltung in Privilegierte und Untergeordnete muß ihnen die Spaltung der Gesellschaft in Befehlende und Gehorchende, in Ausbeuter und Ausgebeutete ganz natürlich und notwendig erscheinen.

Als Träger reaktionärer, bürgerlicher Ideologie ist die Familie für die Bourgeoisie ein ausgezeichnetes Instrument zur Desorganisierung des Proletariats und zur Aufrechterhaltung der eigenen Herrschaft. Hoernle beschreibt diese Funktion sehr treffend: *„Die Familie, wie sie heute existiert, trennt die Massen, spaltet das Proletariat, entfremdet die Kollegen der Werkbank, entzweit die*

das Proletariat, entfremdet die Kollegen der Werkbank, entzweit die

Nachbarn in der Mietskaserne, hemmt die Entwicklung zum Klassenbewußtsein und zur Klassensolidarität, an deren Stelle sie die kleinbürgerlichen Familienideale des individuellen Vorwärtskommens und privaten Erwerbs stellt. Die Familie fördert in den Unterdrückten infolge ihrer Hoffnungslosigkeit das Bedürfnis nach Ruhe, die Scheu vor dem Kampfe. Sie erschwert die Emanzipation der Frau und der Jugend, sie nährt die Illusion, wonach jeder seines Glükkes Schmied ist und hängt sich wie ein Bleigewicht an die Person des revolutionären Klassenkämpfers".

Solange der Kapitalismus besteht, wird die Familie eine reaktionäre Kraft bleiben, solange wird es keine freien, ohne ökonomische Rücksichten geschlossenen Ehen geben, genausowenig wirklich freie Scheidungen. Erst nach der Beseitigung der kapitalistischen Produktion ist die Grundlage geschaffen, auf der sich befriedigende menschliche Beziehungen entwickeln können.

„Was wir also heutzutage vermuten können über die Ordnung der Geschlechtsverhältnisse nach der bevorstehenden Wegfegung der kapitalistischen Produktion ist vorwiegend negativer Art, beschränkt sich meist auf das, was wegfällt. Was aber wird hinzukommen? Das wird sich entscheiden, wenn ein neues Geschlecht herangewachsen sein wird: Ein Geschlecht von Männern, die nie in ihrem Leben in den Fall gekommen sind, für Geld oder andere soziale Machtmittel die Preisgebung einer Frau zu erkaufen, und von Frauen, die nie in den Fall gekommen sind, weder aus irgendwelchen andern Rücksichten als wirklicher Liebe sich einem Mann hinzugeben, noch dem Geliebten die Hingabe zu verweigern aus Furcht vor den ökonomischen Folgen. Wenn diese Leute da sind, werden sie sich einen Teufel darum scheren, was man heute glaubt, daß sie tun sollen; sie werden sich ihre eigene Praxis und ihre danach abgemeßne öffentliche Meinung über die Praxis jedes einzelnen selbst machen – Punktum" (Engels, „Vom Ursprung der Familie ...").

CDU-Familienpolitik 1953 bis 62

Würmeling (CDU) war der erste Familienpolitiker nach dem 2. Weltkrieg (im ersten Kabinett Adenauers gab es keinen). Er hatte seinen Einstieg in die Familienpolitik schon vorbereitet: Im Bundestag hatte er eine „Kampfgruppe für die Familie" gegründet. Sein Ziel war es, daß sich diese Kampfgruppe *„über alle Partei- und Standesgrenzen hinweg auf den ganzen Bundestag ausweite, indem jedes Mitglied des Bundestages sich zutiefst der einzigartigen, sittlichen und volklichen Aufgabe und Bedeutung unserer Familien, unserer Mütter und Väter bewußt wird und damit in eine gemeinsame große Kampffront für unsere Familie eintritt"*.

Jedoch ging es dem Würmeling weniger um die Belange und Sorgen der Familien sondern es ging ihm um die Funktion der Familie für die Staatserhaltung.

„Familienpolitik gehört nicht in den Bereich der sozialen Fürsorge, sondern ist Staatspolitik". Die Familie wird als „Urzelle", „Grundfeste" und „Kraftquell der staatlichen Ordnung" verherrlicht; *„sie ist die wichtigste Ordnungszelle des Staates"*; die in ihr erzogenen Kinder *„werden später den sozial geordneten Fortbestand von Staat und Gesellschaft garantieren"*.

So ist für den Würmeling jede Scheidung ein Angriff auf den Staat. *„Jede Erleichterung der Scheidung bedroht in verstärktem Maße die in den Familien gegebenen Grundfesten für den Fortbestand von Staat und Gesellschaft"*. Die Familienpolitik soll die dauernde Stabilität der herrschenden Gesellschaftsstruktur garantieren.

So war auch die Kindervergünstigung beim Würmeling so geregelt, daß aufgrund relativ höherer Steuerbeiträge der Arbeiterfamilien sich die Einkommenunterschiede noch vergrößerten (pro Kind gab es die gleichen Freibeträge).

Des weiteren stellt die Familie *„durch ihre Sorge für die Kinder der Gesellschaft leistungsfähige Individuen zur Verfügung"*. – Würmeling sprach das offen aus, was heute

Des weiteren stellt die Familie *„durch ihre Sorge für die Kinder der Gesellschaft leistungsfähige Individuen zur Verfügung"*. – Würmeling sprach das offen aus, was heute

wieder praktiziert wird. Die Familien wurden von ihm nicht als Institution zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse verstanden, sondern für eine Erziehung zu „Opferbereitschaft" und „Sittlichkeit". *„Es geht um Selbstzucht und Verzicht. Was hier gefordert wird, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß der Mensch sich selbst in die Hand bekomme, daß er seine physischen und geistigen Triebe ordne, daß er sich dazu zwinge, das Geringere um des Höheren willen aufzugeben. Solcher Verzicht ist nicht Kapitulation, sondern Kampf, und zwar Kampf an der entscheidenden Stelle – gegen sich selbst"*.

Verzicht auf materielle Güter, Zurückstellen der „egoistischen" Bedürfnisse, soziale Verantwortung, das sind Worte, deren Inhalt in einem autoritären System immer von der herrschenden Klasse bestimmt ist. *„Für Würmeling gibt es zwei Typen von Menschen: Opferbereite, kinderreiche - und kinderlose und kinderarme Lebensgenießer"* (Haensch, „Repressive Familienpolitik").

„Mit Bürgern, die sich hemmungslos dem Genuß hingeben und keine ethische Gedankenwelt mehr kennen, kann keine staatliche Ordnung ihre Aufgabe erfüllen" (Würmeling).

„Würmelings Konsumfeindlichkeit, die seit Anbeginn seiner Amtszeit nachweisbar ist, hatte in der Wiederaufbauphase ihre ökonomische Funktion, sie diente als Verzichtsideologie für die Werktätigen" (Haensch).

Ein anderes Mittel, um die Mehrkinderfamilie zu fördern, war die These von der Überalterung der Gesellschaft. *„Wenn nicht durch konstante Zunahme der Geburten der Prozentsatz der im produktiven Alter stehenden Personen wächst, werden zunächst die Alten von der geringen Sozialproduktion betroffen sein (...). Helfen kann nur eins: Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind"* (Adenauer, 20.10.53).

So sah dann auch der vielgepriesene Schutz der Familie folgendermaßen aus: Strenge Scheidungsgesetze, Behinderung der Geburtenkontrolle, Erschwerung der Berufstätigkeit der Frau mit Kindern, Verweigerung ausreichender Möglichkeiten zur außerhäußlichen Erziehung der Kinder, Erschwerung des Sexuallebens in anderen Formen als der bürgerlichen Ehe.

Die Familienpolitik von Würmeling hatte noch einen anderen Schwerpunkt: Sie hatte die Aufgabe, die Unterdrückung der Frau in der Familie zu stabilisieren. Würmeling stellte richtig fest, daß die Erwerbstätigkeit der Frau tendenziell zu ihrer ökonomischen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom Mann führt, und damit zu der Möglichkeit, sich von ihm zu trennen, wenn sie es wünscht. Hier sah der Würmeling die Familie in Gefahr und beschwor die „Gefahr" des Kommunismus: *„Es würde damit (mit der Berufstätigkeit der Frau - Anm. AK) - sicher gegen den Willen aller Beteiligten - auf anderem Wege dieselbe Ordnung verwirklicht werden, wie sie bereits in den Ländern östlicher Prägung herrscht! Die Nachteile für die Familie, darüber hinaus für den gesamten seelischen Bereich der Gesellschaft, sind offenkundig!"*

„Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion kommt so den Be-

seelischen Bereich der Gesellschaft, sind offenkundig!"

„Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion kommt so den Be-

dürfnissen derjenigen Frauen entgegen, die sich durch Erwerbstätigkeit ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit sichern wollen. Sie kommt letztlich den objektiven Bedürfnissen aller Frauen entgegen, auch wenn sie sich bewußt oder unbewußt dagegen wehren" (Haensch). Deswegen ist es nur allzu verständlich, daß der Würmeling im Auftrag des Kapitals diese Entwicklung bekämpfen mußte. Ideologisch bekämpfte er diese Entwicklung durch Polemik gegen das „Streben nach Lebensgenuß und Konsum." Familienpolitisch durch Kindergelder und Steuervergünstigungen und durch die Verweigerung von sozialen Einrichtungen, die die Frau von den Lasten der Kinderversorgung teilweise befreien und damit die Teilnahme am Produktionsprozeß ermöglichen könnten.

„Dabei ist allerdings sehr sorgfältig zu erwägen, inwieweit die Familie durch Schaffung solcher sozialer Einrichtungen zwar von außen geschützt, aber von innen entkräftet wird. Oft dürfte es besser sein, die Familie und hier in erster Linie die Hausfrau und Mutter durch persönliche Unterstützung (Familienpflegerinnen) zu entlasten. Für Mutterwirken gibt es nun einmal keinen vollwertigen Ersatz".

Familienpolitik dient der Aufrechterhaltung dieses Systems!;

„Familienpolitik dient der Aufrechterhaltung des Systems von Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen unter Bedingungen kapitalistischer Produktion. Heck beschreibt peinlich zutreffend die unmenschlichen Produktionsverhältnisse:

In dem modernen System maschineller Arbeit ist der Mensch als Funktion in die mechanistische Disziplin miteinbezogen: Das Schicksal des Menschen in unserer modernen Industriegesellschaft ist es, gegen Entgeld eine von anderen geplante, von anderen organisierte, eine von anderen bis in die letzte Einzelheit hinein vorweg festgelegte Funktion auszuüben. Das ist es, was zuerst Humboldt und dann Marx mit dem Begriff der Entfremdung angesprochen haben ... Wir dürfen uns nicht täuschen: als Mensch ist der Mensch dabei nicht gefragt. –

Zwischenmenschliche Beziehungen am Arbeitsplatz, in der Freizeit und in der Familie können unter diesen entfremdeten Arbeitsbedingungen sich nicht mehr aufgrund der menschlichen Bedürfnisse abwickeln, sondern nur noch mit Hilfe einer aufgepropften Moral. Heck nennt diese die Verkehrsmoral der modernen Industriegesellschaft" (Haensch).

Sie kann jedoch nicht im Betrieb produziert werden, sondern *"... in erster Linie in Ehe und Familie. Deswegen ist die Familie die fundamentale Lebensgemeinschaft ... Soziale Empfindungen und Gesinnung, soziale Verantwortung und soziale Pflicht wachsen dem werdenden Menschen in seiner Familie zu oder sie sind in der Gesellschaft nicht vorhanden"* (Heck, 1964).

Die fundamentale Bedeutung der Familie als psychische Reproduktionsstätte des unter unmenschlichen Bedingungen werktätigen Menschen und damit als unverzichtbarer Bestandteil kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ist den Familienpolitikern voll bewußt:

und damit als unverzichtbarer Bestandteil kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ist den Familienpolitikern voll bewußt:

„Noch nie sind die heilenden Kräfte der Familie notwendiger gewesen als heute. Der humane Bestand unserer ganzen modernen Existenz hängt in Gedeih und Verderb von der Vitalität und Gesundheit unserer Familien ab" (Heck).

Das zeigt nur allzu deutlich, daß die systemerhaltende, staatserhaltende Funktion der bürgerlichen Familie sich zugunsten von Profitinteressen gegen menschliche Bedürfnisse und Emanzipationsbestrebungen richtet.



„Warteliste für Ehepaare" ...

...Unter dieser Überschrift berichtete die „Welt" vom 11. September über das *„Urteil der Woche"*. Urteil des J a h r e s wäre eine zutreffendere Bezeichnung! Denn, so entschied das Landesgericht München am 21. Juli:

„Ein vor dem 1.7.1977, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts anhängiges Ehescheidungsverfahren ist auf Antrag bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes auszusetzen, weil eine Fortführung des Verfahrens derzeit den fundierten allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen der Gemeinschaft zuwiderlaufen würde" (LG München II, Beschl. v. 21.7.76, 10 R 3003/76).

Dieses Urteil fällte das Gericht, als sich in einem Scheidungsprozeß die Ehefrau der Scheidung widersetzte. Mit anderen Worten bedeutet dieses Urteil: Bis zum Inkrafttreten des „n e u e n" Scheidungsrechts am 1. Juli nächsten Jahres besteht eine Art rechtloser Zustand, in dem keine Scheidungsverfahren möglich sind, falls eine der beteiligten Seiten nicht will. Ein wahrhaft bahnbrechendes Urteil, das allerdings noch nicht rechtskräftig ist! Für viele zerstörte Ehen könnte dieses Urteil ein zusätzliches Jahr „Hölle auf Erden" bedeuten!

Kinder

„Gesund, religiös und deutsch ..."

. . . muß die Jugend erzogen werden. Solche und ähnliche Sprüche ertönten auf der Veranstaltung der „Bruderschaft Salem" im Hamburger Congress Centrum am 10. September. Vor 2.500 Menschen wurde die Werbetrommel für das „Kinder- und Jugendhilfswerk Salem" gerührt, das in Dahlenburg-Kovahl (Lüneburger Heide) das dritte „Salem-Kinderdorf" nach dem „Salem-Modell" gründen will.

Welcher Art die Erziehung dort ist, das legte der Begründer Gottfried Johannes Müller während dieser Veranstaltung – unterstützt durch das mit Pauken und Trompeten ausgerüstete „Salem-Kinderorchester" – dar: In den Heimen werden die Kinder „im guten, alten Sinne, in der alten Tradition, nämlich d e u t s c h" erzogen. „So muß die Jugend erzogen werden: schneidig, mutig". Müller will „eine innerliche und äußerlich gesunde deutsche Jugend" heranziehen. Sprach's und erhielt reichlich Beifall von den nicht gerade ärmlich gekleideten Zuhörern. Derart ermuntert ließ Müller seine Kinderkapelle „für die alten Frontkämpfer" das Militaristenlied „Alte Kameraden" aufspielen. Später führte jener Herr die „drei Prinzipien" seiner „Erziehung" auf:

– „Gesund" soll die Jugend sein. Dazu gehört „vegetarische" Ernährung (kein Fleisch), weißer Zucker und weißes Mehl sind auch nicht drin (frei nach dem Motto: Weißer Zucker ist des weißen Mannes Tod).

– „Musik-Therapie" – die, das konnte man deut(sch)lich vernehmen –gehört neben der „Therapie mit dem Tier" mit zum Programm.

– „Religiös" – aus „Achtung vor dem Schöpfer allen Lebens". Ein gewisser Professor N.A. Luyten verstand „religiös" auf der dritten Salem-Tagung 1974 als Kampfansage an das *„materialistische, marxistische Menschenbild"*. Denn *„dem Menschen, der kein Gespür für diese grundlegende Gottverbundenheit mehr hat, fehlt . . . die Basis für den Aufbau eines tragfähigen Wertsystems"*. Er sei dann *„zum ewig Unbefriedigt-Sein, zum Nie-Erfülltsein"* verurteilt (Zitate aus dem „Sonderdruck der Referate" der 3. Salem-Tagung 1974).

Am Ende wurde das Programm der Veranstaltung mit dem „Military Escort" und – wie sollte es anders sein – dem „Gebet an den Großen Zapfenstreich" abgerundet.

Nun mag man denken, daß sei ein Haufen ausgemachter Spinner ohne jeden Einfluß, die da mittels „sozialer Masche" faschistisches Gedankengut verbreiten. Irrtum!

Nach Müller hat die „Bruderschaft Salem" in der BRD sage und schreibe 100.000 Mitglieder; sie gibt in jedem Jahresquartal eine Zeitung (Auflage: durchschnittlich 250.000 bis eine Million!) heraus. In Israel, Griechenland und den USA werden ebenfalls „Kinderdörfer" nach diesem Muster aufgebaut.

Ebenso deutet die große Zahl von Menschen, die sie zu dieser Veranstaltung mobilisieren konnten, auf einen gewissen Einfluß hin; zumal nach außen so gut wie gar nicht auf die Veranstaltung hingewiesen wurde.

Wer nun nicht davon überzeugt sein mag, daß es **Faschisten sind**, die hier auf Dummenfang gehen, sollte sich folgendes vor Augen halten:

– Jener **G.J. Müller** hat nach Angaben aus dem von ihm geschriebenen Buch „Im brennenden Orient" während des Hitlerfaschismus in Istanbul *„eine Spionagering* (geleitet)", *„Sondereinsätze durchgeführt"* (S. 7) und wurde vom Kriegsverbrecher Oberst Keitel, Chef der Heeresorganisationsabteilung, zur *„Vorbereitung und Durchführung"* (S. 10) von Sabotageaktionen angefordert.

– **Prof. H. Mommsen**, Vorsitzender des Kuratoriums des Kinder- und Jugendhilfswerk Salem", nahm an der „Frühjahrstagung" 76 des Altnazis **Thies Christophersen** *(„Ich bin kein Demokrat – ich bin ein Rassist")* teil.

– **Dr. M. O. Bruker**, ebenfalls Vorstandsmitglied, ist gleichzeitig Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats" der **„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"**, die wissenschaftlich" aufgeputzt Rassismus betreibt. Chefideologen des von Altnazis gegründeten „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes" wie Dr. R. Kosiek (NPD) und der berüchtigte Nazi-Provokateur J. Rieger gehören ebenfalls zum Führungskreis dieser Gruppe;

– **Prof. G. Schwab**, ein Sprecher auf der Salem-Tagung '74, ist der Begründer des „Weltbundes zum Schutz des Lebens" (WSL), der mit offen faschistischen Gruppen verflochten ist.

Auch Schwab ist Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats" der „Gesellschaft für . . ."

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die „Bruderschaft Salem" sich auch für die Freilassung des in Italien einsitzenden Kriegsverbrechers Kappler einsetzt.

Wenn das keine Nazis sind . . .!

Ein Genosse aus Flensburg

KINDER- UND JUGENDHILFSWERK SALEM

Hilfe! Hilfe! Hilfe!

Wir errichten in 3149 Kovahl (Samtgemeinde Dahlenburg) bei Lüneburg unser drittes Kinderdorf in Deutschland.

Das Haupthaus für Verwaltung, Versorgung, Personal usw. ist fertig. Dazu wurden die ersten drei neuen Häuser für Kinder errichtet.





Nun brauchen wir Ihre Hilfe zur Fertigstellung und zur Einrichtung. Bitte, werden Sie förderndes Mitglied mit einem Jahresbeitrag von DM 12,- (oder freiwillig mehr).

Im Herbst wollen doch die ersten Kinder dort schon einziehen! Mißhandelte, verstoßene und doch so liebenswerte Kinder, die bei Salem – Kovahl eine Heimat bekommen sollen.

Mit Bettelbriefen im Biedermannston wirbt die Nazi-Tarnorganisation „Salem" für ihr Kinderdorf. Dort sollen die lieben Kleinen im militaristischen Geist für den nächsten Krieg fit gemacht werden!

Mit Bettelbriefen im Biedermannston wirbt die Nazi-Tarnorganisation „Salem" für ihr Kinderdorf. Dort sollen die lieben Kleinen im militaristischen Geist für den nächsten Krieg fit gemacht werden!

SPD,CDU,FDP: Politik für die Kinder?



CDU Wahlanzeigen SPD

Im gegenwärtigen Bundestagswahlkampf stellt die Lage der Kinder in der BRD nur ein Randthema dar. Wenn es jedoch berührt wird, putzen sich SPD, CDU und FDP gleichermaßen als entschiedenste Vertreter der Interessen der Kinder heraus. Auf das, was dabei an Demagogien und Versprechungen herauskommt, wollen wir hier näher eingehen.

Entsprechend den Konzeptionen der Wahlkampfmanager spielt das Thema „Kinder"für die CDU/CSU eine größere Rolle als für die SPD. Zum Bild des „Menschenfreundes" Helmut Kohl passen eben lachende oder sorgenvoll in die Zukunft schauende Kinder besser als zum SPD-Wahlkampfbild des „Machers" und „Krisenmanagers" Schmidt.

SPD: Familienpolitik auf Sparflamme

Die Aussagen zur Lage der Kinder in der BRD beschränken sich im SPD-Wahlprogramm auf knappe 15 Zeilen. Dieser offensichtliche Mangel an Versprechungen wird für die an den Problemen der Kinder interessierten Wähler ausgeglichen durch einen 24seitigen Entwurf „Familienpolitik der SPD".

Dieser Katalog aus dem Jahre 1975 ist noch ganz im Stile der weitreichenden Reformversprechungen der Ära Brandt gehalten. Allerdings wird er im Vorwort von der „familienpolitischen Sprecherin" der SPD, Elfriede Eilers, den harten Realitäten der Schmidtschen Sparpolitik angepaßt: *„Das Familienpolitische Programm fügt sich in den Orientierungsrahmen 1975 - 1985 ein. Die darin aufgezeigten weltwirtschaftlichen Probleme und ihre Auswirkungen auf die langfristige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bestimmen daher auch den Umfang unserer familienpolitischen Aktivitäten".*

Kurz: Wir versprechen viel, aber solange wir sparen müssen, wird aus den Versprechungen nichts.

Warum CDU wählen:

Ursula Meinhardt wirbt in Großanzeigen für die CDU. Sie ist Mutter von drei Kindern, die sich über Lehrermangel und Stundenausfall beklagt. Eine von den tausenden geplagten Müttern, die ihren Feierabend nach acht Stunden Arbeit in der Fabrik mit Putzen, Waschen, Kochen, Mengenlehre und Aufsätzen verbringen müssen? Weit gefehlt. Ursula Meinhardt ist Gattin von Dr. Hans Meinhardt, Vorstandsmitglied der Linde AG, der zu den Geldgebern der CDU zählt. Für die Millionärsfrau fängt der Feierabend schon nach dem Aufstehen an. Moderne Maschinen und Personal für die Dreckarbeit kann sie sich leisten. Bei Lehrermangel und Stundenausfall sind schnell Nachhilfelehrer oder gar eine Privatschule bezahlt. Dafür soll man CDU wählen: für die Linde AG und die Millionärsgattin, damit sie auch ganz bestimmt nicht einmal selber den Platz einer arbeitenden Mutter bei der Linde AG einnehmen muß

Aus der ‚KAZ' München, 5.9. 76

SPD schafft für die Kinder den Himmel auf Erden
erfahrungsgemäß länger krank sind, ist das einer der üblichen sozialdemo-
unsere jungen Mitbürger" zieht sie eine „alarmierende Bilanz":
in SPD-regierten Ländern. Und daß sich daran nichts ändern soll, macht

SPD schafft für die Kinder den Himmel auf Erden

Nach dieser offenherzigen Ankündigung folgt dann ein Reformversprechen nach dem anderen – man führt halt Wahlkampf.

Wir wollen drei Komplexe herausgreifen, an denen der Widerspruch zwischen den Geigentönen der SPD-Wahlversprechen und der harten Realität der SPD-Regierungspolitik besonders deutlich wird.

In der BRD gibt es ca. 800.000 Kinder im Alter bis zu drei Jahren (das sind etwa 35% dieser Altersstufe), die tagsüber von ihren Eltern allein gelassen werden müssen. Dieser Zustand kann zu schweren psychischen Schädigungen führen.

Infolge der insbesondere von der Regierung Schmidt betriebenen Lohnraubpolitik ist in vielen, insbesondere Arbeiterfamilien die Berufstätigkeit beider Elternteile zur unabdingbaren Notwendigkeit geworden. Die SPD-Regierungspolitik hat also die Zahl der vernachlässigten Kinder erhöht. Kühl stellen sogar die SPD-„Familienpolitiker" fest: *„Diese Zahl wird wachsen".*

Das ist allerdings für die SPD-Kinderfreunde kein Grund, den wahren Ursachen dieses Zustandes zu Leibe zu rücken. Vielmehr gibt es einen willkommenen Anlaß zu einem gigantischen Reformversprechen, dem „Karenzurlaub".

Diesem Plan zufolge soll es in den ersten drei Lebensjahren des Kindes einem Elternteil ermöglicht werden, den Beruf aufzugeben und das Kind zu betreuen. Dabei sollen ihm keine *unzumutbaren versicherungs- und versorgungsrechtlichen Nachteile erwachsen"*, der Einkommensverlust soll „ – *soweit erforderlich – angemessen ausgeglichen werden"*. Das betroffene Elternteil soll nach drei Jahren ohne Schwierigkeit wieder einen Beruf finden.

„Realistisch" wird gleich im Nachsatz hinzugefügt, daß dieses Projekt wohl zu kostspielig sein wird – aber versprechen kann man es ja.

Da die SPD aber offensichtlich befürchtet, allein mit solchen vagen Prophezeiungen nicht mehr allzu weit zu kommen, hat sie den „Schlüsselkindern" schon einen kleinen Vorschuß gewährt. Als große Reform wird in allen SPD-Wahlbroschüren die Freistellung eines Elternteiles zur Betreuung eines kranken Kindes gefeiert. Dieser Regelung entsprechend kann jedes Elternteil fünf Tage im Jahr bei Lohnfortzahlung zu Hause bleiben, wenn ein Kind krank ist. – Angesichts der Tatsache, daß Kinder erfahrungsgemäß länger krank sind, ist das einer der üblichen sozialdemokratischen Reform-Witze.

Noch haariger werden die SPD-Versprechungen auf dem Sektor „Kindergärten und Kinderspielplätze". Während in der gesamten BRD kaum noch Gelder mehr für Kindergarten-Neubauten bewilligt werden, Einrichtungen freier Träger nicht mehr gefördert werden sollen, die Gruppenstärken in den Kindergärten auf bis zu 28 Kindern erhöht werden und Spielplätze fast nur noch aus Privatinitiative gebaut werden, fordern die SPD-Familienpolitiker: Für Drei- und Vierjährige soll ein Kindergartenplatzangebot von 75% eines Geburtenjahrganges geschaffen werden, die Gruppenstärken sollen auf 15 Kinder gesenkt werden, eine ausreichende Zahl *„geeigneter Tummelplätze und Abenteuerspielplätze"* soll geschaffen werden.

Eltern, die sich in SPD-regierten Städten und Ländern um einen Kindergartenplatz bemüht haben, Kinder, die in ihrer Wohnumgebung einen brauchbaren Spielplatz gesucht haben, werden sich zu Recht durch diese windigen Versprechen verarscht fühlen.

Schließlich noch zu einem besonders üblen Kapitel der SPD-Wahlversprechen. Die SPD fordert einen Abbau der Heimerziehung. Säuglinge und Kinder sollen gar nicht mehr in Heimen untergebracht werden. Man messe dieses Versprechen einmal an der Praxis der SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen: Diese beschränkt sich nicht nur darauf, munter Säuglinge in Heime einzuweisen, sie stellt sogar Säuglinge einem Dortmunder Institut für einen widerlichen Menschenversuch zur Verfügung (Vergl. ARBEITER-KAMPF Nr. 85).

Die SPD-Wahlversprechen klingen schön – das war bei den Sozialdemokraten schon immer so. Ihnen aber einen Funken Glauben zu schenken, hieße die Augen davor zu verschließen, daß die SPD-Regierungen in den letzten Jahren die Lage der Kinder in der BRD zunehmend verschlechtert haben.

CDU: Dieses Land muß wieder (?!) kinderfreundlich werden

Die CDU/CSU setzt – wie jede bürgerliche Oppositionspartei – natürlich mit Vergnügen an den Zuständen unter der (SPD)-Regierung an – so auch beim Thema Kinder.

In ihrer Broschüre „Politik für unsere jungen Mitbürger" zieht sie eine „alarmierende Bilanz":

Hohe Säuglingssterblichkeit, steigende Zahl von Kinderunfällen, fehlende Spielplätze, Kindesmißhandlungen etc. Schlußfolgerung: *„Kinderfreundlichkeit und eine kindgerechte Umwelt müssen in unserer Gesellschaft w i e d e r selbstverständlich werden"* (Regierungsprogramm der CDU/CSU).

Mit dem Wort „wieder" will die CDU offenbar weismachen, daß zu ihrer Regierungszeit in der BRD Kinderfreundlichkeit herrschte und die Umwelt kindgerecht aussah. Ein Blick auf die Fakten widerlegt das. Zu Zeiten der CDU/CSU-Regierung mußten in der BRD ca. eine Million Kinder ohne eigenes Bett auskommen (Bleuel, Kinder in Deutschland), die Säuglingssterblichkeit war genauso hoch wie heute, Spielplätze genauso selten und Kindesmißhandlungen genauso an der Tagesordnung wie unter der SPD/FDP-Regierung.

Neben diesen allgemein gehaltenen Schnacks serviert die CDU als große Reform ähnlich wie die SPD einen gigantischen Plan zur Hilfe für die „Schlüsselkinder".

Was bei der SPD „Karenzurlaub" heißt, wird bei der CDU „Erziehungsgeld" getauft. Gemeint ist das gleiche: Ein Elternteil soll die Möglichkeit erhalten, sich der Erziehung des Säuglings zu widmen, seinen Beruf dafür aufzugeben. Dafür soll ihm eine monatliche Unterstützung von 300 bis 700 DM gewährt werden.

Im Unterschied zur SPD soll diese Regelung jedoch nicht für die ersten drei Lebensjahre gelten, sondern nur fürs erste.

Gemeinsamkeit mit der SPD: Auch die CDU sagt „realistisch", daß dieses Vorhaben von einer CDU-Regierung nicht realisiert werden kann, weil es am Geld fehlt. Kommentar dazu erübrigt sich!

CDU: Für eine menschliche Schule!?

Besonderes Augenmerk richtet die CDU/CSU im Wahlkampf auf die Situation an den Schulen. Dort hat sie zwei Gegner ausgemacht: Schulstreß und „marxistische Indoktrination". So heißt es im Wahlprogramm:

„Wir wollen eine humane Schule. Das Kind soll nach seiner Begabung und Leistungsfähigkeit gefördert und nicht überfordert werden".

Die ganze Demagogie dieser Forderung entlarvt sich schon, wenn man sich vor Augen führt, daß der Schulstreß in CDU/CSU-regierten Bundesländern genauso groß ist wie in SPD-regierten Ländern. Und daß sich daran nichts ändern soll, macht die CDU klar, wenn sie im Wahlprogramm wenige Zeilen später erklärt: *„Eine Schule, die echte Lebenschancen bieten soll, kann auf Leistung nicht verzichten".*

Was das ganze Gegeifer gegen den Schulstreß soll, wird deutlich, wenn die CDU benennt, was ihrer Meinung nach die Ursache für diesen Streß ist: die „sozialistische Gleichmacherei" der SPD, das ewige Experimentieren an den Schulen und das mangelnde gegenseitige Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülern.

Der „Gleichmacherei" setzt die CDU den Plan eines *„vielfältig differenzierten Bildungs- und Ausbildungssystem"* entgegen. Was das in der Praxis heißen soll, weiß man ganz genau: Elitebildung für noch weniger Kinder der Bourgeoisie, noch beschissenere Bildung für Arbeiterkinder. Das ist die Freiheit, die die CDU dem angeblichen SPD-„Sozialismus" entgegensetzt.

Darüber hinaus soll Schluß gemacht werden mit dem „Konfliktprinzip", das angeblich heute die Schulen belastet: *„Die Schule soll wieder vom gegenseitigen Vertrauen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern getragen werden. Wir lehnen eine Erziehung ab, die nur Konflikte und keine Gemeinsamkeiten schafft"* (CDU-Wahlprogramm).

Was das bedeutet, hat der CSU-Kultusminister Bayerns, Hans Maier, der bezeichnenderweise als Bundesbildungsminister einer CDU/CSU-Regierung vorgesehen ist, sehr deutlich gemacht: Das von ihm verfaßte Schulgesetz bedroht jeden Schüler, der es wagt, irgendetwas an Bayerns Schulen zu kritisieren, mit Rausschmiß. Schülerzeitungsredakteuren wurden schon Berufsverbote angedroht. „Gemeinsamkeiten" schaffen durch brutale Unterdrückung jeder fortschrittlichen Regung an den Schulen – das ist das CDU-Wahlprogramm.

Dementsprechend verspricht die CDU natürlich auch eine schärfere Handhabung der Berufsverbotepraxis. In einer Wahlanzeige wird eine Wandtafel abgebildet, auf die Hammer und Sichel gemalt sind. Darunter das Versprechen, die CDU würde keine „kommunistische Indoktrination" an den Schulen zulassen.

Stattdessen soll „deutscher (Un)-Geist" in die Klassenzimmer einziehen. Scharf greift die CDU die SPD/FDP an, weil sie im Geschichtsunterricht die „Geschichte preisgegeben" haben soll. Das reaktionäre Gegenkonzept: *„Die junge Generation soll sich aus eigener Kenntnis selbst ein Urteil bilden können. Wir brauchen wieder ein ungebrochenes Verhältnis zur Geschichte Deutschlands".* Was das heißt, haben unzählige braune Lehrer in der BRD in den letzten 30 Jahren vorgemacht: Es soll nationale Überheblichkeit gepredigt werden, Faschismus und Krieg verharmlost oder gar rehabilitiert werden! So ließ ein besonders „geschichtsbewußter" CDU-Lehrer in Flensburg unlängst seine Schüler die Forderung nach Freilassung des Kriegsverbrechers Hess unterschreiben.

Im Interesse der Kinder: Keine Stimme für CDU, SPD, FDP

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß sich natürlich auch die FDP als besonders kinderfreundlich herausstellt: *„Die F.D.P. schützt die Kinder überall dort, wo sie allein nicht zu ihrem Recht kommen"* (Wahlanzeige „Kinder, Kinder!"). Bezeichnenderweise fällt den FDP-Wahlkampfmanagern dann jedoch kein einziges Beispiel ein, wo die FDP sich als Regierungspartei tatsächlich als „Kinderschützer" betätigt hat. Kommentar erübrigt sich wohl.

CDU, SPD und FDP haben in
zer" betätigt hat. Kommentar er-
übrigt sich wohl.

CDU, SPD und FDP haben in den 27 Jahren BRD eine Politik betrieben, die an Kinderfeindlichkeit von den meisten vergleichbaren kapitalistischen Staaten nicht erreicht wird:

- **In der BRD geschehen die meisten Kindesmißhandlungen, Kinderunfälle und Kinderselbstmorde in Westeuropa;**
- **in der BRD müssen 800.000 Kinder ohne eigenes Bett auskommen, 800.000 Kinder bis zu drei Jahren können von ihren Eltern nicht ausreichend versorgt werden, 2% aller Kinder, die im Laufe eines Jahres in der BRD geboren werden, werden für längere oder kürzere Zeit in Säuglingsheime eingewiesen.**

Die Liste ließe sich beliebig fortführen.

Wenn die bürgerlichen Parteien jetzt im Wahlkampf mit den großen Versprechen auftauchen, sollte man sich diese Realität immer wieder vor Augen führen.

Kinder sind in der BRD nicht wahlberechtigt. Wenn sie es wären, gäbe es für sie angesichts ihrer Situation nur eine Schlußfolgerung für die Wahlen:
CDU nie! SPD nein! Und von der FDP halten wir auch nichts!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Volksbegehren in Bayern „verfassungsfeindlich"?

Seit einigen Monaten sammelt ein Bürgerkomitee zur Durchführung eines Volksbegehrens (in Bayern ist so ein Volksbegehren „im Prinzip" möglich) Unterschriften. Gestecktes Ziel dieses Bürgerkomitees ist es, die volle Wiederherstellung der Erstattung der Schulwegkosten und Lernmittelfreiheit zu erlangen. Diese Erleichterungen waren durch die bayrische CSU-Regierung letztes Jahr gestrichen worden.

Das Innenministerium teilte nun jedoch dem Bürgerkomitee mit, daß es den Antrag auf ein Volksbegehren für „verfassungsfeindlich" hält, weil nach dem Artikel 73 der bayrischen Verfassung kein Volkentscheid über den Staatshaushalt stattfinden darf.

Doch welche Sorgen und Nöte bayrischer Bürger berühren eigentlich nicht den Staatshaushalt?

Als weiteres „Argument" führen die CSU-Politiker an, daß bei einem Erfolg der Bürgerinitiative allein im Jahre 1977 Mehrkosten in Höhe von zusammen 66,1 Mio. DM entstehen würden. Schon allein deshalb sei es nicht sinnvoll, dem Volksentscheid zuzustimmen.

Die nächste Zukunft wird es zeigen, ob die braven „Verfassungsfeinde" des Bürgerkomitees politisch fit genug sind, um aus ihrem parlamentarischen Scheitern heraus neue Mittel des Kampfes gegen die volksfeindliche Sparpolitik im Bildungsbereich zu entwickeln.

KB/Gruppe Nürnberg

Sparschwein kontra „Kinderhaus"

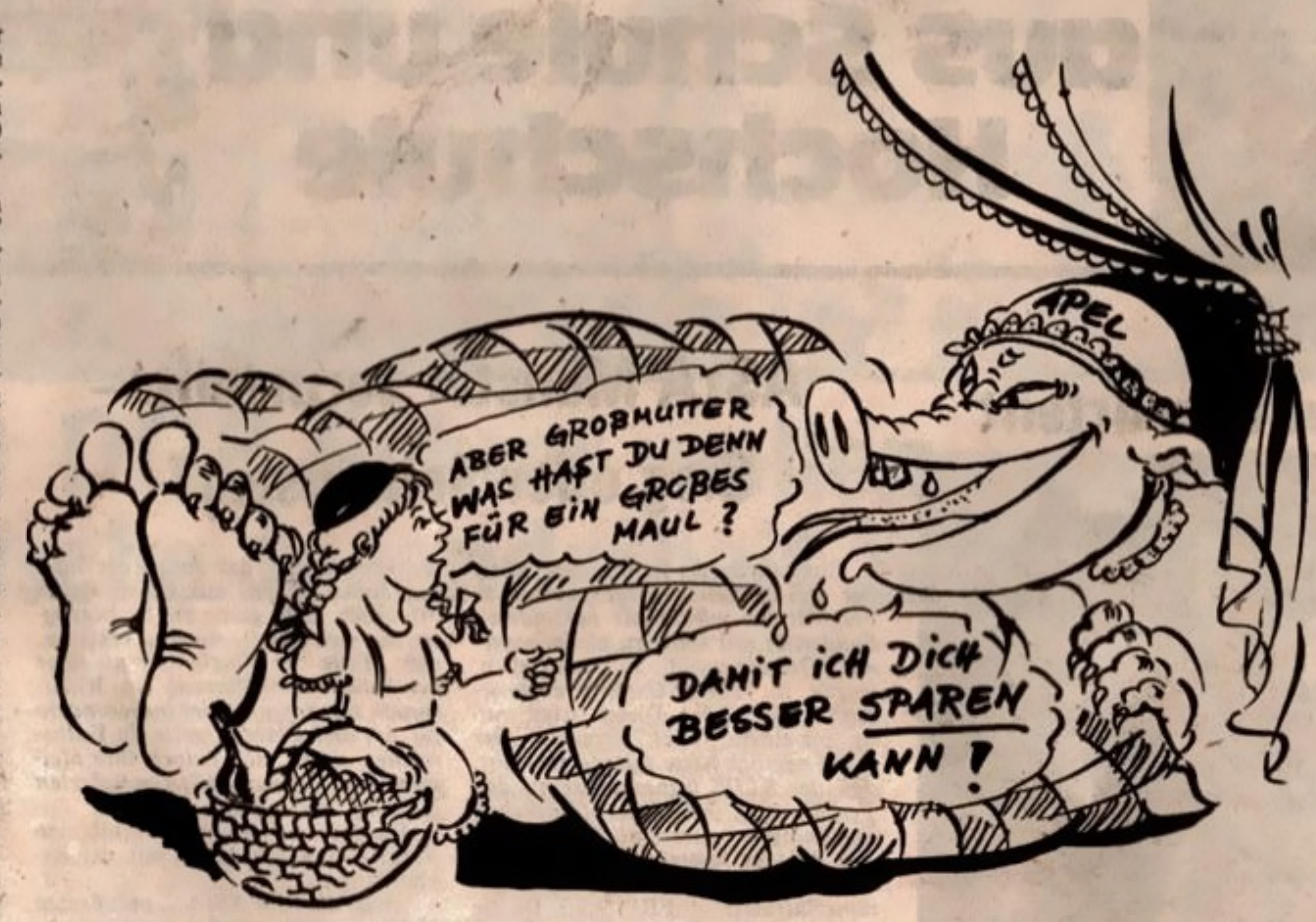
Im AK 88 berichteten wir über das "Kinderhaus" Heinrichstraße (Hamburg -Eimsbüttel), das von Eltern und freiwilligen Helfern in mehrmonatiger Arbeit für rund 60 Kinder erstellt wurde. Seit dem 1.August ist das "Kinderhaus" in Betrieb.

Das "Kinderhaus" steht jetzt in Gefahr der verschärften "Sparpolitik' des Senats auf dem sozialen Sektor zum Opfer zu fallen. So wurde dem "Kinderhaus" zum einem ein beantragter Baukostenzuschuß von 48.000 Mark rundweg verweigert. Fakt ist allerdings, daß der Staat für den Neubau einer vergleichbaren Einrichtung mindestens 180.000 Mark (andere Schätzungen gehen bis zu 900.000 Mark) aufbringen müßte. Die innere Logik dieser auf den ersten Blick recht merkwürdigen Art von "Sparpolitik" ist einfach: **Der Senat will auf dem Gebiet der Kindertagesheime den Hahn völlig zudrehen, neue Einrichtungen sollen nicht mehr gebaut werden!!** Diese Knallharte "Spar"linie auf dem Rücken von Kindern und Eltern wurde von Vertretern der Jugendbehörde öffentlich verkündet!

Noch übler und für das "Kinderhaus" weitaus schwerwiegender (es geht dabei , wie zu erfahren ist, um eine Summe von 300.000 Mark jährlich!!) ist die Tatsache, daß die zuständigen Behörden sich bis heute geweigert haben, klar zur Frage der elternbezogenen Förderung Stellung zu nehmen. Das heißt: Die Pflegesätze in den Kindertagesheimen sind so hoch (etwa 570 Mark in staatlichen Einrichtungen, rund 400 Mark im "Kinderhaus"), daß die Eltern in der Regel allein diese Geld nicht aufbringen können, zumal wenn mehrere Kinder in der Familie sind. Daher zahlt der Staat über die „Fürsorge" den größten Teil des Pflegesatzes (je nach Einkommen der Eltern). **Diese V e r p f l i c h t u n g des Staates ist im „Wohlfahrtsgesetzt" bindend geregelt.**

E r s t m a l s werden dabei im Falle des "Kinderhauses" Schwierigkeiten gemacht. Das ist ein schwerwiegender Angriff der Behörde auf die 'freien Träger' solcher Einrichtungen insgesamt ebenso wie auf das im 'Wohlfahrtsgesetz' ausdrücklich garantierte Wahlrecht der Eltern, denen es danach freisteht, ob sie ihr Kind in einen staatlichen, kirchlichen, atheistischen etc. Kindergarten geben wollen.

Argumentiert wird von den zuständigen Behörden mit der Behauptung, daß in der betreffenden Stadtgegend gar kein "Bedarf" für die Einrichtung einer neuen Kindertagesstätte bestünde, und daß "unzumutbare Kosten" entstünden, wenn der Staat das "Kinderhaus" finanziell unterstützt, während angeblich anderswo KTH-Plätze leerstehen.



Diese „Argumente" sind Lug und Trug! Denn zum einen haben direkte Anfragen, u.a. auch von der SPD - Bürgerschaftsabgeordneten Kutz-Bauer, bei den zuständigen Fürsorgerinnen ergeben, daß die sonstigen Einrichtungen in der Gegend voll sind und Wartelisten haben. Und zum anderen spricht auch die Tatsache, daß in dieser Gegend laut offiziellen Statistiken der SPD nur für etwa 10 bis 15 % der Kinder (nach Altersstufen unterschiedlich) Plätze zur Verfügung stehen, während gleichzeitig fast 40% der Mütter berufstätig sind, wohl für sich!

Angetreten war die SPD einst mit dem windigen Wahlversprechen, diese Situation zu v e r b e s s e r n. **Jedes Kind sollte einen KTH-Platz bekommen, war eine der Wahl-Parolen!!** Angetreten war die SPD auch mit dem Wahlversprechen, vor allem die „freien Träger" zu fördern, somit dem Wahlrecht der Eltern mehr Raum zu verschaffen und also für „mehr Demokratie" zu sorgen!

Und heute? Sense! Jetzt geht die „Sparpolitik" schon so weit, daß entgegen geltendem Recht den Eltern die Förderung verweigert wird, daß eine bestehende freie Einrichtung (die von den zuständigen Behörden übrigens bei der Abnahme als „mustergültig" bewertet wurde!) zugrunde gerichtet werden soll. Mit maßlosem Zynismus erklären die zuständigen Behörden auch noch, es sei ja den Eltern „unbenommen", wenn sie aus eigener Tasche den Pflegesatz im „Kinderhaus" (400 Mark, wie gesagt – was relativ wenig ist im Vergleich zu staatlichen KTH's, aber sehr viel für eine Arbeiterfamilie!) zahlen wollen!

Die Kaltschnäuzigkeit der Behörden zeigt sich auch daran, daß das „Kinderhaus" und die Eltern immer noch keinen o f f i z i e l l e n Bescheid über die Ablehnung der staatlichen Förderung vorliegen haben – **erst ein solcher würde es ihnen wenigsten ermöglichen, juristisch dagegen vorzugehen!**

Unterdessen verbreitet der zuständige Senator für „Sparpolitik" im Schul- und Jugendbereich, Apel (SPD), als eines der Obersparscheine Hamburgs einschlägig bekannt, im Gespräch mit Bürgerschaftsabgeordneten und anderen Politikern schon ganz ungeniert, das „Kinderhaus" werde a u f k e i n e n F a l l Geld bekommen! Mit der offiziellen Bekanntgabe dieser Ungeheuerlichkeit will der feine Herr aber anscheinend bis nach dem Ende des Wahlkampfes abwarten!

Gleichzeitig hat die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Kutz-Bauer die – soll man's als Naivität oder Zynismus auffassen? – Stirn, öffentlich (in einer Rundfunk-Sendung über das „Kinderhaus") zu erklären: I h r e Partei sei ja gerade auf dem Sektor der Jugendpolitik sehr bemüht, nur die F D P-Senatoren seien halt immer dagegen und würden einen Strich durch die Rechnung machen . . . . Das der Senator Apel aber nicht in der FDP ist, sondern in der Partei der Frau Kutz-Bauer, weiß mittlerweile in Hamburg eigentlich schon jedes Kind!

Um das tragikomische Spiel voll zu machen, hat auch SPD-Altstar Willy Brandt, dem Eltern des „Kinderhauses" auf einer Wahlveranstaltung in Hamburg ihr Problem vortrugen, sich für „sehr beeindruckt" erklärt und hat einen Hamburger Bundestagskandidaten der SPD „gebeten", sich „darum zu kümmern" . . . !

Nur Geld haben die Eltern von den Behörden bisher noch keinen Pfennig gesehen! Und es liegt für jeden Einsichtigen auf der Hand, daß an diesem Problem jede kleinenere oder schwächere Elterninitiative schon kaputt gegangen wäre, und daß damit die Behörden schon das Ziel erreicht hätten, auf das sie offensichtlich hinarbeiten! Nur weil es sich um eine relativ große Initiative handelt (ca. 60 Kinder mit ihren Eltern, sowie unterstützende Freunde und Bekannte), hat das „Kinderhaus" überhaupt die bisherige Durststrecke durchhalten können. Hinzu kommt, daß die Eltern den richtigen Schritt getan haben, mit ihrer Sache in die Öffentlichkeit zu gehen und eine breite Informationsarbeit zu leisten. So konnten z.B. bekannte Kinderbuchautoren, Musiker und Sänger sowie Schauspieler für öffentliche Unterstützungs-Veranstaltungen gewonnen werden.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Das „Kinderhaus" hat eine Dokumentation herausgegeben, in der die Errichtung des „Kinderhauses" und die ersten Auseinandersetzungen mit den Behörden dargestellt sind. Inzwischen ist seit kurzem eine zweite Dokumentation erhältlich, die die Entwicklung seither darstellt.

Beide Dokumentationen sind erhältlich über die Adresse: „Kinderhaus", 2 Hamburg 50, Heinrichstr. 14 a.

Bundeswehr: Kinder am Gewehr!

Kinder an Maschinengewehren, Kinder an Pistolen, Kinder auf Panzer – unter dem Deckmantel von „Tagen der offenen Tür" öffnet die Bundeswehr ihre Arsenale und läßt Kinder mit Kriegsmaterial „spielen". Letzter Fall: am 4. und 5. September veranstaltete die Bundeswehr in der Hamburg-Jenfelder Lettow-Vorbeck-Kaserne einen solchen „Tag der offenen Tür". Da hoben Soldaten lachende Kleinkinder auf Geschützrohre, da sah man Knirpse an Maschinengewehren und Neun-Millimeter Pistolen. Am selben Wochenende dasselbe Bild in der schleswig-holsteinischen Gemeinde Horst. Auch hier Kinder an mörderischem Kriegsmaterial, Kinder, denen schon früh gezeigt wird, daß Töten *„gar nicht so schlimm"*

Auf einem „Informationstag" in der Lüneburger Schlieffenkaserne durfte eine Gymnasiumsklasse aus Winsen sich im Schießkino probieren: *„Der 16jährige Gymnasiast Thomas hat ein scharf geladenes Gewehr im Anschlag. Er späht in das Buschgelände. Plötzlich klettert ein Soldat aus einem Graben, blickt prüfend um sich und rennt dann los – direkt auf Thomas zu. Der drückt ab. ‚Treffer', sagt der Unteroffizier neben ihm"* („Stern", 16/76).

„Treffer" vor allen Dingen für die Bundeswehr, die auf diesen volksfestartig aufgemachten „Tagen der offenen Tür" sich den Kindern wie ein Abenteuerspielplatz präsentiert.

Die Bundeswehr-Kommentare zu diesen vormilitärischen „Spielchen" hören sich ganz niedlich an: *„Wir folgen mit solchen Veranstaltungen der Forderung nach ‚Transparenz der Streitkräfte'! . . . ."* so Kapitän zur See Lawrence zu den Jenfelder Vorkommnissen zur „Hamburger Morgenpost" (9.6.76).

Zu der Schießübung im Lüneburger Schießkino tönte es aus dem Bonner Kriegsministerium, das Ganze sei eine *„unglückliche, aber gerade noch entschuldbare Aktion"* gewesen („Stern", 16/76). Im übrigen sei das *„Vorbereitung auf die Rekrutenzeit"*, die Schüler sollten mit den Schießübungen *„auf die Atmosphäre in der Bundeswehr eingestimmt werden"* – das ist sicher richtig – Einstimmung auf eine Atmosphäre des Tötens und des Mordens. Einige Winsener Schüler durchschauten den Zweck der „Übung": *„Wenn du erst einmal daran gewöhnt bist, auf Bilder zu schießen, dann wird es dir auch nicht mehr schwerfallen, in Wirklichkeit auf Menschen zu schießen"*.

Kinder an Waffen: Das sagen Eltern, Militär und Experten

Reaktion auf MORGENPOST-Frage

Die meisten Leser waren erschüttert





Schon kleine Kinder werden auf diese „Atmosphäre" eingestimmt. Regale und Schaufenster von Warenhäusern füllen sich immer mehr mit Panzern, Bomben, Kanonen, Schlachtschiffen und Soldaten in Miniaturausgaben, die Schlacht im Kinderzimmer soll möglichst „naturgetreu" geschlagen werden! Krieg wird so zum Abenteuer, Töten zum Spiel, die Kriegsspielzeugbranche macht Millionen: die Bündener Firma Revell Plastics setzte im letzten Jahr rund 30 Millionen um, die Umsatzkurve geht steil nach oben. Der 128seitige „Hobby-Katalog '76" von Revell bietet komplette Schlachtsausrüstungen. Vom „Deutschen Panzergrenadier der Division Großdeutschland" im Maßstab 1:9 bis zum „Jagdpanzer Tiger (p) Elefant" ist die gesamte Tötungsmaschinerie imperialistischer Armeen vertreten.

Der Übergang vom kleinen zum „großen Kriegssielzeug", der Übergang vom Kinderzimmer zum Truppenübungsplatz ist programmiert. Kinder, die bisher im Maßstab 1:35 gespielt haben, wollen ihr Spielzeug auch im Maßstab 1:1 kennenlernen. Die Bundeswehr setzt denn auch darauf, daß die Kinder spielen möchten und verkauft ihre Mordinstrumente als harmlose, fröhliche Gebilde d Technik, mit denen man wie zu Hause mit dem Baukasten hantieren kann. Das Motto der Bundeswehr: Früh übt sich . . .!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Heim für behinderte Kinder wird ausgetrocknet

Schleswig-Holstein. Fast 100 behinderte Kinder werden in einem Heim mit „Modellcharakter" betreut, teils in Internatshäusern. Vor gut einem Jahr begann das Trommelfeuer. Eine geplante Erweiterung des Internatsteils wurde gestrichen, das Sozialministerium forderte die Entlasssung von 20 der 80 Beschäftigten, Aushilfskräfte dürfen nicht mehr eingestellt werden, Praktikanten (auf die jedes Heim angewiesen ist) müssen mindestens zwei Monate bleiben (die Ironie dabei: Erzieher z.B. haben nur eine vier- bis sechswöchige Praktikantenzeit).

Erfindungsreichtum haben die bürgerlichen Politiker bei der Begründung ihrer Sparmaßnahmen schon immer gezeigt, das Sozialministerium krönte die Sache aber wieder einmal: Eine Untersuchung soll ergeben haben, daß zu viele (!) Heimbetreuer zu wenig Kinde betreuen: die seinerzeit bestehende Kinderzahl (88) wurden geteilt durch die Gesamtbeschäftigtenzahl (Kinderpfleger, Reinigungs- und Küchenpersonal etc.).

Konkret heißt das, daß bei Berücksichtigung der Schichtarbeit (am Tage) ein Kollege sechs Kinder zu betreuen hat; von „heilpädagogischem Wirken" ist da nach Entlassungen kaum noch was drin.

Mehrere Kollegen mußten inzwischen gehen, Neueingestellte wurden sogar noch während der Probezeit entlassen. Zwei Kollegen wurde „nahegelegt", auf Halbtagsarbeit umzusteigen.

Die Einführung von Nachtschicht für die Internatshäuser konnte nur abgebogen werden, weil die Betroffenen –vorwiegend Kolleginnen mit Familie – das einfach nicht durchhielten.

Rotzfrech erklärte nun der CDU-Sozialminister bei einem Besuch des Heimes auf den Hinweis der Heimleitung, daß bei Fortführung der Sparmaßnahmen alle Mitarbeiter in wenigen Wochen gehen werden und eine qualifizierte Arbeit nicht mehr möglich sei: ***„Qualifizierte Arbeit wird auch nicht mehr erwartet!"***.

Eine Kieler Genossin

USA: Babys verkauft!

In New York ist ein neuer Fall von Baby-Handel aufgedeckt worden. Mehrere Anwälte haben an kinderlose Ehepaare Babys für Summen bis zu 20.000 DM verkauft! Den Anwälten wird nicht etwa Menschenhandel vorgeworfen, sondern „Verstoß gegen das Adoptionsgesetz". „Abnehmer" sollen Familen gewesen sein, die um jeden Preis ein Kind „weißer" Hautfarbe „adoptieren" wollten.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Marburger AStA erneut verurteilt

400 Studenten demonstrierten am 6.September gegen die drohende Amtsenthebung des AStA in Marburg

DerAllgemeine Studentenausschuß (AStA) der Uni Marburg wurde am 7.9. vom Verwaltungsgericht Kassel *„wegen politischer Erklärungen, Forderungen und Stellungnahmen zu einer erneuten Geldstrafe von 18.000,- DM verurteilt"* („Extradienst", 10.9.).

Wegen eines gleichen „Vergehens" aus dem Sommersemester 75 hatte der Unipräsident den AStA im Wintersemester 75 abgesetzt. Dies Vorgehen wurde vom Gericht mit der Begründung zurückgewiesen, daß der im WS 75 gebildete AStA nicht für die „Vergehen" des Amtsvorgängers verantwortlich gemacht werden könne. Allerdings wurde gleich hinzugefügt: *„... sollte sich erweisen, daß auch der neue AStA in gleicher Weise wie der bisherige verhält... so steht dem Präsidenten der Marburger Universität frei"*, den AStA sofort amtszuentheben (zitiert nach „DVZ", 26.8.).

Dafür hat das Verwaltungsgericht jetzt die rechtliche Handhabe geliefert. Am 21.9. soll vor Gericht über die Berufung des Präsidenten in Sachen Amtsenthebung entschieden werden. Der für dieses Verfahren zuständige Richter Schaumburg, deutete schon an, *„diese Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofes* (gemeint ist die Geldstrafe, Anm. AK) *sei in dem gegenwärtigen Prozeß* (Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Amtsenthebung, Anm. AK) *...von nicht unerheblicher Bedeutung"* („ED", 10.9.).

Allerdings wird in Marburg wieder eine neue AStA-Koalitiom (MSB/SHB/LHV, der MSB/SHB-AStA hatte bei den letzten Wahlen die Mehrheit verloren) vorbereitet.

AStA Münster verurteilt – Sieg oder Scheinsieg?

Ein Antrag des RCDS, den AStA der Uni Münster *„wegen seiner in Flugblättern wiederholt bekundeten Solidarität mit Chile zu einem weiteren Ordnungsgeld zu verurteilen, wurde in vollem Umfang abgewiesen"* („FR", 9.9.). Dieses Urteil wurde mit einem „Trick" erreicht. *„Der AStA nämlich hatte geltend gemacht, daß der RCDS insbesondere zu den Verhältnissen in Chile in öffentlichen Erklärungen im wesentlichen die gleiche Ansicht vertreten habe, wie die offizielle Studentenvertretung in ihrem Flugblatt"* („FR", 9.9.). Da die bisherigen Urteile gegen das Politische Mandat immer damit begründet wurden, daß eine Minderheit in ihren politischen Ansichten „geschützt" werden müsse, *„hatte das Gericht die Antragsteller (sechs RCDS-Studenten - Anm. AK) aufgefordert, eidesstattliche Erklärungen vorzulegen, in denen sie ihre Auffassungen zu den beanstandeten Äußerungen des AStA darlegen sollten"* (ebenda).

Die RCDSler kamen dadurch in die Schwierigkeit, öffentlich gegen die Inhalte der (Juso-) AStA-Stellungnahme zu Felde zu ziehen, was gleichzeitig eine offene Parteinahme f ü r die faschistische Junta bedeutet hätte. Gesichert ist, daß sie an der Seite der Junta stehen, nur geben sie es öffentlich nicht gerne zu. So begnügten sie sich damit, vage zu erklären, daß *„Teile der Flugblätter zu ihrer persönlichen Auffassung im Widerspruch stünden und dies insbesondere für Art und Form ... gelte. In Teilbereichen decke sich jedoch ihre Meinung mit der vom AStA geäußerten Meinung"* (ebenda).

Das Gericht lehnte daraufhin eine Verurteilung des AStA mit der Begründung ab:

„Weil die vom AStA ... geäußerten Meinungen im großen und ganzen mit der Meinung der RCDS-Mitglieder übereinstimmen, sei durch diese Meinungsäußerung keine gewichtige Rechtsbeeinträchtigung der RCDS-Mitglieder erfolgt".

Inwieweit das wirklich ein Sieg ist, wird sich schnell herausstellen – positiv ist allerdings, daß der RCDS in die Klemme kam. Allgemein wird dieses Urteil kaum eine Bedeutung haben, da die meisten Urteile an Fragen entschieden werden, in denen es ganz offenkundige politische Widersprüche gibt, die auch vom RCDS nicht verheimlicht werden (anders als bei seiner Haltung zum Faschismus).

Göttingen: Gericht unterhöhlt verfaßte Studentenschaft

Nachdem im verabschiedeten Hochschulrahmengesetz (HRG) die verfaßte Studentenschaft (d. h. Zwangsmitgliedschaft in einer studentischen Körperschaft, vertreten durch gewählte Organe) nur noch als „Kann-Bestimmung" auftaucht, wurde jetzt in Göttingen ein Urteil gefällt, das die verfaßte Studentenschaft (VS) weiter unterhöhlt. Ein Student (Mitglied u. a. im Bund der Vertriebenen, dem schlesischen Studentenbund und der CDU) hatte gegen die Eintreibung seiner Mitgliedsbeiträge für die VS durch die Universitätsverwaltung geklagt weil im AStA lauter „Atheisten und Verfassungsfeinde" säßen. Jetzt wurde ihm „Recht" zugesprochen. Das Gericht entsprach zwar nicht seiner politischen Begründung, stellte aber fest, daß es für die Eintreibung der Mitgliedsbeiträge *„keine Rechtsgrundlage gäbe"*.

Da an allen Universitäten die Beiträge für die VS durch die Univerwaltungen eingezogen werden, kann dieses Urteil zu einem Präzedenzfall dafür werden, daß sich bestimmte Rektoren einfach weigern, dies weiterhin „ohne Rechtsgrundlage" zu tun.

Damit säßen die ASten finanziell auf dem Trockenen, denn sie selbst haben keine Möglichkeit, die Beiträge zwangsweise einzutreiben. Damit würde ausder Zwangsmitgliedschaft durch einen einfachen Trick eine freiwillige Mitgliedschaft und die verfaßte Studentenschaft bliebe auf der Strecke.

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

Tübingen: KuMi droht mit Exmatrikulation



Aufruf zu einer Versammlung der boykottierenden Studenten in Tübingen.

Wie in AK 84 berichtet, fordert die Univerwaltung von den Studenten „Lehrmittelgebühren" zwischen 10 und 120 DM. Auf einer Vollversammlung (VV) wurde daraufhin beschlossen, diese Zahlung zu boykottieren, da sie eine verkappte Wiedereinführung des Studiengeldes darstellt. Nachdem von Studenten eine Blockade des Rückmeldebüros organisiert wurde, forderte der Rektor Theis die Studenten auf, sich schriftlich zurückzumelden. Daraufhin organisierte der AStA eine eigene Rückmeldung, an der sich bisher ca. 3000 der 17000 Tübinger Studenten beteiligt haben („Welt", 31. 8.). Dies ist auf jeden Fall ein Erfolg, sodaß die „Welt" zu der für sie betrüblichen Ansicht kommt: *„Den Kommunisten, in Tübingen mit Hilfe einer Volksfront unter Beteiligung von Sozialisten des ‚Offenburger Büros', SHB-Mitgliedern und einigen Jusos an der Macht (mit Kommunisten sind spontaneistische Gruppen gemeint, Anm. AK), scheint eine Solidarisierung mit Teilen der schweigenden Mehrheit zu gelingen."*

Das wird auch ein Grund sein, weshalb jetzt der Kultusminister Hahn selbst in diese Auseinandersetzung eingreift und „die Kraftprobe" sucht. Mit einem von ihm selbst bestellten „Rechtsgutachten" im Rücken, stellte er den Studenten ein Ultimatum bis zum 25. 9.. Wer sich bis dahin nicht bei der Univerwaltung zurückgemeldet hat, soll exmatrikuliert (=Ausschluß vom Studium) werden.

Wie stark jedoch der Protest gegen diese Form der Wiedereinführung der Studiengebühren ist, zeigt sich daran, daß selbst der RCDS, also Hahns Parteibrüder, sich genötigt sah, dagegen zu protestieren. Und der Boykott geht weiter!

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

Wir sind umgezogen!

Neue Adresse für Verlag und Redaktion:

Lerchenstraße 75 · 2 Hamburg 50 · Tel. Verlag 040/435306, Redaktion 040/435346

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 50
Lerchenstraße 75
Telefon: 43 53 06 (Verlag)
43 53 46 (Red.)

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 3/8

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Fußgängerzone/ Hoher Weg

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr. 11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 066 028

Duisburg
Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

Mönchengladbach
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Samstag 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Kassel
Floria Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Samstag 11.00 - 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12.00 - 13.30 Uni-Mensa Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 041 181
83 Landshut
Verkauf jeden Samstag 10.00 - 12.00 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis Mittwochs 19.00 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 - 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 - 13.30 Uhr Uni-Mensa 16.00 - 18.00 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr



Lübecker DGB-Führer wollen kämpferische Jugendarbeit zerschlagen

Ende August erhielt ein Mitglied der IGM-Jugendgruppe von Schmalbach-Lubeca – gewählter Vertrauensmann – vom 1. Bevollmächtigten der IGM, Erich Eltermann, einen Revers zugeschickt. (Bereits vor einem Vierteljahr wurde ein Ausschlußverfahren gegen einen Jugendvertreter der Flender-Werft eingeleitet). Darin heißt es: *„Aufgrund Deiner Haltung in verschiedenen Veranstaltungen der Jugendgruppe der IGM sowie Dein Auftreten und Deine Aktivitäten in Versammlungen der sogenannten DGB-Jugendgruppen veranlaßt uns, entsprechend der Satzung unserer Organisation zu verfahren und Dich aufzufordern, uns zu erklären, welche Beziehungen Du zum Kommunistischen Bund hast bzw. ob Du Mitglied dieser oder einer anderen gegnerischen Organisation oder Gruppierung der IGM bist.*

Uns ist ebenfalls bekannt, daß Du Flugblätter des KB verteilt hast und daß Du zu dem Personenkreis gehörst, der widerrechtlich den Namen der IGM für die Herausgabe von Flugblättern benutzt hat.“

Der Kollege wird zu einer Stellungnahme unter Androhung des Gewerkschaftsausschlußes aufgefordert.

Hintergrund des Angriffs sind die Vorgänge um den diesjährigen 1.Mai. Die Lübecker DGB-Jugendgruppen hatten auf einem von der DGB-Spitze nicht zensierten Flugblatt zur Demonstration aufgerufen. Dieses Flugblatt und der kämpferische Ablauf der Demonstration haben die Gewerkschaftsführer zu ihrem Angriff veranlaßt.

Eine unverhohlene Drohung gegen die fortschrittliche Jugendarbeit ist es, wenn in dem Revers von „sogenannten Jugendgruppen“ gesprochen wird. Die gewählten Vertreter dieser Jugendgruppen hatten das beanstandete DGB-Flugblatt unterschrieben. Wieder einmal machen die Gewerkschaftsführer deutlich, daß sie bereit sind, jede Jugendarbeit zu zerschlagen, die nicht ihrem Kurs folgt.

Die konkreten Vorwürfe gegen den vom Ausschluß bedrohten Kollegen sind, wie zumeist in solchen Fällen hergesucht und machen deutlich, daß es den Gewerkschaftsführern darum geht, ihn auf jeden Fall loszuwerden, mit welchen konkreten Nachweisen ist dabei nebensächlich:

- So hat der Kollege beispielsweise nicht „widerrechtlich den Namen der IGM“ benutzt, sondern das beanstandete Flugblatt ist von zwei SDAJ-Mitgliedern namentlich unterzeichnet. Diese zogen allerdings sehr schnell den Schwanz ein, als erste Ausschlußdrohungen kamen, distanhierten sich und behaupteten auf einmal, das Flugblatt sei von „nicht-gewählten Delegierten“ erstellt worden und spielten mit dieser Lüge den IGM-Führern die gewünschte Ausschlußbegründung zu.

Daß es gar nicht um den konkreten Nachweis gewerkschaftsschädigenden Verhaltens geht, verdeutlichte IGM-Führer Harder auf der Sitzung des Vertrauenskörpers von Schmalbach-Luca: in der Jugendgruppe gebe es Leute, die mit ihrer „Terrorbande“ die gewerkschaftliche Jugendarbeit terrorisieren und außerdem sei der betroffene Kollege Mitglied des KB.

Eine HBV-Jugendgruppe, die es nicht gibt

Nach dem 1. Mai wurde offiziell eine HBV-Jugendgruppe gegründet. Kurze Zeit später trat der Vorsitzende der Gruppe mit der Begründung zurück, er habe keine Zeit mehr. Dazu das Mitglied des HBV-Ortsvorstandsmitglied Held: *„Er wird wohl aufgrund des 1.Mai-Flugblatts kalte Füsse bekommen haben.“* Warum, machte Held deutlich: Das Flugblatt sei „kommunistisch“ und sei in der „Kommunistendruckerei“ gedruckt worden. Was er inhaltlich zu kritisieren hatte, verschwieg Held, eine Auseinandersetzung blockte er ab. Held „versöhnlich“: *„Was war, ist gewesen. In Zukunft wißt ihr, daß ihr euch an mich wenden müßt, wenn etwas anliegt“* – ein Versuch, die Jugendgruppe zur Anpassung zu zwingen. Eine Teilnahme der HBV-Jugendgruppe am neu zu bildenden Kreisjugendausschluß lehnte er ab, da dieser wohl wesentlich von den links orientierten ÖTV- und IGM-Jugendgruppen bestimmt wird und die Gefahr besteht, daß die HBV-Jugendlichen „infiziert“ werden könnten.

KJA-Bildung ohne die Linken geplant

Nach den Erfahrungen am 1.Mai sind die DGB-Führer daran gegangen, einen Kreisjugendausschuß aufzubauen. Ihr Ziel dabei ist es, die Jugendarbeit in den Griff zu bekommen und nicht den Linken zu überlassen. Ihr Dilemma ist, daß ein Teil der arbeitenden Jugendgruppen gerade durch die Aktivitäten der Linken getragen werden. Für den 14. September hatten die DGB-Führer zu einem Treffen eingeladen, auf dem die KJA-Gründung besprochen werden sollte. Auf dem Treffen waren etwa 35 Jugendliche, von denen der größte Teil die Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen einen Kollegen von Schmalbach-Lubeca und einen Jugendvertreter der Flender-Werft diskutieren wollte. Die DGB-Vorsitzende Sommer verlangte, daß die Mehrheit der Jugendlichen den Saal verlassen müsse, da es sich um ein „nicht öffentliches Funktionärstreffen“ handle. Nachdem sie trotz zweimaliger Aufforderung keinen Erfolg hatten, verließen die anwesenden Gewerkschaftsführer den Saal und forderten diejenigen, die eine offizielle Einladung bekommen hatten, auf, mitzukommen. Die Forderung von Mitgliedern der HBV-Jugendgruppe, an der KJA-Bildung beteiligt zu werden, beantwortete Sommer: sie habe gerade mit HBV-Vorstandsmitglied Held gesprochen und der habe ihr erklärt, daß die „HBV-Jugendgruppe nicht mehr existiert und demnach auch nicht an der KJA-Bildung“ teilnimmt.

Etwa 20 Jugendliche verblieben im Raum und diskutierten über die Gewerkschaftsausschlüsse.

Es wird in der nächsten Zeit darauf ankommen, unter den Jugendlichen die Diskussion um die Angriffe auf die fortschrittliche Jugendarbeit zu verstärken und zu verhindern, daß unter dem Deckmantel einer „Verbesserung der Arbeit“ durch Bildung eines vorstandshörigen KJA eine Spaltung und Ausschaltung der Linken durchgesetzt wird.

Nach Berichten des KB/Gruppe Lübeck

DRUCK

Drupa - Sonderbeitrag Prüfstein der Solidarität oder Prüfstein der Gewerkschaftsdemokratie ?

Am 10. Juni dieses Jahres beschloß der erweiterte DruPa-Vorstand die Erhebung eines 13. Monatsbeitrages, um die nach dem Streik ach so „leeren“ DruPa-Kassen wieder zu füllen. Dieser Beschluß, der wie üblich ohne jede Diskussion in der Mitgliedschaft zustande kam, ist innerhalb der Mitgliedschaft auf große Empörung gestoßen.

Ganze Belegschaften verfaßten Protestresolutionen. So trug z.B. eine Resolution der Kollegen von Girardet, Essen, 700 Unterschriften. Auf stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen machten die Kollegen ihrem Unmut über diesen Beschluß Luft. Und nicht zuletzt hat er zum Austritt vieler Kollegen aus der DruPa beigetragen, die sich schon durch den 6%-Lohnraubabschluß verschaukelt fühlten, so z.B. allein ca. 300 Hilfskräfte bei Gruner und Jahr/Itzehoe. Der breite Protest, verbunden mit etlichen Ankündigungen, den Sonderbeitrag nicht zu zahlen, bereitet der DruPa-Führung offenbar einige Schwierigkeiten. So sieht sie sich genötigt, der Verteidigung ihrer Entscheidung sowie der Diffamierung des Protestes dagegen 6(!)Seiten der „druck und papier“ vom 13.9.76 zu widmen, nachdem z.B. bereits der DruPa-Landesbezirk Nordmark in seinem Mitteilungsblatt vom 9.9.76 ausführlich darauf eingegangen war. Doch geht es dabei überhaupt nicht um eine sachliche inhaltliche Auseinandersetzung mit den Protesten der Mitglieder, die beispielsweise nach dem Verbleib der Mitgliedsbeiträge der letzten 20 Jahre fragten, wenn nach einem relativ kurzen Streik die Kassen schon leer seien. Zum Beschluß des Sonderbeitrages selbst schreibt der DruPa-Vorsitzende Mahlein lediglich, daß er *„unbedingt notwendig war, zum richtigen Zeitpunkt gefaßt wurde und kein Anlaß zur nochmaligen Überprüfung besteht“*. Und schon geht's los mit der Diffamierung und der Rechtfertigung völlig undemokratischer Zustände: Den Kollegen, die die Rechtmäßigkeit des Beschlußes anzweifeln, wird rotzfrech vorgehalten, *„man solle sich zumindest vor dem Protestieren informieren, wer was darf oder was man nicht darf.“* Den Kollegen, die das undemokratische Zustandekommen des Beschlusses anprangern, wird das Vorbringen von „Formalgründen“ vorgeworfen. Und anschließend wird die Vorstandsdiktatur folgendermaßen begründet: *„Doch würden wir zu einer demokratischen Nachtwächter-Organisation (übrigens ein Terminus der Nazis! - AK) degradiert, wenn wir etwa nach dem Muster des schweizerischen Volksentscheids jeweils an einem festgelegten Sonntag im Vierteljahr über wichtige Organisationsfragen entscheiden wollten.“* Und noch demagogischer geht es weiter: *„Allerdings muß man sich auch einmal fragen dürfen, ob jene, die bei einer solchen Sachlage immer nach mehr Demokratie rufen, es auch wirklich ernst mit den eigenen Belangen meinen oder ob sie nicht mit der von ihnen geforderten schwerfälligen Organisationshandhabung in Wirklichkeit der Strategie der anderen Seite dienen“.*

Merke: Gewerkschaftsdemokratie dient der anderen Seite, sprich den Kapitalisten und ist somit stark der Gewerkschaftsfeindlichkeit verdächtig.

Wie hier die Kritik und der Protest der DruPa-Mitglieder totgeschlagen und diffamiert werden soll, läßt eindeutig darauf schließen, daß es um mehr geht, als um den Sonderbeitrag. Es geht um den weiteren Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie, um den Ausbau und die Absicherung der Vorstandsdiktatur und um die Zerschlagung jedes Ansatzes einer Opposition zu dieser Diktatur, wie sie sich gerade im und nach dem Druckerstreik dieses Jahr verstärkt gezeigt hat. Wenn der Hamburger DruPa-Ortsfürst Heinz Wolf auf einer Springer-Vertrauensleute-Sitzung noch unschlüssig auf die Frage reagierte, was mit den Mitgliedern passiere, die die Zahlung des Sonderbeitrages verweigern würden, so kann man sich der Reaktion inzwischen recht sicher sein und mit Ausschlüssen rechnen. Denn wie schreibt Mahlein: *„An den Mitgliedern liegt es nun selbst, entgegen möglicher egoistischer Eigenmotive, sich der im Arbeitskampf so stark bewiesenen Solidarität zu erinnern und diese zu übertragen auf das Streben nach Zurückgewinnung der vollen finanziellen und damit gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit der IG Druck und Papier.“* Und für „Egoisten“ und unsolidarische Elemente ist in der DruPa natürlich „kein Platz“.

Setzen wir unsere Kraft dafür ein, daß dieser erneute unverschämte Angriff auf die innergewerkschaftliche Demokratie und den Willen eines Großteils der Mitglieder zu einem Bumerang für Mahlein und Co. wird!

VERWEIGERUNG DES SONDERBEITRAGES!
KAMPF DEM WEITEREN ABBAU INNERGEWERKSCHAFTLICHER DEMOKRATIE!
MACHEN WIR DIE GEWERKSCHAFTEN WIEDER ZU KAMPFORGANISATIONEN DER ARBEITERKLASSE!

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

DGB erläßt Drupa einen Jahresbeitrag

Am 7.9.76 stimmte der Bundesausschuß des DGB einer Empfehlung des DGB-Bundesvorstandes zu, der DruPa wegen der hohen Streikkosten einen Jahresbeitrag an den DGB zu erlassen. Die DruPa hatte den Erlaß dreier Jahresbeiträge in Höhe von ca. 3 Millionen DM beantragt. Der nur einjährige Erlaß wurde damit begründet, daß nur von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr entschieden werden könne. Allerdings hatte die DGB-Pressestelle eingangs sogar mitgeteilt, daß der DruPa-Antrag abgelehnt sei und lediglich eine einjährige Stundung der Beiträge befürwortet worden sei („FR“, 8.9.76). Dies wurde dann später wieder dementiert und durch die obige Entscheidung ersetzt; die macht sich ja auch besser.

Daß es mit der DGB-Solidarität allerdings tatsächlich nicht weit her ist, haben die DruPa-Mitglieder schon im Streik erfahren müssen. Außer freundlichen Worten, für die sich keiner was kaufen konnte, war vom DGB und den Vorständen der anderen Einzelgewerkschaften nichts zu merken. Der DruPa-Streik war sogar vielen Gewerkschaftsführern ein Dorn im Auge. Im Gegensatz dazu ließ eine große Zahl von Mitgliedern dieser Gewerkschaften den Druckern ihre Unterstützung zukommen. Diese Kollegen hatten ihre Hoffnung in die DruPa-Kollegen gesetzt, daß diese die Lohnleit(raub)linien durchbrechen würden und genau davor hatten die Gewerkschaftsführer Angst, hätte es doch konkrete Auswirkungen auf Nachschlagkämpfe anderer Branchen gehabt.

Druckkomitee, KB Gruppe Hamburg

Prozeß gewonnen und doch nicht eingestellt.

Flensburg. Am 19.8. hatte eine linke Kollegin einen Kündigungsschutzprozeß gegen Severin Schmidt vorm Landesarbeitsgericht Kiel gewonnen. Sie war einen Tag nach Beendigung des Druckerstreiks aus dem Betrieb geflogen.

Bis heute erkennen die Kapitalisten das Urteil nicht an und verweigern der Kollegin den Zutritt zum Betrieb. Nach üblicher Rechtspraxis muß ein Gericht einer einstweiligen Verfügung der Kollegin gegen den Kapitalisten, der nicht einmal bereit ist, das bürgerliche Recht anzuerkennen, stattgeben. Doch nicht so in diesem Falle: Die einstweilige Verfügung landete beim Richter Hässeler, der in 1. Instanz dem Kapitalisten recht gegeben hatte – dabei blieb er auch. Damit die Angelegenheit nicht allzu offensichtlich wurde, trickste er 'rum: Statt die einstweilige Verfügung zu behandeln, behauptete er, es würde eh binnen 19 Tagen die Klage auf Weiterbeschäftigung verhandelt. Doch auf der Verhandlung dann am 7.9. wurde nochmals eine „Güteverhandlung“ angesetzt – damit soll die Möglichkeit gegeben werden, daß man sich „gütlich“ einigt – der Kapitalist würde etwas dafür bezahlen, wenn die Kollegin auf ihren Rechtsanspruch verzichtet.

Eine Güteverhandlung, obwohl die Kollegin im Verfahren die Abfindung bereits abgelehnt hatte. Doch verhandelt werden konnte angeblich nun nicht mehr, da der „zuständige“ Richter Hässeler für mehrere Wochen in Urlaub gefahren sei.

Daraufhin wurde gegen den Richter Strafanzeige und Dienstaufsichtsbeschwerde erstattet, da er seiner Entscheidung, die Einstweilige Verfügung abzulehnen, bewußt falsche Behauptungen zugrunde gelegt hatte.

Das zeigt, wie die Kapitalisten sich auf die Justiz verlassen können, so erklärte der Kapitalistenvertreter auch auf der „Güteverhandlung“ frech, eine Weiterbeschäftigung komme sowieso nicht in Frage.

Druckzelle KB/Gruppe Flensburg

Die Drupa - heimlicher Personalchef in der Druckindustrie ?

Seit einigen Wochen schießt die CDU/CSU im Rahmen des Wahlkampfes wieder verstärkt gegen den drohenden „Gewerkschaftsstaat", und sie meinen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten, das Streikrecht etc. Wortführer dabei ist CDU-Generalsekretär Biedenkopf und er kann es sicherlich als Erfolg verbuchen, wenn der DGB-Vorsitzende Vetter der CDU/CSU im Falle eines Wahlsieges bereits heute seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit versichert. Die Vorwürfe, die Biedenkopf gegen die Gewerkschaften im allgemeinen erhoben hat, hat das Kapitalistenorgan „Handelsblatt" in seiner Ausgabe vom 13.9.76 speziell gegen die IG Druck und Papier gerichtet. Und da gibt es dann abenteuerliche Dinge zu berichten. In erster Linie geht es um eine angebliche „closed-shop"-Praxis der IG DruPa, was heißen soll, daß angeblich Betriebsräte und Vertrauensleute von vornherein die Einstellung unorganisierter Kolleginnen und Kollegen gegen den Willen der Kapitalisten verhindern. Und die Kapitalisten haben vor den Betriebsräten und Vertrauensleuten ihrer Betriebe dermaßen panische Angst, daß das „Handelsblatt" schreibt: „*Wenn die befragten Arbeitgeber auch aus Furcht vor Repressalien und einer Störung ihres Betriebsfriedens nicht bereit sind, als „Kronzeugen der Anklage" mit ihrem Namen aufzutreten, so ist die folgende Erklärung doch typisch: Bei Einstellungsgesprächen stellen wir als Arbeitgeber schon die Frage nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft des Bewerbers. Wird diese verneint, empfehlen wir dringend, den Antrag auf Aufnahme in die IG Druck zu stellen. Wir wissen nämlich, daß andernfalls der nichtorganisierte Arbeitnehmer keine vier Wochen mit den Kollegen zusammenarbeiten könnte: Er würde so vielen Repressalien ausgesetzt, daß er entweder von sich aus kündigen oder in die Gewerkschaft eintreten würde .... Der hohe Organisationsgrad der IG Druck in vor allem bei Arbeitskämpfen wichtigen Kernbetrieben sei also im wesentlichen auf dieses im übrigen betriebsverfassungswidrige Zusammenspiel von Betriebsräten, Vertrauensleuten der IG Druck und Gewerkschaftmitgliedern zurückzuführen.*"

Es geht also um den hohen Organisationsgrad der Druckarbeiter und damit um die hohe Kampfkraft, die gerade in dem diesjährigen Streik von den Arbeitern demonstriert wurde.

Nicht nur, daß Biedenkopf es als illegal verfolgen will, wenn Gewerkschaftsmitglieder nur die Einstellung von weiteren Mitgliedern fordern (was lediglich der Überzeugungsarbeit von Kollegen abträglich wäre), sondern Biedenkopf und der CDU geht es darum, Betriebsräten und Vertrauensleuten überhaupt die Werbung für die Gewerkschaft zu verbieten.

Indirekte Verhängung von „Berufsverboten" sei der Druck auf Kollegen, der Gewerkschaft beizutreten. „*Wenn die Behauptungen der Arbeitgeber stimmen, daß die Mitgliedschaft zur IG Druck die praktische Voraussetzung für Einstellung und Beschäftigung ist, dann würde selbstverständlich der Ausschluß aus der IG Druck praktisch einem von dieser verhängten Berufsverbot gleichkommen*" („Handelsblatt"). Nicht gemeint sind hier linke Kritiker der DruPa, die kurzerhand ausgeschlossen und daraufhin bzw. auch schon vorher vom Kapitalisten rausgeschmissen werden. Diese Fälle, wo die Kapitalisten Hand in Hand mit den Gewerkschaften tatsächlich Berufsverbote verhängen, sind natürlich nicht gemeint. Gemeint sind die Ausschlüsse von Streikbrechern, die z.B. an der Erstellung von Notzeitungen mitgearbeitet haben und die auf Druck der Kollegenschaft aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden, vielfach gegen den Widerstand der DruPa-Führer. Jedoch gibt es hier leider keinen einzigen uns bekannten Fall, in dem die Kollegen es geschafft hätten, derartige Typen auch aus dem Betrieb zu schmeißen. Nein, noch sitzen diese Typen, die sich bester Beliebtheit bei den Kapitalisten erfreuen auf ihren Posten und rücken eher noch ein Stückchen höher. Und wenn die Aufmerksamkeit der Kollegen nachläßt, dann steht einer Wiederaufnahme in die Gewerkschaft auch nichts mehr im Weg. All das ist dem „Handelsblatt" bestens bekannt, doch geht es ihm und seinen Auftraggebern darum, die Gewerkschaften möglichst klein zu halten.

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

Springer: Mehr Profit und weniger Kollegen

„*Die Tarifrunde des grafischen Gewerbes begann mit Lohnforderungen, die nicht in die ... tarifpolitische Landschaft passen. ... Deswegen wissen Sie sicher, daß die Forderungen der IG Druck und Papier ganz einfach nicht akzeptiert werden konnte. ... Dies (9%, mind. 140 DM; d. Verf.) kann unsere Branche nicht verkraften. Es ist kein Geheimnis, daß sie sich seit zwei Jahren in einer äußerst schwierigen Situation befindet.*" (aus Mitteilungen des Springer-Verlages an die „lieben Mitarbeiter" vom 29.4.76).

Dies und ähnliche Klagelieder der Druckkapitalisten sollte man sich noch einmal vor Augen halten, wenn man das Ergebnis der Bilanz des Springer-Verlages für 1975 liest: der Gewinn betrug, bei einem Umsatz von 1,27 Mrd. DM im „Krisenjahr" 1975 nicht weniger als 25,7 Mio. DM (1974: 10.4 Mio. DM)! Erstmals seit über zwanzig Jahren wurde dabei der Anzeigenumsatz übertroffen vom Vertriebserlös, der durch überdurchschnittliche Auflagensteigerungen der Springer-Blätter in die Höhe getrieben wurde. Eine der „Säulen" des Verlages ist die „Bild", deren Auflage (beklagenswerterweise) in 1975 um 250.000 Exemplare stieg (im ersten Halbjahr 1976 bereits weitere 100.000), und jetzt mit 4,43 Mio verkaufter Auflage die größte Tageszeitung Westeuropas ist.

„Bild"	4,43 Mill.
„Bild am Sonntag"	2,36 Mill.
„BZ"	326.000
„Hamburger Abendblatt"	280.000
„Berliner Morgenpost"	193.000
„Die Welt"	229.000
„Welt am Sonntag"	314.000
„Hör Zu"	3,96 Mill.
„Funk Uhr"	1,73 Mill.

„BZ" 326.000
„Hamburger Abendblatt" 280.000
„Berliner Morgenpost" 193.000
„Die Welt" 229.000

(Handelsblatt, 3.9.76)

Neben einem Wust von Zahlen, die in allen Punkten, seien es Anzeigen- Vertriebs- oder sonstige Umsätze, ein deutliches Plus aufweisen, durfte in der Vorausschau auf 1976 natürlich nicht der Hinweis auf den Streik fehlen, „*der die anfangs erkennbaren Erfolgstendenzen ... vorerst unterbrochen*" habe („Springer aktuell", 8/9).

Sieht man allerdings genauer hin, findet man in den sich abzeichnenden steigenden Umsatzzahlen (vor allem im Anzeigengeschäft) schon die Grundlagen neuerlicher Profitsteigerungen für 1976.

„*Trotz aller gebotenen Vorsätze und Skepsis hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen (!) Zukunft*" (SA, 8/9) wird weiter verstärkt investiert werden, und das vor allem im Bereich des Offset, da „*durch dies schnelle und relativ preiswerte Verfahren sich das Anzeigengeschäft im vergangenen Jahr offensichtlich belebt hat*" (Handelsblatt, 3.9.76). Hier will sich der Springer-Konzern einen Vorsprung verschaffen, denn das Anzeigengeschäft gehört zu dem profitträchtigsten und damit am härtesten umkämpften Bereich der Druckbranche (siehe auch AK 88, „Pressezaren im Clinch").

Konzern einen Vorsprung verschaffen, denn das Anzeigengeschäft ge-

Drei wesentliche Punkte nannte Springer-Alleinvorstand Tamm als Gründe der Profitverdopplung: vorsichtige Unternehmensführung, verlegerische Aktivitäten und Anstrengungen im Verkauf.

Den entscheidenden Punkt allerdings „vergaß" er dabei: die seit der Verlagerung der „Welt" nach Bonn im vorigen Jahr einschneidend verstärkte Steigerung der Arbeitshetze, die die Kollegen ertragen müssen! Hier sprechen die Zahlen für sich, wenn man sich vor Augen hält, daß mit einem um fast 500 Kollegen „reduzierten Personalstand" (Ende 1974 – 11.873 Beschäftigte, Ende 1975 – 11.400) rund 15 Mio. DM mehr Gewinn erarbeitet wurden. Erreicht wurde das u.a. dadurch, daß allein im Satzbereich Hamburg im Jahre 1975 ca. 25.000 Überstunden geleistet wurden, unter dem Druck, bei Verweigerung die Konsequenzen (Rausschmiß) tragen zu müssen. Erst nachdem dies selbst dem Amt für Arbeitsschutz zuviel war, wurden einige der kurz vorher rausgeschmissenen Kollegen wieder eingestellt. Auch die letzten Neueinstellungen sind nur erfolgt, weil sie einfach nicht zu umgehen waren, ohne letztlich die Produktion „zu gefährden".

Als weiteres Beispiel mag die Ausweitung des Fotosatzes in Hamburg dienen: da die anfallende Arbeit von den Kollegen der Fotomontage allein nicht mehr zu schaffen ist, werden angelernte Kollegen aus dem Handsatz zu bestimmten Zeiten zum „Kleben" geschickt. Dies aber nicht immer für eine ganze Schicht, sondern oft im nervtötenden Wechsel von vier Stunden Montage und vier Stunden Handsatz. Deren Arbeit muß dann natürlich von den anderen Kollegen zusätzlich mitgeleistet werden ...

Die räumlichen Bedingungen sind so beschissen, daß in Spitzenzeiten nicht einmal alle Kollegen einen aus-

den ...
Die räumlichen Bedingungen sind so beschissen, daß in Spitzenzeiten nicht einmal alle Kollegen einen aus-

reichenden Arbeitspaltz zur Verfügung haben.

Hier, Herr Tamm, liegen die Ursachen der Profite und diese Zustände werden auch von den „Mitarbeitern" diskutiert, wie die Beiträge von Kollegen auf der letzten Betriebsversammlung zeigten. Die Forderung nach Anhebung der außertariflichen Zuscnläge von 20 DM für alle kann nur der Anfang sein.

Ähnlich wie der Springer-Konzern kann auch die Burda-Gruppe einen Gewinn aus dem „Krisenjahr" 1975 vermelden und zwar 14,6 Mio. (+ 6,6% im Vergleich zu 1974). Bezeichnend ist auch hier die Parallele zu Springer, daß dieser gestiegene Gewinn durch weniger Kollegen als im Vorjahr erarbeitet werden mußte. Die gnadenlose (Weg-) Rationalisierung (der Arbeitsplätze) und der verstärkte Druck auf die verbleibenden Kollegen beginnt sich für die Druckkapitalisten auszuzahlen.

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Haftantrag gestellt

Hamburg. Gegen den geschäftsführenden Prokuristen der Druckerei Broschek, Morisse, hat der im Mai gekündigte linke Kollege Haftantrag im Zuge der Zwangsvollstreckung beantragt.

Seit Mai hat der Kollege auf juristischer Ebene alles gegen die Broschek-Kapitalisten gewonnen und durch eine „einstweilige Verfügung" (EV) Anspruch auf Weiterbeschäftigung erlangt.

Trotz des auch schon ergangenen Beschlusses Zwangsgeld zahlen zu müssen (pro Tag 100,– DM), weigerten sich die Kapitalisten ihn in den Betrieb zu lassen, sondern sehen ihre Beachtung des Urteils darin, daß sie den Kollegen nach Tariflohn weiterbezahlen, was ihm finanzielle Einbußen bringt (fehlende Schichtzuschläge etc.).

Inzwischen ist das Hauptverfahren vor dem Arbeitsgericht durch Verschulden des Kapitalisten (er hatte kurz vor Verhandlungsbeginn ein mehrseitiges Schreiben überreicht) auf Mitte Januar 1977 (!) vertagt worden. Auch nach Bekanntwerden dieser Tatsache weigerte sich der Kapitalist den Kollegen weiterzubeschäftigen.

Dieser Haftantrag ist juristisch vorläufig die letzte Möglichkeit für

pitalist den Kollegen weiterzubeschäftigen.
Dieser Haftantrag ist juristisch vorläufig die letzte Möglichkeit für

den Kollegen, seinen Beschäftigungsanspruch durchzusetzen. Auch wenn die Vorstellung, ihren Kapitalistenvertreter im Knast zu sehen, bei einem Teil der Kollegen bei Broschek Freude auslöste, ist kaum daran zu glauben, daß die Justiz diesen konsequenten Schritt tun wird, was sich schon bei der Höhe des Zwangsgeldes, die dem Kapitalisten nur ein müdes Lächeln ablockte, zeigte.

Einstweilige Verfügung — abgelehnt

Ein anderes Verfahren haben die Broschek-Kapitalisten gegen zwei linke BR-Mitglieder der Gruppe „Argumente" angestrengt.

Sie hatten im Einstweiligen Verfügungsverfahren beantragt, die beiden BR-Mitglieder, unter anderen den BR-Vorsitzenden, aus dem BR zu „beurlauben". Sie bezogen sich dabei auf ein Urteil des LAG Hamburg gegen die beiden Kollegen, das zwar forderte, sie aus dem BR auszuschließen, das jedoch zur Revision vor dem Bundes-Arbeitsgericht zugelassen wurde und damit noch nicht rechtskräftig ist. In diesem Verfahren fielen die Broschek-Kapitalisten auf den Bauch, da sie einen Form-Fehler begangen hatten. Ihnen ist damit freigestellt, diesen Antrag mit einer anderen Begründung und mehr Chancen zu stellen. Was an diesem Verfahren bemerkenswert war, ist das Verhalten zweier rechter BR-Mitglieder, dem ehemaligen und dem jetzigen stellvertretenden BR-Vorsitzenden, die sich zwar als treue, jedoch schlechte Gehilfen ihres Kapitalisten erwiesen. Ihr sehr allgemeines Geschwafel über „*eine angeblich nicht mehr mögliche Zusammenarbeit im*

schlechte Gehilfen ihres Kapitalisten erwiesen. Ihr sehr allgemeines Geschwafel über „eine angeblich nicht mehr mögliche Zusammenarbeit im

BR" etc. pp., rangen dem Richter nur eine Stellungnahe ab, die besagte, daß diese unkonkreten Punkte keinen Wert für die Verhandlung haben würden. Daraufhin wurde die Aussage von ihnen zurückgezogen. Den Rest des Verfahrens verfolgten diese „Interessenvertreter" der Kollegen mit hängenden Ohren.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Nachtrag zu „Springeroffensive in Oberbayern" aus AK 88

Nach dem Springer-Einstieg in den „Münchner Zeitungs-Verlag" mit 24,99 % ist der nächste Coup schon in Vorbereitung. Branchen-Insider munkeln schon von einer bevorstehenden „Zusammenlegung" von „tz" (Auflage 155.000) und „Bild-München" (Auflage 167.000). Damit soll dem verbleibenden Hauptkonkurrent, der vergleichsweise liberalen „Abendzeitung" zu Leibe gerückt werden. Und auch hier wird der Konkurrenzkampf mit über den Anzeigenmarkt laufen, wobei Springer &Co im Falle der Zusammenlegung natürlich die besseren Karten hat, zumal kurz nach Springers Einkauf bekannt wurde, daß ab 1.1.77 der „Bayernkurier" in 200.000-Auflage beim „Münchner Zeitungs-Verlag" gedruckt wird, was dessen Monopolstellung weiter verstärkt. Auch von einer Vergrößerung des 24,99 %-Anteils Springers ist schon die Rede, es geht um weitere 26 %, die der Gründer des „Münchner Merkur", Buttersack, umgehend loswerden will. Und da wird Springer wieder mit von der Partie sein, zumal gerüchtemäßig bereits von einer Zusammenlegung von „Welt" und „Münchner Merkur" gemunkelt wird, wobei der „Merkur" das auflagenstärkste süddeutsche Blatt ist, das in nahezu allen oberbayrischen Landkreisen das Monopol innehat und 13 weitere Kopfblätter herausbringt. (Informationen nach „Extra-Dienst" 3.9.76)

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Jagd um Anzeigenpfründe

Der Westberliner „Tagesspiegel", eins der wenigen nicht Springer gehörenden Blätter, hat beim Kartellamt Klage gegen Springer erhoben. Springer kontrolliert in Westberlin 76 % der Zeitungsgesamtauflage und 75 % des Anzeigenmarktes. Aber nicht etwa um das Meinungsmonopol und die damit nicht vorhandene Pressefreiheit geht es dem „Tagesspiegel", sondern eben um den profitablen Anzeigenmarkt. Aktueller Anlaß der Klage: Springer will ab 1. Oktober die vor zwei Jahren eingestellte Westberliner Ausgabe der „Welt" einschließlich eines Lokalteils erneut herausbringen, diesmal mit einem lokalen Anzeigenteil und einer Anzeigenkombination mit der „Berliner Morgenpost". Und eben dieses Vorhaben wollen die „Tagesspiegel"-Kapitalisten Springer wegen „*mißbräuchlicher Ausnutzung von Marktmacht*" verbieten lassen. Doch Springer stellt sich dummdreist hin und schreibt: „*Der ‚Tagesspiegel' versucht also, mehr Wettbewerb auf dem Berliner Zeitungsmarkt zu verhindern. Er will erreichen, daß den Berliner ‚Welt'-Lesern ein Lokalteil vorenthalten wird, den diese Zeitung jahrelang für Berlin herausgegeben hat. Dazu als Hebel ausgerechnet das Kartellgesetz zu benutzen, das für mehr Wettbewerb sorgen soll, ist absurd*" („Welt", 3.9.76). Daß es Springer aber durchaus mit der Anzeigenjagd auch um die Ausdehnung seines Zeitungsmonopols geht, zeigt sich daran, daß z.B. seine überregionalen Zeitungen „Welt" und „Welt am Sonntag" in Westberlin billiger als in der BRD angeboten werden, während er Zeitschriften ohne regionale Konkurrenz wie „Hör zu" und „Funkuhr" zum normalen Preis vertreibt.

„*Im Hause Springer sieht man dem Verfahren mit Gelassenheit entgegen*" („FAZ, 1.9.76) und dazu besteht offenbar auch Grund, denn es wäre nicht das erste Verfahren, das der „Tagesspiegel" erfolglos gegen Springer angestrebt hätte.

Springer/ Ahrensburg:

Angriff auf Maschinenbesetzung abgewehrt?

Im Zuge einer Formatveränderung der „HÖR ZU" und „FUNKUHR" wird an einigen Maschinen mit breiteren Papierbahnen gedruckt. Dies bedeutet Mehrarbeit für Drucker und Hilfskräfte durch mehr Farbanzeigen, einen zusätzlichen Papierstrang und mögliche Fehler, die während des Druckens abgestellt werden müssen. Laut Manteltarifvertrag erfordert das auch einen Drucker zusätzlich, konkret vier Drucker statt vorher drei.

Es verging einige Zeit mit Diskussionen unter Kollegen, Disputen mit Vorgesetzten und einem ersten Gespräch zwischen Betriebsrat und technischer Leitung, das nichts Konkretes erbrachte. Nach einer Woche legte die Geschäftsleitung dann einen „Kompromißvorschlag für eine Übergangszeit" vor, wonach zwar der eine Drucker mehr bewilligt werden sollte, dafür jedoch von anderen Maschinen (Acht-Werke-Maschinen) ein Drucker abgezogen werden sollte.

Stimmung auf 90°!

Als bekannt wurde, daß der BR (Betriebsrat) schon fünf Tage später über den „Vorschlag" der Geschäftsleitung (GL) beschließen sollte, wurden auf Druck der Kollegen endlich Druckereiversammlungen der einzelnen Schichten durchgeführt.

Dort wurde die Meinung der Kollegen deutlich zum Ausdruck gebracht:

+ Ein Drucker mehr bei neuer Papierbreite und
+ Keine Personalverschlechterung, es bleiben fünf Drucker an Acht-Werke-Maschinen!

Dabei geriet auch der BR ins Feuer der Kritik. Er hatte mehr auf 'Haken und Ösen des Manteltarifvertrages (MTV)' hingewiesen als die Forderung der Kollegenaufzugreifen, und angedeutet, daß, wenn man zu sehr auf einer Auslegung im Sinne der Drucker beharren würde, würden natürlich auch die Unternehmer alles mögliche für sich auslegen.

Die kämpferische Haltung der Drucker – sie drohten mit dem Stop aller Maschinen – brachte dann auch den BR in 'Zugzwang'. Selbstverständlich werde er diese Forderungen vertreten, er habe ja nur die Gefahren aufzeigen wollen, damit nicht hinterher gemeckert würde.

Vorläufig hat die GL einen Rückzieher gemacht und die Maschinen laufen in der alten Besetzung, bzw. mit einem Drucker mehr. Jedoch sollen weiter Verhandlungen stattfinden, da die GL die Forderungen nur als „Übergangsregelungen" akzeptierte.

Für die Kollegen heißt das, weiterhin wachsam zu sein, zumal Ende des Jahres mit der Produktion des neuen Großauftrages der ADAC-Zeitschrift erhebliche Mehrarbeit auf sie zukommt. Man muß erwarten, das rücksichtslos die Maschinen bis ins letzte ausgelastet werden und nicht vertraglich abgesicherte Arbeitserleichterungen, z.B. Pausenregelungen, rückgängig gemacht werden.

Im Zuge der Verhandlungen um einen neuen MTV sollten die Kollegen auch Forderungen entwickeln, die den erschwerten Arbeitsbedingungen Rechnung tragen, Z.B. für die Erschwernis durch Etagenbauweise und Bedienungselemente auf mehreren Ebenen einen Drucker mehr an der Maschine zu verlangen.

METALL

Brutaler Polizeiterror gegen Arbeitervertreter bei HDW-Kiel

Bereits im letzten ARBEITERKAMPF haben wir über die mehrfachen Polizei- und Schlägereinsätze gegen die „4 roten Betriebsräte" („KPD/ML") auf der HDW in Kiel berichtet. Diese vom HDW-Vorstand und der ihm hörigen Betriebsratsclique inszenierten Überfälle hatten ihren vorläufigen Höhepunkt am 3. September, als alle vier oppositionellen Betriebsräte gekündigt und gewaltsam vom Werftgelände vertrieben wurden.

Die vier Kollegen, die immerhin von 1.072 Werftarbeitern und -angestellten gewählt worden sind, wollten sich selbstverständlich durch diesen Terror nicht von ihrem legitimen Recht abbringen lassen, die Interessen ihrer Kollegen auch weiterhin zu vertreten. Als sie am 3.9. das Werftgelände betreten hatten, um zu der Kollegenschaft zu sprechen, kam es zu brutalen Polizeieinsätzen, durch die sich mehrere ältere Kollegen an die Nazi-Zeit erinnert fühlten.

Notstandsübung auf der Werft

6.30 Uhr: Bürgerkriegsähnliche Atmosphäre schon vor der Werft. Ungewohnt viele Polizeiautos in den Straßen Gaardens (Arbeiterviertel in Kiel). Vor der Gaardener Polizeiwache eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei. Auf der Werft selbst ein massives Aufgebot von Werkschutzleuten. Drei Polizeiwagen am Haupteingang zur Werft, drei Polizeiwagen (VW-Busse) hinter dem Betriebsratsgebäude, sowie weitere Polizeiwagen an anderen Stellen der Werft. Damit die vier Betriebsräte (die angekündigt hatten, um 11.30 Uhr beim Container zu den Kollegen zu sprechen) nicht über die Kieler Förde auf die Werft gelangen können, sichert ein Polizeiboot den Zugang von der Wasserseite. Vom 110 m hohen Portalkran beobachtet ein Werkschützer mit einem Fernglas das Westufer. Die einfahrenden Autos werden kontrolliert (Kofferraum). Den ganzen Tag über sieht man Polizeiautos und -motorräder über die Werft fahren.

11.30 Uhr: Mittag. Großaufgebot von Ingenieuren und Werkschützern

über die Werft fahren.

11.30 Uhr: Mittag. Großaufgebot von Ingenieuren und Werkschützern

in der Nähe des Containers. Man glaubt nicht, daß die vier auf die hermetisch abgeriegelte Werft gelangen.

Plötzlich sind zwei von ihnen, Kommnick und Sothen, da, sprechen zu den Kollegen (rund 400) und fordern sie zu einem Protestmarsch auf. Als sie der Aufforderung von Meistern und Ingenieuren zum Verlassen der Werft nicht Folge leisten, werden sie von rund 15 Bullen gepackt. Dabei kommt es zu Rangeleien. Ein „Roter Betriebsrat" wird befreit und auf der Werft in Sicherheit gebracht. Dafür greifen sich die Bullen nun einen Kollegen. Nachdem einige Kollegen ihn von den Bullen losreißen können, wird er doch in den VW-Bus gezerrt und mit Kommnick von der Werft gebracht. SPD-BR Krüger will sich einen photographierenden Kollegen greifen, was verhindert werden kann. SPD-BR Lundius, wie immer auf Seiten der Direktion gegen die Kollegen pöbelnd, bezog um Haaresbreite ein Arschvoll. Inzwischen sind die zwei anderen „Roten Betriebsräte", Gosau und Woitalla, da, sprechen zu den Kollegen und werden dabei von Meistern und Ingenieuren eingekreist. Die Polizei traut sich offenbar nicht, jetzt einzugreifen und fordert Verstärkung an.

Als die Pause zu Ende ist, werden die Kollegen von Ingenieuren und Meistern aufgefordert, an die Arbeit zu gehen (um Woitalla und Gosau dann „in Ruhe" abführen zu können). Als die meisten Kollegen dieser Aufforderung nicht nachkommen, marschieren 30 mit Gummiknüppeln bewaffnete Bullen auf die Kollegen zu. Ein Pfeifkonzert ertönt. Die Kollegen an den Fenstern der Rohrhalle und der Halle am Container halten ihre Bierflaschen bereit. SPD-BR Lundius rennt den Bullen entgegen und schreit, daß sie umkehren sollen, da die Kollegen mit Flaschen werfen würden. Die Stimmung ist explosiv.

und schreit, daß sie umkehren sollen, da die Kollegen mit Flaschen werfen würden. Die Stimmung ist explosiv.

Eine Massenschlägerei liegt in der Luft. Die Bullen überlegen es sich dann anders und ziehen wieder ab. Andere Bullen schnappen sich inzwischen die beiden „Roten Betriebsräte", zerren sie in einen VW-Bus und fahren weg.

Ständige Rufe wie:

– „Das ist ja wie bei den Nazis!"
– „Ihr könnt uns doch nicht unsere gewählten Vertreter wegholen!"

etc., große Empörung unter den Kollegen!

Worum geht es den Werftkapitalisten?

Allein das riesige Polizeiaufgebot zeigt, daß es den Werftkapitalisten um mehr geht, als um vier „Rote Betriebsräte" (wie es die „Morgenpost" weismachen will). Der HDW-Belegschaft, die in den Septemberstreiks 1969 eine führende Rolle spielte, deren Streiksprecher inzwischen entlassen wurden und deren Vertrauensleutekörper verstärkt auf „Partnerschaft" getrimmt wurde, soll vielmehr ihre augenblickliche Ohnmacht gegenüber dem „großen Geld" und seiner Polizei und Justiz gezeigt werden. Keiner soll mehr wagen, den Mund aufzumachen gegen [illegible] sein könnte. Polizeieinsätze wie der geschilderte auf der HDW sollen zur Gewöhnung an den Polizeistaat auch in den Betrieben führen und darüber hinaus auch Aufschluß darüber geben, wie die Zusammenarbeit zwischen Polizeieinheiten und Werkschutz klappt und wie die Kollegenschaft auf deren gewaltsames Vorgehen reagiert.

In jedem Fall ist klar: Die Entlassungen der „Vier Roten Betriebsräte" sind kein Einzelfall und die Brutalität, mit der sie rausgeschmissen wurden, kann nicht isoliert gesehen werden. Mehrere fortschrittliche Lehrlinge wurden nach Abschluß ihrer Ausbildung nicht übernommen. Zwei ehemaligen Jugendvertretern ist bereits jetzt mitgeteilt worden, daß sie nach Ablauf ihres Kündigungsschutzes „fällig" wären.

Die schäbige Rolle der rechten Sozialdemokraten

Allein schon daran, daß der Antrag auf Entlassung Bernd Woitallas während der BR-Wahlen im letzten Jahr nicht etwa von den Werftkapitalisten, sondern vom SPD-BR gestellt worden war, wurde offensichtlich, daß es diesen Leuten darum geht, den Kapitalisten die Schmutzarbeit im Kampf gegen fortschrittliche Kollegen abzunehmen.

Wie aktiv diese Burschen dabei wurden, konnte während ihrer

schrittliche Kollegen abzunehmen.

Wie aktiv diese Burschen dabei wurden, konnte während ihrer

Kampagne gegen die „Roten Betriebsräte" gesehen werden:

– So mischten sich die SPD-BR Lundius und Krüger während des Polizeieinsatzes am Montag unter die Kollegen, um das Vorgehen von Bullen und Werftbossen zu rechtfertigen;
– BR Giese, Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe auf der Werft, hatte auf einer extra wegen der „Roten Betriebsräte" einberufenen Sitzung der Obleute gefordert: Zwei Stunden „Warnstreik", um Woitalla von der Werft zu bekommen. Damit kam er allerdings nicht durch;
– In ihrem Schmierblatt „Werft-Sozi" hatte die SPD-Betriebsgruppe schon vorher gelogen, Woitalla – „der Kollegenschinder" , „Arbeitskollegenaufhetzer" usw. – sei gar kein Betriebsrat! Empfohlen wurde, „den Fall selbst in die Hand" zu nehmen. In diesem Sinne hatten mehrere SPD-BR s – die man normalerweise im Betrieb nie zu Gesicht bekommt – in den Hallen versucht, eine „Arbeiteropposition" gegen den Kollegen Bernd Woitalla zusammenzuzimmern;
– Auch der SPD-beherrschte Vertrauensleutekörper (VK) sah sich natürlich keinesfalls veranlaßt, Bulleneinsatz und Entlassung zu verurteilen: Wo der VK steht, zeigt auch die Tatsache, daß auf der VK-Sitzung am 10.9. Scholz vom HDW-Vorstand als erster reden konnte und eine Protestresolution gegen den Polizeieinsatz abgeblockt wurde;
– Als aber ein Kollege auf dieser VK-Sitzung sich für die „Roten Betriebsräte" einsetzte, wurde er vom SPD-BR Horst Seidel sofort gefragt, ob er noch in der Gewerkschaft bleiben wolle, ob er sich für die IGM oder für die „Roten" entscheiden wolle;
– Und schließlich der SPD-Mann und BR-Vorsitzende Otto Böhm überdeutlich auf der BR-Sitzung am 26.8.: „Wenn das mit Woitalla klar ist, schmeißen wir die anderen raus."

„KPD/ML"-Sektierertum verhindert breitere Solidarisierung

Einerseits ist es für uns klar, daß wir mit den gemaßregelten „Vier Roten Betriebsräten" solidarisch sind – nicht nur, weil sie bedrängt und geschlagen wurden, sondern weil sie sich mutig gegen den Polizei- und „sozial"faschistischen Betriebsterror zur Wehr gesetzt haben und den Protest der Kollegenschaft dagegen zu organisieren versuchten.

Andererseits müssen wir die Linie der „KPD/ML" kritisieren, deren Sektierertum indieser Auseinandersetzung eine breitere Solidarisierung verhinderte. Am deutlichsten sichtbar wurde das während einer Protestdemonstration im Arbeiterviertel Gaarden am 15.9., zu der die „KPD/ML" aufgerufen hatte und an der nur 120 Menschen teilnahmen (im wesentlichen also Mitglieder und engere Sympathisanten der „ML").

Mit Parolen wie „Vorwärts beim Aufbau der RGO!" (worunter die ML'ler erklärtermaßen die von ihrer „Partei" angeleiteten Zirkel versteht) konnte natürlich nicht die in dieser Situation m ö g l i c h e und notwendige Solidaritätsfront hergestellt werden.

Wir rufendazu auf, sich in Protestresolutionen (zu richten an den IGM-Vertrauenskörper auf der HDW-Kiel) mit den gemaßregelten Betriebsräten zu solidarisieren und das gewaltsame Vorgehen von Staatsapparat, Geschäftsleitung, Werkschutz und sozialdemokratischen Schlägertrupps zu verurteilen.

Betriebszelle HDW
KB / Gruppe Kiel



Einer der „roten Betriebsräte" spricht zu seinen Kollegen



Bullen führen die „vier roten Betriebsräte" gewaltsam vom Werftgelände

49.000 DM Bestechungsgeld abgelehnt!

49.000 DM Bestechungsgeld abgelehnt!

Bremen: Nach zwei verlorenen Prozessen boten die Hanomag-Henschel-Fahrzeug-Kapitalisten dem Betriebsrat Günter Griese 49.000 DM Abfindung an. Als Gegenleistung verlangten sie die Rücknahme der Klage und damit den Verzicht auf den vor Gericht durchgesetzten Anspruch auf Weiterbeschäftigung.

Ein persönliches Solidaritätstelegramm an die streikenden Kollegen von Rheinstahl Brackwede war der Grund, mit dem die HHF-Kapitalisten den Betriebsrat im Herbst 1973 fristlos feuerten.

Mit dieser haarsträubenden Begründung konnten sich die Kapitalisten vor Gericht nicht durchsetzen. Allerdings weigern sie sich bis heute, die Urteile aus erster und zweiter Instanz anzuerkennen. Einer noch ausstehenden Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts wollten sie zuvorkommen und den Betriebsrat mit einer verlockenden Summe loswerden.

Allerdings fielen die Kapitalisten auch mit diesem Plan auf den Bauch. Der Betriebsrat Günter Griese, der Mitglied der DKP ist, weigert sich, die Bestechungsgelder anzunehmen. Er will die Rücknahme der widerrechtlichen Entlassung erzwingen und seine Weiterbeschäftigung durchsetzen.

Doch Sonderschich*en bei Opel

Nachdem die Betriebsräte von Opel - Bochum und Rüsselsheim die von der Geschäftsleitung geplanten Sonderschichten abgelehnt hatten, gab es ein Einigungsverfahren, dessen Spruch für Rüsselsheim am 10. und für Bochum am 11.9. gefällt wurde. Danach wurden den Rüsselsheimer Kollegen zwei Sonderschichten noch im September und den Bochumern je zwei im September und Oktober aufgezwungen. Die Bochumer Geschäftsleitung sagte zu, die vorauszuarbeitenden Schichten am 24. und 31.12. als Sonderschichten zu bezahlen, mindestens drei Monate keine Kurzarbeit und fünf Monate nach der letzten Sonderschicht keine Entlassungen vorzunehmen.

In Rüsselsheim kündigte der Personalchef an, die Firma fühle sich nicht mehr an die Arbeitsplatzgarantie über fünf Monate nach der letzten Sonderschicht gebunden. Außerdem sollen 800 Plätze von ausscheidenen Kollegen nicht neu besetzt werden. Deshalb hat der Rüsselsheimer Betriebsrat beschlossen, über Überstunden nur noch im Rahmen des Gesamtbetriebsrates zu verhandeln.

Die Forderung nach Einrichtung eines Fonds, aus dem bei Kurzarbeit die Differenz zwischen dem Kurzarbeitergeld und dem Nettolohn ausgeglichen werden soll, wurde abgelehnt.

Aufgrund ihres Widerstandes gegen die Sonderschichten sollen jetzt zwölf Kollegen von Opel Bochum, darunter Vertrauensleute und Betriebsräte – u.a. auch Mitglieder der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter" –, nach den Wahlen entlassen werden. Laut „UZ" vom 7.9.76 ist gegen einige dieser Kollegen in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz „belastendes Material" gesammelt worden. Zugegeben hat die Geschäftsleitung bis jetzt jedoch nur, daß gegen einen Kollegen eine Untersuchung wegen „Verstößen gegen den Arbeitsvertrag" laufe. CDU-Biedenkopf, den zu empfangen der Bochumer Betriebsrat sich vor kurzem geweigert hatte, habe sich direkt an Dr. Schlotfeldt, Opel-Vorstandsmitglied und CDU-Wirtschaftsratsmitglied, gewandt und Maßnahmen gegen die „radikalen Kräfte" innerhalb des Bochumer Werkes verlangt! Das wäre der bis jetzt schärfste Angriff, den die Bochumer Geschäftsleitung gegen die fortschrittlichen Kollegen führt!

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

MAN-Arbeiter: „Wir lassen uns die Arbeitsplätze nicht mit einer Abfindung abkaufen"

150 Solidaritätserklärungen – vornehmlich aus Hamburger Metallbetrieben, aber auch z.B. aus dem Münchner MAN-Werk – das ist für die Kollegen der MAN Hamburg der Beweis der Aufmerksamkeit und Anteilnahme, die der Kampf um ihre Arbeitsplätze findet.

Wie berichtet, will der Maschinenbaukonzern im Zuge seiner Konzentrationsbestrebungen den Kesselbau stillegen und die in diesem Bereich beschäftigten ca. 350 Kollegen auf die Straße setzen. Für die Kollegen ist völlig klar, daß dies nur der Anfang vom Ende des gesamten Werkes mit seinen 1.500 Belegschaftern ist.

Natürlich bestreitet der MAN-Vorstand diese Absicht, natürlich! Was von derartigen Dementis zu halten ist, wird daran deutlich, daß noch vor sieben Monaten der Betriebsrat die schriftliche Zusicherung erhalten hatte, daß der Kesselbau erhalten bliebe, „es sei denn, es kann eine bessere Fertigung nach Hamburg verlegt werden."

Heute erwartet der gleiche Vorstand Vertrauen in sein Versprechen, daß der Betrieb mit den restlichen 1.100 Kollegen „langfristig unverändert, ja verstärkt weitergeführt" werde. Tatsache ist aber, daß schon seit Jahren aus dem Hamburger Werk eine Reihe Produktionsbereiche – so z.B. im Stahlbau – ausgelagert oder ganz aufgegeben wurden.

Tatsache ist auch, daß erst vor wenigen Wochen Aufträge für die Reparatur von Kriegsschiffen an eine andere Hamburger Werft verkauft wurden!

Und das, obwohl diese Abteilung keineswegs überlastet ist.

Interessant ist auch, daß Ende letzten Jahres halb gefertigte Teile aus dem Kesselbau verschwanden; jetzt soll gerade dieser Bereich wegen „Arbeitsmangel" geschlossen werden. Nach Einschätzung des Betriebsrates und der MAN plant der Konzern, den Betrieb so weit zu reduzieren, bis schließlich nur noch eine „Service Station" mit etwa 250 Kollegen übrigbleibt.

Die Kollegen wehren sich!

Mitte August wurden von den Kollegen zwei Protestversammlungen durchgeführt. Die zentrale Forderung, die immer wieder erhoben wurde, verlangt von MAN, daß eine Ersatzfertigung nach Hamburg verlegt wird, die alle Arbeitsplätze absichert.

Wenig später fand eine IGM-Mitgliederversammlung statt, auf der ein Flugblattentwurf diskutiert und verabschiedet wurde. In einer Auflage von 50.000 Exemplaren wurde das Flugblatt von den Kollegen in ganz Hamburg verteilt. Ein weiteres Flugblatt, das die Belegschaften der anderen MAN-Werke im Bundesgebiet informieren soll, wurde in Angriff genommen.

Als weitere Aktivitäten kündigte der Betriebsratsvorsitzende Janssen an:

- ein sog. „Arbeitsinfo" soll in unregelmäßigen Abständen über die Arbeit von BR und VK unterrichten;
- die IGM will künftig eine Betriebszeitung für die Belegschaft herausgeben;
- für den 19.-21. September ist ein Seminar für Gewerkschaftsfunktionäre und „besonders interessierte Kollegen" geplant;
- dies Seminar ist als Einstieg für den Aufbau einer Betriebsgruppe gedacht.

IGM und Betriebsrat – plötzlich konsequente Interessenvertreter?

Diese Aktivitäten des BR und insbesondere der IGM-Führung scheinen gegenüber der sonst üblichen Praxis schon fast „revolutionär". Forderungen nach Kampfmaßnahmen, wegen denen sonst Kollegen als „Gewerkschaftsfeinde" und „Aufwiegler" hingestellt werden, kommen hier auf einmal von den Gewerkschaftsführern selber. Entscheidend ist aber wie überall die konkrete Praxis!

Dort hat es allerdings häufig den Anschein, als wenn ein Betriebsrat und Vertrauenskörper gar nicht existiert. Viele Kollegen erfahren z.B. nichts über geplante Aktionen, ganz zu schweigen davon, daß sie in deren Planung miteinbezogen werden. Fragt man Vertrauensleute, was denn nun geplant sei, bekommt man naßforsch als Antwort, das würde man schon früh genug erfahren...

Aber auch die politische Orientierung, die IGM und BR vor den Kollegen vertreten, geht klar in eine falsche Richtung. Da ist die Rede von „Fehlplanung" des Vorstandes, da werden die Manager für „dumm" erklärt, weil sie „*so viele hochqualifizierte Kollegen entlassen, was nur zum Schaden der MAN sein wird*", (Hervorhebung von uns – d. Red.). Sind die Manager wirklich so dumm? Oder ist es nicht vielmehr so, daß die MAN-Kapitalisten ihre Maßnahmen sehr sorgfältig und von langer Hand planen und Schritt für Schritt durchführen? Ziel dieses Vorgehens ist eindeutig eine konzentriertere Produktion in weniger Werken mit reduzierter Belegschaft und das heißt mit größerer Ausbeutung. Dieses Ziel verfolgen die MAN-Manager ebenso systematisch und eiskalt, wie dies in anderen Konzernen und Branchen getan wird. Beispielhaft seien hier genannt die Werftindustrie, in der in den nächsten zwei bis vier Jahren ein Drittel der 75.000 Beschäftigten ihre Arbeitsplätze verlieren sollen; die Elektro-Konzerne, die ein Werk nach dem anderen schließen und Belegschaften reduzieren und dabei ihre Profite gleichwohl weiter steigern; die gesamte Rüstungsindustrie, die „goldenen Zeiten" entgegengeht und dabei ihre Arbeiter zu Tausenden entläßt (VFW-Speyer!).

Rationalisierungen und Konzentration der Produktion wie hier bei MAN sind eben keine „Pannen" oder „Fehlentscheidungen" in einem ansonsten akzeptablen System „sozialer Partnerschaft", sondern verdeutlichen nur die Unvereinbarkeit der Interessen von Kapital und Arbeit.

Wie soll es weitergehen?

Seit den Auseinandersetzungen um die Schließung der Maschinenfabrik Heidenreich und Harbeck vergeht keine Betriebsversammlung in den Hamburger Metall-Betrieben, ohne daß ein Redner der IGM-Führung großspurig die neueste Erkenntnis der Ortsverwaltung zum Besten gibt: „Die IG Metall ist aufgerufen, neue Strategien zur vorbeugenden Arbeitsplatzsicherung zu entwickeln." Gut gebrüllt, Löwe! Bis heute warten die Hamburger Metaller vergeblich auf diese neue Strategie.

Immerhin sind die bei MAN entwickelten Aktivitäten als relativ positiv zu bewerten, insbesondere im Vergleich zu der totalen Passivität von IGM-Führung und BR in dem Nachbarbetrieb HDW, wo derzeit gerade der Schiffsneubau völlig stillgelegt wird und die Geschäftsleitung schon 812 Entlassungen offiziell angekündigt hat.

Für die Zukunft heißt es, unsere „Vertreter" beim Wort zu nehmen. Es gilt, so viel Kollegen wie möglich zur Mitarbeit in der geplanten Betriebsgruppe zu gewinnen und sie zu einem Instrument im Kampf der Belegschaft zu machen.

Die geplante Betriebszeitung muß zu einem Organ der Kollegen werden, d.h. es muß ermöglicht werden, in dieser Zeitung eine offene Auseinandersetzung und Diskussion weiterer Kampfmaßnahmen zu führen.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich klar, daß das nur in Opposition zur Führung der IGM und der auch in der Kollegenschaft verbreiteten Ideologie von „vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten erreicht werden kann.

Beides, Betriebsgruppe und Zeitung, müssen alles daran setzen, die gesamte Belegschaft gegen die Pläne der MAN zu mobilisieren. Die Tatsache, daß auf den letzten Versammlungen die Teilnehmerzahl auf etwa ein Drittel gegenüber den vorher gelaufenen Versammlungen zurückgegangen ist, zeigt noch einmal deutlich, daß nur durch eine direkte Einbeziehung aller Kollegen dieser Kampf gegen die Massenentlassungen gewonnen werden kann!

Ein MAN-Genosse
KB / Gruppe Hamburg

Böse Absichten und Willkür

Der MAN-Konzern arbeitet an der Schließung eines weiteren Zweigwerkes. Die Mainzer Niederlassung der MAN Wärme- und Lufttechnik GmbH wird seit Monaten systematisch ausgeblutet. Dies wird allerdings von der Konzernspitze bisher nachdrücklich abgestritten.

Die Tatsachen sprechen aber eine klare Sprache: Die in Bau und Montage von Großheizungen, Kälte- und Klimaanlagen engagierte MAN-Tochter war von Anfang an dezentral aufgezogen. Firmensitz ist Braunschweig – wegen der steuerlichen Vorteile der „Zonenrandförderung" –, in Nürnberg befindet sich die Hauptverwaltung. Der Einsatz der Monteure sowie die Kalkulation ist Sache der selbständigen Niederlassungen. Als sich die Geschäfte nicht wie erwartet entwickelten, wurden als erstes die Niederlassungen in Hamburg und München geschlossen. Im Winter 1974/75 folgte das Kölner Werk. Dort wurde ein Sozialplan von knapp zwei Millionen DM abgeschlossen.

Nun ist Mainz an der Reihe: zunächst mußten die Kollegen vom 3. Mai bis 25. Juli kurzarbeiten, und zehn Kollegen sollten entlassen werden. Innerhalb eines halben Jahres sank die Belegschaftszahl von 75 auf 40 Kollegen. Noch immer bestritt die Geschäftsleitung die bevorstehende Schließung, was sie aber nicht hinderte, dem Filialleiter zum 30. September zu kündigen und sowohl die Kalkulation als auch die Einsatzplanung für die Monteure nach Nürnberg zu verlagern. Den Sinn dieser offensichtlichen Widersprüchlichkeiten erklärt der BR-Vorsitzende Karl-Heinz Freudenthal so: „*Meine persönliche Meinung ist: Weil der Sozialplan für die Kölner Niederlassung knapp zwei Millionen DM gekostet hat, versucht man, das hier in Mainz möglichst billig zu machen.*" (Zitiert nach „Welt der Arbeit", 3.9.76). Doch der BR erzwang ein Verfahren vor der Einigungsstelle und ließ vom Arbeitsgericht den Vorsitzenden bestellen. Anfang September sollte die Einigungsstelle zusammentreten.

Doch die Geschäftsleitung hatte noch nicht alle Karten ausgespielt: Sie teilte dem BR-Vorsitzenden mit, er müsse ab Anfang August für etwa vier Wochen in Münster eingesetzt werden. Dazu der Mainzer IG Metall-Sekretär Borutzki: „*Man muß wissen, daß K.-H. Freudenthal als einziges Mitglied des Betriebsrats ... nicht auf Montage beschäftigt und deshalb vom Betriebsrat mit der Führung der laufenden Geschäfte beauftragt ist... Das würde bedeuten, daß die Belegschaft gerade in der Zeit heftigster Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung und zu Beginn des Verfahrens vor der Einigungsstelle ohne Vertretung wäre.*" („Welt der Arbeit", 3.9.76).

Deshalb blieb Freudenthal in Mainz. Letzter Stand: Die Geschäftsleitung verlangte seine fristlose Entlassung – wegen Arbeitsverweigerung. Der Betriebsrat verweigerte allerdings seine Zustimmung zu diesem Willkürakt.

Hamburger Metallbetriebe

R. Noske Klimatechnik: Arbeitsplätze gesichert?

Die 600 Arbeitsplätze der Firma Noske scheinen zunächst gesichert. Die Firma war in Schwierigkeiten geraten, als drei Banken ihre Kredite aufkündigten (siehe AK 88).

Jetzt wurde bekannt, daß die Großwerft Blohm + Voss (Hauptaktionär Thyssen) den Betrieb übernimmt. B + V ist einer der wichtigsten Noske-Kunden: Der Altonaer Betrieb lieferte und montierte Klima-Anlagen einer schwedischen Firma, ein nicht geringer Anteil der Anlagen wurde in B + V-Schiffsneubauten installiert.

Nach Ansicht der IG Metall-Führung ist die Firma „gesund strukturiert", leidet nicht unter Arbeits- und Auftragsmangel und hat aufgrund ihres „sehr guten Rufs" einen „wertvollen Kundenstamm" („Welt", 1.9.76). In einem Interview mit B + V-Vorstandsmitglied M. Budczies kündigte dieser an, daß alle Arbeitsplätze erhalten bleiben, mit Ausnahme der kaufmännischen Angestellten, die der Konkursverwalter zur Abwicklung des Konkursverfahrens benötige.

Hassler & Sommer am Ende

Schon wieder eine Hamburger Firmen-Pleite: der einzige Hersteller von Maschinen für Flaschenverschlüsse, Hassler & Sommer, stellte am 2.9. Antrag auf Konkurs. Betroffen sind davon 52 Arbeiter und Angestellte, sowie zehn Auszubildende. Auch hier kam der Todesstoß von einer Bank: die Deutsche Bank, seit 63 Jahren Hausbank der Firma, verlangte jetzt größere Sicherheiten für ihre Kredite. Das war das Ende.

* * *

Hansa-Rohrleitungsbau: Die Arbeitsplätze der 30 Beschäftigten sind aufs höchste gefährdet: Die Firma meldete Konkurs an.

Stader Schiffswerft: Nachdem die Firma im Juli Konkurs angemeldet hatte, sollen die meisten der ca. 100 Kollegen jetzt auf der Sietas-Werft in Hamburg-Neuenfelde weiterbeschäftigt werden. Allerdings droht die Gefahr, daß die Kollegen um ihren Urlaubsanspruch betrogen werden. Sie hatten sich von ihrem alten Kapitalisten überreden lassen, ihren Urlaub zu verschieben, um noch nach dem Konkurs Aufträge fertigzustellen.

* * *

Koehring-Menck, Ellerau: Ein Kapitalist, der nicht rechnen kann? Auch das gibt's, wenn es sich lohnt. Trotz mehrfacher Beschwerden häuften sich in der letzten Zeit die falschen Lohnabrechnungen bei der Firma Koehring-Menck. Nachdem die Beschwerden nichts fruchteten, wurden die Kollegen deutlicher: über 100 Kollegen legten für zwanzig Minuten die Arbeit nieder. Erst nach dieser Lektion beeilte sich die Geschäftsleitung zu versichern, sie werde jetzt schleunigst die Ursachen ergründen und die Fehler ausmerzen.

Voith, Heidenheim will weiter entlassen

Rund 100 Voith Metaller bangen zur Zeit wieder um ihre Arbeitsplätze. Außerdem steht fest, daß sie nicht die letzten sein werden. Seitdem sich das Werk international ausweitet, wurden in den letzten drei Jahren über 700 Arbeiter allein in Heidenheim entlassen. Für diese Vernichtung von Arbeitsplätzen wurden die Kapitalisten von der Landesregierung Baden-Württemberg mit 1,6 Millionen DM unterstützt: das „strukturschwache" Ost-Württemberg wurde 1975 aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen zum „Förderungsgebiet" erklärt...

AEG rationalisiert

Die AEG-Telefunken-Kapitalisten rechnen laut „Nürnberger Zeitung" vom 2.9.76 mit einer weiteren Die AEG-Telefunken-Kapitalisten rechnen laut „Nürnberger Nachrichten" vom 2.9. mit einer weiteren Geschäftsbelebung in der zweiten Jahreshälfte. Schätzungsweise kommt dieser Konzern auf ein Jahresgesamtgeschäft von 14 Milliarden DM. In der ersten Jahreshälfte 1976 stieg der Erlös im Vergleich zum Vorjahr um 11% auf 6 Milliarden DM.

Dabei stieg das Inlandsgeschäft um 5% auf 3,5 Milliarden, während im Ausland ein Plus von 21% und somit Profite von 2,5 Milliarden erreicht wurden.

Hinzu kommt, daß der Auftragseingang in der 1. Jahreshälfte um 17% auf 7,4 Milliarden DM zunahm.

Riesengewinne und Entlassungen – die Krisenpolitik des Kapitalismus

Trotz (?) dieser rosigen Aussichten für die AEG-Telefunken Aktionäre, veränderte dieser Auftragsboom für die AEG Kollegen im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit überhaupt nichts.

Ganz im Gegenteil. So beschäftigt AEG-Telefunken zur Jahresmitte nur noch 162.700 Arbeiter und Angestellte; 5.200 weniger als im Vorjahr. In der BRD wurden sogar binnen eines Jahres 6.200 Kollegen entlassen, während im Ausland die „Mitarbeiterzahl" um 1.000 verstärkt wurde. Seit Beginn dieses Jahres wurden von den Kapitalisten normals 800 westdeutsche Kollegen wegrationalisiert.

KB / Gruppe Nürnberg

Sonderschichten bei Hanomag-Henschel

Bremen: Ab 18. September werden bei Hanomag in Bremen sechs Sonderschichten in den Schichtbetrieben und drei in der Normalschicht gefahren. Darüber hinaus sollen an einem Sonnabend der 24. und der 31. Dezember vorgeholt werden.

Die Regelung der Sonderschichten löst eine andere Regelung ab, nach der seit dem 15. August täglich eine Stunde mehr gearbeitet werden mußte. Für die Spätschicht bedeutet dies: um 0.40 Uhr erst Feierabend! Hierüber gab es große Empörung unter den Kollegen, zumal zusätzlich die Kapitalisten noch Überstunden am Sonnabend forderten. Weitere Maßnahmen zur Ausquetschung der Kollegen sind geplant: vier weitere Sonderschichten, zusätzliche Überstunden in der Normalschicht und die drohende Einführung der Zwei-Schichten-Arbeit im Werkzeugbau.

Angesichts der Mehrarbeit und Arbeitshetze ist folgender „Tip" der Betriebskrankenkasse nur als Verhöhnung der Kollegen aufzufassen: notwendig sei mehr „Kosten- und Gesundheitsbewußtsein" durch Vermeidung der „bekannten Risikofaktoren wie Streß...".

Genossen von Hanomag
KB / Gruppe Bremen

Forderungen zur Stahltarifrunde

Für die diesjährige Stahltarifrunde fordern die Vertrauensleute von Klöckner in Bremen 80 DM und 5% mehr Lohn. Begründet wird dies mit Preissteigerungen im 1. Halbjahr 1976 von 5,1%, Mehrbelastungen durch Steuern und Sozialversicherung um 2,4%, Steigerung der Arbeitsproduktivität um 3,5 Punkte sowie einem Reallohnverlust von 2% aufgrund des letzten Tarifabschlusses. Demgegenüber seien die Gewinne 1976 um 26,5% gestiegen. 12% fordern die Vertrauensleute der Stahl- und Röhrenwerke Reisholz in Düsseldorf. Die Vertrauenskörperleitung der Gießerei Meiderich schlägt eine Lohnforderung von 15% vor. Die Vertreterversammlung der IGM Gelsenkirchen fordert 13% und 110 DM für Lehrlinge. Ebenfalls 110 DM fordern Jugendvertretung und -vertrauensleute der Thyssen-Henrichs-Hütte AG in Hattingen, außerdem die Übernahme der 40-DM-Zulage, die bisher nur für über 18-jährige gezahlt wird, an alle Lehrlinge. Eine ähnliche Forderung stellten die Jugendvertretungen der drei Hoesch-Hüttenwerke auf.

Meldungen

Die Tarifkommissionen der Betriebe Stuttgart, Hamburg und vier Bezirke Nordrhein-Westfalens haben beschlossen, der Kündigung der Tarifverträge über betriebliche Sonderzahlungen zuzustimmen. Damit ist das 13. Monatseinkommen gemeint, das z.Zt. tariflich 40% beträgt. Forderungen sind allerdings noch keine gestellt worden.

* * *

Bei Gränges-Metalock in Norderstedt wurde der Betriebsratsvorsitzende fristlos gekündigt. Nachdem die Firma dem Unternehmerverband beigetreten war, wollte sie den Haustarifvertrag durch den IGM-Tarifvertrag ersetzen, der für die 120 Kollegen in mehreren Punkten Nachteile mit sich bringt. Dagegen wehrte sich der Kollege.

CHEMIE

Sechs Gewerkschaftsausschlüsse bei Hoechst/ Werk Frankfurt

Ein großangelegtes Rationalisierungsmanöver steht bei der Hoechst AG in Frankfurt vor der Durchführung. Für alle Angestellten soll ein sog. „Mitarbeitergespräch" eingeführt werden. Hinter diesem „Mitarbeitergespräch" (MAG) versteckt sich ein Beurteilungssystem für Angestellte.

Eine Gruppe von Gewerkschaftskollegen bei Hoechst, inzwischen auf 58 Kollegen angewachsen, wandte sich in Flugblättern gegen die Einführung des „MAG" und kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Mauschelpolitik des Betriebsrates. Auf Initiative des Betriebsrats wurde inzwischen gegen sechs der Frankfurter Hoechst-Kollegen, vier von ihnen haben die Flugblätter mit unterzeichnet, Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet.

Durch das „MAG" wird der Arbeitsstil des Einzelnen beurteilt nach verschiedenen Kriterien, wobei jeweils Minimum und Maximum-Punkte vergeben werden sollen. Außerdem wird die besondere Eignung des „Mitarbeiters" in einem Punktesystem festgehalten und wie er zu „fördern" sei. Daß dieses Beurteilungssystem seitens der Geschäftsleitung und des rechtssozialdemokratischen Betriebsrats als „Mitarbeitergespräch" verschleiert wird, hat seinen Grund darin, daß dem einzelnen Kollegen vorgegaukelt werden soll, er könne in einem Gespräch mit seinem Vorgesetzten eine ‚objektive' Beurteilung herausholen, bzw. dem Kollegen, der anschließend den ausgefüllten Bogen unterschreiben soll, wird unterstellt, er sei mit seiner Beurteilung einverstanden. Offiziell kann der Kollege zwar eine Gegendarstellung zur Personalakte geben, aber welcher Kollege kann sich heute noch ohne Repressalien Widerspruch gegenüber seinen Vorgesetzten erlauben.

Offiziell erfuhr die Belegschaft von der Einführung des „MAG" auf der Betriebsversammlung vom 22./23. März 1976, nachdem der Betriebsrat bereits in Grundzügen zugestimmt hatte und bereits sog. „Probeläufe" in verschiedenen Abteilungen liefen.

Widerstand gegen das „MAG"

Widerstand gegen das „MAG"

Daraufhin wandte sich eine Gruppe von 32 betrieblichen Gewerkschaftsmitgliedern per Flugblatt an die Belegschaft und warnte vor der Einführung des „MAG". Sie wiesen unmißverständlich auf den Zweck dieser Aktion hin, indem sie in ihrem ersten Flugblatt im März '76 schrieben:

„*Mit dem vierseitigen Fragebogen verschafft sich die Werksleitung eine genaue Übersicht über alle Angestellten und deren Arbeitsplätze. Diese Übersicht wird einen Beitrag zum Unternehmensziel* *Rationalisierung* *leisten:*

das Unternehmen wird Arbeitsplätze wegrationalisieren und die gleiche Arbeit von weniger Beschäftigten verrichten lassen;

und diese Übersicht wird einen Beitrag zum Unternehmensziel *Gehältersparen* *leisten:*

Die Personalabteilung kriegt die Umgruppierungen endlich in den Griff. Sie kann höhere Eingruppierungen leichter ablehnen mit dem Hinweis auf die Eingruppierung an vergleichbaren Arbeitsplätzen; der Einzelne kann nicht dagegen argumentieren, da er diese Übersicht nicht hat." (Unterstreichungen im Original)

In einem zweiten Flugblatt kritisierte die Gruppe außerdem die Politik des Betriebsrates (siehe Abdruck des Flugblattes).

Die Kritik an der Mauschelpolitik des Betriebsrats blieb nicht ohne Folgen: Gegen sechs IG Chemie-Mitglieder wurde Ausschlußantrag aus der Gewerkschaft gestellt (vier davon sind Mitunterzeichner des Flugblattes - vergl. Markierung im Faksimile)!

Initiiert wurden diese Ausschlußanträge von rechten Betriebsräten. Den Kollegen wird vorgeworfen, sie wollten in der Gewerkschaft eine eigene Organisation bilden, sie hätten eine Vorstandswahl (?) durchgeführt und sie würden unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Mitarbeit in Versammlungen und Diskussionen eine Art Machtergreifung auf schleichendem Wege anstreben!!

Dazu ist zu sagen: Die beiden ersten Vorwürfe sind an den Haaren herbeigezogene Unterstellungen und der dritte Vorwurf heißt nichts anderes, als daß, Dank der öffentlichen Diskussion über das Problem „Mitarbeitergespräch", die Kritiker daran wesentlich zahlreicher geworden sind. Dies als „Machtergreifung auf schleichendem Weg" zu bezeichnen, ist reine Demagogie.

Gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Gewerkschaft! Solidarität mit den vom Ausschluß bedrohten Kollegen!

Betriebszelle Hoechst
KB/Gruppe Hamburg

KOLLEGEN IN DER IG-CHEMIE INFORMIEREN KOLLEGEN IM BETRIEB
ZUM "MITARBEITERGESPRÄCH" (MAG) 28.6.76

Vor einigen Tagen wurde eine sozialdemokratische Betriebszeitung für die Arbeitnehmer der Hoechst AG in Werk Höchst verteilt, in der ein Interview mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden R. Brand zum 'MAG' abgedruckt war.
Leider sind in dem Interview einige wichtige Fragen nicht enthalten:

Die Personalabteilung betont in den "Erläuterungen zum MAG", es solle u.a. "eine dem Leistungsverhalten gerecht werdende Beurteilung anstreben".

- Warum wird ein Beurteilungssystem nicht Beurteilungssystem genannt, sondern "Mitarbeitergespräch"?
- Warum ist in dem Beurteilungsbogen eine Bewertung des Arbeitsstils in 10 Kriterien (Wissen, Können, Beweglichkeit, Genauigkeit, Initiative, Belastbarkeit, Zusammenarbeit, Soziales Verhalten plus zwei offene zur freien Bedienung) und 9 Wertungsstufen von Min. - Max. vorgesehen, wenn es laut Aussage R. Brand auf der Betriebsversammlung am 22./23.3.76 angeblich nicht zur Beurteilung dient?
- Warum sind zwei von zehn Beurteilungskriterien nicht festgelegt und dem völlig freien Ermessen der Beurteiler überlassen? Sollen hier vielleicht die ganz persönlichen Schwachstellen (z.B. Pünktlichkeit) der einzelnen Kollegen erfaßt werden?

"Der Arbeitsring Chemie hält weitere personalabbauende Rationalisierungsmaßnahmen besonders auch für die nichtproduzierenden Bereiche für unumgänglich" (Handelsblatt vom 8.4.76).

- Wie gedenkt der Betriebsrat es zu verhindern, daß die im Fragebogen vorgesehene Aufgliederung der Tätigkeit nach prozentualen Anteilen und deren Wichtigkeit nicht doch dazu verwendet werden, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, Gehälter einzusparen und Umgruppierungen in den Griff zu bekommen?

In den letzten Jahren wurden in der Hoechst AG verstärkt Umsetzungen vorgenommen.

- Dient die Aufzählung der besonderen Eignungen im 'MAG' unter Pkt 5.e eventuell dazu, Umsetzungen noch leichter durchführen zu können?
- Hätte man die Interessen der Kollegen bei Umsetzungen nicht durch die Einführung der seit 1972 im Betriebsverfassungsgesetz § 93 vorgesehenen internen Stellenausschreibung besser berücksichtigen können?
- Wäre es bei bestehender Stellenausschreibung für die Kollegen nicht leichter, eigene Wünsche beim Stellenwechsel zu realisieren und könnte dadurch die Zahl der Zwangsumsetzungen nicht verringert werden?

Unter dem Kriterium "Soziales Verhalten" werden unter anderem "Ausgewogenheit von Engagement und Distanz bei Kommunikationen" sowie "Angemessenheit und Art der Einflußnahme auf Andere" vom Vorgesetzten beurteilt.

- Wird dadurch nicht der Einsatz für andere Kollegen (z.B. als Vertrauensmann) und das notwendige gewerkschaftliche Engagement erschwert?

Die Personalabteilung schreibt in den "Erläuterungen zum MAG" unter "Aufbau des
"Ausgewogenheit von Engagement und Distanz bei Kommunikationen" sowie "Angemessenheit und Art der Einflußnahme auf Andere" vom Vorgesetzten beurteilt.
- Wird dadurch nicht der Einsatz für andere Kollegen (z.B. als Vertrauensmann) und das notwendige gewerkschaftliche Engagement erschwert?

Die Personalabteilung schreibt in den "Erläuterungen zum MAG" unter "Aufbau des Gesprächsbogens" Pkt 4.e :
"Die Aussagen über das Aufgabengebiet und das Leistungsverhalten führen notwendig zu Überlegungen über die berufliche und persönliche Entwicklung des Mitarbeiters", und unter Pkt 6.e :
es können "Empfehlungen über geeignete Maßnahmen der Förderung und Fortbildung des Mitarbeiters gegeben werden".

- Zwingt nicht die Beurteilung des Arbeitsstils nach den oben genannten Kriterien die Kollegen dazu, sich auf Kosten der Anderen zu profilieren?
- Soll nicht auf diese Weise die Gesamtleistung aller Kollegen gesteigert werden ohne die Gehälter entsprechend zu erhöhen?

Der nächsthöhere Vorgesetzte kann auf Wunsch des Mitarbeiters hinzugezogen werden.

- Wäre uns als Arbeitnehmern nicht mehr damit gedient, wenn wir unsere Interessenvertreter (Vertrauensmann, Betriebsrat) hinzuziehen könnten, statt zwei Chefs gegenüberzusitzen?

In dem Interview mit R. Brand wird im Zusammenhang mit dem 'MAG' auf "u n s e r e Führungsgrundsätze" Bezug genommen. Wie sehen "u n s e r e Führungsgrundsätze" aus? Wurde hier wieder etwas abgeschlossen ohne daß es unter den Kollegen vorher diskutiert werden konnte?

Fragen über Fragen, und bei genauer Durchsicht des "Mitarbeitergesprächs" drängen sich weitere auf. Eines ist klar: mit dem 'MAG' kommt Einiges auf uns zu. Kollegen, informiert Euch darüber! Besorgt Euch die entsprechenden Entwürfe und macht Euch selbst ein Bild. Fragt bei Euren Vertrauensleuten bzw. beim Betriebsrat nach! Ausführliche Informationen und den 'MAG'-Entwurf könnt Ihr auch bei den Unterzeichnern (während der Mittagspause) erhalten.

IG-Chemie Hamburg: Linker Vertrauensmann endgültig ausgeschlossen

Wie bereits mehrfach berichtet, sind gegen insgesamt sechs Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Bereichen der IG Metall, ÖTV und IG Chemie Gewerkschaftsausschlußanträge durch die Gewerkschaftsführungen gestellt worden, da die betroffenen Kollegen Mitveranstalter der „Betriebsräteveranstaltung" am 6.12.75 in Hamburg waren.

Der inzwischen vom Kapitalisten gefeuerte IG-Chemie Vertrauensmann auf der Norddeutschen Affinerie in Hamburg, der presserechtlich verantwortlich für das Aufrufflugblatt für diese Veranstaltung war, ist jetzt endgültig aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, nachdem der Beschwerdeausschuß der IG Chemie seinen Einspruch abgelehnt hat.

Neben der Sauerei, einem entlassenen Kollegen auch noch obendrein den Gewerkschaftsausschluß zu verpassen, ist die ganze Haltlosigkeit und Willkür des Ausschlusses mit den ständig wechselnden „Begründungen" bemerkenswert:

Die Einleitung des Ausschlußverfahrens am 27.1.76 durch die Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg, wurde ausschließlich begründet mit der angeblichen Anmietung der Messehallen, des Veranstaltungsortes, durch den KOMMUNISTISCHEN BUND.

Als dieses als offensichtliche Lüge nicht aufrechtzuerhalten war, ließ der Hauptvorstand, der über den Ausschlußantrag zu entscheiden hatte, diesen Vorwurf elegant ganz fallen und brachte jetzt ins Spiel, daß diese Veranstaltung sich gegen „*Verantwortliche in der Gewerkschaft gerichtet habe, die nach Ihrer* (gemeint ist der betroffene Kollege, Anm. d. Red.) *Auffassung die ‚soziale Partnerschaft mit dem Kapital unterstützen'* ". Derartiges öffentlich zu behaupten erschien dem Hauptvorstand als „gewerkschaftsschädigend" und er entschied auf Ausschluß.

Als nun der betroffene Kollege in seinem Beschwerdeschreiben mit einigen Beispielen bewies, daß in der Tat „Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten betrieben wurde, wurde in der Beschwerdeabweisung durch den Beschwerdeausschuß der IG Chemie auf diesen Ausschlußgrund des Hauptvorstandes nicht mehr mit einem Wort eingegangen. Stattdessen war den Herren im Beschwerdeausschuß etwas Neues eingefallen:

„*Nach eingehender Prüfung des Sachverahltes stellt der Beschwerdeausschuß fest, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, soweit es sich auf gewerkschaftliche Angelegenheiten bezieht, dort seine Grenzen findet, wo in Wort oder Schrift bzw. durch aktive Mitwirkung Gruppierungen mit antigewerkschaftlichen Bestrebungen unterstützt werden. Das trifft nach Auffassung des Beschwerdeausschusses für den vorliegenden Fall zu, da Sie öffentlich behauptet haben:*

‚Die heutigen Führer der Gewerkschaften sind weder willens noch in der Lage, die Arbeiter und Angestellten gegen die Angriffe auf ihre Lebensbedingungen und demokratischen Rechte zu mobilisieren.'

Für diese pauschalen Beschuldigungen werden weder in Ihrem Beschwerdeschreiben noch in Ihrer ‚Persönlichen Erklärung' ausreichend detaillierte Beweise erbracht.

Der Tatbestand des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens steht somit für den Beschwerdeausschuß, auch was die Durchführung der Veranstaltung betrifft, außer Zweifel."

Nach „detaillierten Beweisen" in dieser Angelegenheit ist bisher auch nicht gefragt worden und sie lassen sich ohne Schwierigkeiten erbringen, was heute jeder Gewerkschafts-Aktivist bestätigen können wird. Gegenbeweise zu allen bisher erhobenen Vorwürfen sind vom Vertrauensmann R. Horn vorgelegt worden, weswegen die bisherigen „Anklage"punkte auch fallengelassen wurden. Wenn sich jetzt der Beschwerde-Ausschuß in der IG Chemie – immerhin allerletze Instanz der Gewerkschaft – einen neuen „Grund" an den Haaren heranzieht, ist dies nicht bloß eine Schweinerei im Sinne der gebotenen Regeln und Solidarität innerhalb einer Gewerkschaft, sondern ebenso eine Verhöhnung jedweder Rechtsgrundsätze. Wie in Kreisen der Hamburger IG Chemie-Linken verlautet, wird R. Horn hiergegen Rechtsmittel (vor einem öffentlichen Gericht) einlegen.

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie,
KB/Gruppe Hamburg

Hetze der Springer-Presse gegen Beschluß der IG-Chemie-Jugend, an die PLO Geld zu spenden

Wir wir im letzten AK berichteten, hat die IG-Chemie Jugendgruppe Merck beschlossen, 800 DM zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands an die PLO zu spenden. Diese Spende greift die „Bild"-Zeitung vom 15.9.76 auf, um unter der Überschrift „*IG-Chemie-Jugend gibt Geld für Terroristen*" eine massive Hetzkampagne zu starten.

Der Hauptvorstand zog gleich mit: „*Wir müssen prüfen, ob die jungen Kollegen ausgeschlossen werden*"!

Und der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Darmstadt (die sich sonst eher durch fortschrittliche Beschlüsse auszeichnet) ergänzte: „*Das ist ein ungeheuerliches Ding. Die Gewerkschaft wird niemals (!) kriegführende Länder oder paramilitärische Terrorgruppen unterstützen*".

Einig wie immer, wenn es gegen fortschrittliche Kollegen geht, zieht hier die IG-Chemie-Führung am gleichen Strang mit den Hetzschreibern der „Bild"-Zeitung. Dabei war das nicht mal Geld der Gewerkschaft, was gespendet wurde, sondern die Jugendgruppe hat 1000 DM vom Fernsehmagazin „direkt" für eine Sendung über ihre Gruppe erhalten.

SPD und mit ihr die Gewerkschaftsführung sind politisch auf den Zionismus festgelegt, eine besonders widerwärtige, weil sch(w)einheilige Form des Rassismus und außenpolitischen Expansionismus. Eine demokratische und anti-zionistische Haltung einfacher Gewerkschaftsmitglieder versucht die Gewerkschaftsführung mit der schlimmsten ihr zur Verfügung stehenden Repression – dem Ausschluß aus der Gewerkschaft – zu beantworten.

Das ist politischer Terrorismus!

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Wieder Riesenprofite bei den drei „Großen"

Durch Rationalisierungsmaßnahmen und damit verbundenen Kapazitätsauslastungen sowie einem höheren Absatz erreichten die drei Chemiegiganten Hoechst, BASF und Bayer im ersten Halbjahr 1976 wieder Riesenprofite: Hoechst steigerte den Profit um 44 % auf 657 Mio. DM, bei einer Umsatzsteigerung um 18,2 %; BASF steigerte den Profit sogar um 69,9 % auf 709 Mio. DM bei einer Umsatzsteigerung um 19,6 %. Den Vogel allerdings schoß Bayer ab: Profitsteigerung um 153 % (!) auf 651 Mio. DM bei einer gleichzeitigen Umsatzsteigerung von 23 %. Bei diesen Zahlen entblödete sich Sammet, Vorstandsvorsitzender von Hoechst, nicht, auf der Hauptversammlung der Aktionäre vom 15. 6. 76 zu behaupten, jetzt würden sich die Belastungen der Tarifrunde auswirken, bei dem sagenhaften Abschluß von 5,85 % !

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Unterstützungsfond für wen?

Im letzten Jahr ist im Rahmen der Tarifrunde zwischen der IG Chemie und dem Kapitalistenverband ein Abkommen geschlossen worden, wonach dieKapitalisten einen „Unterstützungsfond für arbeitslose Chemiearbeiter" gründen sollten. Die näheren Bestimmungen besagten, daß jeder Kapitalist 1 Promille seiner Lohn- und Gehaltssumme in diesen Fond einzahlen soll. Insgesamt sollen es 18 Mio. DM. Unterstützung erhalten sollen Chemiearbeiter, die aus Rationalisierungsgründen aus den Betrieben fliegen, allerdings ist weitere Voraussetzung, daß der betroffene

nalisierungsgründen aus den Betrieben fliegen, allerdings ist weitere Voraussetzung, daß der betroffene

Kollege mindestens acht Jahre in der Chemieindustrie beschäftigt war und die letzten vier Jahre in einem Betrieb. Es war von Anfang an klar, daß nicht viele gefeuerte Kollegen in den Genuß dieses Fonds kommen würden, weil zum einen viele Kollegen mit einem vorgeschobenen Grund gekündigt werden (wie häufiges Fehlen, zu spät kommen etc.) und dies keine „betriebsbedingten" Kündigungen sind und zum anderen, daß gerade Kollegen aus „betriebsbedingten" Gründen gekündigt werden, die noch sehr jung sind bzw. erst kurze Zeit im Betrieb beschäftigt werden.

In ihrer jüngsten Ausgabe vom 9. 9. 76 hat nun „Was tun" (Zeitung der GIM) enthüllt, daß lediglich 1236 Anträge auf Unterstützung gestellt wurden. 11 % davon wurden abgelehnt; z. Z. werden 985 Unterstützungen gezahlt. Insgesamt wurden bis 31. Dez. 75 lediglich 75.000 DM ausbezahlt (von 18 Millionen!). Der Höchstbetrag beläuft sich auf 208 DM der niedrigste auf 2 DM (!). Von den Empfängern waren bis zum 31. Dezember 53 % der Kollegen über 59 Jahre alt und 10 % waren Ausländer.

Gegenüber diesen lächerlichen Unterstützungen belaufen sich die Geschäftsführungskosten im Jahar auf 200.000 DM !

Gegenüber diesen lächerlichen Unterstützungen belaufen sich die Geschäftsführungskosten im Jahar auf 200.000 DM !

Da die Gesamtausgaben des Fonds niedriger sind als die Zinsen, die auf das eingezahlte Kapital entstehen, müssen auf den Überschuß Steuern gezahlt werden. Dem kann man nur entgehen, wenn die Ausgaben erhöht werden. Dazu hat die IG Chemie jetzt einen grandiosen Vorschlag gemacht: Mit dem überschüssigen Geld sollen gemeinsame (!) Schulungen von IG Chemie und Kapitalistenverband finanziert werden! Denn um die arbeitslosen Kollegen scheren sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer einen Dreck.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Biedenkopf kontra IG-Chemie

Im Rahmen des Wahlkampfes, der seitens der CDU auch gegen die Gewerkschaften geführt wird, hat Prof. Biedenkopf, ehemaliger Henkel-Manager und heutiger CDU-Generalsekretär, eine „Dokumentation" vorgelegt, in der u. a. der IG Chemie vorgeworfen wird, sie betriebe Wahlkampf zugunsten der Regierungskoalition und sie würde Mitglieder in ihre Gewerkschaft hineinzwingen.

Tatsächlich hat die IG Chemie in der „Westerwälder Zeitung" v. 28./29. 8. 76 eine Anzeige veröffentlicht in der es heißt„ *Wir haben gefordert: die flexible Altersgrenze einzuführen. Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, daß diese gewerkschaftliche Forderung erfüllt wurde. Das bedeutet: Mehr soziale Sicherheit für Arbeitnehmer. Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Verwaltungsstelle Westerwald.*" Der Hauptvorstand behauptet nun, das hätte mit Wahlkampf nichts zu tun, sondern sei lediglich eine Werbung für die Gewerkschaft.

In einem anderen Fall veröffentlicht Biedenkopf ein Schreiben der IG Chemie, Verwaltungsstelle Essen, aus dem Jahre 1970, an alle unorganisierten Kollegen der „Preßwerk AG" in dem es hieß: „*Der Betriebsrat und der Vertrauenskörper der PAG (Preßwerk AG) haben nun beschlossen, daß alle Unorganisierten dieses Werkes ab 1. November 1970 Mitglied der IG Chemie-Papier-Keramik werden. Wer bis zum 12. November 1970 keinen Einspruch beim Betriebsrat im Betriebsratszimmer eingelegt hat, von dem wird angenommen, daß er mit diesem Beschluß einverstanden ist.*"

Unterzeichnet war der Brief vom Betriebsratsvorsitzenden, dem Vertrauensleutevorsitzenden und dem Geschäftsführer der IG Chemie in Essen. Der Fall hat seinerzeit einiges Aufsehen erregt, was Werner Witt vom Hauptvorstand zu folgender Erklärung veranlaßte: „*Die Formulierung im Rundschreiben ist mißverständlich (?) und kann bei eigenwilliger Interpretation (?) so verstanden werden, als beabsichtigen die IG Chemie und ihre Vertrauensleute, unorganisierte Arbeitnehmer zur Mitgliedschaft in der IG Chemie zu zwingen....*"

Es ist allerdings schon ein dicker Hammer, wie sich diese sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft verhält. Daß dies von einem notorischen Gewerkschaftsgegner wie Biedenkopf auf seine demagogischen Mühlen geleitet wird, ist fast schon selbstverständlich. Biedenkopf schießt gegen die gewerkschaftliche Organisierung überhaupt, und die IG Chemie liefert mit ihren undemokratischen Praktiken die Munition dazu.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV

HBV-Gewerkschaftstag 1976

Was sich alles hinter dem Motto „Erfolge sichern, Neues erringen" verbirgt

Vom 26.9. bis 2.10.76 findet der Neunte HBV-Gewerkschaftstag in Saarbrücken statt. Pünktlich wie immer kurz vor den Bundestagswahlen. Das heißt, daß wie vor vier Jahren, den bürgerlichen Parteien, und hier insbesondere der SPD, Zeit und Raum für ihre Auftritte gegeben werden soll. Wie vor vier Jahren soll für die Diskussion und Erörterung der Anträge nicht viel Zeit bleiben.

So haben sich auch schon Hans Matthöfer (SPD), Josef Röder (CDU) und als Krönung SPD-Chef Willy Brandt angekündigt.

„Hierdurch bekommt der Kongreß zusätzlich eine besondere Bedeutung" („Ausblick", Zeitung der Gewerkschaft HBV, 9/76).

Vor allen Dingen wird wieder die Satzung geändert

Stolz verkündete der „Ausblick", daß diesmal in Saarbrücken 243 Delegierte 266.000 Mitglieder vertreten, gegenüber 154 Delegierten 1972, die 185.000 Mitglieder vertraten. Der Gewerkschaftstag steht unter dem Motto *„Erfolge sichern – Neues erringen"*.

Zur Debatte stehen diesmal insgesamt 337 Anträge und 45 Entschließungen. Davon entfallen allein 118 Anträge auf Änderung der Satzung.

Schon bei der Vorbereitung des Gewerkschaftstages wurde mancherorts so manipuliert, daß linke Anträge gar nicht erst gestellt werden konnten (siehe dazu AK Nr. 81). Viele der von der HBV-Führung eingebrachten Anträge zielen auf die Errichtung einer alleinigen Vorstandsherrschaft: In Zukunft sollen Betriebsgruppen von besonderen Gremien verboten werden können, wenn sie nicht die Politik der Führung machen, wie etwa die linke Betriebsgruppe Iduna in Hamburg. Auch die Arbeitskreise der einzelnen Fachgruppen sollen voll unter die Knute der Gewerkschaftsführer. *„Der neunte Gewerkschaftstag wird mit solchen und ähnlichen Anträgen endgültig die Freiräume der Basis schließen, die in der Aufbauphase von der HBV eingeräumt wurden"* (AK 81). So findet man in der Aufstellung der Anträge kaum welche mit Überschriften, die noch fortschrittliche Tendenzen ahnen lassen. Es liegen lediglich zwei Anträge gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, einer für die Aufhebung des Extremistenerlasses und einer gegen den Terror in Chile vor. Auch der Austritt aus der Konzertierten Aktion wird gefordert.

Tarifpolitik

Über die Tarifpolitik der HBV ist zu lesen, daß sie „nicht nur die Preisbelastung ausgeglichen, sondern auch die Realeinkommen erhöht" habe. Und nicht nur das, die Realeinkommen seien so weit erhöht daß *„der Nachholbedarf gegenüber dem öffentlichen Dienst und der übrigen Wirtschaft damit zumindest teilweise abgebaut und in Teilbereichen inzwischen weitgehend beseitigt worden"* sei.

Wie diese Rechnung zusammenkommt, wird allerdings angesichts der mageren Abschlüsse der letzten Jahre, die voll auf Lohnleitlinie lagen, nicht gesagt.

„Gute" Aussichten für die nächsten vier Jahre.

„Erfolgreich" in den letzten Jahren war nur, daß zunehmend die Forderungen der Mitglieder nicht berücksichtigt und die Tarifkommissionen auf die Forderung der Führung gedrillt wurden. Nach neuesten Vorschlägen aus Hamburg sollen sogar die Mitgliederversammlungen wegfallen, die verbindliche Beschlüsse fassen können. Der Weg ist vorbestimmt. „Aktive" Tarifpolitik ohne die Kollegen.

Frauen ohne Chance? !

Selbst die zweite Vorsitzende Anni Moser (CDU) konnte nicht umhin, festzustellen, daß *„auf die Emanzipation der Frau bezogen der Fortschritt eine Schnecke ist"*. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß auf dem stattfindenden Gewerkschaftstag von den 243 Delegierten 62 Frauen sind.

Wie wenig der HBV-Führung an Aktivitäten zu Frauenproblemen liegt, zeigt ein Antrag der Satzungsreformkommission, der beinhaltet, daß die Bildung örtlicher Frauenausschüsse künftig keine Muß-, sondern nur noch eine Kann-Bestimmung sein soll.

Die Gewerkschaftsführung, und dazu gehört auch A. Moser, hat kein Interesse daran, daß sich die Frauen als besonders unterdrückter Teil der Kollegen selbständig organisieren. In Hamburg wurden die Kolleginnen in ihrer Forderung nach einer Frauenveranstaltung abgeblockt und als sie sie trotzdem machten und einen regen Zuspruch hatten, noch als gewerkschaftsfeindlich diffamiert. Die Kolleginnen haben trotzdem nicht aufgehört, für eine Frauenveranstaltung zu kämpfen, womit nicht der Besuch von Bildungsveranstaltungen gemeint ist. Sie forderten die Hamburger Delegierten in einem Schreiben auf, *„für die Beibehaltung und Intensivierung einer speziellen Frauenarbeit einzutreten, auch gerade, weil es in Hamburg einen solchen Frauenausschuß gar nicht gibt, wie wir vom Ortsverwaltungsvorstand hörten"*.

Der kommende Gewerkschaftstag soll nach dem Willen der Gewerkschaftsführung ein Meilenstein auf dem Weg der ganz nach dem Vorstandswillen ausgerichteten Richtungsgewerkschaft werden. Um dem entgegenzutreten, gilt es die Wachsamkeit und Kampfbereitschaft der Kollegen zu erhöhen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Zum 9. ordentlichen HBV-Gewerkschaftstag haben wir einen Sonderstempel herstellen lassen. Interessierte Mitglieder können ab sofort adressierte und vorfrankierte Briefsendungen an den HBV-Hauptvorstand, Abteilung Or-



ganisation, 4000 Düsseldorf 30, Postfach 300 410 schicken. Sie müssen einen freigemachten Umschlag mit dem Stichwort „Sonderstempel 9. HBV-Gewerkschaftstag" beifügen. Die entsprechende Antwort erfolgt direkt vom Sonderpostamt aus Saarbrükken.

Aktiv können die Mitglieder der HBV wieder ihre Sonderstempel erwerben. Ein guter Grund Mitglied zu werden.

Räumungsverkaufs-Rummel bei „mehr wert" – Arbeitsplätze unsicherer denn je

Nach langem hin und her tobt seit dem 16. September in 17 der 18 ehemaligen „mehr-wert"-Märkten der Räumungsverkauf. Preisnachlässe bis zu 50 % sind versprochen worden (allerdings nur auf einige Saisonartikel), im Schnitt kauft man zu 10 - 30 % billiger ein. Bis zum 30. September müssen alle Märkte leer sein, dann beginnen die Neumieter mit ihrem Nachfolge-Geschäft.

Bereits am 4.9.76 eröffnete die „Deutsche SB Kauf AG" (divi-Markt) in Hamburg -Lurup eine ehemalige Filiale von „mehr-wert". Hier führte die Eröffnung zu einem riesigen Verkaufsrummel, neue Kassen mußten aufgestellt werden. Die 250 von „mehr-wert" übernommenen Kollegen durften schuften bis zum Umfallen.

Sage und schreibe 40.000 (!) Kauflustige wurden am 16.9. im Oststeinbeker Markt (bei Hamburg, der ehemaligen Zentrale) gezählt, die Polizei war mit drei Mannschaftswagen angerückt. In der Filiale in Hamburg-Winterhude kam es zu Warteschlangen vor den Kassen von 5 (!) Stunden. Der ganze Zeitungs- und Rundfunkrummel um „mehr-wert" führt somit zu einem noch nie dagewesenen Ausverkauf.

Was allerdings mit den Kollegen passiert, ist nach wie vor völlig unklar. Die Gewerkschaft HBV schreibt dazu in der Ausgabe 9/76 ihrer Zeitung „ausblick", daß sie fleißig dabei sei, *„die Auszahlung der Gehälter zu sichern", „einen Sozialplan zu erstellen", „die Übernahme des gesamten Personals durch die Nachmieter zu erreichen"*.

Was HBV nicht schreibt, ist schlichtweg die Tatsache, daß beide Gewerkschaften – HBV wie DAG – bisher im wesentlichen nichts anderes getan haben, als am grünen Verhandlungstisch und vielleicht nochmal auf Betriebsversammlungen ein schüchternes Wort zu erheben und, daß die aufgezählten Forderungen kaum eine Chance auf Realisierung haben. So wurde beispielsweise auf der Betriebsversammlung für die Kollegen aus Oststeinbek vom Nachmieter „Wertkauf" zugesichert, man werde sich bemühen, so schnell wie möglich wieder aufzumachen. *„Wir werden sofort ein Einstellungsbüro eröffnen. Aufgefordert sind alle Abteilungsleiter, Hauptkassiererinnen usw., möglichst in der nächsten Woche die Einstellungsverträge zu unterschreiben."*

Ob alle „Leiter" wirklich eingestellt werden und ob vor allem das „normale Personal" übernommen wird, davon war nicht die Rede (Angaben nach Lebensmittelzeitung vom 27.8.76).

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

1 Jahr Funktionsverbot ist HBV - Gewerkschaftsführer Krause zu „milde"

Hamburg:
Wie bereits berichtet, ist der Antrag gegen den Kollegen S., Mitglied des Hamburger Ortsvorstand der HBV, auf Rausschmiß aus der HBV in einen Antrag auf Funktionsverbot für ein Jahr umgewandelt worden. Der Kollege hatte auf einer Fachgruppenvorstandssitzung ein Flugblatt einer Kollegin auf deren Wunsch hin mitgebracht. Das Flugblatt rief zu einer Frauenveranstaltung eines oppositionellen Kollegen- und Kolleginnenkreises auf. Daraufhin wurde ein Ausschlußantrag gegen den Kollegen gestellt.

Nach Meinung des Ober- „Chaoten"- Jägers Krause, der Landesleiter der HBV im Bezirk Nordmark ist, ist die Schlichtungsverhandlung „total schief" gelaufen, da man wesentliche „Zeugen" nicht geladen hätte. Mit diesen Behauptungen forderte er den Ortsverwaltungsvorstand der HBV - Hamburg auf, eine Stellungsnahme an den Hauptvorstand zu schicken, die eine weitergehende Strafempfehlung geben sollte.

Als Zeuge bot Krause sich selbst und seinen Sekretär Jänisch an, die den Kollegen bei Sitzungen des oppositionellen „Kreises konsequenter Gewerkschafter" bespitzelt haben wollen.. Außerdem hätte sich der Kollege am 1. Mai lärmend in einer Gruppe von „Chaoten" befunden und anschließend an einer Demonstration von „Chaoten des KB, KBW, KPD/ML mit dem Namen Aktionseinheit" (so eine Demonstration hat es nie gegeben, wie jeder weiß) beteiligt. Nicht mehr aufrecht hielt Krause allerdings in diesem Zusammenhang, daß er Fotos von dem Kollegen besitzt, der Kollege S. hatte dagegen rechtliche Schritte eingeleitet. Er bog das dahingehend um, daß das, was er gesehen habe, wie ein Bild auf ihn wirke.

Der Ortsverwaltungsvorstand (OVV) lehnte den Antrag aus formalen Gründen ab, der OVV könne keine Beweisaufnahme machen (was nämlich in dieser Angelegenheit satzungswidrig wäre!). Nur der Kollege S., der selbst (noch) Mitglied im OVV ist, stimmte dafür, den Antrag auf Ausschluß insgesamt zurückzuweisen. Mit den Stimmen der DKP"ler empfahl der OVV stattdessen ein Jahr Funktionsverbot.

Krause will jetzt in einem persönlichen Schreiben sich selbst an den Hauptvorstand wenden, der das letzte Wort bei Ausschlüssen hat.

Den Stapel von Protestschreiben von Frauengruppen will Krause selbstverständlich nicht beantworten, da dies ja doch alles nur Studentinnen seien.

HBV- Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Krause fordert „Gegendarstellung"

Anfang der letzten Woche ging bei dem Presseverantwortlichen des ARBEITERKAMPF ein Schreiben von Krauses Rechtsanwalt ein.

In diesem Schreiben wird gefordert, eine „Gegendarstellung" in ZUR SACHE, der HBV-Branchenzeitung des KB für Hamburg abzudrucken. Als „Gegendarstellung" soll ein Bild abgedruckt werden, das Krause mit seinem Vorgänger als Landesleiter der HBV zeigt. In der ZUR SACHE war in einer Collage Krause stattdessen mit einem Polizeieinsatzleiter abgebildet in Anspielung darauf, daß Krause mit einem Polizeieinsatz eine Gewerkschaftsversammlung im letzten Jahr hatte auflösen lassen und auf späteren Versammlungen ähnliche Drohungen ausgestoßen hatte – für jeden ZUR SACHE -Leser eine bekannte Tatsache. Für Krause ist diese Collage eine „Fälschung".

Selbstverständlich werden wir Krauses Anliegen den ZUR SACHE-Lesern nicht vorenthalten. Offensichtlich möchte Krause auch vor Gericht dieses Sträußchen ausfechten, denn für die Antwort auf sein Schreiben, das erst am Donnerstag aufgesetzt worden war, setzte er eine „Frist" bis Montag mittag, nach der er Strafanzeige stellen wolle.

HBV- Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Leserbrief : Kaufhalle Hamburg: Unterdrückung, wo es nur geht

Seit einiger Zeit werden die Kolleginnen in der Kaufhalle in Hamburg auf's Schärfste schikaniert.

Des öfteren gingen Abteilungsleiter zur Kasse, um eine Kulturtasche oder ähnliches zu kaufen. Die Verkäuferin kassierte nichtsahnend und packte die Ware ein. Dann kam das dicke Ende: Die Abteilungsleiterin hatte nämlich etliche kleine Artikel in der Kulturtasche versteckt, die sie dann mit der Bemerkung *„Das habe ich mir doch gedacht"* vorzeigte. Und dann gab es Standpauken beim Chef, die bis zur Entlassungsdrohung gingen.

In einem anderen Fall kaufte sich der Filialleiter eine Reisetasche. Als die Verkäuferin das Papier, mit dem die Tasche ausgestopft war, herausnehmen wollte, meinte er, *„das kann drin bleiben"*. Kurze Zeit danach bekam auch diese Kollegin eine fürchterliche Standpauke vom Chef, da in der Tasche wieder Ware versteckt war und sie nicht nachgesehen hatte.

Eine weitere Schikane ist die Betreuung der Kasse. Ständig muß eine Verkäuferin da sein, denn die Kunden könnten ja Geld aus der Kasse nehmen. Auf der anderen Seite aber müssen die Kolleginnen auch ständig die Abteilung in Ordnung halten und aufräumen, d.h. sie müssen zwangsläufig mehrere Male am Tag von der Kasse weg. Dabei ist es schon ein paarmal vorgekommen, daß Vorgesetzte heimlich an die Kasse gegangen sind und 100 DM herausgenommen haben.

Die Kolleginnen, die die Abrechnung machen müssen, zählen dann verzweifelt mehrere Male das Geld nach und werden von den Vorgesetzten angeschissen, daß die Kasse nicht stimmt. Angeblich soll mit solchen Schikanen die „Ehrlichkeit" der Kolleginnen und ihr „Pflichtbewußtsein" gegenüber dem Betrieb überprüft werden.

Tatsächlich versuchen die Kapitalisten mit diesen Schikanen eine steigende Angst um den Arbeitsplatz heraufzubeschwören, und sie hätten es gerne, wenn sich die Kollegen untereinander antreiben und denunzieren und vor den Vorgesetzten ordentlich kuschen.

Zwei Kolleginnen aus der Kaufhalle

Urabstimmung der Kollegen des Großhandels beantragt

Baden-Württemberg:

Am 14.9.76 hat die Große Tarifkommission der Gewerkschaft HBV in Baden-Württemberg für die 9.000 in der HBV organisierten Kollegen des Großhandels beim Hauptvorstand der HBV die Urabstimmung beantragt. Die Tarifverhandlungen sind am 18.6.76 für gescheitert erklärt worden, nachdem die Kapitalisten 5,8 % anboten, HBV aber 6 %, mindestens DM 90,- forderte. Die DAG nahm das Angebot von 5,8 % an.

Dem Handelsblatt vom 16.9.76 war zu entnehmen, daß der Antrag der Tarifkommission unter anderem am „Rande des am 26.9. beginnenden Gewerkschaftstages besprochen werden soll".

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gericht segnet Schikanen gegen Kollegen ab

Edeka, Hamburg:
Bei Edeka im Versicherungsdienst mußte der Kapitalist einen gefeuerten Kollegen wieder einstellen. Erst nach einer „Einstweiligen Verfügung" war der Kapitalist überhaupt zu einer Weiterbeschäftigung bereit. Doch dann hatte er gleichzeitig einige Überraschungen für den Kollegen bereit: ein kahles Einzelzimmer ohne Telefon, Verbot von Besuchen anderer Kollegen und sogar der gemeinsamen Mittagszeit – d.h. Verrichtung der Arbeit wie in einer Knastzelle (siehe AK 86). Das Gericht lehnte nun einen Bestrafungsantrag gegen den Kapitalisten ab, obwohl die „Einstweilige Verfügung" eindeutig feststellt, daß der Kollege zu den bisherigen Bedingungen weiterbeschäftigt werden müsse. „Begründung": Die von dem Kollegen dem Gericht gegenüber geschilderten Schikanen seien nicht vertragswidrig (!?). Den Kapitalisten sei *„im Rahmen ihres Direktionsrechts* (d.h. Weisungsrecht, Anm. d. Red.) *gestattet, den Antragsteller – zumindest vorübergehend – auch anders, mit einer Tätigkeit niederer Art zu beschäftigen"*. Und weiter meint das Gericht, daß es dem Unternehmer nicht verboten werden könne, den Kollegen in einem anderen Bereich zu beschäftigen, obwohl die bisherige Abteilung mit jetzt nur zwei Kollegen (vorher vier) unterbesetzt ist! Der dickste Hammer kommt aber noch: *„Im übrigen ist zu beachten, daß es in erster Linie Sinn der EV (auf Weiterbeschäftigung) ist, den Arbeitnehmer überhaupt* (!) *im Betrieb zu halten, um wesentliche Nachteile zu vermeiden* (!)".

Das Gericht meint also zu gut deutsch: Der Kollege muß froh sein, überhaupt beim Kapitalisten beschäftigt zu sein, was mit ihm getrieben wird, ist Sache des Kapitalisten. Willkürakte werden so von der Justiz abgedeckt.

Edeka-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Erfolg des Betriebsrats der DVEK

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Korruptheit des Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft GdED, Philip Seibert, hat der Vorstand der „Deutschen Eisenbahn Versicherungskasse" (DEVK) versucht, den unbequemen Betriebsratsvorsitzenden der Hamburger Zweigstelle der DEVK durch fristlose Kündigung loszuwerden. BR-Vorsitzender Eberlei hatte nämlich aufgedeckt, daß die DEVK führenden Funktionären der GdED in der Kfz-Versicherung 20 % Beamtenrabatt gewährt (vergl. AK 85). Nun wird diese Aufdeckung als „geschäftsschädigendes Verhalten" bezeichnet.

Gescheitert ist mittlerweile ein Versuch der Kapitalisten, den Betriebsrat aufzulösen.

Eberlei, Mitglied des SPD-Ortsvereins Quickborn, will über seinen Ortsverein ein Parteiausschlußverfahren gegen das SPD-Mitglied Seibert einleiten. Der erste Kompromiß ist allerdings schon gemacht: der Antrag auf dieses Verfahren ist bis nach den Bundestagswahlen verschoben.

Der unter Beschuß stehende Betriebsrat der DEVK hat inzwischen einen Erfolg errungen: Vor dem Arbeitsgericht Hamburg erreichte er ein Urteil, daß Aktenbearbeitung nach Feierabend Überstunden gleichkomme und damit mitbestimmungspflichtig sei (siehe auch unter: HBV).

Ein HBV-Genosse

Interesse der Frauen an Gewerkschaftsarbeit mit Füßen getreten!

Am 25.5.76 schrieben Kolleginnen der gewerkschaftseigenen „Volksfürsorge" in Hamburg einen Brief an die Gewerkschaft HBV mit der Bitte um Informationsmaterial über Frauen und dem Wunsch, im Frauenausschuß mitzuarbeiten, falls es den gäbe.

Bis Mitte Juni war keine Antwort eingegangen. Daraufhin setzten die Kolleginnen einen weiteren Brief auf, in dem sie darstellten, daß die Gewerkschaft ihre Interessen wohl nicht ernstnehme und forderten eine Stellungnahme.

Diese wurde im Auftrag von Arnold Krause, der inzwischen zum HBV-Landesleiter aufgestiegen ist, dann auch abgegeben. Es stellte sich heraus, daß es in Hamburg satzungswidrig keinen Frauenausschuß gibt, sondern nur eine Frau in Düsseldorf, die speziell für die Frauenangelegenheiten zuständig ist.

Dieses Problem soll jetzt im Herbst auf einer nicht-öffentlichen Tagung besprochen werden. Dann ist nach dem Gewerkschaftstag ein Frauenausschuß voraussichtlich nicht mehr Satzungsvorschrift – und alles bleibt beim alten.

Eine HBV-Genossin

ÖTV

Das grenzt an Sippenhaftung!

Im Dezember 1975 wurde ein Mitglied der Hamburger ÖTV aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Dies scheint auf den ersten Blick nichts Außergewöhnliches zu sein, da Ausschlüsse inzwischen zum festen Bestandteil der Vorstandspolitik in unseren Gewerkschaften geworden sind (ca. 400 wurden dem Gewerkschaftstag der ÖTV im Juni dieses Jahres zur Bestätigung vorgelegt).

Doch die Umstände, die zum o.g. Ausschluß führten und die Begründung des Ausschlusses selbst (deren schriftliche Formulierung für den Gewerkschaftstag der ÖTV wir jetzt erst erhielten), machen ihn zu einem Fall, der deutlich zeigt, wie willkürlich und skrupellos die Gewerkschaftsführung inzwischen handelt.

Bei dem gefeuerten Kollegen handelt es sich um einen Hamburger Pastor, der sich öffentlich für eine satzungsgemäße Mitgliederversammlung seines Bereiches einsetzte. Er trat dafür ein, einen gewerkschaftlichen Arbeitskreis zu schaffen, der gewerkschaftliche Arbeit innerhalb der geografisch zerstreuten kirchlichen Gemeinden möglich macht.

Das ist eine Forderung, die schon seit ca. drei Jahren von organisierten Kollegen aus dem kirchlichen Bereich erhoben wird. In diesem Zusammenhang übte er auch Kritik an dem zuständigen ÖTV-Sekretär. Diese beiden Punkte und seine Unterschrift als presserechtlich Verantwortlicher eines inzwischen gegründeten kirchlichen Gewerkschaftskreises führten zu seinem Ausschluß aus der ÖTV. Der ÖTV-Hauptsvorstand bewertet diese Aktivität in seiner Ausschlußbegründung nun folgendermaßen:

„Das Ausschlußverfahren wurde damit begründet, daß der Kollege Wienberg wiederholt Flugblätter im Sinne des Presserechts verantwortlich gezeichnet hat, die von der ‚Nordelbischen Initiative' herausgegeben worden sind. Die ‚Nordelbische Initiative' ist eine Aktion des ‚Nordelbischen Arbeitskreis Kirche'. Der Kollege Wienberg hat im ‚Nordelbischen Arbeitskreis Kirche' mit ehemaligen ÖTV-Mitgliedern zusammengearbeitet, die wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen Bund bereits aus der Gewerkschaft ÖTV ausgeschlossen sind ..."

Diese Wahnsinn-„Argumentation" heißt im Klartext nicht anderes als: Sie werden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, weil Sie mit X zusammengearbeitet haben, der wegen Zusammenarbeit mit Y aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde. Wobei der „Witz" darin besteht, daß weder bei X noch bei Y konkretes „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" nachgewiesen wurde!

„Inhaltlich" wird dem Kollegen Wienberg lediglich vorgehalten: „*...In den erwähnten Flugblättern, die im Kirchenbereich und vor der Universität in Hamburg verteilt worden sind, sind massive Vorwürfe gegen die Gewerkschaft ÖTV (!) und die vom Bundesvorstand des DGB und dem Hauptvorstand der ÖTV beschlossenen Extremistenbeschlüsse enthalten.*"

Daß die ÖTV kritisiert worden wäre, ist eine plumpe Lüge, die nur von Leuten vorgebracht werden kann, die nichts anderes in der Hand haben. Richtig ist, daß die Vorstandspolitik in mehreren Fragen kritisiert wurde (u.a. in der Frage des „Extremistenerlasses").

Die Gewerkschaftsführer behaupten mit ihren frechen Vorhaltungen nichts anderes, als daß derjenige, der die „Extremisten"jagd kritisiert, selbst einer ist. Diese Gedankengänge sind wohlbekannt von bürgerlichen Politikern und sonstigen „Dienstherrn", die mit dieser Methode konsequente Demokraten zum „aktiven Einsatz für die FdGO" erpressen wollen.

ÖTV-Komitee
KB Gruppe Hamburg

Offener Brief an die Gesundheitssenatorin

Am 6.9.76 bin ich, Katrin Lipp, fristlos gekündigt worden. Bis dahin war ich als Lernschwester im AK St. Georg tätig. Als Kündigungsgrund wurden mir Unzuverlässigkeit und Fehltage zur Last gelegt. Ich meine, daß die Tatsache, daß ich mich gegen bestimmte Sachen gewehrt habe, zu meiner Kündigung geführt hat.

Wogegen wehre ich mich?

Weit verbreitet ist die Bereitschaft, den Personalabbau durch Ruinieren der eigenen Gesundheit aufzufangen. Viele Kollegen kommen selbst mit Fieber und dicker Erkältung zum Dienst und arbeiten, bis sie nicht mehr können. Eine eitrige Bindehautentzündung und Fieber hätten mich auch nicht hindern dürfen, auf Station zu arbeiten. Denn selbst als Schüler werde ich voll eingesetzt. Aus Mangel an examiniertem Personal müssen Schüler wie volle Kräfte arbeiten, sogar im Nachtdienst sind Schüler alleine! Während der Oberpfleger von Station C25 z.B. nie am Wochenende arbeitete, wurde ich von der Station wegversetzt, als ich ein Wochenende, an dem ich angeblich Dienst hatte, nicht kam. Der Dienstplan, der mit Bleistift geschrieben ist, kann jederzeit geändert werden. Wenn ein Schüler am Tag der Dienstplanänderung gerade Schule hat und am nächsten Tag dann arbeiten muß, ohne es zu wissen, so geht das auf sein Unzuverlässigkeitskonto, wie in meinem Fall. Ganz abgesehen davon, daß eine längerfristige Freizeitplanung sowieso nicht drin liegt.

Der Druck, der auf den Schwestern lastet, geht weiter an die Patienten!

Allgemein kann man sagen, daß für Prophylaxen und Grundpflege keine Zeit bleibt. Besonders trifft das alte Menschen und psychisch Kranke. So habe ich es erlebt, daß eine alte Patientin keine Anti-Dekubitusmatratze bekam, mit der Begründung: Die stirbt ja doch. Oder, als ich einem psychisch krankem Patienten die Haare waschen wollte, wurde mir gesagt, ich solle lieber Krüllrollen drehen. Aber auch „normale" Patienten bleiben nicht verschont. So habe ich auf zwei Stationen gesehen, wie eine Schwester eine Patientin alleine und ohne sterile Handschuhe kathetrisierte. Der Grund, aus dem sie so handelte war, daß sterile Handschuhe nur noch für Ärzte sein sollten und die Schwestern nur zu viert im Frühdienst waren. Macht eine Schülerin das beim Examen, fällt sie durch. Das heißt: Was nutzt das Erlernte, wenn man es in der Praxis nicht anwenden kann, weil keine sterilen Handschuhe da sind (Sparmaßnahmen) und nicht das nötige Personal!! Bei manchen Sachen habe ich mich gewundert, daß sich Patienten soviel gefallen lassen.

Beispiele: Auf der Hämatologie liegen Patienten mit mitgebrachten Liegen auf dem Flur. Auf der Chirurgie sind die OP-Programme so voll, daß Patienten auf der Station aufwachen und denken, sie seien schon operiert, dabei konnten sie den Tag nicht drankommen. Doch inzwischen weiß ich, daß kranke Menschen oft froh sind, überhaupt ein Bett zu bekommen. Ansonsten bleibt nur eine Privatklinik und wer kann sich das schon leisten. Also lassen sich viele Patienten alles gefallen!!

Was hat mich so fertig gemacht?

Außer den obengenannten Fakten, die ich eigentlich nie mit dem Beruf Krankenschwester verbunden hatte (jedenfalls nicht, bevor ich meine Ausbildung anfing), waren das konkrete Ereignisse auf den Stationen und einige „Gespräche" mit der Oberin. Meine letzte Station F3 war vorher für einige Zeit für Schüler gesperrt. Mit dem Ausspruch, man müsse mich besonders rannehmen, wurden mir dort die schönsten Arbeiten aufgetragen: Ich durfte den Verbandswagen reinigen, natürlich mit allem, was dazu gehört – Flaschen, Tuben, Korken. Dann sollte ich den alten Patienten die Nägel säubern und schneiden. Auch Blumenvasen putzen und dreimal am Tag Gläser abwaschen gehörten dazu. Ich habe nichts gegen Sauberkeit und Grundpflege im Krankenhaus, aber wenn eine Schülerin das alleine machen muß, ist das Schikane.

Strafe für was?

Dafür, daß ich mich gewehrt habe. Auf Station 25 habe ich nicht mit Fieber gearbeitet. Ich habe nicht eingesehen, daß nur Schwestern in die Küche sollen. Wollte nicht die Tage, die ich angeblich mit meiner Krankheit abgegolten hatte, nacharbeiten. Die Quittung dafür: Ich wurde einen Tag lang total fertig gemacht. Die Frage, ob ich noch beim Bettenmachen helfen könne, wurde mit Tür vor der Nase zuschlagen beantwortet. Ich sollte frühstücken, wo der Pfeffer wächst, und als Krönung wurde ein Brief an die Oberin geschrieben, in dem meine Wegversetzung verlangt wurde. In meiner Stationsbeurteilung bekam ich eine Fünf!

Ein düsterer Freundeskreis steht hinter mir!

Nicht nur ich alleine war an meinem „Schicksal" schuld, sondern auch mein düsterer Freundeskreis! Angeblich wurde ich an einem Tag, als ich krankgeschrieben war, beim Flugblätter verteilen gesehen (Zeugen gab es allerdings dafür nicht, mir ist jedenfalls keiner bekannt). So etwas würde der Berufsehre schaden. So schnell wurde ich in die Ecke der totalen Finsternis und des Chaotentums gedrängt. Da konnten eben keine Argumente mehr herhalten.

Trotzdem will ich weitermachen!

Einerseits muß ich sagen, daß mir meine Kündigung nach dem letzten Jahr voller Schwierigkeiten erstmal als große Erleichterung vorkam. Auf der anderen Seite habe ich eine Ausbildung als Lernschwester begonnen, um später als Krankenschwester zu arbeiten. Trotz der Schwierigkeiten, denen man im Krankenhaus ausgesetzt ist, möchte ich in diesem Beruf weiterarbeiten! Außerdem bin ich zu der Ansicht gekommen, daß, wenn die Situation im Krankenhaus so weitergeht, Kollegen und Patienten völlig kaputtgehen. Und wenn uns Krankenhausleitung und Gewerkschaftsführung zehnmal vorrechnen, daß das Personal ausreicht und die Patienten maximal versorgt seien. Sollen die Herrschaften, die die „Sparmaßnahmen" erfunden haben, doch mal auf Station arbeiten oder sich als normaler Patient behandeln lassen! Für mich bedeutet diese Kündigung ein Berufsverbot. Ich werde in einem Hamburger Staatlichen Krankenhaus nicht mehr arbeiten können. Deshalb werde ich gegen meine Entlassung kämpfen. Hier reicht nicht mehr der leere Spruch, daß Krankenpflege mehr als ein Beruf sei, mit dem so gern jedes Aufmucken immer wieder niedergehauen wird.

Katrin Lipp

zu dem Artikel über die Post und die privaten Paketdienste in AK Nr. 88

An einer wichtigen Stelle fehlte in dem Artikel das Wort „nicht". Richtig muß es heißen:

Nach Gscheidles Meinung sind im Paketdienst noch 10.000 Arbeitskräfte zu viel beschäftigt, wie er in einem Gespräch der Postgewerkschaft mitteilte. Fast jeder Vierte von den insgesamt 45.000 Kollegen im Paketdienst soll also nach Planung des Bundespostministeriums (BPM) raus – und zwar allein durch weitere und schärfere Anwendung der Bemessungsverfahren. Abbau von Arbeitsplätzen aufgrund eventuellen zukünftigen Verkehrsrückganges oder aufgrund neuer Techniken (z.B. Behälterverkehr, Einbau von Codieranlagen an älteren Paketämtern usw.) ist bei den 10.000 Entlassungen nicht mit drin.

Postzelle
KB/ Gruppe Hamburg

Krankenhaus St. Georg, Hamburg

„Wenn es so weitergeht, gehen wir alle, Patienten und Kollegen, kaputt"

Mitten aus dem Unterricht in der Schwesternschule des Krankenhauses St. Georg wurde Anfang September eine Schülerin geholt und zur Oberin zitiert. Dort bekam sie ihre Kündigung wegen „Unzuverlässigkeit" ausgesprochen und mußte sofort das Gelände verlassen. Die DAG- und ÖTV-Mitglieder im Personalrat haben der Kündigung zugestimmt.

Dieses brutale Vorgehen ist nur der vorläufig letzte Schritt einer Folge von Maßnahmen, mit denen von verschiedenen Angehörigen des pflegerischen Leitungspersonals versucht wurde, diese Kollegin zur Anpassung zu zwingen.

Nach einer Serie von Selbstmordversuchen, die überwiegend von Schwesternschülerinnen und Pflegeschülern unternommen wurden und von denen zwei tödlich ausgingen, zeigt dieser Rausschmiß und seine Vorgeschichte, welche die Kollegin in einem „offenen Brief" an die Gesundheitssenatorin dargestellt hat und den wir nachfolgend abdrucken, wie stark der physische und psychische Druck ist, der gerade auch auf den auszubildenden Kollegen im Krankenhaus lastet.

Daher ist der Aufbau einer solidarischen, aktiven gewerkschaftlichen Front im Krankenhaus St. Georg (und darüberhinaus in den anderen Hamburger Krankenhäuser), die zum einen Widerstand gegen die menschenfeindlichen Sparmaßnahmen entwickelt und die zum anderen allen Kolleginnen und Kollegen, in Schwierigkeiten Schutz gewährt und den Rücken stärkt unerläßlich.
Solidarität mit Katrin Lipp!

ÖTV-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

ÖTV-Führung zerschlägt fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit

Göttingen: Am 9.September wurde auf Beschluß des Kreisvorstandes Göttingen der ÖTV in Übereinstimmung mit dem Bezirksvorstand Hannover die Hauptabteilung Gesundheitswesen aufgelöst! Die Auflösung ist die Krönung einer Reihe von Maßnahmen, die seit Monaten die gewerkschaftliche Arbeit systematisch behindert haben: Keine Einladungen und keine Räume im Gewerkschaftshaus für die fortschrittlichen Kollegen, Mißachtung des Beschlusses zur Durchführung einer Gesamtvertrauensleutekonferenz während der Tarifrunde, systematisches Hinauszögern einer gemeinsamen Kundgebung von ÖTV, GdE und GdP, keinerlei Protest gegen das vom Kurator verhängte Raumverbot für gewerkschaftliche Veranstaltungen an den Uni-Kliniken und zuguterletzt wurden Kollegen, die auf einer fortschrittlichen Personalratsliste kandidierten, von einem Seminar zu den Personalratswahlen ausgeschlossen.

Die Hauptabteilung Gesundheitswesen war eine überbetriebliche Einrichtung der ÖTV Göttingen. Die Sitzungen waren für jeden interessierten Kollegen zugänglich. Die Hauptabteilung war der einzige Rahmen, in dem gewerkschafliche Fragen über die Grenzen des Betriebes hinausgehend diskutiert werden konnten und auch Kollegen aus Bereichen, in denen kein Vertrauensleutekörper existiert, die Möglichkeit hatten, sich an der gewerkschaftlichen Arbeit zu beteiligen. Die Boykottmaßnahmen des Vorstandes setzten ein, als sich abzeichnete, daß die Mitglieder der Hauptabteilung eine Gewerkschaftspolitik verfolgten, die mit den Vorstellungen der Gewerkschaftsführung nicht übereinstimmte. Die Auflösung der Abteilung Gesundheitswesen erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo die Vorbereitungen der Personalratswahlen, das hieß Erarbeitung eines Programmes, das die Grundlage für die Arbeit von ÖTV-Kollegen in den jeweiligen Personalräten darstellt, angelaufen waren. Was die Gewerkschaftsführung mit diesem Vorhaben bezweckt, ist deutlich: Säuberung der ÖTV von fortschrittlichen Kollegen, um die Mitglieder der Vorstandslinie widerstandslos unterordnen zu können; zum anderen soll die Liquidierung der Linken

Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

vorangetrieben werden. Wie skrupellos die Gewerkschaftsführung dabei vorgeht, zeigt ein Papier, das bereits kurz nach den Ausschlußanträgen gegen fortschrittliche ÖTV'ler auf den Stationen kursierte und in dem Namen und Arbeitsstelle der Ausgeschlossenen aufgeführt sind. Sicherlich ist dies Papier nur der Auftakt für den Rauswurf der Betroffenen aus den Kliniken.

Für die gewerkschaftlich organisierten Kollegen stellt sich jetzt die Frage, wie und in welcher Form die weitere Arbeit gewährleistet werden kann, die notwendig zu weiteren Konfrontationen mit der Gewerkschaftsführung führt, will man sich nicht freiwillig der Vorstandslinie unterordnen.

Als erstes sollen Mitgliederversammlungen an den einzelnen Kliniken durchgeführt werden, auf denen die Machenschaften der Gewerkschaftsführung und die Forderungen: Wiedereinrichtung der Hauptabteilung, Neuwahl der Delegierten, Anerkennung der Vertrauensleute und Zurücknahme der Ausschlußanträge, diskutiert werden sollen. Als nächstes muß versucht werden, die Vertrauensleutekörper auch für überbetriebliche Arbeit zu nutzen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist allerdings offen, inwieweit dies gelingen wird, da ein großer Teil der Vertrauensleute unter den Ausgeschlossenen ist und die nachrückenden, zum großen Teil sozialdemokratischen Kollegen, sich bisher nicht gerade durch aktive Arbeit hervorgetan haben.

Den Vorschlag, 1. von den Teilnehmern der sang- und klanglos aufgelösten Hauptabteilung Gesundheitswesen ein Flugblatt herauszugeben, das die Kollegen über die Schweinereien der Gewerkschaftsführung informiert und 2. den bestehenden Arbeitszusammenhang in der Gewerkschaft, der ein relativ breites Spektrum fortschrittlicher Kollegen umfaßte, erst einmal aufrecht zu erhalten, lehnten die Rechtsopportunisten vom KBW mit dem Hinweis auf angebliche „RGO-Politik" (spalterische Gewerkschaftspolitik) ab.

Der Verzicht auf die Zusammenfassung aller fortschrittlichen Kräfte und auf eine von diesem Zusammenschluß ausgehende konsequente Arbeit für die Interessen der Kollegen auch in der Gewerkschaft bedeutet letztlich die Kapitulation vor dem offensiven, auf Zerschlagung jeder kämpferischen Politik, ausgerichtetem Vorgehen der Gewerkschaftsführung.

KB/Gruppe Göttingen



ausländische Arbeiter in der BRD

Leserbrief: Kapitalistenwillkür

Am 10.9.76 wurde dem Kollegen Negede aus West-Afrika bei der Spirituosenfirma „Transvino" fristlos gekündigt. Er hatte sich am Vortag gegen Feierabend geweigert, Überstunden zu machen. Er wollte unmittelbar nach Arbeitsschluß wegen seines Rückenleidens, das er sich bei seiner Packertätigkeit eingehandelt hatte, zum Arzt gehen.

Als der Kollege am 10.9. zur Arbeit kam, wurde er sofort wieder nach Hause geschickt. Dies zeigt die verschärfte Unterdrückung der ausländischen Kollegen in der BRD und auch, daß sich die Kapitalisten einen Dreck um die Gesundheit der Arbeiter scheren. Der Kommentar des Kollegen N. war dann auch ganz treffend: *„In Deutschland ist es schlimmer als in West-Afrika".*

Was für Verhältnisse bei der Firma „Transvino" herrschen, zeigt auch die Tatsache, daß der Kapitalist der Belegschaft keinen Betriebsrat zugesteht und jeder, der dieses Thema zur Sprache bringt, sofort auf die Straße gesetzt wird.

Weiterhin kennzeichnen diesen Betrieb: Regelmäßige Überstunden, so gut wie keine Sozialleistungen, 42 1/2-Stunden-Woche, 18 Tage Urlaub (wobei die Samstage als Urlaubstage gerechnet werden, obwohl samstags nicht gearbeitet wird) usw.

Aufgrund dieser Verhältnisse und der ständigen Repressionen seitens des Kapitalisten gibt es unter der Belegschaft kaum einen Zusammenhalt. Die Firma „Transvino" ist ein Beispiel für die Notwendigkeit, daß sich die Kollegen zusammentun; nur so kann man der Kapitalistenwillkür entgegentreten.

B.T., Westberlin

Vier Jahre Verbot von GUPS und GUPA – Vier Jahre verschärfte Ausländerverfolgung

In diesem Herbst jährt sich zum vierten Mal das Verbot von GUPS (Generalunion Palästinensischer Studenten) und GUPA (Generalunion Palästinensischer Arbeiter). Am 3. Oktober 1972, einen Monat nach den Ereignissen bei den Olympischen Spielen in München, bei denen westdeutsche Spezialeinheiten (Vorläufer der MEKs) palästinensische Geiselnehmer erschossen und den Tod ihrer israelischen Geiseln verursachten, verfügte das Bundesinnenministerium unter seinem damaligen Chef Genscher:

- GUPS und GUPA werden verboten und aufgelöst;
- ihr Vermögen wird beschlagnahmt und eingezogen;
- diese Verfügung ist sofort zu vollziehen.

Um 17.00 Uhr desselben Tages begann daraufhin im gesamten Bundesgebiet eine Polizeiaktion gegen Araber und Palästinenser, die in der BRD bis heute ihresgleichen sucht. Bis zum 5. Oktober wurden in 18 Städten *„40 bis 50 Araber seit der Verkündung des Verbots festgenommen ... und entweder sofort ausgewiesen oder in Abschiebehaft genommen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.10.72).

Dabei bedienten sich die westdeutschen Behörden – wie so oft, wenn es um die „innere Sicherheit" der Kapitalisten geht – Methoden, die dem gern beschworenen „Rechtsstaat" Hohn sprechen.

In Nacht- und Nebelaktionen wurden Studentenwohnheime und Wohnungen arabischer Studenten und Arbeiter von schwerbewaffneten Polizisten umstellt und durchsucht – zum Teil ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl! Vielen der abgeschobenen Araber wurde die Wahrnehmung von Rechtsmitteln, d. h. ein Widerspruch, der aufschiebende Wirkung hätte oder gar zur Aufhebung der Ausweisung führen könnte, genauso verweigert wie der Kontakt mit Anwälten oder Angehörigen.

Von langer Hand vorbereitet

Diese zentral gesteuerten Großaktionen gegen Ausländer arabischer oder palästinensischer Herkunft kamen keineswegs überraschend. Ihnen sind vielmehr juristische und propagandistische Schritte vorhergegangen, die sie in dieser Form erst ermöglichten.

Im Rahmen der „Anarchisten-Jagd" verabschiedete der Bundestag im Sommer 1972 das sogenannte „Querschnittsgesetz" zur „Inneren Sicherheit". Es enthält u. a. einschneidende Veränderungen des Ausländer-, Versammlungs- und Vereinsgesetzes (Verschärfung der Einreise-, Paß- und Meldebestimmungen, der Auflagen für politische Veranstaltungen und die Gründung von Ausländerorganisationen). In einer Vorlage des Bundesinnenministeriums zur Änderung des Ausländergesetzes, deren Inhalte inzwischen Bestandteil der Ausführungsbestimmungen des Ausländergesetzes sind, hieß es, daß die *„Beeinträchtigung der auswärtigen Belange der BRD"* zum Verbot der politischen Betätigung von Ausländern und deren Ausweisung führen kann. Die besondere Erwähnung der „auswärtigen Belange" war neu und kam u. a. auf Druck des Iran und Israels zustande.

Darunter wäre zum Beispiel vom Innenministerium beispielsweise verstanden:

- *„Beleidigungen und Verunglimpfungen ausländischer Staatsoberhäupter und Regierungschefs";*
- *„Propaganda gegen ausländische Regierungen mit dem Ziel der Liquidierung derselben"*

(Zitate aus: „BRD, Israel und die Palästinenser", Pahl-Rugenstein Verlag, Seite 137/38).

In der Konsequenz kann damit jede kritische Stellungnahme und politische Aktion von Ausländern zur Lage in ihrer Heimat verboten werden. Im Winter 1973/74 durfte die CISNU (der iranische Studentenverband) zum Beispiel in der gesamten BRD keine Demonstration gegen das Schah-Regime durchführen („Al Tahrir" Nr. 5, Nov. 1974, Seite 25).

Des weiteren wurde die Ausländerbespitzelung von der Ausländerpolizei auf den Verfassungsschutz übertragen. Dazu waren Grundgesetz- und Verfassungsschutzgesetzänderungen nötig. Allerdings bleibt festzuhalten, daß damit nur bereits bestehende Praxis rechtlich abgesichert wurde.

Propagandistisches Trommelfeuer

Das Verbot von GUPS und GUPA sowie die Gesetzesänderungen wurden mit der besonderen „Gefährlichkeit" der fortschrittlichen Ausländergruppen begründet. In der Verbotsverfügung von GUPS und GUPA hieß es u. a.: *„Geheimhaltung ihrer wirklichen Zielsetzung", „Konspiration", „gefährdet die GUPS die innere Sicherheit", „bekennt sich die GUPS zu Gewalt und Terror", „an verschiedenen Gewaltaktionen ... beteiligt"* (Zitate nach: „Der neue Antisemitismus", Trikont-Verlag, Seite 11 - 15).

Die bürgerliche Presse, Funk und Fernsehen waren schon vor den Münchner Ereignissen voll von Horrormeldungen über angeblich geplante Anschläge in- und ausländischer „Terroristen". Nach den Olympischen Spielen wurde die Hetze noch um ein vielfaches gesteigert. Schlagzeilen der „Bild-Zeitung" aus gut einer Woche geben ein anschauliches Bild:

- *„Neues Blutbad droht: 11 Terrorakte beschlossen"* (13.9.72)
- *„Beckenbauer und seine Elf von Terroristen bedroht"* (14.9.72)
- *„Terroristen wollen Schiffe sprengen"* (16.9.72)
- *„Terroristen könnten leicht deutsche Flugzeuge sprengen"* (20.9. 1972)
- *„Fünf Araber planen neues Blutbad"* (22.9.72).

Auf diesem juristischen und propagandistischen Hintergrund wurden nach den Münchner Ereignissen (am 5.9.72) bis Anfang Oktober mindestens 255 Palästinenser ausgewiesen (aus: „BRD, Israel und die Palästinenser", Seite 108).

Der Fall Helen Abu Hadid

Die Skrupellosigkeit der westdeutschen Behörden bei den Abschiebungen im September und Oktober 1972 macht der Fall der arabischen Studentin Helen Abu Hadid deutlich. Helen, die an einer Unterleibserkrankung litt, wurde gezwungen, ihre Wohnung innerhalb von fünf (!) Minuten zu verlassen. Sie wurde umgehend nach Israel (!) abgeschoben. Die Innenbehörde Hamburgs behauptete, sie sei auf eigenen Wunsch dorthin geflogen worden, ihren Anwälten gegenüber hatte Helen jedoch eidesstattlich erklärt:

„Meine Ausweisung nach Israel oder Jordanien würde meinen sicheren Tod bedeuten" („Hamburger Morgenpost", 22.9.72).

Wenige Tage später, am 29.9., meldete die „Morgenpost", daß Helen in Israel verhaftet wurde. Sie werde an einem unbekannten Ort festgehalten und verhört. Die „Palästina-Agentur" dagegen sprach davon, daß Helen *„unter mysteriösen Umständen"* auf dem Weg nach Israel gestorben sei („MoPo", 29.9.72).

Soweit uns bekannt ist, hat man seitdem nichts wieder von ihrem Schicksal gehört.

Diese Abschiebungspraxis entlarvt die Worte bürgerlicher Politiker wie des ehemaligen SPD-Innensenators Ruhnau als Täuschungsmanöver, der verkündet hatte, die Innenbehörde *„gebe den Betroffenen ausreichend Zeit für Rechtsmittel und schiebe niemanden in ein Land ab, in dem er persönlich gefährdet sei"* („MoPo", 28.9.72).

Rechtsbrüche am laufenden Band

In einer Ausweisungsverfügung vom 20.9.72 gegen einen Jordanier machte die Hamburger Behörde sogar schwarz auf weiß klar, daß für sie die Rechte der Ausländer nur ein Dreck sind. Es heißt dort:

– *„Die Anordnung der sofortigen Vollziehung (ist) dringend geboten, um auszuschließen, daß sie durch die Einlegung von Rechtsmitteln und den damit verbundenen Suspensionseffekt* (= aufschiebende Wirkung – AK) *ihre sofortige Entfernung vereiteln"* (Zitat aus: „Der neue Antisemitismus", Seite 10).

In derselben Verfügung zeigt der bürgerliche Staat auch, daß er Ehe und Familie nur dann „schützt" (oft gegen den Willen eines oder beider Betroffenen), wenn sie ihm zur Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung dienen. Im Fall von mißliebigen Ausländern setzt er sich über bestehende Grundrechte hinweg:

„Sie sind seit dem 27.7.1967 mit der deutschen Staatsangehörigen ... verheiratet. Ihr daraus resultierendes an sich (!) schutzwürdiges Interesse gemäß Artikel 6 des Grundgesetzes an einem weiteren Verbleiben im Bundesgebiet vermag das öffentliche Interesse an Ihrer Entfernung aus dem Geltungsbereich des Ausländergesetzes nicht zu überwiegen."

Kommentar überflüssig!

Direkte Zusammenarbeit von BRD und Israel

Neben der innenpolitischen Bedeutung der Aktionen gegen die Palästinenser und Araber in der BRD (Abbau der demokratischen Rechte, Verhetzung der Bevölkerung) verdient ein weiterer Gesichtspunkt die Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit: die direkte Zusammenarbeit zwischen westdeutschen und israelischen Behörden.

So kann sich der israelische Geheimdienst in der Bundesrepublik nicht nur völliger Bewegungsfreiheit erfreuen, sondern er lieferte im Fall der Ausweisungen dem BRD-Staatsapparat wichtige Zubringerdienste von Informationen, und zwar so offensichtlich, daß sogar die pro-zionistische „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zugeben mußte, *„daß die Verdächtigungen hauptsächlich aus israelischen Quellen herrühren"* („FAZ", 29.9.72).

Eine der Methoden der israelischen Schnüffler wurde in derselben Ausgabe der „FAZ" ebenfalls geschildert:

Als 1969 der damalige Außenminister Israels, Ben Nathan, eine provokatorische Vortragsreise durch westdeutsche Universitäten unternahm, rief er damit den berechtigten Protest fortschrittlicher Araber und Palästinenser hervor. Die protestierenden Araber wurden von fotografierenden Israelis registriert. Die „FAZ" freute sich: *„Das war ein glänzender Coup des israelischen Geheimdienstes".*

Nicht nur der israelische, sondern ausnahmslos alle faschistischen Geheimdienste können in der BRD auf völlige Handlungsfreiheit und Zusammenarbeit mit ihren westdeutschen „Kollegen" zählen. So ist der demokratischen Öffentlichkeit noch die Entführung von fortschrittlichen koreanischen Intellektuellen durch den südkoreanischen Geheimdienst in Erinnerung. Und erst kürzlich veröffentlichte der „Spiegel" (Nr. 37, 6.9.76) Dokumente, die die Zufriedenheit des iranischen Geheimdienstes SAVAK mit der Unterstützung durch BRD-Botschaften und -Konsulate zum Ausdruck bringen.

Weiterreichende Pläne

Im Zusammenhang mit dem GUPS- und GUPA-Verbot war es kein Wunder, daß ebenfalls ein Verbot der iranischen Studentenorganisation CISNU erwogen wurde („FAZ", 29.9.72), denn dieser Verband stand schon seit Jahren auf Betreiben des faschistischen Schah-Regime im Kreuzfeuer der Angriffe durch die bundesdeutschen Behörden und Politiker.

Die CSU/CDU ging gleich noch einen Schritt weiter und forderte das Verbot von insgesamt über fünfzig (!) fortschrittlichen Ausländerorganisationen („Der neue Antisemitismus", Seite 25).

Damit werden die Dimensionen deutlich, die sich mit den reaktionären Ausländergesetzen ergeben haben.

Die alltägliche Praxis der Ausländerverfolgung seit dem GUPS- und GUPA-Verbot beweist, daß auf lange Sicht geplant ist, die politische Betätigung fortschrittlicher Ausländer einzuschränken bzw. zu unterbinden. Dies gilt sowohl für die Informationstätigkeit über ihre Heimatländer als auch für ihre Beteiligung am Klassenkampf in der BRD (z. B. bei Streiks):

- Ausländer, die sich an Streiks beteiligen und von den Kapitalisten gefeuert werden, werden sofort abgeschoben (derartige Fälle gehen fast immer klammheimlich über die Bühne, da sich die bürgerliche Presse ihrer nicht annimmt);
- für Araber wurden zwar die Einreisebedingungen erleichtert, doch gingen die Verhaftungen und Abschiebungen – allerdings in weniger spektakulärem Umfang – weiter und erreichten einen neuen Höhepunkt anläßlich der Fußballweltmeisterschaft 1974 („Al thaura", Nr. 11, 4/73 und Nr. 4, 5/74);
- Demonstrationen der Perser werden kaum noch erlaubt (als scheinheilige Verschleierung der Komplizenschaft mit dem Schah dient hier seine angebliche Drohung mit Ölboykott, sollte die BRD den oppositionellen Persern gegenüber zu „nachsichtig" sein).

Die Verbotsdrohung schwebt heute über allen fortschrittlichen Ausländerorganisationen: Die Gesetze dafür sind vorhanden, die Polizei hat bewiesen, daß sie zu ihrer Durchsetzung in der Lage ist und die bürgerliche Propaganda ist unablässig bemüht, Ausländerfeindlichkeit und nationale Überheblichkeit zu schüren.

Darüber hinaus ist ein wesentliches Mittel zur Isolierung fortschrittlicher Ausländerorganisationen ihre Diffamierung als „kriminell" oder „terroristisch", was bereits beim GUPS- und GUPA-Verbot und der Einreiseverweigerung für chilenische Flüchtlinge erfolgreich durchgeführt wurde.

Alle diese Maßnahmen richten sich jedoch nicht ausschließlich gegen Ausländer.

Palästinenser, die 1972 im Bonner Büro der Arabischen Liga aus Protest gegen die Abschiebungswelle einen Hungerstreik durchführten, schrieben in einer öffentlichen Erklärung:

„Dieses Verbot ist eine Probe auf's Exempel und bereitet ähnliche Maßnahmen in naher Zukunft vor, die gegen andere ausländische und deutsche Organisationen gerichtet sind ... Was heute mit Hilfe des Ausländergesetzes gegen uns erfolgt, wird morgen, auf der Grundlage des Notstandsgesetzes, gegen die Bevölkerung der BRD geschehen" (zitiert nach: „Der neue Antisemitismus", Seite 22 - 23).

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

Weg mit dem Verbot von GUPS und GUPA!
Kampf dem reaktionären Ausländergesetz!
Gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft!

Emigrantenzelle

Präsidentschaftswahlen in den USA

Seit nunmehr gut einem Jahr laufen in den USA die Vorbereitungen zu den Präsidentschaftswahlen. Die Vorwahlen, in denen nach dem Vorbild der Werbeindustrie Millionen Dollar für die einzelnen Kandidaten verpulvert wurden (so, als gelte es, Waschmittel zu verkaufen) und die anschließenden Parteitage sind inzwischen abgeschlossen. Insbesondere die Parteitage der beiden großen Parteien, der Demokratischen Partei im Juli in New York und der Republikanischen Partei in Kansas City im August haben allein von ihrer äußeren Erscheinung die totale Verkommenheit bürgerlicher Politik in den USA allzu deutlich offenbart; einem Vergleich mit dem Mainzer Karneval halten sie allemal stand.

Übriggeblieben bei diesem Mummenschanz sind jetzt als Präsidentschaftskandidaten Ford bei den Republikanern und Carter bei den Demokraten. Beide Kandidaten, weit davon entfernt in den Konzeptionen zukünftiger amerikanischer Politik nach innen und außen tatsächliche Alternativen zu vertreten, wetteifern vor den amerikanischen Wählern allein darum, wer in der Innen- und Außenpolitik des US-Imperialismus die reaktionärsten und aggressivsten Positionen vertritt. Während noch in den früheren Präsidentschaftswahlen bei einzelnen Kandidaten scheinliberale Positionen eine Rolle spielten (erinnert sei an Kennedy, der gegen Nixon mit einem demagogischen, von sozialen Phrasen bestimmten Programm antrat, oder selbst an den Kriegsverbrecher Nixon, der einen „Feldzug gegen die Armut" versprach), findet man bei Ford und Carter derartige Positionen kaum noch. Beide haben sich in ihren Programmen, die sich zumeist wie ein Ei dem anderen gleichen, von derartigem Schmus entledigt und vertreten unverhohlen und offen reaktionäre, imperialistische Politik.

Das ist keineswegs zufällig. Nach der sich abzeichnenden Niederlage des US-Imperialismus in Indochina wurde ein Großteil seiner Kräfte außenpolitisch durch den Rückzug und die Neugruppierung seiner weltweiten Kräfte gebunden, um zum Teil von neuen Positionen (die durch den Befreiungskampf erzwungen waren) und mit einem verstärkten Angriffspotential zukünftig weltweit seine strategischen Interessen gegen die Völker durchsetzen zu können.

Innenpolitisch entsprach dieser Übergangsphase der US-Außenpolitik eine politische Krise, wie sie vor allem in den starken Protesten gegen den Vietnam-Krieg, den Enthüllungen über die CIA-Verbrechen und Watergate (über das sogar ein Präsident „stürzte"), zum Ausdruck kam; einem Prozeß, der in der bürgerlichen BRD-Presse verlogen und dramatisch als „Selbstzerfleischung der amerikanischen Demokratie" dargestellt wurde.

Heute kann davon ausgegangen werden, daß der US-Imperialismus diese schwierige Phase seiner Entwicklung vorübergehend überwunden hat. Innenpolitisch sind die Themen „CIA" und „Watergate" weitestgehend „erledigt", ohne daß sich diese zu einer tatsächlichen Krise des amerikanischen Herrschaftssystems oder auch nur einer stärkeren öffentlichen Kontrolle der staatlichen Einrichtungen entwickelt hätten.

Auch außenpolitisch ist diese Übergangsphase abgeschlossen und der US-Imperialismus schickt sich zu neuen, noch größeren Aggressionen gegen den Befreiungskampf der Völker an. Deutlich wurde dies sowohl durch seine Angola-Politik, die unverhüllten Kriegsdrohungen gegenüber Cuba, den afrikanischen Befreiungsbewegungen, Korea usw. usf., als auch die Drahtzieherrolle der USA im Nahen Osten.

Wenn daher heute beide Präsidentschaftskandidaten allein um die reaktionärsten Positionen wetteifern, so geht es hier vor allem darum, neue und größere Aggressionen gegen den anwachsenden Befreiungskampf der Völker der Welt vorzubereiten und im amerikanischen Volk hierfür „Stimmung" zu machen und eine breite Zustimmung zu erlangen.

Wir wollen in diesem Artikel insbesondere über die Positionen des bislang unbekannten Großgrundbesitzers, vielfachen Millionärs und religiösen Sektierers (Baptisten-Prediger) Jimmy Carter berichten.

Carter selbst baut sich als „Erneuerer" amerikanischer Politik auf und knüpft damit an die Erfahrungen mit „CIA" und „Watergate" an. Es wird sich zeigen, daß dies nicht mehr als nur ein mieser Trick ist, um sich gegenüber seinem Konkurrenten besser „verkaufen" zu können.



Showmaster Carters "Späße" für die Presse...

Jimmy Carter – ein Heiliger mit Pferdefuß

Von sich selbst behauptet der 51-jährige Baptistenprediger, er habe *„vor neun Jahren ein besonderes Verhältnis zum Heiland entwickelt"*, er *„verkündet das Gute, die Liebe und die große innere Kraft unseres Volkes... Ich glaube, daß die Menschen in diesem Lande nach einer geistigen Erneuerung hungern"* und gleichzeitig fordert er die Rückkehr zu den Moralvorschriften von vorgestern.

Carter verspricht eine Regierung, die *„gut, wahrhaftig, ehrlich und von Liebe erfüllt ist"*, es aber auch nicht an *„Kraft, Phantasie und aggressiver Führung"* fehlen läßt. *„Ich werde sehr stark auf die Wirtschaftsführer (!) vertrauen, die mir in der Regierung helfen werden."*

Daß die Kapitalisten ihm auch jetzt schon auf die Sprünge helfen, haben Lookheed, General Motors, Coca Cola, Chrysler, Ford und viele andere mit reichlichen Wahlkampfspenden bewiesen.

Außer jenen stehen noch andere „Millionen" hinter ihm:
- Der Führer der Automobilarbeiter-Gewerkschaft, Leonard Woodcock;
- der schwarze Bürgermeister von Detroit, Colemann Young – nur einer von vielen;
- einflußreiche Kirchenkreise.

Das großbourgeoise „Wallstreet-Journal" weiß schon, was es sagt, wenn es Carter anerkennend als „den machthungrigsten Politiker unserer Zeit" bezeichnet.

Carters außenpolitische Positionen

Carters wahres Gesicht offenbart sich bereits in seinen durch und durch aggressiven außenpolitischen Positionen.

Carter fordert die *„Wiederaufnahme der amerikanischen Führungsrolle in der Weltpolitik und die Stärkung der Partnerschaft mit Westeuropa und Japan"*, damit einhergehend eine Stärkung der NATO. Gegenüber der Sowjetunion schlägt er einen härteren Ton an. Das auf dem Parteitag im Juli verkündete Programm ist deutlich: *„Osteuropa wird nicht wahrhaft ein Gebiet der Stabilität sein, wenn diese Länder nicht ihre Unabhängigkeit zurückgewinnen."*

Aggressive Aktionen kündet er auch gegenüber dem Befreiungskampf der Völker der „Dritten Welt" an: *„Frieden ist nicht allein das Fehlen von Krieg. Frieden ist Aktion, um den internationalen Terrorismus auszulöschen."* In diesem Sinne bejubelte der Parteitag denn auch die israelische „Aktion" von Entebbe.

Auch der Vietnamkrieg fand bis zuletzt die volle Unterstützung Carters. Als der Mörder Calley im April 1971 verurteilt wurde, bezeichnete er dieses Urteil als *„einen Schlag gegen die Truppenmoral"*. Er ordnete als Gouverneur des Bundesstaates Georgia einen „American Fighting Men's Day" (Tag der kämpfenden Männer Amerikas) an. Dazu sollten alle Autofahrer als Zeichen der „Solidarität" mit Calley tagsüber mit Scheinwerferlicht fahren.

Als durch die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere bekannt wurde, daß die US-Regierung ihre Ak-

der Pentagon-Papiere bekannt wurde, daß die US-Regierung ihre Ak-

tivitäten in Vietnam mit Lügen verdeckt hatte, forderte Carter ein Gesetz, um derartige Veröffentlichungen zu verbieten.

Angesichts dieser eindeutigen Festlegungen Carters auf eine reaktionäre Innenpolitik und aggressive Außenpolitik muß man schon auf den Kopf gefallen sein, um Carter noch als einen „Erneuerer" amerikanischer Politik zu bezeichnen. Noch mehr Aggression, das ist Carters Linie.

Umso interessanter erscheinen uns in diesem Zusammenhang „Einschätzungen" der Revisionisten, die die Dinge total auf den Kopf stellen. So schreibt die italienische KP-Zeitung „L'Unita": *„...ein Mann, der imstande ist, die Amerikaner um ein vorsichtiges Erneuerungsprogramm zu vereinen und nicht zu spalten."* Und die Budapester „Magyar Hirlap" phantasiert: *„Wir meinen, er ist ein Mann der Mitte, was unter den derzeitigen Umständen und besonders nach Nixon nicht schlecht ist."*

Carters innenpolitische Positionen

Rücksichtslose Unterdrückung propagiert Carter auch nach innen: Kurz nach dem Mord an vier Studenten in der Kent State University, erzählte er Reportern, daß er *„nicht zögern werde, die Nationalgarde mit scharfer Munition und Todesschußbefehl einzusetzen, um die Studentenunruhen niederzuschlagen"* („Atlanta Constitution", 27.10.70).

Da ist es natürlich auch kein Wunder mehr, wenn Carter unumwunden einem Faschisten wie dem Gouverneur Wallace seine Ehrerbietung ausdrückt: *„Ich habe nie anderes als höchste Verehrung für Gouverneur Wallace empfunden"* („Harpers", März 1976).

Wie Wallace unterstützt es auch Carter, wenn weiße Rassisten in den USA *„versuchen, die Rassenreinheit (!) ihrer Viertel zu erhalten"* und vor allem schwarzen Amerikanern den Zuzug in ihre Wohngebiete mit Gewalt verbieten wollen (nach „New York Daily News", 2.4.76).

Das, was Carter seinen Wählern als „Sozialprogramm" empfiehlt, besteht tatsächlich nur noch aus sozialen Einsparungen:

So plant er, 10 % der Amerikaner, die auf den Wohlfahrtsempfängerlisten eingeschrieben sind, kurzerhand den weiteren Bezug der Gelder zu sperren; wer sich unter Carters Präsidentschaft weigern wirde, einen einmal angebotenen Job anzunehmen, würde automatisch keinerlei staatliche Unterstützungen mehr erhalten; Carter will sich zudem Vollmachten erteilen lassen, Lohn- und Preis(?)-Erhöhungen rückgängig machen zu können (nach „Welt", 18.6.76).

Mit wüsten und demagogischen Beschimpfungen des Behördenapparates wirbt Carter um Sympathien. So will er in seinem Staat Georgia die Zahl der Ämter von 300 auf 22

So will er in seinem Staat Georgia die Zahl der Ämter von 300 auf 22

verringert haben. Kritiker meinen allerdings, daß er nur 278 Behördenschilder beseitigt habe.

Was Carter von „Sparpolitik" hält, wenn es um seine eigene „Wohlfahrt" und sein Image geht, bewies er bei seiner Amtseinführung als Gouverneur in Georgia. Hier gab es:
- Feiern für über 20.000 Gäste
- Polizeiparaden
- einen neuen Swimmingpool für 18.000 Dollar und einen neuen Tennisplatz für 10.000 Dollar am Gouverneurssitz.

USA-Kommission



...und was sich dahinter verbirgt

Analphabeten – die andere Seite der USA

Während sich in den USA die gesamte bürgerliche Welt mit Rang und Namen die Türklinke in die Hand gibt, um den zweihundertsten Geburtstag dieser „fortgeschrittensten" Nation zu feiern, leben gleichzeitig Millionen Amerikaner im Schatten dieses riesigen Reklamerummels. Zu den „vergessenen Opfern" des „reichen Amerika" gehören auch die Kinder und Jugendlichen.

Während nämlich die Hälfte aller Zwanzigjährigen in diesem „Land der Gegensätze" das College besucht, haben immer noch ein Prozent aller Kinder zwischen sechs und dreizehn Jahren überhaupt keinen Schulunterricht.

Sechs Millionen Kinder müssen sich in ländlichen Schulen mit nur einem Lehrer für alle Klassen und Jahrgänge begnügen.

Zwei Millionen Menschen, die älter als 25 Jahre sind, haben die Schule nur vier Jahre besuchen können und 700.000 haben noch nie eine Schule von innen gesehen.

Betroffen sind hiervon in etwa gleicher Anzahl Weiße und Farbige, namentlich in den stockreaktionären Südstaaten und im Appalachengebirge.

Neben diesen Kindern und Jugendlichen, die keine oder nur eine sehr kurze Schulbildung hatten, gibt es in den USA etwa 20 Millionen (!) Menschen, die als sog. „funktionelle Analphabeten" eingestuft werden. Diese Menschen können wohl mit einiger Mühe einen Straßennamen entziffern, sind aber nicht in der Lage beispielsweise eine Zeitung zu lesen. Dieses riesige Heer von Analphabeten, das sich vor allem aus den Großstadtghettos rekrutiert, ist das Opfer eines Bildungssystems, das ausschließlich auf die Kinder der Mittelklasse und der höheren Schichten zugeschnitten ist.

Die US-Schulbehörden schätzen, daß acht bis zehn Millionen Kinder später aufgrund ihres niedrigen Bildungsstandes zur Kategorie der „unverwendbaren Arbeitskräfte" gehören werden – Billigst-Arbeitskräfte für die Industrie im „besten" Fall, Lumpenproletariat auf Lebenszeit im schlimmsten.

Von den Bundesbehörden wird hiergegen kaum etwas unternommen. Im Gegenteil, gerade auch das Bildungssystem ist Ziel einer großangelegten staatlichen Rationalisierungspolitik, gegen die sich selbst die westdeutsche „Sparpolitik" geradezu noch „unentwickelt" ausnimmt. Ein Beispiel: Weil in Chicago das Defizit im Haushalt immer größer wird, angeblich durch Lohnforderungen der Lehrer verursacht, schloß Bürgermeister Daley kurzerhand für sechzehn Tage die Schule, um Lohnzahlungen zu vermeiden (nach „Challenge", Organ der „Progressive Labor Party", 17.6.76).

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



asien aktuell

Indien – „Entwicklungsland" mit Großmachtzielen

Mit der totalen Beseitigung der demokratischen Freiheiten hat die indische Notstandsdiktatur politische Bedingungen geschaffen, innerhalb derer eine beschleunigte Entwicklung des indischen Kapitalismus erfolgreich angegangen werden konnte. So wirkte sich der Ausnahmezustand im Finanzjahr 1975 unmittelbar in enormen industriellen Produktionssteigerungen aus. Allerdings wollen die indischen Kapitalisten auf diesem Stand keineswegs stehenbleiben. Die politischen Bedingungen für einen weiteren kapitalistischen Aufschwung sind äußerst günstig. Entsprechend wird *„eine fast euphorische Stimmung der Zuversicht ... gegenwärtig von der indischen Regierung gepflegt. Die Zeichen dafür hatte Finanzminister Subramaniam mit seinem Wirtschafts-Jahresbericht gesetzt, der jetzt vom Parlament diskutiert worden ist"* („Handelsblatt", 18.3.76).

Auch der vom Finanzminister vorgelegte Staatshaushalt für das Jahr 1976 fügt sich *„in das neue Bild einer pragmatischeren, wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik ein"* („Neue Zürcher Zeitung", 22.4.76). Und „pragmatisch" ist, was den Kapitalisten nützt: *„Die Privatwirtschaft wird nicht nur wieder billigere Bankkredite erhalten, sondern durch erhebliche Steuererleichterungen zu neuen Investitionen angereizt. Der Höchststeuersatz wurde von 77% auf 66% herabgesetzt"* („Süddeutsche Zeitung", 18.3.76). Auf der anderen Seite wurde das Schwergewicht im Staatshaushalt auf die Entwicklung ganz bestimmter, wichtiger Wirtschaftssektoren gelegt. *„Für Entwicklungsprojekte vor allem auf dem Landwirtschafts-, Energie- und Infrastruktursektor wurde das Budget um den Rekordsatz von 31,6% angehoben"* („Süddeutsche Zeitung", 18.3.76). Auch das indische Militär wurde im Haushalt bedacht. Mit *„zusätzlichen 340 Mio. Mark ... sollen in erster Linie soziale Verbesserungen für Soldaten"* finanziert werden („SZ", 18.3.76). So soll die Zuverlässigkeit dieser Stütze der indischen Gewaltherrschaft auch in Zukunft gewährleistet werden.

Vor diesen Tatsachen konnten selbst die indischen Revisionisten nicht ganz die Augen verschließen. So bezeichnete ein Abgeordneter der revisionistischen KP im Parlament die Vorlage als einen *„Haushalt der reichen Leute"* (zitiert nach „SZ", 18.3.76). Und das „KP"-Organ „Patriot" rang sich sogar zu der bemerkenswerten Feststellung durch, daß der jetzige Haushalt wieder die „bekannte Vorliebe des Finanzministers für die Privatindustrie" zeige (zitiert nach „SZ", 18.3.76).

Freilich konnte diese plötzliche Erkenntnis sie nicht davon abhalten, die Politik der Gandhi-Diktatur auch weiter vorbehaltlos zu unterstützen. Es wird lediglich der „Wunsch" geäußert, daß „die Ergebnisse beschleunigter wirtschaftlicher Entwicklung dem Volk zugute kommen (müßten), besonders den lange Zeit vernachlässigten Gruppen" („Unsere Zeit", Zeitung der DKP. 1.7.76).

Aber der Zug fährt in Indien nun mal in eine andere Richtung. So ist nach regierungsoffiziellen Angaben aus Neu-Delhi das „Pro-Kopf-Einkommen" ... in Indien im vergangenen Jahr um 1,7% gesunken" („Handelsblatt" 5./6.3.76). Um wieviel sich die materielle Lage der werktätigen und der arbeitslosen Bevölkerung verschlechtert hat, läßt sich demnach nur erahnen. Andere offizielle Angaben besagen, daß etwa 30% aller indischen Stadtbewohner ihr Leben in Elendsquartieren fristen müssen, „und die Slums dehnen sich immer noch weiter aus" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.6.76). Die Indische Medizinische Gesellschaft stellte unlängst in einer Untersuchung fest, daß in Kalkutta mehr als 90% aller Kinder unter infektiösen Krankheiten leiden (nach „SZ", 29.6.76). Diese Tatsachen belegen, daß die Lage des indischen Volkes nach wie vor von einem kaum vorstellbaren Elend gekennzeichnet ist.

Indiens herrschende Klasse ist gewalttätig nach innen (hier Polizei gegen demonstrierende Arbeiter) .....

Neben der politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Unterstützung durch das revisionistische Lager, wird die Gandhi-Diktatur vor allem allseitig von den Imperialisten gefördert. Diese Unterstützung gedeiht allerdings mehr im Verborgenen. So versammelte sich in diesem Frühjahr in Paris ein „Hilfskonsortium" imperialistischer Länder, um für die Jahre 1976 und 1977 für Indien finanzielle Hilfen von mindestens 1,8 Milliarden US-Dollar zu beschließen. Davon soll die imperialistische „Weltbank" allein 700 Mio. Dollar bereitstellen. Die restlichen 1,1 Milliarden Dollar werden von insgesamt 13 kapitalistischen Ländern getragen, dazu gehören u.a. die USA, BRD, Japan, Frankreich, Schweiz, Schweden und Kanada. Das Konsortium erklärte, *„daß die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung Indiens ‚sehr günstig' sind"* („NZZ", 1.6.76). Bereits vorher hatte die „Weltbank" unabhängig davon Indien einen Entwicklungshilfekredit in Höhe von 143 Mio. Dollar gewährt. Einen anderen Kredit, Höhe 105 Mio. Dollar, erhielt Indien bereits im Dezember 1975 von der „Internationalen Entwicklungsgesellschaft" (IDA), einer Tochtergesellschaft der „Weltbank". Übrigens gehen 40% aller Mittel der IDA an Indien (nach „NZZ", 26.5.76)!

Aber auch die BRD-Imperialisten haben gesondert noch einmal tief in die Tasche gegriffen: So soll Indien im Rechnungsjahr 1976/77 von der BRD Kapitalhilfe in Höhe von 365 Mio. DM erhalten. Außerdem eine „technische Hilfe" in Höhe von 93 Mio. DM. Über UNO und EG wird die BRD zusätzlich noch 151 Mio. DM für Indien aufbringen. Das sind zusammen insgesamt 609 Mio. DM: *„Indien wird auch in diesem Jahr wieder das Hauptempfängerland deutscher Entwicklungshilfe sein"* („FAZ", 29.4.76)! Von der indischen Seite wird dies auch entsprechend gewürdigt. So schreibt die indische Zeitung „National Herald", mit ihrer Hilfe „habe die Bundesregierung konsequent ihr Verständnis für die Bedürfnisse der Dritten Welt unter Beweis gestellt" (zitiert nach „Monitor-Dienst", 22.1.76).

Diese positive Einstellung der Imperialisten Indien gegenüber ist zwar eindeutig im Anwachsen begriffen, keineswegs aber ist diese Entwicklung neu. Seit 1947 hat Indien insgesamt 162,13 Mrd. indische Rupien Auslandshilfe erhalten (nach „Nachrichten für Außenhandel", 9.6.76). *„Die USA stellten 37,1% aller entsprechenden Mittel bereit, gefolgt von der Weltbank (21,5%), Großbritannien (8,9%), der Bundesrepublik (7,5%) und der UdSSR (vier Prozent). Aus Japan kamen 3,4% aller Genehmigungen"* („NfA", 9.6.76). So unterstützen die Imperialisten die kapitalistische Entwicklung Indiens nach Kräften, durchaus mit Erfolg. Doch ganz zufrieden sind sie noch nicht. Die indischen Kapitalisten nehmen zwar ausländische Finanzhilfe gern entgegen, an der Ausbeutung des indischen Volkes jedoch wollen sie allein verdienen. So sind gegenwärtig (noch) dem Kapitalexport nach Indien Beschränkungen

wollen sie allein verdienen. So sind gegenwärtig (noch) dem Kapitalexport nach Indien Beschränkungen

auferlegt, ausländischen Fabriken in Indien sind nur begrenzt zugelassen. Und das ist natürlich den Imperialisten ein Dorn im Auge.

Beispielsweise machte O. W. von Amerongen, Präsident des „Deutschen Industrie- und Handelstages", die Vorstellungen und Ansprüche der Imperialisten klar: *„Indien bietet ... besonders günstige Voraussetzungen für ‚verlängerte Werkbänke' deutscher Unternehmen. Die große Zahl qualifizierter Arbeitskräfte dieses Landes und das niedrige Lohnniveau verlangen geradezu nach einer Verlagerung von Produktionsteilen"* (zitiert nach „Extra-Dienst", 19.3.76). Doch die indischen Kapitalisten finanzieren gegenwärtig im Lande mit eigenem Kapital (nach „NZZ", 26.5.76)! Für ein angebliches „Entwicklungsland" ist dies ein enormer Prozentsatz.

Aber die aktuelle ökonomische Stärke der indischen Bourgeoisie wirkt sich nicht nur im Inland aus. Obwohl die Importe derzeit noch die Exporte übersteigen, ist die indische Industrie heute schon in einem wesentlichen Maße exportorientiert. Indiens Stahlindustrie beliefert bereits den Weltmarkt, in erster Linie die Länder des „ASEAN"-Pakts. Doch das soll erst der Anfang sein: *„Bei der Größe des Landes und dem Reichtum an Kohle und hochgradigen Eisenerzen besitzt Indien alle Voraussetzungen für eine ‚stählerne' Zukunft. Bei normaler Kapazitätsauslastung kann Indien den billigsten Stahl der Welt produzieren"* („HB", 23.12.75). Andere Exportartikel sind Kohle, Manganerze, Eisenerze, Maschinengüter, Chemiekalien, Textilien, Jutewaren, Reis, Tee und Zucker. Die Exporte dieser Güter steigen seit zwei Jahren beständig in erheblichem Maße an und haben sich im statistischen Durchschnitt fast verdoppelt, so daß *„Indiens Exporteure sich gegenwärtig mit dem Problem nicht ausreichender Frachtkapazitäten für ihre Exporte konfrontiert sehen"* („Deutsche Verkehrszeitung", 10.4.76). Indien war in diesem Jahr auf der Leipziger Messe neben Brasilien der größte Aussteller aus dem Lager der sogenannten „Entwicklungsländer". Dabei ist das Exportangebot Indiens gänzlich untypisch für ein „Entwicklungsland". Neben den traditionellen Exportgütern (Rohstoffe) stehen im Mittelpunkt hochwertige Maschinen und Fabrikationsanlagen.



Indira Gandhi und Soldaten

Das indische Angebot gilt insbesondere Ländern der sogenannten „Dritten Welt", beispielsweise den südostasiatischen „ASEAN"-Staaten. *„Indien könnte mit der Lieferung beliebiger Anlagen, wie z.B. Walzwerken, beginnen und auf integrierte Anlagen zur Stahlerzeugung hinarbeiten, eine in Europa übliche Praxis"* („All India Radio", nach „Monitor-Dienst", 30.4.76). Die Praxis der Imperialisten gilt also als Vorbild! Auch für den imperialistischen Vorposten im Mittleren Osten, den Iran, zeigen die indischen Kapitalisten großes Interesse: „Indische

Vorbild! Auch für den imperialistischen Vorposten im Mittleren Osten, den Iran, zeigen die indischen Kapitalisten großes Interesse: „Indische

Unternehmen beteiligen sich an dem Industrialisierungsprogramm Irans. Sie haben vor allem Interesse an der Produktion von Anlagen für Zement- und Zuckerfabriken sowie an der Herstellung von Fahrrädern, Motorrollern, Keramik, Maschinenwerkzeugen, Ersatzteilen für Motoren und Textilmaschinen" („NfA", 9.1.76).

Neben dem Export hochwertiger Industrieprodukte werden in Indien bereits die ersten Schritte zur Entfaltung eines Kapitalexports unternommen. Dies vollzieht sich gegenwärtig noch überwiegend unter dem Deckmantel von Entwicklungshilfe, denn das „Entwicklungsland" Indien gehört selbst zu den Entwicklungshilfe gebenden Ländern. Die Empfänger sind u.a. Nepal, Bangladesh, Bhutan, Mauritius, Burma, Sri Lanka, Indonesien und Tansania (nach „NfA", 9.6.76).

Die ehrgeizigen Pläne der indischen Kapitalisten haben eine „solide Grundlage". So sorgt zum einen die Gandhi-Diktatur rigoros für „Ruhe an der Heimatfront", für die Unterdrückung einer jeden politischen Opposition und für die notwendige „Arbeitsdisziplin". Zum anderen verfügt das Land über ungeheure wirtschaftliche Ressourcen. *„Indien ist der größte Reis-Produzent der Welt, der größte Erzeuger von Tee, der zweitgrößte Jute-Produzent, der drittgrößte Baumwoll-Erzeuger. Indien zählt im Weizenertrag zu den ersten fünf auf der Welt, seine Reserven an Braun- und Steinkohle gelten als die bedeutendsten auf dem Erdball (in der Produktion steht es an elfter Stelle). In der Eisenerzförderung nimmt Indien den fünften Rang ein, obwohl es die Ausbeutung eher vorsichtig und haushälterisch betreibt. Die indische Union verfügt obendrein über das zweitgrößte Eisenbahnnetz der Welt. Hinzu kommt, daß die indische Regierung auf noch unausgelotete, aber vielversprechende Erdölreserven vertrauen kann ... es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Anzapfung einer neuen indischen Erdölquelle gemeldet wird"* („SZ", 31.3.76). Bis 1980 will Indien Selbstversorger in Erdöl werden.

Natürlich wollen die indischen Kapitalisten, daß sich die von ihnen geführte Wirtschaftsmacht auch durch eine politische Stärke auszeichnet. Und was für alle Imperialisten gilt, gilt auch für die indische Bourgeoisie: Ein wesentliches Element imperialistischer Macht ist militärische Stärke. Deshalb rüstet Indien schon seit Jahren auf. Im Gegensatz zu vielen anderen „Entwicklungsländern" verfügt Indien über eine eigene Rüstungsindustrie, die sogar exportorientiert produziert!

Im vergangenen Mai fand der erste indische Atombombenversuch unterirdisch statt. Eine Atomindustrie existiert bereits. Sie soll weiter ausgebaut werden, so daß jederzeit mit der Produktion von Atomwaffen begonnen werden kann.

Die indischen Streitkräfte sind nach regierungsamtlichen indischen Angaben mit 825.000 Mann die viertstärksten der Welt. Trotzdem erklärte das indische „Verteidigungs"-ministerium, *„Indien dürfe in seinen eigenen Rüstungsanstrengungen nicht nachlassen, sondern müsse sie in verstärktem Maße fortsetzen"* („NZZ", 2.4.76). Insbesondere *„die Kampfkraft der indischen Marine soll nach den Worten von Verteidigungsminister Bansi Lal erhöht werden"* („SZ", 9.4.76). Von anderen Abgeordneten des indischen Zentralparlaments wurde gefordert, auf der indischen Inselgruppe der Andamanen und Nikomanen indische Militärstützpunkte zu errichten.

In der Vergangenheit ist das indische Militär zur Niederschlagung zahlreicher Arbeitskämpfe, Aufstände und anderer „Unruhen" im Innern des Landes im Einsatz gewesen. Kriegerische Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten hat es seit 1947 bereits fünf mal gegeben: 1947 bis 1948 gab es den ersten Kaschmir-Konflikt mit Pakistan; 1961 einen Konflikt mit Portugal um dessen damalige Kolonie Goa; 1962 provozierte Indien einen Grenzkrieg mit der VR China; 1962 gab es den zweiten Kaschmir-Konflikt mit Pakistan; 1971 marschierte Indien im damaligen Ost-Pakistan (Bangladesh) ein und 1974 annektierte Indien das Königreich Sikkim. Die Expansionsgelüste der indischen Bourgeoisie sind also vielfach unter Beweis gestellt ...
(Wird fortgesetzt)

Asien-Kommission

Armer Lenin

Breschnew erklärte in einer Tischrede anläßlich des Gandhi-Besuches in Moskau: *„Heute gehen die prophetischen Worte des Begründers des sowjetischen Staates, Wladimir Iljitsch Lenin, in Erfüllung, der dem befreiten Indien eine große Zukunft vorausgesagt hat"* („Horizont", 26/76). Lenin würde gewiß im Grabe routieren, wenn er wüßte, welche Verbrechen gegen das indische Volk in seinem Namen gutgeheißen werden!

Indien-Kommission

Ost- Timor: Indonesiens Vietnam !

Das indonesische Abenteuer in Ost–Timor, der Versuch, die „Demokratische Republik Ost–Timor" zu zerschlagen, entwickelt sich zunehmend zu einem aussichtslosen Krieg für das faschistische Regime Indonesiens. Indonesien hat heute mindestens 40.000 Soldaten (darunter Eliteeinheiten) auf dem Gebiet der „Demokratischen Republik Ost–Timor" (DROT) stehen. Trotz dieser 40.000 Soldaten ist es Indonesien bis heute nicht gelungen, seinen Machtbereich in der DROT auch nur geringfügig zu erweitern! Nach eigener Aussage der Regierung der DROT halten die bewaffneten Volkskräfte nach wie vor 80% des Landes! Nach wie vor hängen die indonesischen Faschisten in



Kämpfer der FRETILIN

einigen Städten des Landes fest (Dili, Viqueque, Ermera Balibo, um nur ein paar zu nennen) (Information aus „Ost–Timor", Zeitung des Ost–Timor Silidaritätskomitee, Nr. 3, August '76).

Im Gegensatz zu den großspurigen Ankündigungen Suhartos (er sprach vom Timor–Abenteuer wie von einem kurzen Spaziergang) sieht es heute so aus, daß Indonesien seine Position nur gegen den Preis von größten Verlusten halten kann.

Ost-Timor – die Hölle für die faschistischen Soldaten

kann.

Ost-Timor – die Hölle für die faschistischen Soldaten

Zu Recht meinten indonesische Soldaten, die aus Ost-Timor zurückkamen, sie seien *„der Hölle entkommen"* („Aktuelle Informationen", Ost-Timor Solidaritätskomitee, Nr.2 – im weiteren „AI").

Nach Schätzungen von verschiedenen Seiten sind bis heute zwischen 6- und 10.000 indonesische Soldaten in Timor getötet worden (immerhin fand in Indonesien eine Demonstration von 6000 Kriegswitwen des Timorkrieges statt...).

In den Erklärungen und Radiomeldungen der FRETILIN werden ständig größere Gefechte gemeldet. So wurden Anfang Juni in einem einzigen Gefecht 323 indonesische Soldaten getötet. Im Mai wurden alleine in der Region Ermera/Fatobesse 800 indonesische Soldaten getötet. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Heute besteht auch nicht mehr die Situation, wo die Kämpfer der FRETILIN ihre Positionen nur verteidigen – gegen die indonesischen Stützpunkte wird bereits offensiv vorgegangen. So haben die Kämpfer *„viele Positionen vom Feind wiedererobert, wie Darolete, Vatovou, Cailaco, Raimei, Turiscai, Leorema, Hatolia, Railaco, Lekidoe und einige andere Ortschaften"* („Ost-Timor", Nr. 3 – August '76).

So konnte eine Besichtigungstour der indonesischen Faschisten in die von ihnen beherrschten Städte nicht stattfinden – da diese Städte zu stark von der FRETILIN angegriffen wurden.

In der „DVZ" vom 8.7.76 heißt es beispielsweise: *„ Sogar in Dili (Haupstadt und Zentrum der indonesischen Faschisten, d.Red.) wagen es die Besatzungstruppen nicht, die Stadtgrenzen zu verlassen, aus Furcht, in einen Hinterhalt zu geraten. Die Merpati-Flugzeuge der indonesischen Luftwaffe, die auf dem Flughafen von Dili – keine 8Kilometer außerhalb der Stadt – landen, werden unausgesetzt mit leichter Munition beschossen und nicht selten fluguntauglich gemacht."*

Diese Situation führt eben auch

den, werden unausgesetzt mit leichter Munition beschossen und nicht selten fluguntauglich gemacht."

Diese Situation führt eben auch

dazu, *„daß nach Berichten der FRETILIN die indonesischen Soldaten verhungern und in ihrer Verzweiflung verlassen sie die relative Sicherheit in den Städten, in denen sie stationiert sind, um in den umliegenden Bergen nach Lebensmitteln zu suchen. Dort werden sie von den FRETILIN-Guerillas überfallen"* („AI", Nr. 2).

Indonesien geht in Ost-Timor den Weg, den die USA in Vietnam beschritten. Angesichts einer drohenden Niederlage versuchen sie, das Land auszuradieren! Tagtäglich wird das Gebiet der DROT bombardiert und von Schiffen beschossen. *„In den Gebieten, die von den indonesischen Soldaten militärisch besetzt sind, lebt das Volk unter einer Terrorherrschaft. In den befreiten Gebieten – die FRETILIN kontrolliert in der Tat etwa 85% des Terr toriums – sind die landwirtschaftliche Produktion und die Gesundheitszentren Zielscheiben für die tagtäglichen Bombardements durch die indonesische Artillerie und Luftwaffe, die biologische Waffen, Napalm und andere Vernichtungswaffen anwenden"* („Ost-Timor", Nr. 3 – August '76).

Das ist exakt die grausame US-Strategie wie in Indochina. Kann das Land nicht besetzt werden, so wird versucht, es zu vernichten. Die „Demokratische Republik Ost-Timor" existiert dennoch. In ihr werden trotz des Krieges Schulwesen, Gesundheitszentren und Lebensmittelanbau entwickelt. Erst kürzlich wurde ein „Rotes Kreuz" zur Versorgung der Bevölkerung unter den Kriegsbedingungen gegründet!

Und die Auswirkungen des Timorkrieges sind in Indonesien selbst bereits spürbar. Wir berichteten schon über eine Protestdemonstration von 6000 Kriegerwitwen in Indonesien. Unter den Soldaten herrscht Unmut und auch Widerstand gegen den Einsatz in Timor. So sagt ein Soldat: *„Zu erfahren, daß der Vater, Sohn oder Ehemann nach Timor gehen muß, ist also beinahe so schockierend wie ein Todesurteil"* („AI" Nr. 2)

Um das ganze Ausmaß der faktischen Niederlage zu vertuschen, haben die Faschisten einen strikten Mantel des Schweigens über die ganze Sache gehängt. Nicht einmal die loyale Presse darf berichten. Verwundete Soldaten dürfen in den Lazaretten von ihren Verwandten nicht besucht werden – um die Dinge in Ost-Timor geheimzuhalten.

Wenn man bedenkt, daß Indonesien nicht nur in Timor einen Krieg führt, sondern auch in ihren eigenen Landesteilen Kalimantan, Sumatra, Java, West-Irian; wenn man bedenkt, daß sich im indonesischen Volk auch Widerstand gegen den Lebensstandard und die brutalste Unterdrückung entwickelt – dann

denkt, daß sich im indonesischen Volk auch Widerstand gegen den Lebensstandard und die brutalste Unterdrückung entwickelt – dann

kann Ost-Timor allerdings „den Stein ins Rollen bringen". Ost-Timor ist der Anfang vom Ende der indonesischen Faschisten!

Asien-Kommission

Anmerkung:
Fakten usw. aus den Zeitungen der Ost-Timor-Solidaritätskomitees („Ost-Timor" und „Aktuelle Informationen") stammen aus den Radiosendungen der FRETILIN.

Lügen haben kurze Beine

Vor einigen Monaten veröffentlichte der „STERN" eine „Dokumentation" über angebliche Massenmorde in Kambodscha. Mit „Geheimdokumenten" und mysteriös aus Kambodscha geschmuggelten Fotos wurden diese Storys „belegt". Da aber bekanntlich Lügen kurze Beine haben und die Wahrheit immer ans Licht kommt, kann dem „STERN" inzwischen bewußte Fälschung nachgewiesen werden. In der neusten Ausgabe der Zeitschrift „Vietnam Kultur- und Befreiungskampf" (Nr. 36) weist der amerikanische Journalist Robert Chenoweth dies nach. Er sagt wörtlich: *„Die geheimsvollen Massakerdokumente hat lange vor dem „STERN" die Bangkoker Tageszeitung „Thai Rath" veröffentlicht. Dies geschah am 2.April, also wenige Tage vor den Parlamentswahlen in Thailand. Die Wahlen standen unter antikommunistischen Zeichen. Es sollte bewiesen werden, daß Sozialismus Mord und Terror bedeutete. Also mußten entsprechende Beweise her. Der Zeitung „Thai Rath" wurden Fotos zugespielt, die der thailändische Geheimdienst auf thailändischen Territorium mit ein paar lächerlich verkleideten Thais inszeniert hatte. Die „Bangkok Post" enthüllte diesen Skandal nach den Wahlen, und tatsächlich gestand ein thailändischer Geheimdienstoffizier, daß er diese Hintertreppenstory eingefädelt hatte..."* („VKB" Nr. 36).

Damit ist die Katze aus dem Sack. Daß der „STERN" bewußt diese Fälschungen verbreitete, beweist nebenstehendes Foto und der dazugehörige Text. Wie man sieht, manipuliert der „STERN" sogar noch die vom thailändischen Geheimdienst manipulierten Fotos... .

Asien-Kommission



Foto oben: Dies ist eines der Originale aus der Serie in Thailand gestellter und vom thailändischen Geheimdienst verbreiteter Fotos über angebliche Massaker im Demokratischen Kambodscha. Das Foto ist technisch einwandfrei und identifizierbar.

Foto unten: Diese Kolportage veröffentlichte der „Stern" am 28.4.76 und vom thailändischen Geheimdienst verbreiteter Fotos über angebliche Massaker im Demokratischen Kambodscha. Das Foto ist technisch einwandfrei und identifizierbar.

Foto unten: Diese Kolportage veröffentlichte der „Stern" am 28.4.76 und machte aus dem Bildoriginal ein verschwommenes „Geheimdokument". Aber Lügen haben, wie man sieht, kurze Beine.



Adolf Gandhi

Dem indischen Zentralparlament sind jetzt von der Gandhi-Regierung insgesamt 59 Anträge auf Verfassungsänderungen vorgelegt worden, über die im Oktober formell beschlossen werden soll. Da die regierende Kongreß-Partei über eine mehr als Zweidrittel-Mehrheit verfügt, können die Änderungen als bereits beschlossene Sache angesehen werden.

Die vorgesehenden Änderungen der Verfassung bedeuten zusammengenommen praktisch eine Neuformulierung des indischen Grundgesetzes. Sie beinhalten neue weitgehende verfassungsrechtliche Einschränkungen der Befugnisse des Obersten Gerichtshofes und der Oberlandesgerichte bei der juristischen Kontrolle von Regierungsaktivitäten. Die Zentralregierung kann danach zukünftig bei *„Störungen von Recht und Ordnung"* auch ohne Zustimmung der Landesregierungen im Inneren reguläre und paramilitärische Truppen einsetzen. Weiter erhält die Zentralregierung neue **Vollmachten** zum Vorgehen gegen *„antinationalistische Umtriebe von Einzelpersonen oder Vereinigungen"* („Frankfurter Rundschau", 13.6.76), darf „Sondertribunale" einsetzen, die bestimmte Delikte der ordentlichen Gerichtsbarkeit entziehen. Außerdem wird die Möglichkeit erheblich eingeschränkt, eine Landes- oder die Zentralregierung durch ein parlamentarisches Mißtrauensvotum zu stürzen. Neu ist auch die Verankerung eines Katalogs von „Bürgerpflichten" in der Verfassung. Dies sei notwendig, um der Bevölkerung **„Disziplin beizubringen"**, so der Sekretär des von der Gandhi-Regierung eingesetzten „Verfassungskommitees" (zit. nach „Extradienst", 10.9.76)



Demnach sind in Indien alle wesentlichen bürgerlich-demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt und auf Dauer durch die Verfassung nicht mehr garantiert.

Die kommenden Klassenkämpfe in Indien werden sehr bald erhellen, daß die ehemals „größte Demokratie" sich mittlerweile zu einem Regime faschistischen Typs gewandelt hat. Das, was heute vom Gandhi-Regime auf dem Gebiet des Straf- und Verfassungsrechts ausgearbeitet und über die parlamentarische Bühne gebracht wird, wird ohne Frage zur terroristischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer demokratischen und revolutionären Organisationen angewandt werden, wenn sich die im Elend lebenden Massen gegen ihre immer unerträglicher werdende Lage zur Wehr setzen.

Asien-Kommission

Erneute Provokationen gegen Nordkorea

Auch nach den massiven Provokationen gegen Nord-Korea anläßlich der Zwischenfälle in Panmunjion (s. AK 87, S.1) geben die USA keine Ruhe.

Im Gegensatz zu ihren Erklärungen haben die USA weitere schwere Waffen usw. nach Süd-Korea geschafft. Konkret wurde eine weitere Schwadron F 4 E-Phantomjäger sowie mindestens 4 C 130 Transportflugzeuge von Japan nach Süd-Korea verlegt. In Japan selbst wurden Panzertransportflugzeuge zum Abtransport bereit gemacht („New Asia News", 27.8.76). Weiterhin führen die US-Truppen auch gezielte Provokationen gegen das Demokratische Korea durch. So fliegen B-52 Bomber seit dem 18.August 76 regelmäßig Zielflüge („Bombenzielübungen") gegen Nordkorea („FAZ", 26.8. und „New Asia News", 27.8.). Daß diese Flüge auch heute noch weiter durchgeführt werden, gab das Verteidigungsministerium der USA kürzlich bekannt („SZ", 4./5.9.76).

Ein Beispiel für das Vorgehen der USA bietet die „Baumfälleraktion". Nachdem am 18.August der besagte Baum (um den es zwischen US-Soldaten und Genossen der nordkoreanischen Streitkräfte Schlägereien gegeben hatte) nicht gefällt werden konnte, schritt die US-Armee am 21.8. zur Aktion. Mit 300 Soldaten wurde der Baum gefällt. Während der Zeit operierten mindestens 26 mit Kanonen bewaffnete Hubschrauber und drei B-52 Bomber auf nordkoreanischen Gebiet.

Angesichts des Einverständnisses Nord-Koreas mit dem Fällen des Baumes gab es für derartige Aktionen nicht die allergeringste Begründung. (lt. „New Asia News", 27.8. 76).

Wenngleich vor wenigen Tagen der totale Alarm der US-Truppen in Süd-Korea und Japan aufgehoben wurde, so bleiben doch sämtliche Waffen, Flugzeuge und Truppen der USA weiter in Süd-Korea, werden weiter Grenzprovokationen durchgeführt und werden mit den Zielübungsflügen Kriegsvorbereitungen getroffen.

Asien-Kommission

Der langwierige Volkskrieg hat begonnen

Die Situation im Libanon und die Politik der PFLP und ASAP

Durch den Fall des Lagers Tall as Saatar haben sich im libanesischen Bürgerkrieg nicht nur die militärischen Fronten geklärt. Es hat sich klar gezeigt, daß die syrischen Truppen die Hauptlast des Kampfes getragen haben und daß sich dieser Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte richtet. Selbst die Kompromißler unter den fortschrittlichen Kräften haben unter dem Eindruck des Falls von Tall as Saatar erklärt, daß es nun keine Verhandlungen und keine Kompromisse mehr geben könne. Das Hauptkennzeichen der heutigen Lage im Libanon ist die syrische bewaffnete Intervention. Die Antwort darauf ist der Volksbefreiungskrieg. Während die Kompromißler jedoch trotz ihrer radikalen Erklärungen sich als schwankende Kräfte herausstellen, haben die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und die Arabische Sozialistische Aktionspartei (ASAP) erklärt, daß der langwierige Volkskrieg begonnen habe. Der Aufbau von Volksmilizen und einer Volksarmee sollen bewirken, daß es keine faulen Waffenstillstandsvereinbarungen mehr geben wird.
Wir wollen zuerst die jetzige Situation im Libanon analysieren und dann die heutige Politik der PFLP darstellen.

Atempause für die reaktionären Kräfte

Die grausamen Massaker, die die Faschisten verübt haben, als sie die Armenviertel und Flüchtlingslager Dschisr al Bascha, Nabaa und Tall as Saatar erobern konnten, sind ein willkommener Anlaß für die gesamte bürgerliche Berichterstattung gewesen. Sie verbreiteten die Meinung, nun sei die Niederlage der libanesischen Linken und der Palästinenser nur noch eine Frage der Zeit: *„Am Thymianhügel tobt Libanons Entscheidungsschlacht"* („Frankfurter Rundschau", „FR", 4.8.76). *„Nach dem Schwarzen August muß Arafat seinen Traum vom demokratischen Palästina begraben"* freute sich Stockklausner in der „FR" vom 17.8.

Doch in dem seither vergangenen Monat hat sich gezeigt, daß die Faschisten und Syrer keine weiteren militärischen Erfolge erreichen konnten. Die Stadt Tripolis, deren Fall angeblich unmittelbar bevorstand, ist bis heute sicher verteidigt worden. Die Bergstellungen über Beirut, angeblich die letzten Widerstandsnester der fortschrittlichen Kräfte, sind nach wie vor in ihrer Hand. In allen südlich von Beirut gelegenen Großstädten wird das Leben durch die Machtorgane des Volkes neu organisiert.

Die syrischen Truppen kündigen zwar immer wieder eine neue Großoffensive an, haben jedoch zunächst politische Ziele gesetzt. Zur Zeit wird also die nächste militärische Auseinandersetzung durch politische Manöver und verstärkte Rüstung vorbereitet. Es ist abzusehen, daß in der nächsten Phase des Krieges die ausländischen Interventionstruppen – Syrer und Zionisten – einen noch größeren Anteil übernehmen werden als bisher.

Welche Auswirkungen hat der Krieg der letzten Monate, insbesondere Tall as Saatar, auf die Kräfte der Faschisten, der syrischen Besatzer und der libanesischen und palästinensischen Volksmassen gehabt?

Tall as Saatar – Beginn einer neuen Phase

Der Untergang von Tall as Saatar hat Hunderten unserer Genossen das Leben gekostet. Aber es ist dem heldenhaften Kampf der Lagermiliz und aller dieser Genossen zu verdanken, daß sich Tall as Saatar so lange gegen den faschistischen Angriff verteidigen konnte. Die Faschisten hatten mit Tall as Saatar den Massen einen neuen Schock versetzen wollen. Das ist ihnen nicht gelungen. Im Gegenteil, die Tatsache, daß das völlig eingeschlossene Lager sieben Wochen lang gegen die gemeinsamen mörderischen Angriffe der Faschisten und der syrischen Interventionstruppen gehalten werden konnte, ist für die fortschrittlichen Kräfte ein Beweis ihrer Stärke. Der Sender „Stimme Palästinas" brachte die Stimmung der Massen zum Ausdruck, indem er erklärte: *„Tall as Saatar ist in unseren Augen nicht gefallen. Es wird ein Symbol unserer Entschlossenheit bleiben, den Kampf zur Verteidigung der Revolution und zur Verwirklichung der Ziele fortzusetzen, für die die Lagerverteidiger gekämpft haben."* („FR", 13.8.76).

Schon an dieser Stelle muß allerdings ganz klar gesehen werden, daß die Verteidigung von Tall as Saatar nicht eine Frage der militärischen Stärke war. Die faschistischen Angreifer waren und sind militärisch weit überlegen. Die Stärke der fortschrittlichen Kräfte ist vor allem eine politische Stärke, die in solchen heldenhaften militärischen Aktionen zum Ausdruck kommt.



Es ist deshalb die wichtigste Aufgabe zur Zeit, diese politische Stärke nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu entwickeln. Dazu werden wir unten noch mehr sagen.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Wut des libanesischen und palästinensischen Volkes, das den Untergang von Tall as Saatar verfolgen mußte. Ein Überlebender erklärte: *„Unsere Führung hält uns noch immer davor zurück, uns an diesen Verbrechern zu rächen. Aber sie werden sehen, daß man nicht ungestraft Palästinenser abschlachten kann."* („Extradienst", 20.8.76).

Auf der anderen Seite muß ihr Sieg bei Tall as Saatar den Faschisten einiges zu denken geben. Ihre Verluste waren beträchtlich. Hinzu kommt, daß dazu die massive Hilfe des großen arabischen Nachbars Syrien nötig war, und daß es dennoch sieben Wochen gedauert hat. Wenn es schon so schwer war, dieses isolierte Lager zu erobern, dann könnte die Eroberung des gesamten Gebiets der fortschrittlichen Kräfte unmöglich sein.

Um zu erklären, weshalb nur durch den syrischen Einmarsch ihre Niederlage aufgehalten wurde und weshalb selbst mit der massiven syrischen Unterstützung ihre Erfolge mager sind, haben die Faschisten eine gigantische ausländische Armee auf Seiten der fortschrittlichen Kräfte erfunden. Ihre Propaganda spricht von Zehntausenden von Irakern, Libyern, Einheiten der kommunistischen Parteien, darunter die italienische KP, die französische KP und die DKP, Tausenden von Anarchisten, Tausenden von Kämpfern der Truppe des Terroristen „Carlos" usw., insgesamt 300.000 Mann! Die Stärke der PFLP dagegen schätzen sie auf ganze 1.200.

Das Problem der Faschisten besteht darin, daß sie ohne die direkte militärische Unterstützung der Syrer oder anderer ausländischer Kräfte untergehen würden und daß dies inzwischen jeder weiß. Selbst von einem Sieg der reaktionären Kräfte könnten sie deshalb nur einen kleinen Anteil der Früchte kassieren.

Die Syrer können militärisch noch gewaltige Reserven mobilisieren. Schließlich stehen die Imperialisten und Zionisten hinter ihnen. Ihre Schwierigkeit liegt eher darin, neue noch schärfere Kämpfe, die sich noch klarer gegen die fortschrittlichen arabischen Kräfte richten werden, politisch zu untermauern. *„Der Libanon wird für Syrien eine Todesfalle werden"*, hatte ein Sprecher der PFLP erklärt („Libanon...", Sondernummer „Die Internationale", S.45). Um einen neuen Angriff in Libanon rechtfertigen zu können, haben die syrischen Politiker jetzt willkürlich einen Termin festgesetzt, zu dem der „gewählte Präsident" des Libanon, Sarkis, sein Amt antreten soll. Über die „Wahl", mit der die Figur Sarkis zum Präsidenten gemacht wurde, haben wir seinerzeit berichtet (AK 80). Nun tritt Syrien auf, als wolle es nur die verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellen, nachdem es vor fünf Monaten bewaffnet in Libanon eingefallen ist! Diese syrischen Notlügen werden die arabischen Massen nicht auf die Dauer täuschen. Unter arabischer Einheit verstehen sie etwas anderes, als den Überfall des syrischen Regimes auf Libanon zur Unterdrückung des libanesischen Volkes und zur Abschlachtung des palästinensischen Widerstandes. Wenn das syrische Eingreifen hätte klappen sollen, dann hätte es schnell zum Ziel kommen müssen. Das ist von den fortschrittlichen Kräften verhindert worden.

Die syrischen Truppen hatten Tall as Saatar mit schweren Waffen, mit Bomben und Raketen angegriffen. Auf den Westen Beiruts sind bisher 400 00 Bomben gefallen. Dieses unmenschliche Vorgehen übertrifft alles, was Palästinenser und Libanesen bisher von Zionisten und Faschisten erlebt haben. Es übertrifft selbst das Massaker des Schwarzen September in Jordanien 1970, wo 20.000 Palästinenser ermordet wurden. Diese syrischen Angriffe zielten darauf, den libanesischen Bürgerkrieg ein für allemal zu beenden. Nachdem es ihnen nun nicht gelungen ist, die fortschrittlichen Kräfte in die Kapitulation zu bomben, werden ihre Verbrechen auf sie zurückschlagen.

Im Lager der fortschrittlichen Kräfte: schwankende Figuren

Die fortschrittlichen Kräfte haben sich auf die Situation, die nach dem syrischen Einmarsch schließlich entstehen mußte, seit langem vorbereitet. Am 8.7.76 erklärte der derzeitige Führer der Front der fortschrittlichen Kräfte, Dschumblatt, auf einer Pressekonferenz, wenn die „Isolationisten" (die Faschisten) und die Syrer „einen permanenten und totalen Krieg" wollten, dann sei die Linke auch dazu bereit, *„selbst wenn die Kämpfe Jahre dauern sollten"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 9.7.76). Er kündigte die Schaffung einer Armee der fortschrittlichen Kräfte an. Am 8.8. erklärte er, nachdem ein Waffenstillstand von den Faschisten nicht eingehalten wurde, die fortschrittlichen Kräfte verfügten über „große Reserven an Kämpfern und Material", um den Kampf fortzusetzen. *„Wir befinden uns nicht in einer Lage, um einen Waffenstillstand akzeptieren zu müssen, eine Fortsetzung des Krieges ist unseren Interessen nicht entgegengerichtet."* („FAZ", 10.8.76). Zur gleichen Zeit betonte Genosse Habasch, der Führer der PFLP, die fortschrittlichen Kräfte seien fest entschlossen, die *„befreiten Gebiete zu verteidigen und unter ihrer Kontrolle zu halten"* (a.a.O.). Er lehnte *„jede Konzession an das syrische Regime"* ab. Einen Monat später, nach dem Fall von Tall as Saatar, sagte Dschumblatt, man stelle sich auf einen Volksbefreiungskrieg ein („FAZ", 19.8.76).

Inzwischen wird die Armee der fortschrittlichen Kräfte aufgebaut. Alle Palästinenser und Libanesen über 18 Jahre sind aufgerufen. Ohnehin ist inzwischen jeder fortschrittliche Libanese oder Palästinenser bewaffnet. Trotz der israelischen Blockade funktionieren neu geschaffene Nachschubwege immer besser. Das libysche Regime unterstützt die Front der fortschrittlichen Kräfte mit Geld und Ausrüstung. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß sich in den letzten Monaten die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Libyen stark verbessert haben, während die Sowjetunion gleichzeitig Syrien wegen seiner Intervention in Libanon und Ägypten wegen seiner Öffnung zu den Imperialisten immer schärfer öffentlich kritisiert hat.

Es ist aber nicht dasselbe, wenn Dschumblatt oder Genosse Habasch vom Volksbefreiungskrieg sprechen. Die Armee der fortschrittlichen Kräfte, die Dschumblatt und Arafat aufbauen, ist nicht dasselbe wie die Volksarmee, die die PFLP und die ASAP vorwärtsbringen. (ASAP: Arabische Sozialistische Aktionspartei, kommunistische Partei, mit der PFLP verbündet, Zweige in vielen arabischen Ländern.)

Wenn dafür noch ein Beweis nötig war, dann liegt er darin, daß sich Arafat und Dschumblatt inzwischen doch wieder mit den Faschisten und syrischen Reaktionären an einen Tisch setzen. Ihre Reden von „keine Kapitulation, keine Verhandlungen" waren also nicht die klaren Schlußfolgerungen aus den vergangenen Ereignissen, die das Volk darunter verstanden hatte, sondern waren an die Imperialisten gerichtet, um die Position bei kommenden Verhandlungen zu verbessern.

Am 11./12.9.76 fand, angeblich erstmals seit der syrischen Intervention, ein Geheimtreffen zwischen Vertretern der PLO-Führung und einem Vertreter des syrischen Regimes, Luftwaffengeneral Jamil, statt. Dabei erklärten sich offenbar die Palästinenser bereit, sich aus den von den Faschisten beanspruchten Berggebieten oberhalb Beiruts zurückzuziehen, wenn ein umfassendes Abkommen erreicht sei! („SZ", 14.9.76). Es geht offenbar wieder um einen Waffenstillstand mit Pufferzonen zwischen den verschiedenen Gebieten. Zu diesem Zweck hat schon in der Vergangenheit die PLO-Führung mehrmals bereits eroberte Gebiete wieder aufgegeben. Die Pufferzonen erwiesen sich regelmäßig als Behinderung für die Verteidigung der Stellungen der fortschrittlichen Kräfte und als Ausgangsbasis für neue Angriffe der Faschisten und syrischen Besatzungstruppen. Welche Zusicherungen mögen Arafat und Dschumblatt schon in der Vergangenheit im Austausch dafür erhalten haben? Es kann sich nur darum gehandelt haben, daß versprochen wurde, die Schläge hauptsächlich gegen die palästinensische und libanesische Linke zu führen, die den Kräften um Arafat und Dschumblatt zu stark geworden sind.

Arafat hat in der Vergangenheit mehrfach erklärt, daß er die Verwicklung der PLO in den libanesischen Bürgerkrieg als ein „Unglück" betrachtet. Dadurch werde der palästinensische Widerstand von seiner Hauptaufgabe, der Befreiung Palästinas, ablenkt. Wir wissen aber, daß alle wirklich revolutionären Kräfte schon aus der Niederlage des Widerstandes im September 1970 den Schluß gezogen hatten, daß der palästinensische Widerstand sich noch enger mit dem Klassenkampf in den Ländern verbinden muß, in denen er sich aufhält. Die Idee der Einheit aller arabischen Völker bewegt die Massen. Das palästinensische Volk lebt in seiner Mehrzahl außerhalb seines Landes in den verschiedenen arabischen Ländern, die meist von reaktionären Regimes beherrscht werden. Auf der anderen Seite hat Israel den Imperialismus und die arabische Reaktion als mächtige Verbündete. Daraus folgt zwingend, daß die palästinensische Befreiung nur möglich ist im festen Zusammenhang mit der Revolution in den anderen arabischen Ländern.

Welches Ziel ist es also, das die PLO-Führung anstrebt, wenn sie diesen Zusammenhang leugnet? Es kann nur das Ziel sein, selbst ein weiteres reaktionäres Regime zu errichten. Von den Beteuerungen, daß ein etwaiger palästinensischer Ministaat im Westjordanland die Basis für weitere Kämpfe gegen Israel sein würde, ist deshalb genausoviel zu halten, wie von der Beteuerung, nach Tall as Saatar werde man sich an keinen Verhandlungstisch mehr setzen.

Ähnliches gilt für Dschumblatt. Er hatte in der Vergangenheit die „Wahl" von Sarkis zum Staatspräsidenten nicht anerkannt, wohl in der Meinung, er könne selbst noch mehr herausholen. Sarkis ist der ehemalige Chef der libanesischen Staatsbank. Seine Wahl war eine Absage an die Reformforderungen des Volkes (vergl. Interview mit dem PFLP-Sprecher in „Libanon..."). Vor kurzem hat Dschumblatt nun erklärt: *„Wir hoffen ernstlich, daß Präsident Sarkis der historische Mann sein wird, der Libanon aus dieser Katastrophe (!) herausführen wird."*

Wenn Dschumblatt bei einer solchen Lösung noch eine Rolle spielen will, muß er sich mit den Faschisten arrangieren. Die Faschisten sind hierbei nicht abgeneigt. Der erste Schritt mag darin bestehen, daß in „Le Monde" vom 5./6.9.76 ein Zusammenschnitt zweier Interviews erschien, worin Dschumblatt und der Faschistenführer Bechir Dschamajil (Sohn des Oberfaschisten) auf die gleichen Fragen antworten. Sie stimmen darin überein, daß sie eine Hegemonie Syriens ablehnen und daß eine erneuerte Einheit Libanons dadurch möglich sei, daß zunächst gemeinsame Organe

geschaffen werden, dann Syrien abzieht. Eine Spaltung Libanons lehnen beide ab.

Man muß ganz klar sehen, wo im libanesischen Bürgerkrieg die Grenze zwischen Freund und Feind verläuft, und daß die Kräfte um Dschumblatt und Arafat zu der Front der fortschrittlichen Kräfte gehören. Die Situation in Libanon hat sich aber so weit entwickelt, daß sie innerhalb dieser Front zu den Kräften gehören, die die Massen politisch zurückzerren wollen. Die Mobilisierung des Volkes, die Aufstellung einer Armee und die Propagierung des Volksbefreiungskrieges waren fortschrittliche Antworten auf die Situation, die durch den syrischen Einmarsch entstanden war. Sie haben bei Arafat und Dschumblatt jedoch nicht das Ziel, die Macht des Volkes so weit wie möglich zu entwickeln. Das Ziel ist, Machtmittel zu schaffen, mit denen die PLO-Führung und die libanesischen nationalen Kräfte ihren heutigen Einfluß gegen den Imperialismus und die Faschisten verteidigen können. Da der Einfluß von Arafat und Dschumblatt aber auch durch die Volksmassen bedroht ist, sind die Maßnahmen, die sie ergreifen, beschränkt. Ihr Ziel ist es nicht, die revolutionäre Bewegung so weit wie möglich zu entfalten. Wie frühere Projekte der PLO ist auch der Aufbau der Armee etwas, wovon man gegenüber dem Volk laut redet, was jedoch nur halbherzig in Angriff genommen wird.

Die Ziele der Massen und die Ziele von Dschumblatt und Arafat sind nicht gleich. Sie stützen sich auf die revolutionäre Kraft der Massen, vertreten aber nicht deren eigentliche Ziele, sondern knüpfen an Elemente im Bewußtsein der Massen an – Kriegsmüdigkeit, Trauer um die gefallenen Kämpfer, Resignation – um sie politisch zurückzuzerren.

Die libanesischen und palästinensischen Volksmassen, das sind die Verteidiger von Tall as Saatar, das sind die Menschen, die beklagen, daß ihre Führung sie zurückhält. Die Volksmassen haben schon aus Quarantina den Schluß gezogen, daß gegen die Faschisten kein Verhandeln hilft. Sie haben aus Tall as Saatar den Schluß gezogen, daß das syrische Regime wie alle reaktionären arabischen Regimes ins Lager der Feinde gehört. Sie werden von diesen richtigen Erkenntnissen zurückgezerrt, wenn man ihnen jetzt weismachen will, daß wieder verhandelt werden muß. Sie haben inzwischen ein großes gesundes Mißtrauen gegen solche Verhandlungen, bei denen regelmäßig zugunsten von Fortschritten auf der Ebene der Führung die Fortschritte auf der Ebene der Massen geopfert werden, die sie mit ihrem Blut bezahlt hatten.

Hierin liegt die Chance, Verpflichtung und Notwendigkeit für die revolutionären Kräfte, die wirklichen Ziele der Massen zum Ausdruck zu bringen und anzupacken.

Die Politik von ASAP und PFLP

Die Politik von ASAP und PFLP

Wir verfügen nicht über eine offizielle Stellungnahme der PFLP oder der ASAP. Wir haben deshalb das folgende aus den uns zugänglichen Quellen zusammengestellt.

Danach erklären die Genossen der PFLP, daß es von jetzt ab in Libanon keinen Frieden mehr geben werde. Seit dem syrischen Einmarsch habe die erste Phase des Volkskrieges in Form des Guerillakrieges begonnen.

Die PFLP hatte schon vor längerer Zeit das militärische Vorgehen der Truppen der fortschrittlichen Kräfte kritisiert (vergl. Interview in „Libanon...", S. 41/42). Sie ist der Meinung, daß ein Stellungskrieg an bestimmten Frontlinien zu viele Opfer und Material kostet und deshalb vorteilhaft für die Faschisten ist. Im Gegensatz dazu ist es nicht das Ziel des Volkskrieges, bestimmte Gebiete und Frontlinien zu halten, sondern jede militärische Operation ist auf das Endziel einer vollständigen Niederlage des Feindes ausgerichtet. Bei einem militärisch überlegenen Feind, wie in Libanon, muß anfangs zu dem Zweck oft schon erobertes Gebiet wieder aufgegeben werden. Die Taktik muß sein: Die Syrer angreifen, wo sie schwach sind und ihnen mit überlegenen Kräften Niederlagen zufügen. Die Syrer nirgends zur Ruhe kommen lassen. Bei überlegenen syrischen Angriffen aber ausweichen und sich zurückziehen, um die eigenen Kräfte zu schonen.

Es ist klar, daß eine solche Taktik nur erfolgreich sein kann und zum Anwachsen der eigenen Kräfte und zur Schwächung des Gegners führen kann, wenn man sich auf die Basis des gesamten Volkes stützt. Eine solche Kriegsführung wird deshalb unabhängig von der speziellen Taktik als Volkskrieg bezeichnet.

Der Gegner ist deshalb Syrien, weil die syrische Besatzung das Haupthindernis auf dem Weg der revolutionären Entwicklung darstellt. Geht man zurück auf die Situation vor dem syrischen Einmarsch, so waren die Syrer die letzte Hoffnung der Faschisten.

Wenn man statisch nur die heutigen Kräfteverhältnisse betrachtet, dann wäre der Kampf für die fortschrittlichen Kräfte verloren. Die Entwicklung bleibt jedoch nicht bei der heutigen Situation stehen, sondern geht dynamisch weiter. Auch um die fortschrittlichen Kräfte zu schlagen, müßte der Krieg weitergehen. Dabei verändert sich das Kräfteverhältnis. Während die politische Kraft der Syrer abnimmt, gewinnen die revolutionären Kräfte die Unterstützung der Massen und wächst die politische Kraft der Massen. Diese Vorteile lassen sich am besten durch den Volkskrieg nutzen und weiter ausbauen. In einer Lage der militärischen Schwäche und politischen Stärke ist der Volkskrieg geeignet, den entscheidenden Faktor, die politische Stärke weiter zu entwickeln. Auf dieser Grundlage wird dann die militärische Stärke anwachsen.

Nun kann man den Volkskrieg nicht einfach beginnen, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Beispiele dafür sind das Scheitern von Che Guevara in Bolivien oder die falsche Volkskriegtheorie der RAF. Die Genossen sind jedoch der Meinung, daß in Libanon die Voraussetzungen bestehen. Das Volk ist bewaffnet und unterstützt den Kampf. Die Massen haben nun schon anderthalb Jahre gekämpft und werden nicht aufhören, ohne etwas erreicht zu haben. Fast jede Familie hat Opfer gebracht. Fast jeder ist aber auch im Verlauf der Kämpfe bewaffnet und kampferfahren. Dadurch hat sich die Situation seit dem Anfang des Bürgerkrieges verändert. Der Kampf ist zur Gewohnheit geworden.

Als sich vor einem halben Jahr die Organisation As-Saika auf die Seite der Faschisten stellte, hat es nur 24 Stunden gedauert, bis sie von den Massen weggefegt war. Die Büros wurden gestürmt, die Mitglieder schlossen sich den Massen an oder flüchteten. Das geschah, obwohl die Saika militärisch stark war, allein der Abtransport der Waffen der ehemaligen Saika aus dem Lager Sabra dauerte Stunden. Dies ist ein Beweis für die Kraft der libanesischen und palästinensischen Massen, die sie entwickeln, wenn sie politische Klarheit gewinnen.

Nach der Einschätzung der Genossen kann es in Zukunft keine Kompromisse mehr geben. In der Vergangenheit hatte sich gezeigt, daß Feuerpausen oder das Eingreifen der Arabischen Liga sich nur zugunsten der syrischen Besatzer auswirkten. Durch den Guerillakrieg sei die Situation so verändert, daß Abkommen, etwa zwischen der PLO und Syrien, oder Treffen zwischen den Faschisten und der PLO-Führung keine Rolle mehr spielen. Denn diese Kräfte seien ohnehin PLO-Führung keine Rolle mehr spielen. Denn diese Kräfte seien ohnehin nicht in der Lage, die Kämpfe anzuhalten. Die Beteiligung der PFLP und ASAP führe dazu, daß die anderen Kräfte unter den Zwang geraten weiterzukämpfen.

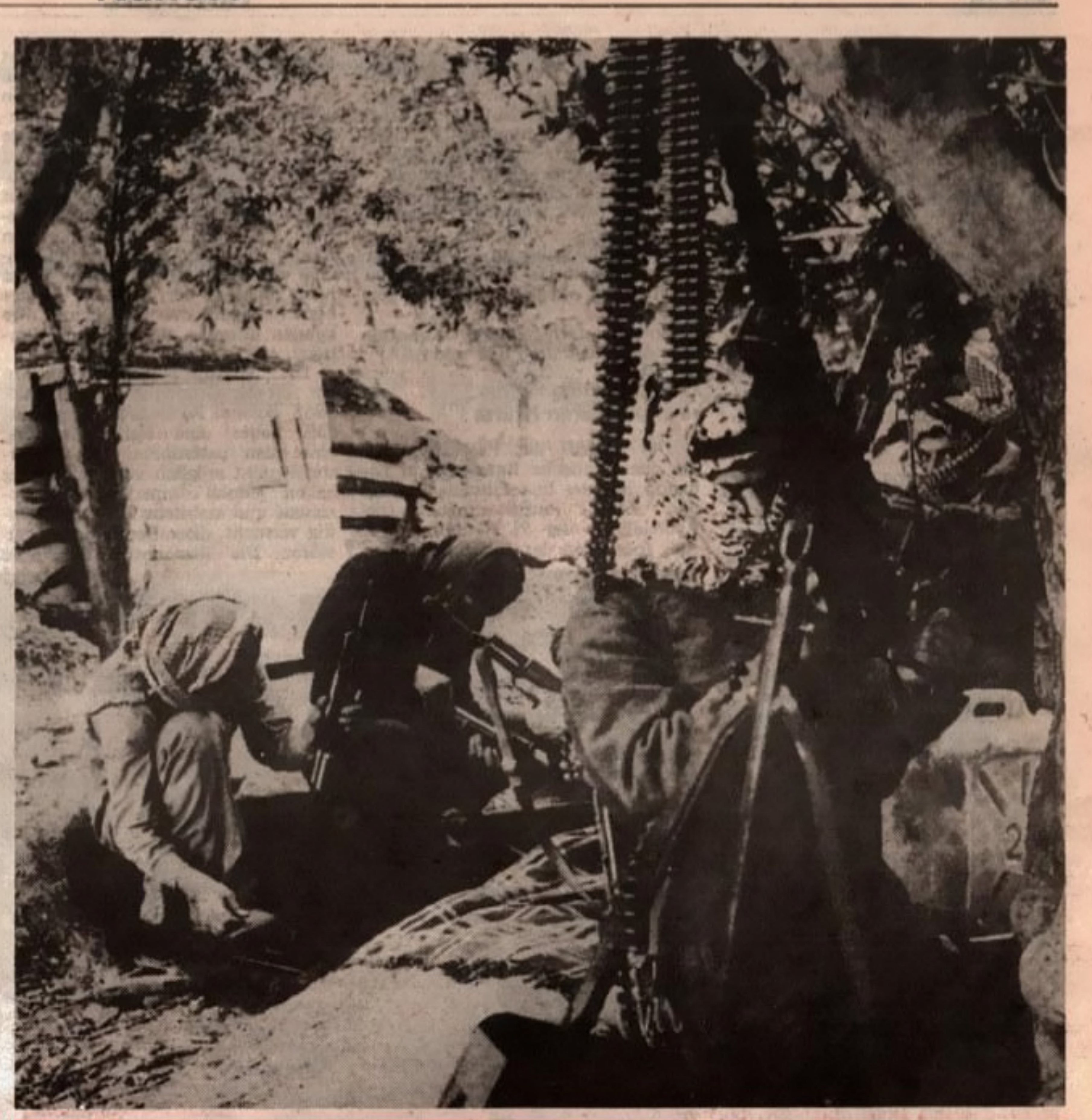
Das syrische Regime versucht, gegen die fortschrittlichen Kräfte eine Kombination von militärischer Belagerung und politischer Erpressung einzusetzen. Es gibt innerhalb der fortschrittlichen Kräfte Strömungen, die dem nachzugeben neigen. Das Mittel dagegen ist der Guerillakrieg.

Die Lage in Libanon darf man sich nicht so vorstellen, daß die gesamte auf den üblichen Karten eingezeichnete Region südlich von Beirut befreites Gebiet ist. Die größeren Städte – Westbeirut, Saida, Sur, u.a. – sind Festungen der fortschrittlichen Kräfte, während das Gebiet dazwischen offen ist. Hier bewegen sich zeitweise syrische Patrouillen, zeitweise Einheiten der fortschrittlichen Kräfte.

Weiterhin gibt es zur Zeit noch keine wirkliche Einheitsfront und ihr militärisches Instrument, eine Volksarmee. PFLP und ASAP sind jedoch dabei, die Volksarmee aufzubauen.

Die Syrer und die Faschisten können heute die Städte nur erobern, wenn sie sie vorher politisch erobern. Hier gibt es das Beispiel des Bürgerkriegs in Jordanien im September 1970. Nach 12 Tagen hatten damals die palästinensischen Kräfte 2/3 von Amman erobert und den Norden des Landes vollständig befreit. Die Niederlage kam aufgrund der Kompromisse, die Arafat anschließend aushandelte. Der Widerstand verpflichtete sich darin, in den Städten keine Waffen mehr zu tragen und sich schließlich auf das ländliche Gebiet von Jerash und Ajlun zurückzuziehen. Dadurch wurde er zu einem

Fortsetzung auf Seite 26



Der Staatsstreich des Emirs von Kuwait
Schlag gegen den palästinensischen Widerstand

Der Emir von Kuwait hat am 29. August '76 den Rücktritt der Regierung „angenommen", das Parlament aufgelöst und einige Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt (vgl. AK 88). Inzwischen ist ein neues Kabinett gebildet worden: Das alte (14 Minister) ist um fünf Minister und drei Ministerien erweitert worden. Mit dem neuen Minister für juristische und Verwaltungsangelegenheiten ist nun die Familie des Emirs mit sechs Mitgliedern in der Regierung vertreten. Der reaktionäre Kurs des Herrscherhauses wird durch die Einrichtung eines Ministeriums für religiöse Angelegenheiten untermauert, für dessen Führung der Präsi- Einrichtung eines Ministeriums für religiöse Angelegenheiten untermauert, für dessen Führung der Präsi- dent der „Gesellschaft für soziale Reform", einer politisch-religiösen Organisation der extremen Rechten, ausgesucht wurde. („Le Monde", 9.9.).

Mit dem *„Ende des letzten parlamentarischen System in der arabischen Welt"* („Neue Zürcher Zeitung", 4.9.) geht einher das Ende der bisher in Verfassung und Pressegesetz verankerten Meinungs- und Pressefreiheit. Die bisherige liberale Handhabung – im Vergleich zu den meisten arabischen Staaten – wurde ersetzt durch ein Dekret des Emirs, das das Verbot einer Zeitung für zwei Jahre oder Lizenzverlust androht, *„wenn Veröffentlichungen dem Staatsinteresse zuwiderlaufen."* („Frankfurter Rundschau, „FR", 30.8:). Die Zeitungen sind außerdem angewiesen worden, bestimmte Informationen vor der Veröffentlichung dem Informationsministerium zur Kontrolle vorzulegen („El Moudjahid", 2.9.), denn – so erklärte der Informationsminister dazu – die Presse dürfe *„sich nicht in interarabische Konflikte verwickeln lassen. Die kuwaitische Presse habe die Pflicht, kritisch die inneren Probleme des Landes zu behandeln, aber die Kritik müsse konstruktiv sein, die Fehler zwar aufzeigen, aber keine Anschuldigungen oder ungerechtfertigte Denunziationen enthalten"* („El Moudjahid", 1.9.).

Gegen die palästinensische Revolution

Kurz nach dem Verbot der propalästinensischen Zeitung „Al Watan" (s. AK 88) gab die palästinensische Ablehnungsfront in Beirut eine Stellungnahme zu den Vorfällen in Kuwait ab. Darin heißt es: *„Es handelt sich um neue Intrigen, die gegen die palästinensische Revolution gerichtet sind. Die arabischen Massen Kuwaits und der arabischen Welt wissen, daß diese politischen Maßnahmen sich in den Komplott des Imperialismus und der Reaktion einordnen, mit dem eine politische und wirtschaftliche Dominanz in der Region erzielt werden soll"* („Le Monde", 3.9.).

Die kuwaitische Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist in besonderer Weise mit dem Schicksal der Palästinenser und dem palästinensischen Widerstandskampf verbunden. Nach der Vertreibung aus ihrer Heimat 1948 sind Tausende Palästinenser nach Kuwait emigriert. Heute leben über 200.000 Palästinenser (20% der Bevölkerung) in Kuwait. Zusammen mit über 300.000 anderen arabischen Emigranten machen die Ausländer Bevölkerung) in Kuwait. Zusammen mit über 300.000 anderen arabischen Emigranten machen die Ausländer über die Hälfte der kuwaitischen Bevölkerung aus. Obwohl eine Mehrheit, werden sie extrem benachteiligt. Wahlberechtigt z.B. (ohnehin nur Männer) sind Ausländer erst, wenn sie nach 15 Jahren Aufenthalt die Staatsbürgerschaft beantragt haben und dann noch weitere 20 Jahre (!) in Kuwait gelebt haben. Als später der Erdölboom in Kuwait begann, gelang es vielen der gut ausgebildeten Palästinenser, Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Verwaltung zu besetzen. Ihr Einfluß (und Geld) schufen gute Voraussetzungen für den Aufbau des palästinensischen Widerstands. Die PLO-Führer Arafat und Salah Khalaf (Abu Ayad) gingen 1957 nach Kuwait und bauten al-Fatah auf. In Kuwait wurde die erste palästinensische Zeitschrift „Filastinuna" (unser Palästina), die dann in Beirut veröffentlicht wurde, vorbereitet, und George Habash baute zusammen mit Ahmad al-Khativ die Arabische Nationalistische Bewegung auf, aus der später u.a. die PFLP hervorging. (nach „Le Monde Diplomatique", Feb.76).

Al-Khativ war es auch, der jetzt zusammen mit anderen fortschrittlichen Abgeordneten des Kuwaiter Parlaments den Anlaß für dessen Auflösung gab. Seine Gruppe – offizielle Parteien gibt es in Kuwait nicht – hatte sich im Parlament während der letzten Jahre zum Fürsprecher der Palästinenser und anderer Ausländer im Land gemacht und im Namen der palästinensischen und arabischen Massen öffentlich die Politik Kuwaits und anderer reaktionärer arabischer Staaten scharf angegriffen.

So fanden im benachbarten Emirat Bahrain 1972/73 große Arbeiteraufstände statt. Als nach der 1.Mai-Demonstration 1973 dort eine riesige Verhaftungswelle einsetzte, beantragten 13 von 50 Abgeordneten im kuwaitischen Parlament eine Diskussion über die Situation in Bahrain. Als der Antrag abgelehnt wurde, verabschiedeten sie eine Resolution, in der sie sich mit *„dem bahrainischen Volk und seiner Avantgarde aus Arbeitern, Studenten und Intellektuellen in seinem Kampf für mehr demokratische Rechte und ein besseres Leben"* solidarisch erklärten und die Bevölkerung Kuwaits und der arabischen Welt aufforderten, *„sich mit dem Kampf des bahrainischen Volkes und seinen gerechten Forderungen zu solidarisieren."* (Materialien zum antiimperialistischen Kampf, Nr. 2/1973).

Der Einfluß der Khativ-Gruppe ist in den letzten Jahren gewachsen, stischen Kampf, Nr. 2/1973).

Der Einfluß der Khativ-Gruppe ist in den letzten Jahren gewachsen, was sich bei den Parlamentswahlen im Februar 1975 positiv niederschlug. Da die ausländischen Arbeitskräfte größtenteils nicht wählen dürfen, muß sie auch einen relativ großen Sympathisantenkreis unter der einheimischen Bevölkerung haben.

Im Hintergrund der Schah und Saudi-Arabien

Die klare Position, die die oppositionellen Politiker in den letzten Monaten zum Libanonkrieg bezogen haben, hat die Regierung in innen- und vor allem wohl auch außenpolitische Schwierigkeiten gebracht. Kuwaits mächtige Nachbarn, Saudi-Arabien und Persien, fürchten die Ausstrahlung der im Vergleich zu ihren Regimes riesigen demokratischen Freiheiten Kuwaits auf ihre eigenen Länder und die übrigen finster feudalistischen Golfemirate und übten Druck aus. Kuwaits Premierminister erklärte: *„Das Parlament und die Presse haben den Beziehungen Kuwaits zu den befreundeten arabischen* (besonders Saudi-Arabien – AK) *und nicht-arabischen Staaten geschadet. Und sie haben versucht, unser Volk zu spalten."* („El Moudjahid", 1.9.).

Akuter Anlaß für die jüngsten Maßnahmen war die Aufforderung an die Regierungsclique, die syrische Intervention im Libanon zu verurteilen und sich durch ihre Vermittlungstaktik nicht *„zum Handlanger der amerikanische Pläne in der Region zu machen"* („NZZ", 31.8.). Bleibt nachzutragen, daß am 1. Sept. die Zeitschrift der Khatib-Gruppe, „Al-Tali'a" (Avantgarde), die wichtigste oppositionelle Zeitschrift, für drei Monate verboten wurde, weil sie die Maßnahmen des Emirs kritisiert hat.

Nahostkommission

Forts. von S. 25

Fisch ohne Wasser und konnte geschlagen werden.

Aber heute ist es nicht mehr wie 1970 in Jordanien. Auch Arafat versucht es heute anders. Er verhandelt nicht mehr selbst, er schickt z.B. Kaddumi. Dann prüft er, wie die Massen reagieren, je nachdem ist er dann dafür oder dagegen. Seine Lage ist heute kritisch, jeder Fehler kann ihn stürzen. Die Massen, die in 24 Stunden die Saika liquidiert haben, können auch Arafat beiseite schieben. Die Basis von Al Fatah ist nicht einfach auf der Linie der Führung. Die PFLP geht auch an diese Frage strategisch heran und sucht das Bündnis mit den Kämpfern von Al Fatah.

Die ASAP war im Anfang der Kämpfe hauptsächlich in Tripoli und Sur stark beteiligt. In Beirut wurde sie früher nicht einmal bei den Einladungen zu Versammlungen der Vertreter der fortschrittlichen Kräfte berücksichtigt. Heute ist das im Verlauf der Kämpfe anders geworden. Die ASAP hat sich als revolutionäre Kampforganisation erwiesen. Sie ist heute in Beirut eine bedeutende Kraft geworden.

Als äußere Gefahr könnte man einen drohenden israelischen Einmarsch vermuten. Israel wird jedoch nicht einmarschieren, solange Syrien die israelischen Ziele in Bezug auf Libanon erfüllt. Eine israelische Intervention würde außerdem die reaktionären Kräfte insgesamt schwächen. Schon heute kann das syrische Regime sein Verhältnis zu Israel den arabischen Massen kaum noch erklären. Das syrische Regime behauptet nach wie vor, daß es in Libanon interveniert habe, um den palästinensischen Widerstand zu unterstützen, und um zu verhindern, daß Dschumblatt eigene Interessen verfolgt, die dem libanesischen und palästinensischen Volk schaden. Die merkwürdige Tatsache, daß sich Israel durch die Anwesenheit syrischer Truppen in Libanon nicht bedroht fühlt, wurde durch die Meldung verschleiert, daß Israel im Süden Libanons eine „rote Linie" festgelegt habe, die die syrischen Truppen nicht überschreiten dürften. Inzwischen bombardieren jedoch syrische Flugzeuge Stellungen der fortschrittlichen Kräfte südlich der „roten Linie", ohne daß Israel reagiert. Ein israelischer Einmarsch müßte dem syrischen Volk noch mehr darüber zu denken geben, welche Rolle sein „antiimperialistisches" Regime in Libanon spielt.

Auf die Frage, warum denn die Voraussage, daß das syrische Regime den Einmarsch in Libanon nicht überleben werde, nicht eingetroffen ist, antworten die Genossen, daß die Zersetzung des syrischen Regimes im Gange ist. Die Massen brauchten immer eine gewisse Zeit, bis sie auf politische Erfahrungen reagieren.

1948 habe sich die Zusammenarbeit der arabischen Führer mit dem Imperialismus gezeigt, als sie nicht gewillt waren, die Errichtung des Staates Israel zu verhindern. Es habe dann aber doch bis 1952 gedauert, bis diese Regimes gestürzt wurden.

Schließlich betonen die Genossen nach wie vor: Wenn die Zionisten einmarschieren, wenn die Imperialisten einmarschieren, sollen sie doch kommen. Die arabische Region wird sich in ein neues Vietnam verwandeln.

Soweit nach unserer Kenntnis über die Politik der PFLP und ASAP.

Unterstützung für die revolutionären Kräfte!

Der Angriff der Faschisten auf die demokratische Bewegung in Libanon hat der libanesischen Linken den Kampf aufgezwungen. Die Abweichung der PLO-Führung von den Interessen der palästinensischen Revolution hat die Ablehnungsfront notwendig gemacht. Die PFLP sah sich in der Lage, die Führung zu übernehmen oder ihre Politik zu verraten. Die Herausforderung wurde also schon damals angenommen und von da an folgte jeder neue revolutionäre Schritt dem anderen mit Notwendigkeit. Eine solche Situation, daß nämlich die Linke den Kampf zu einem Zeitpunkt aufnehmen muß, wo sie „eigentlich" dazu noch nicht in der Lage ist, ist der normale Gang der Geschichte. Wir kennen dasselbe aus Chile und Portugal.

Die palästinensische Revolution hat seit der Gründung der Al Fatah 1958 solche Fortschritte gemacht, daß heute eine Nahost-Regelung ohne den palästinensischen Widerstand nicht möglich ist. Gleichzeitig haben jedoch Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion ständig versucht, diese Bewegung zu zerstören. Die libanesischen Ereignisse haben wieder bewiesen, daß es keinen Mittelweg des Kompromisses gibt, keinen Ministaat o.ä.

Die kompromißlerischen Kräfte haben das palästinensische Volk nicht in der Tasche. Solange es revolutionäre Organisationen gibt, die den nächsten revolutionären Schritt in Angriff nehmen, haben die Kompromißler nicht, was sie den Imperialisten verkaufen wollen. Deshalb richten sich die Angriffe der Imperialisten und ihrer Lakaien hauptsächlich auf die Linke im palästinensischen Widerstand und im Libanon. Deshalb ist es notwendig, die Linke zu unterstützen, die die Politik der Massen macht und mit den Massen siegen wird.

„*Wir müssen die Geschichte gut verstehen. Werfen wir zum Beispiel einen Blick auf den spanischen Bürgerkrieg! Nachdem die fortschrittlichen Kräfte eine Niederlage erlitten hatten, blieb die Linke von 1936 bis in die Gegenwart in diesem Gebiet schwach.*

Ich glaube, wenn wir in Libanon einen Rückschlag erleiden, könnten wir sehr gut einer ähnlichen Zukunft entgegensehen. Und es ist sehr wichtig, Geschichte zu erkennen und gut zu verstehen. Es ist notwendig und unbedingt erforderlich, daß wir uns nicht selbst belügen, indem wir glauben, (...) daß die Faschisten die Kämpfe beenden wollen. Wir müssen sie im Kampf zerschlagen und sie werden nicht aufgeben." (Sprecher der PFLP in: „Libanon...", S.45).

Die Niederlage im spanischen Bürgerkrieg war einer der Schritte, die zum 2. Weltkrieg geführt haben. Eine Niederlage der fortschrittlichen Kräfte im libanesischen Bürgerkrieg könnte gut ein Schritt zum 3. Weltkrieg sein. Es ist notwendig, daß die fortschrittlichen Kräfte siegen und daß sich das arabische Gebiet in ein neues Vietnam verwandelt!

Nahost-Kommission



Beirut: Von Falangisten ermordete und grausam verstümmelte Arbeiter

Israel bildet die faschistischen Milizen aus

Nach der Unabhängigkeit erbat die angolanische Staatsführung kubanische Hilfe gegen die eingefallene Rassisten-Armee und die imperialistischen Söldnertruppen der FNLA und UNITA. Sie verfuhr damit nach den Regeln des Völkerrechts, wie sie vom Imperialismus selbst definiert werden, völlig korrekt. Trotzdem stimmte die bürgerliche Presse anschließend ein wildes Zeter und Mordio an und erfand täglich neue Schauermärchen über die „kubanischen Söldnerhorden".

Ganz anders verhält sie sich zu Israel im Libanon-Krieg. Nachdem sich Israels Kriegsteilnahme nicht mehr völlig verbergen läßt, wird sie auf eine belanglose „Randerscheinung" heruntergespielt. Tatsächlich ist Israel durch die umfangreiche Waffenversorgung der Faschisten, die Besetzung des „Fatah-Land" genannten Südlibanons und vor allem seine Seeblockade der von fortschrittlichen Kräften gehaltenen Küstenstriche eine der Hauptkampf-Parteien, ohne daß Israel eine völkerrechtliche Legitimation dafür vorweisen kann!

Inzwischen enthüllte das US-Magazin „Time", daß die zionistische Aggression gegen die fortschrittlichen Kräfte noch viel weiter geht. „Time" berichtete von einem Geheimabkommen zwischen Israel und den Faschisten. Es erstreckt sich „*auf die Ausbildung libanesischer Truppen, auf eine israelische Marineblockade von Häfen, die von linksgerichteten Moslems kontrolliert werden, sowie auf die Ausbildung von Libanesen im südlichen Teil des Landes, um eine Rückkehr der palästinensischen Freischärler in ihre Stützpunkte in diesem Bereich zu verhindern*". („Frankfurter Rundschau", „FR", 7.9.).

Das US-Magazin belegte seine Enthüllung mit folgenden Einzelheiten:

– Bereits 15 Schiffe sind abgefangen worden, drei weitere wurden torpediert. Die Israelis kaperten sechs Schiffe, entführten sie nach Haifa und entluden Waffen, die sie anschließend an die Faschisten weiterleiteten. Wir dürfen gespannt sein, ob Genscher in der UNO für eine Konvention gegen den Terror der Schiffsentführer eintreten will.

– Auf einem Stützpunkt der Israelis am Rande der Wüste Sinai bildet Israel ein faschistisches Bataillon in Panzerkriegsführung aus. Es soll anschließend mit 38 US-Panzern „Sherman M-50" ausgerüstet in den Libanon zurückkehren.

– Zwischen Mai und August besuchte Shimon Peres, der israelische Außenminister, viermal den Libanon und traf dort mit führenden Faschisten zusammen („FR", 7.9. und „El Moudjahid", 7.9.)

Die israelische Regierung dementierte hastig ein Geheimabkommen. Dazu dpa:

„*Beobachter verwiesen jedoch darauf, daß trotz des Dementis eine Zusammenarbeit zwischen Israel und Kräften in Libanon besteht. Einzelheiten werden streng geheimgehalten*" („FR", 7.9.).

Trotz aller Hilfe von außen bleiben die Faschisten militärisch zu schwach

Am 31.8. berichtete Radio Moskau, daß ausländische Söldner „*in weitem Ausmaß*" unter den faschistischen Truppen kämpfen: „*Großbritannien, das Söldner für Angola anzuwerben pflegte,* (hat) *auf den Libanon umgeschaltet. Fremdenlegionäre aus Frankreich kämpfen ebenfalls im Libanon*" („Monitor-Dienst", 1.9.). Diese Fakten werden vom Korrespondenten der konservativen „Neuen Zürcher Zeitung" („NZZ") voll bestätigt:

„*Die ‚Libanesischen Streitkräfte'* (gemeint sind die Faschisten-Milizen, AK) *unterhalten, nach Fraktionen getrennt, in den Bergen Ausbildungslager. Dort unterweisen fremde Sölder – meist mit einschlägiger Erfahrung aus dem Maghreb, Indochina und Schwarzafrika – die christlichen Rekruten*" (17.9.).

Insgesamt kommt der Korrespondent der „NZZ" nach seinem Besuch zu einem vernichtenden Urteil über die Kampfkraft der Faschisten:

„*Mit zwiespältigem Gefühl verläßt man auch die Christenmilizen. Schon das Alter der Phalange-Kämpfer gibt zu denken; man beobachtet in Beirut dreizehnjährige Knaben, mitten im Stimmbruch und mit erstem Flaum am Kinn, die automatische Waffen bedienen ... In Aschafriye könnte man glauben, sechs Privatarmeen hielten Wache; so viele diverse Uniformen und Abzeichen beleben das Bild. Der lose Zusammenhalt, die seltsame Kommandostruktur und die Geschwätzigkeit der jungen Soldaten lassen an den ‚Libanesischen Streitkräften' etwas zweifeln ...*" Ihre Ausbildung sei viel zu schlecht: „*Der Kurs dauert zwei Wochen, nicht mehr. Oft aber erfolgen Anwerbung und Grundschulung noch einfacher ...*" („NZZ", 17.9.).

Zusammenfassend kann man zur Stärke der Faschisten folgendes sagen: Die faschistischen Milizen mobilisieren ihre letzten Kräfte. Da sie sich nicht auf das Volk stützen können, mißbrauchen sie zunehmend Kinder und Halbwüchsige für ihre Ziele – die Nazis haben dies in den letzten Wochen des 2. Weltkrieges vorexerziert. Trotz der massiven Hilfe von außen durch Syrer, Zionisten und Söldner sind sie militärisch schwach – sieben Wochen Belagerung vom eingeschlossenen Tell Zaatar trotz der zahlenmäßigen und waffentechnischen riesigen Übermacht haben dies gezeigt. Die ausländische Aggression hat die verbündeten Linkskräfte zahlreiche Opfer gekostet und geschwächt, dennoch bleiben sie den zusammengewürfelten Faschistenhaufen überlegen. Damit sind die imperialistischen Pläne vorläufig gescheitert, durch ein schnelles syrisches und israelisches Eingreifen die Linken so zu schwächen, daß anschließend wieder den Faschisten die Niederhaltung des Volkes überlassen werden kann. Der syrische Präsident Assad und Israel hatten gehofft, den – ihrer imperialistischen Sicht nach – „libanesischen Sumpf" schnell trocken zu legen, inzwischen wird deutlich, daß sie immer mehr hineingeraten und – je mehr die arabischen Massen dieses Spiel durchschauen – in ihm untergehen.

Nahost-Kommission



Falangistische Mörder warten auf ihre Opfer



afrika aktuell

RSA

Kämpfe der Schwarzen gegen Terror der weißen Minderheit

Seit Beginn der spontanen Kämpfe der Schwarzen gegen den weißen Faschismus in der RSA haben die Auseinandersetzungen gerade in den letzten Wochen an Intensität zugenommen:

Es wäre hier nicht der Platz, alle Orte, in denen Demonstrationen und Aktionen der Schwarzen stattgefunden haben, aufzuzählen. *„Es gibt wohl heute in der RSA keinen Ort wo Schwarze und Farbige wohnen und wo es keine Demonstrationen gegeben hat"* („Guardian, 13.9.76).

D.h. es ist festzustellen, daß es in dem Apartheidstaat nicht einen Ort – außer den „Oasen" der weißen Bourgeoisie – gibt, in denen es heute keine heftigen Auseinandersetzungen gibt.

Die Ziele des Angriffs der Schwarzen sind die verhaßten Einrichtungen der Unterdrückung (Rathäuser, Verwaltungsgebäude, Schulen etc.). Die Kämpfe hatten offenbar durchschlagenden Erfolg: *„In Soweto und anderen Städten der Schwarzen gibt es keine intakte Verwaltung durch die Regierung mehr"* („Le Monde").

Zu diesen Verwaltungsstätten zählen auch die in der bürgerlichen Zeitung so oft erwähnten „Schnapsläden". Dieses sind Verteilungsstellen der Weißen, wo Alkohol zu stark überhöhten Preisen und rationiert an die Schwarzen abgegeben wird. (Die Presse berichtet gerade über die Zerstörung dieser Einrichtung sehr genüßlich, um das Bild einer trunksüchtigen, randalierenden Masse darzustellen!)

An den Kämpfen der Schwarzen beteiligten sich in den letzten Wochen auch erstmals die „Mischlinge" (Inder, andere Asiaten, Mischlinge). Sie stehen nach dem Apartheidskonzept der weißen Faschisten „zwischen" Schwarz und Weiß. D.h. sie haben gegenüber den Schwarzen bestimmte Privilegien. Sie verdienen etwas mehr, können leichter Geschäfte eröffnen, die Kinder haben etwas bessere Schulen, es gibt besondere Universitäten etc. Von den Weißen werden sie als „Farbige" eingestuft (in vornehmer Abstufung zu den „Schwarzen"); sie haben nur bedingtes Wahlrecht, sie dürfen nicht in „weißen Gebieten" leben, ihre Geschäfte dürfen nicht in den Stadtkernen der großen Städte liegen etc.

Jetzt scheint es, daß die Spaltung zwischen Schwarzen und „Mischlingen" nach weißen Muster nicht länger funktioniert:

- *„Zu den schwersten Zusammenstößen kam es in den Mischlingswohngebieten..."* („SZ", 11.9.).

Gemeinsam mit den Schwarzen *„demonstrierten tausende von Mischlingen gegen die Apartheid und die Inhaftierung ihrer Kampfgefährten* („Guardian", 10.9.76).

Gemeinsam mit den Schwarzen beschlossen auch die „Mischlinge" Anfang letzter Woche einen Streikaufruf der südafrikanischen Studentenunion zu befolgen. Zum ersten Male wurde ein Streikaufruf auch in der Kapprovinz in die Tat umgesetzt:

- In den RSA-Industriezentren *„erschienen bis zu 70 % der Arbeiter nicht bei der Arbeit"* („Le Monde", 13.9.).

Angesichts der verstärkten Kämpfe machte die weiße Regierung „Zugeständnisse":

- *„Es wird zu einer Neuorientierung in der Sportpolitik kommen!"* („SZ", 14.9.76).

Neben dieser „enormen" Zusage kündigte Rassistenchef Vorster an: *„Die Politik der Apartheid wird nicht aufgegeben"* („SZ", 15.9.76).

Entsprechend dieser Aussage betreibt das Rassistenregime seinen Terror weiter:

- Seit dem 15.9.76 werden in der Umgebung von Kapstadt über 50.000 Schwarze zwangsweise aus ihrer Wohngegend evakuiert. Sie werden – teilweise gefesselt – in ein neu geschaffenes „Homeland" ihres Stammes „umgesiedelt" (ARD-Tagesschau 15.9.76).
- In *„Alexandria nahm die Polizei bei Haussuchungen 900 Agitatoren fest"* („SZ", 15.9.76).

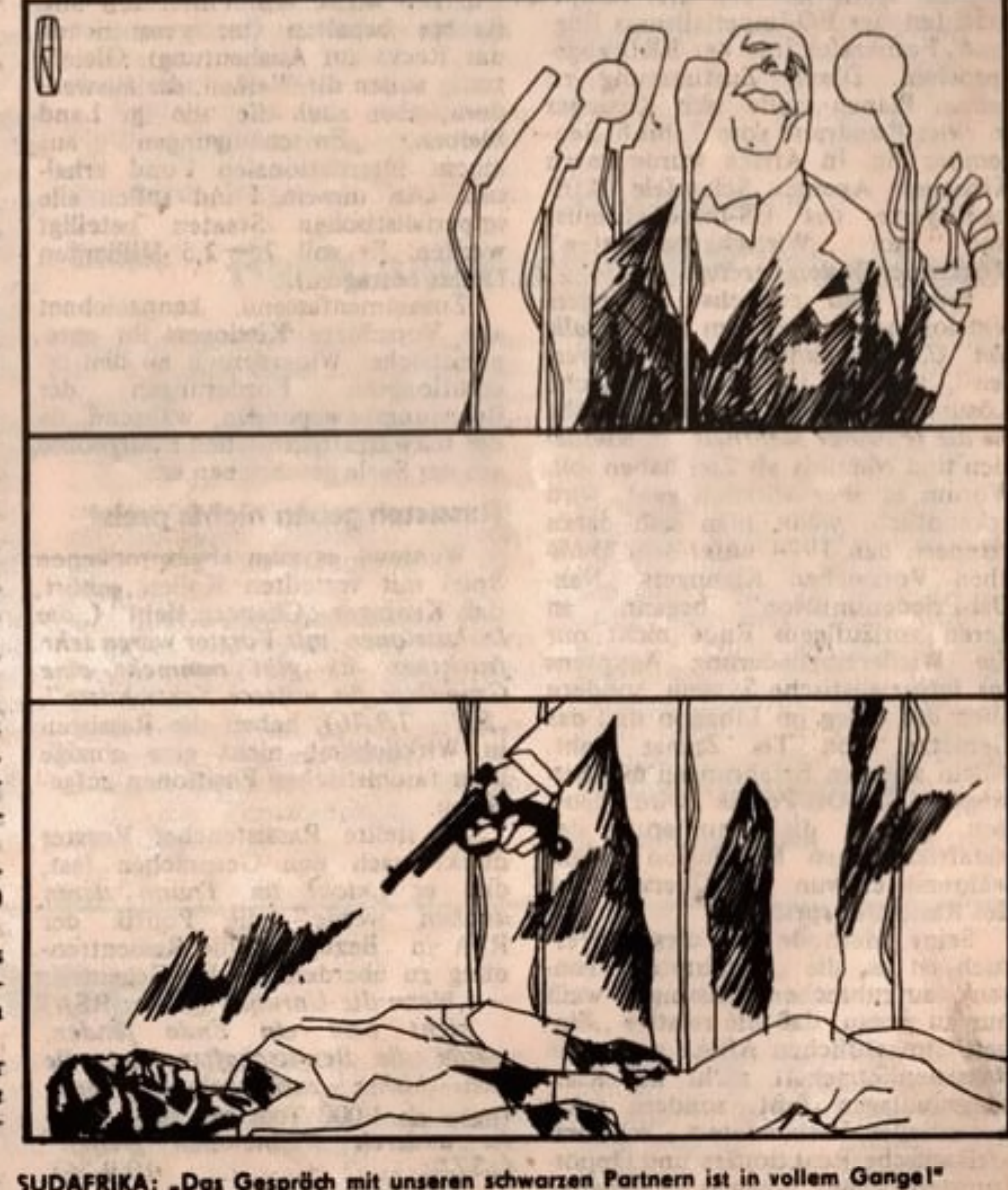
Insgesamt wurden allein in der letzten Woche mehr als 2.000 Schwarze festgenommen (NDR, 15.9.76).

- Bei Demonstrationen wurden am 15.9. über 300 schwarze Demonstranten festgenommen. Sie wurden an Ort und Stelle zu einer Prügelstrafe von acht Schlägen verurteilt (ARD-Tagesschau, 15.9.).
- In den letzten drei Wochen wurden bei den Kämpfen mehr als 100 Farbige getötet!

Diese Fakten belegen erneut, was von den gerade inszenierten „Entspannungsbemühungen" im südlichen Afrika zu halten ist.

Zu Recht erklärte deshalb der ANC: *„Wir werden weiterkämpfen bis zum Sieg über die weiße Minderheit."*

Afrika-Kommission



SÜDAFRIKA: „Das Gespräch mit unseren schwarzen Partnern ist in vollem Gange!"



Südafrikanische Rassistenpolizei im Einsatz gegen schwarze Demonstranten



Das ist das Gesicht des Rassismus im südlichen Afrika: Rhodesische Soldaten auf „Nigger"-Jagd

Zimbabwe/Rhodesien

Neue Terror-Gesetze

Die weißen Faschisten haben eine ganze Reihe von neuen „Tatbeständen" in die Liste für Todesstrafe gesetzt:

- *„... dazu gehören u. a. Rekrutierung von Partisanen, Nichtanzeige von Beobachtungen über Guerillatätigkeit (!) oder Waffenverstecke sowie Hilfe an Rebellen"* („Neue Zürcher Zeitung", 10.9.76).

Nach diesen neuen Gesetzen verurteilten die Faschisten acht Schwarze zum Tode, weil sie *„die Machtübernahme der schwarzen Bevölkerungsmehrheit"* gefordert hatten. Angeblich hätten sie ihre Forderungen mit *„Sprengstoffanschlägen unterstrichen"*. (Sicherlich ein harmloses Mittel im Vergleich zu den Taten der weißen Mörderbande). Selbst die bürgerliche englische Zeitung „Guardian" stellte zu dem Prozeß fest: *„Die Zeugen der Anklage machten den Eindruck, als seien sie nicht schlecht bezahlt für ihre Aussagen"*.

Afrika-Kommission



Eines Tages wird die Kanone auf seinen Faschistenschädel gerichtet sein! Rhodesiens Rassistenchef Smith bei einer Schießübung

Springers Wunschtraum

In Springers „Bild am Sonntag" vom 12.9.76 konnte man eine richtige Sensationsmeldung lesen:

- *„Ein Jahr nach der Unabhängigkeit sind in dem kommunistisch regierten Mozambique schwere Unruhen ausgebrochen.*

Präsident Samora Machel soll gestern ... an den Folgen eines Attentates gestorben sein.

Der Attentäter ist ein Angehöriger der schwarzen Widerstandsbewegung gegen das kommunistische Regime. In mehreren Teilen des Landes sind Kämpfe ausgebrochen ..."

Die Meldung stammt von Springers eigenem Auslands-Nachrichtendienst (SAD). Geschrieben wurde sie von Hans Germani, einem der widerlichsten Tintenkulis der Faschisten und Duzfreund berüchtigter Söldner-Führer („Kongo-Müller"). Er zählt zu den „Hofberichterstattern" des südafrikanischen Rassistenchefs Vorster und darf nach der Befreiung mozambiquanischen Boden nicht mehr betreten! Daß die „BamS" diese „Meldung" veröffentlicht, macht einmal mehr klar, was sich diese Springer-Faschisten erhoffen! Gleichzeitig soll dem Leser das Bild eines völlig chaotischen Zustandes in einem vom Kolonialismus und Imperialismus befreiten Lande vermittelt werden.

Afrika-Kommission

Kissinger in Afrika
Nah-Ost-Lösung im südlichen Afrika?

Gegenwärtig befindet sich US-Aussenminister Kissinger wieder auf „Pendeldiplomatie" im südlichen Afrika.

Seine Besuche in Tansania, Sambia, der RSA und möglicherweise auch Rhodesien wurden gut vorbereitet und auf einem vorbereitenden Treffen mit Rassistenchef Vorster (4. bis 5. September in Zürich) abgestimmt, sowie mit den drei Hauptmächten des EG-Imperialismus England, Frankreich und der BRD abgesprochen. Deren Zustimmung zu seinen Plänen holte sich Kissinger in einer Rundreise vom 7. bis 8. September ein. In Afrika wurde durch Kissingers Agenten Schaufele (Afrika-Experte des US-Imperialismus) und den „Wirtschaftsexperten" Rogers der Boden bereitet.

Folgt man zunächst Kissingers Version, so geht es ihm *„keinesfalls um US-amerikanische Eigeninteressen"*, sondern um eine „friedliche Lösung", die die *„Machtübergabe an die schwarze Mehrheit"* in Rhodesien und Namibia als Ziel haben soll. Worum es aber wirklich geht, wird erkenntlich, wenn man sich daran erinnert, daß 1974 unter sehr ähnlichen Vorzeichen Kissingers „Nah-Ost-Friedensmission" begann, an deren vorläufigem Ende nicht nur die Wiedereingliederung Ägyptens ins imperialistische System, sondern auch der Krieg im Libanon und das Gemetzel von Tel Zataar steht. Allein aus den Erfahrungen mit Kissingers Nah-Ost-Politik wird deutlich, daß er die Liqudierung der südafrikanischen Revolution meint, während er von der Überwindung des Rassismus spricht!

Seine Methode bei diesem Versuch ist es, die „verhärteten Fronten" aufzubrechen, Kissinger weiß nur zu genau, daß die relative „Einheit" im südlichen Afrika gegen die Rassistenherrschaft nicht auf Klassengrundlagen fußt, sondern seine potentiellen Verbündeten – schwarzafrikanische Reaktionäre und Opportunisten – nur mangels Alternative mehr oder weniger im Lager des Anti-Rassismus stehen.

Diese „Alternative" – teils reale

Anti-Rassismus stehen.

Diese „Alternative" – teils reale
Möglichkeiten, teils bloße Scheinköder (wie damals das Märchen vom palästinensischen Ministaat) – hat der Imperialismus für das südliche Afrika in den letzten Monaten konkret formuliert und zum Anbeißen ausgelegt. Kissinger faßt zusammen:

– Die Rassenpolitik im südlichen Afrika *„ist unvereinbar mit jeglichem Begriff menschlicher Würde"* („FR", 2.9.76.). Diese Politik *„führt zu Widerstand"*, es sei daher wichtig, daß *„die USA ihre guten Dienste als Vermittler anbieten"*, um einen *„Rassenkrieg und ein Blutbad ungeheuren Ausmaßes zu verhindern"* („Guardian", 2.9.76).

– Vorrangig soll *„das Problem Namibia und Rhodesien"* (Zimbabwe) angepackt werden. *„Hierüber werde ich mit allen vernünftigen (!) Schwarzen sprechen"* (Kissinger nach „Le Monde", 9.9.76).

– Während die US-Imperialisten die „Verfassungsgespräche" von Namibia (eine von den Rassisten einberufene Kompradorenversammlung, an der die Befreiungsbewegung SWAPO weder teilnehmen darf noch will – siehe die letzten AK's) als „Schritt in die richtige Richtung" bezeichnen, haben sie schon im Frühjahr – gemeinsam mit Großbritannien – einen Plan zu einem *„friedlichen Übergang zur schwarzen Mehrheitsregierung"* in Rhodesien vorgelegt. Hiernach sollen die Schwarzen in zwei Jahren die Mehrheit in Parlament und Regierung stellen. Die weiße Minderheit soll ihre Rechte behalten (im wesentlichen das Recht auf Ausbeutung). Gleichzeitig sollen die Weißen, die auswandern, aber auch die, die im Land bleiben, „Entschädigungen" aus einem internationalen Fond erhalten. (An diesem Fond sollen alle imperialistischen Staaten beteiligt werden. Er soll 2 – 2,5 Milliarden Dollar betragen.).

Zusammenfassend kennzeichnet alle Vorschläge Kissingers ihr antagonistischer Widerspruch zu den revolutionären Forderungen der Befreiungsbewegungen, während sie der schwarzafrikanischen Bourgeoisie aus der Seele geschrieben ist.

Rassisten geben nichts preis!

Während es zum abgesprochenen Spiel mit verteilten Rollen gehört, daß Kissinger „Chancen sieht" (*„die Diskussionen mit Vorster waren sehr fruchtbar. Es gibt nunmehr eine Grundlage für weitere Fortschritte"*, „SZ", 7.9.76), haben die Rassisten in Wirklichkeit nicht eine einzige ihrer faschistischen Positionen aufgegeben.

So stellte Rassistenchef Vorster direkt nach den Gesprächen fest, daß er *„nicht im Traum daran denken werde"* die Politik der RSA in Bezug auf die Rassentrennung zu überdenken. Im Gegenteil:

– *„Wenn die Unruhen* (in der RSA) *nicht bald ein Ende fänden, werde die Bereitschaftspolizei, die sich bisher zurückgehalten habe* (mehr als 1.000 Tote seit Juni - AK), *zu anderen Maßnahmen greifen"* („SZ", 10.9.76).

– *„Die Schwarzen sind hier, um zu arbeiten. Wenn sie irgendwelche ‚Rechte' wahrnehmen wollen, können sie das ja in ihren Home-Lands tun. Aber erst, wenn sie für uns gearbeitet haben"* (Vorster nach „Guardian", 3.9.76).

Auch an den Aggressionsplänen nach außen ließen die Faschisten keinen Zweifel. *„Wir werden jederzeit und in jedes Land eindringen, falls Guerilleros ins Land dringen."*

Neuestes Mosaiksteinchen in der wahnsinnigen Aufrüstung der RSA ist der Bau von sechs Raketenschnellbooten nach französischem Muster und israelischen Plänen. *„Jedes dieser Angriffsboote* (!) *wird die massierte Feuerkraft eines Schlachtschiffes haben"* („SZ", 9.9.76).

Diese Drohungen richten sich im wesentlichen gegen Angola (von hier wird die SWAPO entschieden unterstützt) und Mosambik (wegen der Unterstützung des Widerstandes in Zimbabwe). Gleichzeitig stellt dieser Aggressionsplan – im Zusammenhang mit dem hochgerüsteten Waffenarsenal der Rassisten – aber auch eine Gefahr für jeden afrikanischen Staat dar, der die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika unterstützt!

Zu Nambia stellt die RSA-Regierung fest: *„Mit der SWAPO wird es keine Verhandlungen geben. Wir sehen keinen Grund, unsere bisherige Politik zu ändern"* („SZ", 9.9.76).

Zu den Spekulationen der bürgerlichen Presse *„Vorster wird nun seinen Einfluß auf Smith geltend machen"* („FR") stellte dieser in erfreulicher Offenheit klar, *„er werde keinen Druck auf Smith ausüben, sondern ihn nur beraten"* („SZ", 15.9.76).

In gleichem Sinne stellten die rhodesischen Rassisten fest, daß es *„unter keinen Umständen zu einer schwarzen Mehrheit innerhalb der nächsten zwei Jahre kommen wird"* („SZ", 8.9.76).

Interessant am Rande ist zu vermerken, daß Vorster und Smith (dessen Absetzung immerhin Kissingers verbales Anliegen ist!) trotz allen Gezeters (*„wir werden zu kollektivem Selbstmord aufgefordert"*) prinzipiell die Wühlarbeit Kissingers als in ihrem Interesse liegend begreifen: *„Ich nehme an, das Ergebnis wird uns alle (!!) befriedigen"* (Smith laut „NDR", 15.9.76).

Und Kissingers „Zielgruppe"?

Zur gleichen Zeit, als das Kissinger/Vorster - Treffen in Zürich stattfand, tagten in Daressalam (Tansania) die Präsidenten der „Anrainer-Staaten" Rhodesiens, sowie die Führer der Befreiungsorganisationen von Namibia und Zimbabwe. Die knappe Schlußaussage des Treffens, daß man sich *„auf die weitere Verstärkung des Kampfes in Zimbabwe"* geeinigt habe („SZ", 8.9.76), ist zwar inhaltlich positiv, daß aber keine weiteren detaillierten und taktischen Aussagen von der Konferenz getroffen werden (etwa eine gemeinsame Stellungnahme zu Kissingers Initiative), läßt auf erhebliche Differenzen schließen.

Während Angola und Mosambik jede Berechtigung Kissingers, als „Friedensbote" in Afrika aufzukreuzen, klar ablehnen, muß es schon als erster Erfolg des Imperialismus gewertet werden, daß Kissinger dieser Tage in Tansania und Sambia empfangen und somit seine „Mission" aufgewertet wird.

In Sambia wurde Kissinger erwartungsgemäß freundlich empfangen und Kaunda gab abermals den längst vereinheitlichten Standpunkt („bewaffneter Kampf als einziges Mittel") preis, indem er die Meinung vertrat,es gelte nun abzuwarten, ob die Gespräche Kissinger/Vorster gute Ergebnisse zeigen würden („SZ", 15.9.76). Auch das „Umfallen" des ökonomisch total an die RSA gebundenen Botswana (das wie Sambia keine zimbabwischen Freiheitskämpfer auf seinem Territorium duldet), kommt nicht überraschend. Die Regierung von Botswana erklärte sich für *„einen Frieden durch Verhandlungslösungen"* („SZ", 15.9.76).

Schwerer dürfte wiegen, daß Kissinger auch in Tansania sein Geschäft betreiben kann. Tansania genießt durch seine bisherige vorbildliche Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika hohes Ansehen. Es wäre sicherlich ein schwerer Rückschlag, wenn Tansania, das sich in den letzten Jahren enorm hoch beim Imperialismus verschuldet hat, aus der Front mit Mosambik, Angola und den revolutionären Befreiungsbewegungen ausbräche.

Einige Äußerungen des Staatspräsidenten Nyere sind tatsächlich in dieser Hinsicht besorgniserregend. So äußerte er nach dem Treffen mit Kissinger *„falls Kissingers Mission keinen Erfolg haben sollte, hoffe er zumindest, den USA damit zu beweisen, daß die Kämpfe in diesem Gebiet Afrikas nichts mit Kommunismus* (!) *zu tun haben"* („SZ", 17.9.76). Die Demonstranten in Tansania, die Kissinger bei Ankunft und Abflug zu sehen bekam, sprachen da eine klarere Sprache. Ihre Losungen waren *„Kissinger go home"* und *„Imperialismus raus aus Afrika"*.

Die Revolutionäre: Klare Absage, aber auch Sorge

Eine klare Sprache sprechen die Befreiungsbewegungen und revolutionären Staaten zu Kissingers Mission.

So erklärte der Generalsekretär des südafrikanischen ANC: Das Treffen Kissinger/Vorster sei *„ein imperialistischer Zirkus, bei dem es darum ginge, zu täuschen und Zeit zu gewinnen. Kissinger wolle nur günstigere Bedingungen für das Vordringen des US-Imperialismus in Afrika schaffen"* („Le Monde", 9.9.76).

Ähnlich äußerten sich die Sprecher der SWAPO und des zimbabwischen Widerstandes. SWAPO:

Die Reise Kissingers *„dient ausschließlich dazu, Vorster in die Hände zu spielen, die Herrschaft der Rassisten zu festigen, sie militärisch zu rüsten, den Widerstand zu spalten, um dann letztendlich die*
tärisch zu rüsten, den Widerstand zu spalten, um dann letztendlich die
progressiven Kräfte im gesamten südlichen Afrika zu zerschlagen . . . Das sind die Lehren, die die USA und andere aus Angola gezogen haben " („Le Monde", 9.9.76).

Nicht zu übersehen ist allerdings auch die Sorge, die aus den Worten des mosambikanischen Präsidenten Machel spricht: *„Wir glauben, daß es Kissingers Hauptmotiv ist, die Spannung vom Nahen Osten in den Süden Afrikas zu verlagern"* („Observer", 28.3.76).

Indes steht fest, daß so leicht wie im Nahen Osten der Imperialismus im südlichen Afrika sein Spiel nicht spielen kann. Hauptgründe hierfür sind einmal die angrenzenden revolutionären Staaten Mosambik und Angola, aus denen ganz bestimmt kein zweites Ägypten oder Syrien zu machen ist. Wichtiger ist aber noch, daß im Widerstandskampf selbst, die radikalen und marxistischen Kräfte die Führung im Masseneinfluß gewonnen haben. So gut sind Kissingers Karten diesmal auch wieder nicht!

Kommission



Kissinger und Vorster posieren im Grand-Hotel Dolder für die Fotografen

Mosambik/Zimbabwe
Kampf den weißen und schwarzen Smiths!

Der mosambikanische Rundfunk hat am 19.8.76 (nach „Monitor-Dienst" vom 25.8.76) die Perspektiven des Kampfes nach dem Sturz der faschistischen Siedler in Zimbabwe entwickelt. Ausgehend von der grundsätzlichen Überlegung, daß nach dem Sturz der weißen Kapitalisten eine neue schwarze herrschende Kompradorenschicht entstehen könnte, wird das Schwergewicht auf die Klassenfrage gelegt, die u n a b h ä n g i g von der Hautfarbe den Kampf gegen jeden erfordert, der sich durch die Ausbeutung anderer Menschen bereichern will. Wörtlich hieß es u.a.:

„Es gibt jene Zimbabwer, die für die Probleme unseres Volkes eine sehr einfache Lösung sehen. Diese Probleme können gelöst werden, so meinen manche Leute, indem man sich der Weißen einfach entledigt. Wenn wir die Weißen loswerden, so lautet die Argumentation, gehen alle Privligien, die die Weißen hatten, an die Schwarzen über. (. . .)

Dies ist allerdings eine sehr unaufrichtige Einstellung, und überdies ist es die Sprache der Ausbeuter. Die Zimbabwer, die so denken, möchten sich die Schuhe der Siedler anziehen. Sie wollen die neuen Ausbeuter werden. Die Freiheitskämpfer von Zimbabwe kämpfen nicht dafür, einen schwarzen Ian Smith an die Macht zu bringen, und dies ist kein Scherz. Es gibt eine Menge potentieller schwarzer Ian Smiths, in Salisbury und in Bulawayo. Laßt uns über die Art der Situation, die heute in Zimbabwe herrscht, vollkommen im klaren sein. Eine kleine Clique von einigen Hundert Personen lebt wie Könige. Die meisten von ihnen, aber nicht alle, sind Weiße. Unter ihnen sind einige Tausend weiße Arbeiter und mehrere Millionen schwarze Arbeiter . . .

Wir haben also drei Gruppen: das sind Ian Smith und sein Regime und die Kapitalisten; zweitens haben wir die weißen und asiatischen und farbigen Arbeiter; und drittens haben wir die schwarzen Massen. So ist die heutige Situation. Was geschieht in Zimbabwe, nachdem Smith und seine Freunde besiegt sind? Auch darüber muß bei uns völlige Klarheit bestehen. Zunächst werden wir die rassistischen Privilegien abschaffen. Daran kann es keinen Zweifel geben! Das rassistische Regime wird vernichtet, und wer ohne den Schutz des rassistischen Regimes nicht in Zimbabwe leben will, kann gehen. Wir brauchen sie nicht. Es muß aber für mehr gekämpft werden, als nur für die Vernichtung des rassistischen Regimes . . .(. . .)

Es gibt Zimbabwer, die eine Gesellschaft schwarzer Privilegien für wenige und schwarzen Leidens für viele schaffen wollen. Wenn man ausgebeutet wird, dann macht es keinen Unterschied, ob der Ausbeuter schwarz oder weiß ist: Man wird immer noch denselben hungrigen Magen haben, und man wird immer noch unter den gleichen Krankheiten leiden. Die Freiheitskämpfer von Zimbabwe kämpfen deshalb nicht dafür, ein solches System zu schaffen . . ." („Monitor-Dienst", ebenda).

Afrika-Komr

Zimbabwe
Wie die „Kill-Rate" wirklich zustandekommt

In der bürgerlichen Presse kann man täglich neue Meldungen lesen, die von „großen Erfolgen" der Rassistenarmee Rhodesiens im „Kampf gegen den Terror" lesen:

– *„Ca. alle 1 1/2 bis 2 Stunden wird ein Terrorist getötet"* („Frankfurter Rundschau", 30.8.76).

– *„Seit Jahresbeginn wurden 78 Rassistensoldaten getötet gegenüber 996 Freiheitskämpfern"* (nach „Süddeutsche Zeitung", 16.9.76) usw. usf.

Die Wahrheit sieht jedoch anders aus:

– Von den weißen Killern werden z. B. an die Bauern Kopfgeldprämien versprochen. Diese „..., *differieren zwischen 5.000 DM für einen gewöhnlichen Verdächtigen und 200.000 DM für einen führenden Kämpfer ... tot oder lebendig"*. (Stellungnahme des Londoner ZANU-Büros an den KB.) Verdächtig aber ist jeder Schwarze, der sich „unbefugt" in dem Gebiet einer Farm aufhält.

– Allein wegen „Verletzungen" der Ausgangssperre, die von 18.00 bis 6.00 Uhr gilt, werden täglich ca. fünf Schwarze von den Rassisten erschossen. Auch sie schlagen dann als „Terroristen" zu Buche.

Hierzu stellt das Londoner ZANU-Büro fest: *„Diese Kaltblütigkeit, die sich in diesen tagtäglichen Morden zeigt, haben in erster Linie das Ziel, die absackende Moral der Armee und ihre arische Herrenmenschenideologie aufrechtzuerhalten"* (!).

Die Wirklichkeit des Befreiungskampfes sieht daher auch ganz genau umgekehrt aus:

– „ ... heute kann kein Zug mehr nachts fahren. Die Straßen nach Südafrika können nur noch in Konvois unter militärischer Bewachung passiert werden ..."

(ZANU-Büro/London)

Afrika-Kommission

Zimbabwe
Sklaverei

Nach einem UNO-Bericht zählt das Rassistenregime in Rhodesien neben einigen lateinamerikanischen Ländern und Südafrika zu den Staaten, in denen noch Sklaverei herrscht.

Hierbei unterliegen die schwarzen Sklaven den Bedingungen eines Gesetzes *„über Herren und Diener"* von 1901:

– Hiernach gibt es elf Kategorien über *„schlechtes Benehmen"*. Unter anderem *„Ungehorsam, unflätige oder beleidigende Ausdrucksweise gegenüber dem Herren, unsorgfältige Arbeit ..."* etc.

Das Strafregister sieht Prügelstrafen für die „kleineren Vergehen" vor. Auch „Essenentzug" und „Verbannung vom Besitz" sind vorgesehen!

Von diesem Gesetz sind derzeit ca. 500.000 Schwarze – vorwiegend Landarbeiter und Hausangestellte – betroffen (nach „Neues Deutschland", 29.8.76).

Afrika-Kommission

US-Imperialismus

Keine Ausgleichszahlungen an Mosambik

Als es im Frühjahr darum ging, die erste Kissinger-Reise nach Afrika propagandistisch vorzubereiten, gab es große Sprüche:

– „... wir werden die weiße Minderheit in Rhodesien kurz über lang zwingen, die Macht an die schwarze Mehrheit abzugeben ...

Jedes Land, das Rhodesien boykottiert, wird von uns für die wirtschaftlichen Einbußen entschädigt werden" (Kissinger im März).

Auch der VR Mosambik – die von allen afrikanischen Staaten die meisten Verluste durch die Schließung der Grenze zu verkraften hat – erhielt ein „großzügiges Angebot" in Höhe von 10 Millionen Dollar.

Als jetzt den Sprüchen Taten folgen sollten, beschlossen die Imperialisten, „*keine Hilfe an das marxistische Mosambik zu leisten*" („Neue Zürcher Zeitung", 12.9.76). Auch aus den damaligen „Versprechungen" Frankreichs und Englands wurde nichts. D. h., die VR Mosambik hat bis heute nicht einen Pfennig als Ausgleich erhalten.

Wenn auch die solidarische Hilfe der VR Mosambik für den zimbabwischen Widerstand nicht von den Geldern der Imperialisten abhängig ist, sondern nur von dem Geist des proletarischen Internationalismus, so zeigt dieses Verhalten der Imperialisten, auf wessen Seite sie – trotz aller großen Sprüche – in der Tat stehen.

Afrika-Kommission

UNO-Kommissar schlägt „Schutzwall" gegen die SWAPO vor!

Der UNO-Beauftragte für Namibia, Sean McBridge, machte unlängst den Vorschlag, an der Grenze Namibias zu Angola UNO-Militäreinheiten zu stationieren. Sie sollen zur „Beruhigung" der Lage an der Grenze eingesetzt werden. Dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, die südafrikanischen Faschisten, die Namibia widerrechtlich besetzt halten, durch UNO-Militärs vor SWAPO-Befreiungskämpfern zu schützen! Die tansanische Zeitung „Daily News" kritisierte diesen Vorschlag u.a. mit dem Hinweis: „*Statt einen Plan vorzulegen, der die Freiheitskämpfer noch leichtere Beute der Vorster-Truppen werden ließe, sollte der UNO-Beamte lieber alle rechtsliebenden Völker der Welt auffordern, Druck auf die Rassisten auszuüben, damit sie sich aus Namibia zurückziehen.*" Die tansanische Parteizeitung „Uhuru" entgegnete auf den Vorschlag des UNO-Kommissars: „*Die einzige Möglichkeit, der namibischen Befreiungsbewegung zu helfen, die gerechte Unabhängigkeit zu erlangen und das Regime Vorsters zu stürzen, besteht darin, den bewaffneten Kampf zu intensivieren*" (nach „Monitor-Dienst", 1.9.76).

Afrika-Kommission

Überläufer der SWAPO vor Gericht

In Sambia wird zur Zeit etwa 40 Dissidenten der SWAPO der Prozeß gemacht, elf weitere wurden nach Tansania gebracht. Der SWAPO-Präsident Nujoma erklärte dazu, diese Abtrünnigen seien in Wirklichkeit südafrikanische Agenten, die in die SWAPO eingeschleust worden seien mit dem Ziel, die Organisation zu spalten und sie in die mit den Kompradoren in Windhuk geführten Gespräche mit hineinzuziehen.

Die Dissidenten müssen mit ihrer Hinrichtung rechnen, falls sich die Anklagepunkte als wahr erweisen. Die Angeklagten hatten der Leitung der SWAPO Inkompetenz, Tribalismus und Korruption vorgeworfen, um sie in Namibia in Mißkredit zu bringen und ihre politischen Ziele, die auf die Preisgabe des bewaffneten Kampfes hinauslaufen, durchzusetzen.

Nujoma klagte im weiteren den westdeutschen Geheimdienst der Zusammenarbeit mit den südafrikanischen Faschisten an. Bekanntlich unterhält die BRD als einziger Staat der Welt in Namibia eine diplomatische Vertretung, um die Interessen der faschistischen deutschen Siedler wahrzunehmen. Offensichtlich gehören in deren Aufgabenbereich auch geheimdienstliche Aktivitäten gegen die einzige legetime Vertreterin des namibischen Volkes, der SWAPO...! (nach „Monitor-Dienst", 24.8.76).

Afrika-Kommission

Israelisch-äthiopisch-kenianische Zusammenarbeit

Die vom Imperialismus dominierten Staaten in Ostafrika verstärken ihre Zusammenarbeit untereinander und mit den Zionisten. Nachdem die kenianische Regierung die zionistische Aggression gegen Uganda logistisch (Bereitstellung des Flughafens) voll unterstützt und später jede Beteiligung demagogisch geleugnet hatte, ist nun der politische Berater des Präsidenten Kenyatta zu einem „Privatbesuch" in Israel eingetroffen. Die Zusammenarbeit zwischen Kenia und Israel hat eine längere Tradition, auf die der Berater des Präsidenten hinweis, als er erklärte, dies sei nicht sein erster Besuch in Israel („Monitor-Dienst", 2.9.76).

Kenia genießt nicht nur die Unterstützung der Zionisten, sondern auch die der DERG (Junta in Äthiopien), bei seinen Versuchen, den Uganda-Präsidenten voll auf die imperialistische Linie zu zwingen. Die Hungerblockade Kenias gegen Uganda – wir berichteten ausführlich darüber – wurde von der äthiopischen Junta mit der Entsendung eines Kontingents Luftwaffenpiloten nach Kenia unterstützt. Kenia und Äthiopien verbindet ein gemeinsames „Verteidigungsabkommen", daß sich mit seiner Hauptstoßrichtung gegen die VR Somalia richtet – jedoch ist gleichzeitig jede Regierung in Ostafrika tendenziell von diesem Bündnis bedroht, die nicht nach der Pfeife der Imperialisten tanzt. Die äthiopische DERG-Junta ihrerseits verfügt über zahlreiche zionistische Militärberater und -ausbilder in ihrer Armee und Luftwaffe (nach „EPRP-Bulletin", 6/76).

Afrika-Kommission

Senegal:

Revisionistische „KP" zugelassen

Nach sechzehnjährigem Verbot wurde im August dieses Jahres vom reaktionärem Senghor-Regime im Senegal die „KP" (die PAI) wieder zugelassen. Das war der verdiente Lohn für die „KP", die sich mit ihrer neuen Programmatik auch des letzten revolutionären „Ballastes" entledigt hatte. Die vier Hauptpunkte ihres Programms:

1. „*Strikte Nichteinmischung in religiöse und weltanschauliche (!!!) Fragen* (die Mehrheit im Senegal sind Moslems),
2. *demokratischer* (sprich parlamentarischer) *Weg zur Macht*,
3. *durch nichts übertroffene Hingabe an die Verwirklichung patriotischer Ziele*,
4. *für weitgehende internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Unabhängigkeit und Gleichheit.*"

Pflichtschuldigst erfolgte auch die Distanzierung vom „Sozialismus" der RGW-Länder, wie er bereits von den revisionistischen KPs Europas in bürgerlicher Manier vorgenommen wurde: „*Die PAI ist davon überzeugt, daß eine Option für den Sozialismus nicht notwendigerweise bedeutet, daß die Praktiken anderer Länder übernommen werden*" („Monitor-Dienst", 23.8.76). Von dieser „KP" droht Senghor, der kürzlich erst drei Marionettenparteien zuließ, kaum eine ernstzunehmende Gefahr...!

Afrika-Kommission

Widerstand in Äthiopien

Die Klassenkämpfe in Äthiopien haben eine Zuspitzung erfahren, die in Afrika augenblicklich ihresgleichen suchen. Die Klassenkämpfe der Arbeiter und armen Bauern haben ihre Auswirkungen bis hinein ins Herz der Repression: in die äthiopische Armee. Wie aus den jüngsten Kommuniques der EPRP, der Avantgarde der äthiopischen Revolution, hervorgeht, breiten sich die Zersetzungserscheinungen innerhalb der Armee immer weiter aus, ohne daß der DERG (die äthiopische Militär-Junta) bislang in der Lage gewesen wäre, diesen Tendenzen wirksam entgegenzutreten.

So haben Offiziere und Mannschaften der Luftstreitkräfte unter Lebensgefahr neue Ausgaben ihrer militanten Zeitschrift „Die Stimme der Luftwaffe" herausgegeben und verteilt, in denen die Politik des DERG in Eritrea, die Unterdrückung der Arbeiter und der revolutionären EPRP und die engen Verbindungen der äthiopischen Junta mit den USA und Israel angeprangert werden.

Sie enthüllten, daß US-amerikanische Berater und zionistische Offiziere in Luftwaffenstützpunkten in Äthiopien tätig sind.

Zum gleichen Thema schrieb eine weitere geheime Soldatenzeitung, der „Unterdrückte Soldat", daß die äthiopischen Anti-Guerilla-Truppen – von Israel ausgebildet – mit Soldaten aufgefüllt worden sind, von denen feststand, daß sie weder lesen noch schreiben können und die so mit einer fortschrittlichen Aufklärung schwerer zugänglich seien.

Immer häufiger kommt es vor, daß ganze Truppenteile den Einsatz gegen die eritreischen Massen verweigern. So haben die in Asmara stationierten Fallschirmjäger sich gegen ihren Einsatzbefehl, gegen die eritreischen Bauern vorzugehen, aufgelehnt und gemeinsam mit regulären in Eritrea stationierten Truppenteilen gefordert, daß die Junta eine friedliche Lösung im Eritrea-Konflikt findet.

Auf dem Luftwaffenstützpunkt Harar weigerten sich die Düsenjägerpiloten, an einer Parade zur Demonstration der militärischen Macht der äthiopischen Junta teilzunehmen. Fallschirmjäger, die den Stützpunkt umzingelten, erklärten sich mit den Piloten solidarisch und forderten ein Ende der Herrschaft des DERG und die Bildung einer provisorischen Volksregierung.

Daraufhin griffen loyale DERG-Truppen die fortschrittlichen Kräfte auf dem Stützpunkt mit Panzern und Truppen an. Viele wurden verhaftet, während andere entkommen konnten (nach EPRP-Kommunique vom 29.7.76).

Die zunehmenden Zersetzungstendenzen in der äthiopischen Armee sind Resultat des wachsenden Massenwiderstands gegen die Junta. Neben der politischen Unterdrückung der radikaldemokratischen Kräfte wird die Unzufriedenheit der Massen durch die völlig unzulängliche Versorgungslage noch gesteigert. Die Lebensmittelknappheit hat nach Angaben der EPRP alarmierende Ausmaße erreicht. Die hohen Preise machen die Grundnahrungsmittel für die Mehrzahl der Bevölkerung unerschwinglich. Zucker und Streichhölzer sind überhaupt nicht erhältlich. Das Brot wird mit künstlichen Zusätzen „verlängert", sofern es zu haben ist (EPRP-Bulletin v. 31.8.76).

Gegen diese Zustände wehren sich die Arbeiter mit zahlreichen Streiks. Die Postarbeiter haben ihren seit Juli andauernden Streik fortgesetzt, um die Freilassung von zehn verhafteten Streikführern zu erreichen. Die Arbeiter in den Wollfabriken Lazaridis setzen ihren Streik ebenfalls fort. Die Kollegen in den halbstaatlichen Zuckerfabriken streiken gegen das reaktionäre Management, wodurch die Zuckerversorgung in der Hauptstadt zum Erliegen kam. Am 16. Juli demonstrierten mehr als 1.000 Studenten unter hohem persönlichen Risiko für das Recht auf Arbeit.



Viele wurden prompt verhaftet. In den ländlichen Gebieten setzen Teile der Bauernschaft ihre Kämpfe gegen die Feudalherren fort, die sie entwaffnen und deren Land sie besetzen. Der DERG seinerseits versucht durch Massenverhaftungen, besonders unter den militanten Kräften, der Bauernrebellion Herr zu werden (EPRP-Bulletin vom 7.8.76).

Der DERG begegnet dem Massenwiderstand mit wachsendem Terror, der sich besonders gegen die bewußten politischen Elemente, gegen die EPRP richtet. Streiks und Sympathisantenschaft mit der EPRP wird mit Gefängnis zwischen fünf und 25 Jahren geahndet, selbst die Todesstrafe ist nicht ausgeschlossen. Unlängst wurden über 350 Lehrer verhaftet (und einige von ihnen ermordet), die in Opposition zum DERG standen.

Spitzel der DERG haben eine schwarze Liste von über 150 progressiven Intellektuellen aufgestellt, die jetzt im ganzen Land gejagt werden. Zahlreiche Arbeiter, deren einziges Vergehen darin bestand, mit Streik gegen ihre politischen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen protestiert zu haben, wurden ins Gefängnis geworfen. So z.B. die Arbeiter auf den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Cadu und Wadu, die Arbeiter der „Organisation für die Entwicklung landwirtschaftlicher Anbaumethoden" und die Arbeiter der Indo-äthiopischen Textilfabrik, die gegen die Einsetzung eines Juntahörigen Gewerkschaftsführers protestiert hatten. Die Anzahl der politischen Gefangenen ist mittlerweile so stark angestiegen, daß die Junta nun ein neues Gefängnis baut (EPRP-Bulletin v. 29.7.76). Die EPRP erfuhr, daß in den letzten Wochen zwischen 75 und 81 Todesurteile vollstreckt wurden (ebenda).

Die EPRP ist als die stärkste revolutionäre Kraft in Äthiopien besonderer Verfolgung ausgesetzt. Zahlreiche Militante der EPRP wurden in den Bezirken Jimma und Wolliso getötet. Viele werden in Konzentrationslagern festgehalten. Andere hat man nach Addis Abeba ins Gefängnis gebracht, wo sie einer Spezial-Folter unterworfen werden.

Acht mit der EPRP sympathisierende Lehrer in der Provinz Jimma wurden ebenfalls ermordet. Das DERG-Exekutionskommando ist nun nach Harar geflogen, wo die Erschiessung von weiteren Militanten der EPRP zu befürchten ist.

Daß sich der Widerstand durch diese brutalen Maßnahmen nicht ersticken läßt, dokumentieren auch die äthiopischen Frauen. Das militante Äthiopische Koordinationskomitee der Frauen (EWCC) hat seine Bemühungen verstärkt, im ganzen Land eine Organisation der unterdrückten Frauen ins Leben zu rufen. Es hat alle Spaltungsmanöver des DERG zurückgewiesen, das eine Frauen-Marionettenbewegung gegründet hat. In einem unter der Hand verbreiteten Papier hat die EWCC die Frauen Äthiopiens aufgerufen, ihren Kampf gegen die Junta zu verdoppeln und ihre konspirative organisatorische Arbeit zu intensivieren (nach EPRP-Bulletin vom August 1976).

Afrika-Kommission

Algerien:

Politische Kampagne im Fastenmonat Ramadan

Der Fastenmonat Ramadan ist in Algerien Anlaß für breite Kampagnen: zur Alphabetisierung, zur politischen Schulung, zum Kampf gegen Spekulation und Bürokratie.

In der politischen Schulung hat die Diskussion der Nationalcharta (vergl. AK 88, Bericht vom Polisario-Kongreß, S. 24, 25) eindeutig Vorrang. In Diskussionsrunden werden der nationale Aufbau, Gewerkschaftsfragen, die Anwendung der sozialistischen Verwaltung und Fragen des Befreiungskampfes besprochen. **Am 11. September fanden Veranstaltungen zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes statt.** Einen breiten Raum nimmt die Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand und den libanesischen Streitkräften sowie mit den saharauischen Kämpfern ein.

Seit Beginn des Ramadan läuft eine Kampagne gegen die Spekulation. Bestimmte Läden hatten Lebensmittel viel teurer als die staatlichen Läden verkauft.

Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Fälle von unerlaubt hohen Preisen bekanntzugeben; Läden, denen wiederholt Spekulation nachgewiesen werden, können für 15 Tage geschlossen werden. Es wurde betont, daß diese Preiskontrolle durch die Massen nicht auf den Ramadan beschränkt bleiben kann, wenn sie Erfolg haben soll.

Ein weiterer wichtiger Angriffspunkt seitens der Bevölkerung während der Diskussion um die Nationalcharta war die Bürokratie. Zu diesem Punkt steht in der Charta:

„*Die feudalen Bedingungen, die, nachdem sie lange die Bauern unterdrückt hatten, haben vom Land auf die Städte übergegriffen, sind noch in mehr als einem Sektor des nationalen Lebens sichtbar.*

Sie drücken sich aus in der Personenbesetzung der Behörden, im Machtmißbrauch und in der unbewußten Verachtung der Volksmassen .... Auf allen Ebenen und in allen Sektoren muß das Verhalten der Funktionäre und Vertreter des Staates, der Kader der Partei und der Massenorganisationen, der Verantwortlichen der sozialistischen Unternehmen so sein, wie der Bürger es von Menschen erwartet, deren wesentliches Ziel es ist, dem Land mit Ergebenheit zu dienen. Daher müssen die bürokratischen Gewohnheiten und Verhaltensweisen nachdrücklich bekämpft werden. . .

Die Kontrolle muß sich auf das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgern richten. Sie muß nicht nur Anzeichen von Desinteresse, Vernachlässigung oder Verachtung gegenüber den Bürgern ändern, sondern auch die Verzögerung und Unannehmlichkeiten, unter denen die Bürger leiden.

In diesem Bereich muß die wachsame Kontrolle ständig fortgeführt werden, weil die Trennung von Verwaltung und Volk unvermeidlich zur Demobilisierung der Massen führt" („El Moudjahid", 24.8.76).

Um diesen Kampf aufzunehmen, wird eine Volksbefragung durchgeführt, die an die umfassende Diskussion der Charta in der gesamten Bevölkerung anknüpfen soll. Darin wird die Bevölkerung aufgefordert, „*mit der größten Offenheit zu antworten*" und anzugeben, wo ihrer Meinung nach bürokratische Tendenzen auftreten und wie der Kampf dagegen geführt werden sollte. Es wird davon ausgegangen, daß die Bürokratie nicht vollständig beseitigt werden kann, aber daß sie Ausnahme sein muß und nicht die Regel.

Seit kurzem wurde in Algerien der Islam zur Staatsreligion bestimmt, also – wie man es gemeinhin verstehen muß – zum staatlich verordneten Aberglauben. Dies ist immerhin für einen Staat, der sich auf einen siegreichen Befreiungskrieg gründet und sich zu den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus „bekennt", einigermaßen erstaunlich. Immerhin aber erklärte uns das ZK-Mitglied der FNL, Djeloul Melaika, in einem Gespräch (vergl. AK 88, S. 25), daß die algerische Regierung den Islam „fortschrittlich auslegen" wolle und daß der „algerische Islam" nichts mit dem „Islam Saudi-Arabiens" zu tun hätte. Die Bemühungen der FNL (die frühere Befreiungsfront und heutige Regierungspartei), den kirchlichen Gedenkmonat Ramadan für fortschrittliche Massenkampagnen, sowohl des proletarischen Internationalismus, als auch zum demokratischen Staatsaufbau zu nutzen, scheint als Beleg für diese Aussage des Genossen bezeichnet werden zu können.

Nahost-Kommission



lateinamerika aktuell

Argentinien: Siemens beschenkt Siemens

Der westdeutsche Elektrokonzern Siemens hat seit Jahren in Argentinien – zusammen mit dem US-Konzern ITT – dicken Reibach gemacht. Zusammen mit ITT beherrscht Siemens den gesamten Bereich des Nachrichtenwesens in Argentinien. Siemens konnte der argentinischen Regierung 1968 einen betrügerischen Vertrag aufzwingen: Er verlangte für die Einrichtung von 730.000 Telefonanschlüssen stark überhöhte Preise und ließ sich die Vorprodukte bereits durch die staatliche argentinische Gesellschaft ENTel finanzieren. ENTel mußte bei ihren Muttergesellschaften in der BRD einkaufen und bezahlen. Beim Eintreffen der Güter im Hafen von Buenos Aires gingen sie unkontrolliert in die Hände von Siemens-Argentinien über und die Einfuhrzölle wurden umgangen. Ein Untersuchungsbericht der „Cronista Comercial" vom 19. 6. 1974 faßte die Methoden des Siemens-Konzerns wie folgt zusammen: *„Das Unternehmen erzielte aus seinen übrigen Geschäften und Verkäufen einen Bruttogewinn in der Höhe von 32,5 %, während die Gewinne aus seinen Verkäufen an ENTel 44,1 % betrugen ... Durch interne Rundschreiben wurde angeordnet, bestimmte Belege zu vernichten, um Untersuchungen zu verhindern. Siemens hinterzog Steuern in Höhe von rund 9,5 Millionen DM ... 78 % der Exporte von Siemens Argentina wurden an angeschlossene Unternehmen verkauft. Die niedrigen Preise ... ergaben Defizite, die durch die Exportprämien des Staates ausgeglichen wurden".* Diese betrügerischen Geschäftspraktiken von Siemens und ITT veranlaßten die Regierung Peron, im Jahre 1974 einen Prozeß gegen die beiden Konzerne zu führen. So war von der Verstaatlichung die Rede, und die Geschäfte mit Siemens wurden eingefroren.

Nach dem diesjährigen Militärputsch kam es zu erneuten Verhandlungen zwischen Siemens und der argentinischen Militärjunta. Dabei drehten die Siemens-Kapitalisten den Spieß um und warfen der argentinischen Regierung vor, „Vertragsbruch" begangen zu haben, indem sie die – von Siemens! – aufgestellten Bedingungen nicht anerkannt hätten. Nachdem die Siemens-Kapitalisten seit 1968 reichlich Profite aus dem Telefongeschäft gescheffelt hatten, setzten sie nun die Junta unter Druck: Argentinien, ohnehin hoch verschuldet bei den Imperialisten, verhandelte zur gleichen Zeit über die Aufnahme eines 75-Millionen-DM-Kredits von der Deutschen Bank; im Aufsichtsrat der Deutschen Bank sitzt niemand anders als – Dr. von Siemens! Durch diese wirtschaftliche Erpressung konnten sich die Siemens-Kapitalisten voll durchsetzen, die Verstaatlichungen wurden von der Junta voll zurückgenommen. Außerdem erhält Siemens als „Entschädigung" 17 Millionen DM von der Regierung („FR", 10. 9. 76).

Ein weiterer Grund dafür, daß Siemens die Vertragsbedingungen voll diktieren kann, besteht darin, daß die Wirtschaftspolitik der Junta unter Martinez de Hoz dem ausländischen Kapital Tür und Tor öffnet; dies zeigt sich an der Zusammensetzung der sogenannten „Untersuchungskommissionen" der Junta, die Verstaatlichungen und die Beziehungen zum ausländischen Kapital „korrigieren" sollen.

In diesem „ehrenwerten" Kommissionen, die „Streitfälle" mit den „Multis" schlichten sollen, wäscht eine Hand die andere:

– So sitzt in der Kommission, die über das Vorgehen gegen ESSO befinden soll, der Vorstandsvorsitzende einer Firma, deren Direktor Sohn des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Siemens ist. Siemens zählt zu seinen Rechtsberatern Wirtschaftsminister de Hoz persönlich ...

– In der Kommission gegen den Zuckerkonzern CATSA sitzt einer der Herausgeber einer Juristenzeitschrift, deren Mitherausgeber gleichzeitig Direktor der mit ESSO eng verflochtenen Ölkapitalfirma CADIPSA ist. ESSO zählt ebenfalls Martinez de Hoz zu ihren „Beratern" usw. (Enthüllungen aus: „Cosal", September 1976).

Kein Wunder, daß „Le Monde" kürzlich feststellte, daß Argentinien *„den Auslandsinvestitionen die großzügigste Förderung gewährt, die ausländischem Kapital ... jemals zugestanden wurde"* („Le Monde", 17. 8. 76).

Die gesetzliche Rückendeckung für diese Wirtschaftspolitik ist das am 13. 8. 76 verabschiedete Investitionsgesetz – als Ergebnis einer Rundreise von de Hoz durch die imperialistischen Staaten.

Argentinien folgt in dieser Hinsicht Chile mit Riesenschritten und gerät in die vollständige Abhängigkeit vom Imperialismus. Wie immer ist auch der BRD-Imperialismus dabei.

Lateinamerikakommission

Argentinien: Der Widerstand lebt

60 Montoneros hielten Parade ab

Als die konterrevolutionäre Armee am Unabhängigkeitstag, dem 9. Juli, ihre offizielle Parade abhielt, ließen sich die Montoneros nicht lumpen. Mitten in Buenos Aires, auf einer Hauptstraße, rannten an den Passanten plötzlich eine Menge uniformierter und mit Gewehren bewaffneter junger Männer vorüber, die sich alsbald in Reih' und Glied aufstellten. Wenn die verblüfften Fußgänger zunächst geglaubt hatten, es handelte sich um einen der ungezählten Unterdrückungseinsätze der Armee, so wurden sie eines Besseren belehrt, als die Truppe, mit verhüllten Gesichtern und einem Tambour an der Spitze, der auf der Trommel den Takt schlug, an ihnen vorbeizumarschieren begann und einer der Guerilleros durch's Megaphon verkündete: *„Achtung! Hier spricht die Kampfkompanie ‚Carlos Caride' der Montonero-Armee. Den Repressionskräften und ihren anwesenden Agenten sei gesagt, daß sie sich an einem Platz befinden, an dem unsere Feuerkraft der ihren überlegen ist – wir halten die umliegenden Dächer besetzt".* Tatsächlich schauten über alle Dachgesimse Köpfe und Gewehrläufe hervor. *„Wir ehren hiermit den in der Provinz Mendoza gefallenen Montonero-Kommandanten Francisco ‚Paco' Urondo. Es lebe Urondo, es lebe die Revolutionäre Montonero-Partei und die Montonero-Armee!"*

Zwei vor der „Bank der Nation" Wache stehende Polizisten ließen es sich nicht zweimal sagen und gaben ihre Waffen ab.

Wenige Sekunden später, nachdem die 60 „Montos" etwa 150 Meter Straße in perfektem Marschschritt zurückgelegt hatten, verschwanden sie wie „von der Erde verschluckt". Zurück ließen sie einen toten Mann mit einem Schild am Jackett, auf dem „Polizeispitzel" stand.

Dasselbe, nur ohne toten Spitzel zum Abschluß, wiederholten sie an den folgenden Tagen noch in mehreren buenosairischen Vororten, deren Bevölkerung so trotz zensierter Presse lebendig vor Augen geführt bekam, daß die Montoneros präsent sind (nach „Cambio 16", 26. 7. 76).

Streikwelle in der Automobilindustrie

Anfang September legten Tausende argentinischer Arbeiter den größten Teil der Automobilindustrie lahm. Die Streiks begannen in den beiden Chrysler-Werken von San Justo und Chingolo und dehnten sich rasch auf die Werke von General Motors und den Fiat-Werken aus. Auch bei Mercedes wurde kurz gestreikt, am 9. 9. wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In zahlreichen anderen Betrieben sei es *„zu einer merklichen Reduktion der Produktion"* gekommen („Neue Zürcher Zeitung", 11. 9. 76). Die Streiks sind seit dem Militärputsch im März verboten. Nach bisherigen Meldungen hat das Militär nicht eingegriffen und *„die Regierung ist sich des Ernstes der Lage durchaus bewußt ... Sie vermeidet es, den Konflikt auf die Spitze zu treiben"* („NZZ", ebenda).

Während der Streiks bei Chrysler ist einer der Direktoren liquidiert worden („NZZ", 13. 9. 76).

Sowohl die Aktionen der Montoneros als auch die Streiks der Arbeiter für die Erhöhung der Löhne deuten an, daß General Videla noch mächtige Schwierigkeiten bekommen wird ...

Lateinamerika-Kommission

Herr General, sind es noch nicht genug Tote?

Offener Brief der Studentenvereinigung Guatemalas

In ihrer Erklärung vom 14. Juni 76 schildert der Studentenverband die repressiven Maßnahmen der Militärjunta in Guatemala.

„Die Bauern müssen die schlimmsten Verfolgungen und die meisten Morde erdulden. Nie war seit den Zeiten der Kolonialisierung die Unterdrückung und Verfolgung der Bewohner West-Guatemalas schlimmer als heute. Es ist unglaublich, daß heute noch Bauern von dem Land vertrieben werden, das ihnen durch das Agrar-Reformgesetz 1952 zugeteilt worden war; derartiges ist den Bewohnern des Gebietes von Los Lirios passiert. ...

Jeder Streik, etwa der in der Coca-Cola-Fabrik, in der IODESA-Fabrik, in den Pantaleon-Werken, im Krankenhaus Escuintla, der Streik der städtischen Arbeiter, in der Fabrik von Incatecu usw., alle sind Teile eines Kampfes, der zum Ruhm der guatemaltekischen Arbeiterbewegung gereicht, der eindrücklich zeigt, daß die Arbeiter sich mit der großen Unterdrückung auseinandersetzen, die nicht verhinderte, daß sich die Arbeiterbewegung in Guatemala entwickelte."

Die Assoziation der Studenten ruft dazu auf, *„eine Nationale Front gegen Gewalt und Repression zu bilden"*. („Frankfurter Rundschau", 11. 9. 76).



Lateinamerika-Kommission

Säuberung der bürgerlichen Opposition vor den Wahlen in Brasilien

Am 19. 8. verübte die Antikommunistische Allianz Brasiliens (AAB) Bombenanschläge gegen die Gebäude des brasilianischen Presseverbandes und der Rechtsanwaltskammer. Auf hinterlassenen Flugblättern wurden die Behörden vorgeworfen, die *„kommunistische Infiltration"* nicht entschieden genug zu bekämpfen und die Parole propagiert: *„Tod der kommunistischen Kanaille."*

Terror und Mord durch faschistische – meist aus Staatsbeamten gebildete – Banden gehören in Brasilien seit langem zum Alltag. Erst im Juni hatte die berüchtigten Todesschwadrone allein in Rio 30 sogenannte „Asoziale" ermordet.

Die neuen Aktionen der AAB sind aber gezielter auf die „Vorbereitung" der Gemeinde- und Kommunalratswahlen im November, auf die Säuberung der bürgerlichen Opposition gerichtet.

Die Regierung hat Interesse, das Theater scheindemokratischer Wahlen weiter zu spielen, allerdings nur solange, wie die festgelegten Aufgaben der Parteien auch funktionieren und eingehalten werden: ARENA dient zur Unterstützung und „demokratischen" Absicherung der Militärregierung, und MDB soll als Oppositionspartei ohne Rechte die gemäßigte bürgerliche Kritik auffangen. Auf Grund der wachsenden Verelendung der Massen, der hohen Inflationsrate, der Hungerkatastrophe im Nordosten (vergl. AK 87) befürchten die brasilianischen Faschisten jedoch einen Wahlsieg der MDB. Das würde zwar das brasilianische Kapital und die Imperialisten in Brasilien nicht grundsätzlich gefährden, aber doch der bürgerlich demokratischen Opposition Auftrieg geben und die nichtfaschistische, bürgerliche Strömung stärken. Allein das wäre für die brasilianischen Faschisten schon eine zu große Gefahr, deswegen kämpfen sie gegen jegliche demokratische Regung: Der Staatsapparat, der Hunderte von MDB-Mitglieder und Abgeordnete in den letzten Monaten verhaften lassen hat, der AAB mit gezieltem Terror und Mordanschlägen und das Militär, aus dessen Reihen sich 500 höhere Offiziere zusammengeschlossen haben, um ein härteres Vorgehen gegen die *„kommunistisch unterwanderte"* MDB und die Presse durchzusetzen („Chile-Nachrichten", Nr. 40).

Imperialisten wählen mit

Anfang August tauchten in brasilianischen Zeitungen plötzlich Enthüllungen über Korruption und Bereicherung von riesigem Ausmaß in der brasilianischen Regierung auf. Berichtet wurde z. B., daß der Arbeitsminister 28 Hausangestellte auf Staatskosten unterhält, Lebensmittel extra aus dem Süden des Landes einfliegen läßt, daß auch untergeordnete Regierungsmitglieder sich millionenschwere Villen und Ferienhäuser bauen ließen usw. („Le Monde", 12. 8. 76). Der Zündstoff solcher Enthüllungen in einem Land, wo die Mehrheit der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums lebt, ließ die „Neue Zürcher Zeitung" (25. 8.) besorgt äußern, *„daß aus dem Korruptionsproblem das Hauptthema der Kampagne für die bevorstehenden Wahlen zu werden droht."*

Andererseits gingen die Enthüllungen aber ausgerechnet vom erzkonservativen und imperialistenfreundlichen „Estade de Sao Paulo" aus, und die Korruptionsvorwürfe konzentrieren sich gegen die Personen in Regierung und Verwaltung, die gegen eine Reprivatisierung der staatlichen Großbetriebe auftreten. Dazu muß man wissen, daß seit Monaten in Brasilien eine Kampagne für die „Entstaatlichung" läuft, zu deutsch für die Übernahme der staatlichen Betriebe durch die Imperialisten. Ziel ist, die staatlichen Betriebe ohne jegliche Gegenleistung zu übernehmen und erst langfristig, aus den reichlich zu erwartenden Profiten zu bezahlen („Chile-Nachrichten", Nr. 40). Die brasilianischen Gegner dieses Plans sollen im Rahmen der Wahlkampagne, u. a. durch die Korruptionsvorwürfe, ausgeschaltet werden.

Lateinamerika-Kommission

Uruguay: Noch reaktionärer

Am 2. September übernahm der 72-jährige Faschist Aparicio Mendez das Präsidentenamt in Uruguay. Er ist Nachfolger des im Juni gestürzten Juan Bordaberry, wegen der brutalen Verfolgung der Tupamaros bekannt.

Mendez erste Amtshandlung war ein Dekret, das tausenden von Politikern, die bei den letzten Parlamentswahlen von 1966 und 1971 Kandidaten waren, jegliche politische Betätigung verbietet. Es handelt sich dabei um Politiker der „Blancos" und „Colorados", die vor dem Militärputsch vor drei Jahren selbst die Arbeiterbewegung unterdrückten. Nicht betroffen sind lediglich Politiker, die der jetzigen Regierung angehören. Zur Begründung hieß es demagogisch: diese Politiker hätten eine zu Blutvergießen führende „subversive Infiltration" zugelassen und den Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit und ein Verwaltungschaos herbeigeführt („FR", 3. 9. 76).

Damit geht der Imperialismus in Uruguay im Rahmen seiner Offensive – wie schon in Chile – daran, auch die reaktionäre und rechte bürgerliche Opposition in Lateinamerika zu zerschlagen.

Lateinamerika-Kommission

Mexiko: Liberale Tageszeitung gleichgeschaltet

Die liberale Tageszeitung „Excelsior", die größte Zeitung in Mexiko mit einer Auflage von 180.000 Exemplaren wurde vom amtierenden Präsidenten Echeverria auf Kurs gebracht. „Excelsior" brachte sowohl kritische Artikel gegen die Politik der Regierung als auch zum Beispiel gegen die chilenische Militärdiktatur. Diese Zeitung war der Regierung Echeverria schon lange ein Dorn im Auge, und so entschloß sich die Regierung, den Chefredakteur Julio Scherer zu entfernen. Am 10. Juni wurde der erste Coup gestartet, als von der Regierung angeheuerte Individuen ein Grundstück des Verlages besetzten. Sie wollten die Besetzung erst aufgeben, wenn Scherer zurücktrat.

Die Redaktion der Zeitung ließ sich jedoch nicht erpressen. Im Juli dann kam es zum Putsch: Von der Regierung eingeschleuste „Journalisten" und bestochene Redakteure der Zeitung entfernten Scherer per Abstimmung. Eine Gegendarstellung im „Excelsior" wurde Scherer verwehrt und Präsident Echeverria kontrolliert seitdem die Zeitung. Echeverria, der im Dezember von Lopez Portillo als Präsident abgelöst werden soll, hat sich im Bereich der Presse ein ganzes Imperium aufgebaut: unter dem Deckmantel der „Organization Editorial Mexicana" besitzt Echeverria die Aktienmehrheit von 37 der wichtigsten Zeitungen in Mexiko. Von den sechs privaten Fernsehsendern besitzt Echeverria einen eigenen Kanal, Ex-Präsident und Reaktionär Miguel Aleman gleich drei. Die von Echeverria angekündigte „demokratische Öffnung" wird von ihm selbst zu Grabe getragen.

Lateinamerika-Kommission

Spaniens Zivilgarde mordet weiter
230.000 streikten im Baskenland

Das Baskenland erlebte dieser Tage eine der größten Massenmobilisierungen gegen den faschistischen Terror, die es je in seiner jüngeren Geschichte erlebt hat: Annähernd eine Viertelmillion Menschen nahmen an Streiks und Demonstrationen gegen die Ermordung eines jungen Basken durch die Guardia Civil teil.

Trotz schärfster Repression (alle Protestaktionen waren illegal; Polizei und Zivilgarde griffen überall sofort und mit größter Härte – Schußwaffengebrauch eingeschlossen – ein), dehnten sich die antifaschistischen Aktivitäten innerhalb weniger Tage (vom 9. bis zum 13. September) zu einer Stärke aus, die den Generalstreik vom Dezember 1974 (siehe AK Nr. 54) noch übertrifft.

Die Bewegung nahm ihren Anfang am 9.9., einen Tag, nachdem der 22-jährige Jesus Maria Zabala, Mitglied der Arbeiterkommissionen, durch Kugeln der Guardia Civil starb. Zabala hatte, in Fuenterrabia, einem Küstenstädtchen nahe Irun, an einer Demonstration gegen die Entführung und wahrscheinliche Ermordung des bekannten ETA-Mitglieds Eduardo Maria Moreno Bergarache, genannt „Pertur", durch spanische Faschisten Ende Juli im französischen Teil des Baskenlandes teilgenommen. Den wie üblich bei illegalen Demonstrationen (fast alle Demonstrationen sind in Spanien nicht genehmigt) äußerst brutal eingreifenden sog. „Sicherheitskräften" gilt ein Menschenleben bekanntlich nichts.

Sofort nach Bekanntwerden dieses erneuten Mordes kam es zu ersten Protesten: Läden und Restaurants schlossen, und an dem Ort, wo das Verbrechen geschah, wurde ein kleiner Altar mit einer baskischen Fahne und einem Bild des Toten errichtet. In den frühen Morgenstunden des nächsten Tages strömten schon hunderte von Menschen dort zusammen. Mehrere aufgestellte Körbe füllten sich mit Geldspenden für die Familie des Opfers.

Nach der Beerdigung und dem Gedenkgottesdienst entwickelten sich vielfältige militante Protestaktionen. Schon beim Verlassen der Kirche formierte sich der erste Demonstrationszug. Die massiv angerückte Polizei trieb die Demonstration auseinander, konnte jedoch nicht verhindern, daß sich immer wieder an verschiedenen Stellen der Stadt neue Züge bildeten. Barrikaden wurden in den Straßen errichtet; Läden, Bars, Cafes und Restaurants blieben weiterhin geschlossen. 600 Arbeiter der Firma „Luzuriaga" erklärten den Streik und versuchten ins Stadtzentrum zu marschieren. Die Polizei schoß mit Gummikugeln und löste den Zug auf. Mehrere Arbeiter wurden verletzt, einer erhielt Schüsse von einern Maschinengewehrsalve ins Knie.

Die Nachricht vom Tode Zabalas und den Protestaktionen verbreitete sich in Windeseile. Die Arbeiter vieler Fabriken des Baskenlandes folgten dem Beispiel von „Luzuriaga".

Aufruf zum Generalstreik

Am Samstag, dem 11.9., versammelten sich 17 politische und gewerkschaftliche Organisationen zu einer geheimen Sitzung. Es nahmen u.a. teil: die revisionistische KP, ETA/VI. Versammlung, Karlistische Partei des Baskenlandes, Nationale Baskische Aktion, Arbeiterkommissionen, UGT usw. Es ist anzunehmen, daß auch die revolutionären Organisationen wie ORT oder PTE beteiligt waren, doch geht dies nicht mit Sicherheit aus den bisher vorliegenden Quellen hervor. In einer gemeinsamen Erklärung riefen diese Organisationen zu einem „Kampftag" („jornada de lucha") für den folgenden Montag auf. Der „Kampftag" hatte jedoch schon längst begonnen. In vielen Städten riefen die Demonstranten: „Am Montag Generalstreik!" und „Ihr Faschisten seid die Terroristen!"

Am Montag kam es dann auch zum bisherigen Höhepunkt der Proteste in fast allen Städten des Baskenlandes. In Basauri beispielsweise konnte die Guardia Civil der über 10.000 Demonstranten nicht Herr werden und schoß mit scharfer Munition in die Menge. Dabei wurde ein Mann am Hals verletzt.

Ebenfalls über 10.000 Demonstranten gab es in Sestao. Hier ließen sich die Arbeiter solch großer Betriebe wie „Altos Hornos de Vizcaya", „General Electrica" und „Babcock Wicox", die ihre Arbeitsplätze zum Demonstrieren vorzeitig verlassen hatten, gleichfalls nicht einschüchtern. An mehreren Stellen der Stadt errichteten sie Barrikaden. Sie hielten beispielsweise Autobusse an, ließen Fahrer und Fahrgäste aussteigen, stellten die Fahrzeuge quer auf die Straße und zerstachen die Reifen. So blieb die Innenstadt von Sestao von Fahrzeugen leer. Es befanden sich dort bald nur noch Polizei und Demonstranten.

Die Arbeiter warfen Steine gegen die Polizei, gegen das Rathaus und das Gebäude der staatlichen faschistischen Gewerkschaft. Überall erhielten die Demonstranten breiteste Unterstützung von den Menschen, die sich angesichts der brutalen Polizeiübergriffe noch nicht auf die Straße wagten: Aus Fenstern und von Balkons wurden nicht nur Parolen gegen die Polizei und Guardia Civil gerufen, sondern es flogen Blumentöpfe und Stühle.

Totaler Generalstreik in der Provinz Guipuzcoa

Nach Angaben des Informationsdienstes der faschistischen Gewerkschaftsorganisation (der sonst eher dazu neigt, Streiks herunterzuspielen!) beteiligten sich – und dabei wurden ausdrücklich ökonomische Streiks nicht einbezogen – an den Streikaktivitäten im Baskenland am Montag insgesamt 229.000 Arbeiter. Die Angestellten und Inhaber kleiner Läden, Restaurants usw., die ebenfalls streikten, sind in dieser Zahl noch gar nicht enthalten. Eine Information soll die wirklich breiteste Verankerung der Bewegung noch einmal deutlich machen: In der baskischen Provinz Guipuzcoa sind insgesamt 195.000 Arbeiter registriert. Davon beteiligten sich am Streik mehr als 155.000! Die Arbeiter und Angestellten der Zeitungen von Guipuzcoa legten ebenfalls ihre Arbeit nieder, so daß die Provinz ohne Zeitungen blieb. Bemerkenswert dabei ist daß in der Zeitung „La Voz de Espana" zum erstenmals seit ihrer Gründung vor 40 Jahren gestreikt wird.

Rücktritte von Magistraten – Proteste auf dem Filmfestival

Auf dem Filmfestival von San Sebastian wird auf alle Galaveranstaltungen verzichtet, viele Regisseure, Schauspieler und Journalisten haben ihr Erscheinen abgesagt bzw. abgebrochen und die Teilnehmer am Festival erhielten in den Restaurants kein Essen.

Die Stadtverwaltung von San Sebastian hat bei der spanischen Regierung gegen die Ermordung des jungen Basken protestiert und verurteilte die *„Unterdrückung des Rechts auf Meinungsfreiheit und friedliche Demonstration"*.

Ein bisher einmaliger Vorgang ist auch, daß weitere 21 Stadtverwaltungen im Baskenland in einer gemeinsamen Erklärung gegen die *„Repression der Polizei im Baskenland"* protestierten und drei von ihnen sogar zurücktraten.

Unsere vollste Solidarität gilt heute den Kämpfen der Völker Spaniens gegen den Faschismus!

Die Erfolge der jüngsten Zeit beweisen, daß die Opfer nicht umsonst sein werden.

(Alle Informationen aus: „La Vanguardia Espanola", 10.9. und 14.9.76; „La Region", Europa-Ausgabe, 13.-15.9.76; „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13., 14. und 15.9.76; „Süddeutsche Zeitung", 14.9.76).

Spanien-Kommission

sten Protesten: einer geheimen Sitzung. Es nah- von Sestao von Fahrzeugen leer. bei ist daß in der Zeitung „La Voz Spanien-Kommission

Teil der staatlichen Unterdrückung
Faschistische Terrorbanden in Spanien

Parallel mit der ansteigenden demokratisch-antifaschistischen Massenbewegung in Spanien und insbesondere auf gewissen Höhepunkten derselben, sind in den vergangenen ein bis zwei Jahren verstärkt faschistische Terrorgruppen in Aktion getreten. Diese gingen mit Entführungen, Morddrohungen, Brand- und Bombenanschlägen bis hin zu gezielten Morden gegen Mitglieder fortschrittlicher Organisationen, linke Anwälte, Gewerkschafter, Journalisten oder Geistliche vor. Insbesondere konzentrierte sich der Terror dieser Banden auf das Baskenland, wo Familienangehörige oder Bekannte von ETA-Mitgliedern häufig überfallen, angeschossen wurden oder ihnen das Haus angesteckt wurde, etc. Ebenso traten diese kriminellen Elemente ungehindert im französischen Teil des Baskenlandes auf, um dort in ähnlicher Weise baskische Antifaschisten zu „bestrafen".

Diese ketten-, messer- und pistolenschwingenden Leute haben völlige Bewegungsfreiheit in Spanien. Ihre Aktionen waren, wie z.B. zur Zeit des letzten Ausnahmezustandes im Baskenland völlig offen mit der Guardia Civil koordiniert. Zumindest arbeiten diese Leute mit klarer Duldung der „legalen" Staatsmacht. Kein Wunder daher, daß auch von den Verantwortlichen für etwa 100 bisherige Bombenanschläge auf Buchhandlungen noch kein einziger gefaßt wurde.

Tatsächlich handelt es sich bei diesen Terrorgruppen um einen weitverzweigten Apparat, dessen Zentrum der spanische Staatsapparat selbst ist. Die Funktion der faschistischen Terrorgruppen ist insbesondere die gezielte Einschüchterung, bzw. Ausschaltung einzelner Personen, die Verbreitung von Angst unter ganz bestimmten Bevölkerungskreisen (Sympathisanten, etc.).

Die Ereignisse von Montejurra

Am 9. Mai dieses Jahres wurden zwei Arbeiter, die sich an einer „Wallfahrt" der liberal-monarchistischen Karlistischen Partei beteiligten, Opfer einer gut präparierten faschistischen Provokation. Die tödlichen Schüsse fielen, als die Karlisten (Carlos Hugo de Borbon) auf halber Höhe des Berges Montejurra ankamen. Oben auf dem Berg hatte sich eine beträchtliche Ansammlung von Faschisten, Guardia Civil und bekannte „Persönlichkeiten" schon seit Tagen unter Führung des rechtsradikalen Bruders von Carlos Hugo, Sixto de Borbon, verschanzt. Jugendliche, die Tage zuvor über die Vorgänge auf dem Berg Anzeige bei der Polizei erstatteten, wurden gleich „aus Sicherheitsgründen" in Gewahrsam genommen.

An der Planung der Provokation gegen die liberalen Monarchisten nahmen u.a. teil: Gonzalo Fernandez de la Mora (Ex-Minister und Diplomat), der Zivilgouverneur der Provinz und natürlich Sixto selbst. Die Bürgermeister der Umgebung erhielten Anweisung, Gratisreisen für „Interessierte" zum Montejurra mit Tagesgeld zu organisieren. Bedingung: Es mußte die Armbinde mit dem Zeichen „König Sixtos" getragen werden.

Die politische Assoziation UNE (Union Nacional Espanola) ist ebenfalls in die Vorgänge verwickelt. So wurde von ihrem Jugensekretär bekannt, daß er auf die Frage nach den Risiken einer Besetzung des Berges antwortete: *„Es gibt keine Probleme. Die Guardia Civil ist auf unserer Seite und hat Anweisung, nicht einzugreifen."* Darüberhinaus finanzierte die UNE – zusammen mit der rechtsradikalen Zeitung „El Alcazar" – 15.000 Flugblätter, die in der Provinz Navarra verteilt wurden. „El Alcazar" steht in Verbindung mit der Veteranenorganisation *„Hermandad de excombatientes"* (Bruderschaft alter Kämpfer) des ehemaligen Arbeitsministers Giron. So nahmen denn auch neben Anhängern und Mitgliedern von *Fuerza Nueva* (Blas Pinar), den *Christkönigskriegern*, *UNE*- und *CEDADE*-Leuten (CEDADE = der nazistische *„Kreis der Freunde Europas"*, die Hitlers Staat als Vorbild ansehen) Veteranen und ehemalige Angehörige der Fremdenlegion an der Provokation teil

Die illustre Versammlung bereicherten aus Italien ausgewiesene oder geflüchtete MSI-Leute, die in Spanien unter dem Schutz des Chefs der „Christkönigskrieger", Sanchez Covisa, leben, sowie argeninische und portugiesische Faschisten. Ein Augenzeuge berichtete: *„Dies alles erschien wie eine faschistische Internationale"*. (Alle Angaben und Zitate aus „cambio 16" v. 17.5. und 24.5.76).

Unzählige Verbrechen vom Staat geduldet

Um einen ungefähren Eindruck vom Ausmaß des faschistischen „Untergrundes" in Spanien zu vermitteln, zählen wir im folgenden die in jüngerer Zeit bekanntgewordenen Gruppen und ihre Verbrechen auf. Die Aufzählung kann keine Vollständigkeit beanspruchen. Zwei Morde im Juli dieses Jahres sind die neuesten Beipiele:

– In Santurce (nördlich von Bilbao) erschossen faschistische „Christkönigskrieger" in Begleitung von Guardia-Civil-Polizisten eine Fischverkäuferin, nachdem sie mit den Teilnehmern einer Amnestie-Demonstration einen Streit provozierten und in die Menge schossen;

– Zum erstenmal machten von sich reden das „Baskisch-spanische Bataillon" und die „Apostiolische Antikommunistische Allianz", die sich zur Entführung und Ermordung des in Frankreich exilierten ETA-Mitglieds, Eduardo Maria Moreno Bergareche, bekannt haben.

Die Gruppe der „Guerilleros de Cristo Rey" (GCR – „Christkönigskrieger") ist die aktivste und wohl auch bekannteste der faschistischen Terrorbanden. 1968 an den Universitäten entstanden, dehnte sie bald ihren „Wirkungskreis" aus. Als ihr Chef gilt Mariano Sanchez Covisa, ihre katholisch-mystizistische Ideologie bezieht sie aus der Zeitschrift „Fuerza Nueva" (= „Neue Kraft") des Madrider Rechtsanwalts und Mitglied des spanischen Ständeparlaments, Blas Pinar, eines der bekanntesten Köpfe der spanischen Faschisten. Pinar leugnet zwar eine direkte Verbindung zu den GCR, doch ist sie ein offenes Geheimnis. Zudem hat sich dieser saubere Herr noch nie von den Terroranschlägen der GCR distanziert, ja spricht sogar öffentlich seine Genugtuung darüber aus.

Eine vollständige Aufzählung ihrer Anschläge ist unmöglich; hier nur einige Beispiele: Bei einer Gedenkfeier für den Gründer der Sozialistischen Partei verprügelten „Christkönigskrieger" Kundgebungsteilnehmer. In Bilbao griffen GCR in „Aktionseinheit" mit der Polizei Teilnehmer einer Demonstration für Amnestie an, in Madrid schossen sie auf eine Amnestie-Demonstration. GCR überfielen die Redaktionsräume der Zeitschrift „Guadiana", die ihnen zu liberal ist. Bei einer Mai-Feier im Madrider Park Casa del Campo zettelten sie – Hand in Hand mit Beamten der Politischen Polizei – Schlägereien an.

Aus diesen Beispielen wird deutlich, daß die „Christkönigskrieger" eng mit der Polizei zusammenarbeiten, so daß selbst die rechtskonservative „FAZ" sie als „eine Art Parallelpolizei" bezeichnet (22.12.75), ebenso „Le Monde" in der Ausgabe vom 3.8.76.

„Grupos de Accion Sindicalista" (Gruppen der syndikalistischen Aktion) - GAS.

Diese Terrororganisation operiert vornehmlich in Barcelona und Umgebung und zeichnet verantwortlich für Brandstiftungen, Überfälle und Zerstörung von fortschrittlichen Buchhandlungen und Gemeindezentren. Die liberale spanische Wochenzeitung „cambio 16" berichtete in ihren Ausgaben vom 19.1. und 1.3.76 ausführlich darüber und stellte fest: *„Die letzten Wochen haben Barcelona einen wahren Cocktail von Anschlägen extrem rechter Gruppen beschert"* (19.1.76). Bei den Anschlägen hinterlassen die Faschisten Flugblätter oder Wandschmierereien wie *„Tod dem Kommunismus und dem Separatismus"*, *„Kommunismus – nein, Faschismus – ja"* und *„Wir kommen wieder"*.



Zerbombte Buchhandlung in Valencia

„Partido Espanol Nacional Socialista" (Spanische Nationalsozialistische Partei) – PENS.

Diese 1970 gegründete Partei spezialisiert sich auf den absoluten Untergrundkampf. Sie predigt nicht nur den Terror, sondern praktiziert ihn auch.

„Movimento Social Espanol" (Soziale Spanische Bewegung) – MSE.

Dem PENS zu vergleichen ist diese 1971 in Valencia gegründete ebenfalls rein faschistische Organisation. Sie trat durch Parolenschmierereien und Drohungen gegen fortschrittliche Menschen in Erscheinung.

Fortsetzung Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

„Cruz Iberica" (Iberisches Kreuz) – CI.

Ob die CI heute noch besteht, ist nicht bekannt. Sie machte jedenfalls durch den Überfall auf die „Banco Atlantico" am 30.3.73 von sich reden. Ihr Führer, Fernando Alcazar de Velasco, wurde dafür verurteilt.

„Antiterrorismo ETA" (Gegenterror gegen ETA) – ATE.

Die „Spezialität" der ATE sind Anschläge auf Geschäfte, Bars, Häuser und auf das Leben von Anhängern der baskischen Autonomiebewegung.

Die Anti-ETA praktiziert Sippenhaft; sie brachte den politisch nicht militanten Bruder eines führenden ETA-Genossen um und verübte auch Attentate im französischen Teil des Baskenlandes.

Wie bei allen anderen Faschistenorganisationen ist auch im Fall der ATE eine direkte Zusammenarbeit mit der Polzei festzustellen: In Verbindung mit diesen Attentaten wurden auf französischem Boden bewaffnete spanische Polizisten in Zivil von ihren französischen „Kollegen" festgenommen.

Welches Ausmaß das Unwesen dieser Terrorbande angenommen hat, zeigt eine „Wochenstatistik" aus „cambio 16", die am 5.4.76 folgende Anschläge aufzählt:

- Entführung von zwei Exekutivkomitee-Mitgliedern der ETA;
- zwei Bombenanschläge auf Wohnhäuser, von denen eins glücklicherweise nicht bewohnt war;
- Bombenanschlag auf das Geschäft von Familienangehörigen eines angeblichen ETA-Mitglieds;
- Schüsse mit Maschinengewehren auf eine Cafeteria;
- Morddrohungen gegen einen Rechtsanwalt.

Dies alles wohlgemerkt im Berichtszeitraum von einer Woche.

„Comando Goering"

Diese aus jugendlichen Faschisten bestehende Gruppe hat ihren Aktionsradius bisher auf Salamanca beschränkt.

Es ist im übrigen keine Einzelerscheinung, daß sich sogenannte „Kommandos" die Namen führender Faschisten des „Dritten Reichs" zulegen. So wurde in den letzten Jahren u.a. auch ein sogenanntes „Comando Adolfo Hitler" bekannt.

„Accion Democratica" (Demokratische Aktion) – AD.

Die mit dem Begriff „demokratisch" Schindluder treibende Bande erwarb sich traurige Berühmtheit durch Überfälle auf die Teilnehmer einer Demonstration für die Amnestie in Sevilla. Dabei schlugen sie mit in Plastik gewickelten Eisenketten auf Demonstanten ein. („cambio 16" vom 22.12.75).

„Comando de Salvacion Nacional. Gloria a la Revolucion Nacional Sindicalista" (Kommando der nationalen Rettung. Ehre der national-syndikalistischen Revolution).

Am 25.3. bedrohte diese Gruppe die Madrider Buchhandlung „La Oveja Negra" mit folgendem Brief: *„Es lebe Mussolini, es lebe Jose Antonio, es lebe Franco, es lebe Hitler. Rote – niemals!! Raus mit den Homosexuellen und Huren des Kremls. Ihr werdet eure Verbrechen bezahlen, Söhne der Pasionaria und Stalins. Erster Rat: Marx auf den Scheiterhaufen. Ihr habt drei Tage Zeit, um zu schließen."* („cambio 16 vom 5.4.76).

„Organizadores de la guerilla urbana – Comados de Accion Patriotica" (Organisatoren der Stadtguerilla – Kommandos der Patriotischen Aktion).

Eine Organisation dieses Namens tauchte im März in Valencia auf. Sie drohte in Flugblättern allen Personen, die die katholisch-mythologischen Feierlichkeiten am sogenannten Sankt-Josephs-Tag stören würden, „Repressalien" an.

In jenen Tagen kam es zu Bombenexplosionen in mehreren Buchhandlungen der Stadt. („cambio 16" vom 29.3.76).

„Grupo Anticomunista Espanol" (Antikommunistische Spanische Gruppe) – GAE.

Mit gewisser Regelmäßigkeit und *„unzweifelhafter Gefährlichkeit"* („cambio 16" vom 8.3.76) tritt diese in Astourien, im Nordwesten Spaniens, angesiedelte Gruppe in Erscheinung.

Morddrohungen gegen einen Psychiater machten die sog. „MAS" bekannt, von der man noch nicht den genauen Namen kennt. („cambio 16" vom 29.3.76).

Auf makabre Weise bezeichnend ist vor diesem Hintergrund die Erklärung des neuen Außenministers Oreja bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn, die spanische Regierung verfolge die BRD-Initiative in der UNO „zur Bekämpfung des Terrorismus" mit Sympathie und werde im September den „UNO-Menschenrechtspakt" ratifizieren.

Spanien-Kommission



Der Faschismus starb nicht mit Franco

Kurzmeldungen aus Spanien:
Ein heißer Herbst beginnt

Im Madrider Arbeiterviertel Mortalaz demonstrierten ca. 70.000 Menschen gegen die Teuerung (Nachrichtensendung des „NDR", 14.9.76).

***

In der Provinzhauptstadt Leon streikten und demonstrierten die Bauarbeiter. Am 8.9. kam es zu mehreren Demonstrationen und Versammlungen. Jedesmal griff die Polizei ein („La Region", 13.-15.9.76).

***

In der baskischen Stadt Lequeitio wurden zwei spanische Fahnen verbrannt, die Fahnenmasten vor dem Rathaus zerstört und am Balkon des Rathauses die baskische Nationalflagge aufgehängt. Die Menschenmenge, die diesen Protestaktionen applaudierte, wurde von der anrückenden Polizei vertrieben. Es gab mehrere Verletzte und Verhaftete („La Region", 13.-15.9.76).

***

Mehr als 5.000 streikende Bauarbeiter versuchten in La Coruna (Galizien), mit ihren Frauen und Kindern zu demonstrieren, um ihren Gehaltsforderungen Nachdruck zu verleihen. Wie üblich girff die Polizei ein; es kam zu mehreren Verletzten, darunter ein 12jähriges Mädchen! („La Region", 13.-15.9.76). Ihre Flugblätter und öffentlichen Mitteilungen waren in galizischer Sprache abgefaßt (Galizien ist ebenso wie Katalonien und das Baskenland eine unterdrückte Nationalität in Spanien).

Die Metallarbeiter derselben Stadt befinden sich ebenfalls im Streik. Es sind laut „Süddeutsche Zeitung" vom 14.9.76 rund 10.000.

Zu ihren ökonomischen Forderungen ist die nach Freilassung verhafteter Kollegen hinzugekommen. Zwei ihrer Kollegen wurden dann auch tatsächlich freigelassen („La Region", 13.-15.9.76).

***

Anläßlich des katalanischen Diada-Festes nahmen ca. 40.000 Menschen an einer oppositionellen Kundgebung teil. Es wurde das Ende des Faschismus gefordert und die Fahnen des Baskenlandes, Kataloniens und Galiziens gezeigt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13.9.76).

***

3.500 Metallarbeiter aus Burgos befinden sich im Streik („La Region", 13.-15.9.76).

***

Am 28.8. demonstrierten mehrere Tausend Menschen durch Soria, um die Wiedereinstellung von 14 entlassenen Arbeitern der größten Knoblauchfabrik des Landes zu erkämpfen. Der Konflikt geht auf den Streik von fast 700 Arbeitern der Fabrik vom Dezember vergangenen Jahres zurück. Hierin zeigt sich deutlich, daß die spanischen Arbeiter schon einen recht langen Atem haben („cambio 16", 13.9.76).

***

Diese Meldungen sind nur ein Ausschnitt aus dem breiten Spektrum der Streikaktivitäten, die Spaniens Arbeiterklasse zur Zeit durchführt. Eins wird daraus klar: Es ist ein heisser Herbst zuerwarten!

Da in diesen Monaten Tarifverhandlungen für mehr als 1,5 Millionen Arbeiter anstehen, ist das spanische Gewerkschaftsministerium in zunehmenden Maße gezwungen, die illegalen Gewerkschaften als Verhandlungspartner anzuerkennen, um noch etwas für die Kapitalisten „zu retten". Doch das dürfte schwer werden, da nicht nur die Tarifverträge Anlaß zu Protestaktionen geben. Die Forderungen der Arbeiterklasse erstrecken sich vielmehr auf

- Straffreiheit für sogenannte „Arbeitsdelikte" (Streikteilnahme usw).
- die Teuerung
- die miserablen sozialen Leistungen des Staates
- die katastrophale Situation im Schulwesen.

Ein Mitglied von „Comisiones Obreras" (Arbeiterkommissionen) erklärte: „Wir gehen in die Schlacht für die Freiheiten der Arbeiter und die einzige Waffe, die wir haben, die Streiks. Wir sind nicht bereit, eine Krise zu ertragen, die uns nichts einbringt" („cambio 16", 13.-15.9.76).

Spanien-Kommission

„Verfassungsprojekt" der Regierung
Keine wesentliche Forderung der demokratischen Opposition erfüllt!

Unter Beschwörung markiger Phrasen von *„nationaler Größe"* und *„wahrer nationaler Interessen für das Gemeinschaftsleben"* haben der Ministerpräsident Suarez und sein (Des-)Informationsminister Reguera am 10. und 11. September ein Verfassungsreform-Projekt angekündigt, das sogleich wieder zu den sattsam bekannten freudigen Hoffnungsschauern bei allen bürgerlichen Beobachtern geführt hat.* Besonders optimistisch gackerte mal wieder die westdeutsche bürgerliche Presse über dieses erstens noch gar nicht gelegte und zweitens schon jetzt als faul erkennbare Ei. In diesem Zusammenhang ist die Enthüllung des „Extra-Dienst" (3.9.76) interessant, daß kürzlich bei dem Besuch des spanischen Außenministers Oreja in Bonn detaillierte Absprachen mit maßgeblichen Führern von SPD, DGB und FDP getroffen wurden, wie die Scheindemokratisierung in Spanien effektvoll lanciert werden soll, um Spanien in die EG und die NATO zu lotsen und gleichzeitig mit Hilfe rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsführungen und entsprechender Parlamentsmehrheiten (die beide allerdings erst noch geschaffen werden müssen) „stabile" Verhältnisse im Innern Spaniens zu garantieren.

Tatsächlich enthält das Verfassungsprojekt des Regimes kein Wort zu den ursprünglichen Hauptforderungen der spanischen Opposition: vollständige Amnestie, Zulassung aller politischen Parteien und Organisationen, Gewerkschaftsfreiheit, Übergangsregierung aller Parteien zur Durchführung von Wahlen, Autonomierechte für die Nationalitäten.

Das Regime scheint – zu Recht! – davon auszugehen, daß die bürgerlichen Führer der Opposition von diesen Forderungen noch „freiwillig" kräftige Abstriche machen werden, um mit der Regierung ins Geschäft zu kommen. Das Projekt enthält noch nicht einmal irgendeine Angabe über die Stellung der versprochenen „Parlamente" gegenüber der Regierung. Dafür wird mit einem auffälligen Eifer ein reichlich kompliziertes System verschiedenster innerparlamentarischer formaler Funktionen ausgebreitet, was zumindest den Verdacht nahelegt, daß hier mit allen Tricks und Fallen unter allen Umständen rechte Mehrheiten vorbeugend abgesichert werden sollen.

Es sollen zwei Kammern existieren: Ein „Unterhaus", genannt Deputiertenkongreß, aus 350 Abgeordneten, die nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden sollen (ob die Prozentanteile auf nationaler oder regionaler Ebene ausgerechnet werden, ist noch offen). Dieser Kongreß, der etwa dem Bundestag entspricht, soll Gesetze ausarbeiten, die von ihm selbst oder von der Regierung initiiert werden. Die zweite Kammer, das „Oberhaus", genannt Senat, aus 204 gewählten (je Provinz 4 und dazu je 2 aus Ceuta und Melilla) und bis zu 41 ernannten (!) Mitgliedern wird nach dem Mehrheitswahlrecht zusammengesetzt (außer den ernannten Abgeordneten natürlich). Der Senat muß in allen Gesetzesvorhaben von Verfassungsrang um Zustimmung gebeten werden. Stimmt er nicht zu, wird ein Vermittlungsausschuß von je fünf Deputierten und Senatoren mit der Ausarbeitung eines Kompromisses beauftragt. Scheitert das, müssen beide Parlamente zusammen tagen und abstimmen. Kommt da auch keine Zustimmung zustande, kann der König Neuwahlen ausrufen und die beiden Kammern auflösen; der König kann auch zu jeder Frage von Verfassungsrang und jeder „Frage von nationalem Interesse" eine Volksabstimmung durchführen lassen, deren Ergebnis dann „bindend für alle Staatsorgane" sein soll. Der König soll den Präsidenten ernennen, der der weiterhin als „Cortes" (wie das jetzige faschistische Ständeparlament) benannten Vollversammlung beider Kammern vorsitzt; er ist zugleich Präsident des „Rates des Königreiches", d.h. des „Berater"-Stabes des Königs. Dieser Präsident ernennt auch die oben erwähnten 41 „zusätzlichen" Senatoren.

Dieses wundersame Projekt muß nun allerdings erst noch mit 2/3-Mehrheit von den amtierenden faschistischen Cortes gebillligt werden und kann auch noch am Einspruch des „Rates der nationalen Bewegung", d.h. der offiziellen Zentrale der faschistischen Einheitspartei scheitern. Die Militärführer freilich haben schon zugestimmte, da Suarez ihnen versprochen hat, daß auf diesem Wege die Kommunisten ausgeschaltet und die Autonomistenbewegungen ferngehalten werden könnten, jedenfalls was den Einfluß auf die Regierungsgeschäfte betrifft. Bis spätestens Juni 1977 soll das Spektakel „freier Wahlen", so wie es hier projektiert wurde, ablaufen.

„Demokratische Koordination" beschloß Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms

Eine Woche vor dieser Regierungsankündigung war erstmals in großem Umfang die „Demokratische Koordination" öffentlich und ungestört zu einem zentralen Kongreß in Madrid zusammengetreten. In diesem bisher lockeren Zusammenschluß arbeiten z.Zt. 16 Parteien und Organisationen zusammen; das Spektrum reicht von christdemokratischen Gruppen über Liberale und Sozialdemokraten bis zur revisionistischen KP und den revolutionären Organisationen PTE, ORT und MC. An den Beratungen vom 4.9. waren ferner mehrere Gewerkschaften (außer der anarchistischen CNT) und regionale Koordinationsorgane aus Andalusien, Katalonien, dem Baskenland, den Balearen, den Kanarischen Inseln und Galizien beteiligt. Von den insgesamt etwa 200 politischen Organisationen und Parteien, die es zur Zeit in Spanien gibt, waren ca. 80 auf dem Kongreß der „Demokratischen Koordination" vertreten.

Neben den meisten baskischen Organisationen blieb auf Betreiben der Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten der „Rat der politischen Kräfte Kataloniens" der Versammlung fern (nicht aber die „Asembleia de Cataluna" – Volksversammlung von Katlonien).

In den Beratungen wurde festgelegt, daß die Demokratische Koordination „nur gemeinsam" zu Verhandlungen mit dem Regime bereit sei und daß als Vorbedingung für solche Verhandlungen die Zulassung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gelten solle. Die vertretenen Parteien und Organisationen wollen sich sämtlich nicht zu den gegenwärtig vom Regime erlassenen Bedingungen „legalisieren" lassen. Es wurde eine Programmkommission aus je zwei Vertretern der beteiligten überparteilichen Organe (auf nationaler Ebene die „Demokratische Koordination" und dazu die regionalen bzw. Nationalitätenvertretungen) eingesetzt, die ein gemeinsames Programm für eine „friedliche Entwicklung hin zur Demokratie" ausarbeiten soll; sie soll am 25.9. in Valencia zum ersten Mal tagen.

Ansonsten hatte die Tagung keine bemerkenswert neuen Ergebnisse. Wie auch früher schon, ist offenbar die Linke dort voll abgeblitzt: Ein Vorstoß von ORT, MC und den unabhängigen Demokraten (Vorsitzender ist der Anwalt Garcia-Trevijano), man müsse auch die Monarchie in Frage stellen und den Rücktritt der Regierung fordern, wurde von der sozialdemokratischen PSOE mit der Drohung ihres Boykotts der Konferenz abgeschmettert, woraufhin die einflußreiche revisionistische KP sogleich einlenkte.

Der Verlauf des Kongresses der „Demokratischen Koordiantion" zeigte die weitere Rechtswendung der Oppositionsparteien. Der Chef der revisionistischen Partei, Carillo, erklärte z.B., daß er sich mit „Abgesandten der Regierung" ausgesprochen habe. Was im Klartext bedeutet, daß die KP nicht mehr auf dem Rücktritt der Regierung bestehen will.

Auch die Forderung nach vollständiger Amnestie und die Forderung nach Autonomierechten für die Nationalitäten sind in der Mehrheit in dieser Versammlung offenbar keine Bedingungen für Verhandlungen mit dem Regime mehr.

Diese inneren Differenzen der Spitzen der demokratischen Opposition versucht das Regime natürlich auszunutzen. Schon am Tag der Versammlung wurde die Presse in Madrid mit einer drohenden Meldung über eine von der Regierung zusammen mit den Gouverneuren der 50 Provinzen beschlossene „härtere Gangart" gegenüber der Linken und den Autonomiebewegungen gespickt. Gleich nach der Versammlung beeilte sich die Regierung, in vertrauliche Gespräche mit den christdemokratischen, liberalen und sozialdemokratischen Führern zu kommen, und die nicht zur „Demokratischen Koordination" gehörenden regierungsnäheren bürgerlichen Parteiansätze unter christdemokratischer, liberaler und sozialdemokratischer Flagge kündigten die bevorstehende Gründung einer „Union" an, die ihrerseits dann als dritter „Partner" in die Auseinandersetzung eingreifen wolle.

Mehr im Hintergrund wird ebenfalls eifrig an dem in Bonn (und sicherlich auch in Paris, London und Washington) anvisierten Gewerkschaftsprojekt gearbeitet. Der „Syndikats"-Minister hat sich in den letzten Wochen mit Vertretern der sozialdemokratischen Gewerkschaften und am 7.9. auch mit einer Delegation der Arbeiterkommissionen getroffen. Ein Gesetzesprojekt über die Gewerkschaftrechte ist angekündigt. Auf der anderen (?) Seite haben die sozialdemokratischen und revisionistischen Gewerkschaftsspitzen ein Abkommen über die Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Forderungsprogramms angekündigt. Bis Jahresende stehen in über 30.000 spanischen Betrieben neue Tarifabkommen an. Dort, wie auch auf der Straße, wird sich zeigen, was die ganze Taktiererei der Oppositionsführer wert ist. Es kann durchaus einen heißen Herbst geben, der die feingesponnenen Fäden dieses Altweibersommers wieder wegreißt.

Portugal

Soares' Wirtschaftsprogramm – eine Kampfansage an die Werktätigen Portugals

In einer großangelegten Propagandaschau wandte sich der Premierminister der sozialdemokratischen Minderheitsregierung am 9. September mit einer Fernseh-Ansprache an das portugiesische Volk. Garniert mit üblen Angriffen auf die portugiesische Arbeiterklasse und diversen Spaltungsversuchen verkündete er das Wirtschaftsprogramm, mit dem die portugiesische Bourgeoisie ihre Krise lösen will.

„Der Staat riskiert in kürzester Zeit den Bankrott"

Portugal importiert nach Angaben von Soares gegenwärtig im Jahr für 23 Mrd. Esc. (etwa 2,3 Mrd. DM) Lebensmittel und für 17 Mrd. Esc. (etwa 1,7 Mrd DM) Energie und Brennstoffe. Das gesamte Defizit der Handelsbilanz beträgt jährlich 50 Mrd. Esc., das der Zahlungsbilanz 30 Mrd. Die portugiesischen Auslandsschulden belaufen sich gegenwärtig auf 95 Mrd. Esc., also etwa 9,5 Mrd. Mark.

Daß dieser Zustand eine Folge der kapitalistischen Mißwirtschaft unter dem faschistischen Regime ist, daß er auf die ungeheuren Lasten des Kolonialkriegs zurückzuführen ist, und daß insbesondere die hohen Lebensmitteleinfuhren deswegen notwendig sind, weil die portugiesischen Grundbesitzer früher lieber in den Kolonien investierten und das Land in Portugal brachliegen ließen, erwähnte der „Sozialist" Soares mit keinem Wort.

Stattdessen legte er ein Wirtschaftsprogramm vor, dessen Hauptpunkte

- Erhöhung der Produktivität (also Verschärfung der Ausbeutung),
- Verbesserung der Rentabilität der privaten Betriebe (also Unterstützung des Kapitalismus),
- Anreize für die Privatinitiative (also Subventionierung der Kapitalisten),
- Stärkung der staatlichen Autorität (also verschärfte Unterdrükkung), und
- Kampf gegen die Demagogie (also Polizeiverfolgung und Hetze gegen die Revolutionäre) sind.

„Der Staat garantiert das Recht auf Arbeit, aber nicht das Recht auf Faulheit, Müßiggang und Mißbrauch".

Hauptangriffsziel der Soares-Rede war die portugiesische Arbeiterklasse. Unter dem Motto: „Alle Portugiesen müssen diszipliniert arbeiten", beschuldigte Soares die Arbeiter, sie seien ständig krank, gingen nicht zur Arbeit und seien auch am Arbeitsplatz nicht fleißig genug.

Ohne Betriebe zu nennen, wurde deutlich, daß er insbesondere von solchen Großbetrieben sprach, in denen die Arbeiter eine beachtliche Kampfkraft entwickelt haben.

In Zukunft sollen alle Versammlungen, die „politisch-ideologischen" Charakter haben, während der Arbeitszeit verboten sein. Damit kommt Soares in der Formulierung seiner Wünsche dem BRD-Betriebsverfassungsgesetz schon ziemlich nahe.

„Wilde" Streiks sind ein weiterer Dorn im Auge des Herrn Soares: *„Sie bringen die Produktion durcheinander. Diese Art von Aktion muß von den Gewerkschaften und den Betrieben* (gemeint ist wohl: den Kapitalisten – Red.) *bekämpft werden."*

Da sich auch Soares darüber im Klaren ist, daß die gegenwärtige Einheitsgewerkschaft Intersindical nicht bereit ist, mit den Kapitalisten gegen die Arbeiter zusammenzuarbeiten, drohte er auch gleich eine neues Gewerkschaftsgesetz an, da das bisherige „deutlich verfassungswidrig" sei!

Eine weitere Sorge Soares' galt den *„Kampfformen, die gegen das Gesetz verstoßen"*, wobei er besonders Besetzungen und Einschließungen bestimmter Kapitalisten meinte.

Der übelste Angriff bestand aber darin, daß Soares sagte: *„Die Revolution von 1974 ist ausschließlich den 700.000 Industriearbeitern des Industriegürtels zugute gekommen".*

Dies ist ein eindeutiger Versuch, die Industriearbeiter der Großbetriebe, die die Avantgarde der portugiesischen Werktätigen sind, zu isolieren und den Kampf der Werktätigen zu spalten. Es ist gleichzeitig der Versuch, einen Teil der Errungenschaften des demokratischen Portugal als „Privilegien einer selbstsüchtigen Minderheit" abzuqualifizieren.

Die Arbeiter haben die Kapitalisten davongejagt – die Sozialdemokraten holen sie zurück!

Zu den etwa 300 Betrieben, die unter der Regierung Goncalvez nationalisiert wurden, sagte Soares, es werde in nächster Zeit geprüft, welche dieser Betriebe reprivatisiert werden könnten. Eventuell sollen einige von ihnen als „Kooperativen" weitergeführt werden, nachdem die Regierung ein entsprechendes Statut wie sie sich „Kooperativen" vorstellt, erlassen habe. In jedem Fall sollen „unrentable" Betriebe geschlossen werden.

Gleichzeitig kündigte Soares an, daß kleine und mittlere privatkapitalistische Betriebe großzügig unterstützt werden sollen. Im Zweifelsfalle wird dann mit Sicherheit immer der verstaatlichte Betrieb „unrentabel" sein, und der vergleichbare Privatbetrieb „rentabel"!

Die 220 portugiesischen Betriebe, in denen die Arbeiter nach dem 25. April 74 die Kontrolle und Verwaltung selbst in die Hand genommen haben, sollen entweder an die Kapitalisten zurückgegeben werden, oder von den Arbeiterkommissionen, nach Erlaß eines Gesetzes über Arbeiterkommissionen, geleitet werden, wenn sie nicht ebenfalls geschlossen werden.

Diese Maßnahmen stellen einen Generalangriff auf die politischen und ökonomischen Errungenschaften der portugiesischen Industriearbeiter dar. Gleichzeitig verkündete Soares entsprechende Maßnahmen gegen die Landarbeiter.

Unter der durch und durch verlogenen und demagogischen Parole: *„Wir können nicht zulassen, daß sich die Landarbeitergewerkschaft an die Stelle der früheren Besitzer stellt und damit eine neue Unterdrückung vornimmt"*, kündigte Soares an, daß die Regierung 101 „illegal" besetzte Ländereien an die früheren Großgrundbesitzer zurückgeben will, und scharfe Angriffe gegen die „anerkannten" Kooperativen fahren will. So sei ein „Statut für die Landkooperativen" in Vorbereitung, in dem die Regierung ihre Vorstellungen von der „Demokratisierung der kollektiven Produktionseinheiten" verfügen will.

Die Landarbeiter, die größtenteils ohne Kredite und in jedem Fall ohne Unterstützung durch die Regierung weit höhere Ernten eingebracht haben, als früher unter den Großgrundbesitzern, kanzelte Soares arrogant ab: *„Die Agrarreform ist kein Erfolg gewesen, obwohl mehr Boden bebaut wird. Das Alentejo marschiert in die Pleite".* Natürlich weiß jeder Landarbeiter, daß es ihm unter dem Faschismus schlechter ging. Wenn Soares vom „Marsch in die Pleite" spricht, meint er ja auch nicht die Lage der Landarbeiter, sondern die der Großgrundbesitzer und Kapitalisten!



Er meint auch die Lage der Großhändler, die schlechte Geschäfte machen, seit immer mehr Kooperativen ihre Waren zu niedrigen Preisen direkt an die Arbeiter in den Städten verkaufen!

Und am meisten fürchten Soares und seine Auftraggeber das Bündnis zwischen Industriearbeitern und Landarbeitern!

Regierung schafft sich neues Unterdrückungsinstrument

Außer Kreditankündigungen für die Kapitalisten und der Ankündigung von Preissteigerungen, die in ein Versprechen, die Preise nicht zu erhöhen, gekleidet wurde, hatte Soares noch Einfuhrbeschränkungen und Steuererhöhungen, sowie eine formale Heraufsetzung des Mindestlohns zu bieten.

Um den Angriffen gegen Landarbeiter und Industriearbeiter Nachdruck zu verleihen, kündigte Soares jedoch außerdem eine **„Reorganisierung der Kriminalpolizei" zur Bewältigung der kommenden Aufgaben an.**

Das bedeutet nichts anderes, als die Schaffung einer politischen Polizei, womit Soares endlich das **Arbeitslosenproblem der faschistischen Geheimpolizei, der PIDE, gelöst hätte, deren Angehörige unter seiner Regierung sämtlich aus den Gefängnissen entlassen wurden!**

Diese Maßnahme stellte Soares unter die Überschrift „Kampf gegen Demagogie und Anarchopopulismus", wobei mit „Demagogie" jede Kritik von links schlechthin gemeint ist, und „Anarchopopulismus" das neueste bürgerliche Schlagwort ist, mit dem die Bewegung der GDUPs, der Volkseinheit, diffamiert werden soll.

In diesem Zusammenhang ist auch die „Regierungsinitiative" zu sehen, die gerade in Portugal die Reinigung der Häuserwände etc. von politischer Propagande einleitet.

Das „Wirtschaftsprogramm" der portugiesischen Regierung ist nichts anderes als das Programm der portugiesischen Bourgeoisie und des Imperialismus, um mit Hilfe der Sozialdemokratie den Kapitalismus in Portugal wieder flott zu machen.

Soares hat nicht den geringsten Zweifel daran gelassen, daß er dieses Ziel mit allen Mitteln, auch der schärfsten Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer Organe und Organisationen druchsetzen will.

„In der gegenwärtigen militärischen und politischen Situation gibt es keinerlei Alternativen für die Regierung: Portugal wird überleben, die Krise wird überwunden".

Damit beschloß Soares seine Rede. Die Volksbewegung wird ihre Antwort auf dem ersten nationalen Kongreß der GDUP's Anfang Oktober formulieren!

Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

FSP verläßt die GDUPs

Die FSP hat ihren Austritt aus den GDUP's (um die Präsidenschaftskandidatur Otelo de Carvalhos entstandene Bündnis) erklärt.

In ihrer Austrittserklärung begründet die FSP diesen Schritt mit *„Sektierertum, Manövern, Manipulation und Hegemoniestreben"* der UDP bzw. der in dieser dominierenden PCP (R) in den GDUP's. In der Erklärung der FSP heißt es u.a., die UDP/PCP(R) habe versucht, *„die reaktionäre Strategie Chinas"* in die GDUP's hineinzutragen. Als Beispiel wird die Haltung der UDP/PCP(R) z u A n g o l a genannt. Die Erklärung der FSP rechnet insgesamt mit der chinesischen Außenpolitik ab, der vorgeworfen wird, sie würde *„sich mit dem US-Imperialismus verbünden und die reaktionärsten örtlichen Kräfte unterstützen".*

Nach wiederholten – in der Austrittserklärung jedoch nicht konkretisierten – Vorwürfen, die UDP/PCP(R) hätten Manipulationen begangen, um die GDUP's für ihre Zwecke einzusetzen, heißt es in der Erklärung der FSP: **„Die FSP will nicht länger eine Situation decken, die objektiv nur dazu beiträgt, die Arbeiter zu spalten, und das Gelingen einer wirklichen Einheit der Volksmassen zu verzögern und zu belasten"** („Diario Popular', 8.9.76).

Die Provisorische Nationale Leitung der GDUP's (CNPUP) hat die Entscheidung der FSP bedauert und kritisiert und darauf hingewiesen, daß diese Entscheidung Kräfte begünstigt, die die Zerstörung der GDUP's anstreben. Bestehende Widersprüche innerhalb der GDUP's könnten in offener Diskussion geklärt werden („Diario Popular", s.o.).

Die PRP, die in den GDUP's mitarbeitet, hat in einer eigenen Erklärung ebenfalls das Ausscheiden der FSP kritisiert. Die von der FSP angesprochenen Punkte seien in den GDUP's zwar ein reales Problem, aber es sei ein Zeichen des Unverständnisses der FSP für den entscheidenden Moment, wenn sie kurz vor dem bevorstehenden ersten Kongress der GDUP's (in den ersten Oktobertagen), wo dem Sektierertum entgegengetreten werden könnte, diese verlassen („Diario Popular", 10.9.).

Die FSP hat mit ihrem Schritt zweifellos der revolutionären Massenbewegung einen schlechten Dienst erwiesen, zumal nicht nur der erste Kongreß, sondern auch die Kommunalwahlen kurz bevorstehen, bei denen die GDUP's auftreten wollen.

Die Kritik der FSP an der politischen Linie der UDP/PCP(R) scheint im Wesentlichen gerechtfertigt; nur fehlen in der Erklärung konkrete Beweise, daß die UDP/PCP(R) versucht hätte, diese Linie den GDUP's aufzuzwingen. Kennzeichnend für die Lage ist gerade, daß k e i n e Organisation (auch nicht der MES, die nach der UDP – mit Abstand – zahlenmäßig stärkste Organisation der portugiesischen Linken) bisher die mehr als überfällige Auseinandersetzung mit der schädlichen Linie der PCP(R) und auf diesem Weg auch der UDP aufgenommen hat. Insofern ist es wenig erfolgversprechend, an Stelle einer prinzipiellen öffentlichen Auseinandersetzung einen Streit um angebliche „Manipulationen" der UDP/PCP(R) in den GDUP's zu führen. Die Konsequenz des Ausscheidens der FSP wird im Übrigen natürlich eine weitere Stärkung der in den GDUP's ohnehin schon zahlenmäßig dominierenden UDP sein.

MRPP-Mitglieder kritisieren größenwahnsinnige Führer

Die Leitung der Zona Ribeiro dos Santos (Nordportugal) der MRPP hat den MRPP-Chef Arnaldo Matos kritisiert, er halte sich für **„Zeus und Apoll".**

In der Tat hat sich um Matos ein beispiellos grotesker Personenkult entwickelt – er läßt sich als *„Großer Führer und Erzieher des portugiesischen Volkes"* huldigen, überlebensgroße Wandgemälde mit seinem Konterfei prangen an den Hauswänden usw.

Die MRPP hat sich, unter der „weisen Führung" von Arnaldo Matos, von einer ehemals super-„linken" Organisation mit vaterländischen Akzenten zu einer faschistischen Bande mit radikal-„sozialer" Demagogie entwickelt. Die MRPP unterstützte beispielsweise massiv den Wahlkampf des Putschisten Eanes bei den Präsidentenwahlen mit Schlägerbanden, die auf linke Plakatkleber und Wahl-Agitationstrupps Jagd machten, mit großen Wandbildern, auf denen Eanes als „Held des Volkes" glorifiziert wurde usw.

Kein Wunder, daß Arnaldo Matos und andere Spitzenfunktionäre der MRPP auch engste persönliche Beziehungen zu faschistischen Militärs unterhalten – darunter auch solchen, die in den letzten Wochen in wichtige Führungsstellen der portugiesischen Armee geschoben wurden. Darauf bezieht sich die Leitung der Zona Ribeiro dos Santos, wenn sie in ihrer Kritik weiter schreibt: *„Mit dem Aufstieg persönlicher Freunde auf Militärposten von gewisser Bedeutung, meint Arnaldo Matos, daß er schon die Macht habe, auch ohne ein revolutionäres Heer der Arbeiter und Bauern. Nur so ist es zu erklären, daß er auf seiner Konferenz über ‚Die politische Arbeit in den Streitkräften' überhaupt nicht über die Notwendigkeit eines revolutionären Heeres sprach und daß er ‚den Übergang ganzer Regimenter auf unsere Seite' überschätzte".*

Im Übrigen hat der Eintritt von Arnaldo Matos und anderen Spitzenfunktionären der MRPP in faschistische und sonstige bürgerliche Kreise auch deren Lebensstil „positiv" beeinflußt: Luxusleben und eigener Chauffeur sind schon Selbstverständlichkeit, was gleichfalls in der Erklärung der Leitung der Zona Ribeiro dos Santos kritisiert wird (nach „Diario Popular", 14.9. 76).

Die Kritik dieser MRPP-Mitglieder zeigt, daß es in der MRPP immer noch Menschen mit „revolutionären" Illusionen gibt, die den faschistischen Kurs von Arnaldo Matos ablehnen. Welche Bedeutung ihnen zukommt, ist unklar.

„Demokratie" auf sozialdemokratisch

Der Wahlsieg der „sozialistischen" PS des Mario Soares wurde hierzulande von SPD- und CDU-Presse übereinstimmend als „Sieg der Demokratie" bejubelt. Wie diese „Demokratie" konkret aussieht, zeigte sich kürzlich erneut, als Innen- und Außenministerium eine **„Solidaritätswoche der europäischen Studenten mit den spanischen Studenten"**, die in Lissabon stattfinden sollte, v e r b o t e n !

Die Begründung für diese Maßnahme, die exakt den bundesrepublikanischen Spezialdemokraten abgeguckt zu sein scheint, lautete: *„Diese Manifestation sollte ursprünglich in Santander* (Spanien – Anm. AK) *stattfinden und wurde dort von der spanischen Regierung verboten.*

Es wird davon ausgegangen, daß deren spätere Durchführung in Portugal – wenn sie gestattet würde – die Aufrechterhaltung des Klimas guter Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Ländern belasten würde und daß sie das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren politischen Angelegenheiten der Staaten beeinträchtigen würde. (Da glaubt man, die Stimme der chinesischen Außenpolitik zu hören! – Anm. AK). *Daher wird die ‚Woche der Solidarität der europäischen Studenten' auf portugiesischem Territorium nicht gestattet werden"* (nach „Jornal de Noticias", 1.9. 76).

Merke: Was im faschistischen Spanien verboten ist, kann im „demokratischen" Portugal von Soares und Eanes nicht erlaubt sein!

Italien

Andreottis Regierungsprogramm:

Bisher härtester Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse

Vor drei Wochen gab die neue italienische Regierung unter Andreotti ihr Programm bekannt. Durch diverse Gesetzentwürfe, die im Oktober bis Dezember im Parlament eingebracht werden sollen, ist vor allem die PCI aufgefordert, ihren angestrebten „Historischen Kompromiß" zu realisieren, indem sie den Gesetzen zustimmt bzw. sie durch Stimmenthaltung passieren läßt.

Die härtesten Angriffe bestehen in folgenden Vorschlägen:

a) **Erhöhung der Steuern**

Das 2 Milliarden-Loch, was in der Staatskasse nur für die Ausgaben des öffentlichen Dienstes fehlt, soll durch eine ca. 20%ige Erhöhung der Steuern für die Jahreseinkommen über ca. 20.000 DM gestopft werden. Dies betrifft auch das Familieneinkommen, also es wird zusammengerechnet aus dem Verdienst von Mann und Frau.

Einzige Alternative der PCI: Erst ab ca. 30.000 DM diese Erhöhung.

b) **Einfrieren der Löhne**

Innerhalb der „Skala mobile" (bei uns etwa vergleichbar mit den Eingruppierungsstufen) sollen die Löhne nicht über die Höchstgrenze von ca. 22.000 DM im Jahr ansteigen für alle abhängig Beschäftigten. Ebenso sollen die unteren Eingruppierungen möglichst nicht angehoben werden.

c) **Staatliche Preiserhöhungen**

Bisher vom Staat relementierte Preise sollen z. T. aufgehoben, alle jedoch sprunghaft angehoben werden.

Arzneimittel um 20 %, wobei ein neues Arzneimittelgesetz drei Kategorien schaffen soll. Die beste Kategorie, also die Mittel, die wirklich notwendig und gut sind, wird demnach die teuerste sein.

Die pharmazeutische Industrie hat jedoch schon klargemacht, daß ihr 20 % zu wenig sind, weil der durch die staatliche Erhöhung zu erwartende Absatzrückgang (viele Kranke werden sich halt die gute Medizin nicht mehr leisten können) den Produktionsausfall nur durch noch höhere Preise abdecken können! ...

Düngemittel sollen um ca. 25 % teurer werden. Dies bedeutet gerade für die kleinen Bauern die Aufgabe der Höfe und ebnet der kapitalistischen Konzentration in der Landwirtschaft – besonders im „Mezzogiorno", dem armen Süden Italiens – den Weg!

d) **Energieeinsparungsprogramm**

Der unglaublichste Vorschlag Andreottis betrifft die Erhöhung der Ölproduktpreise und in erster Linie des Benzins. Waren bisher die Preise alle staatlich festgesetzt, so soll jetzt ein **„Doppelter Markt"** eingeführt werden.

> 40 Liter pro Auto und Monat für ca. DM 1,30 pro Liter. Der restliche Bedarf zu einem **„Warnpreis" von ca. 3,– bis 4,– DM!!**

Andredotti meinte vorsorglich, wenn das nicht akzeptiert würde, könnte man es auch über Heizungspreise etc. wiederholen!

Dies betrifft natürlich nur die privaten Autos sowie die Lieferwagen und kleinere Fuhrunternehmen, die durch solche Preise ruiniert werden. Die Hysterie der Energieknappheit wird in erster Linie wie '73 in der Ölkrise von Cefis und anderen Ölkonzernen entfacht, die eine staatliche Subventionierung zusätzlich zu den ungeheuren Preisanhebungen fordern, um ihre Rationalisierungsprogramme – also noch mehr Arbeitslose – durchführen zu können. Schon sind auch der Schwerindustrie und der Ölverarbeitungsindustrie derartige Subventionen unter der Hand versprochen. Ein entsprechendes neues Energiegesetz soll innerhalb der nächsten Monate eingebracht werden.

Weiterhin sind Erhöhungen für Strom, Gas, Wasser, Bus- und Bahntarife, alle um die 20 %, geplant!

e) **Neues Immobiliengesetz**

Ein weiterer Vorschlag ist der Gesetzesentwurf für Immobilieninvestitionen, der als Kernpunkt die weitere Subventionierung der Bauspekulationsmafia enthält. Schwerwiegender für die Arbeiterklasse ist jedoch der **Wegfall der Mietpreisbindung**. Ca. 5 Mio. Wohnungen unterliegen der Bindung der Mieten, und die soll zum Ende des Jahres aufgehoben werden. Das bedeutet, daß die **Mietverträge** aus der Zeit von 1953-63 bis zu **50 %** und von 1963-69 um **40 % erhöht** werden können. Die vielversprochene Angleichung der Mietpreise bedeutet also klar eine Angleichung an die Spekulationspreise.

PS und PCI unterstützen gemeinsam das Regierungsprogramm!!

Was die PS, die sich in einigen Fragen wie Abtreibung und Scheidungsreferendum immer noch links von der PCI abgegrenzt hatte, nun tatsächlich zu tun gedenkt, wird aus einem Aufsatz La Malfas (Vorsitzender der PS) klar, der im August in der „Rinascita" (Theoretisches Organ der PCI) veröffentlicht wurde. Er propagiert dort drei Kernpunkte:

a) Die Notwendigkeit der Konsumeinschränkung und Bremsung der in Umlauf gebrachten Ausgaben (gegen die Inflation).

b) Erhöhung der staatlichen Rücklagen sowie der Spareinlagen der privaten Haushalte (für besseres Investitionsklima).

c) Für parzielle (teilweise) Lohnkontrolle (als Voraussetzung für die Stabilisierung der Wirtschaft).

Und was sagt die PCI dazu?!

Zunächst einmal sehr wenig Konkretes, und dann propagiert sie die Stabilisierung der „primären Wirtschaft" (?) durch die „Regulierung der Mechanismen des Marktes"! Also: „Nur zu, Andreotti – gemeinsam sind wir stark!" ...

Die Antwort der Arbeiter: Streiks, Proteste und Austritte aus der PCI

Nach Bekanntwerden des Regierungsprogramms traten die Kollegen von Fiat, Montedison und anderen Fabriken in den Streik. Für viel steht in diesem Herbst die im Turnus von drei Jahren verhandelte Tariferhöhung an. Die Arbeiter ebenso wie die Lehrer und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht bereit, einen Lohnstop hinzunehmen. In zahlreichen Absprachen mit Arbeitern anderer Betriebe, mit Stadtteilkomitees und Häuserbesetzungskomitees wird jetzt der Kampf gegen die in den nächsten Monaten zu erwartenden Gesetzeseinbringungen vorbereitet.

Die kleinen Bauern und Fuhrunternehmer haben für den Fall der Gesetzesvorlage zum Energieeinsparungsprogramm und der staatlichen Preiserhöhung Besetzungen und Boykotts angekündigt.

Besondere Aufmerksamkeit haben spektakuläre Austritte hoher Funktionäre und anderer Mitglieder der PCI gefunden, die aus Protest gegen die Unterstützung der PCI für das Andreotti-Programm z. T. in die PDUP, z. T. in noch weiter links stehende Organisationen übergewechselt sind. Zwanzig z. T. regionale ausgetretene Funktionäre aus La Spezia, Forio, Ischia und Venedig sind bekannt geworden.



„Nein zum Lohnstop" Fiat-Kollegen demonstrieren gegen Andreotti

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Soveso / La Roche

Verbrechen an Frauen und ungeborenen Kindern!

Schon über zwei Monate ist es her, daß die TCCD- Wolke - tausendmal giftiger als Blausäure - aus dem Schornstein der Icmesa - Tochtergesellschaft der La Roche - ausgeströmt ist.

Am schlimmsten betroffen sind die schwangeren Frauen (ca. 350!), denn das Gift ruft mit großer Wahrscheinlichkeit bei den Embryos schwerste Mißbildungen und Schäden hervor.

Ärzte verweigern die Abtreibung

Zunächst wurde verbal die freie Abtreibung vom Staat zugestanden, da es sich hierbei wohl um eine „therapeutische Abtreibung" handele - und die sei legal.

Tatsächlich sieht es aber ganz anders aus: Von 50 befragten Klinikchefs, die für die Region zuständig sind, erklärte sich nur ein(!) Arzt von der Klinik Mangiagalli bereit, die Abtreibung vorzunehmen (lt. „Stern" vom 2.9.). Diese Klinik hat bis Mitte September 13 Abtreibungen durchgeführt; 14 weitere Frauen haben sich angemeldet. Einige Abtreibungen hat auf eigene Faust ein linker Arzt - Genosse in Zusammenarbeit mit der CISA (Zentrum für Abtreibung und Sterilisation, die in Selbsthilfegruppen arbeiten) vorgenommen. Gegen ihn läuft jetzt ein Prozess !

Im Ganzen vielleicht 40 Abtreibungen bei 350 schwangeren Frauen! Woran liegt das?!

DC und Pfaffen blockieren die Beratungszentren !

In erster Linie liegt es an der ungeheuerlichen Art, mit der die DC versucht, die Frauen von der Abtreibung abzuhalten! Das einzige zuständige Konsortium, das für die von der Katastrophe betroffenen Gebiete eingesetzt wurde und an das sich jede Frau wenden muß, ist - mit einer Ausnahme - von DClern und katholischen Rechten besetzt. Die notwendige staatliche Vorberatungsstelle ist fest in der Hand der „Communione e Liberazione", einer besonders um Mailand sehr starken rechtsklerikalen Jugendorganisation. Mit allen Mitteln wird versucht, die Frauen von der Abtreibung abzuhalten, wobei wilde Hetze gegen die Forderung der Frauengruppen und der CISA verbreitet wird: „Die Kommunisten wollen euch eure Kinder töten !" usw.

Der katholische Psychologe des „Beratungs"- Gremiums, von dessen Beurteilung die Abtreibungserlaubnis abhängt, meinte kurzerhand:

„Wenn sie Angst hat, daß die TCCD-Giftwolke die Gesundheit des wachsenden Kindes gefährdet, muß man sich erst einmal dem Geisteszustand der Frau widmen!"

Derselbe menschenverachtende Zynismus zeigt sich auch darin, daß 4 Wochen nach der Katastrophe immer noch kein Spezialist für die Schäden dieses Giftes vorhanden war. Erst später beauftragte man einen nordvietnamesischen Spezialisten mit Untersuchungen.

Beratungskonsortium aufgelöst - keine Abtreibung mehr !

Durch den Rücktritt des Schweins - Psychologen und zweier anderer „Berater" war das Konsortium schließlich nicht mehr funktionsfähig. Konsequenz: keine andere Stelle konnte die Abtreibungen genehmigen und die Frauen hatten keine Möglichkeit mehr !

Auf einer sofort organisierten großen Protestversammlung forderten die Frauen:

- Sofortige Abtreibung in allen Kliniken, die Entscheidung nur der Frau!
- Informationszentrum mit internationalen Spezialisten für die Sammlung von Fakten und Aufklärungsarbeit!
- Klinische Vorbeugungsmaßnahmen!

Besonders forderten sie jedoch eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme, denn die ganzen Berge von Beruhigungs - „Informationen" sollten nur über das tatsächliche Ausmaß der Katastrophe hinwegtäuschen!

Dieses Gremium soll vom Staat und der La Roche bezahlt werden !



Selbsthilfe durch die CISA auch in Seveso

Maria Chinni - vom Staat in den Tod getrieben!

Eine Welle von Empörung entstand nach dem Bekanntwerden des Todes von Maria, die am 7. September an den Folgen eines Versuchs, mit Gift abzutreiben, gestorben war. Genossinnen von Lotta Continua untersuchten den Fall und prangerten öffentlich die Methode der Ärzte und des Staates an.

Maria war auf keiner Beratungsstelle gewesen, aber wahrscheinlich hätte ihr das auch nichts genützt. Die Beratungen werden kaum publik gemacht und wenn, dann haben Frauen Angst hinzugehen, weil sie angepöbelt werden und von Hilfe nichts zu spüren ist. Die LC- Genossinnen gingen in die Beratung des Krankenhauses Desio, in dem Maria gestorben ist und das für die zuständig war. Auf Befragen kamen nur Antworten wie: „Hier wird nicht abgetrieben, Abtreibung ist Mord!"

Generalstreik - Protestversammlungen

Die Frauen haben gemeinsam mit den Betriebsräten und Gewerkschaften und linken Organisationen zum massenhaften Protest gegen La Roche und die DC aufgerufen. Für die Region ist ein Generalstreik angesetzt und Protestversammlungen finden statt.

Die Forderungen heißen:
Freie Abtreibung, Gesetz für Umweltschutz, Ersatz für Arbeitsplatz und unbewohnbare Häuser vom Staat und La Roche !

Vor allem aber fordern sie Informationen über das Ausmaß der Gifteinwirkung von italienischen und internationalen Wissenschaftlern, denn die Zeiten, wo man der Regierung getraut hat, sind vorbei !

Italienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

England: Jahreskongreß des britischen Gewerkschaftsbundes

In der Woche ab 6.9. fand im südenglischen Seebad Brighton der Jahreskongress des britischen Gewerkschaftsdachverbands TUC statt. Es zeigte sich erneut, daß die Strategie der Kapitalisten weiterhin funktioniert: Die Zusammenarbeit zwischen Labour-Regierung und (Labour)-Gewerkschaftsführung hat bisher dazu geführt, daß die Arbeiter ohne nennenswerte Proteste massiven Reallohnabbau und Arbeitslosigkeit hinnehmen, die im August die 1,5 Millionenmarke überschritten hat.

TUC-Generalsekretär Len Murray konnte diese *„Beteiligung der Gewerkschaften an der Planung der Wirtschafts- und Sozial(!)politik"* auch noch frech als *„bemerkenswertes neues Unterfangen demokratischer Regierungsweise"* anpreisen, als er die wirtschaftspolitische Debatte eröffnete. Heuchlerisch *„warnte"* er die Regierung, sie könnte nicht immer auf das Wohlwollen der Gewerkschaften bauen. Doch stellte er – an die Adresse der Arbeiter gerichtet – sogleich fest, die einzige Alternative zur Zusammenarbeit sei *„ein Rückfall in den Sumpf der Konfrontation"* („Guardian", -G-, 9.9.). Aber insgesamt, log er dreist, *„hätten die Gewerkschafter mehr von dieser Regierung in den letzten 2 1/2 Jahren erhalten, als von jeder anderen Regierung in der Geschichte."* Als Antwort auf die zunehmende Kritik der Mitglieder an der Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung kündigte man nun eine „planvolle Rückkehr zur Tarifautonomie" an. Das jedenfalls beinhaltete ein Antrag, der die Politik der Gewerkschaften ab Juni '77 festlegt. (Der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.) Lord (!) Allen, Vorsitzender der Handelsgewerkschaft USDAW sagte in der Antragsbegründung, was das heißen soll: *„Keine Rückkehr zur verheerenden Politik ungeplanter und unkoordinierter Lohnforderungen."* Noch deutlicher hatte Jack Jones, Boss der Transportarbeitergewerkschaft T&GWU, verkündet, wenn die Inflation unter 10% falle, wären Lohnerhöhungen von 10% in Verbindung mit Produktivitätsabkommen angebracht. *„Falls wir verantwortlich handeln, wird die Rückkehr zur Tarifautonomie dem Gemeinwohl dienen"* („G", 6.9.). Der Kapitalistenverband CBI begrüßte diese Äußerungen sofort...

Einzige oppositionelle Stimme in dieser Frage war Ben Rubner, der als Vorsitzender der kleinen Holzarbeitergewerkschaft eine Resolution einbrachte. Sie bedauerte, daß das Lohnabkommen zur Senkung des Lebensstandards geführt habe, ohne zu verhindern, daß die Arbeitslosigkeit unerträglich angestiegen sei. Ab 1.8.77 forderte sie völlige Tarifautonomie – abgelehnt!

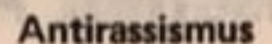
„Kampagne für das Recht auf Arbeit"

Die den trotzkistischen „International Socialists" nahestehende „Right-to-Work-Campaign", die bereits im März einen Arbeitslosenmarsch von Manchester nach London organisiert hatte, veranstaltete einen dreitägigen Marsch überwiegend jugendlicher Arbeitsloser von London nach Brighton. Dort belagerten die 570 Teilnehmer mit weiteren Demonstranten das Kongreßgebäude und bereiteten den verhaßtesten Gewerkschaftsfunktionären das reinste Spießrutenlaufen (siehe Foto). Der „linke" Clive Jenkins, Vorsitzender der Angestelltengewerkschaft ASTMS, bezeichnete sie als *„Faschisten"*! („G",8.9.).

Ein paar Demonstranten, die trotz schärfster Kontrollen in den Saal gelangt waren, um gegen die Zusammenarbeit mit der Regierung zu protestieren, wurden hinausgeworfen. Als auf einer traditionellen Veranstaltung der Tribunegruppe („linke" Labourabgeordnete) am Sonntag vor dem Kongreß auch der „Arbeits"minister Albert Booth auftrat, hatten Teilnehmer der „Right-to-Work-Campaign" dagegen mit lauten Zwischenrufen demonstriert. Ehe der „linke" Labour-Abgeordnete Neil Kinnock die Veranstaltung abbrach, verglich er die Zwischenrufer mit der faschistischen „National Front" (Socialist Worker", 11.9.)!



Gewerkschaftsführer Clive Jenkins wird von Demonstranten der „Kampagne für das Recht auf Arbeit" umringt und zur Diskussion gezwungen.



Antirassismus

Daß trotz dieser ausgemacht rechtssozialdemokratischen Politik die Lage der englischen Gewerkschaften immer noch eine andere ist, als die der westdeutschen, zeigt eine einstimmige Resolution gegen Faschismus und Rassismus. Bill Keys von der Druckergewerkschaft SOGAT betonte, daß der Faschismus mit der Arbeitslosigkeit genährt würde, und ohne Wachsamkeit im Kampf dagegen könnte Britannien den gleichen Weg wie Deutschland in den 20er und 30er Jahren gehen. Die Resolution forderte von der Regierung Maßnahmen gegen die Faschisten von „National Front" und „National Party", warnte die Gewerkschaftsmitglieder vor faschistischen Organisationen und forderte den Gewerkschaftsvorstand auf, eine nationale Kampagne gegen Rassismus zu organisieren. In der Debatte wiesen mehrere Sprecher auf die Spalterrolle des Rassismus hin und betonten, daß die Arbeitslosigkeit nichts mit den farbigen Einwanderern zu tun habe.

England-Kommission
KB/Gruppe Lübeck

Antifaschisten erfolgreich gegen rassistische Provokationen

„Zu verkaufen nur an englische Familie", mit diesem rassistischen Schild vor seinem Haus provozierte der englische Nazi Robert Relf seit geraumer Zeit alle Demokraten und Antifaschisten. In einer gelungenen Aktion wurde nun am hellichten Tag dieses Schild, gegen das die britischen Staats- und Polizeiorgane angeblich machtlos waren, von Mitgliedern der Organisation I.S. (International Socialists) entwendet und am 24.7. auf einer Demonstration gegen Faschismus und Rassismus verbrannt. Durch diese saubere Aktion und breite Öffentlichkeitsarbeit wurde bisher auch ein insgeheim geplanter Staffellauf der Faschisten von Leamington (Heimatort von Relf) nach London verhindert, auf dem das Verkaufschild vorangetragen werden sollte.



Das Schild des Nazis Relf brennt – Antifaschisten haben gesiegt. Suthall am 24.7.

Angefangen hatten die Auseinandersetzungen damit, daß Relf das besagte Schild, inzwischen zum Symbol faschistischer Provokationen geworden, vor seinem Haus aufstellte und Anzeige gegen ihn erstattet wurde wegen Verstoß gegen das Rassengesetz.

Das Gericht verurteilte Relf zur sofortigen Entfernung des Schildes. Als Relf sich daran nicht hielt, bekam er eine Gefängnisstrafe, nicht etwa wegen seiner rassistischen Umtriebe, sondern wegen „Mißachtung des Gerichts". Nach sechswöchiger Haft wurde Relf nach einem Hungerstreik wegen „gefährdeter Gesundheit" (!!) entlassen und der alte Faschist jetzt erst recht zum Helden hochstilisiert („Times", 4.7.76). Relf hat eine lange faschistische Vergangenheit. In den 60iger Jahren hat er wegen rassistischen Terrors mehr als drei Jahre im Gefängnis gesessen. Er war Leibwächter von Colin Jordan, dem Führer der braunen Organisation „British Movement". Nach seiner letzten Entlassung am 2.6.76 wurde Relf Mitglied und Wahlkampfzugpferd der faschistischen Organisation „National Front". Vier Wochen später wurde von der „Times" (v.4.7.76) ein Brief enthüllt, den Relf – mit Hakenkreuzen versehen – an einen asiatischen Invaliden geschrieben hatte. In diesem Brief wird der Immigrant, der für sich, seine Frau und 13 Kinder wöchentlich 500,– DM unterstützung vom Staat bekommt, als *„schwarzes Schwein"*, *„stinkender sexbesessener schwarzer Abschaum"* bezeichnet, und Relf erklärt sich bereit, die Schwarzen *„am nächsten Laternenpfahl"* aufzuhängen und fordert, daß alle *„verantwortlichen Politiker, die die schwarze Pest hereingelassen haben, an die Wand gestellt"* werden. Es ist bezeichnend für den kapitalistischen Staatsapparat, daß solche braunen Dreckskerle nach einem Hungerstreik entlassen werden und weiter ihre Provokationen starten können, während Antifaschisten auch in England zunehmend schärfer verfolgt werden. Z.B. wurde ein Frau in Rotherham zu Gefängnis verurteilt, weil sie beim Malen der Parole *„schwarz und weiß im Kampf vereint"* erwischt wurde („Socialist Worker", 12.6.76).

Umso mehr zeigt sich, daß sich die Linken und andere Demokraten im Kampf gegen die Faschisten nicht auf den Staatsapparat und seine bürgerlichen Gesetze verlassen dürfen.

Verständlicherweise wurde die Verbrennung des braunen Symbols am 24.7. im Londoner Stadtteil Southall begeistert aufgenommen. Auch die großartige Ankündigung der Faschisten, sie würden ihre Demonstration mit einer Kopie des geklauten Schildes dennoch durchführen („Guardian", 21.7.76), konnte bisher verhindert werden: Diese Kopie fiel nämlich auf einer antifaschistischen Demonstration in Leamington am 28.7. ebenfalls dem Feuer der Antifaschisten zum Opfer, und die Faschisten ließen sich bisher auf keinem Staffellauf blicken („S.W.", 31.7.).

England-Kommission



Auch eine Zweitanfertigung des faschistischen Schildes brennt bei einer Demonstration in Leamington am 28.7.

„Terroristengesetz" in der Republik Irland verabschiedet

Am 15. September verabschiedete das irische Abgeordnetenhaus Dail ein „Sondergesetz zur verschärften Bekämpfung von Terroristen" – sprich der IRA. Dem vorausgegangen war die Ausrufung des Notstandes am 1. September (gegen die Stimmen der Opposition). Erst dies machte die Verabschiedung des Sondergesetzes möglich, da dieses so einschneidende Beschränkungen der Grundrechte vorsieht, daß es unter „normalen" rechtstaatlichen Bedingungen für die Regierung legal nicht möglich gewesen wäre, dieses Gesetz einzuführen.

Der Kernsatz lautet: *„Jede Person, die – ausdrücklich oder implizit, direkt oder durch eine andere Person oder Personen, oder durch Werbung, Propaganda oder auf andere Weise, eine dritte Person (oder Personen allgemein) auffordert oder aufstachelt, einer ungesetzlichen Organisation beizutreten oder sich an ihr zu beteiligen, sie zu unterstützen oder ihr bei ihren Aktivitäten zu helfen, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig und setzt sich einer Gefängnisstrafe aus, die zehn Jahre nicht überschreiten darf."* (!!)

Diese Bestimmung ist so weit gefaßt, daß selbst unter den bürgerlichen Jounalisten in England und Irland sich die Diskussion darüber entwickelt hat, inwieweit nicht bereits die einfache Berichterstattung über IRA-Aktivitäten und z.B. der Abdruck einer Stellungnahme der IRA strafbar ist (nach „Guardian", 11.9.76).

Der Hinweis, daß die Gefängnisstrafe zehn Jahre nicht übersteigen darf, ist blanker Zynismus. Im Gegenteil hat man mit dieser Bestimmung das Strafmaß, das man von den Richtern erwartet, wirkungsvoll herausgestrichen!

Ein weiterer Punkt ist die Erweiterung des Rechtes der Polizei, IRA-Mitglieder ohne richterliches Urteil sieben Tage im Gefängnis zu halten: In Zukunft können auch Personen, gegen die lediglich der Verdacht einer IRA-Mitgliedschaft besteht, sieben Tage eingelocht werden. (Nach „Neue Zürcher Zeitung", 17.9.76).

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Entlaubungsmittel in Nordirland eingesetzt

Im August wurde eine große Fläche unbebautes Land in South Armagh, das mit schulterhohem Farnkraut bedeckt war, vom Flugzeug aus entlaubt. South Armagh ist eines der Gebiete, in denen die IRA sehr stark ist. *„Sowohl die Armee, als auch das Nordirland Office stritten gestern kategorisch ab, daß diese Entlaubung aus militär-strategischen Gründen angeordnet worden sei. Aber Armeeoffiziere gaben privat zu, daß das Entfernen des dicken schulterhohen Farnkrauts einen enormen Vorteil bringen würde bei der Überwachung der Grenze* (zur Republik Irland – Anm. AK)" („Guardian", 18.8.).

Die angewendete Chemikalie enthält 2,4,5-T (Trichlorophenol) – ein Stoff, der bereits Geschichte gemacht hat, als ihn die US-Imperialisten in Vietnam einsetzten.

England-Kommission

Skandinavien

Arbeitnehmerfonds – Betrug an der schwedischen Arbeiterklasse

Auf dem letzten Kongreß des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO im Juni dieses Jahres wurde mit großer Mehrheit der Vorschlag befürwortet, *„mit Hilfe von Arbeitnehmerfonds, Anteile an privaten Unternehmen zu erwerben"* („Handelsblatt", 18/19.6. 1976). Schon vorher wurde eine größere Debatte über das vom bürgerlichen Ökonomen Rudolf Meidner und zwei Mitarbeitern verfaßte *„Gutachten zur Einführung von Arbeitnehmerfonds"* geführt.

So schrieb die Zeitschrift des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO: *„Die Macht über die Menschen und die Produktion liegt bei den Kapitaleigentümern. Mit Arbeitnehmerfonds kann die Arbeiterbewegung diese Ungerechtigkeit beseitigen"* („Neue Zürcher Zeitung", 29.3.76). Und auch der Renomierlinke der SPD, Jochen Steffen, schaltete sich in die schwedische Diskussion ein: *„Die Herrschaft der politischen Bürger, der mündigen Produzenten und Konsumenten über Wirtschaft und Gesellschaft wird verwirklicht werden"* („Frankfurter Rundschau", 13.12.76).

Schon 1971 gab der LO-Kongreß seinem Vorstand in Auftrag, die Fonds-Frage zu untersuchen. Vier Jahre später stellte Meidner ein Modell vor, daß jedoch erst ab 1980 verwirklicht werden soll.

Das Meidner-Modell ...

Das Meidner-Modell sieht im wesentlichen vor, daß alle schwedischen Unternehmen – mit Ausnahme von staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben – mit mindestens 50 Beschäftigten jährlich 20 % ihres Gewinns nach Abschreibungen in Form von Aktien in einen vom Gewerkschaftsbund geleiteten zentralen Ausgleichsfonds überführen müssen. Das Kapital bleibt im jeweiligen Betrieb stehen, während die Dividende in die lokalen Gewerkschaftskassen fließt, *„um die gewerkschaftliche Aktivität der Mitglieder ... zu steigern"* („Dagens Nyheter", 16.6.76). Auf fließt, *„um die gewerkschaftliche Aktivität der Mitglieder ... zu steigern"* („Dagens Nyheter", 16.6.76). Auf diesem Weg soll eine *„langsame Sozialisierung und Kollektivierung des Industriekapitals durchgeführt werden"* („NZZ", 29.3.76), so daß *„etwa um das Jahr 2000 ... die Arbeitnehmerschaft einen größeren Einfluß auf die Wirtschaft ausüben wird als heute noch die Familie Wallenberg"* („Welt", 15.6.).

Tatsächlich tastet der Arbeitnehmerfonds in keinster Weise die bestehenden Machtverhältnisse in Schweden an. So schreibt dann auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13.3.: *„Das Privateigentum wird weiter dominieren"*. Nach wie vor bleibt die Mehrheit der Aktien in den Händen der Kapitalisten. Darüber hinaus bleibt das an den Fonds gezahlte Kapital im Unternehmen weiter wirksam, so daß *„die Kapitalversorgung auf eine sichere Grundlage gestellt wird"*. („NZZ", 29.3.). So grenzt sich auch Meidner von den rechten Kritikern ab und beteuert, daß die Gewerkschaften *„keineswegs der zentrale Machtfaktor"* werden („DN", 16.6.).

Insgesamt bietet der Arbeitnehmerfonds den Kapitalisten einige Vergünstigungen. Die Abgabe von Kapital an den Fonds können sie von der Steuer abschreiben und in Krisenzeiten durch Fondsgelder auf verstärkte Investitionen rechnen. So wurden allein 1975 aus anderen Fonds mehr als 4,8 Mrd. sKr „für die Wirtschaft" freigegeben („NZZ", 14.1.). Auf der anderen Seite betont das Meidner-Modell ausdrücklich, daß es sich bei dem Fonds nicht um eine individuelle Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer handelt („FAZ", 13.3.).

... eine konsequente Fortsetzung der arbeiterfeindlichen Lohnpolitik

Im wesentlichen hat der Arbeitnehmerfonds jedoch eine ideologische Funktion. In den letzten Jahren, insbesondere nach den „wilden" Streiks 1969/70, fällt es den schwedischen Gewerkschaftsführern immer schwerer, ihre Tarifpolitik, eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbund, Staat und Kapitalisten, als solidarische Lohnpolitik zu verkaufen. Die staatliche Lohnpolitik sieht vor, insbesondere die Lohnentwicklung in der Exportindustrie zu bremsen, womit vor allem die Gewinn- und Kostenlage dieses Industriezweiges geschützt werden soll. Dieses geschieht vor dem Hintergrund, daß in diesen expandierenden Zweigen die Löhne gewöhnlich über dem Landesdurchschnitt liegen. Deshalb verlangt man im Interesse der schwedischen Kapitalisten *„von den* dem Landesdurchschnitt liegen. Deshalb verlangt man im Interesse der schwedischen Kapitalisten *„von den* *besser verdienenden Arbeitern in den Exportindustrien Solidarität mit den schlechter bezahlten in der Binnenmarktindustrie in Gestalt von Maßhalten bei ihren Forderungen"* (Verlag Neue Kritik, „Probleme sozialistischer Politik" 20). Die Theorie der „solidarischen Lohnpolitik" führt damit zu ungeheuren Profiten in den produktiven Zweigen der Industrie, während das Lohnniveau der gesamten Arbeiterklasse gesenkt wird. Dieses rief auch einen verstärkten Widerstand der schwedischen Arbeiterklasse hervor, der sich in den „illegalen" Streiks insbesondere der höher bezahlten Arbeiter ausdrückte und damit die Arbeiterfeindlichkeit dieser Politik aufdeckte.

So sagte Gewerkschaftsführer Gunnar Nilsson auf dem letzten LO-Kongreß: *„Durch die unterschiedliche Zahlungsfähigkeit der Unternehmen ist die solidarische Lohnpolitik starken Belastungen ausgesetzt. Seit Jahrzehnten haben es die Hochlohngruppen als unbefriedigend empfunden, daß ihre Solidarität mit anderen Gruppen nicht diesen, sondern den Kapitaleignern zu Gute gekommen ist"* („DN", 19.7.). So mußte ein neues Modell geschaffen werden, das diese Probleme besser verdeckt.

Durch den Arbeitnehmerfonds und die dadurch entstehende Aktienbeteiligung des Gewerkschaftsbundes bestehen bessere Möglichkeiten einer ideologischen Bindung der Arbeiterklasse an die Politik der Klassenversöhnung. Es soll vorgegaukelt werden, daß jeder Arbeiter gleichzeitig ein kleiner Kapitalist sei, der sich durch überhöhte Lohnforderungen und Kampfmaßnahmen nur selbst schade. So ist es auch kein Zufall, wenn führende Gewerkschaftssekretäre das Meidner-Modell im gleichen Atemzug mit dem erst kürzlich verabschiedeten Mitbestimmungsgesetz nennen und daraus eine verstärkte „Demokratisierung" im Arbeitsleben ableiten. Das Mitbestimmungsgesetz bietet den Kapitalisten die Möglichkeit höherer Strafzumessungen bei der Teilnahme an sogenannten illegalen Streiks.

Deutlich sagt Regierungschef Olof Palme, was mit den Arbeitnehmerfonds bezweckt werden soll: *„Meidner hat nur ein Modell konstruiert. Das Kapital soll übrigens in der Unternehmensgesellschaft bleiben, niemand will Kasse machen"*, und etwas später fährt er fort: *„Aber wir wollen nun mal keine Verstaatlichungen. Wir haben 44 Jahre regiert, ohne solche Sachen zu machen. Warum sollten wir solche Idioten sein und es jetzt auf einmal tun?"*. Und auf die Frage, ob nicht die Sozialisierung durch die Hintertür, das zu starke Vordringen *auf einmal tun?"*. Und auf die Frage, ob nicht die Sozialisierung durch die Hintertür, das zu starke Vordringen des Staates auf dem Kapitalmarkt die Interessen der schwedischen Kapitalisten beeinträchtige, antwortet Palme: *„Und dennoch ... der schwedischen Industrie ist es in Wirklichkeit ... sehr gut gegangen. Als das Unglück* (gemeint „die Sozialisierung") *über sie hereinbrach, war ihr Wachstum schneller und ihre Produktivität höher"* („Welt", 1.6.).

Deutlicher kann man es nicht sagen!

Skandinavien-Kommission

IG-Metallführung bejubelt schwedisches Antistreikgesetz

In der Zeitung Metall nimmt die Führung der IG-Metall zum schwedischen Mitbestimmungsgesetz Stellung, das im Juni dieses Jahres verabschiedet wurde und im Januar 1977 in Kraft tritt. Unter der Überschrift „Vorbildliches Schweden" werden die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes bis über den grünen Klee gelobt: Das neue Mitbestimmungsgesetz gebe *„den Arbeitnehmern das Recht, ... in allen sie betreffenden Fragen gehört zu werden ... Bei künftigen Lohngesprächen, bei Investitionen des Unternehmens oder beim Kauf anderer Unternehmen ... müssen die Gewerkschaften gehört werden ... Weigert sich der Arbeitgeber, dürfen die Arbeitnehmer streiken"* („Metall" 12/76).

Kein Wort davon, daß es sich bei diesen Bestimmungen um eine reine Farce handelt. So hat der Kapitalist die Möglichkeit, die Auskunft über Finanzen und Pläne zu verweigern, wenn große Geldsummen im Spiel sind („Welt", 4.6.72), was im Zweifel immer der Fall ist. Zusätzlich unterliegen die Gewerkschaften einer Schweigepflicht. Weiterhin schreibt dieses Gesetz nach 10 Tagen eine Zwangsschlichtung durch die Arbeitsgerichte vor, was insgesamt eine Einschränkung des Streikrechts darstellt.

Auf der gleichen Linie wurde die Schadensersatzpflicht bei Teilnahme an sogenannten wilden Streiks auf nicht festgesetzte Summen erhöht.

Mit der Bejubelung dieses reaktionären Gesetzes macht die IG - Metallführung einmal mehr deutlich, auf welcher Seite sie steht!

Skandinavienkommission

Schwedens „progressiver" Imperialismus
Jetzt Millionen-Geschäfte mit Angola

Die Früchte der vorausschauenden Außenpolitik der sozialdemokratischen Regierung hinsichtlich Angolas werden jetzt von den Kapitalisten geerntet. Während andere imperialistische Staaten auf die FNLA und UNITA setzten, unterstützte die Sozialdemokratische Partei Schwedens die MPLA seit den 60iger Jahren. Daraus resultierten freundschaftliche Beziehungen und Schweden nahm fortan in den Augen der MPLA unter den westlichen Ländern eine Sonderstellung ein.

Die Unterstützung der MPLA durch die schwedische Sozialdemokratie war, wie sich jetzt herausstellt, eine Zukunftsinvestition für das schwedische Kapital. Volvo, Scania, Beijer, LM - alle großen schwedischen Konzerne drängen auf den von den Sozialdemokraten neu erschlossenen Angola - Markt.

- Volvo soll 950 Lastwagen nach Angola liefern, ein Geschäft von 170 Mio. skr. Die PK- Bank leiht das Geld gegen Kreditgarantien vom schwedischen Staat.
- ScaniaVabis, schon früher im Angola- Geschäft, liefert jetzt auf einen Rutsch 450 Lastwagen. Der Preis dürfte bei 90 Mio skr liegen.
- Beijer- Invest kauft 400.000 ton Öl mit niedrigem Schwefelgehalt - die gesamte Jahresproduktion von Luandas Raffinerien – für ca. 120 Mio. skr.

Darüberhinaus finden eine Reihe von Verhandlungen zwischen dem angolanischen Staat und schwedischen Konzernen statt:

Sahlens, Petro- Swede und Beijer - Invest bieten ihre Hilfe bei der Ölsuche und -förderung an, Gränges verhandelt über Eisenerzexport, Mo& Domsjö über Waldanpflanzungen und Holzexport, LM- Ericsson über den Bau des gesamten Telefonnetzes Angolas (Informationen aus „Arbetet" vom 31.8.76).

Daß Schweden für die MPLA als vertrauenswürdiger Partner gilt, trotz der zahlreichen Investitionen schwedischer Konzerne in der RSA, ist sicher darin begründet, daß Schweden im Falle der RSA zweigleisig fährt. Einerseits werden unter dem faschistischen Vorsterregime hohe Profite gescheffelt, andererseits wird die Widerstandsorganisation ANC mit Millionenbeträgen unterstützt. Dadurch wird das schwedische Kapital sicherlich längerfristig in Südafrika im Rennen bleiben und vielleicht gelingt in der Zukunft das, was heute in Angola möglich ist: Durch eine vorrausschauende Außenpolitik überall dort den Fuß in der Tür zu halten, wo andere imperialistische Staaten rausgeflogen sind.

Skandinavien- Kommission

Schweden: Kinderferien – ein Wahlschlager

Die schwedische Regierung hat vor einiger Zeit einen familienpolitischen Vorschlag vorgelegt, der einiges Aufsehen erregt hat und auch relativ breit in der Linken diskutiert worden ist. Dieser Bericht ist nach einem Artikel in der Zeitung „Internationalen", dem Organ des Komministiska Arbetarförbundet (Schwedische Sektion der 4. Internationalen), geschrieben.

Wir werden im nächsten Arbeiterkampf die Stellung der Frauengruppe „Grupp 8" zu dieser Frage darstellen.

Der Regierungsvorschlag, rechtzeitig vor den Wahlen vorgelegt, bietet eine scheinbare Wahl zwischen einer Reihe von Möglichkeiten für die Eltern kleiner Kinder Urlaub zu nehmen, insgesamt 5 Monate:

1. Die Frau bleibt nach der Geburt des Kindes nach den ohnehin schon üblichen 7 Monaten nochmal 5 Monate mit dem Kinde zuhause.
2. Sie arbeitet die ersten 2 Jahre nach der Geburt nur 6 Stunden am Tag (von Lohnausgleich ist allerdings nirgendwo in dem sozialdemokratischen Vorschlag die Rede).
3. Sie nimmt in den ersten Jahren 5 Wochen Urlaub, oder
4. „spart" sich die Zeit dafür auf, wenn das Kind mal krank wird.

Heute gibt es in Schweden nur 10 Tage Urlaub bei Krankheit des Kindes.

Alle diese Möglichkeiten sind, wie revolutionär, auch für den Mann denkbar. Ein Teil dieser Möglichkeiten sind an sich gut ,aber sie werden alle in gleicher Weise gebraucht. Zudem ist die Möglichkeit zu wählen auch in dem sozialdemokratischen Musterländle Schweden äußerst begrenzt.

„Internationalen" stellt dazu ein Beispiel dar: Brigitta ist schon vor der Geburt des Kindes arbeitslos geworden. Sie ist während der ersten sieben Monate Schwangerschaftsurlaub nicht in der Arbeitslosenstatistik erschienen. Wenn sie nach Ende der 7Monate keine Arbeit hat, „wählt" sie natürlich die weiteren Kinderferien. Und dann bleibt sie weiterhin in ihrem Vorort isoliert.

Falls sie wider Erwarten doch Arbeit findet, taucht das Problem der Unterbringung des Kindes auf. In ihrem Vorort gibt es 5 Tagesheime mit 231 Plätzen. 173(!) Kinder stehen auf der Warteliste, demnächst soll ein Kindergarten mit weiteren lächerlichen 30 Plätzen gebaut werden. Und so bleibt Brigitta und anderen Frauen nur der „freiwillig" gewählte Platz am Herd.

Kinderferien - ein Spaltungsmanöver

Die Einführung des 6- Stundentages für einen Teil der Bevölkerung stellt auch eine Art Spaltungsmanöver dar. Eine Sonderregelung für Eltern mit kleinen Kindern führt unter anderem dazu, daß schon heute Frauen mit kleinen Kindern ungern eingestellt werden, denn wenn die Kinder krank sind, dann bleiben diese Frauen zu Hause. Bei der 6 - Stunden - Regelung wird es auch für die Männer schlechter werden, einen Arbeitsplatz zu finden oder zu behalten. Die 6- Stundentagsregelung muß für alle gefordert werden!

Ein weiterer Gesichtspunkt liegt in dem sozialdemokratischen Ei des Kolumbus: Die nötige Pflege der Kinder ist wieder einmal den Eltern, meist der Mutter aufgehalst worden, eine Verpflichtung des Staates entfällt.

Was auf den ersten Blick fortschrittlich anmutet, bekommt schnell einen unangenehmen Beigeschmack. Denn: Brigitta will Arbeit und ihr Sohn einen Kindergartenplatz!!

Skandinavien- Kommission

Dänemark
Breite Solidarität mit dem Porzellanarbeiterstreik

Wie schon in AK 87 berichtet, streiken die 1.270 Arbeiterinnen und Arbeiter der Königlichen Porzellan-Manufaktur seit dem 21. Juni. Der Streik hatte ganz „gewöhnlich" begonnen: er richtete sich gegen unmenschliche Akkordbedingungen, die Kollegen forderten einen Mindeststundenlohn von 31.50 dkr (ca. DM 14,–).

Jetzt – über zwei Monate später – hat sich dieser Streik zum Kampf der ganzen dänischen Arbeiterklasse gegen die Null-Prozent-Politik der dänischen Kapitalisten ausgewachsen.

Der Arbeit„geber"verband ließ den Streik seinerzeit sofort durch das Arbeitsgericht für „ungesetzlich" erklären. Bis zum 4. August waren die Bußgeldforderungen des Gerichts gegen die Porzellanarbeiter auf 2 Mio. Kronen (!) angewachsen. Das Gericht erlaubte der Porzellanfabrik ausdrücklich, neue Arbeiter einzustellen.

Das war die Antwort der Porzellaner: sie stellten einen Solidaritäts-Pappteller her (mit dem bekannten königlich blauen Blumenmuster), der zu einem Solidaritätspreis von 10 Kronen aufwärts überall in Dänemark verkauft wird. Der Erlös betrug Ende August 2,3Mio. dkr!!

Allein der dänische Typografen-Verband kaufte 500 Pappteller – als Souvenir für die Teilnehmer eines Delegiertentreffens.

Der Kreis I des Journalistenverbandes überreichte dieses Jahr seinen Jubilaren statt Silber den Solidaritätsteller.

Die Sektionen 12 und 13 des Metaller-Verbandes kauften Teller für je 200 dkr.

Die Gewerkschaft der Bauarbeiter kaufte 15 Teller für 34.000 dkr.

Die Gewerkschaft der Erzieher rief ihre Mitglieder auf, einen Tageslohn für die Porzellaner zu spenden. Grafisk Kartel forderte seine Mitglieder ebenfalls zu Spendenleistungen auf.

All diese Gewerkschaften haben jetzt Klagen am Hals. Denn der dänische Kapitalistenverband ist der Auffassung, daß die Unterstützung eines „ungesetzlichen" Streiks eben auch ungesetzlich sein muß.

Der Verband der Brauereiarbeiter in Kopenhagen erteilte den Herren die richtige Antwort:

„Der Arbeitgeberverband protestiert dagegen, daß wir 7.000 Kronen für die streikenden Porzellanarbeiter bewilligt haben und wollen die Sache vors Arbeitsgericht bringen. Aus diesem Anlaß teilen wir mit, daß wir heute, am 11. August, nochmals 7.000 Kronen für die Streikenden bewilligt haben und daß wir später noch mehr bewillligen werden. Der Arbeitgeberverband soll nicht bestimmen, wofür wir unser Geld verwenden. Und wir fordern hiermit die dänischen Gewerkschaften auf, ihren Solidaritätsverpflichtungen gegenüber den streikenden Arbeitern, die für einen Existenzlohn kämpfen, nachzukommen. – Brecht die Diktatur des dänischen Arbeitgeberverbandes!"

Bleibt nachzutragen: trotz der hohen Arbeitslosigkeit in Dänemark sind die nach Arbeitsgerichtsurteil „freien" Arbeitsplätze in der Porzellanmanufaktur bis Ende August immer noch unbesetzt geblieben ...

KB/Gruppe Flensburg
Dänemark-Kommission

Belgien

2.500 Werftarbeiter im Streik gegen Privatbullen

Die 2.500 Werftarbeiter der belgischen Boel-Werft bei Antwerpen, der zweitgrößten des Landes, standen im Mai und Juni dieses Jahres in einem Kampf besonderer Art: Durch mehrere Streiks konnten sie erreichen, daß Privatbullen, die der Kapitalist zur Bespitzelung der Kollegen angemietet hatte, nicht mehr das Werftgelände betreten dürfen.

Auf der Boel-Werft werden z.Zt. im Auftrag der belgischen Regierung zwei Begleitschiffe für die Marine gebaut. Die 150 Kollegen, die die beiden Schiffe bauen, wurden zuerst von der belgischen politischen Polizei durchleuchtet (Parteizugehörigkeit, in welches Land sie in Urlaub fahren, usw.). Am 4. Mai tauchten dann in der Abteilung, wo die Marineschiffe gebaut werden, Privat-Bullen von der „Intergarde" auf, die von den Kollegen sehr bald in „Interbande" umgetauft wurden. Diese Interbanditen kontrollierten nicht nur die Abteilung – die Kollegen konnten nur noch mit Passierscheinen hineinkommen – sondern pöbelten die Arbeiter auch an und schikanierten die Kollegen, die nur auf Sichtweite die Abteilung verliessen, diese sollten ebenfalls ihre Passierscheine zeigen. Aufgrund dieser Schikanen stellten die Arbeiter eine gewerkschaftliche Delegation zusammen, die sich an Ort und Stelle von der Situation überzeugen sollte. Als der Delegation der Zutritt verweigert wurde, legten die 150 Kollegen der Abteilung zum ersten Mal spontan die Arbeit nieder.

In den folgenden Tagen wurde immer wieder die Forderung laut, daß die „Interbanditen" das Werk verlassen sollen. Direktor Savery war aber zu keinen Zugeständnissen bereit, sowohl „Intergarde" als auch die Passierscheine blieben. Statt gleich die Vorbereitungen für einen Streik zu treffen, gaben die Gewerkschaftsführer Savery erst einmal drei Wochen Aufschub und legten einen eventuellen Streikbeginn auf den 25. Mai fest. Die aktiven Gewerkschafter organisierten während dieser drei Wochen ein Referendum, das zum Ergebnis hatte, daß 96% der Werftarbeiter zum Arbeitskampf bereit waren.

Vom 25. Mai an führten die Kollegen jeden Tag Schwerpunktstreiks und Aktionen auf der Werft und in der Stadt durch: Sketche wurden aufgeführt und Spottlieder auf die „Interbande" gesungen. Kollegen verglichen die „Interbande" mit der flämischen Miliz, die während der Nazi-Besatzung im Auftrag der SS die Fabriküberwachung durchführte. Der katholische Gewerkschafter Jan Cap, der aktiv an den Aktionen auf der Boel-Werft beteiligt war, sagte zur „Intergarde": *„(Sie) ist eine faschistische Bande. In Frankreich, bei Renault, haben sie einen Streikenden erschossen. In Vorst-Brüssel, bei Citroen, traten sie vor einigen Jahren als Schlägertruppe der Unternehmer auf. Wenn wir nicht aufpassen, steht auch uns das innerhalb kurzer Zeit bevor ...".*

Nach einigen Tagen fortwährender Nadelstichaktionen unter Beteiligung von bis zu 2.500 Werftarbeitern, teils mit Unterstützung ihrer Frauen, mußte die Direktion aufgeben: **Der Vertrag mit der „Interbande" wurde durch die Direktion gekündigt, die Passierscheine abgeschafft.** Unklar ist noch, ob nicht neue Formen der Kontrolle eingeführt werden sollen, etwa durch die Marine oder durch eine eigene „Boel-Garde". Es ist sicher nicht ausgeschlossen, daß hieraus neue Kämpfe entstehen.

(Nach: „Vrij Nederland" - eine linksliberale niederländische Zeitung –, 19.6.1976).

Ein Genosse der Bezirksgruppe Barmbek-Nord KB/Gruppe Hamburg



Ein Teil der Streikenden auf der Boel-Werft

BRD

Wohnungskämpfe um die „Rheinpreußensiedlung"

Duisburg-Homberg: In den 60er Jahren hatte der damalige Homburger Baulöwe Kun von der Rheinpreußen Zeche die Werkssiedlung billig abgekauft und dann teuer beliehen, um Wohnhochhäuser zu bauen. Nach seiner Pleite drängten die Gläubigerbanken darauf, die Häuser schnellstens abzureißen, um das wesentlich profitablere Hochhausprojekt zu starten. Durch schlechtes Instandhalten und Leerstehenlassen der Wohnungen (angeblich wegen verwahrlostem Zustand) sollten die Siedler zum Auszug gezwungen werden.

Dagegen schlossen sich die Bewohner der Rheinpreußensiedlung und des Johanneshof Anfang'75 zusammen, um so gemeinsam den Kampf gegen den Abriß der Wohnungen aufzunehmen.

- Am 8. Mai besetzten die Bewohner ein Haus, dessen Renovierung angeblich 40.000 DM kosten sollte, renovierten es und einen Tag später zog eine 9köpfige Familie ein. Sie stellten einen Wachdienst auf, um gegebenenfalls eine Räumung zu verhindern.
- Der Spaltungsversuch der Banken, die Mieten im Johanneshof zu senken, dafür aber die ganze Rheinpreußensiedlung abzureißen, wurde abgelehnt.
- Ende Mai führten sie eine Demonstration gegen den geplanten Abriß durch und forderten die Belegung aller leerstehenden Häuser.

Die SPD „unterstützt" die Mieter

Aufgrund dieser Vorfälle griff der SPD-Rat der Stadt Duisburg in diese Auseinandersetzungen ein und beschloß, vorerst keine Abrißgenehmigung zu erteilen. Kurz darauf zeigte es sich jedoch, daß es mit dem Beschluß nichts anderes auf sich hatte, als die Bewohner zu täuschen und hinzuhalten. Ein Bagger rückte an mit der Abrißgenehmigung für fünf Häuser, die im August (!) von der Verwaltung erteilt worden war. Unverrichteter Dinge mußte die Baufirma wieder abziehen, weil die Bewohner ihm den Weg zum Haus versperrten. SPD-Ratsherr Lachmann protestierte schärfstens dagegen und bezeichnete diesen Vorfall als „Skandal".

Auf welcher Seite jedoch die SPD-Regierung in Duisburg wirklich steht, zeigte sich schon am nächsten Morgen: unter starkem Polizeiaufgebot wurden die Abbrucharbeiten ausgeführt.

KB-Sympatisanten Duisburg



Die Bewohner protestieren gegen die profitorientierte Wohnraumpolitik der Banken

Behinderte ...wie im Gefängnis

Behinderte ...wie im Gefängnis

Salzgitter: In der Werkstatt für Behinderte in Salzgitter-Hallendorf herrschen katastrophale Zustände. In letzter Zeit gab es sehr häufig Beschwerden über das Mittagessen. Da es in der Großküche des Jugenddorfes (Jugendheim in Salzgitter) gekocht wird, fehlt es an sämtlichen Gewürzen und ist deshalb kaum genießbar. Hinzu kommt, daß vor und nach dem Essen gebetet wird, und dafür ist die Mittagspause zu kurz. Ebenso ist die Frühstückspause von 15 min. viel zu kurz. Außerdem wird wegen der Eintönigkeit der Getränke ein Getränkeautomat erwünscht. Manchmal kommt man sich in der Werkstatt wie in einem Gefängnis vor. Verläßt man den Gruppenraum, so fragt eine der Aufsichtspersonen, wo man hin will. Sogar wenn einer der Behinderten auf die Toilette muß, wird ein „Spion" nachgeschickt, um zu sehen, ob derjenige wirklich auf der Toilette ist, oder ob er sich nicht etwa im Umkleideraum befindet, um sich ein wenig von dem Lärm im Gruppenraum zu entspannen. Unter anderem wurde einem Praktikanten aus der Werkstatt untersagt, nach dem Feierabend, also in seiner Freizeit, einigen Behinderten in seiner Werkstatt einen Besuch zu machen. Deshalb und aus einigen anderen Gründen, verließ er vorzeitig die Werkstatt. Hinzu kommt, daß alle Praktikanten, obwohl einige von ihnen jünger sind als manche Behinderte, mit „Sie" angesprochen werden müssen. Das vertraute „DU" ist von der Werkstattleitung verboten.

Die Behinderten haben keine Arbeitsverträge und eine Interessenvertretung gibt es auch nicht. Jeder Behinderte arbeitet die ersten drei Monate umsonst, dann steigert sich der Lohn im „Förderbereich" langsam von 40,– DM über 75,– DM und 90,– DM bis 110,– DM monatlich. Erst nach einem weiteren halben Jahr kommt der Behinderte in den „Produktionsbereich". Hier liegt der Stundenlohn zwischen –,50 DM und 1,70 DM. Gearbeitet wird jeden Tag sieben Stunden (reine Arbeitszeit). Manche Behinderte wollen den Lohn auf ein Konto überwiesen bekommen und nicht weiter bar ausgezahlt wie bisher. Die Arbeit ist eintönig und langweilig. Für VW werden Schläuche zusammengesteckt, für Blaupunkt Betriebsanleitungen in Plastiktüten gesteckt und die Tüten zugeschweißt. Dabei werden die Behinderten von den Mitarbeitern ständig zu höheren Leistungen angetrieben.

Pädagogische Arbeit jeder Art fehlt völlig. Als ein Praktikant mit einer Gruppe malen wollte usw., wurde ihm das von der Leitung verboten.

Die Werkstatt-Leitung wird aufgefordert, folgende Forderungen zu erfüllen:

EINRICHTUNG EINES GEWÄHLTEN BETRIEBSRATES!
ZAHLUNG VON HÖHEREM LOHN!
OFFENLEGUNG DER ZAHLUNGEN DER AUFTRAGGEBER (VW, Blaupunkt, usw.)!

Schwache werden brutal aussortiert

Es gibt in der BRD 300 Werkstätten für Behinderte mit ca. 30.000 Arbeitsplätzen. Nach dem Schwerbehindertengesetz sollen diese Werkstätten allen Behinderten offenstehen. Man muß allerdings davon ausgehen, daß für die Behinderten sowieso schon 40.000 Arbeitsplätze fehlen.

Bisherige Voraussetzung für die Einstellung eines Behinderten ist, „ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung". Diese Anforderungen an die Werkstätten muß die Bundesregierung durch eine Rechtsverordnung festlegen. Das ist bisher nicht geschehen, stehe aber bevor.

Nach Bonner Plänen muß ein Behinderter demnächst ein Drittel der Leistung eines Nichtbehinderten in vergleichbarer Funktion erbringen (Anordnung Reha, vom 31. Juli 75).

Das wird nach sich ziehen, daß Mehrfachbehinderte und geistig Behinderte aus den Werkstätten aussortiert werden. Für sie bleiben dann nur noch Sondereinrichtungen für „Unbrauchbare."

Bezeichnend ist dementsprechend auch die Methode, mit der man die Auswahl vornehmen will. Auf einer Tagung der überörtlichen Träger in Mainz kam man zu folgendem Ergebnis: Die Behinderten sollen in einer „Eingangsstufe„ von zwei Jahren (mindestens aber einem Jahr) beobachtet werden. „Bare Leistung" soll während dieser Zeit nicht gewährt werden. Begründung: Die Behinderten sollen dadurch motiviert werden, möglichst bald die nächste Stufe zu erreichen ...

(entnommen „Zeit", Nr. 30/76 nach einem Artikel von Ernst Klee).

Arbeitsgruppe „Lage der Behinderten"

Zypern

Wahlen auf Zypern: Votum gegen die Teilung

Am Sonntag, den 5. September 76, fanden erstmals nach dem Putsch auf Zypern im Jahre 1974 wieder Parlamentswahlen statt. Gewählt wurden 35 Abgeordnete, die von den „Griechen"-Zyprern gestellt werden. Die „türkischen" Zyprer hatten ihre Mitarbeit an der Volksvertretung schon 1963 eingestellt.

Als eindeutiger Sieger ging das Bündnis „Gemeinsame Front" um Makarios hervor. Hierzu hatten sich die revisionistische Kommunistische Partei Zyperns (die Akel), die Sozialistische Partei (Edek) und die „Demokratische Front" zusammengetan. 34 Sitze konnte dieses Bündnis auf sich vereinigen. Der 35. Sitz ging an den Unabhängigen Tascos Papadopolous, der ebenfalls von der „Gemeinsamen Front" unterstützt wurde.

Keinen Sitz, aber ca. 30% der Stimmen, errang die von Glafkos Clerides angeführte „Demokratische Sammlung". 1970 errang Clerides noch mit der konservativen „Vereinigten Partei" 15 Mandate und hatte damit die stärkste Fraktion.

Die Wahlentscheidung der „griechischen" Zyprer für die Parteien, die Makarios unterstützen, bedeutet ein Votum gegen die Teilung der Insel in zwei separatistische Teile (der Griechen und Türken) und gegen das Bestreben der Imperialisten, Zypern zu einem schwimmenden Flugzeugträger der NATO machen zu wollen.

Zum anderen zeigt sie deutlich, daß der Putsch von 1973, der die Aufbrechung der bis dahin blockfreien und tendenziell antiimperialistischen Regierungspolitik und auch Makarios' Tod zum Ziel und eine mörderische Verfolgung der Antiimperialisten zur Folge hatte, nicht den für die Imperialisten durchschlagenden Erfolg gebracht hat.

Bei der von Clerides angeführten „Demokratischen Sammlung" handelt es sich um eine Koalition bürgerlicher und faschistischer Kräfte, wie Hoteliers, Geschäftsleute und Großbauern der Insel. Des weiteren sind hier die alten Junta-Anhänger untergekommen. Hinter dem „Realismus" Clerides' versteckt sich das Interesse des US- und EG-Imperialismus, die Teilung der Insel unter NATO-Hoheit so schnell wie möglich zu vollziehen, um die Blockfreiheit Zyperns und die damit verbundene antiimperialistische Bewegung zu zerschlagen. „*Mit einem Sieg des rechten Lagers in den im Sommer anstehenden Parlamentswahlen hofft er* (Clerides, d. Red.) *seinen westlichen Freunden den Beweis liefern zu können, daß die ‚kommunistische Gefahr' auch im Süden der Insel gebannt werden kann, daß mithin territoriale Zugeständnisse an die griechischen Cyprioten keine allzu riskante politische Investition darstellen*" (Im Fadenkreuz der NATO, Rotbuch-Verlag).

Anders als im türkischen Teil Zyperns, wo es Anfang des Sommers dem Erzreaktionär Rauf Denktasch gelang, die Pseudo-Wahlen zum „Präsidenten" zu gewinnen (allerdings waren auch alle tatsächlichen oppositionellen Parteien verboten worden) zeigen die Wahlen im griechischen Teil eindeutig, daß die Rechnung der Imperialisten ohne die starke antiimperialistische Bewegung unter den Griechen aufgestellt wurde.

Griechenland/Türkei-Kommission

„Sozial"faschisten ohne Maske

Die Rechtsausrichtung der SPD marschiert in vollem Galopp. Rechtzeitig vor der Bundestagswahl startete die „sozial"faschistische Fritz-Erler-Gesellschaft mit Hilfe der Springer Presse eine großangelegte Diffamierungskampagne gegen die innerparteiliche „Linke": Sie warnten im Strauß-Stil vor der angeblichen „Unterwanderung der SPD" von links und vor den Kräften, die auf „Volksfrontkurs" steuerten und forderten zum härteren Vorgehen gegen die SPD-„Linke" auf. Das ganze wurde durch eine gezielte „Indiskretion" bekannt, das heißt Springers „Welt" stellte in ihrer Sonnabends-Ausgabe (11./12.9.76) einen Brief vor, den der stellvertretende Vorsitzende der Erler-Gesellschaft, der Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber, an Franz-Josef Strauß geschrieben hatte, und der an den persönlichen Referenten von Strauß, Dr. Voss, ein langjähriger Freund Webers, adressiert war. In diesem Brief bittet Weber die CDU/CSU, *„ihren Slogan 'Freiheit oder Sozialismus' im Wahlkampf noch besser herauszustellen. Vor allem müsse der Bevölkerung durch Beispiele deutlicher gemacht werden, wie sehr gerechtfertigt diese Alternativ-Aussage sei"* („Welt", 11./12. Sept. 1976). Wörtlich schrieb Weber: *„Ein wichtiges Argument scheint mir bei der CDU/CSU nicht mehr ausreichend eingesetzt zu werden: die Sozialismus-Gefahr. Viele alte SPD-Wähler sind in Sorge um die linke Unterwanderung ihrer Partei. Die Gegenüberstellung von Freiheit und Sozialismus beeindruckte und stimmte nachdenklich. Deshalb müßte seitens der CDU/CSU unaufhörlich erklärt werden, daß Teile der SPD ... auf Volksfrontkurs steuern und die ursprünglich freiheitlich eingestellte Partei von Schumacher über Reuter bis Erler unterwandert haben"* (ebenda). Wie die „Welt" weiter schreibt, erteilte Weber Strauß den Ratschlag, es müßten *„ihrersetis auch in Fernsehdiskussionen Beispiele aufgeführt werden. Linksradikale und Volksfrontanhänger gibt es in großer Zahl. Zitate dieser Systemveränderer müssen genannt werden. München, Frankfurt, Kiel unter anderem liefern genug Beweise. Der Bonner SPD-Bezirksvorsitzende Rudolf Maerker war zur Weltfriedenskonferenz in Moskau, angeblich nur als privater Beobachter. Die „Prawda" lobte ihn am 2.6.76 namentlich ... Er setzte eine gemeinsame Liste mit kommunistischen Gruppen bei den letzten AStA-Wahlen durch ...*

In Frankfurt beteiligten sich Mitglieder des Parteivorstandes an Veranstaltungen des 'Sozialistischen Büros Offenbach'. ... Der letzte Juso-Kongreß in Solingen, der Volksfrontaufruf Bremer und Marburger Professoren in der SPD, Steffen und Juso-Äußerungen in 'das da' sind überzeugende Belege (!) für die These 'Freiheit statt Sozialismus' und sollten immer mitgenannt werden, sonst wird die Parole einfach als Propaganda abgetan" (ebenda).

Webers Brief zeigt, wie er seine Ankündigung *„wir wollen alle gemäßigten Kräfte mobilisieren, um den Einfluß der Extremisten auszuschalten"* („Frankfurter Rundschau", 5.4.76) gemeint hat. Sein Gesinnungsfreund Strauß wird ihm für diese Tips als Wahlkampfhilfe sicher dankbar sein.



Dem „Sozial"faschisten Weber und seiner Mannschaft, die sich wie nicht anders zu erwarten voll hinter Weber gestellt hat, ist die derzeitige SPD-Führung zu schlapp bei der „Radikalen"hatz und -verfolgung; und das trotz mehreren hundert Parteiordnungsverfahren seit den Münchener Antikommunismusbeschlüssen der SPD im Jahre 1971. So gesehen ist das ganze Brief-Manöver, kurz vor den Bundestagswahlen, insbesondere aber die Weber-Äußerung *„ich schätze, daß ein gutes Drittel unsere Mitarbeiter* (das sind fast 1.000 Reaktionäre – Anm. AK) *nicht SPD wählen wird"*, als Warnung und Drohung an den SPD-Parteivorstand zu verstehen, bei dem innerparteilichen Terror einen Zahn zuzulegen. Wie die „Welt" vom 11./12.9.76 schreibt, *„ hofft die Erler-Gesellschaft nun wohl auf eine indirekte Unterstützung ihres Anliegens durch die Union."*

Deren Reaktion ließ erwartungsgemäß nicht lange auf sich warten. Sie *„forderte die SPD auf, endlich die von der Fritz-Erler-Gesellschaft vorgelegte Dokumentation über die Volksfrontbestrebungen innerhalb der Partei zu veröffentlichen"* („Welt", 17.9.76).

Auch die Führung der SPD reagierte: *„Vor einer offiziellen Stellungnahme (müsse) das bei der Braunschweiger SPD gegen Weber eingeleitete Feststellungsverfahren abgewartet werden"* („FR", 17.9.76). In einem solchen Verfahren wird erst einmal geklärt, ob überhaupt ein Verstoß gegen die Parteiordnung vorliegt oder nicht!

Die zuständige niedersächsische SPD-Führung ist jedoch so sehr mit dem Wahl kampf beschäftigt, das *„es nicht sinnvoll (erscheine), daß...eingeleitete Parteiverfahren gegen Weber zu forcieren und noch vor dem Wahltag zur Entscheidung zu bringen"* (ebenda). Damit ist offensichtlich, das die Fritz-Erler-Gesellschaft die volle Rückendeckung von Schmidt, Brandt und Co. hat!

Ein altes Sprichwort sagt: Sage mir, mit wem du gehst und ich sage dir, wer du bist.
Die Fritz-Erler-Gesellschaft geht mit Strauß...

SPD-Kommission

Drei Ausschlußverfahren in Winsen

Drei Mitgliedern der Winsener SPD wird vorgeworfen, durch ihre Unterschrift auf einer Wahlvorschlagliste der DKP *„der Gemeinschaft der Sozialdemokraten Schaden zugefügt und sich selbst* (?!) *ausgeschlossen"* zu haben („HAN", 13.9.76).

Der Ortsvereinsvorsitzende Eggers formulierte das Vorgehen noch schärfer: *„Wir werden es nicht zulassen, daß die Parteimitglieder durch ein derartiges Verhalten verunglimpft werden. Es ist anzunehmen, daß diese Personen die SPD für eine gewisse Schutzfunktion benutzt haben. Darüberhinaus bleibt uns unverständlich, daß dieses Handeln an die Öffentlichkeit getragen worden ist. Hier waren Gruppen am Werk, die uns schaden wollten."* („HAN", 13.9.).

Den so diffamierten Demokraten ging es bei dieser Unterschrift darum, ihre Grundrechte auszuüben, indem sie dafür eintraten, daß in der heutigen politischen Auseinandersetzung ein breites Parteienspektrum erhalten bleibt.

Eine Woche, nachdem die drei SPD-Mitglieder unterschrieben hatten, erhielten sie einen Brief mit der Aufforderung, die Mitgliedsbücher abzugeben. Die SPD sehe ihrerseits die Angelegenheit dann als erledigt.

Als innerhalb der gesetzten Frist die Mitgliedsbücher nicht abgegeben wurden, leiteten die SPD-Bürokraten eine Woche später das Parteiausschlußverfahren ein.

Im „Winsener Anzeiger"(WA) wurden, um die Einschüchterung in der Kleinstadt besonders wirkungsvoll zu machen, bereits vor dem offiziellen Ausschluß die vollen Namen mit Berufsbezeichnung genannt. Es sind Lehrer dabei, die auf Grund dieser Sache in der nächsten Zeit mit scharfen Sanktionen seitens der Schulbürokratie (Niedersachsen – CDU-regiert), wenn nicht sogar mit Berufsverbot rechnen müssen.

Am übelsten wird einer offensichtlich mißliebigen SPD-Ratsherrin mitgespielt, indem sie in direkten Zusammenhang mit den Parteiausschlüssen gebracht wird: *„Übel vermerkt wird auch, daß das frühere SPD-Mitglied Sonderschullehrer Alfred Müller, Ehemann von SPD-Ratsherrin Antje Müller, ebenfalls zu diesemKreis gehören soll"* („WA", 13.9.).

Bei ihrem innerparteilichen Terror ziehen die SPD-Führer bis hin zur Sippenhaft alle Register.

Bezirksgruppe Harburg
KB/Gruppe Hamburg

Fünf SPD'ler vom Ausschluß bedroht

Baden-Württemberg: Mit derselben Begründung wie im Falle der Winsener SPD-Mitglieder sollen weiter fünf SPD-Mitglieder in Baden-Württemberg aus der Partei ausgeschlossen werden. *„Ihnen wird vorgeworfen, Unterschriften für Wahlvorschläge der DKP geleistet zu haben"* („Extra-Dienst", 17.9.76). Mit Recht hebt der „Extra-Dienst" hervor: *„Die Parteiverfahren der SPD-Führung machen deutlich, daß in zahlreichen Orten in der BRD das gesetzlich garantierte Wahlgeheimnis verletzt wurde, da auch die Unterschriftenlisten diesem besonderen Schutz unterliegen"* (17.9.76).

SPD-Kommission

Hamburger Jusos dürfen ihren Wahlaufruf nicht veröffentlichen

Während die CSU-Freunde in der SPD überall ungehindert und mit voller Unterstützung durch den Parteivorstand agieren können, wird die Partei-„Linke" überall im Wahlkampf schikaniert. Der Hamburger SPD-Landesvorstand genehmigte den Jusos ein Wahlaufruf-Flugblatt und eine Broschüre nicht. Sie fielen der Zensur zum Opfer. Die SPD-Führer 'beanstandeten' *„man könne doch nicht in einem Wahlaufruf zur Veränderung der SPD auffordern und das Wort Berufsverbote dürfe nicht gebraucht werden"* („Sozialistische Korrespondenz", 1. Sept.-Ausgabe 1976).

Seitdem die Bundesregierung die provokatorische Linie *„Es gibt keine Berufsverbote"* ausgegeben hat, wird gegen alle die, die das Wort Berufsverbote auch nur im Munde führen, heftig geschlagen.

Bleibt noch hinzuzufügen, daß die Jusos – wie sollte es anders sein – in ihrem Wahlaufruf allerlei Unsinn über den Charakter der SPD verbreiten wollten (*„Nur durch einen Sieg der SPD kann der Weg zu einer neuen demokratisch-sozialistischen (?!) Gesellschaftsordnung offengehalten werden"*) auf eine Kritik der reaktionären SPD-Regierungspolitik weitgehend verzichteten usw. Aber das hat ihnen auch nichts genützt. – Heute Juso zu sein ist schon ein schweres Brot!

hat ihnen auch nichts genützt. – Heute Juso zu sein ist schon ein schweres Brot!

SPD-Kommission

SPD-Bilderstürmer in Norderstedt

Auf einem „Sommerfest" der Norderstedter Jusos ordnete der SPD-Bürgermeister Embacher an, einige aufgehängte Staeck-Plakate sofort zu entfernen. Nach der Weigerung der Anwesenden schickte dieser Herr seinen Vertreter, einen CDU-Mann, und die Kulturbeauftragte der Stadt. Die beiden drohten mit einem Knüppeleinsatz der Polizei, was aber seine
und die Kulturbeauftragte der Stadt. Die beiden drohten mit einem Knüppeleinsatz der Polizei, was aber seine
Wirkung auf die Jusos verfehlte, wußten sie in diesem Falle doch auch die angereiste SPD-Prominenz (Minister Bahr etc.) hinter sich – die Plakate blieben hängen.

Bürgermeister Embacher stellte sich nach dieser Provokation *„zu einem Gespräch mit dem SPD-Vorstand zur Verfügung"* („Sozialistische Korrespondenz", 1.Sept. Ausgabe 1976). Was dabei herausbrät, kann man sich denken ... Embacher hat etliche Freunde: Schon zweimal hat der Norderstedter SPD-Magistrat Staeck-Ausstellungen in städtischen Räumen verhindert.

SPD-Kommission

Zwei SPD-Mitglieder ausgeschlossen

Oldenburg: ...*„weil sie eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten befürwortet hätten"*, wie es hieß (zit. nach „die tat", 27.8.76). Weitere fünf Sozialdemokraten, denen ähnliche „Vorwürfe" gemacht wurden, sind ihrem Ausschluß durch Austritt zuvorgekommen.

SPD-Kommission

Modernisierungsgesetz - gegen die Mieter

Ende Juli hat der Bundesrat dem lange umstrittenen „Modernisierungsgesetz" zugestimmt, damit tritt es am 1.1.77 in Kraft. Dieses Gesetz soll die Modernisierungsprogramme von Bund und Ländern vereinheitlichen und ablösen.

Die ersten Entwürfe versprachen noch einschneidende Verbesserungen, von denen die Mieter nur träumen konnten:

Der Eigentümer sollte verpflichtet werden, Mängel an einer Wohnung zu beseitigen, Wohnräume sollten nicht überbelegt werden dürfen (min. 10 qm pro Person). In bestimmten Gebieten sollte Zweckentfremdung durch profitträchtigere Büronutzung o.ä. verboten sein, genauso wie Leerstehenlassen und Abbruch. Die Behörden sollten Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Umbaugebote erlassen dürfen und Eigentümer zur Vermietung leerstehender Wohnungen an Bedürftige zwingen können.

Wie zu erwarten war, sind CDU und Haus- und Grundbesitzerverband gegen diese von den Mietern seit langem erhobenen Forderungen Sturm gelaufen – was dabei herauskam, ist mal wieder eine „Reform" à la SPD, die sie als „Kompromiß" zu bezeichnen wagt.

Tatsächlich sind aber ehemals mieterfreundliche Inhalte in ihr Gegenteil verkehrt worden: alle o.g. Verbesserungen sind gestrichen, gleichzeitig wurden den betroffenen Mietern aber auch ihre wenigen noch vorhandenen Rechte genommen. Nicht umsonst nennt Wohnungsbauminister Ravens das Gesetz *„ein äußerst attraktives Angebot an alle Wohnungseigentümer"* („FR", 9.7. 75).

Das zeigt sich dann auch deutlich genug:

Von allen bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten für eine Mieterhöhung durch Modernisierung ist die übernommen worden, die für die Mieter am ungünstigsten ist: Einheitlich dürfen 14 % der Modernisierungskosten jährlich auf die Miete umgelegt werden, was Mietsteigerungen bis 200 % bedeuten kann.

Hausbesitzer, die ihren Altbau jahrelang verkommen ließen, werden jetzt noch dafür belohnt: Kosten für Instandsetzungsmaßnahmen zahlt der Staat. Diese Kosten dürfen zwar nicht auf die Miete umgelegt werden, aber oft genug kann niemand zwischen Modernisierung und Instandsetzung unterscheiden, besonders, wenn die Rechnung noch ein bißchen frisiert wird.

Weiterhin muß der Mieter die Investitionswillkür der Hausbesitzer, d.h. den Umfang der Modernisierung und damit das Ausmaß der Mietsteigerung dulden. Hier waren die Gerichte bislang oft anderer Meinung. Das Gesetz stellt nun fest, daß die Mieter ihre *„persönlichen Interessen zurückstellen"* (§ 24) müssen, das betrifft ausdrücklich *„finanzielle Auswirkungen der Modernisierung"*.

Diese „Duldungspflicht" gilt nur für Mieter, die in den zweifelhaften Genuß einer staatlich geförderten Modernisierung kommen. Die besonders hausbesitzerfreundliche CDU machte daher ihre Zustimmung zum Gesetz u.a. davon abhängig, daß diese Pflicht 1978 (nach der vorgesehenen Erhöhung des Wohngeldes) auch auf die Modernisierung aus Eigenmitteln erweitert wird, was der Hausbesitzerwillkür dann Tür und Tor noch weiter öffnet („SZ", 30.7.76).

Das einzige „Recht" der Mieter: Sie dürfen ausziehen, wenn sie die Wuchermieten nicht bezahlen können.

Das Gesetz nennt ein paar minimale soziale Sicherungen: z.B. dürfen nach einer staatlich geförderten Modernisierung die Mieten *„nicht wesentlich"* (?) über den Anfangsmieten des sozialen Wohnungsbaus liegen (in Hamburg immerhin z. Zt. stolze 5,50 DM); neu einziehende Mieter dürfen nur über ein begrenztes Einkommen verfügen, weiterhin werden die erhöhten Mieten 9 Jahre lang heruntersubventioniert.

Das alles paßt den Hausbesitzern wenig. Daher ist in das Gesetz von vornherein eine Möglichkeit eingebaut, es „legal" zu umgehen:

Wenn den Eigentümern wieder einmal durch „Konjunkturprogramme" Millionen in den Rachen geworfen werden, gelten diese geringen Vorteile nicht, außerdem brauchen die Hausbesitzer diese Gelder bei der Mieterhöhung nicht anrechnen, sondern dürfen von den Mietern noch einmal kassieren! Wie häufig das geschehen wird, zeigt die Tatsache, daß 1974 bis 76 vom Staat lediglich 576 Mio. für Modernisierungsförderungen, aber 838 Mio. für mieterfeindliche Modernisierung im Rahmen der Konjunkturprogramme ausgegeben wurden.

Neben den teilweise horrenden Mieterhöhungen werden die Mieter noch mit anderen Begleiterscheinungen der Modernisierung konfrontiert Viele Altbaumieter haben ihre Wohnungen in Eigeninitiative mit Heizung, Bad usw. ausgestattet. Oft werden diese Einrichtungen vom Eigentümer im Zuge der Modernisierung herausgerissen („Duldungspflicht") und durch neue Geräte ersetzt, deren Einbau dem Hausbesitzer die Möglichkeit zu einer noch drastischeren Mieterhöhung gibt.

Neben der endgültigen Mietfreigabe der Altbauwohnungen wird besonders das zunehmende Geschäft mit der Modernisierung die Lage der Mieter verschärfen.

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Juso-Roth: Total auf den Hund gekommen

Der frühere Juso-Vorsitzende Wolfgang Roth hat für seine treuen Dienste von der SPD-Führung einen Wahlkreis in Nordbaden (Ettlingen-Pforzheim) zugeschanzt bekommen. Selbstverständlich ohne vorheriges Befragen der SPD-Basis. Den Wahlkampf, den Roth führt, kann man nur als die primitivste Leuteverarschung bezeichnen. Die ganze Gegend ist mit der sinnigen Parole: *„Lieber ROTH als farblos"* plakatiert; Grillfeste und Biergelage ersetzen jeden Schein politischer Auseinandersetzung. In den Mitteilungen der Gemeinde Karlsbad heißt es zu einem dieser Grillfeste:

„Zum gemeinsamen Grillfest der Ortsvereine Waldbronn und Karlsbad am vergangenen Samstag in Ittersbach war Wolfgang Roth ebenfalls gekommen. Bereits im Oldtimer-Straßenbahnwagen, der die Gäste vom Albtal und aus Karlsbad zum Grillplatz beförderte, begrüßte Wolfgang Roth jeden Einzelnen. Eine kleine Blaskapelle unterhielt die Gäste auf dem Weg nach Ittersbach, den die Bahn wegen des großen Andrangs öfter als geplant fahren mußte. Am Grillplatz wartete dann ein kleiner Vergnügungspark mit Torwand, Spielen für die Kinder und anderen Unterhaltungen für die Gäste. Denn nicht Politik war an diesem Nachmittag die Hauptsache, sondern die Unterhaltung und das Kennenlernen der Genossen aus Waldbronn und Karlsbad. Deshalb hielt Wolfgang Roth auch nur eine kurze Begrüßungsrede, die er mit dem neuen Slogan ,Kohl bleibt Kohl und Schmidt bleibt Kanzler' unter dem Beifall aller Anwesenden beendete. Noch lange nach Einbruch der Dunkelheit lief dieses gelungene SPD-Fest weiter, ehe der Oldtimerwagen auch die, die etwas zu oft und zu tief ins Glas geschaut hatten, sicher an ihren Heimatort zurückbrachte." Juso Roth konnte man auf allen Vieren auf dem Parkplatz herumkriechen sehen.

Als nächstes wurde dann für den 11.9.76 eine SPD-Veranstaltung in Keltern angekündigt mit dem Slogan: „Freibier statt Rheumatismus". Auch dieser Schwachsinn wurde in allen umliegenden Orten groß plakatiert.

Sympathisanten des KB in Karlsruhe

AVP Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ...

Nachdem der Bundeswahlausschuß Anfang September die Kandidatur der AVP in den drei Bundesländern Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg zurückgewiesen hatte, hat die AVP inzwischen insgesamt ihre Kandidatur zu den Bundestagswahlen zurückgezogen.

Damit zieht auch die AVP die Konsequenz , die vor ihr schon die anderen Ansätze einer „4. Partei" – wie die Deutsche Union, die Deutsche Soziale Union und sie selbst bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg Anfang 1976 – gezogen hatten. Lediglich der Bund Freies Deutschland hatte 1975 in Westberlin kandidiert und mit weniger als 4% den Einzug in das Abgeordnetenhaus nicht geschafft. Mittlerweile hat sich der BFD in eine unbedeutende Partei und eine „Sammlungsbewegung" (u.a. mit Löwenthal) gespalten.

Es ist zu erwarten, daß zumindest wesentliche Teile der AVP in nächster Zeit offen zur Wahl der CDU/CSU aufrufen werden.

Wahlfälschung und ähnliche kriminelle Praktiken

Im Zusammenhang mit der Kandidatur der AVP waren deren kriminelle Praktiken deutlich geworden:

– In Rheinland-Pfalz ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die AVP wegen Wahlfälschung, Wählertäuschung und Urkundenfälschung. Die AVP hatte dort ein Werbeunternehmen mit dem Sammeln der zur Kandidaten-Zulassung notwendigen Unterschriften beauftragt. Die Unterschriften (in diesem Fall ca. 800) wurden von diesem Institut unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nichtsahnenden Bürgern abgeluchst oder gleich selbst gefälscht („Frankfurter Rundschau", 31.8.76).

– In Baden-Württemberg kam der Bote der AVP mit der Unterschriftenliste merkwürdigerweise fünf Minuten zu spät zum Wahlleiter – die Liste war deshalb ungültig;

– In Hamburg waren überhaupt zuwenig Unterschriften gesammelt worden.

Insbesondere die Vorwürfe der Fälschung sind der bisherige Höhepunkt im Auftreten dieser Partei, die in ihren Reihen alte und neue Faschisten, faschistische Kriminelle wie Rieger und Metzger, und ähnliche Kräfte gesammelt hatte.

Schon vorher politisch erledigt

Offiziell gibt die AVP als Grund für den Wahlverzicht die Nicht-Zulassung in den drei Bundesländern an; wegen dieser Entscheidung des Bundeswahlausschusses will sie die Wahl überhaupt anfechten.

Der wirkliche Grund für diese Schmierenkomödie liegt aber darin, daß die AVP ihre politische Rolle schon ausgespielt hatte, bevor sie überhaupt begonnen hatte, ihre Unterschriften zu sammeln.

Ihre Funktion hatte vor allem darin bestanden, den inneren Ausrichtungsprozeß der CDU auf die StrauSS-Linie zu beschleunigen; dazu stellte sie die von StrauSS des öfteren ausgesprochene Bedrohung als „CSU auf Bundesebene" dar, in gewissem Sinn den Mantel, in den StrauSS und seine Anhänger im Bundesgebiet schlüpfen könnten, falls er sich in der Union nicht durchsetzen sollte. Darüber hinaus hat die AVP versucht, ein gewisses Wählerpotential, vor allem den reaktionären, nichtklerikalen Mittelstand, anzusprechen und für ein Bündnis mit der CSU zu gewinnen.

Andere Versuche, etwa rechte Teile aus der SPD herauszulösen, wie sie vor allem der BFD unternommen hatte, waren der AVP kaum gelungen.

Mit dem Sieg der StrauSS-Linie auf dem Hannoveraner Parteitag war die Aufgabe der AVP erfüllt; ihr weiteres Auftreten ist im wesentlichen nur noch als der Versuch rechtsradikaler Möchtegern-„Politiker" anzusehen, ihre eigenen Karriere-Süppchen weiter zu kochen.

Ende August forderte StrauSS die AVP zum Wahlverzicht auf, nachdem er die ganze Zeit vorher keine eindeutige Stellungnahme zur AVP abgegeben hatte.

Plötzlich sind alle auf Distanz ...

Wie auf Kommando haben sich in den letzten Wochen alle bisherigen Befürworter einer „4. Partei" von der AVP distanziert und sie zum Wahlverzicht aufgefordert. So schreibt z.B. just Gerhard Löwenthal, einer der rührigsten Trommler für eine „StrauSS-Partei" und BFD-Mitglied, in der August-Ausgabe des „Deutschland-Magazins" der rechtsradikalen Deutschland-Stiftung: *„Die Verantwortlichen der AVP begehen einen historischen Fehler, wenn sie ihr Vorhaben, sich an der Wahl zu beteiligen, weiterverfolgen ..."*. Obwohl er die *„honorigen Motive der Gründer und Freunde"* zu schätzen weiß, hält er der AVP vor, sie *„dient zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur denen, die ein Interesse am Sieg sozialistisch orientierter Kreise haben, ob sie nun in Bonn oder gar weiter östlich sitzen"*.

Der Faschist William S. Schlamm, der die „4. Partei" seit Jahren propagiert, spricht in der neuesten Ausgabe der „Zeitbühne" (deren speziell auf die Schüler-Union zugeschnittene Ausgabe „S" von AVP-Chef Dietrich Bahner mitherausgegeben wird!) sogar von *„leichtfertiger Aktion"*, *„absurder Lächerlichkeit ..., die sie von Anfang an verdient hat"* und der *„kindischen Konsequenz"*, diesen *„politischen Homunkulus"* überhaupt gegründet zu haben!

Die AVP – so Schlamm – sei eben nicht die **„echte, die organische vierte Partei"**. Diese „echte" Partei sei allein die bundesweite CSU unter dem Führer, *„unserem Franz Josef Strauss"*, und ihre Gründung sei bei einer Wahlniederlage der CDU/CSU sofort anzupacken.

Aus dem kläglichen Ende der AVP den Schluß zu ziehen, das Konzept der „Vierten Partei" sei zu den Akten zu legen, wäre sicherlich falsch. Nach wie vor ist die „bundesweite CSU" eine unter mehreren Möglichkeiten der Reaktion. Die jetzige AVP hat lediglich klar gemacht, daß ein solches Unternehmen schwerlich anders als unter der Federführung von StrauSS und Kumpanei möglich wäre.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschistischer Terror in Lüneburg

Am 11. September, dem Jahrestag des chilenischen Putsches, hielt die NPD eine Wahlveranstaltung mit ihrem Vorsitzenden Mußgnug in Lüneburg ab.

Eine Aktionseinheit von GIM und KB verteilte dagegen ein Flugblatt, um zu Protestkundgebungen vor der Veranstaltung zu mobilisieren.
Unserem Aufruf folgten ungefähr 150 Menschen.

Im Anschluß an die Protestkundgebung zogen etwa 70 Antifaschisten geschlossen in die Kellerräume des provisorischen Jugendzentrums, um über den Abend zu diskutieren. Hier begannen die Faschisten nun, verstärkt durch 20 bis 30 Mann einer Reise-Schlägertruppe der JN/NPD einen echten Terror gegen uns zu entfachen. Nach einem vergeblichen Versuch, in die Kellerräume einzudringen, begannen sie, die Fensterscheiben zu zerschlagen und sprühten Tränengas in den Raum.

Inzwischen war auch die NPD-Veranstaltung beendet und etwa 40 bis 50 aufgeputschte Schläger besetzten – mit offensichtlicher Billigung der Bullen, die ständig auf und ab fuhren – die beiden einzigen Ausgänge des Hofes.

Als schließlich (etwa nach einer Stunde) die Antifaschisten unter dem „Schutz" von zwei Bullen den Keller verlassen konnten, wurden sie von den aufgehetzten Faschisten mit dem Schlachtruf: „Rotfront verrecke!" empfangen.

Auch dabei gaben sich die Bullen keine Mühe, ihre Sympathie für die Faschisten zu verbergen. Die Bullen verdrückten sich dann auch schnell wieder, und die Faschisten „begleiteten" den Zug.

Im Bewußtsein ihrer momentanen Überlegenheit führten sie sogar „Leibesvisitationen" durch, pickten sich einzelne „zum Merken" raus und drohten offen mit ihren Schlaginstrumenten u.a. Schlagringen und Ketten, Handschellen, Messer und Stöcken. Mit Sprüchen wie: „Wir sind reinrassig, wir dürfen das!" oder „Das ist ja wie mit den Juden in Dachau: vergasen!" und dem Gröhlen faschistischer Lieder zeigten sie unverhohlen, wo ihre Ziele liegen. Einige von uns bedrohten sie mit Messern und Sprüchen wie: „Wollen wir sie zusammenschlagen? Ist doch so schön dunkel hier!" Erst als es etwas heller und belebter wurde, verzogen sich die braunen Ratten, nicht ohne vorher zu drohen, den Jugendzentrumsraum kurz und klein zu schlagen.

Insgesamt kann man sagen, daß diese Aktion erneut gezeigt hat, daß in Lüneburg eine große Bereitschaft zu antifaschistischem Protest besteht, was die hohe Zahl der Protestierenden zeigt. Andererseits zeigt sich, daß unser gewaltloses Verhalten gegenüber den Faschisten diese keineswegs mäßigt, sondern zu immer dreisteren Übergriffen ermuntert. Da die NPD in Lüneburg nur über eine kleine und schwache Truppe verfügt, haben die reisenden Schlägertrupps genau wie seinerzeit die SA die Aufgabe, durch ihr gezielt massives Auftreten die Antifaschisten am Ort einzuschüchtern und zu demoralisieren. Um diesem Vorgehen ein gemeinsames antifaschistisches Bündnis entgegensetzen zu können, haben folgende Gruppen: KB Lüneburg, Mitglieder des AKJZ Mitglieder des Berufsverbotekomitees und GIM ein gemeinsames Flugblatt dazu herausgegeben und zu einer Auswertungsveranstaltung aufgerufen.

Außerdem wurden gegen die Schläger Anzeigen erstattet.

Wir schlagen vor, in Lüneburg ein antifaschistisches Aktionskomitee zu bilden, um dem braunen Terror bei allen Gelegenheiten möglichst einheitlich und geschlossen entgegenzutreten.

Der KBW (der nicht zu der Protestkundgebung aufgerufen hatte) hat auch hier wieder ausdrücklich ein einheitliches Vorgehen abgelehnt. Weiter wurde abgelehnt, die Nazi-Provokation überhaupt bekannt zu machen, denn dies mache "die Menschen wehrlos", würde nur Angst einjagen.
Entsprechend rief dann der KBW zu einer eigenen Spalter- und Parteiladenveranstaltung auf. Auf die konkreten Ereignisse ging er im Aufrufflugblatt in 5 (!) Zeilen ein, (obwohl immerhin 6 seiner Mitglieder dabei waren), verantwortlich für die Niederlage wurde selbstverständlich der KB gemacht.
Daß sie mit diesem Schmutzpapier keinen Stich bei den Lüneburger Antifaschisten bekamen, zeigte die Veranstaltung: Es kamen 8 KBW'ler und 1"Kontakt"! Für die spalterische KBW-Linie ein weiterer Schritt in den Sumpf, in dem sie schon bis zum Hals stecken.

KB-Gruppe Lüneburg

Wachsender Widerstand gegen NPD

Wanne-Eickel: Im Rahmen ihres Bundestagswahlkampfes versucht die NPD offenbar gezielt, in Wanne-Eickel ein Bein an den Boden zu bekommen. Zunächst hatten sich die Faschisten darauf beschränkt, ihre Propaganda auf Handzetteln zu verbreiten („Laßt Hess frei", „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" usw.). Dann begann die NPD mit einer Kundgebungsserie, die vom SPD-Stadtrat natürlich ohne Umstände genehmigt wurde.

Beim ersten Mal gelang es den Faschisten noch weitgehend ungestört, ihren braunen Dreck unter der Bevölkerung zu verbreiten. Lediglich eine Handvoll Antifaschisten brachte ihren Protest zum Ausdurck.

Am 24. 8., bei ihrem zweiten Auftritt, sah sich die ca. 10-köpfige NPD-Wahlkampftruppe dann 30 Antifaschisten gegenüber, die mit Trillerpfeifen und antifaschistischen Parolen die NPD-Kundgebung weitgehend stören konnten. Ebenfalls mit von der Partie war der KBW. Als die KBW'ler ein Transparent entrollten, stürzten die Faschisten sich auf die KBW'ler, um das Transparent zu zerstören. Bei der darauf folgenden Schlägerei, wo die Faschisten eindeutig den Kürzeren zogen, schritten die Bullen, die sich bis dahin im Hintergrund gehalten hatten, erstmals ein, um die Antifaschisten abzudrängen.

Die Faschisten durften ihre Kundgebung ungehindert fortsetzen. Kurz darauf wurde ein Genosse festgenommen, nach Waffen durchsucht, zur Wache transportiert und verhört. Angeblich hatte er ein Ei (!) auf die Nazis geworfen. Die NPD-Schläger kamen natürlich besser davon: Lediglich zwei mußten ihre Personalien vorzeigen, wurden aber sofort wieder freigelassen. Die NPD wußte sich zu revanchieren: Ausdrücklich bedankte sich der Redner bei der Polizei für ihren Einsatz!

Bei der Kundgebung am 4. 9. sah sich die NPD dann knapp 100 Antifaschisten gegenüber, die ihren Protest lautstark zum Ausdruck brachten. Unorganisierte Antifaschisten aus Wanne-Eickel und der Kommunistische Bund hatten in einem gemeinsamen Flugblatt dazu aufgerufen; in größerer Anzahl erschienen waren aber auch Falken und SDAJ'ler. Die Faschisten – geschützt durch ein großes Polizeiaufgebot – mußten nach einer halben Stunde wieder unverrichteter Dinge abziehen!

Die NPD will ihre Kundgebungsserie trotzdem fortsetzen. Für den 18. 9. hat sich sogar der NPD-Bundesvorsitzende Mußgnug angekündigt. Die Wanne-Eickler Antifaschisten werden sich dagegen zur Wehr setzen. Darüber hinaus wird es jedoch darauf ankommen, **die erreichte Mobilisierung nicht verpuffen zu lassen, sondern die gegen die NPD erreichte Zusammenarbeit zu vertiefen und für die Aufnahme eine fortschrittlichen Politik am Ort insgesamt zu nutzen. Ein erster Schritt in diese Richtung kann die gemeinsame antifaschistische Veranstaltung sein**, die ca. 20 Linke aus Wanne-Eickel (Unorganisierte, KB) am 11. 9. beschlossen haben.

KB-Genossen aus Wanne-Eickel

Hamburger Polizei NPD befiehl, wir folgen Dir!

Vier Wochen nach einem mißglückten Versuch, am Bahnhof Wandsbeker Chaussee zu landen, versuchte es die NPD erneut. Diesmal im Gewande militärisch gekleideter Jungfaschisten der Jungen Nationaldemokraten.

Den linken Zeitungsverkäufern vom Wandsbeker Markt (AK und „KVZ") gelang es, Passanten auf die Provokation aufmerksam zu machen und eine Verbreitung der faschistischen Schmierblätter fast vollständig zu verhindern.

Als der Faschistenstand isoliert war, holte die NPD die Polizei. Auf Befehl des NPD-Führers jagten erst eine, dann mehrere Streifenwagenbesatzungen der berüchtigten Revierwache 50 die jungen Antifaschisten. Nach Angaben der Polizei fühlte sich die NPD „bedroht" und wollte die Personalien der Antifaschisten haben! Dieses Geschäft besorgte die Polizei anstandslos. Nach kurzer Personalienfeststellung auf der Wache wurden die drei Festgenommenen wieder freigelassen.

Die drei Festgenommenen und einige Passanten und Zeugen haben vereinbart, gegen den Polizeieinsatz Anzeige zu erstatten. Dabei spielt keinesfalls die Illusion eine Rolle, daß doch einmal die eine Krähe der anderen ein Auge aushackt. Es ist aber wichtig, den Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch und polizeistaatlicher Praxis auszunutzen und die staatlichen Organe zu zwingen, offen Farbe zu bekennen.

BO Wandsbek/Billstedt
KB/Gruppe Hamburg

„Neue Ordnung" – eine Filiale der NPD

In Kiel sind im August und September wiederholt Faschisten unter dem Namen „Neue Ordnung / Arbeitskreis für deutsche Politik" aufgetreten. Im Kopf der Flugblätter war die faschistische „Odalsrune" und das Zeichen der westeuropäischen „Neuen Ordnung"-Gruppen (ENO = „Europäische Neuordnung") zu sehen. Dazu gehören u. a. die in Italien verbotene Terroristen-Bande „Ordine Nuovo" (auf deren Konto zahlreiche Bombenanschläge und andere Mord-Aktionen kommen), die französische „Schwester"-Bande „Ordre Nouveau", der österreichische „Bund Volkstreuer Jugend" (BVJ); in der BRD unterhalten zahlreiche faschistische Grüppchen und Banden Kontakte zur ENO-Zentrale in der Schweiz und zu den angeschlossenen Organisationen.

Eines der „Neuen Ordnung"-Schmierblätter wurde am 4. September in Kiel-Gaarden bei einem Wahl-Einsatz der NPD verteilt! Darin wurde offen die faschistische „Euthanasie" (Ermordung von „Nicht Lebenswertem") propagiert, indem der CDU vorgeworfen wurde, sie betreibe *„die Pflege des Schwächlichen, nicht lebensfähigen, statt natürliche Auslese"*!

Ein anderes Flugblatt der „Neuen Ordnung" (verteilt am 23. 8. 76 vor der Kieler Berufsschule) trägt auf der Rückseite den Stempel des faschistischen Kieler Buchladens „Sturmwind". Dieser Laden gehörte bis vor kurzem unter dem Namen „Nordwind" dem einschlägig bekannten Faschisten Thies Christophersen, Freund des Nazi-Roeders .

Jetzt ist **Dietmar Munier**, Kiel, Wacholderweg 3, der Besitzer, und auch auf der Rückseite des betreffenden Flugblatts angegeben. Munier ist führendes Mitglied im rechtsradikalen BVJ und ... **Landesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), der Jugendorganisation der NPD**. An weiteren Namen werden auf den Flugblättern genannt: **R. Mundt**, Lübeck (als Kontaktadresse) sowie **Klaus Merz** und **Kl.-D. Siems** (als presserechtlich Verantwortliche).

Die Fakten belegen einmal mehr, daß die in sich immer mehr zusammenfallende NPD zunehmend als nützlicher „legaler" Deckmantel für die sich organisierende terroristische Rechte in der BRD dient.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Polizei überfällt KBW-Solidaritätsbasar

Osnabrück: Am Samstag, 11. September, führte der KBW in der Fußgängerzone in Osnabrück einen „Solidaritätsbasar" für Zimbabwe durch. Gegen elf Uhr kamen zwei Polizisten und forderten, der Stand müsse „verschwinden", da er nicht „genehmigt" sei. Die KBW-ler weigerten sich und die Polizisten zogen wieder ab. Etwas später tauchten dann plötzlich überfallartig 20 Bullen auf, schmissen den Stand um, zerstörten das angebotene Porzellan, Vasen usw.

Die KBW-ler und einige Umstehende, die dagegen protestierten, wurden brutal niedergeknüppelt, zwei Menschen wurden krankenhausreif geschlagen, zehn wurden festgenommen. Ein derart brutales Vorgehen hatte es in Osnabrück noch nicht gegeben, der größte Teil der Umstehenden und der vorbeigehenden Passanten war von der Brutalität der Polizei geschockt und es bildeten sich Menschentrauben, die heftig diskutierten.

Der KBW organisierte eine spontane Demonstration mit etwa 40 Menschen zum abseits der Innenstadt gelegenen Polizei-Revier, wo die Festgenommenen waren. Vor dem Revier knüppelten die Bullen erneut auf die Demonstranten ein und nahmen weitere acht Genossen fest.

Daraufhin erfolgte eine eilige Mobilisierung innerhalb der Osnabrücker Linken, und es trafen sich etwa 80 Genossen, um über das weitere Vorgehen zu beraten, davon etwa die Hälfte KBW-ler. Der KBW setzte dort den wahnwitzigen Beschluß durch, n o c h m a l s eine Demonstration zum Polizei-Revier zu machen, „um unsere Solidarität mit den Festgenommenen zu bekunden". Es wiederholte sich – zur Überraschung der verantwortlichen KBW-Führer? ? – daraufhin der Ablauf vom Vormittag: Die Demonstranten wurden vorm Revier erneut von den Bullen zusammengeknüppelt und weitere Genossen (etwa fünf) wurden festgenommen.

Nach dem Bericht eines
KB-Sympathisanten aus Osnabrück

Bullen schützen die Faschisten

Nürnberg: Der Nürnberger Trempelmarkt ist vergleichbar den Flohmärkten in anderen Städten. Während der Markttag für die meisten „Amateure" einfach ein Tag mit viel Spaß ist, bedeutet er für die Profis, d. h. für die oft von sehr weit zugereisten Ladenbesitzer, eine große Profitquelle. In der letzten Zeit sind jedoch immer mehr Typen dazugekommen, die ganz andere Zwecke verfolgen: faschistische Gruppen, die auf dem ehemaligen „Adolf-Hitler-Platz" (Hauptmarkt) organisiert Nazipropaganda machen.

Als wir am 3. September den Markt besuchten, standen sie schon, Stand an Stand, hinter der Frauenkirche und verkauften ihren Dreck: Wimpel, Fahnen, Helme, Orden, sogar NSDAP-Schulungsprogramme. Nazi-Hoffmann und seine Leute (aus den Veröffentlichungen des AK hinlänglich bekannt) liefen dazwischen hin und her. Auch andere Faschisten, z. B. Typen mit NSDAP/AO-Abzeichen, traten auf und versuchten, fortschrittliche Menschen (z. B. am Stand der „Freundschaftsgesellschaft des deutsch-spanischen Volkes") zu provozieren. Wir beschlossen, den Stand mit den NSDAP-Programmen mal genauer zu untersuchen. Die Faschisten, offensichtlich Hoffmann-Getreue, waren auch recht leutselig und meinten, sie hätten zuhause ein ganzes Lager von dem Zeug („das ist eben unsere Liebhaberei"). Da wir wußten, daß der Verkauf von Nazi-Propaganda (§86a StGB) verboten ist, wollten wir einmal die Reaktion der Nürnberger (SPD-)Polizei kennenlernen. Das nächste Revier (Theresienstraße) erklärte sich sofort für nicht zuständig. Die Polizisten meinten sogar, sie hätten so etwas überhaupt nicht gesehen. Nach längerem Zögern schickten sie dann doch eine Streife hin. Obwohl wir erklärten, daß wir gegen die (höchstwahrscheinlich) Hoffmann-Leute Anzeige erstatten wollten, beschwichtigte der wortführende Polizist lediglich die Faschisten („wenn Sie die Dinger verschwinden lassen, dann ist alles in Ordnung"). Er weigerte sich sogar, die Personalien der Faschisten aufzunehmen. Wir gingen dann wieder zum Revier, um die Anzeige zu erstatten. Dort ließ man uns eine Stunde sitzen, bis die Anzeige aufgenommen wurde. Während dieser Zeit waren wir einem andauernden Verhör ausgesetzt, durch das der bereits oben genannte Polizist erreichen wollte, daß wir die Anzeige zurückziehen. Die Einschüchterungsversuche waren so massiv, daß wir den Eindruck hatten, selbst angezeigt worden zu sein. Zuerst log der Polizist, daß es überhaupt keine rechtliche Handhabe gebe. Als ihm ein Kollege dann die Dienstanweisung gab, in der schwarz auf weiß stand, daß die Polizei die Verpflichtung habe, Nazi-Material zu beschlagnahmen, gab er erstmals klein bei. Doch bald ging's weiter: ......,Vielleicht nehme ich die Anzeige gar nicht auf, da ist ja die Kripo zuständig ..... Ich muß mich beherrschen, ich möchte Ihnen ja nicht meine persönliche Meinung sagen, ... Ihr Glück, daß ich nicht Ihr Vater bin. ....Was haben Sie eigentlich dagegen. .... Welcher Organisation gehören Sie an, wir können doch hier offen reden....". Als er merkte, daß er uns nicht weichmachen konnte, zog er ab und überließ es einem Kollegen, die Anzeige aufzunehmen, nach etwa einer Stunde! Facit:

- Nicht einmal die Personalien der Faschisten wurden aufgenommen („das müssen Sie schon uns überlassen");
- die Polizei weigerte sich generell, etwas gegen die Verbreitung der Nazi-Propaganda zu unternehmen („da müßten wir ja mit 60 Mann runter, wo kämen wir da hin ...., wenn Sie die anderen auch anzeigen wollen, dann holen Sie sie mitsamt ihrem Krempel zum Revier").

Am nächsten Tag machten wir zu diesen Vorfällen ein Stellschild und verkauften am Markt den ARBEITERKAMPF. Ein großer Teil der Leute, mit denen wir ins Gespräch kamen, stimmte uns zu und war auch der Meinung, daß gegen die Faschisten etwas unternommen werden müßte. Feststellbar war aber auch, daß ein genauso großer Teil an Lesern der Stelltafel den Vorgängen gleichgültig bis befürwortend gegenüberstand.

KB/Gruppe Nürnberg



Nazi-Ware vom Trempelmarkt

70 Bullen überfallen Wohngemeinschaft

Nottfeld: Am 17.8. um fünf Uhr früh umstellten über 70 schwerbewaffnete Bullen mit 30 Einsatzfahrzeugen aus Bonn (!), Eutin und Kiel eine kleine ländliche Wohngemeinschaft in Nottfeld in der Nähe Süderbarups. Gleichzeitig durchsuchte die Westberliner Polizei neun Wohnungen, u.a. die der Eltern eines Nottfelders, der sich gerade dort aufhielt.

Ein Bewohner, der im Frühjahr bei einem Autounfall ums Leben gekommen war, war „verdächtig", der „Bewegung 2. Juni" angehört und an einem Brandanschlag teilgenommen zu haben. Er hatte unter falschem Namen in Nottfeld gelebt. Der Verdacht der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" durch die Nottfelder „erhärtete" sich durch „dauerndes Kommen und Gehen", so die bürgerliche Presse.

Der Bullenüberfall war lange vorbereitet, sogar ein Hundefänger für den Hofhund, Sozialarbeiter für die Kinder und Beamtinnen für die Frauen waren dabei. Obwohl der mehrere Monate alte (!) Durchsuchungsbefehl sich nur auf bestimmte Räume beschränkte, stellte die Polizei den ganzen Hof auf den Kopf, wurden alle Anwesenden erkennungsdienstlich behandelt. Entsprechend der Dürftigkeit der Vorwände für die Durchsuchung deren mageres Ergebnis: Geräte zum Herstellen von Kupferschmuck wurden als „Totschläger" sichergestellt, u.a. ein selbstgeschriebenes Kindermärchen als „Schriftstück" beschlagnahmt. Zwölf Stunden übten die Bullen die Terroristenbekämpfung auf dem flachen Land.

KB/Gruppe Kappeln

Big Brother in bayrischen Betrieben

Zur Perfektionierung der politischen Bespitzelung von Arbeitern und Angestellten in Betrieben und Büros haben die bayrischen Kapitalisten einen „Verband für Sicherheit in der Wirtschaft" gegründet.

Nach eigenen Aussagen soll der Verband *„Unternehmen und Organisationen der gewerblichen Wirtschaft in Bayern in allen Fragen des Sicherheitswesens beraten und unterstützen".*

Die praktischen Aufgaben dieses Verbandes sehen die Kapitalisten in der Ausbildung und Schulung der betriebseigenen Polizeigruppen und des Werkschutzes und in der zeitweisen Bereitstellung von entsprechend ausgebildeten Kommandotruppen an interessierte Kapitalisten. Insbesondere soll die gewerkschaftliche und politische Gesinnung sowie die außerbetriebliche Betätigung von Kollegen ausgespäht und beschnüffelt werden. Bei der Neuanstellung von Arbeitern und Angestellten will der Verband entsprechend den Praktiken der Berufsverbote „beratend" zur Seite stehen.

Schon in den letzten Monaten wurden derartige Beschnüffelungspraktiken gegen fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen mehrmals aufgedeckt und veröffentlicht. So die Führung schwarzer Listen von besonders engagierten Kollegen: Die Mitteilung, welche politische Gesinnung ein Kollege hat, wurde durch Kürzel und Schnörkel bei den Arbeitspapieren vermerkt, so daß der neue Arbeitgeber bei der Bewerbung schon weiß, ob der Arbeitsuchende politisch bzw. gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht etc.

Beistand und Hilfe wird diesem Spitzelunternehmen selbstverständlich auch durch die Polizei zuteil. So umriß der Münchner Polizeipräsident Dr. Schreiber, der auf der Gründungsversammlung dieses Verbandes als Redner auftrat, die Aufgaben der Spitzeltätigkeit folgendermaßen:

„Es gilt, innerhalb der Betriebe politische Rattenfängerei sozial- und gesellschaftskritischer Parteien und Organisationen zu verhindern".

Die Kapitalisten und ihr Staat wollen nicht nur fortschrittliche, engagierte Kollegen feuern und isolieren, sondern durch Bespitzelung ein allgemeines Klima schaffen, das Angst und Existenzangst produziert, um so von vornherein ein Engagement breiterer Kollegenteile zu verhindern.

KB/Gruppe Nürnberg (GNK)

praktiken gegen fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen mehrmals auf-

terer Kollegenteile zu verhindern.
KB/Gruppe Nürnberg (GNK)

CDU erstattet Anzeige wegen „Lärmbelästigung"

Am Tage nach dem Tode des Genossen Mao Tse-tung verteilte die vaterländische „KPD" (in Trauerkleidung) in der Kieler Innenstadt Flugblätter und hatte einen Lautsprecherwagen aufgefahren, in dem der „Spitzenkandidat der Landesliste Schleswig-Holstein" eine Traueransprache hielt. Dieser Lautsprecherwagen stand in der Nähe eines CDU-Wahlbusses, so daß die CDU Anzeige wegen „Lärmbelästigung" machte. Daraufhin erschienen acht bis zehn Bullen mit zwei Autos und forderten den Redner auf, seine Rede über Lautsprecher abzubrechen, weil man hierzu „eine Lautsprecher-Erlaubnis " brauche. Als man der Aufforderung nicht nachkam, wollten die Bullen den Redner gewaltsam aus dem Wagen holen. Um das Einschlagen der Scheiben des Wagens zu vermeiden, öffnete der „KPD"-ler die Wagentür, worauf ihm dann auch gleich das Mikrofon weggerissen wurde. Ein Büchertisch der „KPD" wurden nebenbei mit abgeräumt. Dabei wurde ein „KPD"-ler, der den Büchertisch verteidigen wollte, gewaltsam über den den Tisch gezerrt. Zwei „KPD"-ler, die gegen den Polizei-Überfall protestierten, wurden festgenommen.

Uni II
KB/Gruppe Kiel

Kein Skandal Kein Skandal in Bayern...

... denn entgegen den Vermutungen, daß CSU-Generalsekretär Tandler vom bayrischen Ministerium öffentliche Gelder „sachfremd" erhalten habe, bestätigte der Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, Franz Sackmann, jetzt, daß Tandler höchstens 1,5 Mio. DM aus öffentlichen Finanzierungshilfen erhalten habe; hinzu kommt, daß der CSU-Generalsekretär diesen Kredit zurückzahlen muß, jawohl, zurückzahlen — und das auch noch unter unerhört schwierigen Auflagen:

Die Rückzahlung beginnt bei fünf (!) Prozent Zins erst nach zwei tilgungsfreien Jahren und läuft bis 1991!

Die Sache ist nämlich die, daß Tandler seiner Frau ein Hotel in Altötting gekauft hat (ein Barockhäuschen), und dazu fehlten ihm lächerliche 1,2 Mio. DM. Zwei Millionen hatte er selbst. Na, dachte sich der CSU-Generalmanager, wozu hat denn der bayrische Staat ein „Regionales Förderungsprogramm für Fremdenverkehr"? Gesagt, getan : 1,2 Millionen Kredit beantragt, erhalten, die Sache ist rausgekommen, Tandler: „Eine saublöde Unterstellung", aber ein Korruptionsverdacht mehr oder weniger fällt ja bei Strauß und seinesgleichen nicht weiter auf. — Und so geschieht es, daß Tandler der einzige Fall der Förderung eines privaten Hotelkaufs durch Fördermittel des Staatshaushalts ist ...

„Jeder CSU-Generalsekretär hat die Freiheit, sich ein Hotel aus öffentlichen Steuergeldern zu finanzieren."

(Gesetzentwurf des **KB/Gruppe Nürnberg**)





Diese Barockhaus in Altötting (ehemals Hotel „Post") hat der Generalsekretär der CSU, Tandler erstanden

„Isolationshaft" in der Nervenklinik

Der normalerweise kleine Unterschied zwischen Knast und psychiatrischer Anstalt wird in der Münchner Nervenklinik Haar, genannt die „Burg", Schritt für Schritt zugunsten gefängnisartiger Zustände abgebaut. Mußten wir in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF bereits über die Pläne berichten, in dieser Nervenklinik anstelle von ausreichendem Pflegepersonal die berüchtigten „Schwarzen Sheriffs" (eine private Schläger-Bande) einzusetzen, so liegt nun ein neuer Protest der „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte" vor. In einer Mitteilung dieser Münchner Kommission heißt es, Angehörige der Kranken hätten sich darüber beklagt, daß sie seit über einem Monat nicht einmal mehr telefonisch Kontakt mit den Insassen der „Burg" aufnehmen können. Die Kommission wertet diesen Zustand als eine *„widersinnige, gesundheitsschädigende Isolationshaft"* und verlangt deren sofortige Aufhebung.

KB/Gruppe Nürnberg

Antisemitismus — auch heute noch lebendig!

Letzte Zweifel daran beseitigte eine Untersuchung der Universität Köln. Dafür wurden 2.084 Personen repräsentativ für die Gesellschaft der BRD ausgesucht, denen eine Reihe von antisemitischen Äußerungen vorgelegt wurde:

- *„Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks;*
- *Juden haben eine Abneigung gegen harte körperliche Arbeit;*
- *mit ihren Ideen stiften die Juden immer nur Unfrieden;*
- *man kann schon am Aussehen erkennen, ob jemand Jude ist oder nicht;*
- *Juden haben einen schlechten Einfluß auf die christliche Kultur und Zivilisation;*
- *die meisten politischen Agitatoren und Kommunisten waren Juden wie Karl Marx selbst;*
- *es liegt am zerstörerischen Element im jüdischen Charakter, daß die Juden so sehr auf Umsturz und Revolution aus sind;*
- *es ist praktisch unmöglich, die angeborenen Fehler der Juden zu beheben. Sie liegen dieser Rasse einfach im Blut."*

Diese Nazi-Parolen, die direkt aus dem „Völkischen Beobachter" abgeschrieben sind, wurden von nur 23,6% der ausgewählten Personen abgelehnt. Der Rest entschied sich für die Kategorien „schwache Zustimmung" (46,4%), „mittlere Zustimmung" (25,6%), „starke Zustimmung" (4,5 %).

30,9% waren der Meinung, die Kommunisten hätten in der BRD zu viel politischen Einfluß; 17,9% meinten, „die Juden" hätten zu viel politischen Einfluß. Über 20% waren der Meinung, die Judenverfolgung sei „die Strafe Gottes für die Kreuzigung Jesu".

Die Untersuchung zeigt, daß noch mehr als 30 Jahren nazistischer Mist in den Köpfen weiterspukt, so daß selbst Leute unter 24 Jahren mit rassistischem Dreck verseucht werden konnten. Bei dieser Altersgruppe wurde zu 22,4% Antisemitismus festgestellt. Allein diese Tatsachen beweisen Ausmaß und Ernsthaftigkeit der „Entnazifizierung" eines Staates, in dem KZ-Baumeister Lübke Bundespräsident wurde und Nazi-Propagandist Kiesinger Bundeskanzler werden konnte. Die Untersuchung beweist eindringlich, daß faschistisches Gedankengut weit über den Einflußbereich der offenen faschistischen Organisationen hinaus verankert ist.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Knast

Nachrichten aus dem Knast

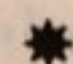
Trier: Die Staatsanwaltschaft stellte Ende August das Verfahren gegen den Knast„arzt" Kurt Hutter aus der JVA Wittlich ein. Gegen Hutter war Strafanzeige erstattet worden wegen fahrlässiger Tötung von Holger Meins.

Zugegebenermaßen hatte er Holger während seines Hungerstreiks in den letzten Wochen systematisch weniger Nahrung zugeführt (bei der Zwangsernährung): „manchmal" nur 400 Kalorien statt 1.200 !! Am 9.11.74 war Holger Meins verhungert. Jedoch die Staatsanwaltschaft stellte sich einfach auf den Standpunkt, *„dem Anstaltsarzt oder einem sonstigen Organ der Justiz"* sei *„irgendein Versagen"* nicht anzulasten. Wenn das Verhalten des verantwortlichen Arztes kein Versagen war, dann hatte er offensichtlich vor, Holger Meins *„zu Tode zu hungern"*, d.h. Mordabsicht.

Die Justiz hatte mit allen Mitteln der Demagogie und des Rufmords von ihrer Schuld abzulenken versucht. Erst verdächtigte sie den damaligen Verteidiger Haag als Mörder, weil er angeblich seinen Mandanten zur Weiterführung des Hungerstreiks überredet — oder gar gezwungen — habe.

Kurz vor Holgers Tod verweigerte die Justiz die Hinzuziehung eines Vertrauensarztes noch mit dem Hinweis, er lasse ja sowieso keinen Arzt an sich heran. Und schließlich sei er dann deshalb verhungert, weil er schon vor seinem Hungerstreik zuwenig gegessen habe. Ein Mensch könne sonst ohne weiteres mal zwei Wochen hungern, ohne dabei gleich zu sterben.

(Zum genauen Hergang der Ereignisse am Todestag vergleiche die Presseerklärungen der Anwälte, zitiert in AK 53.)



Darmstadt: Ende August fanden Schliesser der JVA Darmstadt einen total geschwächten und fast verhungerten Gefangenen vor, der nicht mehr die Kraft hatte, allein zum Lazarett zu gehen.

Der Gefangene — so stellte sich dann offenbar erst heraus — war wegen seiner Religion Vegetarier. Die Knastbullen hatte das offenbar nicht interessiert. Ebenfalls hatten sie nicht bemerkt, wie der Gefangene langsam aber sicher abmagerte. Man sieht: obwohl es in allen Knästen „Sicherheitsvorkehrungen" für und gegen alles mögliche gibt, um die Sicherheit der G e f a n g e n kümmert sich die Justiz offenbar so gut wie gar nicht. (Informationen nach Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug, Darmstadt).

IKAH, Hamburg

Karl-Heinz Roth in verschärfter Isolation

Ende August war K.-H. Roth in der Bochumer Klinik Bergmannsheil einer Darmuntersuchung unterzogen worden. Eine Untersuchung durch einen Arzt seines Vertrauens – eigentlich ein verbrieftes Grundrecht – wurde ihm verweigert. Die Darmspiegelung ergab, daß die autonomen Nervenbahnen eines Darmabschnittes auf Dauer geschädigt sind. Nach wie vor muß ein Darmverschluß befürchtet werden. Alle vier Tage wird unter starken Krämpfen eine künstliche Stuhlentleerung herbeigeführt. Die Darmverletzung ist nunmehr 15 Monate alt.

Karl-Heinz berichtete, daß sich zusätzlich zu seinen ständigen Krämpfen und Koliken verstärkt die Folgen der Isolation bemerkbar machen. So klagt er über Ohrensausen, Flimmerbildern vor den Augen und Schädeldruck und kann sich nicht länger als ein oder zwei Minuten auf eine Sache konzentrieren. Er hat ein feinschlägiges Zittern an den Händen und unkontrollierte Zukkungen der Gesichtsmuskulatur. Schweißausbrüche werden von Schüttelfrösten abgelöst.

Seine Zelle ist doppelt vergittert, hat ein doppeltes Schloß und davor befindet sich eine Doppelpatrouille. Die Nachbarzellen sind leer. Ein zweiter Spion mit Weitwinkelobjektiv gestattet einen guten Überblick von außen, dazu kommen zwei Extrascheinwerfer – für nachts! Hausarbeiter berichteten, noch nie sei bei einem Gefangenen ein solcher Aufwand betrieben worden – nicht einmal bei Ulrike Meinhof und Andreas Baader.

Offenbar tritt die Justiz die Flucht nach vorn an. Möge sie sich gehörig verrechnen!

Unsere Forderung bleibt:
SOFORTIGE HAFTVERSCHONUNG FÜR KARL–HEINZ ROTH!

Besuchsanträge können gerichtet werden ans Landgericht Köln, 11. große Strafkammer/Schwurgericht, 5 Köln 1.

IKAH, Hamburg

Klassenjustiz

Solidaritätsveranstaltung für die Rechtsanwälte Groenewold und Reinhardt

Am Donnerstag, den 28. September um 18.00 Uhr findet im Audimax Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung für die Rechtsanwälte Groenewold und Reinhardt statt. Unmittelbarer Anlaß für die Veranstaltung ist die am 5. Oktober beginnende Berufsverboteverhandlung gegen Reinhardt. Auf der Veranstaltung wird auch auf die anderen Fälle von Berufsverboten gegen Rechtsanwälte eingegangen. Auf der Veranstaltung werden auch der Münchner Anwalt Wächtler, der Rolf Pohle verteidigt, und der Frankfurter Anwalt von Plottnitz, Verteidiger von Groenewold in dessen Verfahren, sprechen.

Groenewold wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" angeklagt

Wie wir im AK 87 schon gemeldet haben, hat die Bundesanwaltschaft nunmehr nach über dreijährigen (!) „Ermittlungen" Anklage gegen Groenewold erhoben.

Der Prozeß soll ab Januar 1977 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (!) Hamburg stattfinden.

Die Bundesanwaltschaft gibt durch die Wahl dieses Gerichts zu erkennen, daß sie den Prozeß zu einem Muster- und Schauprozeß gegen die linken Anwälte überhaupt aufblasen will: Bisher gab es kein Verfahren vor einem Oberlandesgericht und es ist auch nicht bekannt, daß weitere vor Oberlandesgerichten stattfinden sollten.

Diese Grundsatzbedeutung des Verfahrens gegen Groenewold formulierte Bundesstaatsschutzanwalt Buback selber wie folgt:
„Die einheitliche Behandlung aller Anwaltsverfahren nötigt es auf, gewisse Entscheidungen zurückzustellen."

Mit diesen „gewissen Entscheidungen" ist die Anklageerhebung gegen andere Anwälte, u.a. Schily aus Berlin gemeint.

Auf der 229 Seiten starken Anklageschrift wird Groenewold k e i n e e i n z i g e Straftat vorgeworfen – ebensowenig wie die Staatsschützer der angeblich unterstützten „kriminellen Vereinigung" RAF Strafttaten vorwerfen:

„Der kriminelle Zweck der Vereinigung – gewaltsame Änderung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland im Wege der Guerillakriegsführung wurde aufrechterhalten. Durch ein Informationssystem sorgte man (d.h. Groenewold, Anm. AK) *durch Agitation für diesen Zweck, durch militärisch-technische Schulung* (der Gefangenen im Knast, Anm. AK), *durch Befehle und Disziplinierung dafür, daß das Selbstverständnis der Häftlinge als „Stadtguerilla", ihre Kampfbereitschaft, ihre Ausrichtung auf Ziele der Gruppe und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ungebrochen blieben."*

Groenewold wird nichts anderes vorgeworfen, als die Gefangenen vor deren Vernichtung geschützt zu haben („ungebrochen blieben")!

Von den ganzen alten Vorwürfen gegen die linken Anwälte, die heute noch in der Presse verbreitet werden, wie etwa, es würden von den Anwälten „Befehle" nach außen getragen, damit „Nachfolgeorganisationen" weitere „Straftaten" begehen können, steht in der Anklage kein einziges Wort.

Am Rande interessant dabei ist noch, daß die Staatsschutzbehörden selbst bei der Anklage die politischen Ziele der RAF benennen – und auch sagen, daß die Gefangenen deswegen zerbrochen werden sollen. Das sollten sie mal Helmut Schmidt erzählen, der ja bekanntlich der Meinung ist, es gebe keine politischen Gefangenen.

Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Reinhardt

Über das geplante Berufsverbot gegen Reinhardt ist bereits im AK 84 berichtet worden;

Auch in diesem Verfahren wird sehr deutlich, daß a l l e i n politische Zweckmäßigkeit die Verfolgung der Anwälte diktiert: gegen Reinhardt läuft schon seit mehreren Jahren (!) ein Berufsverboteverfahren, ohne daß die Staatsanwaltschaft in diesem Verfahren besondere Eile gezeigt hätte.

Der jetzige Antrag auf ein im Schnellverfahren zu verhängendes Berufsverbot zeigt, daß die Aussage des „Kronzeugen" Bodeux", der auch im Schmücker-Prozeß ausgesagt hat, nach Meinung der Staatsschützer ein „günstiges Klima" für die Verfolgung von Reinhardt geschaffen hat.

Groenewold und Reinhardt – die Spitze des Eisberges

Mittlerweile haben fast alle linken Anwälte Straf- oder Ehrengerichtsverfahren im Zusammenhang mit ihrer Verteidigungstätigkeit in RAF-Prozessen angehängt bekommen.

In einigen Fällen werden Berufsverbotsanträge sogar schon auf außerberufliches Verhalten gestützt:
– Rechtsanwalt Gildemeier aus Augsburg z.B. soll wegen seiner Betätigung für die „KPD" Berufsverbot bekommen.

Gegen den Frankfurter Anwalt von Plottnitz ist ein Ausbildungsverbot ausgesprochen worden. Angeblich soll nach Meinung der hessischen Justizbürokraten die „ordnungsgemäße Ausbildung" bei von Plottnitz nicht mehr gewährleistet sein.

Dahinter steht, daß er es nicht verhindert hat, daß einige seiner Referendare justizkritische Äußerungen in Prozessen gemacht haben.

Ziel des Staates: Zerschlagung der politischen Verteidigung

Die Anklage gegen Groenewold und die ganze Flut weiterer Disziplinierungen linker Anwälte sind ein Angriff auf die Schutzfunktion der Verteidiger: Die Anwälte haben stets versucht, den Angeklagten und Gefangenen die Möglichkeit zu schaffen, damit diese sich politisch verteidigen können. Genau das paßt dem Staat nicht ins Konzept, weil es nach offizieller Meinung eben keine politischen Prozesse und keine politischen Gefangenen gibt.

Das Gegenteil hat jüngst die griechische Justiz festgestellt, als sie die Auslieferung von Pohle ablehnte.

Der Münchner Anwalt Wächtler hat vor dem Athener Oberlandesgericht über die gegen seinen früheren Mandanten Pohle erhobenen Vorwürfe als Zeuge ausgesagt.

Es wird auf der Solidaritätsveranstaltung über seine Erfahrungen in Griechenland berichten.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Knast als Wahlkampfthema

Besonders jetzt im Wahlk(r)ampf verstärken sich in Hamburg die Rufe von CDU, Springerpresse und Konsorten nach mehr Polizeistaat im Knast Fuhlsbüttel. Wie schon beim Fall Ackermann und ähnlichen „Entweichungen" wird in den letzten Wochen jeder Pups aus Santa Fu zu einem Skandal des Strafvollzugs hochgespielt, an dem nur der Justizsenator Schuld sei.

Als Ende August der wegen Mord an einer Prostituierten zu 15 Jahren plus Sicherungsverwahrung verknackte A. Banz abgehauen war, ging's wieder los. Die CDU brachte die Angelegenheit gleich vor die Bürgerschaft.

Zum Glück für die CDU kam kurz drauf der „König der Schränker", K. Nagel, von einem „Urlaub auf Ehrenwort" nicht „heim". Wieder ein Justizskandal! Desgleichen ließ ein Richter einen U-Häftling frei, weil nach einem Jahr Haft nicht abzusehen war, wann Personal für einen Prozeß da sein würde.

Gegen diese Anpinkeleien soll die SPD/FDP nicht in Schutz genommen werden. Das Gezeter der Springerpresse birgt im Gegenteil die Gefahr, daß man meinen könnte, die Regierungskoalition und die Fuhlsbütteler Anstaltsleitung seien „liberal" oder gar links!

Tatsache ist, daß der sogenannte „Reform"vollzug in Fuhlsbüttel zu den „erfolgreichsten" (im Sinne der Bourgeoisie) zählt. Denn in Santa Fu gibt es weniger Ausbrüche als in anderen Haftanstalten und vom Urlaub kehren bloß 3% nicht zurück. Hier ist es der SPD/FDP gelungen mit Zuckerbrot zu erreichen, was die CDU lieber mit der Peitsche macht.

Denn menschlicher werden die Gefangenen nicht behandelt als in anderen Knästen und resozialisiert – was immer das auch sein mag – auch nicht.

IKAH, Hamburg

Was Anarchisten vor 90 Jahren geschrieben haben, soll heute verboten sein!

Am 18. August veranstalteten das BKA (Bundeskriminalamt) und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eine großangelegte Buchhändlerhatz: Zehn Buchhandlungen, eine größere Anzahl von Privatwohnungen und ein Buchvertrieb wurden durchsucht (vgl. AK 87, S. 18). Im „Politischen Buchladen" in Bochum waren mehrere Exemplare der Zeitschrift „Revolutionärer Zorn", zwei Bücher über den Tod von Holger Meins und mehrere Exemplare von B. Baumanns „Wie alles anfing" beschlagnahmt worden. Gegen den Geschäftsführer des Politischen Buchladens, Thomas K., wurde Haftbefehl wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und „Billigung von Gewalt" erlassen. Seine Wohnung wurde durchsucht, photographiert, eine Zeitung, eine Dokumentation und ein Karton mit Aufklebern beschlagnahmt. Am nächsten Tag wurde er in die Haftanstalt Karlsruhe gebracht. Als „Begründung" wurde „Verdunkelungsgefahr" angegeben (nach: „Der politische Buchladen informiert", Bochum). Auf diese Übergriffe folgten weitere Fälle von Zensur und Beschlagnahme.

Zensur gegen Äußerungen deutscher Anarchisten aus dem Jahr 1886!

Der Westberliner „Verlag Klaus Wagenbach" informierte Anfang September über einen besonders krassen Fall von Beschlagnahme: Am 20.8.76 unterschrieb Richter Zopf vom Amtsgericht Landshut einen Hausdurchsuchungsbefehl gegen eine Landshuter Buchhandlung. Ziel der Aktion: Das vor einigen Monaten im „Verlag Klaus Wagenbach" erschienene Buch „Haymarket 1886: Die deutschen Anarchisten von Chicago, Reden und Lebensläufe". Das Buch schildert den Kampf der Arbeiter um den acht-Stunden-Tag und enthält eine genaue Dokumentation eines seit Jahrzehnten als klassischer Justizmord bekannten Verfahrens gegen acht „Anarchisten", überwiegend deutsche Einwanderer (nach „Frankfurter Rundschau", 6.9.76). Als Begründung für die Beschlagnahme wurde § 111 (Billigung von Gewalttaten) des Strafgesetzbuchs angegeben. Die beanstandeten Stellen sind w ö r t l i c h e Z i t a t e aus historischen Dokumenten, z.B. aus Zeitungen anarchistischer Gruppen aus den Jahren 1883 bis 1886. Eine kleine Kostprobe daraus: *„Arbeiter von Amerika, lernt die Herstellung und den Gebrauch von Dynamit! Dynamit wird in eurer Hand zur mächtigsten Waffe, zu einer Waffe des Schwachen gegen den Starken. Der Kampf um Brot ist ein Kampf um's Überleben. Tod und Verderben einem System, welches Männer, Frauen und Kinder als Arbeitstiere ausbeutet und versklavt!"*

Gewalt von Seiten der Kapitalisten = ungefährlich!

Der Autor dieses Buches, H. Karasek, stellt die Äußerungen der Anarchisten vor dem Hintergrund der amerikanischen Gesellschaft dar: 1885 zogen ein bis zwei Millionen Arbeitslose durch's Land auf der Suche nach irgendeiner Beschäftigung. In diesem Zusammenhang gibt Karasek wörtliche Zitate aus amerikanischen Zeitungen wieder, wo die Kapitalisten unverblümt zum Mord an Arbeitslosen aufrufen: *„Es ist sehr hübsch, wahres Elend zu bessern in Stadt und Land; aber die beste Mahlzeit für einen lumpigen Tramp ist Blei. Man sollte ausreichende Portionen geben, um ihren Appetit und ihre Gefräßigkeit zu stillen"* („Chicago Times").

Oder: *„Handgranaten sollten unter die Unionsleute (Gewerkschafter, d. Verf.) geworfen werden, die höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit fordern. Durch solche Behandlung bekommen sie eine gute Lektion erteilt und die anderen werden vor dem Streiken gewarnt"* („New York Tribune"). Müßig zu erwähnen, daß diese Stellen von der bundesdeutschen Justiz n i c h t beanstandet wurden.

In diesem Fall von Zensur werden alle die Lügen gestraft, die den Beteuerungen sogenannter „Liberaler", alle Zensurgesetze richteten sich selbstverständlich nicht gegen Wissenschaft, Kunst usw., Glauben geschenkt haben.

Verherrlichung von Gewalt werden die Herren Richter und Staatsanwälte sicher auch nicht in der neu erschienenen Zeitung „Der dritte Weltkrieg" (Nachfolger von „Das dritte Reich") ausfindig machen. Dort findet sich u.a. folgende Schilderung des Vormarsches des Generals Rommel: *„Wir (d.h. Rommel und seine Mannen, d. Verf.) brachten den Granatwerfer und die MGs in Stellung. Und da kamen sie auch schon angewetzt, die Juifs (die Juden, d. Verf.) Handgranatenwerfend mit Feuerschutz, in allerbester Manier ... Sie (die Juden, d. Verf.) rannten in einen Feuerorkan sondersgleichen; in eine riesige brutzelnde Pfanne, die der Gevatter Tod zum großen Schlachtfeld anheizte. Das Gebrüll und Gejammer der Verwundeten, der Sterbenden, das Krachen der Granaten, das Maschinengewehrgehämmer – welch ein Konzert, was für eine Symphonie des Irrsinns"* („Spiegel", Nr. 37, S. 62).

Luchterhand-Verlag praktiziert Selbstzensur

Unter Hinweis auf den neuen Gewaltparagraphen 88a hat der Luchterhand-Verlag in seiner deutschen Ausgabe von R. Debrays Roman „Der Einzelgänger" ein dort abgedrucktes



Sprengstoffrezept weggelassen. Elf Rowohlt-Lektoren wandten sich daraufhin mit einer Stellungnahme an den Verlag. Darin heißt es u.a.: „ ... *ein solcher Akt der musterknabenhaften Selbstunterwerfung eines renommierten Verlages unter seine viel zu ängstlich-enge Auslegung des § 88a ist Anlaß genug, zu erhöhter kritischer Wachsamkeit aufzurufen gegenüber der zunehmenden Einschüchterungstendenz".* Weiter drükken sie ihre Hoffnung aus, daß der Verlag die bevorstehende Buchmesse in Frankfurt nutzen wird, *„um unmißverständlich zu erklären, daß Duckmäusertum und die Selbstfesselung mittels eigenfabrizierter Maulkörbe auf keinen (weiteren) Fall zum Stil des Hauses gehören werden".*

IKAH („Arbeiterhilfe")

Bundesverfassungsgericht: Keine Anrechnung einer Abfindung auf's Arbeitslosengeld!

Wenn ein Betriebsratsmitglied den Betrieb verläßt, so hat er einen Anspruch darauf, daß seine Betriebsratstätigkeit nicht im Zeugnis erwähnt wird. Das hat kürzlich das Arbeitsgericht Kassel entschieden (Der Betrieb 1196 Nr. 31, S.1487).

Es ging in diesem Fall um ein freigestelltes Betriebsratsmitglied, dem gekündigt worden war, weil der Betrieb stillgelegt wurde. Das Gericht hat dazu ausgeführt: *„Die Betriebsratstätigkeit hat grundsätzlich in einem qualifizierten Zeugnis nicht erwähnt zu werden, jedenfalls soweit der Arbeitnehmer dies nicht verlangt und damit nicht einverstanden ist, denn die Betriebsratstätigkeit hat mit der eigentlichen Arbeitsleistung als solcher nichts zu tun ... Die Erwähnung der Betriebsratstätigkeit und der Freistellung ... bringt dem Kläger (das ist das Betriebsratsmitglied) objektiv Nachteile."*

Das Gericht hat weiter entschieden, daß die Betriebsratstätigkeit aus dem Zeugnis auch nicht verschlüsselt hervorgehen darf. In dem vorliegenden Fall war der Betreib zum Ende des Jahres stillgelegt worden und dem Betriebsrat war erst zum Ende des folgenden Jahres gekündigt worden, was auch in dem Zeugnis stand. Aus der langen Kündigungsfrist kann aber jeder schließen, daß es sich um ein Betriebsratsmitglied handeln muß. Auch das ist unzulässig.

Das Urteil ist zwar noch nicht rechstkräftig, weil es erst in der ersten Instanz entschieden worden ist, trotzdem sollte man sich aber dem Kapitalisten gegenüber darauf berufen.

IKAH (Arbeiterhilfe)

Keine Erwähnung der Betriebsratstätigkeit im Zeugnis

Wenn ein Kollege gekündigt wird und gegen die Kündigung Klage vor dem Arbeitsgericht erhebt, so sind die Kapitalisten häufig bereit, eine Abfindung (in Höhe von ca. einem Monatslohn pro Beschäftigungsjahr) zu zahlen, wenn der Kollege die Wirksamkeit der Kündigung vor Gericht anerkennt. Daß diese Abfindung für die Katz war, zeigte sich jedoch früher immer dann, wenn der Kollege nicht sofort eine neue Arbeit fand und deshalb Arbeitslosengeld beantragte. Das Arbeitsamt hat nämlich früher den Antrag auf Arbeitslosengeld regelmäßig abgelehnt, mit der Begründung, er habe ja die Abfindung erhalten, das sei als Arbeitsentgelt anzusehen und deshalb hätte er auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt aber entschieden, daß eine solche Ablehnung des Arbeitslosengeldes nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren ist.

In Zukunft darf daher nur noch ein Teil der Abfindung auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden, nicht aber der ganze Betrag. Wie hoch dieser Teil ist, wird vom Einzelfall abhängen.

IKAH (Arbeiterhilfe)

lehnt, mit der Begründung, er habe IKAH (Arbeiterhilfe)

Berufsverbote — **Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür**

Berufsverbote gegen Postler geplant

Dem Frankfurter Zusteller W. Repp droht ein Berufsverbot. Wie die Bundespost ihm mitteilte, bestehen Bedenken an seiner „Verfassungstreue", da er Mitglied der DKP ist. Deshalb ist seine im April 77 anstehende Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit in Frage gestellt. Gegenwärtig ist der Kollege aufgrund seines Alters noch Beamter auf Probe. Beamter auf Lebenszeit kann man erst werden, wenn man 27 Jahre alt ist.

Doch daraus soll nun nichts werden. Dies wurde ihm von der Bundespost schriftlich mitgeteilt: *„Nach Feststellungen des Bundespostministeriums können Sie auf Grund ihrer Aktivitäten in der DKP und ihrer Hilfsorganisationen nicht mit der Verleihung der Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit am 26. April rechnen."* Auch sein augenblicklicher Status eines „Beamten auf Probe" könne nicht weiter aufrecht erhalten werden. Und schließlich sei seine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis *„unabweisbar, wenn es Ihnen bis dahin nicht gelingt, die an Ihrer Treue zur Verfassung bestehenden Zweifel auszuräumen"*, so die Post weiter. Nach Meinung der Bundespost ist sogar eine Weiterbeschäftigung als Arbeiter, die theoretisch möglich wäre, ebenfalls in Frage gestellt bei jemandem, *„der nicht würdig ist, Beamter auf Lebenszeit zu werden"*. Das heißt: Berufsverbot!

Bereits im April letzten Jahres hatte die Bundespost den Zusteller wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP zu einer „Anhörung" zitiert. Systematisch wurde er vom Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht, wobei insgesamt 42 Meter Film über seine Auftritte bei Parteiveranstaltungen gedreht worden sind. Sodann teilte der Verfassungsschutz der Bundespost mit, daß gegen den Zusteller Bedenken hinsichtlich seiner „Verfassungstreue" bestehen. Die Post reagierte unverzüglich. (alle Zitate aus „Frankfurter Rundschau" vom 10.9.76).

Auch zwei weiteren Postkollegen drohen Berufsverbote aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der DKP. Es sind dies die Postangestellte R. Leis in Ludwigshafen und ein Fernmeldeingenieur in Gießen.

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg



Anprangerung von Faschisten reicht für politische Verfolgung

Antifaschistisches Engegament wird in Bochum dazu herangezogen, den Lehramtsbewerber Reinhard J. nicht einzustellen und gegen die Lehrerin Frau R. ein Verfahren einzuleiten. Beiden wird vorgeworfen, den Herausgeber einer „nationalrevolutionären" Schülerzeitung als „Neofaschisten" bezeichnet zu haben. Dies ist nach Ansicht eines Gerichtes Beleidigung!

„Beleidigt" fühlte sich Olaf Dau, Chefredakteur der Schülerzeitung, die nach seinen eigenen Aussagen „nationaldemokratische Ideen" verkündet und der in seiner Zeitung Meldungen des „Nationaldemokratischen Informations-Dienstes" (NIP) verbreitet. Die Bezeichnung „Neofaschist" empfindet er als „Beleidigung", während er sich selbst als „Nationalrevolutionär" bezeichnet.

Die „Nationalrevolutionäre" sind (sogar laut Verfassungsschutzbericht) der terroristische Flügel der Faschistenszene.

Das Vorgehen des Staatsapparats gegen die Demokraten zeigt eindringlich, daß das Faschistenpack sich heute des Schutzes durch den Staat vollkommen sicher sein kann, ohne den sie ihre Hetz- und Schmutzpropaganda kaum verbreiten könnten.

Nordischer Soziologenkongreß protestiert

Der IX. Nordische Soziologenkongreß und die Berufsorganisationen aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland verabschiedeten am 18.8. eine Resolution gegen die Repression in der BRD, in der es unter anderem heißt: *„Der IX. Nordische Soziologenkongreß will hiermit*

- *seiner Verurteilung des Berufsverbots, des § 88a und der Konsequenzen für die freie Forschung und öffentliche Diskussion in der BRD Ausdruck geben...*

Wir fordern

- *daß der Berufsverbotserlaß, der § 88a und alle entsprechenden Paragraphen unmittelbar aufgehoben werden, sowohl in ihrer Intention als auch in ihrer Praxis;*
- *daß die von diesen Erlassen betroffenen Personen unmittelbar eingestellt werden"*

(nach „Informationsdienst", 11.9.).

Dänisches Berufsverbotekomitee aktiv

Das dänische Komitee plant am 25.9. 1976 eine Anzeigenkampagne gegen das westdeutsche Berufsverbot in drei überregionalen dänischen Tageszeitungen: „Politiken" (liberal), „Aarhus Stiftstidende" (konservativ) und „Aktuelt" (sozialdemokratisch). Der Aufruf, den ca. 70 - 80 bekannte Dänen unterschrieben haben, soll zur Sammlung weiterer Unterschriften dienen. Die Unterschriftenlisten sollen am 1.10.76 (drei Tage vor der Wahl) der deutschen Botschaft übergeben werden.

Soeben erschienen ist in Dänemark ein zweites Buch über das Berufsverbot in der BRD. Titel: *„Das Berufsverbot aus dänischer Sicht"*.

Am 10.10.76 führt das Aarhuser Komitee gegen Berufsverbote eine Veranstaltung durch, an der auch Betroffene aus der BRD teilnehmen werden. Ein Plakat und ein Autoaufkleber gegen das Berufsverbot stehen vor der Fertigstellung.

Auf seiner Sitzung am 11.9.76 beschloß das Komitee in Kopenhagen bezüglich des „Russel-Komitees", weitere Informationen bei den Organisationen SB, KB und Evangelische Studentengemeinde einzuholen.

Berufsverbotekomitee in Norwegen

In Oslo entsteht ebenfalls ein Komitee gegen Berufsverbote in der BRD. Die Initiative geht von der „Norwegischen Studentenunion" (NSU) aus.

In der linken norwegischen Zeitung „Kontrast" erschien im Sommer 1976 unter der Überschrift „Krise und politische Unterdrückung in Westdeutschland" ein 15-seitiger Artikel, der die Berufsverbote als Teil einer breitangelegten politischen und ökonomischen Repression ansieht.

ökonomischen Repression ansieht.

Die Verfasser zitierten ausgiebig den ARBEITERKAMPF. Sauber!

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbote: GEW-Bundesvorstand mischt mit

Auf der Bundesvorstandssitzung am 11.9.1976 beschäftigte sich der Bundesvorstand der GEW mit der „Radikalenfrage".

Nach der grundsätzlichen Zustimmung zu den Berufsverboten *(„Gegner der fdGo gehören nicht in den Staatsdienst")* sind folgende Ansichten des Vorstandes von besonderem Interesse für die Mitglieder der GEW (hauptsächlich Lehrer):

Eine Überprüfung soll „nur" für diejenigen vorgenommen werden, *„deren Funktion eine besondere Bedeutung für die innere oder äußere Sicherheit der BRD hat."* Ein Zusatzantrag, den Erziehungsbereich nicht zu diesem Sicherheitsbereich zu zählen, wurde abgelehnt! D.h., der Vorstand stimmt damit der politischen Überprüfung der Mitglieder der GEW zu!

Bei Beamten soll, nach dem Willen des Vorstandes, die politische Gesinnung oder *„strafrechtlich nicht zu beanstandende politische Tätigkeit in der Freizeit"* nicht beurteilt oder beanstandet werden. Der Zusatz, daß diese Regelungen ebenfalls für Beamtenanwärter gelten sollen, wurde ebenfalls abgelehnt! Damit soll gerade im Ausbildungsbereich, in dem die Repression durch den Staat heute sowieso schon am schärfsten ist, die Überprüfungspraxis fortgesetzt werden!

Die Mitglieder der GEW sollten den Vorstand einmal danach fragen, ob die Gewerkschaft zum Schutze oder zur Überwachung der Mitglieder gegründet wurde. Mit der Schaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat die Gewerkschaftsführung hierauf allerdings schon eine Antwort gegeben!

Solidarität mit Alexander Schubart

83 Angestellte und Beamte des Öffentlichen Dienstes (Hochschule, Schule, Stadt und Post) haben in einer gemeinsam unterschriebenen Erklärung gegen das Vorgehen des hessischen Innenministers und des Frankfurter Oberbürgermeisters protestiert, die von dem Frankfurter Magistratsdirektor Alexander Schubart *„eine schriftliche dienstliche Erklärung über seine Teilnahme am Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros"* verlangen (dieses und alle weiteren Zitate aus einer Presseerklärung des SB vom 7.9.76). Sie weisen daraufhin, daß sie selbst, die sie *„alle im öffentlichen Dienst des Landes Hessen arbeiten, ebenso wie Alexander Schubart am Pfingstkongreß des SB teilgenommen"* haben und *„fordern den Magistrat der Stadt Frankfurt und die Hessische Landesregierung auf, ihre verfassungswidrigen Einschüchterungsversuche gegen politisch aktive Bürger dieses Landes unverzüglich einzustellen"*. Sie weisen daraufhin, daß *„zum gleichen Zeitpunkt im öffentlichen Dienst... Tätigen schriftlich verpflichtet* (werden), *sämtliche unentgeldlich ausgeübten und ehrenamtlichen Funktionen in Verbänden, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien offenzulegen"* (siehe auch AK 88).

Mit diesem Erlaß hat die Überprüfungspraxis jetzt den Grad erreicht, wo es offensichtlich nicht mehr allein um die politische Haltung der Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes gehen soll, sondern wo das *„gesamte persönliche Verhalten"* (wie es im Bundesverfassungsgerichtsurteil heißt) herangezogen werden soll. Damit soll auch der „Rückzug ins Privatleben" abgeschnitten werden, denn von einem Beamten wird verlangt, daß er sich *„jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einsetzt"* (ebenda).

Die 83 Unterzeichner *„fordern darüber hinaus alle im öffentlichen Dienst Beschäftigte auf, sich ebenfalls wie wir gegen diesen Abbau demokratischer Grundrechte zu wehren."*

SOLIDARITÄT MIT ALEXANDER SCHUBART!

Neue Fälle

Zum zweiten Mal vor die Tür gesetzt wurde der Wilhelmshavener Lehrer Moritz Herrmann. Nachdem ihm bereits im Frühjahr eine zugesagte Lehrerstelle nach einer „Anhörung" nicht gegeben wurde, bemühte er sich jetzt um eine Beschäftigung an der Volkshochschule. Nach Annahme seiner Bewerbung erfuhr er, daß er erneut „überprüft" würde. Grund: Herrmann war früher einmal SDS-Mitglied und ist noch Mitglied der SPD bzw. des SHB. Bisher reichte dies aus, ihm den Antritt seiner Arbeit zu verweigern.

Pikant: die SPD Oldenburg unterstützt ihr Mitglied Herrmann äußerst tatkräftig im Kampf gegen sein Berufsverbot – durch Gewährung eines zinslosen Darlehens von 500 DM im Monat!

★

Agnete Bauer-Ratzel wurde am 17.8. endgültig die Einstellung als Lehrerin durch das Verwaltungsgericht Mannheim verweigert. Für dieses Berufsverbot genügte allein die Mitgliedschaft in der DKP. Sogar die Möglichkeit der Revision gegen das Urteil wurde der Klägerin verweigert. Die Tatsache, daß sich die Klägerin nachweislich in der Schule jeder politischen Betätigung enthalten hatte und dies auch weiterhin tun wollte, interessierte die Richter nicht.

★

1973 unterschrieb der Stuttgarter Dozent Bernhard Weyergraf eine Solidaritätsadresse gegen das drohende Verbot der „KPD". Daraus zog die Baden-Württembergische Regierung jetzt die Konsequenz – Berufsverbot, „weil gegen seine Verfassungstreue Bedenken bestehen". Dieses ist das dritte Berufsverbot an der Stuttgarter Uni. Bereits Weyergrafs Vater wurde von den Faschisten nicht in den Staatsdienst übernommen, da er als Tierarzt „keine freudige Einstellung zum Staat" zeigte.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 19.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.

Berufsverbot wegen Libanonreise

Zu Beginn des neuen Schuljahres hat der Regierungspräsident dem Hauptschullehrer Hans Weingartz die Einstellung verweigert. Schon im Dezember 1975 hatte er ein Anhörungsverfahren, jetzt soll er sich einem weiteren „Gespräch" stellen (nach einer Presseerklärung von H.W.). Als Gründe für seine Nichteinstellung werden die gleichen angeführt, die schon für das erste Anhörungsverfahren genannt worden waren: *„Weingartz ist der führende Vertreter des seit Anfang 1971 in Bonn aufgetretenen Palästina-Komitees."*

„Im Jahre 1974 hielt Weingartz sich in einem Lager der palästinensischen Befreiungsbewegung auf und berichtete hierüber in „akut"-Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft." Richtig ist, daß sich Weingartz 1974 in einem palästinensischen Flüchtlingslager aufgehalten hat.

Weiter wurde ihm zur Last gelegt, im sogenannten „Tenno-Prozeß" (Prozesse gegen Teilnehmer einer Demonstration gegen den Besuch des japanischen Kaisers in Bonn) angeklagt gewesen zu sein, obwohl er in diesem Prozess freigesprochen wurde! Weiterhin sollte er *„Zweifel ausräumen, daß das für ihn zugelassene KFZ am 17.1.1971 bei einer Demonstration in Dortmund gesehen worden war".* Und als Gipfel wurde vom Innenministerium festgestellt, daß *„der Genannte mehrfach an Veranstaltungen kommunistischer Organisationen teilnahm".* (Dieses und alle anderen Zitate nach einem „Offenen Brief" von H.W. an den Regierungspräsidenten.)

Angriff auf Koalitionsfreiheit

Ein Oberstudienrat, der vor seiner Schule Flugblätter der GEW zur Lehrerarbeitslosigkeit verteilte, wurde von der Hamburger Schulbehörde schriftlich aufgefordert, dies künftig zu unterlassen. Eine Verteilung von „politischen Werbeschriften" (Flugblättern) verstoße gegen die einem Beamten gebotene Zurückhaltung.

Kurz zuvor wurde ein Vermerk über die *„Grenzen der Meinungsfreiheit für Beamte"* an alle Personalvertretungen der Hamburger Schulen übersandt.

In dem elfseitigen Vermerk wird das Recht von Lehrern, sich in der Öffentlichkeit zu konkreten schulpolitischen Vorgängen und Entscheidungen zu äußern, auf Tatsachen beschränkt, die bereits ohne Zutun des betreffenden Lehrers in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind.

Ferner solle Lehrer über dienstliche Vorkommnisse nicht nur gegenüber Außenstehenden Stillschweigen bewahren, sondern auch gegenüber ihren Berufsvertretungen (Gewerkschaft u.a.).

Zur Recht wurde von der GEW dieses Vorgehen als „Einengung des Koalitionsrechts" bezeichnet. Denn insbesondere wird damit das kollektive Vorgehen der Kollegen an der Schule zu verhindern versucht, da in der Regel Disziplinarmaßnahmen usw. dem Kollegen persönlich mitgeteilt werden. Der einzigen Möglichkeit, der Disziplinierung durch die Behörde zu begegnen, Herstellung der Solidarität der Kollegen oder auch der Schüler, soll der Weg abgeschnitten werden.

Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung auch für Beamte!

Berufsverbotekommission
KB/ Gruppe Hamburg

Croissant wird Auslandsreise verweigert

Den Reisepaß abgenommen haben die bundesdeutschen Behörden dem Rechtsanwalt Croissant, um zu verhindern, daß der ehemalige „RAF"-Verteidiger (erst kürzlich aus der Haft entlassen) an einer Veranstaltungsreihe gegen die politische Unterdrückung in der BRD im benachbarten Dänemark teilnimmt. Besonderes Anliegen dieser Veranstaltungsreihe, die vom 14.-17.9.1976 in Kopenhagen, Odense, Alborg und Arhus stattfand, war die Darstellung des rapiden Abbaus der Verteidigerrechte. Die Behörden begründeten den Paßentzug mit „Fluchtgefahr"! Offensichtlich ist, daß die BRD-Behörden durch solche Maßnahmen versuchen, die Weitergabe von Informationen über den Faschisierungsprozeß in der BRD massiv zu unterbinden. Daß die demokratische Öffentlichkeit Dänemarks ein breites Interesse an den Vorgängen in Westdeutschland hat, zeigt die Liste der Parteien und Verbände, die diese Veranstaltungsreihe unterstützen: Dänischer Studentenverband (DSF), Demos (Politische Buchhandlung), Internationales Verteidigungskomitee für die politischen Gefangenen in West-Europa (Sektion Dänemark), Dänische Vietnam-Komitees, Dänische kommunistische Partei (DKP), Venstre Sozialister (VS), Trotzkisten, die Zeitungen „Frit Danmark" und „Internationales Forum", Verlag „Modtryk", Homosexuelle Befreiungsfront (BBF), Vereinigung demokratischer Juristen, Asta Kopenhagen, Asta Arhus, Asta Alborg, KRIM (Vereinigung für eine humane Kriminalpolitik), Kommunistischer Bund (KF), Sozialistische Volkspartei (SF) in Arhus, Odense und Jugendverband der SF (SFU), Dänisches Berufsverbote-Komitee („Information", 11.9.76, „Minavisen", 15.9.76).

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Polizeieinsatz in der Schule

Der leitende Schulrat des Bezirks Tiergarten, Heinz Schimmang, ließ die Polizei rufen, um die vom Dienst suspendierte Lehrerin Uta Ulrich gewaltsam aus der Schule zu holen. Anlaß für die Suspendierung: Uta U. hatte gegen die Zusammenlegung von Klassen protestiert und sich auf einer Demonstration mit den Schülern solidarisch erklärt.

In einem Flugblatt forderte sie die Aufhebung des Beamtenrechts, welches Lehrern u.a. verbietet, Maßnahmen der Schulbehörde öffentlich zu kritisieren.

Viele Schüler stellten sich daraufhin auf die Seite der Lehrerin, verteilten Flugblätter, sammelten Unterschriften für eine Protestresolution usw. Ein gefordertes Gespräch mit „Volksbildungsrat" Schmidt lehnte dieser ab, da er nicht mit „revolutionären Gewalttätern" (!!) reden wollte.

An den folgenden Tagen war Polizei vor der Schule postiert, um die Lehrerin am Betreten der Schule zu hindern. Uta Ulrich erwartet jetzt ein Berufsverboteverfahren (Information nach „Stern", 38/76).

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

So nicht!

Für den 3. 9. riefen acht vom Berufsverbot Betroffene (fast alle wegen DKP-Mitgliedschaft) zu einer Veranstaltung in Hamburg auf, zu der auch *„Vertreter von Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD aus Frankreich, Dänemark und den Niederlanden"* angekündigt wurden. Wer sich allerdings davon versprochen hatte, etwas über den ausländischen Protest zu hören und wer etwa diskutieren wollte, wie die westeuropäische Linke gemeinsam gegen die Repression in der BRD vorgehen könnte, der wurde enttäuscht. Ganze 120 Menschen hatte die DKP zu dieser Veranstaltung mobilisiert und schnell wurde auch deutlich, daß es sich um eine verkappte Wahlveranstaltung handelte. Nachdem die Betroffenen die *„ungeheure Unterstellung zurückgewiesen hatten", „sie böten nicht die Gewähr jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten"* (Aufrufflugblatt), kam endlich die entscheidende Frage (von einem Zuhörer gestellt) auf den Tisch: was sagen die ausländischen Vertreter zur Zersplitterung des Kampfes gegen die Berufsverbote in der BRD und welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit sehen sie?

Eindeutig positiv äußerten sich hierzu allerdings nur die dänischen Vertreter. Ihrer Ansicht nach nutzt jede Spaltung nur der Reaktion. Eine weitere Diskussion ließen die Veranstalter nicht zu, denn jetzt setzte die obligatorische DKP-Wahlkampfrede ein, in der sich eindeutig gegen ein Zusammengehen mit allen Linken ausgesprochen wurde, die nicht mit Händen und Füßen auf dem Boden der bürgerlichen Verfassung stehen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Lockheed-Skandal in der BRD

Ein Hund wäscht den anderen

Nach neuesten Enthüllungen der „Frankfurter Rundschau" soll das Verteidigungsministerium unter Franz Josef Strauß *„ungewöhnliche Provisionen"*, also Schmiergelder an die Lockheed-Vertretungen in der Schweiz (Firma Meuser) und in der BRD („Deutsche Kommerz GmbH" Frank-Fahle) gezahlt haben. Es handelt sich um Beträge von insgesamt 3,5 Mio. DM. Diese Gelder seien zur Beschaffung der ersten 96 „Starfighter"-Flugzeuge überwiesen worden und ein Bericht des Bundesrechnungshofes stellt dazu später fest, daß die abgeschlossenen Verträge *„in vielen Punkten auffällig ungünstig für die BRD gewesen sind"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", FAZ, 10.9.76).

Inzwischen wurden die Zahlungen an die beiden genannten Verbindungsbüros nicht bestritten, sondern zugegeben, daß die Firma Lockheed selber diese Summe an die Agenturen zahlte und sich dann vom Verteidigungsministerium zurückerstatten ließ. Es ist anzunehmen, daß die Lockheed-Gelder über diese Agenturen zu Bestechungen der CSU-Prominenz verwendet wurden. Eine noch höhere Summe von insgesamt 6,8 Mio. DM hat das Verteidigungsministerium unter Strauß an sogenannten „Gemeinkostenzuschlägen" an bisher dunkle Hintermänner gezahlt. Die *„Gemeinkostenzuschläge"* schlüssein sich auf in *„Schenkungen und Spenden"* oder *„Lebensversicherungsprovisionen für Direktoren, Beamte, Firmeninhaber und andere Personen, wodurch der Auftragnehmer direkt oder indirekt begünstigt wird"* („FR", 11.9.76).

Tatsache ist, daß zur Beschaffung der Starfighter Anfang der sechziger Jahre Bestechungs- und Schmiergelder gezahlt worden sind. Näheres ist aus dem 30.000 Seiten umfassenden Bericht über die Lockheed-Affäre über die BRD zu erfahren. Dieser Bericht, der in Holland und Japan ausgewertet wurde und zum Rücktritt der Bestochenen geführt hat, liegt noch immer in den USA.

Offensichtlich ist die Bundesregierung bemüht, diese Enthüllungen zu verschleiern und alles im Dunkeln zu lassen. Daß sich das Lockheed-Material noch nicht in der BRD befindet und von der SPD als Wahlkampfschlager gegen Strauß eingesetzt wird, hängt damit zusammen, daß die SPD selbst ebenfalls kräftig mitgemischt und geschmiert haben muß. Deshalb versuchen alle bürgerlichen Parteien, über die Bestechung viel Gras wachsen zu lassen.

Antimilitarismuskommission

Bundeswehrkorps produziert Platte mit SS-Musik

Das Bundeswehr-Musikkorps 5 unter Leitung des Oberstleutnants Schlüter hat im Munin-Verlag, der auch das Organ der SS-Nachfolgeorganisation HIAG „Der Freiwillige" herausgibt, eine Platte herausgegeben, in der ausnahmslos Märsche, die SS-Regimenter sich zur Parade zulegten und die auch zum Ruhme der SS komponiert wurden (wie z. B. der „Ostpreußenmarsch") gespielt werden. Selbst auf der Plattenhülle wird stolz verkündet, daß es sich um „Märsche aus der Zeit der Waffen-SS" handelt. Für diese Platte wird auch in Bundeswehrzeitschriften geworben (nach „die tat" vom 10.9.76).

Wieder faschistischer Offizier bei der Bundeswehr

Am 17.8.76 hat die Nachschubkompanie 140 der Panzerbrigade 140 in Koblenz den Befehl bekommen, den argentinischen Major im Generalstab Isidro Caceres an ihrem Dienst teilnehmen zu lassen. Die Kompanie wurde angewiesen, den hohen Stabsoffizier mit dem Versorgungsablauf von Kampfeinheiten vertraut zu machen. Zwei Unteroffiziere protestierten in einer Erklärung, die sie der „tat" (siehe Ausgabe vom 3.9.76) übergaben, dagegen. In ihrer Erklärung weisen die beiden Unteroffiziere auf die erwiesenen Verletzungen der Menschenrechte in Argentinien, auf die Folterkammern, auf die Verschleppung des Münchner Studenten Klaus Zieschank u. a. hin. Weiter fordern sie einen sofortigen Ausbildungsstop für faschistische Offiziere. Weniger verständlich in ihrer Erklärung ist ihr Erstaunen über das Verhalten der Bundeswehrführung in dieser Frage, gehört das doch schon seit langem zum Alltag in der Bundeswehr – trotz eines entgegenstehenden Beschlusses der SPD-Bundestagsfraktion vom 16.9.75. Nach einer Entscheidung von Minister Leber ist auch in den nächsten Monaten mit der Ausbildung von Offizieren aus Iran, Indonesien, Südkorea, Bolivien, Brasilien und Argentinien usw. zu rechnen.

Meldungen

Cuxhaven:
Am 8. September berichteten die „Cuxhavener Nachrichten" („CN") über die Anwesenheit eines brasilianischen Offiziers im Altenwalder Panzergrenadierbataillon 71.

Es handelt sich um einen gewissen Wolfgang Boeger, Oberstleutnant im Generalstab der brasilianischen Armee. Die Umstellung ist ihm nicht sehr schwer gefallen, denn „für Oberstleutnant Boeger gibt es zwischen der brasilianischen Armee und der Bundeswehr keine großen Unterschiede! Würde ich mich sonst hier wohlfühlen? " („CN"). Das wirft wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf die uns als so „demokratisch" angepriesene Bundeswehr. Schließlich liest man gar in der „CN": „Kommandeur wie Offiziere bedauern, daß seine Tage in der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne gezählt sind". Also: Freunde unter sich ...

Am 1. Oktober kommt Boeger an die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese. Nach insgesamt 15 Monaten Aufenthalt in der BRD fährt er wieder ins faschistische Brasilien, wo er seine neu erworbenen Fähigkeiten dann gegen die brasilianische Arbeiterklasse einsetzen wird.



Mit vorgehaltenem Maschinengewehr ließ der ehemalige Hammer NPD-Vorsitzende Niggemann, Major in der Ahlener Westfalenkaserne, „Elan"-Verkäufer abräumen.

★

Abgabe von Flugblättern befohlen

Der Oberleutnant Spielberg, stellvertretender Kommandeur des Fernmeldebataillons 2 in der Fritz-Erler-Kaserne in der Nähe von Kassel hat folgenden Befehl erlassen:

„Werden in der Nähe einer Wache außerhalb militärischer Sicherheitsbereiche Drucksachen, Flugblätter usw. verteilt, trifft der Offizier vom Wachdienst (oder sein Stellvertreter) folgende Maßnahmen:
Findet er auf der Schrift den Hinweis „Diese Zeitung (dieses Flugblatt) ist Dein persönliches Eigentum. Nicht abnehmen lassen!" oder einen ähnlichen Satz, so handelt es sich wahrscheinlich um eine Zersetzungsschrift. Er hält die Personalien der Soldaten fest, die sich weigern, ihm freiwillig das Flugblatt zu geben.
Er befiehlt die Abgabe der Flugblätter bis auf eins, wenn ein Soldat mehrere davon hat. Er läßt sich von der Polizei die Personalien der Flugblattverteiler geben."

Dieser Befehl, der eindeutig gegen bestehende Gesetze verstößt, zeigt, wie immer frecher die reaktionären Offiziere in der Kaserne werden. Erstens dürfen sie kein Privateigentum beschlagnahmen, zweitens ist es Aufgabe der Gerichte, darüber zu urteilen, inwieweit eine Schrift eine „Zersetzungsschrift" ist und drittens sind Polizisten nicht der Bundeswehr unterstellt.
(nach „die tat", 10.9.76).



Kluges neuester Film:

In der BRD unterdrückt, im Ausland gefeiert

Der linke Filmemacher Alexander Kluge, bekanntgeworden durch gesellschaftskritische Filme, wie z.B. „Lohnarbeit einer Sklavin" hat bereits vor einigen Monaten einen neuen Film fertiggestellt. Der Film beschreibt die Geschichte eines Werkschutz-Mannes, der wegen allzu groß angelegter und perfektionistischer Sicherheitsmaßnahmen entlassen wird. Angesichts seiner Entlassung dreht der Werkschützer durch und schießt schließlich einem Minister in den Hintern.

Der Film *„Der starke Ferdinand"*, an dem Kluge zwei volle Jahre gearbeitet hat, lief jetzt in den Kinos an.

Das Bemühen Kluges, diesen Film mit Hilfe der bürgerlichen Presse mit „liberalem" Selbstverständnis, einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, scheiterte an der Absage von „Spiegel" und „Zeit".

Ohne jede Öffentlichkeit bot sich den Filmverleihern eine gute Gelegenheit, Kluges Film mit der demagogischen Begründung *„nicht unterhaltenswert"*, da kein Publikum erschien und damit als *„nicht filmwirtschaftlich"* nach kurzen Laufzeiten wieder abzusetzen.

Diese Demagogie wird umso deutlicher, vergegenwärtigt man sich noch einmal die monatelange Pressekampagne für solche reaktionären und faschistoiden Machwerke, wie „Der Exorzist", „Weißer Hai", „Die Geschichte der O." und viele andere mehr.

Das reaktionäre Kulturblatt „Filmecho" hetzte gegen Kluges Film: *„...(dieser)...ist wiedrum kein Kinofilm im filmwirtschaftlichen Sinne, er ist zum anderen Mal ein politischer Film, der gegen die sogenannte bürgerliche Gesellschaft angeht und mit sozialistischen Ideen hantiert."*

Dem „Filmecho" ist es schon unerträglich, daß Filme, die sich kritisch mit den bestehenden Verhältnissen auseinandersetzen, überhaupt noch vom staatlichen Filmförderungswerk mitfinanziert werden.

„In Filmtheaterkreisen ...wird man sich überlegen müssen, ob es unter diesen Umständen und Voraussetzungen ...auf Dauer Sinn hat, Gelder in eine Kasse zu zahlen, aus der Filme bezuschußt und im Endeffekt erst möglich gemacht werden (!), die nicht nur filmwirtschaftlich keinen Wert (haben)..."

Die Filmverleiher in der BRD beschleunigen mit ihren Boykotts fortschrittlicher Filme die Politik der Repression und Zensur auch auf dem Kultursektor bei gleichzeitiger massiver Förderung raeaktionären Schunds.

Auch auf diesem Gebiet steht die BRD einsam an der Spitze: Auf den Filmfestspielen in Cannes erhielt Kluges Film den Preis der internationalen Filmkritik.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

In AK 86 fand ich einen Artikel über eine erstmalige Zensur bei internationalen Filmfestspielen in Westberlin. Der japanische Spielfilm „Im Reich der Sinne" wurde beschlagnahmt, weil er gegen den Pornoparagraphen 184 verstoßen soll.

Dazu steht im AK: *„Uns soll hier weniger interessieren, welches der Inhalt des Filmes war"*. Die Beschlagnahme des Filmes wird als Einschränkung der freien Film- und Pressearbeit in der BRD verurteilt. Meiner Meinung nach ist diese Geschichte so einfach nicht. Sicher hat die Westberliner Staatsanwaltschaft den Film nicht aus fortschrittlichen Motiven beschlagnahmt, sondern mit Hilfe von Paragraphen (88a und 130a), die sie willkürlich gegen Filme einsetzen kann, die nicht im Rahmen der „Norm" liegen. Ich finde es auch vollkommen richtig, diese Seite des Angriffs auf die Meinungsfreiheit von Filmemachern aufzuzeigen.

Falsch finde ich es allerdings, über den Charakter des Filmes (Porno) einfach hinwegzuhuschen, als käme es uns nur darauf an, daß hier die Meinungsfreiheit des Produzenten angetastet wird. Ich erinnere nur daran, daß in vielen Städten Aktionen gegen den Porno „Geschichten der O" liefen, daß auch Strafanzeigen gestellt wurden, mit der Aufforderung, den Film zu verbieten.

Es ist klar, daß BRD-Richter einen Porno nicht verbieten, weil er die Würde der Frauen in den Dreck zieht und faschistisch ist; und trotzdem kann es nur in unserem Sinne sein, daß ein solcher Film verboten wird, das sollten wir agitatorisch ausnutzen, indem wir beide Seiten aufzeigen.

Die Konsequenz des AK-Artikels hieße doch, wenn ein Nazi-Film aus „moralischen" Gründen verboten würde, weil er einfach zu brutal ist, würden wir das Verbot als Angriff auf die Meinungsfreiheit beklagen!?

Ich bin jedenfalls sehr dafür, daß die Meinungsfreiheit solcher Faschisten beschnitten wird!!

Eine Genossin aus Bremen

Antwort der Redaktion

Wir meinen, daß dem Leserbrief eine innere Logik nicht abzusprechen ist. Dies wirft aber unserer Meinung nach eher ein Licht auf die Problematik und Fragwürdigkeit der Forderung nach dem Verbot des Films „Geschichten der O.". Die Grenzen, wie weit mann dann konsequenterweise auch das Verbot anderer Pornographie (in Filmen, Büchern etc.) fordern müßte, sind offensichtlich gar nicht genau zu definieren. Eines wissen wir aber als Kommunisten mit völliger Sicherheit: Wenn der bürgerliche Staat als Kontrollbehörde entscheidet, welche Pornographie er zuläßt und welche er verbietet, so wird er zweifellos frauenfeindliche Machwerke wie die „Geschichten der O." freigeben, während er Filme mit leisen „antifaschistischen" Anklängen wie Pasolini's „90 Tage von Sodom" verbietet. Die Annahme, der bürgerliche Staat könnte „aus 'moralischen' Gründen" einen Nazi-Film (!) verbieten, erscheint doch reichlich weit hergeholt und naiv.

Wenn der bürgerliche Staat, angesichts des allgemein zugänglichen Massenangebots an Pornographie, ausgerechnet bei internationalen Filmfestspielen einen Film als „pornographisch" beschlagnahmen läßt, so ist die politische Absicht dahinter völlig eindeutig! Insofern braucht man den Film wirklich nicht zu kennen und zu beurteilen, um diese Beschlagnahme als „moralisch" getarnten politischen Angriff einzuordnen und dagegen zu protestieren.

Zu den Aktionen – insbesondere von Frauengruppen – gegen den Film „Geschichten der O." ist außerdem unserer Meinung nach kritisch anzumerken, daß sie der „Subtilität" und der Raffinesse, mit der dort frauenfeindliche, faschistoide Vorstellungen „an den Mann" gebracht werden, oft nicht gerecht wurden. Der Kampf gegen die mit solchen Filmen verbreitete Ideologie erfordert ein anderes Vorgehen als beispielsweise der Kampf gegen das Auftreten der NPD, wenn man nicht an dem Bewußtsein der Menschen vorbeigehen will, die mit solchen Machwerken beeinflußt werden sollen. Die Forderung nach dem V e r b o t des Films berücksichtigt außerdem nicht in der richtigen Weise die Tatsache, daß die dort verbreiteten Vorstellungen ja auch sonst sehr allgemein – wenn auch nicht immer so unverhüllt und so „ästhetisch" verpackt – von der Bourgeoisie ins Volk getragen werden. Die eigentliche Aufgabe besteht also darin, sich kontinuierlich und allseitig mit diesen Vorstellungen und ihren materiellen Grundlagen auseinanderzusetzen und ihnen entgegenzutreten, statt sich im Frontal-Angriff auf e i n besonders übles „Spitzenprodukt" zu verrennen.

Kommt zum Mehrganfest des ISV!

Dem iranischen Mehrganfest liegt eine wahre geschichtliche Tatsache zugrunde, die vom iranischen Volk durh die folgende Geschichte überliefert wurde:

Es lebte einst der grausame König Zahhak. Seine Macht kam von einer Schlange, die auf seinen Schultern ruhte, ohne die Schlange konnte er nicht leben. Die Schlange mußte täglich einige Menschengehirne fressen. So verfolgte Zahhak die armen Leute und tötete sie, um ihre Gehirne der Schlange zum Fressen zu geben.

Aber es kam der Tag, an dem sich das Volk erhob. Unter der Führung des Schmieds Kaweh stürzten sie den grausamen König.

Dieser Volksaufstand gegen die Unterdrückerherrschaft wird beim Mehrganfest gefeiert.

Das heutige Mehrganfest soll der Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Iran dienen. Dieser Kampf des iranischen Volkes richtet sich gegen das Schahregime und die Schlange des Kapitalismus und Imperialismus, ohne die das Regime nicht leben kann. Diese Schlange frißt auch heute die Gehirne der iranischen Menschen. Nur der bewaffnete Kampf wird sie töten.

auch heute die Gehirne der iranischen Menschen. Nur der bewaffnete Kampf wird sie töten.

Samstag, 25.9.76, Mensa der Universität, Schlüterstraße, 20 Uhr.

Das Fest wird veranstaltet vom Iranischen Studentenverein Hamburg (ISV), Mitglied der CISNU.

Die Veranstaltung wird unterstützt u.a. von der Nahost-Kommission des KB/Gruppe Hamburg.

Einige Teile des Programms:
- Folkloretänze (Kurdische Studentenvereinigung)
- Lieder und Musik (MIR, AELA)
- pantomimisches Theaterstück über den bewaffneten Kampf in Iran
- Chor mit Liedern der Volksfedajin und der PFLO (Oman)
- Essen und Trinken
- Tombola

Eintrittskarten sind im ARBEITERBUCH, am Tisch des ISV im Mensavorraum und abends am Eingang zu erhalten.

Der Überschuß aus dem Kartenverkauf und das Ergebnis einer Spendensammlung gehen an die iranischen Kampforganisationen Volksmujahidin und Volksfedajin.

Kommt und unterstützt den bewaffneten Kampf in Iran!

„Mihan Parasten" sendet auf persisch und arabisch ARBEITERKAMPF-Artikel

Der persische revolutionäre Sender „Mihan Parastan" sendet auf persisch und arabisch im Nahen Osten Artikel aus unserer Zeitung. U.a. wurden unsere Artikel über Oman, Dhofar und Timor aus *„Arbeiterkampf, die Zeitung des Kommunistischen Bundes"*, so der Wortlaut, gesendet, ebenso wie im vollen Wortlaut auf persisch und arabisch die Grußbotschaft des KB an den CISNU-Weltkongreß, der im Januar dieses Jahres stattfand.

(Die CISNU hat inzwischen eine Broschüre mit Dokumenten zum Kongreß herausgegeben, Anm. AK)

(nach Informationen durch CISNU-Genossen in Köln)

PFLP dankt für Spenden

Wir haben der PFLP im April und im August die bis dahin aufgelaufenen Spenden von 3000 DM und 4000 DM zugeleitet. Auf Grund der Verhältnisse haben wir dafür erst jetzt Spendenbestätigungen erhalten. Wir möchten eine davon im Wortlaut wiedergeben:

Liebe Genossen:

Wir senden euch unsere Grüße und drücken unseren revolutionären Dank aus für die Anstrengungen, die ihr unternehmt, Spenden zu sammeln, die unsere Sache unterstützen.

Wir erklären hiermit, daß wir den Betrag von 4000 DM erhalten haben, von und über den KB im August 1976.

Im Namen der PFLP

...

PFLP-Komitee für internationale Beziehungen

3. September 1976

Die Spendenbestätigungen haben die Form handschriftlicher Briefe. Wir können sie deshalb hier nicht abbilden.

Blockfreie Länder bauen Nachrichtenverbund auf

Anfang Juli trafen sich Delegierte aus fast 60 blockfreien Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Europas zu einer Konferenz über die Schaffung eines Nachrichtenverbundes in Neu-Delhi.

In der Eröffnungsrede äußerte Indira Gandhi die Hoffnung, *„daß die Konferenz den Anfang entschlossener Bemühungen darstellen werde, ein weiteres Überbleibsel des Kolonialismus zu korrigieren"*. Sie warnte vor einer unbedachten Übernehme der Darstellungen westlicher Nachrichtenagenturen und Verlage und wies darauf hin, daß die Medien mächtiger Länder die Regierungen ihrer ehemaligen Kolonien als unfähig und korrupt hinstellen wollten und die Dinge so darstellten, als ob sich deren Völker nach der „guten alten Zeit" zurücksehnten (nach Monitor-Dienst, 9.7.76).

Das Ergebnis der Konferenz war die Annahme eines Statuts des Verbunds der Nachrichtenagenturen der blockfreien Länder und die Bildung eines Koordinationsausschusses.

In einer von indischer Seite eingebrachten Deklaration wird die Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit im Bereich des Fernsehens, Rundfunks, Films und der Verlagstätigkeit vorgeschlagen (M-D, 13.7.76). Die Delegierten sprachen sich einstimmig dafür aus, die „fundamentalen Prinzipien der Massenmedien" neu zu formulieren mit dem Ziel, den Frieden in der Welt zu stärken und umgekehrt rassistische Diskriminierung, Apartheid, Zionismus, Neokolonialismus und jede andere Form der Unterdrückung zu bekämpfen („FAZ", 14.7.76).

So begrüßenswert der Versuch der Blockfreien zweifellos ist, sich unabhängig zu machen von dem imperialistischen Nachrichtenmonopol, so darf man darüber nicht vergessen, daß die Bemühungen darum von indischer Seite reichlich damagogisch sind. So sind doch gerade in Indien Pressegesetze verabschiedet worden und Anfang des Jahres gegen rund fünfzig indische Jounalisten Berufsverbote verhängt worden, die eine Zensur durch die Regierung bedeuten, um deren reaktionäre Maßnahmen abzudecken und die Informationen darüber kanalisieren zu können.

Auch der Rausschmiss der US-Agentur UPI aus Indien, der im Juli erfolgte, muß von dieser Seite her betrachtet werden.

Als Beispiel dafür, wie die Vertreter der sogenannten „unabhängigen" und „freien" westlichen Nachrichtenagenturen auf den Beschluß der Konferenz reagierten, mag folgendes Zitat aus der „Welt" (vom 2.8.76) hinreichend dienen:

„Für die Interamerikanische Pressegesellschaft, einem traditionsreichen (!) und angesehenen Zusammenschluß freier (!) und unabhängiger (!) Zeitungen und Agenturen in der westlichen Hemisphäre ist das ein Triumph für Gruppen und Ideologien (!), die auf der ganzen Welt vehement und fortdauernd die völlige Gängelung oder gar Zerstörung der unabhängigen Medien erreichen wollen".

Kommentar überflüssig ....

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Sammlungsverbot für den Befreiungskampf in Südafrika

Nachdem der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof zwei Heidelberger Komitees eine Sammlung für den chilenischen Widerstand und den Befreiungskampf des Volkes von Dhofar verboten hatte (wir berichteten in AK 87), fällte jetzt das Kölner Ordnungsamt ein ähnlich skandalöses Urteil.

Der „Liga gegen den Imperialismus" wurde eine Sammlung für Azania (Südafrika) mit der folgenden Begründung verboten:

„Wie aus Ihrem Antrag hervorgeht, unterstützen Sie die Kampfhandlungen der Völker im südlichen Afrika gegen die Rassistenregimes Vorster und Smith. Hierdurch ist die Gefahr gegeben, daß durch die Sammlung die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gestört wird. Gemäß § 2 Abs. 1a des SG NW ist die Erlaubnis daher zu versagen." („Rote Fahne", 1.9.76)

Solidarität mit dem antifaschistischen

Solidarität mit dem antifaschistischen Widerstand in Spanien!

Die militanten spanischen Gewerkschaften, die Arbeiterkommissionen, haben in Spanien eine Solidaritätskampagne gestartet, die dem weiteren Ausbau der demokratischen Strukturen des Volkswiderstandes gegen die faschistische Diktatur dient. Zu diesem Zweck wurden von den Arbeiterkommissionen u.a. Solidaritätsbons, die antifaschistische Parolen und Symbole in den nationalen Farben der Völker Spaniens zeigen, hergestellt. Diese Bons werden zu einem Solidaritätspreis von 25 Peseten verkauft, bisher wurden bereits 2 Millionen Stück illegal vertrieben.

Die Initiative „Solidarität mit den spanischen Völkern", sowie die Redaktion der Emigranten-Zeitung „Die neue Stimme" (Hamburg), haben diese Initiative der spanischen Antifaschisten aufgegriffen und verkaufen ab sofort Solidaritätspostkarten zum Stückpreis von 2,–DM. Das so gesammelte Geld soll hälftig der Arbeiterkommisssion und der Demokratischen Volksversammlung (Asambleas populares) von Navarra zukommen (Navarra ist eines der Zentren mit den am weitesten entwickelten Arbeiterkämpfen). Die Postkarten zeigen farbige Abbildungen antifaschistischer Wandmalereien, die in Spanien z.T. ganze Häuser bedecken, sowie erläuternde Texte dazu.

(siehe Abdruck)

Die Solidaritäts-Postkarten können von Spanien-Initiativen, linken Buchläden und Einzelpersonen bei folgender Adresse bestellt werden:

Ch. Piotter, Schinkelstr. 1, 2 HH 60



Gedicht gegen die faschistischen Luftangriffe:
Da kommen, kommen, kommen
langsam, langsam, langsam
die gierigen, die tötlichen
Mörder aus der Luft.

11.September
Chile-Solidarität in Westdeutschland

In der Woche um den dritten Jahrestag des blutigen Rechtsputsches in Chile, den 11.September, wurden auch in diesem Jahr wieder eine Reihe von Chile-Veranstaltungen in der BRD durchgeführt. Die Initiative dazu ging von der „chilenischen Linken" aus, die kurz zuvor eine gemeinsame Plattform veröffentlichten.

Die folgende Aufstellung uns bekannt gewordener Veranstaltungen und Demonstrationen zeigt, daß diese insgesamt recht „bescheiden" ausgefallen sind, wenn man sie mit den vorjährigen Kampagnen vergleicht, oder auch z.B. mit der diesjährigen Früh-Sommer-Kampagne, die im wesentlichen von unserer Organisation (sowie kleineren örtlichen Initiativen) getragen wurde und an der immerhin noch etwa 10.000 Leute beteiligt waren.

Die größten Veranstaltungen gab es in Westberlin, Hamburg und Stuttgart. In Westberlin wurde am 11.September eine Demonstration mit etwa 4.000 Beteiligten organisiert, deren offizieller Veranstalter die „chilenische Linke" (Bündnis von MIR, MAPU, PS und IC) war, und zu der hauptsächlich der KB, das SB und verschiedene „Sponti"-Gruppen mobilisierten. Die geplante Veranstaltung in Westberlin wurde wieder abgesagt, nachdem sich bei internen Verhandlungen die Differenzen als zu groß erwiesen.

In Hamburg wurde am 16.September eine Veranstaltung durchgeführt, zu der der KB mobilisierte und an der schließlich etwa 2.500 Menschen teilnahmen. Neben dem KB hielt in Hamburg der MIR eine Rede und ein PS-Vertreter eine kürzere Gruß-Ansprache an die Versammlung, es gab eine kurze Diskussion mit den chilenischen Vertretern sowie Musik von der MIR-Gruppe KARAXU. Es wurden gut 13.000 Mark für den MIR gesammelt.

In Stuttgart wurde am 11.September eine regionale Demonstration mit etwa 1.500 bis 2.000 Leuten durchgeführt. Die Initiative dazu übernahmen die baden-württembergischen Exil-Chilenen und das Stuttgarter Chile-Komitee, in dem Genossen verschiedener Organisationen mitarbeiten. Auf der Abschluß-Kundgebung sprach sogar ein Vertreter des DGB (Moneta).

Neben diesen drei größeren Veranstaltungen wurde nur noch eine Reihe recht kleiner Veranstaltungen durchgeführt, so u.a. in

—**Bremerhaven**: hier führte der KB am 11. September ein Frauenfest zugunsten des chilenischen Widerstandes durch, auf dem etwa 250 Mark gesammelt wurden;

— **Bochum**: an einer Veranstaltung der „chilenischen Linken" am 15.September, zu der einige westdeutsche Gruppen (u.a. der KB) mobilisierten, nahmen knapp 200 Personen teil; auf einer Diskussionsveranstaltung des Chile-Komitees am 11.September mit etwa 30 Beteiligten, entwickelte sich eine scharfe Auseinandersetzung mit den Positionen des KBW, deren Entlarvung recht gut gelang;

— **Bremen**: zu einer ganz kurzfristig von der „chilenischen Linken" angesetzten Kundgebung am 11.September erschienen gerade 40 Leute, es sprach ein Vertreter des MAPU;

— **Kassel**: hier wurde von verschiedenen Linken (u.a. KB) ein Solidaritäts-Fußball-Turnier mit sechs Mannschaften durchgeführt, das 146 Mark für den chilenischen Widerstand brachte; zwei Tage darauf führte der KB noch eine kleine Diskussions-Veranstaltung mit 40 Teilnehmern durch, an der sich aber bloß noch zwei Genossen der GIM beteiligten, mit denen eine politische Auseinandersetzung geführt wurde;

— **Hannover**: zu einer ebenfalls sehr kurzfristig angesetzten Veranstaltung der „chilenischen Linken", mobilisierte — nach anfänglichem Zögern — bloß der KB; es kamen nur 80 Leute;

— **Frankfurt**: hier wurde am 18.Sept. von der „chilenischen Linken" eine Veranstaltung durchgeführt, zu der uns bei Redaktionsschluß noch keine Informationen vorlagen, die aber vermutlich — hinsichtlich der Teilnehmerzahl — ein Frankfurter „Rekord nach unten" sein wird;

— **Kiel**: am 13.Sept. führte das dortige Chile-Komitee eine kleine Veranstaltung mit etwa 50 Teilnehmern durch, auf der ein Vertreter des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT sprach, der u.a. die KBW-Thesen zum Wirtschaftsboykott und den ausländischen Kreditvergaben an die Junta kritisierte.

—**Braunschweig**: auf einer Aktionseinheits-Veranstaltung mit knapp 200 Mitgliedern, sprachen nacheinander das Chile-Komitee, eine Vertreterin des chilenischen CUT und einer des KB, zwei Gruppen spielten Musik (u.a. das ‚Hamburger Straßentheater'), es wurden allerdings bloß etwa 250 Mark gesammelt. Auf einem späteren Solidaritäts-Fußball-Turnier mit 18 Mannschaften konnten allerdings nochmals 1.200 Mark gesammelt werden. — Der KBW kündigte noch eine eigene (Provokations-)Veranstaltung zum Thema „Die Forderung nach Boykott der Junta schadet der Solidaritätsbewegung" an, wie sie auch aus anderen Städten bekannt wurde.

Die Gründe für die offensichtliche Abnahme der Chile-Solidarität sind vielgestaltig. Da sind zum einen einige objektive, nur schwer beeinflußbare, Gründe, wie z.B. die Tatsache, daß der Putsch nunmehr schon drei Jahre zurückliegt und eine gewisse allgemeine ‚Müdigkeit' innerhalb der Solidaritätsbewegung eingetreten ist; da ist z.B. die Tatsache, daß sich die Aufmerksamkeit der westdeutschen Linken (nicht ganz zu unrecht) derzeit auf andere Konfrontations-Zentren des internationalen Klassenkampfes konzentriert und ausgerichtet ist (u.a. arabische Welt/Nahost, südliches Afrika und Südeuropa); da rächt sich heute die früher allgemein von der Chile-Solidaritätsbewegung (mit Ausnahme unserer Organisation) betriebene falsche politische Orientierung auf einen raschen Sturz der Junta, was heute in eine gewisse Resignation innerhalb der Bewegung umgeschlagen hat; da ist z.B. die Situation des Wahlkampfes in der BRD zu nennen, der für viele Linke derzeit das ganze politische Engagement in Anspruch nimmt, was noch durch die karrieristische Eigenkandidatur linker Gruppen (z.B. GIM) gesteigert wird, die früher die allgemeinen Chile-Kampagnen durchaus mitgetragen haben; da muß schließlich auch der politisch-ideologisch zersetzende Einfluß auf die Chile-Solidarität (wie allgemein auf den proletarischen Internationalismus) durch Gruppen genannt werden, die der chinesischen Außenpolitik folgen (v.a. KBW).

Trotz dieser — für die Chile-Solidaritätsbewegung nur schwer oder gar nicht beeinflußbarer Faktoren — führte ein weiterer, in diesem Jahr besonders scharf auftretender Umstand zur künstlichen Abschwächung der Kampagne. Traditionell bereitete die westdeutsche Linke, und besonders der KB, die Chilekampagnen in sehr enger Absprache mit den chilenischen Organisationen, besonders dem MIR vor, wobei wir dem jeweils konkreten Anliegen des MIR stets besondere Aufmerksamkeit widmeten. Der Eindruck, der sich jedoch schon im letzten Jahr andeutete, zeigte sich dieses Jahr besonders krass: Für den MIR spielte diesmal die Massenmobilisierung in der BRD anscheinend bloß noch eine Nebenseite bei seinen Bemühungen um „Vereinheitlichung" mit anderen chilenischen Organisationen, besonders der PS.

Wir können nicht beurteilen, welche möglicherweise positive Rückwirkungen diese Bemühungen des MIR auf den Kampf in Chile selbst haben. Auf eine optimale Massenmobilisierung in der BRD haben diese „Vereinheitlichungs"-Bestrebungen des MIR jedoch allemal eine schlechte, zum Teil sogar katastrophale Auswirkung.

Zum einen haben die „Vereinheitlichungs"-Bemühungen Abstriche von der politischen Aussage des MIR zur Folge gehabt, die im Extremfall eine Zusammenarbeit mit westdeutschen revolutionären Organisationen unmöglich macht, in jedem Fall aber erheblich erschwert. Der Ausfall der geplanten Veranstaltung in Westberlin z.B. hat hier seine Ursachen. Der Versuch der „chilenischen Linken", eine Kritik am westdeutschen Imperialismus während gemeinsamer Veranstaltungen zu verbieten, ist ein weiteres Ergebnis dieser Entwicklung und bedeutet tendenziell die politisch-ideologische Zersetzung der Bewegung. Umgekehrt versuchen PS und IC dem MIR „Bündnispartner" aus der westdeutschen reformistischen Szene aufzudrängen, die zwar keinerlei Massenmobilisierungskraft haben (bzw. zur Mobilisierung gar nicht bereit sind), „dafür" aber eine Zusammenarbeit mit revolutionären Gruppen, z.B. mit dem KB („K"-Gruppe), ablehnen.

Obgleich wir schon vor über einem Jahr mit verantwortlichen Genossen des MIR über diese gefährliche Entwicklung ausgiebig diskutiert haben, müssen wir jetzt feststellen, daß sich der befürchtete Kurs des MIR in der praktischen Solidaritätsarbeit in diesem Jahr eher noch verschärft hat: Die Tatsache, daß in diesem Jahr — wegen der inneren Situationen der chilenischen Linken und deren Probleme bei der „Vereinheitlichung" — praktisch keine Veranstaltung längerfristig vorbereitet werden konnte, kein zentraler Mobilisierungsplan für die Kampagne ausgearbeitet werden konnte, konkrete Vereinbarungen von heut auf morgen und ohne Begründung umgestoßen wurden und vieles andere mehr ist der bedauerliche organisatorische Ausdruck dieser Situation.

Wir sprachen auch diesmal wieder mit verantwortlichen MIR-Genossen, die erklärt haben, daß „verschiedene Mängel" bei der Vorbereitung und Durchführung von chilenischer Seite aufgetreten seien, die mit uns noch genauer analysiert werden sollen.

Widerstand brachte; zwei Tage darauf nicht beeinflußbarer Faktoren — führte den sollen.

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Ansender, damit wir den Spendeneingang quitieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Spender	Betrag
Für PFLP, Palästina	
KB Gruppe Hildesheim, Skat- und Sammelaktion	51,87
M.Sch., Hamburg	200,-
Geburtstagsfeier einer Frankfurter Genossin	80,-
Arbeiterbuch, Bremerhaven, Spendensammlung	16,-
KB Gruppe Bremerhaven	100,-
R.W., Oldenburg	50,-
E.W., Hamburg	100,-
F.M., Hamburg	53,-
Kreis Konsequenter Gewerkschafter der HBV, Hamburg	212,70
Chemiebereich, KB Gruppe Hamburg	210,-
KB Gruppe Bremen	100,92
ÖTV/A.	40,-
KB Gruppe Frankfurt	38,-
Technik/Composer KB Gruppe Hamburg	125,-
KB Gruppe Oldenburg	77,30
H.S., Rendsburg	50,-
B.H., Nürnberg	15,-
Wohngemeinschaft Göttingen und Lager Bretagne	300,-
D.K. Düsseldorf, Spendensammlung	11,40
KB-Sympatisanten Düsseldorf, Spendensammlung Podiumsdiskussion zu Wahlen	19,50
SSB Studenten, Sommerlager Provence	2 000,-
AK-Lesekreis 4, Hamburg-Eimsbüttel	65,-
Vollvers. JZI Hamburg-Rahlstedt	22,26
Kerngruppe BO Wandsbek/Billstedt (Hamburg)	310,-
Bez. gruppe Hamburg-Rahlstedt	100 -
Sammeldose von HDW-Genossen (Hamburg)	70,-
Kollege von SE (Hamburg)	5,-
Sammlung BO Hamburg-Altona	76,11
KB Gruppe Pinneberg/Steinburg	380,-
Zelle Sozialarbeiter und Kollegen (Hamburg)	620,-
Hafengenossen (Hamburg)	150,-
Sammeltopf Hamburger Arbeiterbuch	388,40
AK-Leser, Hamburg-Wandsbek	10,-
Sammlung SSB/Hamburg	31,-
JZI, Hamburg-Harburg	32,-
Betriebszelle B & V I, Hamburg	50,-
Betriebszelle Demag-Conz, Hamburg	100,-
Betriebszelle HDW 3, Hamburg	230,-
BO Hamburg-St. Pauli	245,-
Summe	6 735,46
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf	**60 546,20**
Für MPLA, Angola	
H.W.G., Hannover	11,76
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die MPLA auf	**147 336,42**
Für MIR, Chile	
Sommerlager Göttingen	1 017,50
SSB Historiker, Hamburg	30,-
Wohngemeinschaft B., Hamburg-Steilshoop	112,91
Wohngemeinschaft „Roter Werder I", Hamburg	350,-
BO Hamburg-Harburg	100,-
Chile-Veranstaltung Hamburg	13 207,93
Summe	14 818,34
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf	**274 744,04**
Für MES, Portugal	
KB Gruppe Emden	78,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MES auf	**76 454,14**
Für ZANU, Zimbabwe	
KB Gruppe Bremerhaven Erlös Broschürenverkauf	40,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ZANU auf	**25 860,66**
Für O.M.A., Angola	
KB Gruppe Bremerhaven, Erlös Plakettenverkauf	75,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die O.M.A. auf	**8 231,06**
Für SWAPO, Namibia	
Arbeitskreis Transport, Hamburg, Filmabend	152,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die SWAPO auf	**4 101,49**
Für PRT/ERP, Argentinien	
B.H.,Nürnberg	10,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PRT/ERP auf	**160,30**
Für Frente Polisario, West-Sahara	
Th. H., Soberheim	20,-
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf	**20 931,10**

wir sowohl von den Kämpfen der Frauen in den kapitalisti-

„Arbeiterbund“: Ziemlich weg vom Fenster!

Die Genossen vom südbayrischen „Arbeiterbund“ scheinen wieder in ihren provinziellen, hinterwäldlerischen Dornröschen-Schlaf versunken zu sein.

Im Frühjar hatten die Genossen noch sehr aufgeregt ihre Pläne bekanntgegeben, die kommunistische Bewegung um ihre Zeitung ‚KAZ‘ zusammenzuschließen, mit diesem Ziel die politisch-theoretische Auseinandersetzung in der ‚KAZ‘ zu führen usw. – Es flackerte dann auch etwas Strohfeuer ... das aber jetzt völlig erloschen scheint.

Seit zwei, drei Nummern (die ‚KAZ‘ erscheint bisher etwa monatlich) findet sich in der ‚KAZ‘ (schlimmer denn je zuvor!) kaum noch ein Wort zu den drängenden Fragen der kommunistischen Bewegung, sondern nur noch ökonomistischer Kinderbrei, mit ein paar politischen Mini-Meldungen als Rosinen darin. Was überhaupt noch an „Auseinandersetzung“ läuft, besteht aus weh-leidigem Nachgeflenne hinter der DKP.

Vor ein paar Monaten schienen die Genossen immerhin noch bereit, sich einer politisch-theoretischen Auseinandersetzung mit unserer Organisation zu stellen. Auch davon ist nichts mehr zu spüren, seit die Genossen gleich beim ersten „Schlagabtausch“ ziemlich alt aussahen. Beispielsweise warten wir immer noch, daß die Genossen ihr Versprechen wahr machen, mit uns über die Einschätzung der chinesichen Außenpolitik zu diskutieren, und daß sie sich ein Herz fassen, ihren Vorwurf des „Trotzkismus“ gegen den Kommunistischen Bund endlich einmal inhaltlich zu begründen.

Wie weit sich die Genossen inzwischen auch von den realen Kämpfen entfernt haben, demonstriert ihr „Artikel“ zu den Auseinandersetzungen in der GEW Westberlin, den wir nebenstehend in Originalgröße (!) abdrucken. Er ist tatsächlich sogar noch etwas kleiner als das Impressum der ‚KAZ‘!

Gewisse Reptilien schaffen es, unter schwierigen Bedingungen zu überleben, indem sie in eine totenähnliche Starre fallen. Das scheint auch im wesentlichen das Geheimnis des Überlebens des „Arbeiterbundes“ bisher gewesen zu sein.

Aber, Genossen, strapaziert diese Methode nicht allzusehr. Denn auch im Bayrischen Wald ist die Haupttendenz Revolution!

Ausschluß der GEW Westberlin

Weil sie sich geweigert hatte, die GEW-Bundessatzung mit den Antikommunismusbeschlüssen zu übernehmen, wurde der westberliner Verband der Gewerkschaf[t] Erziehung und Wissenschaft aus dem Bundesverband der GEW ausgeschlossen und damit auch aus dem DGB. Dabei war die Entscheidung der GEW-Westberlin die demokratische Entscheidung der Mehrheit der gewählten Vertreter gewesen!

Original–Meldung der „KAZ“ vom 5.9.76

KBW Düsseldorf: Studenten über Bord!

Von einer „*Spaltung des Kommunistischen Studentenbundes Düsseldorf*“ berichtete die „KVZ“ Bezirksbeilage Düsseldorf vom 9. September 1976. Hier die vollständige Meldung im Wortlaut:

„*Am 11.8. fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) Düsseldorf statt. Es wurde eine Debatte geführt über die ZK-Resolution des KBW vom 10. Januar dieses Jahres, in der die Lage und die Aufgaben dargelegt wurden. Dies war notwendig geworden, nachdem sich immer offener gezeigt hatte, daß die Politik des KSB nicht mehr auf der Linie des Programms des KBW geführt wurde, sondern eine Politik von Bürgerlichen geworden war, die nicht die Revolution wollen und dazu die Studenten gegen den Staatsapparat unter Führung der Arbeiterklasse zusammenschließen, sondern mit einem linken Mäntelchen direkt im Interesse der Bourgeoisie arbeiteten.*

Gezeigt hat sich das an vielen Punkten, so an dem Bundestagswahlkampf, der vom KBW zum Propagandafeldzug für den Kommunismus genutzt wird, an dem sich die Mehrheit des KSB nicht zu beteiligen gedachte. Der Grund lag darin, daß der KSB in seiner Mehrheit dem Programm des KBW nicht zustimmte und es somit auch nicht vertrat.

Die Zelle des KBW hat den KSB für gespalten erklärt und wird den Aufbau des KSB in Düsseldorf zielstrebig auf der revolutionären Linie des Programms des KBW angehen.

Zelle KSB“

Diese Erklärung besticht durch ihre weitestgehende politische Inhaltslosigkeit. Übrigens ist das, wie aus internen KBW-Papieren aus verschiedenen Orten hervorgeht, genau der übliche Stil, mit dem Opponenten im KBW „abgebürstet“ werden. „Bürgerliche Linie“ u. ä. sind dabei stets die Hauptschlagworte, Beweise fehlen meist.

Einzig greifbar ist in der zitierten Erklärung der Vorwurf, die Mehrheit des KSB habe sich nicht am Wahlk(r)ampf des KBW beteiligen wollen. Mit dieser Schwierigkeit hatte der KBW, wie man inzwischen weiß, fast überall zu kämpfen.

Generell ergibt sich der Eindruck, daß der KBW bei seinen abenteuerlichen „ML“-Touren der letzten Monate einen ziemlichen Gewichtsverlust hatte. Zumal erschwerend hinzukommt, daß die jahrelang geübten Erfolgs-Sprüchlein („Die Massen wollen nach Links“, „Zusammenschluß der Massen unter den Parolen des KBW“ usw.) allmählich auch in den eigenen Reihen an Wirkungskraft verlieren. Jeder Genosse des KBW spürt im Grunde, daß der Patient krank ist, auch wenn in den offiziellen Bulletins immer noch von „blühender Gesundheit“ und „kraftstrotzender Vitalität“ die Rede ist.

DKP – Mies, wie der Name schon sagt

Auf einer SDAJ-Veranstaltung in Düsseldorf erklärte der DKP-Vorsitzende Herbert Mies, „*daß seine Partei die Bundeswehr nicht ablehne. Die DKP trete aber entschieden gegen die Bestrebungen des Rüstungskapitals auf, aus der Bundeswehr ein Aggressionsinstrument nach außen und ein Unterdrückungsinstrument nach innen zu machen. Die DKP habe deshalb kein destruktives, sondern ein konstruktives Verhältnis zur Bundeswehr...*“ (!!) („Deutsche Volks-Zeitung, 9.9.76).

Die DKP will, so scheint es, den Bestand der Bundeswehr auch langfristig erhalten. Lenin, auf den sich die Revisionisten gelegentlich auch berufen, dagegen schrieb 1905 in der Schrift „Heer und Revolution“: „*Überall, in allen Ländern dient das stehende Heer nicht so sehr gegen den äußeren als vielmehr gegen den inneren Feind. Überall ist das stehende Heer zum Werkzeug der Reaktion, zum Diener des Kapitals im Kampf gegen die Arbeit, zum Henker der Volksfreiheit geworden. Bleiben wir also in unserer großen Revolution für die Freiheit nicht bei bloßen Einzelforderungen stehen. Rotten wir das Übel mit der Wurzel aus. Schaffen wir das stehende Heer völlig ab*“ (Lenin Werke, Bd. 10,S.41).

In Düsseldorf verwahrte sich Herbert Mies gegen die „reaktionären Kreise“, die behaupten würden, die DKP wolle „die Bundeswehr zersetzen“, dies sei, so Mies, „*eine alte Verleumdung, wie sie schon zu Kaisers Zeiten gegen die SPD, die Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts, vorgebracht worden sei*“ („DVZ“, 9.9.76).

Mies, dem böse Zungen gerade noch die Qualifikation zum Bananenbiegen nachsagen, setzt sich mit seinen Thesen bemerkenswert deutlich von Lenin ab, der in „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ schrieb: „*Ohne ‚Desorganisation‘ der Armee ist noch keine große Revolution ausgekommen ... und kann sie auch nicht auskommen. Eine neue zur Herrschaft aufsteigende Gesellschaftsklasse hat nie diese Herrschaft erlangen und befestigen können, und sie kann es auch jetzt nicht tun, ohne das alte Heer völlig zersetzt zu haben...*“
(Lenin Werke, Bd. 28, S. 284).

Zum Schluß meinte der gute Bürger Mies, wie immer mit beiden Beinen auf der FDGO, man müsse die Armee der Kapitalisten, die Bundeswehr „*zu einem Instrument der Verteidigung der Demokratie*“ machen.

Für derartige Abenteurer-Thesen haben tausende von Genossen z. B. in Chile ihr Leben lassen müssen. Leute vom Schlage eines Herbert Mies sehen nur so aus wie Biedermann ...

Bremen: DKP prügelt weiter

Bremen: Am 14. September machte die SDAJ in Bremen eine Veranstaltung mit der Musikgruppe „Floh de Cologne“. Vor dem Eingang verkauften Genossen den ARBEITERKAMPF. Einige SDAJ'ler und DKP'ler fühlten sich dabei in der Überzahl wieder sehr „mutig“ und prügelten wild um sich. So wurden einem Genossen 4 AK's aus der Hand gerissen. Als er daraufhin den betreffenden Provokateur am Kragen packte, wurde er von 4 oder fünf weiteren Schlägern umringt und erhielt einen Schlag voll ins Gesicht. – Einem Mitglied des Bremer Nahost-Komitees wurden die Flugblätter für eine Medikamentensammlung zugunsten der PLO(!) zerrissen.– Ein KBW'ler, dem schon bei Prügeleien am 1.Mai mit den DKP-Schlägern ein Ohr abgebissen worden war (!), wurde zu Boden gerissen und von 6-8 Schlägern derartig mit Fußtritten an den Kopf und in den Körper traktiert, daß er mit Sicherheit schwere Verletzungen davongetragen hätte, wenn nicht einen Genossin beherzt dazwischen gegangen wäre.

Hauptargument der Schläger: „**Vor unseren Veranstaltungen zu verkaufen, ist eine Provokation... Wer uns provoziert, ist rechts... Wir schlagen nur Rechte**“.

Die politische Haltung dieser Typen wurde auch deutlich, als vor Beginn der Veranstaltung der KBW mit ca. 30 Leuten eine Kundgebung zu Ehren des verstorbenen Mao Tsetung abhielt: Jede Erwähnung des Todes von Mao wurde von verhetzten SDAJ'lern und DKP'lern mit lautem Beifall und zynischem Gegröhle kommentiert! Ihre politische Hirnlosigkeit und ihr blindwütiger Sadismus gegen Andersdenkende unterscheidet sich in der Tat kaum von der Mentalität der Faschisten.

(Nach einem Bericht aus Bremen)

Redaktionelle Anmerkung

Gelegentlich erreichen uns a n o n y m e Briefe von Personen, die sich als „AK-Leser“ oder gar „Sympathisanten des KB“ bezeichnen, und in denen sich beschwert wird, daß wir irgendeine andere Organisation – sei es nun der KBW, die GIM oder die DKP – angeblich zu hart angefaßt oder ungerechtfertigt angegriffen hätten. Meist wird dabei auch in arrogantem Ton ein Abdruck der entsprechenden „Leser“briefe gefordert.

Wir haben es uns zur Regel gemacht, daß anonyme Briefe grundsätzlich keine Chance auf Berücksichtigung haben. Die betreffenden Sympathisanten des KBW, der GIM, der DKP etc. sollten versuchen, ihre Ansichten in den entsprechenden Zeitungen zur Veröffentlichung zu bringen.

AK-Redaktion



Die von CDU/CSU verabschiedete Wahlkampfpaole „Freiheit statt Sozialismus“ bedeutet ein Einschwenken der gesamten CDU auf die Linie von Strauß, Dregger, Nazi - Filbinger u.a. , knüpft an die Propaganda der reaktionären deutschnationalen Parteien der Weimarer Republik, wie der Kalten - Kriegspolitik der Adenauer - Ära an.

Anhand vieler Orginal - Wahl - Dokumente zeigt die Anti - CDU - Broschüre diese Entwicklung auf.

40 Seiten, Format A4, DM 3,– ○

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

○ CDU
○ CSU
○ SPD
○ FDP
○ NPD

frauenfeindlich

Die Frauenaktionseinheit hat die Wahldiskussion aufgegriffen: Offensichtlich haben die Parteien großes Interesse an den Frauen. CDU, CSU, SPD, FDP, NPD überbieten sich gegenseitig in Frauenfeindlichkeiten.
Hierauf gehen die Beiträge der einzelnen Frauengruppen ein.

76 Seiten, Format A5, DM 2,– ○



Am 17.8.76 jährt sich zum 20. Male der Tag des KPD-Verbotes. Berichtet wird über den Hintergrund des KPD-Verbots-Gesinnungsurteiles, die verschiedenen Versuche der Bourgeoisie, kommunistische Bündnispolitik im Keime zu ersticken.
Im Schatten der militärischen Aufrüstung des Unterdrückungsapparates können sich die neonazistischen Kräfte dagegen ungestört entwickeln.

54 Seiten, Format A5, DM 2,50 ○



Abdruck der Reden, die auf der Veranstaltung gehalten wurden und der Reden, die aus Zeitgründen auf der Veranstaltung selbst nicht mehr verlesen werden konnten.

Gegen diese Kampagne haben sich einige dem Anspruch nach antiimperialistische Organisationen in der BRD gestellt und aktiv dagegen gehetzt: KBW, DKP, „KPD/ML“. Im Anhang der Broschüre werden einige Artikel aus den Zeitungen und Flugblättern dieser Organisationen dokumentiert.

Juni 1976
32 Seiten, Format A4, DM 2,– ○



Konzert-Mitschnitt vom audi-max Hamburg (Sept. 75), zur Unterstützung des lateinamerikanischen Widerstands.
DM 15,– ○



Die Broschüre gibt ein Bild des libanesischen Klassenkrieges. Es folgt ein Interview mit einem Sprecher der Volksfront (PFLP), Beirut, welches eine klare Darstellung des revolutionären Prozesses im gesamten arabischen Raum gibt.

54 Seiten, Format A4, DM 2,– ○

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint 14tägig

für 12 Ausgaben	DM 16,80	O
für 24 Ausgaben	DM 33,60	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 20,–	O
Förderabo für 24 Ausgaben	DM 40,–	O
Bitte schickt mir ein kostenloses Freiexemplar		O

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

für 6 Ausgaben	DM 4,80	O
für 12 Ausgaben	DM 9,60	O
Förderabo für 6 Ausgaben	DM 6,–	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 12,–	O

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Die INTERNATIONALE, Zeitung des KB für den proletarischen Internationalismus
erscheint monatlich

für 6 Ausgaben	DM 14,40	O
für 12 Ausgaben	DM 28,80	O
Förderabo für 6 Ausgaben	DM 20,–	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 35,–	O

Ich bestelle ältere Nummern zu Thema ....

Anschrift ....

(89) ....

....

Datum .... Unterschrift

„KPD/ML" beim Abschreiben ertappt!

Eine „marxistisch-leninistische" Gruppe hat kürzlich in einer Broschüre detailliert nachgewiesen, daß die **„Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage"** (Anfang 1974) nahezu W o r t f ü r W o r t aus verschiedenen DDR-Texten zusammengeschmiert worden ist. In der Broschüre (zu bestellen über den Buchladen „Libresso", 6 Frankfurt, Opernplatz 10) sind jeweils die entsprechenden Passagen aus der „Erklärung des ZK der KPD/ML" ihren Vorlagen gegenübergestellt.

Im Einzelnen handelt es sich dabei um Albert Norden, „Um die Nation" (1952); Fred Oelßner, „Die heutige Bedeutung der nationalen Frage" (1951) und um das „Nationale Dokument" des Nationalkongresses der Nationalen Front der DDR von 1962.

Sollte etwa „KPD/ML"-Chef Aust hier einen Rückfall in seine „Jugendsünden" erlebt haben? Immerhin pries er noch 1966 in seiner Zeitung „blinkfüer" die SED als eine der **„beiden großen deutschen Arbeiterparteien"** an (die zweite war die SPD, siehe „Bl." vom 31.3.1966), während die „KPD/ML" heute öffentlich verkündet, schon 1961 sei die SED **„eine Partei sozialfaschistischen Typus"** gewesen! (siehe „Grundsatzerklärung der KPD/ML", Juli 1976). – Aber davon abgesehen ist es überhaupt peinlich für diese selbsternannten „Besten der deutschen Arbeiterklasse", daß sie wie Schulbuben dabei ertappt worden sind, wie sie Sätze aus verschiedenen alten Scharteken zusammenstückeln und das Machwerk dann als ihr eigenes Produkt ausgeben, wozu sie seinerzeit noch hochtrabend verkündeten: *„In seiner (?) Erklärung zur nationalen Frage ‚Deutschland dem deutschen Volk!' analysiert das Zentralkomitee die grundlegenden Besonderheiten der nationalen Frage in Deutschland"* („Roter Morgen", 2.2.1974).

Man erfährt nun, daß der chauvinistische Hinweis auf die *„psychische Wesensart des deutschen Volkes"*, nämlich *„Arbeitsfleiß und Ordnungssinn"*, der sich in der „Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage" findet, nur eine wörtliche Abschrift von SED-Autor Fred Oelßner ist, während die Pöbeleien gegen die *„Obszönitäten eines Salvatore Dali"* (surrealistischer Maler und Faschist) bei Alfred Norden abgeschrieben sind. Man erfährt auch, daß die „Besten der deutschen Arbeiterklasse" in einem anderen Satz von Oelßner, den sie wörtlich abschrieben, nur das Wort „Moskau" durch das Wort „Albanien" ersetzten..., und dergleichen Peinlichkeiten mehr!

Inzwischen hat die „KPD/ML" das Dokument ihrer Schande, die „Erklärung zur nationalen Frage", ohne ein Wort der Begründung oder gar der Selbstkritik stillschweigend aus dem Verkehr gezogen. Stattdessen hat sie eine neue „Grundsatzerklärung" auf den Markt geworfen, der man allerdings auf den ersten Blick ansieht, daß sie kaum irgendwo abgeschrieben sein kann – derart primitiv ist das ganze Geschreibsel gehalten. Offensichtlich verwechselt die „KPD/ML"-Führung dabei wieder einmal Massenagitation mit Primitivität und Demagogie.

Wie es sich gehört, wurde das neue Produkt mit lautstarkem Gegacker „der Öffentlichkeit vorgestellt". So fand am 4. September eine „Groß"veranstaltung der „KPD/ML" in Essen statt, auf der (nach eigenen Angaben) 800 Anhänger der „KPD/ML" aus dem gesamten Bundesgebiet versammelt waren, um mit *„großer Begeisterung"* in dem *„festlich geschmückten Saalbau in Essen"* mitzuerleben, wie *„eine Gruppe Roter Pioniere aus Bochum und Dortmund Genossen Ernst Aust mit einem Strauß roter Nelken begrüßte"*. (Zitate aus „RM", 11.9.76).

Folgen sollen jetzt *„größere und kleinere Veranstaltungen in allen größeren Städten der Bundesrepublik und in Westberlin"*, um die neue „Grundsatzerklärung" gebührend zu feiern. *„In einem konzentrierten Schlag"* (Aust) sollen 2 Mill. Exemplare davon unters Volk geschleudert werden. Man läßt sich den Spaß etwas kosten!

Ernst Aust – Pionier des Osthandels

In AK 88 haben wir den parteioffiziellen Lebenslauf des „KPD/ML"-Chefs Aust („Bester der deutschen Arbeiterklasse") mit einigen harten Fakten aus seiner unbewältigten Vergangenheit als KPD-Funktionär und Herausgeber der revisionistischen Wochenzeitung „dat Blinkfüer" konfrontiert.

Ungewürdigt blieb dabei allerdings u.a. ein wirkliches „Verdienst" von Ernst Aust: Er kann nämlich mit Fug und Recht als d e r Pionier des „Osthandels" gelten. Während die DKP erst um 1970 dazu kam, die RGW-Länder den Kapitalisten als „Ozean des Absatzes" etc. anzupreisen, lobte Aust schon 1962 (!!) die **„phantastischen Absatzmärkte, die die Sowjetunion und China (!) für die deutsche Industrie darstellen"** („Bl.", 26.1. 1962). Die *„deutsche Industrie"* sollte *„Handel und Wandel mit der Sowjetunion treiben"*, und für Hamburg würden dabei „profitable Werftaufträge" herausspringen; Hamburg müßte wieder zum *„Umschlagplatz zwischen Ost und West"* werden und sein *„verlorengegangenes Hinterland eröffnen"*. Aber leider mußte Aust damals noch feststellen, daß die Kapitalisten sich nicht so recht auf die verheissenen Absatzmärkte stürzen wollten. Und er schimpfte, „von dem berühmten hanseatischen Geist der Aufgeschlossenheit, Toleranz und Weltoffenheit", sei *„nicht mehr viel übrig"*: *„Nur weiter so, und Hamburg wird bald das letzte Kuhdorf im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sein"* („Bl.", 26.1.1962).

Ein Jahr später schwärmte Aust wieder: *„Zur Zeit der Hanse blühte Hamburg, blühte das Wirtschaftsleben unserer Stadt. Unsere (?!) Schiffe fuhren bis Konstantinopel, London, bis hinaus hinauf nach dem damaligen Nischni Nowgorod. In fast allen europäischen Ländern befanden sich Handelsniederlassungen der Hanse.* Warum sollte es nicht wieder so werden?..." („Bl.", 4.1.1963).

Man sieht auf den ersten Blick, daß der „Beste der deutschen Arbeiterklasse" s c h o n d a m a l s ein ausgemachter „Sozial"chauvinist war, was sich damals bei ihm noch mit einem hohlköpfigen „hanseatischen" Lokalpatriotismus vermengte.

Und wie schrieb unser „Bester" 1967, als er sich plötzlich als Herausgeber des „Roten Morgen" vorstellte: **„Als ich feststellte, daß sich im Redaktions- und Verlagskollektiv des Blinkfüers Erscheinungen des Revisionismus und Abweichungen vom proletarischen Internationalismus bemerkbar machten. . ., und es mir nicht gelang, diese Erscheinungen zu beseitigen, vollzog ich die notwendig gewordene Trennung, ungeachtet aller für mich persönlich sich daraus ergebenden Konsequenzen"** („Roter Morgen", Nov. 1967). – Da lachen ja die Hühner!. . .

Komitee „Stoßt die Mumien vom Podest"





Wie sich die Bilder gleichen -- Aust auf dem „Ritt nach Osten"

Leserbrief

Großbourgeoisie oder armer Bauer?

In der „Roten Fahne" („KPD") vom 25.8. 1976 wurden auf S. 7 die Bundestagskandidaten der „KPD" für die Region Hessen vorgestellt. Darunter auch ein gewisser Jürgen Horlemann, 35 Jahre, Mitbegründer der „KPD", Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der „KPD" und seit 1970 Parteifunktionär. Zu lesen war, daß dieser Genosse Horlemann das Kind armer Bauern aus dem Pfälzer Wald ist.

Ob das stimmt? Im Theoretischen Organ der „KPD/ML", „Der Weg unserer Partei" (*„Linie und Entwicklung der GRF (KPD) 1970 – 1975"*) ist jedenfalls auf S. 24 zu lesen, daß die Genossen Horlemann und Semler von der „KPD" „großbürgerlicher Herkunft" seien!

Dies wurde z.B. in Hamburg nie dementiert, sondern es wurde nur darauf hingewiesen, daß Horlemann und Semler alles in die Partei und den revolutionären Kampf gesteckt haben. Ich war Mitglied der „Liga gegen den Imperialismus" und ich habe mich öfters mit einem „KPD"ler über Horlemann und Semler unterhalten.

Nun, es wäre ja nichts schlechtes, wenn sich ein Intellektueller oder auch jemand mit großbürgerlicher Herkunft auf die Seite der Arbeiter und Werktätigen stellt und sie finanziell usw. unterstützt. Dafür gibt es genügend Beispiele.

Aber gerade eine Partei, die sich als einzige „Partei der Arbeiterklasse" versteht, sollte wohl Ehrlichkeit walten lassen. Bleibt die Frage: Welche der beiden einzigen „Parteien der Arbeiterklasse " will uns hier ein X für ein U vormachen? Eine von beiden m u ß ja gelogen haben!

Ein Sympatisant

Auflösung des Preisrätsels aus AK 87

Im AK 87 hatten wir das folgende Zitat veröffentlicht, das am 22. Mai 1964 in einer westdeutschen Zeitung erschien und hatten nach der Zeitung und dem Verfasser gefragt. Das Zitat lautete: *„Was ist das für eine Jugend – die der DDR –, die hier Rede und Antwort stand. Wie selbstbewußt, wie selbstsicher, stolz auf ihren Staat und ihren Aufbau. Man spürte, hier ist eine Jugend, die eine Perspektive hat, die weiß, was sie will, die im Heute schon für das Jahr 2000 plant."*

Dazu gingen der Redaktion Einsendungen zu. Von Willy Brandt (aber, aber!) bis Walter Ulbricht und Leonid Breschnew, von der „UZ" (die gab's 1964 noch gar nicht!) bis zum „Neuen Deutschland" (wir hatten nach einer w e s t deutschen Zeitung gefragt, Genossen!) reichten die Lösungsvorschläge. Aber die Mehrheit der Einsender hatte doch richtig getippt: Die Zeitung hieß „blinkfüer", der Verfasser war Ernst Aust, heute Führer der „KPD/ML".

Liebesgrüße von den Psychopathen

Daß der ARBEITERKAMPF kürzlich in einem Artikel gegen die teilweise pauschale und undifferenzierte Einstufung a l l e r „KPD/ML"er als Faschisten durch manche Genossen Stellung genommen hat (siehe AK 87), wurde anscheinend von der „KPD/ML"-Führung gründlich mißverstanden.

In einem Flugblatt, das am 16.9. vor einer Chile-Veranstaltung in Hamburg verteilt wurde, war zu lesen: *„,K'B-Führer in Schwierigkeiten"*. In diesem offensichtlich von Psychopathen verfaßten Flugblatt war u. a. zu lesen, die *„,K'-B-Führer"* hätten mit dem erwähnten Artikel *„einen Rückzieher"* machen müssen. Denn gar zu mächtig sei – so verkündeten die Psychopathen – in den *„,K'B-Reihen"*, *„unter den ehrlichen und fortschrittlichen Teilen der ‚K'B- und SSB-Anhängerschaft"* der Drang zur ruhmreichen „KPD/ML", die nach Ansicht der Psychopathen *„an der Spitze des revolutionären, militanten Kampfes gegen die herrschende Klasse und ihren Staatsapparat steht"* und die *„auf immer mehr Zustimmung unter den deutschen Werktätigen in Ost und West"* trifft.

Nun, mögen die Psychopathen ruhig weiter davon träumen, wie einige *„trotzkistische ‚K'B-Führer"* alle Mühe haben, die von ihnen verführte Anhängerschaft davon abzuhalten, mit fliegenden Fahnen zur einzigen Partei der deutschen Arbeiterklasse überzugehen. Träume richten ja keinen Schaden an.

Wehren müssen wir uns jedoch gegen den provokatorischen Versuch, mit Lügen in der linken Öffentlichkeit Verwirrung zu stiften. In dem Psychopathen-Flugblatt wird behauptet, die derzeitigen „Rückzieher" der „,K'-B-Führer" gingen *„bis hin zu Aktionseinheitsangeboten an die KPD/ML durch Unterhändler, die wir allerdings kurzerhand rausgeschmissen haben, weil es zwischen Marxisten-Leninisten und Trotzkisten bzw. modernen Revisionisten keine Aktionseinheit geben kann"*.

Bekannt ist, daß wir generell Aktionseinheiten mit der „KPD/ML" ablehnen, zumal in Hamburg, wo die „KPD/ML" mit ihren paar Anhängern sowieso völlig weg vom Fenster ist. Was steckt also hinter der zitierten Behauptung? Bei den Protesten gegen das Auftreten der NPD in Hamburg am 7. August wurden Mitglieder und Sympathisanten verschiedenster Organisationen – darunter auch der „KPD/ML" – Opfer von Polizei-Überfällen. In diesem und nur in diesem konkreten Fall hat die Antifa-Kommission Kontakt zu allen diesen Organisationen aufgenommen, um festzustellen, ob ein gemeinsames Vorgehen (Sammeln von Aussagen der Betroffenen, eventuell Abstimmung beim juristischen Vorgehen, Sammlung von Fakten für eine Dokumentation usw.) möglich sein könnte. Die Ortsfürsten der „KPD/ML" reagierten auf diese Anfrage mit Ablehnung und Tobsuchts-Anfällen.

Daß sie dies jetzt in der Öffentlichkeit so darzustellen versuchen, als würden sie derzeit von den „,K'B-Führern" mit „Aktionseinheitsangeboten" förmlich umworben, zeigt sowohl den Geisteszustand wie auch die objektive Funktion dieser Leute: Sie sind Provokateure !

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Darüber schmunzelt der Kommunist

„Der ‚K'B versucht, Verwirrung zu stiften und die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten. Und nicht zuletzt nimmt er den Revisionisten ihre schmutzige Aufgabe ab, indem im ‚Arbeiterkampf' Hetztiraden gegen die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen, gegen das rote Volkschina und die VR Albanien unablässig vom Stapel gelassen werden. Der ‚Arbeiterkampf' ist ein konterrevolutionäres, trotzkistisches Kampfblatt gegen den Marxismus-Leninismus überhaupt, im Sinne und versteckten Auftrag der D‚K'P.

Eines aber ist sicher: Der ‚K'B wird durch den prinzipienfesten Kampf der KPD/ML letztlich zerschlagen werden. Ein Teil wird im Sumpf der modernen Revisionisten enden, insbesondere die Führung! Die ehrlichen, fortschrittlichen Mitglieder aber werden sich den Marxisten-Leninisten anschließen! Vorwärts mit der KPD/ML!"

(Original-Zitat aus einem Flugblatt der „KPD/ML", verteilt am 16.9.76 in Hamburg.)

„KBW-Chef im Dienste des Verfassungsschutzes"!

Freche Provokation der DKP



Seit Anfang September verbreitet die DKP Niedersachsen ein als „Dokumentation" aufgemachtes achtseitiges Pamphlet mit angeblichen „*Enthüllungen über Verfassungsschutz-Agenten im maoistischen Tarnhemd*". Kernpunkt ist die Behauptung, **daß der Ortssekretär des KBW in Hannover, Gerhard Held, ein Agent des „Verfassungsschutz" sei.**

Mit dieser „Dokumentation" sowie mit speziellen örtlichen Flugblättern tritt die DKP derzeit insbesondere in Niedersachsen, aber auch bereits in anderen Bundesländern, massiv auf und provoziert Schlägereien mit Mitgliedern und Sympathisanten des KBW. Die DKP-Zeitung „UZ" brachte am 10.9. einen langen Artikel mit den Vorwürfen gegen Gerhard Held.

Wir überlassen es dem KBW, zu den Vorwürfen der DKP – insbesondere zu der Behauptung, Held habe sich am 24. September 1975 in einer Autobahnraststätte (Garbsen) mit einem VS-Mann getroffen – Stellung zu nehmen. U n a b h ä n g i g davon stellen wir aber jetzt schon fest:

Die DKP-„Dokumentation" enthält nicht den allerkleinsten Beweis für die aufgestellten Behauptungen. So sind, um den Anschein einer echten Dokumentation zu wecken, zahlreiche Fotos eingestreut. Was aber zeigen diese?! Zwei Fotos zeigen Dienststellen des VS (Hochhaus-Neubauten), ein Foto zeigt die Autobahnraststätte Garbsen, ein Foto zeigt Held beim Flugblatt-Verteilen, ferner ein Paßfoto von Held (offensichtlich von der Kandidatur zu irgendwelchen Studenten-Wahlen entnommen); und schließlich undeutliche Fotos von dem angeblichen VS-Kontaktmann – mal zusammen mit einer zweiten Person (offenbar nicht Held), dann an seinem Auto, dann noch einmal das Auto allein.

Bewiesen wird mit diesen Fotos n i c h t s ! Vielmehr wird in übelster Manier angeknüpft an das durch die Aktivitäten des VS usw. hervorgerufene Mißtrauen und die Verunsicherung, um letztlich vollkommen unbewiesene Vorwürfe zur politischen Diffamierung einer gesamten gegnerischen Organisation (des KBW) einzusetzen. Unabhängig von der Frage der Stichhaltigkeit der Behauptungen in diesem konkreten Fall könnte man mit derart windig aufgemachten „Dokumentationen" – in denen in Wirklichkeit absolut n i c h t s dokumentiert wird! – und mit ähnlichen unbewiesenen Behauptungen jederzeit jeden beliebigen politischen Gegner diffamieren.

Diese Absicht zeigt sich auch in demagogischen Formulierungen wie: Held sei **„als Bürgersöhnchen aufgewachsen"**. Abgesehen davon, daß auch diese Behauptung nicht konkretisiert und belegt wird, trifft dasselbe doch auch auf zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der DKP zu! Selbst Karl Marx und Friedrich Engels, den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, könnte man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie „als Bürgersöhnchen aufgewachsen" seien! – Auch hier geht es der DKP also nicht um Dokumentation und Beweisführung, sondern um primitive Dreckschleuderei. Noch um einige Grade mieser wird es, wenn die DKP in ihrer „Dokumentation" den VW von Held als **„ungepflegt und schäbig"** bezeichnet.

Die Methodik der DKP zeigt sich auch in der Behauptung, der Umzug Helds von Osnabrück nach Hannover 1973 (Held s t u d i e r t e dort an der TU!) sei **„nachweislich (!?) aus übergeordneten Gesichtspunkten (?) vom Landesamt für Verfassungsschutz inspiriert und organisiert"** worden. Trotz der dreisten Formulierung **„nachweislich"** wird auch an diesem Punkt absolut nichts bewiesen! Offensichtlich geht die DKP einfach nach der alten Gangster-Logik ans Werk: „Etwas bleibt immer hängen". – Das gleiche gilt für die in der „Dokumentation" aufgestellte Behauptung, es gebe **„Beweise"** (wo sind sie ?!), daß die in KBW-Publikationen betriebene „*Diskriminierungskampagne gegen DKP-Betriebsräte und andere aktive Gewerkschaftsfunktionäre*" auf „*Materialien*" (?) des VS und der „Unternehmerverbände" zurückgehe.

Vollends entlarvt sich diese schmierige Methode der DKP, wenn in der „Dokumentation" eine Einladung des KBW Hannover an die DKP zu „Aktionseinheitsgesprächen" vom 8. April dieses Jahres erwähnt wird und daran die ungeheuerliche Behauptung geknüpft wird: **„Es besteht kein Zweifel daran, daß dieses Agent-Provokateur-Spielchen ebenfalls mit seinen Auftraggebern vom ‚Verfassungsschutz' abgestimmt war"** Mit anderen Worten: Wer die DKP zu „Aktionseinheitsgesprächen" einlädt, der ist „ohne Zweifel" ein Provokateur, der im Dienste des „Verfassungsschutz" und ähnlicher Kräfte handelt!

So wird auch an anderen Stellen dieser „Dokumentation" deutlich, daß die DKP mit ihrer jetzigen Kampagne gegen den KBW g e n e r e l l jeden politischen Gegner als „Spalter" und „Provokateur" zu diffamieren versucht (ausgehend von der selbstherrlichen These, daß die DKP stets die „richtige" Politik vertritt, also jeder, der d a g e g e n auftritt, „ohne Zweifel" böse Absichten hat!), und daß sie dann sehr schnell bei der Hand ist, direkte Beziehungen zum VS usw. zu konstruieren und zu behaupten.

Obwohl die DKP bisher jeden echten Beweis für ihre Behauptungen über eine angebliche Verbindung Helds zum VS schuldig geblieben ist, wollen wir nicht mit letzter Sicherheit ausschließen, daß an diesen Behauptungen „etwas dran" sein könnte – zumal vom KBW selbst bisher nur unklare Stellungnahmen gekommen sind. Abgesehen von dem angeblichen Treff in der Autobahnraststätte Garbsen am 24.9. 1975 (das angeblich durch Zufall von DKP'lern beobachtet wurde), wird in der „Dokumentation" auch behauptet, die Kontakttreffen zwischen Held und seinem „*Bärenführer*" (dem für ihn angeblich zuständigen VS-Mann) seien seither „ununterbrochen" (?!) weitergegangen. „*Zum Beispiel*" (?!) habe es am 27. August dieses Jahres um 11.30 ein Treffen zwischen den beiden an der Siemensstraße bei der Autobahnabfahrt Hannover-Buchholz gegeben. Es liegt auf der Hand, daß sich derart detaillierte Kenntnisse (sollten sie zutreffen) nicht einmal d a n n logisch erklären lassen, wenn man annimmt, die DKP würde Held seit einem Jahr bei Tag und Nacht systematisch „beschatten". Klar ist vielmehr – falls die Angaben zutreffen – **daß die DKP selbst tief in geheimdienstliche Manipulationen verstrickt sein müßte, um derart „intime" und exakte Kenntnisse zu haben.**

Klar ist zum einen, daß der VS in sämtlichen linken Organisationen Agenten einzuschleusen versucht. Restlose Sicherheit dagegen gibt es nicht. Beispielsweise war es der zaristischen Geheimpolizei sogar gelungen, seit 1912 ihren agent provocateur Malinowsky in das ZK (!) von Lenins Sozialdemokratischer Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) einzuschleusen. Erst nach der Oktoberrevolution konnte der Agent entlarvt werden.

Klar ist zum anderen, daß es seit den Anfängen der internationalen Arbeiterbewegung eine geläufige Methode ist, politische Gegner als „Agenten" in Verdacht zu bringen. Marx wurde von seinen Gegnern als „Agent der deutschen Polizei" angefeindet und ähnlich erging es Lenin, als er 1917 für einen sofortigen Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich eintrat.

Hieraus ergibt sich:

1. **Alle derartigen Behauptungen müssen hieb- und stichfest bewiesen werden, wenn sie nicht auf den Urheber zurückfallen sollen.** Die DKP jedoch beweist absolut nichts und vermengt angebliche „Enthüllungen" mit politischer Diffamierung.
2. Keine Organisation, auch die DKP nicht, ist vor eingeschleusten Agenten in ihren Reihen sicher. Dennoch versucht die DKP aber den Eindruck zu erwecken, als könnte i h r „so etwas" grundsätzlich nicht passieren. Sie versucht, ihre Agenten-Geschichte zur Diffamierung des KBW als Organiation und darüber hinaus sogar zur pauschalen Diffamierung der „Maoisten" einzusetzen. Dazu würde diese Geschichte jedoch nicht einmal d a n n taugen, wenn man die unbewiesenen Behauptungen über die angeblichen Kontakte Helds zum VS als wahr oder teilweise wahr annimmt.

Die derzeitige Kampagne der DKP gegen den KBW, aufgezogen lediglich an einer vollständig unbewiesenen „Agenten-story" und allgemeinen politischen Diffamierungen, reiht sich ein in das weitere Abgleiten der DKP in die Praktiken des Schlägertums und der Verleumdung gegen andere Organisationen. Das ist Ausdruck und Ergebnis der Tatsache, daß die DKP nicht in der Lage ist, sich mit anderen Organisationen auf einer p o l i t i s c h e n Ebene auseinanderzusetzen. Wenn die DKP zudem versucht, mit derart schmierigen Methoden ihren Wahlkampf gegen „linke" Konkurrenten zu führen, so bestärkt uns das in der Ansicht, **daß heute jede Stimme für die DKP von deren Führern letzlich als Stimme g e g e n den Kommunismus, gegen die demokratische Bewegung mißbraucht werden wird.**



Angegriffener KBW-Ortssekretär abgesetzt?

Nach Berichten von Genossen im KBW ist der von der DKP als angeblicher „Agent des Verfassungsschutz" angegriffene Hannoveraner Ortssekretär Held inzwischen abgesetzt worden. Dies soll sich auf einer Mitgliederversammlung am 14. oder 15. September ereignet haben, zu der eigens das KBW-ZK-Mitglied Martin Fochler (bekannt als Autor der inzwischen anscheinend eingestellten humoristischen Serie „Fünf Minuten Politik mit dem KBW" – siehe dazu AK 86, Seite 45) – angereist gewesen sei. Fochler soll bei diesem Anlaß den markigen Ausspruch getan haben, schon das Ortsbüro des KBW in Hannover würde „bürokratischen Mief ausstrahlen."

Die Begründung der Absetzung Helds: mangelhafte Umsetzung der KBW-Politik und Vertretung einer „bürgerlichen Linie". Ihm wird angeblich u.a. die Schuld dafür gegeben, daß in den letzten Monaten in Hannover zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten des KBW das Weite gesucht haben und daß der „Zusammenschluß der Massen" bei der Demonstration gegen das KPD-Verbot in Hannover nicht so recht geklappt hat (80 Teilnehmer).

Aus der neuen Ortsbeilage der „KVZ" geht im übrigen hervor, daß an Stelle der alten Ortsleitung Hannover (deren Chef Held war), eine neue „Regionalleitung Hannover/Umgebung" eingesetzt wurde, deren Sekretärin jetzt die Genossin E. Enker ist.

Zur Erinnerung: Frühere Provokationen der DKP

Die DKP-Führung bzw. der mit ihr eng zusammenarbeitende DDR-Geheimdienst haben in der Fabrizierung von Provokationen gegen „maoistische" Organisationen schon eine gewisse Tradition.

– So erschien um 1969 (in den Anfängen der westdeutschen „ML"-Bewegung) eine skurrile Zeitschrift namens **„Meinung"**, **„Organ der Nationalen Befreiungsbewegung Deutschlands (NBBD)"**. Zur Hälfte bestand diese Zeitschrift aus Propaganda und konkreten Anleitungen (!) für einen „patriotischen" Partisanenkampf (!) gegen die US-Truppen in der BRD, zur anderen Hälfte jedoch aus Übersetzungen von Artikeln der internationalen revisionistischen (speziell der sowjetischen!) Presse – beispielsweise gegen die Theorien Marcuses, zur Rechtfertigung der Besetzung der CSSR und vor allem gegen die VR China und den „Maoismus". Das Blatt wurde anonym von London (!) aus an Personen verschickt, die in der „ML"-Bewegung aktiv waren.

Daß es sich dabei um eine geheimdienstliche Provokation handelte, ist offensichtlich. Und welcher westliche Geheimdienst sollte ein Interesse daran haben, sowjetische etc. Artikel zu verbreiten und beispielsweise ausführlich die Besetzung der CSSR zu rechtfertigen?!

– 1973 tauchten gefälschte Flugblätter des KBW auf, in denen die chinesische Außenpolitik vom revisionistischen Standpunkt aus angegriffen wurde. Zur gleichen Zeit tauchten auch gefälschte Flugblätter desselben Inhalts auf, in denen als angeblicher Herausgeber ein früheres führendes Mitglied der „KPD/ML" genannt war – der sich jedoch öffentlich von diesen Flugblättern distanzierte. In beiden Fällen wurden die Produkte der DKP-DDR-Fälscherwerkstätten gezielt an linke Organisationen verschickt.

– In diesem Jahr wurde in derselben Weise eine gefälschte Stellungnahme der „KPD/ML" verschickt, die abenteuerliche Verleumdungen gegen die VR Albanien enthielt. Die Provokateure hatten sich sogar die Mühe gemacht, Briefbogen und Briefumschläge der „KPD/ML" nachzudrucken!

Die DKP und der mit ihr zusammenarbeitende DDR-Geheimdienst versuchen also schon seit längerem, mit Fälschungen und Provokationen gezielt Verwirrung zu stiften, **wobei sie sich exakt derselben Methoden bedienen, mit denen auch der „Verfassungsschutz" und ähnliche Einrichtungen arbeiten.** Es wäre letzten Endes nicht einmal verblüffend, wenn sich eines Tages der eine oder andere besonders schein-radikale „ML"-Führer als bestellter Provokateur der Revisionisten entlarvt.

DKP deckt Polizeiaktion gegen den KBW!

Am Mittwoch, dem 8. September, überfielen rund 50 Bullen das KBW-Büro in Göttingen, „durchsuchten" alles, „beschlagnahmten" das dort befindliche Foto-Archiv des KBW, fotographierten alle ihnen „interessant" erscheinenden Papiere usw.

Vertretern des KBW wurde grob rechtswidrig die Anwesenheit im Büro während der Polizei-Aktion verweigert.

Um 9 Uhr vormittags hatte die Polizei-Aktion begonnen. Bereits drei Stunden später (?!), um 12 Uhr, war die DKP in der Mensa der Uni dabei, ein Flugblatt zu verteilen, dessen Überschrift lautete: **„Polizei-Aktion beim KBW – Abgekartetes Spiel"**! „*Das soll doch den KBW künstlich aufwerten*" wurde behauptet und zynisch „gefragt": „... *Soll mit dieser Polizeiaktion Solidarität für den KBW in dem Moment geweckt werden, in dem öffentlich klargestellt wird, welche schädliche und schändliche Rolle diese maoistische Gruppierung in der Bundesrepublik und in Göttingen spielt?*" (Gemeint sind die zweifelhaften „Enthüllungen" der DKP über den KBW-Ortssekretär in Hannover – siehe nebenstehenden Artikel).

Welche schädliche und schändliche Rolle die DKP selbst spielt, ist jedenfalls klar: Sie will es sich anscheinend jetzt zur Regel machen, Polizei-Aktionen gegen andere Organisationen als „abgekartetes Spiel" zu bezeichnen, um jeder Solidarisierung mit den Betroffenen in den Rücken zu fallen. So behauptet sie auch - wiederum ohne die Spur eines Beweises! - in ihren „Enthüllungen" gegen den Ortssekretär des KBW in Hannover (Held) über eine frühere Polizei-Aktion: **„Die Polizeiaktion auf das Büro des KBW in Hannover war zur Tarnung eingeplant. Held war davon vorher informiert"** („Dokumentation" der DKP Niedersachsen).

Die DKP hat damit eine noch niedrigere Stufe der Gemeinheit und der allermiesesten Provokation erreicht. Daß die Funktionäre der DKP und des MSB beim Verteilen ihres Flugblatts in der Göttinger Mensa Prügel vom KBW bezogen, kann man eigentlich nur begrüßen. Zu allem Überfluß brachte die DKP daraufhin am folgenden Tag ein

lich nur begrüßen. Zu allem Überfluß brachte die DKP daraufhin am folgenden Tag ein

weiteres Flugblatt auf den Markt, wo gejammert wurde, der KBW wolle der DKP „*das Recht auf freie Meinungsäußerung – eines der demokratischen Grundrechte – nehmen*". Ausgerechnet die DKP!...

Die Göttinger Gruppe des Kommunistischen Bundes und die AG Göttingen des SB brachten gegen die Provokation der DKP eigene Flugblätter heraus. Es gab mehrere Tage lang hitzige Diskussionen, wobei die DKP insgesamt ziemlich alt aussah. Mit ihren Methoden der u n b e w i e s e n e n Unterstellungen und persönlichen Diffamierungen hatte sie sich keine Freunde gemacht. So hielt die DKP es selbst für nötig, sich in einem weiteren Flugblatt gegen die allgemein geäußerte Auffassung zu verteidigen, „*unsere in der Dokumentation gebrachten Belege* (??!) *für unsere Enthüllungen seien nicht ausreichend*". Da die DKP aber mitnichten neue Beweise vorlegte, konnte sie schwerlich überzeugen. – Tiefpunkt des neuen Flugblatts: Wer sich Kommunist nennt und gegen die DKP ist, der sei ein „Fälscher" – **„und mit Fälschern gibt es für uns keine Gemeinsamkeiten"**.

Unser Genosse Mao zitierte gern ein chinesisches Sprichwort über gewisse Narren: „Der Stein, den sie erhoben haben, ist ihnen selbst auf die Füße gefallen". – Inzwischen dürften die DKP-Führer selbst schon gemerkt haben, daß es sich bei ihrer Provokation gegen den KBW um einen solchen „Stein" gehandelt hat. Hoffentlich hat's recht weh getan!